

[Wien und Ostpreußen.] Der Vorsitzende des Ostpreussischen Presseverbandes Dr. Ludwig Goldstein, Korrespondent der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ und Präsident des Goethebundes Königsberg, der die Wiener Reise der deutschen Pressevertreter mitgemacht hat, erzählt einiges über den Wiederaufbau Ostpreußens. Dr. Ludwig Goldstein ist gerade von einer längeren Fahrt durch Ostpreußens Kriegs-

zerstörte Städte und Landschaften zurückgekehrt, auf der er sich mit Hilfe des königlichen Hauptbauberatungsamtes des genaueren über den Stand des Wiederaufbauwerkes unterrichten konnte, und ist des Lobes voll über das Gesehene, das selbst Kühne Erwartungen übertrifft. Die in den ersten Kriegsmonaten so hart mitgenommene deutsche Nordostmark steht im Begriffe, schöner und vollkommener auszuersiehen, als sie je gewesen ist. Die Notwendigkeit, diese Kornkammer Deutschlands wiederherzustellen, ohne die ein wirtschaftliches Durchhalten wesentlich erschwert gewesen wäre, hat dazu geführt, vor allem die kriegszerstörten Auktanten des landwirtschaftlichen Betriebes mit verhältnismäßig großer Eile, allen Schwierigkeiten zum Trotz, von neuem aufzubauen. Hr. Freiherr v. Lüdinghausen, der verdiente Polizeipräsident von Schneberg, mit dem Ruf an die großen deutschen Städte herantret, die Patenschaft für die durch die Kriegsfurie vernichteten oder gemißhandelten Dörfer zu übernehmen, war es Oesterreichs Hauptstadt vor allem, die diesem Ruf rasch und willig folgte und als eine der ersten Städte beider Länder die Fürsorge für das im Gebiet der Tannenberg-Schlacht liegende Ortelsburg übernahm. Diese Landstadt von mehreren tausend Einwohnern ist durch den Russeneinfall geradezu furchtlich zugerichtet worden, verspricht aber dank der schnellen und ergiebigen Hilfe Wiens wie ein Phönix aus der Asche hervorzugehen. Ein großer Teil der Häuser ist wieder aufgebaut, und zwar vielfach mit künstlerischem Geschmac, wie er dort bisher nicht anzutreffen war. Das alte Rathhaus soll auf Anregung und Kosten der Patenschaft durch einen modernen Prachtbau ersetzt werden. Der bisher durch Häuserreihen verdeckte Ausblick auf den schönen großen See ist freigelegt und eine mit Hilfe des Brandschuttes anverworfene Promenade um den See herumgeführt worden. So hat das Stadtbild von Ortelsburg außerordentlich gewonnen. Wien wird nie aus dem Gedächtnis seiner Bewohner verschwinden. Dr. Ludwig Goldstein ist mit ganz besonderer Freude der Einladung der „Concordia“ und der Deutsch-österreichischen Schriftstellergenossenschaft nach Wien gefolgt, weil sie ihm Gelegenheit gab, auch persönlich an maßgebenden Stellen den Dank seiner Landsleute abfragen zu können.

57  
1918  
14./IX. - 2/5  
Aus dem Pol.  
43.

## Graf Czernin und der deutsche Militarismus.

Von Dr. Franz Perle.

In der Sonntagsnummer der „Neuen Freien Presse“ vom 8. September widmet der ehemalige Außenminister Oesterreich-Ungarns, Czernin, einen heftigen Angriff gegen den deutschen Militarismus, indirekt auch gegen Hindenburg und Ludendorff, direkt gegen die Alideutschen und Amerizionisten. Anstatt eines Aufklärungsansatzes über die feindlichen Staatsmänner, über den wieder aufflammenden feindlichen Vernichtungswillen, über die anglo-amerikanischen und französischen Kriegsziele, setzt sich Graf Czernin abermals auf das Roß des Weltenschlers Wilson, das Roß der Völkerveröhnung, des Friedensbundes, der Abrüstung. Immer wenn der Feinde Uebermacht die deutschen Fronten irgendwo zurückdrückt, drängen sich mehr als sonst die Stimmen der Versöhnung in den Vordergrund, als ob auch nur einer unserer Feinde sich mit uns versöhnen wollte, Schaden infolge dessen der Sache der Mittelmächte und schließlich die Möglichkeit des Friedensschlusses durch Aufmunterung der Feinde hinaus. Nicht einen einzigen Engländer, Amerikaner oder Franzosen dürfte Graf Czernin durch seine Worte friedensgeneigter machen, wohl aber unzähligen Schwachen, Schwankenden, Kurzsichtigen und Verzweifelden neue Furcht durch die Andern jagen und so die Wühlarbeit der Innenfeinde stärken.

Czernin wettert, wenn auch verächtlich, gegen den deutschen Militarismus und die deutschen Heerführer. Dieser deutsche Militarismus, der einzige, wirkliche Schutz des deutschen Körpers und Geistes, der deutschen Wirtschaft und Kultur, der sich in dem Weltkriege so herrlich bewährte und so Wunderbares vollbracht hat, hat nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch die Donaumonarchie vor dem Untergang bewahrt. Ohne diesen deutschen Militarismus wären die Mittelmächte schon im ersten Kriegsjahr von Rußland überannt worden und Czernin könnte fern von seinen konfliktierten Gütern, über Völkerveröhnung, Weltfriedens- und Abrüstungsideen leben. Ohne den deutschen Militarismus und die deutschen Heerführer säßen nicht nur die Russen in Galizien, Polen, Schlessen, Ostpreußen, die Rumänen in Siebenbürgen, die Serben in Kroatien, die Italiener in Triest und am Brenner, es hätten auch die Türken ihren Nationalstaat mit Framarsch an der Spitze, in dem Czernin zu den Anschauungen seines Vaters zurückkehren oder aber in den Kerker wandern müßte. Ohne den deutschen Militarismus hätten Czernin und Kühlmann zu Litauisch-Brest einen Waffenverzichtskredit ohne Eroberungen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völkchen mit Lenin und Trotski geschlossen, heute würde der Bürgerkrieg nicht bloß in Moskau und Petersburg, sondern auch in Riga und Warschau wüten und seine Funken unauslöschlich in deutsche und österreichisch-ungarische Lande schleudern. Und wenn es den Außenfeinden und Innengegnern gelänge, den deutschen Militarismus noch zu brechen, dann würde nicht allein Deutschland untergehen oder zumindest in lange politische und wirtschaftliche Ohnmacht zurückfallen, es würde auch in Oesterreich ein blutiger Kampf aller gegen alle ausbrechen, der Völker, der Massen, der Menschen gegeneinander, der viel mehr sittliche und wirtschaftliche Werte zerstören müßte als je ein Krieg vernichten kann.

Hätten wir nur in Oesterreich einen Teil des deutschen Militärgewisses, des Geistes der Pflicht und der Ordnung, des Pflichtbewusstseins und des Verantwortungsgefühls, dann ständen wir nicht in diesem heillosen Wirrwarr, in dieser schauerlichen Ernährungs-schwermere, in der staatlichen Auflösung und im wirtschaftlichen Zusammenbruch!

Kein Wort verschwendete Czernin gegen den englischen Marinismus, der seit Jahrhunderten die Freiheit und den Wohlstand so vieler Völker und Staaten vernichtet hat (Spanien, Holland, Portugal, Irland, Indien, Ägypten, Burenrepublik usw.), kein Wort verliert Czernin gegen den Imperialismus der Angelsachsen in der alten und der neuen Welt, hinter dem alle englisch sprechenden und denkenden Menschen, von Lord George und Wilson bis zum letzten Arbeiter herab, gleich einer festgefühten Mauer stehen und der das einzige Friedenshindernis bildet, weil das Angelsachsen-tum nach der Weltbeherrschung strebt und alle anderen wirtschaftlich verfluchen will.

Wohl werden aber die bösen Alideutschen und Amerizionisten angerepelt, welche die Gefährlichkeit des englischen Marinismus und Imperialismus immer richtig eingeschätzt haben, die unaufhörlich vor Englands Vernichtungsabsichten gewarnt haben, die alles daran gesetzt haben, auf daß Deutschland für den unvermeidbaren Miesenkampf gerüstet sei, die Entbehrungen und Entschädigungen, je nach der Kriegslage beim Friedensschluß verlangen und nur zu dem Behufe, um die deutsche Volk und Reich vor einer zweiten noch größeren Gefahr zu bewahren und deutsche Entwicklung und Zukunft sicher zu stellen, die nach Möglichkeit Ersatz für das unermessliche deutsche Blut und Gut, das selbst über die militärische Notwendigkeit hinaus vom Feinde vernichtet oder geschädigt worden ist, hielten. Diese Alideutschen sind in den Augen eines Czernin die Friedenshemmer, die Blutrünstigen, die Kriegsheher, die Kriegsverlängerer, denen das Handwerk gründlich gelegt werden müsse.

Wie das gesamte deutsche Volk in der ganzen Welt verkannt, verdächtigt, verleumdet wird, so werden die Alideutschen, das Gewissen des deutschen Volkes, von eigenen Volksgenossen oder solchen, die es vorgeben, zu sein, verkannt, verdächtigt, verleumdet.

Der größte Feind des Deutschen war überall und jederzeit der Deutsche. Nicht der Feinde Uebermacht und Hinterlist, nicht schwerstes Mißgeschick haben dem deutschen Volke im Laufe der Geschichte solch blutende Wunden geschlagen, als der Doktrinarismus, der Unverständnis, die Schwärmerie, die Kurzsichtigkeit eigener Volksgenossen sowie die Böswilligkeit falscher Freunde, die sich als schlimmste Schmarotzer im deutschen Volkstörper eingeknistet haben. Was die Deutschen im Weltkriege von ihren zahlreichen Außenfeinden erfahren und erdulden mußten, ist unbeschreiblich; aber noch viel grauenhafter ist die traurige Tatsache, daß viele Deutsche unter der grimmigen Schadenfreude dieser Außenfeinde emsig bemüht sind, die festesten Grundlagen deutscher Kraft und Größe zu unterwühlen und das deutsche Volk wehrlos seinen erbitterten Außen- und Innengegnern anzuliefern.

14./IX. 1918

\* (Graf Abalbert Sternberg über österreichische Propaganda.) In der Oesterreichischen politischen Gesellschaft sprach vorgestern Abalbert Graf Sternberg über Propaganda. In Umkehrung des biblischen Wortes von Bileam, der auszog zu fluchen und dann segnete, übte Graf Sternberg harte Kritik an unsern Verhältnissen und zählte die gewaltigen Schwierigkeiten auf, die es fast unmöglich machen, draußen im Auslande Propaganda zu machen, solange keine Aenderungen auf weiten Gebieten erfolgt sind. Wir können nicht, sagte er, eine Propaganda machen, wie die angelsächsischen Völker, die ihre gesegneten Zustände den andern Völkern schildern und versprechen, ihnen Befreiung zu bringen. Ich kann mir nur vorstellen, sagte er, daß unsere Propaganda im Gegensatz zur Siegespropaganda der Entente eine Friedenspropaganda par excellence sein muß. Da müssen wir uns nun vor Augen halten, wech ein großer Unterschied zwischen der angelsächsischen Regierungsmethode und der Regierungsmethode der Centralmächte besteht. Ich kann sagen, daß die Staatsgewalt Amerikas und Englands bedeutend größer ist, als die der Centralmächte, besonders die Oesterreichs, ja, daß Oesterreich das Land der allergrößten Freiheiten ist. Nicht weil die Gesetze so außerordentlich menschenfreundlich sind, sondern weil die Handhabung der Gesetze eine andre ist. Andre Wege als die Czerninsche Abrüstungspropaganda führen zum Frieden. Der Weg, den die Centralmächte einschlagen müssen, ist der, konkrete Friedensvorschläge zu machen, und auf diesem Gebiete dürfen wir nicht engberzig sein. Wer mir darauf antwortet, es sei aussichtslos, die Entente denkt nicht an den Frieden, irrt. Wenn unsere Propaganda Erfolg haben soll, so müssen wir sie in dem Sinne führen, daß sich alle kriegführenden Mächte zugleich verpflichten, an das Volk zu appellieren, das Volk zu befragen, ob es den Frieden will oder nicht. Bevor wir diese Propaganda beginnen, müssen wir den Ententevölkern klar und deutlich sagen, was wir alles zum Gelingen des Friedens beitragen wollen, was wir der leidenden Menschheit innerhalb und außerhalb unserer Grenzen zu bringen bereit sind!

## Maul halten und weiterdienen!

„Wir in Deutschland und Oesterreich-Ungarn halten an einer freien Presse selbst unter dem Zwange des Krieges fest. Bei unseren Gegnern dagegen stehen die Journalisten unter der Kontrolle des Staates.“ Also sprach vor einer Woche der deutsche Staatssekretär Herr v. Pinke zu den Vertretern der Wiener Presse. Die Leser der Arbeiter-Zeitung haben sich gestern und vorgestern überzeugen können, wie „wir“ an der freien Presse „festhalten“.

Früher einmal hat sich die Zensur mit weißen Flecken begnügt. Jetzt bekommen die Leser immer wieder ganze weiße Seiten serviert. So halten „wir“ an der freien Presse fest!

Aber um die Freiheit der Presse allein handelt es sich nicht, so wichtig die Sache auch wäre, wenn es sich nur darum handelte. Es handelt sich um mehr. Es handelt sich um den Frieden.

Vier ganze Leitartikel sind in der Arbeiter-Zeitung in kurzer Frist unterdrückt worden. Alle diese Artikel handelten vom Frieden. Freilich, sie sprachen über den Frieden nicht so, wie der Herr Graf Burian über ihn spricht und wie die dem Herrn Grafen Burian dienstbaren Zeitungen über ihn reden. Unsere Artikel haben nicht die Illusion zu nähren gesucht, daß wir dadurch zum Frieden kämen, daß die Herren Minister wohlgelesene Reden halten; daß sie einmal die Feinde beschimpfen und das anderemal die Feinde zu überreden suchen. Unsere Artikel haben vielmehr die Ueberzeugung zu verbreiten und zu vertiefen gesucht, daß der Friede ganz bestimmte Voraussetzungen hat, ohne deren Erfüllung nach unserer Ueberzeugung die schönsten Friedensreden der Minister fruchtlos bleiben werden. Unsere Artikel haben die Frage zu beantworten versucht, was in Deutschland und was in Oesterreich-Ungarn geschehen müßte, damit der Friedenswille der Volksmassen in den feindlichen Ländern gestärkt, der Kriegswille der Regierungen in den feindlichen Ländern gebrochen werde. Unsere Artikel haben darzulegen versucht, welche inneren Reformen in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn den Weg zum äußeren Frieden bahnen würden. Das ist es, worüber wir nicht reden dürfen!

Der ehemalige österreichisch-ungarische Botschafter Heinrich Graf Lühow hat Mittwoch einen Artikel „Zur Friedensfrage“ veröffentlicht, der mit folgenden Worten schloß: „Ich habe zu viel im Ausland gelebt, um nicht einigermaßen mit der Mentalität unserer Gegner vertraut zu sein. Es ist meiner Ueberzeugung nach durchaus nicht das Gefühl des Hasses oder der Rachsucht, welches das Schlagwort von der Aufteilung der Monarchie gezeitigt hat: es ist bei den leitenden Elementen der Entente in erster Linie das Gefühl, daß die Monarchie in ihrem jetzigen Gefüge beständig ein „Sturmzentrum“ bleiben wird, von welchem aus — auch gegen den Willen der leitenden Kreise — Störungen bald in dieser, bald in jener Richtung zu gewärtigen sind. Sollte es uns von einer gütigen Vorsehung beschieden werden, daß uns endlich der Versuch gelingt, im eigenen Hause Ordnung zu machen, so sind wir dem Weltfrieden um ein beträchtliches nähergerückt!“ Der Graf Lühow darf so schreiben. Denn erstens ist er ein Graf und ein k. u. k. Botschafter a. D., zweitens schreibt er in der „Neuen Freien Presse“ und drittens zieht er aus seinen Erwägungen keine unbequemen Schlüsse, sondern überläßt es, wie es sich für einen braven Patrioten ziemt, einer „gütigen Vorsehung“, dafür zu sorgen, daß in unserem Hause Ordnung wird. Wir haben an demselben Tage denselben Gedanken auseinandergesetzt wie der Graf Lühow; aber unsere Darlegung ist vom Titelwort bis zum Schlusssatz unterdrückt worden!

Gestern hat der Vizekanzler des Deutschen Reiches Herr v. Beyer über den Frieden gesprochen. „Bei früheren Friedensschlüssen“, sagte Herr v. Beyer, „sind die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung, wenn es zum Verhandeln kam, still in den Hintergrund getreten, andere waren es, die fast allein über ihr Geschick bestimmt haben. Mit dieser Resignation ist es heutigentags vorüber. Den kommenden Frieden werden die Regierungen nicht allein, sondern im engen Einvernehmen mit der Gesamtheit des Volkes schließen.“ Aber wie sonst könnten sich die „mittleren

und unteren Schichten der Bevölkerung“ über die Fragen des Friedens ein Urteil bilden, wie sonst könnten sie zu Worte kommen, wie sonst ein Einvernehmen zwischen den Herrschenden und den beherrschten Volksmassen über die Friedensbedingungen und Friedensvoraussetzungen gesucht und hergestellt werden, wenn nicht durch die Vermittlung der Presse? Daß der Graf Burian die Arbeiterpresse über die ersten Voraussetzungen des Friedens gar nicht reden läßt, zeigt, welchen Einfluß er den „unteren Schichten der Bevölkerung“ auf Krieg und Frieden lassen, wie er den Frieden „im Einvernehmen mit der Gesamtheit des Volkes“ vorbereiten und schließen will!

Fünfzig Monate lang führen wir Krieg. Fünfzig Monate lang bringen unsere Brüder im Felde Opfer ohne Zahl und tragen unsere Brüder in den Fabriken Entbehrungen ohnegleichen. Aber wenn es sich darum handelt, wie lange diese Schrecken noch dauern sollen; wenn in Frage steht, was geschehen kann und geschehen soll, um Massenmord und Massennot zu beenden, dann verschließt man uns den Mund. Wer darüber reden will, den herrscht man an: Maul halten und weiterdienen! Das ist der Sinn der leeren Spalten auf der ersten Seite der Arbeiter-Zeitung!

Aber der Herr Graf Burian irrt, wenn er glaubt, daß hierzulande die Zeit der „Resignation“ noch nicht vorbei sei; daß hierzulande die „unteren Schichten“ noch immer „still in den Hintergrund treten“ wollen, wenn es um das Blut ihrer Söhne, um das Brot ihrer Kinder geht. Der Herr Graf Burian wird die Methoden seines Freundes Stürgkh nicht wiederbeleben und die Methoden seines Freundes Disza nicht nach Oesterreich verpflanzen. Es sei heute dem Herrn Baron Hussarek und dem Herrn Grafen Burian in aller Ruhe, aber auch mit aller Entschiedenheit gesagt: Die Frage, ob wir das Recht haben, die Voraussetzungen des Friedens zu erörtern, kann zu einer politischen Frage allerersten Ranges werden. Unsere Partei wird dieses unser Recht zu erstreiten wissen: im Parlament und in der Delegation, wenn es not tut; an jeder zweckdienlichen Stelle und mit jedem zweckdienlichen Mittel, wenn es notwendig ist. Die Zeit des „Maulhalten und weiterdienen“ ist auch in Oesterreich vorbei.

## Oesterreich und der Brest-Litowsker Zusatzvertrag.

Wien, 13. September. Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Von informierter Seite erfahren wir: Angesichts des Abschlusses der deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Friedensvertrag von Brest-Litowst vom 3. März 1918 ist in Oesterreich-Ungarn vielfach die Frage erörtert worden, in welchem Stadium sich die Regelung des analogen Fragenkomplexes zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland befinde.

Zum Verständnis der ganzen Angelegenheit empfiehlt es sich, einen Rückblick auf ihre Entwicklung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages zu werfen. In dem österreichisch-ungarischen Zusatzverträge zum Friedensvertrage wurden über die Frage der gegenseitigen Abrechnung, der Erhaltungskosten der Kriegsgefangenen, der Entschädigungen für Völkerrechtswidrigkeiten und für wirtschaftliche Kriegsmassnahmen usw., ferner über die wechselseitige Aufnahme des öffentlichen Schuldendienstes und der hiermit im Zusammenhang stehenden Einzelheiten finanzieller Art sowie über Vergütungen aus dem Titel Nationalisierung von Privateigentum im allgemeinen grundsätzliche Bestimmungen getroffen, die aber noch der Durchführung und teilweisen Ergänzung in einem späteren Zeitpunkt bedürfen. Hierzu war vor allem die Ratifizierung des Friedensvertrages abzuwarten, die sich aber verzögerte, da ursprünglich die Absicht bestand, ihn zunächst der parlamentarischen Behandlung zuzuführen. Erst als die innerpolitische Lage, speziell in Oesterreich, rasche Erledigung durch den Reichsrat als aussichtslos erscheinen ließ und wichtige Fragen, wie unter anderem auch die Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen in Rußland, deren praktische Regelung die Ratifizierung zur Voraussetzung hatte, weiteren Ausschub nicht zuließen, entschloß man sich, die Ratifizierung

### gegen nachträgliche Genehmigung durch die Parlamente

einzuwickeln. Die Ratifizierung des Friedensvertrages, zu der die russische Regierung von Oesterreich-Ungarn am 16. Mai 1918 eingeladen worden war, stieß zunächst in Moskau auf gewisse Schwierigkeiten, konnte aber schließlich am 4. Juli vollzogen werden. Angesichts dieser von russischer Seite verursachten neuerlichen Verzögerungen hatte sich die österreichisch-ungarische Regierung dafür entschieden, schon vor dem Vollzuge der Ratifizierung über einen besonders wichtigen Punkt, nämlich über die Frage der Wiederaufnahme des öffentlichen Schuldendienstes und des Wertpapierverkehrs mit der Sowjetregierung Verhandlungen einzuleiten und Ende Juni zum Zwecke eines Abschlusses des ergänzenden Abkommens eine Spezialkommission unter Generalkonsul de Pottiere nach Moskau zu entsenden. Ungeachtet der großen Schwierigkeiten, auf die die von der österreichisch-ungarischen Spezialmission eingeleiteten Verhandlungen in Moskau stießen, gelang es uns schließlich, die russische Regierung zur Abgabe einer Erklärung zu bewegen, in welcher sie sich uns gegenüber zur Erfüllung der Verbindlichkeiten aus der russischen Staatsschuld grundsätzlich verpflichtet. Was nun die oben erwähnte Frage der Entschädigung und Ersätze anbelangt, so waren schon vor Unterzeichnung des Friedensvertrages die erforderlichen umfangreichen mühsamen Erhebungen zur Beschaffung tatsächlichen Materials eingeleitet worden, deren Abschluß jedoch insbesondere infolge des mangelnden Ueberblickes über Umfang und Wirkung der russischen Nationalisierungsmaßnahmen sowie über manche andere Arten der unseren Staatsangehörigen zu erlebenden Schäden erschwert und verzögert wurde. Die durch die Verhältnisse in Rußland hervorgerufenen kaum zu überwindenden Hindernisse

dürften auch Oesterreich-Ungarn veranlassen, ebenso wie Deutschland die Regelung aller Fragen finanzieller Natur

### im Wege einer Pauschalabrechnung anzustreben.

Diesbezüglich sind die internen Besprechungen zwischen den kompetenten Ressorts bereits im vollen Zuge, die möglichst beschleunigt werden, um den Beginn der Verhandlungen mit der russischen Regierung raschestens herbeizuführen. Schließlich sei noch bemerkt, daß sich das Deutsche Reich, was die tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen der eben abgeschlossenen Verträge mit Rußland anbelangt, in einer von der unsrigen wesentlich verschiedenen Situation befinde. Vor allem haben sich Deutschland und Rußland bereits im Brest-Litowsker Friedensvertrage gegenseitig die Wiederaufnahme des öffentlichen Schuldendienstes von dem Zeitpunkt der Ratifizierung zugesichert, während von einer gleichartigen Vereinbarung, wie erwähnt, unsererseits aus besonderen Gründen abgesehen wurde. Schon hierdurch sowie durch rasche Durchführung der Ratifizierung hat Deutschland im Vergleiche zu uns einen Vorsprung gewonnen, der ihm ermöglichte,

### die Verhandlungen mit Rußland zu beschleunigen

und schon jetzt zum Abschlusse zu bringen. Auch sachlich besteht insofern ein erheblicher Unterschied, als Deutschland in der Lage war, aus einer Reihe von Titeln, wie Aufwand für Kriegsgefangene, Entschädigungen für Völkerrechtswidrigkeiten usw., Ersatz für nationalisiertes deutsches Eigentum in Rußland und für russische Wertpapiere in deutschen Händen Forderungen gegen den russischen Staat geltend zu machen, die nach Abzug der russischen Gegenforderungen eine Gesamtsomme ergeben, hinter der unsere zu erhebenden Ansprüche an Rußland jedenfalls um einen sehr bedeutenden Betrag zurückbleiben.

Hierbei fällt besonders der Umstand ins Gewicht, daß Oesterreich-Ungarn und Rußland gegenseitig auf Ersatz des Aufwandes für die Kriegsgefangenen verzichtet haben, während dem deutsch-russischen Vertrag das Prinzip der gegenseitigen Abrechnungskosten nach der Kopfzahl zugrunde liegt. Schon hieraus ergibt sich zugunsten Deutschlands eine Nettoforderung, die einen sehr großen Teil der jetzt von Rußland zu leistenden vereinbarten Pauschalsumme ausmachen dürfte. Ueberdies kam bei den Verhandlungen mit der russischen Regierung Deutschland als unmittelbarem Nachbarn — und dies darf keineswegs außer acht gelassen werden — die allgemeine politische, militärische und wirtschaftliche Situation, die das Ergebnis des Krieges gegen Rußland war, in besonderem Maße zustatten.

## Aus den Tagen von Brest-Litowk

von  
Herrn  
Trojki.

Während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowk hat Trojki, der Führer der russischen Delegation, im ersten Stadium der Verhandlungen eine Broschüre unter dem Titel „Von der Oktober-Revolution bis zum Brest-Vertrag“ geschrieben, die im bolschewistischen Kraftmeierstil eine Uebersicht über die Ereignisse seit dem Sturze Kerenskis gibt. Aus der (im Prometheus-Verlag, Bern) erschienenen Broschüre geben wir einen Abschnitt wieder, der die Ereignisse in Brest schildert. Am 25. Dezember haben die Mittelmächte die Programm-Erklärung der russischen Delegierten durch eine Erklärung beantwortet, in der sie die demokratischen Prinzipien des russischen Revolution anerkennt. Trojki schreibt nun:

Auf die Arbeiterklassen Rußlands machte die Antwort Kühlmanns einen ungeheuren Eindruck. Diese Antwort wurde ge-  
deutet als Resultat der Angst der leitenden Klassen der Zentralmächte vor der Unzufriedenheit und der wachsenden Ungebuld der Arbeitermassen Deutschlands. Am 28. Dezember fand in Petersburg eine kolossale Arbeiter- und Soldatendemonstration zu Ehren eines demokratischen Friedens statt. Aber am folgenden Morgen kam aus Brest-Litowk unsere Delegation zurück und brachte uns jene räuberischen Forderungen mit, die uns Herr von Kühlmann im Namen der Zentralmächte und in Erläuterung seiner „demokratischen“ Formel stellte.

Es könnte auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen, worauf eigentlich die deutsche Diplomatie rechnete, als sie demokratische Formeln bloß dazu aufstellte, um zwei, drei Tage später ihren Wollshunger offen zu zeigen. Die theoretischen Auseinandersetzungen, die sich — zumeist auf die Initiative von Kühlmann selbst — um die demokratischen Prinzipien drehten, waren zum mindesten gewagt. Daß auf diesem Wege die Diplomatie der Zentralmächte nicht viel Lorbeeren ernten könnte, das mußte ihr selbst von vornherein klar gewesen sein. Das Geheimnis der ganzen Diplomatie Kühlmanns bestand aber darin, daß dieser Herr aufrichtig überzeugt war, wir seien unsererseits gerne bereit, mit ihm vierhändig zu spielen. Er kalkulirte dabei ungefähr so: Rußland braucht unbedingt den Frieden. Die Bolschewiki sind bant ihrem Kampf um den Frieden zur Macht gelangt. Die Bolschewiki möchten die Macht beibehalten. Das ist für sie nur denkbar, wenn sie Frieden schließen. Sie sind freilich durch ein bestimmtes demokratisches Friedensprogramm gebunden. Aber wozu gäbe es denn in der Welt Diplomaten, wenn nicht dazu, um Schwarz für Weiß auszugeben! Wir Deutschen wollen den Bolschewiki die Situation erleichtern, indem wir unsere Plünderungen mit dekorativen Formeln schmücken. Die bolschewistische Diplomatie wird Grund genug haben, nach dem politischen Wesen der Dinge nicht näher zu forschen, oder richtiger, den Inhalt der verlockenden Formeln nicht vor den Augen der ganzen Welt zu enthüllen. Mit anderen Worten, Kühlmann hoffte auf ein stillschweigendes Uebereinkommen mit uns: er würde uns unsere schönen Formeln zurückgeben, wir würden ihm protestlos die Möglichkeit geben, Deutschland Provinzen und Völker einzuverleiben. In den Augen der deutschen Arbeiter hätte auf diese Weise die gewalttätige Aneignung eine Sanktion von Seiten der russischen Revolution erfahren.

Als wir aber im Laufe der Debatten zeigten, daß es sich für uns nicht um leere Worte oder um die dekorative Verschleiierung einer Schiebung handelte, sondern um demokratische Prinzipien des Beieinanderlebens von Völkern — da faßte Kühlmann es als einen böswilligen Bruch einer stillschweigenden Abmachung auf. Um nichts in der Welt wollte er von der Formulierung vom 25. Dezember zurückweichen, und voller Zuversicht zu seiner geschärften bürokratisch-juristischen Logik bemühte er sich, vor dem Angesicht der ganzen Welt zu zeigen, daß Weiß sich durch nichts von Schwarz unterscheidet und daß nur unser böser Wille allein uns zwingt, auf diesem Unterschiede zu beharren. Graf Czernin, der Vertreter Oesterreich-Ungarns, spielte bei diesen Verhandlungen eine Rolle, die kein Mensch imponierend oder würdig nennen könnte. Er spielte ungeschickt den Sekundanten und nahm es in Kühlmanns Auftrag in kritischen Momenten auf sich, die schroffen und zynischen Erklärungen abzugeben. Der General Hoffmann trug in die Verhandlungen eine erschreckende Note hinein. Ohne eine Sympathie zu den diplomatischen Instruktionen Kühlmanns zu zeigen, legte der General mehrmals seinen Soldatenstiefel auf den Tisch, um den sich komplizierte juristische Debatten drehten. Wir unsererseits, wir zweifelten keinen Augenblick, daß gerade dieser Stiefel des Generals Hoffmann als die einzige ernsthafte Realität bei diesen ganzen Verhandlungen zu betrachten sei.

Als großer Trumpf in den Händen des Herrn Kühlmann erschien die Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Verhandlungen. Den Kleinbürgern, die in der Ukraine ans Ruder gelangt waren, erschien ihre „Anerkennung“ durch die kapitalistischen Regierungen Europas als Sache von ausschlaggebender Wichtigkeit. Zuerst bot sich die Rada den Entente-Imperialisten an und erhielt auch von ihnen einiges Taschengeld, darauf sandte sie ihre Vertreter nach Brest-Litowk, um hinter dem Rücken der Völker Rußlands der Oesterreichischen und der Regierung eine Anerkennung ihrer staatlichen Legalität abzuhandeln. Die Diplomatie von Kiew, die jetzt erst den Weg „internationaler“ Existenz betreten hatte, äußerte denselben Gesichtskreis und dasselbe moralische Niveau, die stets die mesquinen Politiker der Balkan-Halbinsel charakterisiert hatten. Die Herren Kühlmann und Czernin machten sich natürlich über die Langsamkeit dieses neuen Teilhabers an den Verhandlungen keine Illusionen. Aber sie kalkulirten mit Recht, daß durch die Teilnahme der Kiewer Delegation das Spiel sich kompliziere, und zwar nicht zu ihrem Nachteil.

Bei ihrem ersten Auftreten in Brest-Litowk hatte die Kiewer Delegation die Ukraine als einen Bestandteil der entstehenden Russischen Föderativen Republik gezeichnet. Das erschwerte offenkundig die Arbeit der Diplomaten der Zentralmächte, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, die russische Republik in einen neuen Balkan zu verwandeln. Bei ihrem zweiten Auftreten erklärten die Delegierten der Rada, unter dem Diktat der österreichisch-deutschen Diplomatie, daß die Ukraine es nunmehr ablehne, in der Russischen Föderation aufzugehen und sich als völlig unabhängige Republik betrachte.

## Die britischen Gewerkschaften für den Verständigungsfrieden.

Neben Gompers' und Hendersons.

Bern, 12. September.

Der vierte Verhandlungstag des britischen Gewerkschaftskongresses brachte die mit Spannung erwartete Auseinandersetzung zwischen den kriegstreiberischen Anhängern David Lloyd Wilsons und den gemäßigten Arbeiterelementen, die mit einer eklatanten Niederlage der ersteren endete.

Ein anderes Ereignis waren die mit Spannung erwarteten Nebenberichterstattungen als Vertreter der Brudervereinigungen bewohnenden Arbeiterführer Gompers und Henderson.

Ueber die Rede Gompers' sagt der Sonderberichterstatte der „Times“ gerade heraus, daß sie viele Zuhörer wozu der Vertreter des Northcliffe-Blattes offenbar sich selbst zählt, stark enttäuscht habe. Sie legte Nachdruck auf das bestehende volle Einverständnis zwischen der amerikanischen Arbeiterschaft und der Bundesregierung und auf den daraus folgenden ungeahnten Umfang der amerikanischen Kriegshilfe. Auf die Episode des Bürgerkrieges anspielend, erwähnte Redner die Botschaft der Männer der Nordstaaten an Lincoln, die ihm 600.000 Mann zur Verfügung stellten, und sagte: Amerika spricht zu Großbritannien, Frankreich, Italien und den anderen Verbündeten. Männer der Demokratie, wir kommen, fünf Millionen stark, und ich darf die Bemerkung des großen Führers der Demokratie der Welt, des Präsidenten Wilson, hinzufügen: Warum sollen wir uns auf fünf Millionen beschränken?

Dann sprach Gompers eingehend über amerikanische Arbeiterföderation, über die er unter anderem sagte: In dieser Weltkrise ist unsere Bewegung ohne Wanken für den internationalen Frieden eingetreten. Niemand war in dieser Hinsicht ausgesprochen als wir. Aber wie viele von uns können an den internationalen Frieden glauben, wenn der scharflose Marodeur seine Horden auf friedliebende Völker heßt, auf die Vernichtung von Demokratie und Freiheit abzielt und nach Weltherrschaft strebt? Wie jemand länger an das Ideal des Weltfriedens denken kann, während so etwas vor sich geht, übersteigt mein Begriffsvermögen. (Großer Beifall.) Die Arbeiterschaft ist nicht im Kriege aus Liebe zum Kriege. Die uniformierten Männer in Großbritannien und Frankreich sind nicht Vertreter des Militarismus. Ich hasse den Gedanken des Tötens; aber wenn wir nicht Weiber und Kinder verteidigen, wenn wir nicht gewillt sind, für die Ideale der Demokratie zu kämpfen, für welche die Männer der Vergangenheit und der neuesten Gegenwart gelitten haben, werden wir des großen Erbes unwürdig sein. Ich würde den Krieg nicht eine Minute mehr verlängern als notwendig ist, die Ziele der Weltdemokratie zu erreichen. Aber ich wäre nicht gewillt, ihn um eine Stunde abzukürzen, wenn das bedeutete, daß die militaristische Maschine, die jetzt fortbauert, uns innerhalb der nächsten zehn Jahre einen neuen Krieg bringen sollte. (Großer Beifall.)

Henderson, der als Vertreter der Labour Party sprach, gedachte des enorm angewachsenen politischen Einflusses der britischen Arbeiterschaft, die außer einem umfassenden Programm des sozialen Neuaufbaues auch eine feste internationale Politik verfolge. Wir bekämpfen, rief Henderson aus, den deutschen Imperialismus ebenso wie Freund Gompers und seine Föderation. Zwischen ihr und uns ist nur ein Unterschied, nämlich, daß wir noch an den Internationalismus der Völker glauben, wenngleich wir den Glauben an den Internationalismus der Könige verloren haben. (Beifall.) Wir sind nicht im Kriege mit dem deutschen Volke, außer insofern es das imperialistische System der Eroberung und der Aggression seiner Regierung unterstützt. Wir wollen dieses System vernichten.

Unser Ziel ist, das deutsche Volk in unserem Kampfe gegen alle Formen des Militarismus und Imperialismus zu unserem Verbündeten zu machen. Wir glauben, daß ein Dauerfriede solange unmöglich ist, bis das militaristische und imperialistische System überall vernichtet ist. (Beifall.) Wir wollen aber, daß der kommende Friede auf keiner Seite ein Gefühl der Bitterkeit und der Schädigung hinterlasse. Wir geben jeden Gedanken an wirtschaftlichen Boykott nach dem Kriege auf. Wir weisen jede Absicht, Deutschland zu isolieren und sein Wirtschaftsleben zu zerstören, zurück. Unsere Politik ist mit einem Wort eine Politik der Verständigung. Wir erklären, daß dieser Krieg mit dem Augenblick enden soll, wo alle Kriegführenden einschließlich Deutschland, bereit sind, Vernunft an Stelle der Gewalt und internationale Kooperation an Stelle nationaler Aggression zu setzen. Wir haben die Gelegenheit angestrebt, unsere Politik und unsere Ziele in einer freimütigen Aussprache mit den deutschen Sozialisten zu erklären. Aber man traut uns nicht und verweigert uns die Mäßigkeit dazu. Nachdem wir in dieser Richtung keinen Erfolg gehabt haben, müssen wir nach einer anderen suchen, und wir glauben, wir werden eine finden. (Beifall.)

Nach einem stürmischen Intermezzo, worüber die Berichterstatte Einzelheiten nicht angeben, wurde mit 3,835.000 gegen 493.000 Stimmen über die Boykottresolution zur Tagesordnung übergegangen.

Diese Ziffern sind, wie „Daily News“ bemerken, deswegen von Bedeutung, weil sie die Aussichtslosigkeit des Wilsonschen Planes dartun, eine neue, kriegsbegierige Arbeiterpartei zu begründen.

14. IX. 1918

8

Der Reichskanzler über die Friedensaus-  
sichten.

Wien, 13. September.

Beim Empfange der Vertreter der Gewerkschaften er-  
klärte Reichskanzler Graf Hertling, er hoffe zu-  
versichtlich, daß wir dem Frieden näher  
seien, als man allgemein glaube.

## Deutschland und die austro-polnische Frage.

Von Ernst Voetticher.

Die Stärke unserer Gegner beruht in ihrer rücksichtslosen Nationalpolitik, wogegen wir unter einer Kabinettspolitik leiden, deren Hauptfehler darin besteht, daß sie lediglich unter dynastischen Gesichtspunkten handelt und es obendrein für Ang hält, fremde nationalstaatliche Bestrebungen zu fördern. Die neugebildeten slavischen Pufferstaaten sollen eine Schutzwehr Deutschlands gegen zukünftige russische Angriffe werden. Welche Illusion! In neugewonnenen Ländern muß der Sieger mit der Sicherheit auftreten, die aus dem Bewußtsein quillt, daß sie nicht wieder loskommen. Nachgiebigkeit gegen ihre Wünsche, Liebeshörigkeit und vertrauensvolles Entgegenkommen haben nicht die beabsichtigte, sondern entgegengesetzte Wirkung, söhnen die Bevölkerung, entgegen der Erwartung, nicht mit dem neuen Zustand aus, sondern werden die Ueberlegung, der Eroberer müsse sich seiner Sache doch nicht sicher fühlen, sonst würde er nicht um gute Stimmung werben, feindliche Demonstrationen sich nicht gefallen lassen, und stärken so den Widerstand. Die größten Erobererländer, die alten Römer und die Engländer, haben neu erworbene Länder immer zunächst mit großer Strenge behandelt, bis der Widerstand endgültig gebrochen war; dann erst glaubten sie ohne Schaden ihnen ein gewisses Maß von Freiheit und Selbstverwaltung zugestehen zu dürfen. Dagegen erreicht die heute zu einer unglücklichen Berühmtheit gelangene Versöhnungspolitik fast immer das Gegenteil von dem, was sie bezweckt. Dann werden wir endlich wieder lernen, gleich unseren Vorfahren als Herrenvoll aufzutreten!

Dies vorausgeschickt, wenden wir uns zu der bedeutlichen Schöpfung des „Randstaates“ Polen. Von seiten der Diplomatie wird der allgebräuchliche Ausdruck Pufferstaat jetzt vermieden, denn die Errichtung von Pufferstaaten hat sich längst als Unsinn erwiesen. Pufferstaaten nehmen Partei für den ihnen am stärksten erscheinenden Teil, folgen ihrem Vorteil oder ihrer Sympathie. Den schlagendsten Beweis haben die Vereinigten Niederlande und Belgien erbracht. Ein starker Staat wie das Deutsche Reich verteidigt sich durch die eigene Kraft, aber nicht durch die unsichere Macht eines vorgelagerten Mittelstaates. Eingeschlossen zwischen Litauen, Weißrußland und Ukraine im Osten, Deutschland im Westen und Oesterreich im Süden könnte Polen als Mittelstaat ungefährlich sein und auch wirtschaftlich einer friedlichen und glücklichen Zukunft entgegengehen, wenn die Polen nicht Polen wären. Bei ihrem Eigendünkel und Größenwahn werden sie aber niemals zuverlässige Bundesgenossen sein. Länder- und ruhmbegierig träumen sie von einem Reiche von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, machen schon jetzt kein Hehl daraus, daß sie von der Zukunft den Anschluß aller oder doch der wichtigsten einst zu Polen gehörigen preussischen Provinzen erwarten. Käme es wieder zu einer europäischen Verwidlung, so würden sie auf der Seite von Deutschlands Feinden stehen und die inzwischen mit deutschem Gelde, deutschen Lehrmeistern, deutscher Technik erworbene Kraft gegen Deutschland wenden. Erlebt Preußen doch an seinen Polen, welcher Dank ihm dafür wird, daß es sie aus tiefster Verkommenheit auf die jetzige Kulturstufe gehoben hat. Die Kongreßpolen haben schon heute vergessen, daß Deutschland und Oesterreich sie von dem russischen Joch befreit hat. Ihre Befreiung brachte

uns alsbald eine große Enttäuschung. Ein großer allslavisch gesinnter Teil der Polen wollte gar nicht befreit sein, in der Hoffnung, daß durch die Niederlage der Mittelmächte Preussisch- und Oesterreichisch-Polen an Kongreßpolen, wenn auch vorläufig unter russischer Schutzherrschaft, fallen würde. Anstatt einer halben Million stellten die Polen kaum 20.000 Legionäre gegen Rußland auf, und deren Verhalten braucht hier nicht erst gekennzeichnet zu werden. Die Verkündigung der Wiedererrichtung eines Königreiches Polen wurde zwar zumeist mit Jubel aufgenommen, aber dankbar haben sich die Polen nicht erwiesen, vielmehr unglaublich anmaßend. Mit noch größerem Jubel würden sie heute den Sieg der Verbündeten begrüßen; von ihnen erhoffen sie gerade jetzt (!!) die Verwirklichung ihres Großmachttraumes.

Wie würde sich nun in Anbetracht des ganzen Wesens der Polen Deutschlands Lage nach einer austro-polnischen Lösung der polnischen Frage gestalten? Für die deutschösterreichischen Bundesbrüder wäre das Ausscheiden Galiziens, also einiger Millionen deutsch-slawischer Slaven, ein Gewinn, da es ihnen die Mehrheit im Reichsrat brächte. Aber mit diesem durch Galizien vergrößerten nimmerlatten Königreich Polen unter österreichischer Spitze wäre, mag sein König der Kaiser von Oesterreich oder ein anderer Habsburger sein, eine für Deutschland unerträglich Lage geschaffen. Es wäre doch nicht ganz undenkbar, daß unter Umständen, namentlich bei einer für Deutschland ungünstigen allgemeinen politischen Konstellation und unter englischen Einflüssen, die allpolnische Politik durchdränge und das österreichisch-deutsche

Bündnis sprengte. So fest wir auf dies Bündnis bauen — der Realpolitiker muß angesichts der slavischen Umtriebe mit einer so tief zu beklagenden Wendung rechnen. Die Möglichkeit ist eben unabweisbar, daß ein österreichisch-ungarisch-polnischer Gesamtstaat oder Staatenbund sich eines Tages gegen das Deutsche Reich wende und das ganze Deutschum in einen neuen und noch schwereren Kampf um das Dasein verwickelte. Dabei fielen es zu Deutschlands Ungunsten ungemein schwer ins Gewicht, daß dieses dann, entsprechend den geographischen Verhältnissen, von der habsburgischen Macht im Osten und Süden umfaßt wäre, während obendrein Polen (wohl mitsamt Litauen) und Böhmen als feindliche Bastion weit hinein in das Reich vorsprängen. Dies würde, strategisch betrachtet, von vornherein eine für uns verderbliche Kriegslage schaffen. Dem muß ein Niegel vorgeschoben werden. Darum ist die austro-polnische Lösung der polnischen Frage für Deutschland unannehmbar.

15./X. 1918

11

(Englische Seetants.) Die Tants scheinen es den Engländern angetan zu haben. Nachdem sie diese in so großem Maßstab in den Landkrieg eingeführt haben, ist ihnen der Gedanke gekommen, sie auch im Seekrieg zu verwenden. Und zwar hoffen sie damit, die Sperrbarrikaden vor den Häfen, die zumeist aus mächtigen Stämmen bestehen und Stahlneze zur Abwehr von Unterseebooten tragen, zu überwinden, indem sie diese „überklettern“. Wie den Ententobläthern zu entnehmen ist, handelt es sich dabei um Motorboote ganz leichten Stils mit einem 10 HP starken Elektromotor. Durch Niederketten ist ein Vorgelege mit je einem mittelgroßen Räderpaar am Heck und am Bug verbunden; die vier Räder lassen die Führung zweier endloser Ketten nach Art des Raupenantriebes. An die Ketten werden in Abständen von je 70 Zentimeter kräftige Dornen angebracht; sobald das kleine Motorboot nun an die Sperrbalken stößt, schaltet der Führer den Raupenantrieb ein, die Dornen erfassen den Balken und ziehen mit der ganzen Kraft des Motors das leichte Fahrzeug hinauf. Dann kippt das Boot von selbst in das Wasser innerhalb der Schranke und setzt seinen Weg zur nächsten Sperrlinie fort. An beiden Seiten des Bootes hängt außer Bord je ein Torpedo in einem sehr leichten Rahmen. Das ganze Boot wird an Bord eines Großschiffes möglichst nahe an die Sperre herangebracht und ins Wasser gelassen. Der Motor soll „fast vollkommen geräuschlos“ arbeiten und das Boot mit einer Stundengeschwindigkeit von etwa sieben Kilometern treiben.

## Vorschlag einer unverbindlichen Aussprache über den Frieden.

Zu einer Note des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeußern an sämtliche kriegsführenden Mächte.

Wien, 14. September.

Graf Burian hat alle kriegsführenden Mächte zu einer unverbindlichen Aussprache über die Grundsätze des Friedensschlusses eingeladen. Der Vorschlag wird nicht bloß den feindlichen, sondern auch den verbündeten Mächten unterbreitet, England, Bulgarien und der Türkei. Aus den Mittelmächten tritt unsere Monarchie mit diesem Veruche, dem Frieden näher zu kommen, handelnd allein hervor. Sie spricht im Einvernehmen, aber nicht im Namen der Verbündeten und sofort muß die Frage beantwortet werden, warum unsere Diplomatie in diesem Falle es für nützlich hält, den Friedensschritt selbständig zu unternehmen und formell in der Note keinen Unterschied zwischen den Feinden und Freunden zu machen. Der Minister des Aeußern wendet sich an beide Mächtegruppen, auch an die, zu der wir selbst gehören. Der vor dreißig Jahren veröffentlichte Bündnisvertrag zwischen der Monarchie und Deutschland sagt, daß der Friede nur gemeinsam und übereinstimmend geschlossen werden dürfe. Aber die jedem Verdacht entrückte Zuverlässigkeit der Monarchie verhütet schon an sich das Aufkeimen von Mißverständnissen. Die Begründung des Vorschlages in der Note läßt ebenfalls keinen Zweifel entstehen. Die Einladung ist nicht von den Mittelmächten, sondern nur von der Monarchie ausgegangen, weil ein neuer Weg abseits von den bisherigen, so wenig befriedigenden Erfahrungen gesucht werden sollte, ein Weg, den auch das Völkerrecht nicht leicht den hergebrachten Begriffen unterordnen könnte. Die gemeinsamen Friedensanerbietungen, zweimal, im Dezember nach dem Thronwechsel, dann wieder bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk, hatten kein Ergebnis. Das Ministerium des Aeußern mochte nun denken, daß vielleicht dieses Herantreten einer Gruppe gegen die andere, dem das Scheltwort der Friedensoffensive angeheftet worden ist, sich durch die Nützlichkeit kaum noch empfehle. Deshalb sollte eine einzige Macht die Verantwortung übernehmen, damit die Völker noch deutlicher erkennen, daß diese Einladung nicht aus politischen oder diplomatischen Nebenrücksichten entspringe, sondern daß in ihr das Gefühl reiner Menschlichkeit und wohl auch des Mitleids, das alle Nationen mit sich selbst haben, spreche. Die Gefährlichkeit der Franzosen gegen die Monarchie kann die Tatsache nicht ändern, daß die Wunde, die seit dem Frankfurter Frieden sich nicht schließen wollte, nicht von uns geschlagen worden ist. Die Antriebe in London gegen die innere Ruhe in Oesterreich sowie in Ungarn, diese rücksichtslosen Kampfmittel bleiben im Gegensatz zur Wahrheit, daß wir leider zu einer wirtschaftlichen Weltmacht, die den Handelsneid wecken könnte, uns nicht entwickelt haben. Diese Eigenart unseres Verhältnisses zu den Westmächten und zu Amerika dürfte den Grafen Burian zu der Meinung gebracht haben, daß eine Stimme leichter durchdringen könnte, die nur aus Wien spräche.

Der Weg ist neu. Friedensverhandlungen werden gewöhnlich unmittelbar zwischen den Mächten eingeleitet, wenn ein Teil sie wünscht; oder neutrale Regierungen bieten ihre guten Dienste an. Bei dem Schritte unseres Ministeriums des Aeußern geschieht beides nicht. Die leitenden Staatsmänner der neutralen Länder haben so häufig erklärt, daß sie jede Einmischung, die nicht von sämtlichen Kriegsführenden verlangt wird, fürchten, und sind auch so verschüchtert, daß von ihnen während des ganzen Krieges kein einziger Versuch gemacht worden ist, die grauenhafte Menschenschlächtere zu beenden. Die Wiederholung des Friedensanerbietens durch die Mittelmächte wäre nach den Ereignissen der Vergangenheit sinnlos gewesen. Auch die Monarchie kommt zu den Kriegsführenden nicht mit Friedensangeboten, wie schon die an die eigenen Verbündeten, an Deutschland, Bulgarien und die Türkei, gerichtete Einladung beweist. Sie will auch nicht, daß an dem neutralen Orte der Zusammenkunft über den

Vorfrieden gesprochen werde, wie in Villafranca nach dem Kriege in der Lombardei und in Versailles nach dem Kriege mit Frankreich. Ein Waffenstillstand wird nicht verlangt, der Krieg kann während des Meinungsaustausches fortgesetzt werden wie zu Châtillon, wo ein Friedenskongreß stattfand und die Verbündeten den Endkampf gegen Napoleon nicht unterbrochen haben. Von dem Siege, den ein Feldherr bereits gesichert zu haben meint, wird ihm nichts genommen und nirgends soll der Fluß der Ereignisse auf den Schlachtfeldern durch den Vorschlag des Ministeriums des Aeußern unterbrochen werden. Es ist das Auskunftsmittel von Châtillon.

Aber mit einem großen Unterschiede. In Châtillon wurde über die gegenständlichen Bedingungen des Friedens verhandelt. Das will Graf Burian nicht. An dem neutralen Orte, wohin er die Verbündeten und die Feinde einlädt, soll eine vertrauliche und ganz unverbindliche Aussprache über die Grundsätze des Friedensschlusses stattfinden. Die Regierungen würden dort sich gegenseitig ihre Auffassungen der Prinzipien mitteilen. Die Note deutet an, daß die Grundsätze des Präsidenten Wilson gemeint seien, der im Februar ebenfalls verlangt hat, daß alle Teilnehmer an diesem Kriege sich zusammenfinden, um gemeinsam festzustellen, wie durch Gerechtigkeit und Ausgleich ein dauernder Friede verbürgt werden könne. Er fordert, daß die Länder nicht von einer Staatshoheit in die andere herumgeschoben werden. Gebietsfragen sind nach den Interessen der Bevölkerung zu lösen. Nationale Ansprüche sollen Befriedigung finden, ohne neuen Zwist und Gegnerschaften, die den Frieden Europas wieder stören würden, hervorzurufen. Die Besprechungen, die Graf Burian wünscht, hätten zunächst den Zweck, die Einigung über die politischen Richtlinien von Wilson zu versuchen und erst dann, wenn das gelungen wäre, aufbauend sich an die schwierige Arbeit, an das gefährvolle Werk der Ordnung der Gebietsansprüche heranzuwagen. Von der Einigung über allgemeine Grundsätze soll zu dem Gipfel des Besonderen aufgestiegen werden.

Die Frage nach der Möglichkeit des Erfolges, den dieser neue, von der Monarchie zunächst allein betretene Weg haben könnte, wird morgen die ganze Welt beschäftigen. Wenn die siegestrunkene Entente höhnisch bemerken sollte, daß hinter uns Deutschland stehe, wird das Einvernehmen mit den Verbündeten nicht bestritten, sondern offen zugestanden werden; wenn sie über eine Lockerung des Verhältnisses spotten würde, wird jede kommende Stunde das Gegenteil beweisen, wie der Bericht über die Teilnahme unserer Truppen an der Schlacht bei St. Mihiel es bereits für die Vergangenheit getan hat. Der Vorschlag des Grafen Burian gleicht den Farbstoffen, welche die Forscher brauchen, um die innersten Geheimnisse von Lebewesen, die sonst unsichtbar bleiben würden, kennen zu lernen. Die Entente wird vor eine Mauer gestellt. England schwört jeglichen Tag, daß es ohne Selbstsucht, nur für Grundsätze kämpfe, für den Völkerbund, für Abrüstung und für den Schutz der Schwachen. Die Bahn ist jetzt frei, denn diese Grundsätze will Graf Burian an dem neutralen Orte der näheren Prüfung unterziehen. Nur zwei Möglichkeiten sind gegeben. Wenn die Entente wirklich nur für das Wohl der Völker den mörderischsten aller Kriege verlängert, müssen ihre Vertreter kommen, um über die Prinzipien, wie dieses allgemeine Ziel verbürgt werden könne, zu sprechen; wenn sie die Zusammenkunft verweigert, dann wird sie vor ihren eigenen Völkern und vor der Menschheit bloßgestellt, weil sich zeigt, daß sie launisch, machtgerig und bentsüchtig ist. Der Vorschlag könnte das Innerste der Entente herauskehren. Eine Besprechung über die Grundsätze von Wilson soll stattfinden. Er würde sie ohne Verlegenheit nicht verweigern können. Die bewegende Kraft, die ihre Politik bestimmen dürfte, wird jedoch bei der Entente sein, ob sie wirklich hoffe, durch militärische Entscheidungen an der Hindenburg-Linie das deutsche Volk niederwerfen zu können. Graf Burian glaubt an die militärische Entscheidung nicht. Das ist der Ausgangspunkt seiner Note. Die Friedensfrage ist aufgerollt.

(Schaffung eines Presse- und Propagandadienstes.) In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete Stadtrat v. Steiner über die Schaffung eines groß angelegten österreichischen Presse- und Propagandadienstes. Nach seinem Antrage wurde folgender Beschluß gefaßt: Angesichts der mit außerordentlichen Mitteln ausgestatteten weitgreifenden Propagandaeinrichtungen der feindlichen Staaten, insbesondere Englands, und der durch dieselben entfalteten, gegen die Mittelmächte gerichteten Tätigkeit erachtet es der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien als ein Gebot der allernotwendigsten Notwendigkeit, daß auch in Oesterreich ehestens und mit aller Talskraft ein großzügig organisierter österreichischer Aufklärungs- und Propagandadienst eingerichtet werde, damit vor allem den vielen üblen Berichten über Oesterreich und Wien entsprechend entgegengetreten und gegenüber den Entstellungen der feindlichen Presse in wirksamer Weise für die Verbreitung der Wahrheit gesorgt werden könne. Bei der Organisation dieses Aufklärungs- und Propagandadienstes wäre auf die Beiziehung von Vertretern der Gemeinde sowie von geeigneten Fachleuten aus den maßgebenden wirtschaftlichen Korporationen Bedacht zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, daß die wirtschaftlichen Informationen unabhängig von der staatlichen Beeinflussung nach dem freien Ermessen der interessierten Faktoren geregelt werden.

# Ein neuer Schritt zum Frieden.

Von jenem Geiste, der sich nach Goethes schönen Worten „bald mutig vordrängt, bald geduldig schmiegt, damit das Gute wachse, wirke, fromme“ — von einem Geiste kluger Menschlichkeit, die den Kopf kühl und das Herz warm hält, fühlen wir uns umweht, indem wir die Note lesen, durch welche die österreichisch-ungarische Regierung alle Kriegsführenden zu Vorverhandlungen über den Frieden auffordert. Seit wenigen Tagen, seitdem Graf Burian vor den Vertretern der deutschen und österreichischen Presse gesprochen hatte, wußte man, daß er solche Vorverhandlungen für den rechten Weg zum Frieden hält. Dennoch wirkt es in der Öffentlichkeit wie eine Ueberraschung, daß der Minister des Aeußern ungesäumt von einer Anregung, die unverbindlich ist, zu einem verbindlichen diplomatischen Schritt übergegangen ist, ohne ein Echo seiner letzten Aeußerung abzuwarten. Daß ein solches Echo zwar nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sei, daß sich aber Graf Burian vertraulich über eine günstige Wirkung seines Vorschlages habe unterrichten können und ihn jetzt darum amtlich tue: das ist eine fast zu schöne Hoffnung — und die Menschheit hat seit vier Jahren gelernt, sich in ihren Hoffnungen zu bescheiden, um nicht zu jäh enttäuscht zu werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Graf Burian den Boden schon bereit weiß, in den er Samenkörner des Friedens austreut, aber die Zuversicht, daß jetzt die Zeit des Säens endlich gekommen sei, wird bei ihm durch den eigenen guten Willen gestärkt, der auch den andern gern Gutes zutraut. Er hat sorgsam jede Aeußerung der Gegner beachtet, an die unsre Friedensbereitschaft anknüpfen könnte. Gewiß ließen sich auch entgegengesetzte Aeußerungen sammeln, und man wird vielleicht da und dort versuchen, sie der Vertrauensfestigkeit unsrer Regierung vorzuhalten. Aber wie sollte bei irgendwelchen Gegenätzen, die Menschen trennen, die Einigung zustande gebracht werden, wenn man nicht beflissen ist, das Eintigende hervorzuheben und das Trennende zurückzudrängen? Und verlangt nicht der große Zweck, Frieden zu stiften, daß man zwar die Augen offen halte, aber nicht alles sehen wolle?

Im fünften Jahre des Krieges, nachdem alle Friedensanregungen der Mittelmächte erfolglos geblieben, wird der Friede gewiß nicht fertig aus dem Chaos hervortreten. Die Kriegsführenden werden bloß zum Meinungsaustausch in der Stille eines Beratungszimmers eingeladen, wohin weder der Lärm der Waffen dringen würde, die weiter geführt werden sollen, noch die lauten Zurufe der öffentlichen Meinung. In diesem Beratungszimmer würde man sich loslösen von der Rücksicht auf wechselnde militärische Erfolge oder Mißerfolge, aber auch von der Rücksicht, die gebietet, den öffentlichen Geist hochzuhalten, Sorgen wie Erwartungen zurückzudrängen und manchmal, wenn man leise „Ja, aber!“ meint, desto lauter „Aber nein!“ zu rufen. Die gegenseitigen Auffassungen sollen dargelegt, Mißverständnisse aufgeklärt werden — die bisweilen, wie es sich neulich bei Doktor Solfs Ausführung von Worten Balfours

zeigte, nur von ungenauer Berichterstattung herrühren. Dann sollen die allgemeinen Grundsätze des Friedens erörtert werden, und wenn man sich über sie geeinigt hätte, würde ihre Anwendung auf die einzelnen Fragen des Friedens zu besprechen sein. Kein Teilnehmer an derartigen Beratungen müßte fürchten, sich etwas zu vergeben; jeder würde sich vorbehalten zu erklären, daß seine Regierung in die von anderer Seite angeregte Erörterung bestimmter Fragen nicht einzugehen wünsche. Eine Debatte also, die in jedem Augenblick abgebrochen werden könnte, wofern nicht alle alles dazu täten, den Abbruch zu vermeiden. Braucht es noch eine weitere Bürgschaft, um auch die Bedenklichsten zu beruhigen? So könnte vielleicht eine bestimmte Zusage gefordert werden, daß die Ursachen eines etwaigen Abbruchs der Beratungen nicht der öffentlichen Debatte preisgegeben werden dürfen.

Man hat seit vier Jahren so vieles gegen Geheimplomatie gesagt, daß viele nicht werden begreifen wollen, wie gerade die strengste Ausschließung der Öffentlichkeit von diplomatischen Verhandlungen deren Erfolg erleichtern, ja nahezu sichern könnte. Aber seit den Verhandlungen von Brest-Litowsk sollte man schon erfahren haben, daß öffentliche Diplomatie eine Unmöglichkeit, Geheimplomatie im bösen Sinne jedoch nur diejenige ist, die sich mit ihren Ergebnissen nicht an die Öffentlichkeit traut, während eine verantwortungsbewußte Diplomatie ihre Arbeit selbst bei geschlossenen Türen verrichtet, um die Tür schließlich allen zu öffnen, damit sie das fertige Werk schauen. Das ist auch Graf Burians Absicht, und eine löbliche Absicht, die hoffentlich ihren Zweck nicht verfehlen wird. Wir haben erst gestern die Frage aufgeworfen, ob Graf Burian zu führen beabsichtige, und sind befriedigt, so rasch die Antwort erhalten zu haben. Seine Note an die Kriegsmächte ist die Tat eines Mannes, der sich zur Führung berufen glaubt, und unmittelbar nach seinen Beratungen mit dem Staatssekretär v. Hinzp hätte der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern diesen Glauben nicht so stark bekunden können, wenn er nicht der Zustimmung Deutschlands gewiß wäre, uns den Vortritt zu überlassen. Was uns zum ersten Friedensschritt berechtigt, ist vor allem unsre militärische Stellung: Fünf Monate lang nach einem Mißerfolg am Biabe hat sich die Welt überzeugen können, daß diese Stellung nicht zu erschüttern ist. Aber wir wollen und können der Welt nicht verhehlen, daß wir Frieden und Ruhe brauchen wegen unsrer inneren und vor allem unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Dabei wissen wir, daß sich auch unsre stärksten Gegner in gleicher Lage befinden. Die irische und die indische Frage bedrücken das englische Weltreich nicht weniger als uns die tschechische oder südslawische, und alle Welt bedarf der Ruhe gegenüber den Erscheinungen des Umsturzes im Osten, die daran mahnen, wie oft gefährlichste ansteckende Krankheiten aus dem Osten eingeschleppt worden sind. Unser Friedensbedürfnis ist offenkundig, vertrauen wir darauf, daß auch das der andern sich nicht länger werde verleugnen wollen. Und wenn

es noch einmal eine Enttäuschung geben sollte, so wird es ehrenvoller sein, den Mut zum Friedensbekenntnis gehabt zu haben, als aus Friedensfurcht sich zum Kriege zu bekennen.

### Völkerrechtliche Bemerkungen zur Note des Grafen Burian.

Wien, 14. September.

Der völkerrechtliche Fortschritt vollzieht sich durch die Mittel der Politik, die Wissenschaft muß in den meisten Fällen erst nachfolgen und kann nur gewisse Vorarbeiten besorgen. Diese Erkenntnis haben die Erfahrungen des Krieges vielfach bestätigt, eine Periode der steten Neu- und Umbildung des Völkerrechtes hat begonnen. Der Schritt, den der Minister des Aeußern Graf Burian mit seiner Note an die kriegsführenden Mächte unternommen hat, läßt sich kaum in eine der alten Formen, die bisher bei der Anbahnung eines Friedens üblich waren, einreihen. Die Note enthält kein direktes Friedensangebot, sie will auch nicht unmittelbar förmliche Friedensverhandlungen herbeiführen oder einen Präliminarfrieden schaffen. Ein Präliminarfriede legt die Grundlagen für den endgültigen Frieden bindend fest und setzt den militärischen Aktionen vorläufig ein Ziel. In der Note des Grafen Burian wird ausdrücklich erklärt, daß die Kriegshandlungen keine Unterbrechung erfahren sollen. In der Note vom 12. Dezember 1916 schlugen die Mittelmächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, und kündigten an, daß sie zu diesen Verhandlungen Vorschläge mitbringen werden, die nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden würden. Diesmal wird eine andere Methode gewählt. Den Regierungen der kriegsführenden Staaten wird vorgeschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien des Friedensschlusses Delegierte zu entsenden. In einem freien Gedankenaustausch soll erst untersucht werden, ob die Voraussetzungen gegeben sind,

welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Nur die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnisse der Staaten zueinander als Grundlage dienen sollen, wären demnach in dieser Konferenz zu erörtern. Wie dem Friedensvertrage häufig ein Präliminarfrieden vorangeht, so soll hier eine weitere Vorstufe geschaffen werden: der unverbindliche Gedankenaustausch über die prinzipiellen gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen kriegsführenden Staaten. Wenn der Anregung des Ministeriums des Aeußern zugestimmt wird, müßten zunächst Verhandlungen über den Ort, wo dieser Gedankenaustausch stattfinden soll, und über den Zeitpunkt, in welchem er zu erfolgen hätte, geführt werden. Die Note schlägt selbstverständlich einen Ort im neutralen Ausland vor, vom Zeitpunkt wird gewünscht, daß er nahe sein möge.

Das Bemerkenswerteste an der Note des Ministeriums des Aeußern ist aber deren Adresse. Sie ist an alle kriegsführenden Mächte gerichtet, demnach auch an die eigenen Verbündeten. Die Note vom 12. Dezember 1916 wurde gemeinsam von den Regierungen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, der Türkei und Bulgariens an die neutralen Mächte gerichtet, die mit dem Schutze der Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern betraut waren. Diesmal erfolgt ein besonderer Schritt von Oesterreich-Ungarn allein, der sich in gleicher Weise an Freund und Feind wendet. In einem amtlichen Kommentar wird hervorgehoben, das stete enge Einvernehmen, das zwischen den vier verbündeten Mächten bestehe, biete die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Oesterreich-Ungarns die in der Note entwickelten Auffassungen teilen. Die neutralen Staaten wurden von der Note verständigt, dem Papste wurde sie besonders zur Kenntnis gebracht. Bei der Note vom 12. Dezember 1916 wurde dem Heiligen Stuhle gegenüber das gleiche Verfahren eingehalten.

## Die Anregung des Grafen Burian zu einer Aussprache der Kriegführenden.

Meinungen der deutschen Presse.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 15. September.

Wenn auch schon seit einigen Tagen in hiesigen politischen, besonders in parlamentarischen Kreisen unbestimmte Nachrichten von einem bevorstehenden diplomatischen Schritt Oesterreich-Ungarns zur Anbahnung des Friedens verbreitet waren, so kommt doch die Note der Wiener Regierung der deutschen Öffentlichkeit überraschend. Diese Überraschung kommt auch in den Kommentaren der Berliner Blätter zum Ausdruck und sie wird dadurch noch erhärtet, daß eine ganze Reihe von Blättern sich mit kurzen Kommentaren begnügen und sich die eingehende Betrachtung vorbehalten. Der Friedensschritt der österreichisch-ungarischen Regierung wird allgemein lebhaft besprochen. Ueber die taktische Seite der Aktion werden gewisse Bedenken geäußert. Es wird erklärt, daß die menschenfreundlichen Motive, denen dieser Schritt entspringen ist, anerkannt werden müssen, doch werfen auch ganz links stehende Blätter die Frage auf, ob der Schritt in diesem Augenblick einen Erfolg haben kann. Die Mehrzahl der Blätter aller Parteirichtungen legen den Nachdruck darauf, daß aus der Fassung der Note zu schließen sei, daß die Wiener Regierung den Schritt selbstständig unternimmt. (Die Verbündeten haben diesen Schritt vorher gekannt. Ann. d. Red.) Die „Vossische Zeitung“ sagt: Jedenfalls handelt es sich um eine Sonderhandlung, für die die Verantwortung Oesterreich-Ungarn zu tragen hat. Während einige Blätter annehmen, daß diese Sonderhandlung der Wiener Regierung bei der Entente den Eindruck erwecken könnte, dem Bündnis der Mittelmächte drohe der Verfall, weist die „Vossische Zeitung“ darauf hin, daß gerade jetzt durch die amtlichen Heeresberichte der Welt kundgetan werde, daß österreichisch-ungarische Truppen an der Westfront in aufopfernder Weise gemeinsam mit den deutschen Heeren dem Ansturm der gemeinsamen Feinde standhalten. Dieser Umstand gewinne dadurch besondere Bedeutung, daß in der Note des Grafen Burian ganz besonderer Nachdruck auf die Fortdauer der Waffenhandlungen während der angebotenen diplomatischen Vorgesprächen als selbstverständlich erwähnt wird. Solange also der Kriegszustand gegen Deutschland bestehe, solange werde auch die tätige Waffenhilfe der österreichisch-ungarischen Bundesbrüder währen.

In der Frage der Stellung der deutschen Regierung betonen mehrere Blätter, daß dafür die Blattform gegeben sei, die vor allem Graf Hertling in seiner Rede im Hauptauschuß des Reichstages im Juli dieses Jahres herstellte, indem er erklärte, daß die deutsche Regierung nicht müde geworden sei, die Bereitwilligkeit zum Frieden und den Geist der Versöhnlichkeit dadurch zu betätigen, daß sie jeder zutage tretenden Neigung von feindlicher Seite, eine Beendigung des Ringens ins Auge zu fassen, nachgeht. Damals habe der Kanzler bereits auf die Möglichkeit des Verhandeln autorisierter Vertreter der Kriegführenden in kleinem Kreise hingewiesen.

Alle Blätter sind auch davon überzeugt, daß die deutsche Regierung den österreichisch-ungarischen Bemühungen um den Frieden keinerlei Hindernis bereiten werde. Im Gegenteil, erklärt die „Berliner Morgenpost“, deutscherseits wird man diesen Bemühungen den besten Erfolg wünschen, auch dann, wenn die Hoffnungen, die man auf ihren Erfolg setzt, sehr gering sind. Die Aussichten der Friedensnote werden mit starkem Zweifel beurteilt. Die „Vossische Zeitung“ meint, daß bei einer Abweisung des Vorschlages der österreichisch-ungarischen Regierung die Friedensaussichten eher verbleicht als verbessert werden. Die Propaganda der Entente werde es sich nicht entgehen lassen, genau so, wie sie es früher getan hat, auch jetzt wieder den öffentlich kundgegebenen Friedenswillen als einen Ausdruck der Schwäche anzulegen, insbesondere werde sich in diesem Falle die häßliche Kritik der Feinde gegen Oesterreich-Ungarn richten, dessen Situation dertat geworden sei, daß Graf Burian sich veranlaßt gesehen habe, ohne seine Bundesgenossen den Vorschlag zu machen. Man wird gut tun, sagt das „Berliner Tageblatt“, nach den bisherigen Erfahrungen keine großen Erwartungen an die neue Friedens-

note zu knüpfen. Man will annehmen, insbesondere bei den augenblicklichen materiellen Erfolgen der Entente, daß sie dieses Mal eine größere Bereitwilligkeit, auf die Friedensanregung einzugehen, zeigen wird, als im Dezember vergangenen Jahres, da von Brest aus der Ruf an sie erging, an allgemeinen Friedensverhandlungen teilzunehmen. Die Entente könnte, da es sich hier um eine Sonderaktion Wiens handle, diesem Schritt Motive unterlegen, die sie eher noch zu weiteren Kriegsanstrengungen veranlassen könnte. Die „Berliner Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wenn die Note aber auch nur die Wirkung hat, den feindlichen Völkern zu zeigen, daß sie den Frieden, einen für alle ehrenvollen Frieden haben könnten, und wenn sie diese Völker ermutigt, mit ihren Gewaltpolitikern selber ins Gericht zu gehen, dann ist sie nicht umsonst geschrieben worden, und diesen Erfolg — dessen sind wir sicher — wird sie bestimmt haben. Es ist in der Tat eine gewisse Annäherung an die vernünftigerweise aufzustellenden Kriegsziele der Gegner zu verzeichnen, und es wäre wohl möglich, heute in einer Aussprache die Dinge so zu fördern, daß die Umrisse der neuen Weltgestaltung sichtbar würden.

Fast in allen Blättern wird anerkannt, daß menschenfreundliche Motive den Grafen Burian bei diesem Schritt geleitet haben. Die österreichisch-ungarische Regierung darf auch versichert sein, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den Friedensschritt mit dem lebhaftesten Interesse begleitet.

Das Hauptorgan der Konservativen, die „Kreuzzeitung“, schreibt: Wir verstehen durchaus die Motive, von denen Graf Burian sich bei seinem Schritt hat leiten lassen, und wir sind weiterhin auch völlig davon überzeugt, daß er aus der spezifisch österreichischen Perspektive heraus von der Möglichkeit fest durchdrungen ist, es werde ihm auf diesem Wege gelingen, der Welt den ersuchten Frieden zu schenken. Daß das deutsche Reich dem verbündeten Staatsmann dabei keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird, versteht sich von selbst. Deutschland war und wird niemals ein Hindernis für den Frieden sein.

Als auffallende Erscheinung muß gebucht werden, daß der überwiegende Teil der alldeutschen Presse nicht in der gewohnten scharfen Weise und mit den bei ihr üblichen Straßensprüchen sich mit der Note des Grafen Burian beschäftigt. Allerdings kommt der Zweifel an der Möglichkeit des Erfolges in den rechtsstehenden Blättern ebenfalls zum Ausdruck, und alle ihre Kommentare schließen mit der Erklärung, die beste Friedensoffensive liege nach wie vor beim deutschen Schwert. Eine Ausnahmestellung in der Beurteilung der österreichisch-ungarischen Friedensnote nimmt die „Tägliche Rundschau“ ein, welche schreibt: Die österreichisch-ungarische Regierung hat es für zweckmäßig erachtet, ausgerechnet in diesem Augenblick eine neue Einladung an die Ententemächte zu Friedensverhandlungen in Form einer offiziellen Note ergehen zu lassen. Alle Mißerfolge, die derartige Schritte der Zentralmächte von seiten der Entente bisher erfahren haben, zum Teile in den verlebendsten Formen, haben das österreichisch-ungarische Kabinett eines besseren, wie es scheint, bisher nicht belehren können. Wir können und wollen nicht annehmen, daß in der Motivkette, die zu diesem Schritt führte, die austro-polnische Lösungsfrage eine Rolle gespielt hat. Nur die ganz rechts stehenden „Berliner Neuesten Nachrichten“ schlagen auch einen ähnlichen Ton an und erklären, daß der Friedensschritt des Grafen Burian die schärfste Kritik heranzufordere.

## Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes.

2

Hannover, 14. September.

Nach der Pause erhebt das Wort Herr Pfarrer Cb. Hermann aus B. r. h.: Er führte über  
die Lage in Elsaß-Lothringen

folgendes aus:

Die politische Stimmung im Lande ist trübe. Ein großer Teil der Bevölkerung hat sich wieder dem Nationalismus zugewandt und hofft auf die „Desamexion“ des Reichslands. Einem andern Teil ist es gleichgültig, ob die Westmark deutsch bleibt oder französisch wird. Nur ein Fünftel ist noch entschieden deutsch gesinnt. Schuld an dieser Stimmung sind: der Eintritt Amerikas in den Krieg, die letzten Erfolge des Zielverbandes, bisherige Schwäche der auswärtigen Politik Deutschlands, Mangel an Entschiedenheit der inneren Verwaltung und Kerger über wirtschaftliche Kriegsmassnahmen. Aus diesem Grund kann nur herausführen der deutsche Sieg und die Angliederung Elsaß-Lothringens an Preußen. Bewilligung der „Autonomie“ wäre die Berichtigung der bisherigen Mißstände, der liberal-nationalistischen Herrschaft im Landtag und der Kleinstaaterei. Einverleibung in Bayern oder „Autonomie“ unter Personal-Union mit Bayern würde daran wenig ändern. Eine Zerteilung unter verschiedenen Bundesstaaten wäre ein Schaden für diese und unbeliebt im Reichsland. Andererseits würde das Bestehenlassen des gegenwärtigen Zustandes, selbst unter Ausbau der Staatsherrschaft auch nicht zum Bessern führen. Durch Verbindung mit Preußen würde die Bedeutung des Landtags und der Notablenwirtschaft gemindert. Preußen allein könnte eine gründliche Erneuerung der Verwaltung durchführen. Der Anschluß an diese Großmacht wäre dem Lande zum Heil und würde dieser eine innigere Verbindung mit dem süddeutschen Westen verschaffen. Je eher diese Maßnahme durchgeführt würde, um so besser wäre es. Es würde ein Zeichen deutschen Siegeswillens und der Überwindung kleinstaatlichen Sinnes in Deutschland.

Als letzter Berichterstatter erhielt das Wort Herr Dr. von Botawa aus Wien über

### die Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn.

Jedenfalls sei klar: staatsrechtliche Zustände an die Tschechen und Slowenen bedeuten die Förderung der Zerschlagung des österreichischen Staates. Die Bildung ihrer gesonderten Staaten in dieser oder jener Form bedeutet nach dem Zeugnis des amerikanischen Senators Lodge wie des Tschechenführers Masaryk die Erfüllung eines Kriegszieles der Entente, die Verlegung des Weges nach dem Osten, nach dem Balkan für Deutschland. Redner erinnert an das kürzlich in Laibach gefallene Wort von „Danzig bis Triest“. Gewisse Kreise in Oesterreich glauben den Frieden eher herbeiführen zu können, wenn zwar nicht das ganze slawische Programm, sondern durch Gewährung der „nationalen Autonomie“ nur die Hälfte verwirklicht würde, sie vergessen, daß sich die Slowenen die andere Hälfte dann um so leichter holen würden.

Zum Schlusse verwies Dr. v. Botawa auf die schweren Gefahren, die dem österreichischen Deutschtum durch den Krieg drohen: die vielen Menschenverluste, namentlich in den Alpen, wiegen um so schwerer, als die Slowenen aus bekannten Gründen „geschont“ wurden. Der zunehmende Reichtum der agrarischen Slowenen, der es ihnen ermöglicht, sich durch große Grund- und Hausläufe in deutschen Gebieten festzusetzen; die Unterversorgung weiter Volksteile, besonders in Deutschböhmen, während viele Teile des slawischen Gebietes bisher fast nichts von dieser Seite des Krieges gespürt haben. Alles große Zukunftsfragen für unser österreichisches Deutschtum!

Die größte Gegenwartsfrage bleibe neben der Nationalitätenfrage die Ernährungsfrage auch im neuen Erntejahr. Das Durchhalten Oesterreichs werde davon abhängen und das Deutsche Reich müsse dieser Frage im eigensten Interesse die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Deutschen Oesterreichs bis zur Selbstaufopferung an dem Bündnisgedanken festgehalten haben.

Der Verbandsvorsitzende Justizrat Claß teilt darauf mit, daß der geschäftsführende Ausschuss die Stellungnahme des Verbandes zur Judenfrage eingehend prüfen und dann in der nächsten Vorstandssitzung Vorschläge unterbreiten werde.

In der folgenden Aussprache nahmen das Wort Herr Dr. Flaß, Herr Prof. Edgar Meyer, Herr Rittergutsbesitzer v. Bodesschwingh, Herr Rittergutsbesitzer v. Strang, Herr Generalsekretär Hoffberg.

Es ergab sich eine allgemeine Verurteilung der Politik des Herrn Dr. Solf und des Herrn v. Bayer.

Nun wurden die notwendigen Zuwahlen in den Vorstand vorgenommen, und zwar wurde in den geschäftsführenden Ausschuss gewählt: Professor Dr. Erich Jung, Strahburg; in den Gesamtvorstand Graf Blome, Salza (Schleswig-Holstein), Professor Edgar Meyer, Innsbruck, Reichstagsabgeordneter Knirsch, Dug, Dr. Otto Wenzelides, Troppau.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Versammlung wurde um 8 1/4 Uhr geschlossen.

**Preßstimmen der Entente.  
Italien.**

Mailand, 16. Sept. Die Zeitungen veröffentlichen eine aus Amsterdam datierte Stefani-Information über die Friedensnote der österreichisch-ungarischen Regierung. Der Ort der Herkunft und die Form der Note erwecken kurze Kommentare voll Argwohn. Es genügt, den Weg zu betrachten, über den die Note gekommen ist, um das ewig-gleiche Spiel der Feinde zu verstehen.

Der „Corriere della Sera“ beklagt den Leichtsin, mit welchem die freie Diskussion über die feindlichen Anschläge gestattet wird. Er bezeichnet den Kern des österreichischen Vorschlages als einen feierlichen diplomatischen Akt, aber er fügt bei, daß in der ganzen Note nicht ein Wort zu finden sei, das darauf hinweise, daß darin ein Grundsatz für ein Friedensprogramm stecken würde. Aus der Unbestimmtheit, mit welcher die Note abgefaßt ist, sollten wir berechtigten und gebührenden Verdacht schöpfen. Der gewohnte Vorschlag ist eine Falle, den Widerstand des Volkes zu untergraben. Wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Frieden wünschen, den die Entente schon längst herbeigewünscht hat (?), so hat doch das Spiel, an das wir längst gewohnt sind, gerade in diesem Momente keine Aussicht auf Erfolg. Es genügt nicht, den Frieden zu wollen. Man muß auch zeigen, daß man ihn schließen will, in aufrichtiger und ehrlicher Weise.

Die „Perseveranza“ schreibt, daß noch mehrere Monate vergehen werden, bevor das Friedensprogramm der Feinde dem der Entente so angenähert ist, daß man bewilligen kann, Unterhandlungen zu beginnen, und zwar mit Aussicht auf Erfolg. Die Entente wird unterhandeln, wenn die Zentralmächte sich entschließen können, den Frieden von Brest-Litowsk als null und nichtig zu erklären, den Balkan zu räumen, ebenso Venetien, Belgien und Frankreich, die Schäden Belgiens gut zu machen, und die nationalen Probleme so zu lösen, daß Frankreich und Italien in ihren Ansprüchen befriedigt werden.

Die „Italia“ schreibt, daß die Wichtigkeit dieses Schrittes nicht erst gezeigt werden muß, aber es wäre ein schwerer Fehler, sich Gefahr bringenden Illusionen hinzugeben. Es ist nötig, daß die öffentliche Meinung ruhig bleibe und daß sie sich ganz der Weisheit der leitenden Persönlichkeiten unterziehen soll.

Auch der „Secolo“ drückt in anderer Form aus, daß es ein perfider und geschickter Schachzug des Feindes sei. Er schreibt, daß er in den Völkern der Entente gesunde Nerven und starke Herzen finden werde, die unerschütterlich seien. Die Regierungen ihrerseits werden die Antwort so verfassen, wie es die Völker von ihnen erwarten. Sie werden das Dokument mit klarem Kopfe beurteilen. Die beiden Blätter beurteilen die Demarche in entgegengesetztem Sinne.

Der „Avanti“ hebt in wenigen Zeilen die Wichtigkeit der Note hervor, die dem Leser nicht entgehen könne. Die Entente werde die Note nicht unbeantwortet lassen können.

Das „Popolo d'Italia“ empfindet die Note als einen neuen Faustschlag ins Gesicht, der keine Beantwortung verdient. Der Appell an den Papst wird nur von den zwei Mailänder Blättern erwähnt. Die Zensur hat den kurzen Kommentar über diese Einzelheiten unterdrückt.

Der „Corriere della Sera“ schreibt über das Hereinziehen des Papstes, daß die Schurkerei aus Wien (!) versucht, den Papst in das Spiel hineinzuziehen in der Hoffnung, daß dessen Antwort wenigstens in einigen Ländern der Entente, weil sie sehr versöhnlich gehalten wäre und das unnütze Blutvergießen beseitigen wollte, Eindruck machen würde. Aber der heilige Stuhl weiß, was für einen niederträchtigen Gebrauch (!) andere Male gemacht wurde und er wird der erste sein, der unterscheiden kann zwischen seinen Gefühlen und denjenigen einer niederen Verschlagenheit, und er wird sich hüten, sich in den Dienst derselben zu stellen.

**Die französische Ablehnung.**

Paris, 16. Sept. (Havas.) Die Havas-Agentur teilt mit, daß der österreichisch-ungarische Friedensvorschlag gestern gegen Abend in Paris bekannt wurde. Er hat in politischen Kreisen keine große Ueberraschung hervorgerufen und wird als eine Folge der von den Alliierten seit zwei Monaten errungenen Erfolge angesehen. Die Lage hat sich tatsächlich in der letzten Zeit bedeutend geändert, und es ist ein großer Unterschied zwischen dem heutigen Vorschlag und der Rede des Kaisers, mit seiner Auffassung „Preußischen Friedens“. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die neue Friedensoffensive unter den gegenwärtigen Umständen zu keinem Ziele führen wird. Im „Palais Bourbon“ erschienen trotz der Sonntagsruhe einige Abgeordnete und wiesen darauf hin, daß die Kriegsziele Frankreichs und seiner Verbündeten bekannt

seien: Unversehrtheit des Vaterlandes, Gleichgewicht der Welt, Befreiung aller unterdrückten Völker, Wiedergutmachung des verursachten Schadens, alles Ziele, die übrigens durch die dem Präsidenten Wilson im Dezember 1916 vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg überreichte Note präzisiert wurden. Inmitten aller der Wechselfälle hat das Programm Frankreichs keine Aenderung erfahren. Unsere Feinde glauben heute nicht mehr an den Frieden durch den Sieg. Wir sind anderer Ansicht. Frankreich und seine Verbündeten zweifeln nicht daran, daß ihre siegreichen Waffen die Verwirklichung ihres Programmes bringen werde, ohne daß von einer Aenderung desselben die Frage sein könne. Unsere Feinde sollen den Grundzügen desselben beistimmen. Dazu braucht es keine Besprechungen und keine internationalen Konferenzen.

### Der erste Schritt zum Frieden.

Wir können den bisher erfolgten Bemühungen von Diplomatie und Privaten, den Frieden anzubahnen, nur den Charakter von Versuchsbällons zuerkennen. Es fehlte ihnen stets das Moment positiver Vorschläge. Auch Burians Note enthält kein Friedensprogramm, hebt sich aber dadurch mächtig von allen bisher vernommenen Kundgebungen ab, daß sie, ohne auf den Inhalt eines künftigen Friedensvertrages einzugehen, den Boden herstellt, auf dem überhaupt gebaut werden kann. Die bisherige Methode des Aneinander-Vorberedens hat zu keinem Ziele geführt, wie der österreichische Minister sehr treffend sagt. Man hat sich nur weiter von einander entfernt und den Haß bei den Massen verstärkt. Was vor allem nötig ist, das ist die Vorbereitung gegenseitiger Aussprachen bei vorläufigem Ausschluß der Öffentlichkeit. Mehr will Burian heute nicht. Es handelt sich also bei seinem Vorschlage um eine rein formelle Sache, so daß es dem Gegner außerordentlich schwer sein dürfte, wieder von „Manöver“ und „Falle“ zu reden, wie es bisher geschehen ist. Die Note Burians muß beantwortet werden, die Entente mag wollen oder nicht, und da die ganze Welt aufs äußerste gespannt ist, welche Folgen sich an diesen ersten Versuch zum Frieden anknüpfen werden, so wird man in London und Paris sich sehr besinnen müssen, was man antwortet.

Auf den ersten Blick scheint die österreichische Note wenig Erfolg zu versprechen. Noch sind es nur wenige Stunden her, daß Lloyd George eine bluttriefende Rede gehalten hat, der man entnehmen mußte, England werde nicht aufhören mit dem Völkermord, bis das deutsche Reich und Oesterreich völlig ausgeblutet seien. Dazu kommen die Ereignisse auf den Schlachtfeldern des Westens, wo die Deutschen sich zurückziehen müssen, wo sie Stellung um Stellung räumen, mit gewaltigen Verlusten. Da dürfte es schwer halten, den Völkern der Entente zu sagen, hier wollen wir aufhören, denn es kommt doch niemals zu jener Vernichtung des Gegners, von der wir euch in den letzten Tagen so schöne Bilder vorgemalt. Es wird sich in erster Linie fragen, ob die verantwortlichen Führer der Entente in Tat und Wahrheit glauben, es werde ihnen gelingen, die Mittelmächte so zusammenzuhauen, daß sie einen Frieden diktieren können, der alle ihre Wünsche erfüllt. Es kommt also nicht darauf an, was die Herren ihren Völkern gesagt, sondern darauf, wie sie die Lage im Kreise ihrer maßgebenden Berater beurteilen. Und da müssen wir gestehen, daß Anzeichen genug dafür da sind, daß die verantwortlichen Staatsmänner der Entente, trotz des Zurückweichens der Deutschen, wissen, daß auf diesen Rückzug mit absoluter Gewißheit entweder schwere Gegenangriffe erfolgen werden, oder daß sich die deutschen Linien jedenfalls wieder wie früher als uneinnehmbar und undurchdringlich erweisen werden. Sie wissen, daß ihrer Armeen weitere unendliche Blutopfer harren, wenn sie den Kampf fortsetzen, und daß ihr Land weiter unter entsetzlicher Verwüstung leiden wird. Sie wissen aber auch, daß, wenn es ihnen gelingen sollte, die Deutschen über den Rhein zu werfen, dann das ganze deutsche Volk wie ein Mann aufstehen und seine letzten Kräfte einsetzen wird, um seine Freiheit zu retten. Und dann begänne ein Krieg, wie ihn die Welt noch nie gesehen. Ein so starkes Volk wie die Deutschen wird nicht ausgerottet, ohne daß es den Verderber im Tode mit sich in den Abgrund reißt. Man mag die Lage der Entente ansehen, wie man will, so wird man finden, daß sie durch einen Frieden im Sinne Burians heute weiter kommt, als wenn sie ihr Geschick den Waffen anvertraut. Militärisch steht die Entente

heute besser als sie je gestanden. Aber von einer Aussicht auf sichern Endsieg ist keine Rede, so wenig wie für die Mittelmächte. In einem solchen Momente Frieden zu schließen, wäre höchste staatsmännische Klugheit.

Wird die Entente auf den Vorschlag Burians eingehen?

Es ist nicht leicht, hierüber ein Urteil abzugeben. Wenn nur die vollständig einseitig orientierten und durch ihre Reden gebundenen Männer wie Clemenceau oder Lloyd George zu entscheiden hätten, so dürfte man wenig Hoffnung hegen. Allein man darf nicht übersehen, daß auch bei der Entente der kommende Winter als eine Zeit schwerer Heimführung eingeschätzt wird, aus der kein Staat

sicher ist, mit heiler Haut hervorzugehen. Es könnten sich endlich doch die gepeinigten Völker selber helfen und die Russen nachahmen. Dann ist anzunehmen, Herr Wilson werde nun diesen günstigen Augenblick ergreifen, um seine selbstgewählte Rolle als Welt-Friedensbringer durchzuführen. Eine bessere Gelegenheit, beide Teile zu befriedigen, findet sich für ihn wahrlich nie mehr. Sowohl die Völker der Entente, als auch der Mittelmächte, werden ihm, wenn er heute zugreift, die Palme des Friedensfürsten willig zuerkennen. Wartet er, bis die eine Partei ganz zerschmettert ist, dann wird er jedenfalls bei dieser keine Anerkennung mehr finden. Auf den amerikanischen Präsidenten wird es heute in erster Linie ankommen, ob die Welt zum Frieden kommt oder ob sie weiter dem Untergang zutreiben muß. Damit fällt aber auch vor Gott und der Geschichte die Verantwortung auf ihn. Wenn er heute seinen Verbündeten erklärt, jetzt muß verhandelt werden, so bleibt diesen rein nichts anderes übrig, als Ja und Amen dazu zu sagen. Denn allein werden sie nicht mehr kämpfen wollen. Auf die Antwort, die Washington geben wird, kommt es jetzt an. Sie bringt die Entscheidung.

Noch ist die Frage berechtigt, wie es die Entente anfangen werde, wenn sie sich entschließt, den Vorschlag Burians abzulehnen. Dann wird sie wohl den Weg betreten, den Mittelmächten solche Vorbedingungen aufzulegen, daß die Möglichkeit einer Annahme ausgeschlossen ist. Wir denken z. B. daran, daß die Entente verlangen würde, die Deutschen hätten, bevor man mit ihnen unterhandelt, Frankreich und Belgien zu verlassen und die Oesterreicher hätten sich wieder hinter den Monzo zurückzuziehen. Solche Forderungen werden sich geltend machen; es kommt aber darauf an, ob sie von den führenden Staatsmännern aufgenommen werden. Dann freilich wäre der Vorschlag Burians auch wieder ein Schlag ins Wasser.

Die Neutralen werden alle den Schritt Burians mit Freuden begrüßen, nämlich die wirklich neutralen Neutralen. Die andern, wie die „Gazette de Lausanne“, sind schon ganz krank von dem Gedanken, es könnte Friede werden. Ob von seiten der Neutralen ein Schritt zur Unterstützung geschieht, bleibt abzuwarten. Sie hätten heute ein Recht, sich Geltung zu verschaffen, da wenigstens einer der Kriegführenden ihre Vermittlung und Hilfe anruft. Ob sich aber tapferere Staatsmänner bei den Neutralen finden, die endlich den Forderungen der Menschlichkeit und der Kultur Gehör verschaffen wollen, ist eine andere Frage. Wir hoffen es.

### Die Haltung Deutschlands gegenüber der österreichisch-ungarischen Note.

Auffassung der über die Ansichten der deutschen  
Regierung unterrichteten Kreise.

Wien, 16. September.

Wir sind in der Lage, folgendes als die Auffassung jener deutschen Kreise, die über die Ansichten der deutschen Regierung informiert sind, wiedergeben zu können:

„Die Absendung der österreichisch-ungarischen Note war in Berlin, wie dies die „Neue Freie Presse“ bereits Sonntag gemeldet hat, vorher bekannt. Der Schritt als solcher ist ein Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung allein, wie diese ja selbst deutlich betont hat. Es bedurfte also keiner vorherigen Erklärung der deutschen Regierung, daß sie einverstanden sei.“

Durch den Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung wird in keiner Weise das Bündnis der Gruppe der Mittelmächte und insbesondere das Bundesverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland angetastet.

Die wesentlichsten Punkte der österreichisch-ungarischen Note decken sich mit den Auffassungen, die der Reichskanzler Graf Hertling über die Möglichkeiten einer Friedenserbeiführung am 12. Juli d. J. vor dem Hauptausschuß des Reichstages abgegeben hat. Die aus der Note ersichtlichen edlen Motive, eingegeben von einem Gesühle echter Menschlichkeit und von der aufrichtigen Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Friedens für alle Welt, werden in Deutschland mit größter Sympathie beglückt.

Entsprechend dem seit jeher eingenommenen Standpunkt, kein Mittel unverjucht zu lassen, das geeignet ist, uns einem ehrenvollen, unseren Interessen entsprechenden Frieden nahezubringen, erblickt Deutschland auch in diesem Schritt Oesterreich-Ungarns einen beachtenswerten Versuch, zur Anbahnung einer Verständigung zu gelangen und dem Friedensziel näherzukommen.

Deutschland wird daher die Note Oesterreich-Ungarns eingehend und mit größtem Interesse prüfen.“

**Ein Weg zum Frieden.**

Am gestrigen Buß- und Betttag, wo zweifellos jeder, der sich an Gott wandte, dies mit der Bitte um Frieden tat, überraschte uns die Nachricht, daß die österreichisch-ungarische Regierung an die ganze Welt, an Freund und Feind mit der Anregung herantrat, an neutralem Orte eine vertrauliche und unverbindliche Aussprache der Delegierten aller Kriegführenden einzuberufen, die den Zweck hätte, gegenseitig die Anschauung der einzelnen kriegführenden Regierungen auszutauschen. Graf Burian ist es, der diesen Appell an die Menschheit richtet, derselbe Mann, der als erster unter allen Staatsmännern im Dezember des Jahres 1916 im tobenden Chaos des Weltkrieges gemeinsam mit den Verbündeten den Gegnern die Friedenshand entgegenstreckte. Burian hat an seinem Friedenswillen bis heute eifern festgehalten und in seiner ruhigen, kühlen sachlichen Art, jede Gelegenheit benützt, die ihm geeignet schien, dem Frieden zu dienen. Er war es auch, der im Sommer dieses Jahres das Wilsonsche Friedensprogramm mit warmer Zustimmung begrüßte, wie er auch in seiner heutigen Note diese Zustimmung mit Nachdruck unterstreicht.

Bis zum heutigen Tage haben die Alliierten noch jeden Friedensvorschlag der Mittelmächte schroff zurückgewiesen, aber diesmal — das ist besonders für die Stellungnahme der Neutralen von höchster Bedeutung — handelt es sich gar nicht um einen Friedensvorschlag, sondern lediglich um eine unverbindliche direkte Aussprache, um die Fortsetzung der seit langem zwischen den kriegführenden Mächten in aller Deffentlichkeit angeknüpften Verhandlungen. Die Delegierten der kriegführenden Länder sollen dem Vorschlage Burians gemäß an einem neutralen Orte zusammenkommen, um der Auffassung ihrer Regierungen über die kontroversen Fragen in Rede und Gegenrede Ausdruck zu geben. Die angeregte Zusammenkunft sollte nichts anderes sein, als eine vertrauliche Vorbesprechung über die Grundlagen von künftigen Friedensunterhandlungen.

Werden die Alliierten auch diese Anregung ablehnen? So groß auch die Gefahr ist, man sollte es kaum für möglich halten, daß eine ihrer Verantwortung gegenüber der Gegenwart und Zukunft bewußte Regierung irgendeine Gelegenheit, sich über die Möglichkeiten der Kriegsbeendigung auszusprechen, einfach von der Hand weist, und wären auch diese Möglichkeiten noch so schwach.

Wir Neutralen, die wahrlich auch ein trauriges Lied von den Kriegsleiden zu singen wissen, wir haben allen Grund, die Initiative Burians aufrichtig und warm zu begrüßen. Es muß wohl nicht erst bewiesen werden, daß ein baldiger Friede auch im Interesse aller Neutralen liegt und deshalb ist es das Recht und die Pflicht der Neutralen, jede, auch die geringste Möglichkeit, die kriegführenden Parteien einander näher zu bringen, willkommen zu heißen und zu fördern. Gegenüber dem Schritte des Grafen Burian, der an Objektivität nichts zu wünschen übrig läßt, der frei von jeder Voreingenommenheit und Gehässigkeit ist, der jegliche Retrimination strenge vermeidet, und daher auch für die neutralen Staaten vollkommen einwandfrei ist, kann wohl jedes Bedenken schwinden; die Anregung des österreichischen Ministers darf sicherlich jeder Neutraler begrüßen, ohne den Vorwurf einseitiger Stellungnahme fürchten zu müssen. Schon der Umstand allein, daß Oesterreich-Ungarn den Schritt allein unternommen hat, zeigt, daß diesmal nicht die zwei kämpfenden Gruppen einander gegenübergestellt werden, sondern einer der kriegführenden Mächte tritt vom praktischen Gesichtspunkt aus an alle andern Kriegführenden mit seiner Anregung heran, die in einem späteren Stadium zum Frieden führen könnte. Vielleicht erwächst in einem gemeinsamen Zusammengehen der Neutralen eine Hilfe für die Friedensmission, die heute die österreichisch-ungarische Regierung auf sich nimmt.

Wie immer auch die Alliierten sich zur Anregung Burians stellen werden, das Wort ist gesprochen worden und sein Klang bleibt der Menschheit im Ohre. Burian hat einen Stein ins Rollen gebracht, der mit der Gewalt einer Lawine immer mehr anschwellend die Jusque-auboutisten begraben wird, soferne Vernunft und Menschlichkeit nicht leerer Wortschall werden sollen.

## Eine Friedenskundgebung des christlichen Wien.

### Männer-Friedensbittgang nach Döbling.

Als dieser Friedensbittgang nach Döbling vor drei Wochen unter dem Motto: „Maria vom Siege, Königin des Friedens“ für den 15. September angefangen wurde, hatte niemand eine Idee, daß am selben 15. September die Friedensnote Oesterreich-Ungarns veröffentlicht werden würde.

Ueber dreitausend Männer aus den Kreisen der christlich denkenden Intelligenz und des Volkes, durch die Straßen der Hauptstadt den Rosenkranz laut betend, zogen nach Döbling, wo im Auftrage des abwesenden Kardinals Fürsterzbischof Dr. Bissi Generalvikar Dr. Pflüger den Segen hielt. Man sah u. a. die Domherren Graf Esterhazy und Wolny, f. e. geistlichen Räte Kremel, Stranias, Schmid, Pfarrverweser Langschel, P. Bius Kotzker, die Professoren Leb, Engel, Stifshofmeister Feyrer, die PP. Jesuiten Gatterer, Kalberer, Bogsruder, Koller, Lappeiner, Böhl, Oberbezirksarzt Dr. Pönnner, Dr. Kustar, Dr. Zlat, die Gemeinderäte Raulitschke, Bettengel, kaiserl. Rat Komorowsky, Kommerzialrat Zacherl, Schriftsteller Dr. Gerle, Fabrikant Uebelhör, Oberfinanzrat R. v. Krenner, Dr. Ludwig Freih. v. Fuchs, Domfunkt Huber, Abordnungen aller marianischen Männer- und Junglingskongregationen, der katholischen Männervereine Währing, Reindorf und Neumargareten, des katholischen Volksbundes, Schul- und Biusvereines mit ihren Fahnen.

P. Uebel S. J. hielt vor dem Segen folgende Ansprache:

Die Gottesmutter war von Gott selber schon im Paradies als Maria vom Siege über die Brut des Satans verklärt worden. Es siegte der Löwe von Juda, die Wurzel Jesse. Die Gottesmutter war schon im Alten Bunde verklärt worden. Schon gleich nach der Geburt des Hellenen stieg Maria durch die Flucht nach Aegypten über den Kindesmörder Herodes. Am Beginn des europäischen Dreißigjährigen Krieges war es der Karmelit P. Dominikus a Jesu Maria, der als Selbstbrüder die kaiserlichen und kaiserlichen Truppen mit seinem Straßener Marienbilde zum unerwarteten Siege am Welßen Berge mitflamnte. Dieses Bild nahm der Karmelit nach Rom mit, wo es in der Karmelitenkirche als Maria vom Siege verehrt wurde. Eine Kopie dieses Bildes wußte sich ein einfacher christlicher Maurermeister in Prag zu verschaffen und baute darüber 1622 die Kapelle Maria vom Siege am Welßen Berge. Ein anderes Marienbild des Karmeliten P. Dominikus a Jesu Maria steht hier am Altare als Königin des Friedens mit dem geneigten Haupte.

Es fehlte nicht an solchen Verrätern der österreichischen Sache, welche dem guten verstorbenen Kaiser Franz Josef es zum Vorwurfe machten, daß er nach dem Attentate von Sarajevo den serbischen Mördern den Krieg erklärte. Und als unser junger Kaiser Karl 1916 den ersten Schritt zum Frieden im Weltkriege machte, waren es wieder Verräter am Oesterreich-ungarischen Vaterlande, die ihm einen Vorwurf daraus machten. Geschimpft muß in Oesterreich werden und nicht christliche Oesterreicher waren es, die durch die Presse in dieses verräterische Feuer bliesen, fügte P. Uebel hinzu. Aber unentwegt blieb unser junger Kaiser an der Seite des Friedenspapstes Benedikt XV. Heute haben wir das Fest der Schmerzhaften Mutter. Wie viele Schmerzhaften Mütter nicht bloß in Oesterreich-Ungarn, in unserem treu verbündeten deutschen Nachbarlande — ob katholisch oder nicht katholisch —, selbst russische, französische, italienische, englische, amerikanische und japanische Schmerzhaften Mütter weinen fern vom Grabe ihres geliebten Gatten und Sohnes. Auch hinter der Front sehnen sich Mütter des armen christlichen Volkes nach dem Frieden, den chaubinistische nationale Elemente in die Ferne wünschen. In der römischen Kirche Maria vom Siege findet sich in Marmor gemeißelt das Gebet, das in unser aller Herzen nachklingt: „Sei gerührt erlauchte Königin des Friedens, heilige Mutter Gottes Maria, durch das allerheiligste Herz Jesu deines Sohnes, des Friedensfürsten, bewirke, daß sein Horn sich besänftige und daß er in Frieden über uns herrsche.“

## Burians Vorschlag und Payers Rede.

Wie wird die Welt den Vorschlag Oesterreich-Ungarns aufnehmen? Werden sich die Regierungen jetzt endlich entschließen, in gemeinsamer Arbeit den Weg zum Frieden zu suchen? Oder wird auch diese Anregung abgelehnt werden? Jedes arme Weib, das seit Jahren Nacht für Nacht in banger Sorge des Gatten, des Sohnes gedenkt, die, fern von ihr, in jeder Stunde vom Tode bedroht, im Schützengraben liegen; jeder Soldat, der seit Jahren schon die Schreden und Gefahren, die Langeweile und das Heimweh, die harte Zucht und die Entbehrungen des Schützengrabens erduldet; jeder Arbeiter, der von Tag zu Tag seine Muskeln schwinden, seine Aender bleicher werden, seine dürftige Habe zusammenschrumpfen sieht, harren heute in Ungebuld und Sorge des Schicksals, das der Vorschlag Oesterreich-Ungarns im Ausland finden wird.

Zur Stunde liegen uns nur die Urteile der Berliner Presse vor. Sie klingen zurückhaltend, kritisch, skeptisch. Sie heben mit Nachdruck hervor, daß die österreichisch-ungarische Diplomatie auf eigene Faust und eigene Verantwortung handle, sie erörtern die Aussichten des österreichisch-ungarischen Vorschlages mit einer kühlen Gelassenheit, die im fünften Kriegsjahr auch bei der günstigsten Kriegslage erstaunlich klinge, und manche von ihnen sagen ganz unverblümt, daß sie den Zeitpunkt zu solcher Anregung nicht glücklich gewählt finden. Was soll dieses Spiel? Daß Graf Burian, der ja vor kurzem erst mit Herrn v. Pinke zusammen war, seinen Entschluß gefaßt habe, ohne sich mit den Verbündeten zu verständigen, ist wenig wahrscheinlich; wozu gebärdet man sich also in Berlin, als handelte es sich um eine überraschende fremde Anregung? Und wozu stellt man sich, als ob das deutsche Volk im Reiche den Frieden nicht ebenso leidenschaftlich ersehnte wie die Völker Oesterreichs? Glaubte man in Berlin noch immer, nur den Starren und Stolzen mimen zu dürfen? Die feindliche Welt ist voll Mißtrauen gegen Deutschlands Absichten; sie hält immer noch Deutschland von Gelüsten nach fremdem Gut erfüllt und fürchtet, Deutschland werde jede Friedensverhandlung dazu benützen wollen, Gewinn und Machtzuwachs zu erlängen und zu erpressen. Dieses Mißtrauen sperrt den Weg zum Verhandlungstisch; ist es, wenn man den Frieden will, wirklich klug, an der altgewohnten Geste stolzer Sprödigkeit festzuhalten?

Aus den feindlichen Ländern liegt uns zur Stunde noch kein Urteil über Burians Anregung vor. Aber das Vorspiel, das ihr vorausgegangen, ist nicht ermutigend. Die jüngste Rede des Herrn v. Payer hat sehr leidenschaftliche Erörterungen in der Entente-pressen hervorgerufen. Der deutsche Botschafter hat, wie man weiß, Deutschlands Kriegsziel so umschrieben, daß im Westen, im Süden und in den Kolonien der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt werden solle, während an die Veränderungen, die im Osten durch die Friedensverträge von Brest-Litowsk und von Bukarest bewirkt worden sind, nicht gerührt werden dürfe. Den Alldeutschen ist natürlich schon dieses Programm, das doch an der „Angliederung“ der baltischen Länder, Litauens und Polens an die Mittelmächte festhält, viel zu bescheiden; die „Tägliche Rundschau“ schrieb, Payers Rede sei ein „Skandal“ und eine „Katastrophe“. Aber noch viel entschiedener wird dieses Programm in den Ententeländern abgelehnt. Herr v. Payer hat, als er seine Rede hielt, wohl wissen müssen, wie die Entente einen solchen Vorschlag beurteilen wird. Am 18. Mai hat Wilson in einer Versammlung des „Roten Kreuzes“ in New-York darüber gesprochen. „Ich kann“, sagte Wilson damals, „mit reinem Gewissen sagen, daß ich alle Vorschläge der Mittelmächte geprüft und sie als unaufrichtig erkannt habe. Ich verstehe, was sie bedeuten: sie wollen freie Hand bekommen im Osten, um dort ihre Eroberungs- und Ausbeutungsabsichten verwirklichen zu können. Jeder Vorschlag über Verständigung im Westen schließt diesen Vorbehalt bezüglich des Ostens ein.“ Schon diese Rede ließ keinen Zweifel daran, daß die Entente einen Frieden, der ihr bloß ihren Machtbesitz, wie er vor dem Kriege war, ließe, den Mittelmächten aber bedeutenden

Machtzuwachs im Osten brächte, nicht schließen will; eine solche Beendigung des Krieges würde ja nach der Ansicht der Entente einen Sieg der Mittelmächte, eine Niederlage des gegen sie vereinigten, zwei Drittel der ganzen Menschheit umfassenden Bundes bedeuten. Seit dem Mai ist die Entente sicherlich nicht bescheidener geworden; trotzdem hat Herr v. Payer jetzt denselben Vorschlag gemacht, der im Mai von Wilson so unzweideutig abgelehnt wurde. Natürlich hat die ganze Entente-pressen Payers Rede mit heftigen Protesten beantwortet und einen Frieden auf solcher Grundlage für unannehmbar erklärt. Nicht nur die Regierungsgorgane der Ententeländer, nicht nur die imperialistische und nationalistische Presse, auch pazifistische und sozialistische Blätter wie der „Manchester Guardian“ und der „Populaire“, die beide zu den tapfersten Vorkämpfern der Friedenssache gehören, erklären den Frieden für unmöglich, solange Deutschland es ablehnt, sich auch über die Ostfragen mit der Entente zu verständigen. Mitten in diese Erörterungen fällt nun die Anregung des Grafen Burian. Ist die Rede des Herrn v. Payer, der doch unzweifelhaft von der Absicht des Grafen Burian unterrichtet war, das rechte Mittel gewesen, die Stimmung in den feindlichen Ländern für den Vorschlag Oesterreich-Ungarns empfänglich zu machen? Und wenn die Ententeregierungen den Vorschlag Burians ablehnen wollen, wird ihnen dann die Berufung auf Payers Rede nicht ein sehr willkommener Vorwand vor ihren Vätern sein?

Die Führer der Reichstagsparteien haben heute mit dem Reichskanzler verhandelt. Wir bezweifeln nicht, daß die Rede des Herrn v. Payer und der Vorschlag des Grafen Burian ein Gegenstand der Verhandlungen waren. Wir hoffen, daß die Vertreter des deutschen Volkes dem Reichskanzler mit der notwendigen Entschiedenheit gesagt haben, daß das deutsche Volk nicht will, daß der Weg zum Frieden durch die geplante „Angliederung“ der „Randvölker“ verrammelt werde. Wenn die deutsche Reichsleitung schnell und unzweideutig erklärte, daß sie zur veröhnlichen Verständigung mit der Entente über alle Fragen, auch über die Frage des Ostens, bereit sei, dann würde sie damit dem Vorschlag des Grafen Burian die wirksamste Unterstützung leisten. Sie würde es damit den Ententeregierungen sehr schwer, vielleicht unmöglich machen, den Vorschlag Oesterreich-Ungarns abzulehnen.

### Ein lehrreiches Gespräch.

Nun stand ich ihm wieder gegenüber in der Reichshauptstadt, dem berühmten Hochschullehrer, dem Erzieher zweier Generationen, dem alten, ungebeugten Wahrheitsjäger, dem glühenden Deutschen, vergöttert von der deutschnationalen Studentenschaft, geliebt und geschmäht von der allfälligen Presse: Von der Parteiensozialdemokratie das und Günst vertrieben, schwantt sein Charakterbild in der Geschichte . . . Aber nur für die breite Menge. Wir wissen, was wir an dem furchtlosen Manne haben.

„Wie es in Wahrheit um uns steht? Das hat Hindenburg markig und klar gesagt: Wenn wir einig sind, jagen wir den Teufel aus der Hölle. Aber wir dürfen nicht einig sein, die internationalen Pazifisten als Schrittmacher des Lord Northcliffe wollen es nicht. Wir haben den gefährlichsten Feind im Innern. Hören Sie doch im Lande herum! Wer wühlt, hegt und entzweit? Die internationale Bürokratie, demokratisch frisiert. Im „Vorwärts“ spricht ein Jude aus Oesterreich im Namen des „deutschen“ Volkes! Stampfer heißt dieser leider zugewanderte Afrikaner. Stumpf sinnig läßt sich Mügel gefallen, daß ein freundrassiger Vertreter der internationalen Sozialdemokratie im Namen des „deutschen“ Volkes kommandiert. Beide in einem anderen Volk wäre so etwas möglich!“

Der alte Gelehrte war in der Erregung aufgesprungen, ging einige Male auf und ab in dem weiten Räume seiner Studierstube, dann blieb er vor mir stehen und legte beide Hände auf meine Schultern: „Woher kommt unser ganzes Unglück? Von unserer un deutschen Diplomatie! Bethmann war unser Unglück. Im Jahre 1913 hatte der Deutsche Wehrverein in einer dringenden Eingabe den Reichskanzler eruchtet, für eine wirtschaftliche Rüstung des deutschen Volkes zu sorgen, nicht in geschah! Man ärgerte sich über die unbedeutenden Maßnahmen, statt Kupfer und Stahl aufzuhäufen, Getreide in Riesmengen aufzuspeichern, Gummi und alle unantastbaren Kriegsmittel anzulassen. Der beste Beweis, wie ahnungslos Bethmann in diesen Weltkrieg stolperte, ist doch seine eigene Erklärung vom 4. August 1914, seine ganze Politik stürze infolge der britischen Kriegserklärung wie ein Kartenhaus zusammen . . . Und so war es in der Tat. Heute noch purzeln täglich Kartenhäuser: da ist die rumänische Dynastie, von Ihrem Grafen Czernin liebevoll begünstigt — auch dieses Kartenhaus wird bald purzeln. Da ist das neueste Kartenhaus vom Balkenbünd, auch von Ihrem Grafen Czernin empfohlen, wie die Abrüstung. Graf Czernin mag für Oesterreich der beste Staatsmann sein, da enthalte ich mich des Urteils. Aber wenn Czernin uns Reichsdeutschen vorschreiben will, wie wir Englands Günst zu erringen haben, so rufen wir national geschulte Bismarckanhänger: Hände weg! Graf Czernin spöttelt über die Gegner des Verzichtsfriedens, die da „im Hinterlande keine Kugel pfeifen hören“ — ja, wo hört denn der Diplomat Czernin die Kugeln pfeifen? Er war doch immer recht weit vom Schuß und tut doch so, als ob er mehr versteht als Hindenburg . . . Wir haben alle Söhne im Feld, wir kennen den Ernst des Krieges, wir wollen dieses Gemetzel gewiß nicht, aber politische Gegner durch so alberne Wippen verächtlich machen wollen, ist recht wenig „staatsmännisch“. Graf Czernin kann vom Grafen Reventlow lernen, wie man die deutsche Friedensfrage zu behandeln hat! Wir sind treue Anhänger des Bündnisses, aber den Grafen Czernin als Lehrmeister verbitten wir uns; sein gehässiger Angriff gegen den Fürsten Bülow im „Freundenblatt“ wird ihm hier nicht vergessen. Wir würden heute Bülow als Kanzler haben, wäre dieser Angriff nicht erfolgt . . .“

Das selbe Urteil über Czernin hörte ich auch aus militärischem Munde. Man hält Czernins Einfluß für bedenklich. Was man sonst noch über Oesterreichs Politik denkt und sagt? Es würde ja doch nur ein „weißer Fleck“ . . .

Aber die tröstende Gewißheit nahm ich wieder aus dem Deutschen Reiche mit. Bismarcks Schöpfung überdauert auch die Bayern und Genossen!

Leut.

17. IX. 1918

**Die Note der österreichisch-ungarischen  
Regierung an den Papst.**

Wien, 16. September.

Amlich wird gemeldet:

Der k. u. k. Minister des Aeußern hat an den Apostolischen Nuntius Monsignore Balfrè di Bonzo am 14. d. folgende Note gerichtet:

„Monsieur le Nonce!

Après quatre années d'une lutte inouïe et de sacrifices immenses la guerre qui ravage l'Europe n'a pu amener une décision. Toujours guidé par l'esprit de conciliation qui avait inspiré sa note du 12 décembre 1916, le Gouvernement I. et R. a décidé de faire une démarche auprès de tous les états belligérants pour les inviter à préparer par un échange de vues confidentiel et non obligatoire une paix honorable pour tous.

Le Gouvernement I. et R. se rappelle avec gratitude de l'éloquent appel que Sa Sainteté le Pape avait adressé l'année dernière à tous les belligérants pour les exhorter à s'entendre entre eux et à redevenir frères. Sur que le Saint-Père ne cesse de souhaiter ardemment que les bienfaits de la paix soient bientôt rendus à l'humanité souffrante, nous espérons fermement que Sa Sainteté sera disposée à accompagner notre démarche de Sa sympathie et à la seconder par l'influence morale qu'Elle exerce dans le monde entier.

C'est dans cette idée que je prie Votre Excellence de vouloir bien soumettre à Sa Sainteté le texte ci-inclus de la note en question.

Veuillez agréer, Monseigneur, les assurances de ma plus haute considération."

Deutsche Uebersetzung der Note:

„Nach vier Jahren unerhörten Ringens und ungeheurer Opfer hat der Kampf, der Europa verheert, noch keine Entscheidung zu bringen vermocht. Die k. u. k. Regierung, stets von dem Geiste der Veröhnlichkeit geleitet, der schon in ihrer Note vom 12. Dezember 1916 zum Ausdruck kam, hat beschlossen, an alle kriegsführenden Staaten heranzutreten und sie einzuladen, durch einen vertraulichen und unverbindlichen Gedankenaustausch einem für alle Teile ehrenvollen Frieden die Wege zu ebnen.

Hiebei gedenkt die k. u. k. Regierung voll Dankbarkeit des ergreifenden Appells, den Se. Heiligkeit der Papst im verflossenen Jahre an alle Kriegsführenden mit der Mahnung richtete, eine Verständigung zu suchen und wieder in brüderlicher Eintracht zu leben.

In der sicheren Ueberzeugung, der Heilige Vater ersehne es auch heute, daß die leidende Menschheit bald wieder der Segnungen des Friedens teilhaftig werde, hoffen wir zuversichtlich, daß er unseren Schritt mit Sympathie begleiten und mit seinem auf der ganzen Erde

anerkannten moralischen Einflusse unterstützen werde.

Von diesem Gedanken geleitet, bitte ich Euer Erzellenz, den zutlegenden Text der Note Sr. Heiligkeit unterbreiten zu wollen."

### Der Vorschlag Surians.

Deutschland und der österreichische Friedensschritt.

Berlin, 16. Sept. (Wolff.) Den Morgenblättern zufolge empfing der Reichskanzler am Sonntag mittags die Führer der Mehrheitsparteien, um mit ihnen, wie schon am Samstag abend Staatssekretär von Hünke, bei denen sich übrigens auch die Abgeordneten Westarp, Stresemann und Haase befanden, die durch den Friedensschritt der österreichisch-ungarischen Regierung geschaffene Lage zu besprechen. Die Konferenz dauerte von 11 bis 1½ Uhr. Auch die Staatssekretäre von Hünke und Waltratt beteiligten sich an ihr. Die „Bosnische Zeitung“ glaubt zu wissen, der Abgeordnete Gröber habe sich sehr wenig befriedigt von dem gesonderten Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung und der Rolle der deutschen Diplomatie ausgesprochen. Im übrigen sei die Ansicht übrigens dahin gegangen, daß eine deutsche Beteiligung an etwaigen Friedensvorbesprechungen auch selbstverständlich sei für den Fall, daß der österreichisch-ungarische Schritt erfolglos bleibe. Auch die Ostfragen wurden in Beratung gestellt. Heute gedenkt der Kanzler eine Reihe von Führern der Mehrheitsparlamentsfraktionen zu empfangen.

### Preßstimmen der Entente.

#### Italien.

Mailand, 17. Sept. Von den aus Rom hier eingetroffenen Blättern wird bis jetzt einzig vom „Messaggero“ das österreichische Friedensangebot kommentiert. Das Blatt hält die von Oesterreich aufgestellte Formel für verhänglich und hinterlistig, ohne irgendwelche Verpflichtung in ihrer Wesenheit, und fügt bei: „Wir wissen schon, was Deutschland und Oesterreich beabsichtigen: den status quo ante für die Westmächte und freie Hand für die Zentralmächte im Osten. Das Blatt fragt sich, ob sich auf dieser Grundlage diskutieren lasse, und antwortet, daß ein solcher Friede eine Katastrophe für die Westmächte und für die Freiheit Europas und der ganzen Welt darstellen würde. Das Blatt teilt mit, daß auf dem Montecitorio ein Großteil der Deputierten dafür halte, daß dem österreichischen Vorschlag ein vollständiger Mißerfolg bestimmt sei. Ein früherer Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern, der von einem Vertreter des „Messaggero“ um seine Meinung befragt wurde, erklärte, daß er dafür halte, daß der neue Schritt Oesterreichs einer innerpolitischen Notwendigkeit in Berlin und Wien entspringe. Die Regierungen seien genötigt, ihren Völkern immer wieder zu sagen, daß sie zum Frieden bereit seien.

#### Frankreich.

Paris, 16. Sept. (Havas.) Das „Echo de Paris“ schreibt: Wahrscheinlich ist es Spanien, das den Kabinetten von London und Paris die österreichische Friedensnote übermitteln wird. Die Abweisung, die ihr Frankreich, die Vereinigten Staaten, England und die übrigen Alliierten geben, ist nicht zweifelhaft. Aber es ist zweifelhaft, wie diese formuliert wird. Clemenceau und Pichon, die

von Paris abwesend sind, wurden sofort vom Schritt Oesterreichs in Kenntnis gesetzt. Nach dem „Petit Parisien“ müssen sich die alliierten Regierungen in Uebereinstimmung setzen, um die Antwort zu machen. Diese Antwort wird sich mehr an die feindlichen Völker, als an ihre Leiter richten.

#### Großbritannien.

London, 16. Sept. (Reuter.) Zur österreichischen Friedensnote schreibt der „Daily Chronicle“ Das österreichische Angebot ist die erste direkte Annäherung eines Kriegführenden an einen andern seit Beginn des Krieges. Als solcher kommt ihr eine besondere Bedeutung bei. Zwei Motive bilden den Grundton der Note: Zunächst der Wunsch, die Ententemächte in Verwirrung zu bringen, indem man versucht, auf sie die Verantwortlichkeit für die Fortsetzung des Krieges abzuwälzen, dann der wirkliche Wunsch nach Frieden. In Berlin und Wien begreift man nun zum ersten Male, daß die Zentralmächte den Krieg nicht gewinnen können und an Stelle der jubelnden Fanfarenaden und der Siegeszuversicht, die noch zu Beginn der Kaiserschlacht im März laut wurden, tritt nun die schreckliche Furcht vor einer Niederlage und einer Katastrophe. Die österreichische Note gründet sich auf dem Glauben, daß ein militärischer Sieg für irgend einen der Kriegführenden wenig wahrscheinlich ist. Die Note nimmt diesen Standpunkt ein und plädiert für einen Verständigungsfrieden. Kein Mensch von einigem Mitgefühl kann wünschen, daß die Leiden dieses Krieges nur einen Tag länger als notwendig fortdauern; aber nach allem, was die Ententemächte gelitten haben, wollen sie sich nicht durch einen unaufrichtigen Frieden kaufen lassen, der nur einen neuen Krieg bedeuten würde, zu einem Zeitpunkte, der den Militaristen Zentraleuropas passen würde. Die freien Nationen der Welt sind entschlossen, einig zu bleiben, bis diese unheilvolle Drohung endgültig ausgeschaltet ist, was nicht geschehen kann, bevor das Prestige des deutschen Militarismus zertrümmert ist und nichts wird dies bewerkstelligen, wenn es nicht die unentrichtbare Niederlage entweder im Innern oder auf dem Schlachtfelde tun wird. Es wäre töricht, gute Ergebnisse von einer Konferenz zu erwarten, wenn vor dem Zusammentritt der Delegierten nicht eine gewisse Annäherung der Gesichtspunkte innerhalb der beiden Gruppen der Kriegführenden stattgefunden hätte. Welche Anzeichen bestehen für eine solche Annäherung? Es sind ihrer nur wenige. Vor einem wirklichen Gesinnungs- und Methodenwechsel in Berlin und Wien bleiben Verhandlungen ohne greifbares Resultat und wir können nur auf die Argumente eines Sieges der Alliierten rechnen, um die Feinde zur Vernunft zu bringen. Nach den Worten Wilsons erstreben wir eine neue internationale Ordnung auf der Grundlage der univervellen Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit.

„Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß das österreichische Angebot vom deutschen Kaiser inspiziert sei. Die militärischen Führer Deutschlands seien aus der Fassung gebracht und nervös. Hindenburg wolle vor allem Zeit gewinnen. Die Entente verlangt Entschädigungen, Wiederaufbau und Garantien. Es ist, wie Präsident Wilson sagte: Ein Kompromiß ist unmöglich, eine Entschädigung im einzelnen ist nicht annehmbar.

#### Amerika.

London, 16. Sept. (Reuter.) Man meldet aus New-York: Der Korrespondent der „Associated Press“ telegraphiert von Washington: In offiziellen Kreisen Washingtons betrachtet man den Vorschlag Oesterreich-Ungarns hinsichtlich einer Friedenskonferenz wie folgt: Oesterreich ist erschüttert. Anstatt Zeit zu verlieren und über den Frieden zu diskutieren, was mehr Schlechtes als Gutes bringt, ist der Augenblick gekommen, ihm den härtesten Schlag zu versetzen.

17./IX. 1918

**Zustimmung des Wiener Gemeinderates zur  
Burian-Note.**

Wien, 17. September.

Der Stadtrat hat sich heute versammelt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, von seinem Unwohlsein wieder genesen, erschien im Stadtrat und beantragte für die heute abend stattfindende Gemeinderatssitzung eine Friedenskundgebung. Der Stadtrat beschloß im Sinne des Bürgermeisters, dem Gemeinderate eine Resolution vorzulegen, enthaltend eine Friedenskundgebung und Zustimmung zur Note des Grafen Burian. Die Angelegenheit wird den Gemeinderat heute beschäftigen.

17./IX. 1918

**Die Einwirkung der Note auf die Märkte.**

Wien, 17. September.

Die Friedensnote der österreichisch-ungarischen Regierung hat auch auf den Märkten einen stärkeren Eindruck geübt. Am sichtbarsten trat die Wirkung auf den Valutenmärkten hervor. Sowohl in Stockholm als in Zürich erzielte die Valuta Oesterreich-Ungarns und Deutschlands eine Besserung um mehrere Procente. Auf dem Wiener Markte trat eine feste Tendenz insbesondere für österreichische und ungarische Staatspapiere hervor. Namentlich zeigten die Kriegsanleihen in Wien eine wesentliche Erholung. Der Aktienmarkt lag dagegen schwach, da größere Realisirungen stattfanden.

**Günstige Wirkung auf die Valuta der Mittelmächte.**

Stockholm, 17. September.

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung rief eine bedeutende Steigerung der Valutakurse hervor. Die österreichische Krone stieg von 25 $\frac{1}{4}$  auf 30, die deutsche Mark von 45 $\frac{1}{2}$  auf 50. Auch die Ententevaluten weisen bessere Notierungen auf.

## Meinungen der holländischen Presse.

## Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 16. September.

Die Friedensanregung Oesterreich-Ungarns wirkte in Holland als außergewöhnliches Ereignis. Da die Sonntagmorgenblätter nur den einleitenden Text, nicht aber den Text der Note selbst bringen konnten, veranstalteten einige Zeitungen im Haag, in Rotterdam und Amsterdam Extraausgaben und gaben die Note auch durch öffentlichen Aufschlag bekannt.

Der „Nieuwe Courant“ urteilt über die Aussichten des Friedens folgendermaßen: Der Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung ist ein Schritt von großer Bedeutung. Das wollen wir vorausschicken, bevor wir unsere sehr ernsten Zweifel an dem Gelingen des Planes aussprechen. Nicht an der Form des Vorschlages liegt dies, sondern an den Umständen, unter denen er gemacht wird. Zum Lieben und zum Friedensschluß sind zwei nötig. Daß Oesterreich-Ungarn und seine Bundesgenossen den Frieden wünschen, ist kein Geheimnis, daß die bisherigen Mittel hiezu immer sehr glücklich waren, werden sie selbst nicht behaupten. Die Entente hat das Friedensanerbieten vom Dezember 1916 ebenso mißverstanden wie die Reichstagsresolution vom Jahre 1917, sie hat die psychologischen Faktoren mißdeutet oder übersehen. Der jetzige Schritt hätte bestimmt stärkeren Eindruck gemacht, als Hindenburg und Ludendorff noch Grund hatten, auf ein Gelingen der Offensive zu hoffen, aber dann hätte in der österreichisch-ungarischen Note der wichtigste Satz gefehlt, jener Satz, der es jetzt schwierig macht, auch diesen Vorschlag wieder mit Hohn abzuweisen, der Satz, wo an der Möglichkeit gezweifelt wird, einen zu diktierenden Frieden zu erzielen. In diesem Satz liegt die Chance, daß die Friedensanregung zu etwas führt. Es ist noch mehr zugunsten des Vorschlages zu sagen. Erstens daß die Kriegsoperationen während der Verhandlungen weitergehen können, zweitens daß durch den augenblicklichen Ententeerfolg die Regierungen nicht zu fürchten brauchen, bei Verhandlungen die Stimmung an ihrer Front und im Hinterlande zu schwächen, drittens daß die europäische Entente für die Zukunft kein größeres, ausgebildetes amerikanisches Heer begrüßen kann und daß der Krieg die Suprematie der britischen Handelsflotte schmälert. Ob diese Gründe genügend stark sind gegenüber den Gegengründen, vermögen wir nicht zu entscheiden. Das psychologische Moment, daß der Feind auf französischem Boden steht, ist sehr stark. Das hat man in Italien gesehen, wo nach der Katastrophe von Caporetto die Stimmung Italiens umschlug.

Graf Burian sagt, die Atmosphäre zu Verhandlungen sei bereits gegeben. Das finden wir zu optimistisch. Brest-Litowsk war eine Kriegstat, keine Friedenstat, und sie hat die Luft erweitert. In England stehen die Wahlen vor der Tür. Die Friedensanregung gibt Lansdowne und Henderson eine Wahlwaffe in die Hand, Lloyd-George hat Grund, eine solche Waffe zu fürchten. Sind die Siegesberichte und die Hypnotisierung durch die gelbe Presse nach seiner Ansicht stark genug, diese Waffe zu paralytisieren? Der „Nieuwe Courant“ betont schließlich die großen Verdienste der österreichisch-ungarischen Regierung und die Dankbarkeit der Neutralen für jede Anregung zu einem Verständigungsfrieden, da jeder Gewaltfriede den Keim zu neuen Konflikten in sich birgt.

„Baderland“ sagt: Der Vorschlag wird einen tiefen Eindruck auf die Völker der Welt, auch in den noch kriegsführenden Ländern auf immer größer werdende Bevölkerungsschichten machen, die das Kriegsende herbeisehnen. Trotzdem aber wird er als Zeichen der Schwäche gedeutet werden, nach unserer Ansicht mit Unrecht. Oesterreich-Ungarn hat immer wieder seit Jahren Beweise seiner Friedensgeneigtheit gegeben, auch zur Zeit unmittelbar vorangegangener Siege. Die Regierung hat diesen Schritt sicher lange vorher erwogen, sich mit den Bundesgenossen und dem Papst ins Einvernehmen gesetzt und die ersten Vorbereitungen sicher getroffen, als sich Deutschland noch in siegreicher Offensive befand. Trotzdem kann nicht geleugnet werden, daß der Vorschlag in einem ungünstigen Augenblick kommt. Unzweifelhaft berechtigt ist Burian zu der Behauptung der allgemeinen Friedenssehnsucht, treffend ist auch die Darlegung der Gründe, warum die Reden über die Kriegsziele zu keiner Verständigung führen können. Die Kriegführenden sind es der Menschheit schuldig, den Vorschlag zu erwägen. Die Kontrahenten brauchen einander nur zu treffen, um Vorbesprechungen in die Wege zu leiten. Sehr glücklich ist auch der Vorschlag, derartige Friedensanregungen und Bewegungen zu erneuern. Noch etwas macht den Vorschlag annehmbar: die Versicherung, daß die Centralmächte nur zur Sicherstellung ihrer Gebiete kämpfen.

„Het Volk“, das Organ der holländischen Mehrheitssozialisten, zweifelt am Erfolg der Friedensanregung, hebt aber hervor, daß die österreichisch-ungarische Regierung mit jedem Wort recht hat, wenn sie ausführt, daß in sämtlichen

kriegsführenden Staaten ausnahmslos die Sehnsucht nach einem Verständigungsfrieden gewachsen sei und daß keinerlei Garantien bestehen, daß Entscheidungen durch große Kriegshandlungen erzielt werden können. „Het Volk“ fragt: Wird die Anerkennung dieser unerschütterlichen Wahrheit schon genügend zu allen kriegsführenden Völkern gedrungen sein, um Friedensbesprechungen zu ermöglichen? Oesterreich-Ungarn betritt jetzt mit gleicher Verhandlungsgrundlage den Weg, den es gemeinsam mit seinen Verbündeten 1916 ging, diesmal aber allein. Auch dies berechtigt nicht, zu glauben, daß jetzt bessere Perspektiven vorhanden sind.

## Die österreichisch-ungarische Note.

Eine englische Auffassung.

London, 16. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Zu der Note des Grafen Burian schreibt „Daily Chronicle“: Das österreichisch-ungarische Angebot ist die erste direkte Annäherung eines Kriegführenden, die seit Kriegsbeginn unternommen worden ist. Als solcher kommt ihr besondere Bedeutung zu. Zwei Motive veranlassen die Note: Erstens der Wunsch, unter den Ententemächten durch den Versuch, das Obium für die Fortsetzung des Krieges ihnen zuzuschieben, Verwirrung zu stiften; zweitens die aufrichtige Friedenssehnsucht in Berlin und Wien. Es wird jetzt zum erstenmal zugegeben, daß die Mittelmächte unmöglich den Krieg gewinnen können.

(Dies ist vollkommen unrichtig. Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung stellt nur fest, daß die Entscheidung durch die Waffen von beiden Seiten bisher vergeblich angestrebt wurde und daß keine Gewähr dafür besteht, eine solche herbeizuführen. Ann. d. T.-R.-B.)

Das Blatt schreibt weiter: An Stelle der übertriebenen Siegesprahleret, die den Beginn der großen Kaiserschlacht verkündete, trat die Furcht vor der Niederlage. Die österreichisch-ungarische Note geht jedoch von der Annahme aus, daß auf keiner Seite die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Sieges bestehe. Von diesem Standpunkt aus tritt die Note für einen Verständigungsfrieden ein. Niemand, der einen Funken von Mitgefühl besitzt, würde sich nur für einen einzigen Tag die Fortsetzung der Agonie dieses Krieges wünschen, wenn sie nicht absolut notwendig ist.

Aber nach allen ihren Leiden beabsichtigen die Ententeländer nicht, sich mit einem Scheinfrieden abspesen zu lassen, der nur einen neuen Krieg zu einem Zeitpunkte, der den Militaristen Mitteleuropas genehm wäre, bedeuten würde. Die freien Nationen der Welt sind entschlossen, zusammenzuhalten, bis die unselige Drohung endgültig beseitigt ist. Das ist unmöglich, bis nicht der gewaltige deutsche Militarismus zerschmettert ist. Nichts außer der deutlichen Niederlage im Inlande oder auf dem Schlachtfelde wird ihn zerschmettern.

Es würde töricht sein, irgendwelche gute Ergebnisse von einer Konferenz zu erwarten, wenn nicht vorher die Zusammenkunft der Delegierten eine gewisse Annäherung der Meinungen zwischen den Gruppen der Kriegführenden eingetreten ist. Dafür gibt es täglich Anzeichen. Ehe nicht eine wirkliche Klärung der Gesinnungen und Methoden in Berlin und Wien eingetreten ist, sind Verhandlungen nutzlos. Wir verlassen uns einfach auf die Logik des militärischen Erfolges, um unsere Feinde zur Vernunft zu bringen in der Sprache Wilsons. Wonach wir streben, ist eine neue internationale Ordnung, die sich auf die umfassenden allgemeinen Grundätze des Rechtes und der Gerechtigkeit gründet.

### Die amerikanische Ablehnung.

Ohne die Verbündeten zu befragen, erklärt Amerika ganz von sich aus, es werde mit dem Gegner nicht zu einer Konferenz zusammen-sitzen, um den Frieden zu schaffen. So wie die Dinge heute stehen, ist damit die Note Burians gegenstandslos geworden und jene deutschen Stimmen behalten recht, die sofort nach Bekanntgebung des österreichischen Schrittes erklärten, er werde zu nichts führen. Denn es ist klar, daß es nur auf Herrn Wilson ankam. Wäre er, seinen schönen Reden getreu, als Friedensfreund aufgetreten, so hätten seine Gespielen gar nicht gewagt, etwas dagegen zu sagen. Darum fällt nun auf den amerikanischen Präsidenten die furchtbare Verantwortung, das entsetzliche Blutvergießen, die Verelendung Europas verlängert und verschärft zu haben. Burian hat nichts verlangt, als daß man sich mit einander bespreche. Er hat nicht einmal vorgeschlagen, man solle den Frieden selber behandeln, sondern nur, man solle versuchen, ob man nicht einen Weg finden könne, um zu einer solchen Verhandlung zu gelangen. Aber nicht einmal das hat Amerika in seinem blinden Haß zugestanden. Ein Schleier ist endlich gefallen und die Welt erkennt, daß Amerika die Vernichtung zweier großer europäischer Völker sich zum Ziele genommen hat. Es will als Weltrichter auftreten und beginnt, unterstützt durch die europäische Verblendung, mit Europa. Und die Europäer verneigen sich vor ihrem Herrn und Meister und schneiden einander weiter die Häse ab.

Diese Idee des Weltrichtertums hat sich offenbar schon tief in die amerikanische Seele eingefressen. Wir erkennen dies z. B. aus zwei anonymen amerikanischen Zuschriften, die uns heute zugekommen sind. Da heißt es u. a.:

„Die Clique, die heute in Ihrem Lande die Gewalt ausübt, wird eines Tages vor dem Tribunal der Nationen Rechenschaft geben müssen. Wenn sie heute noch geduldet wird, so will das nicht heißen, daß man sie morgen nicht züchtigen werde. Das ist die Meinung jedes Amerikaners. Aber in dem Augenblick, da die Amerikaner jene von euch zugunsten der Deutschen errichtete Grenzlinie durchbrechen werden, sollt ihr wissen, daß ihr, die ihr das gleiche Blut in euch habt wie die Boches, auch gleich gerichtet werdet, ihr Boches, ihr Volk von Hoteliers und Kaffeewirten! Die Alliierten werden die Rechnung reglieren und die eurige ebenfalls, ohne daß ihr eure Nase hineinstecken dürft. Der Krieg muß noch mehrere Jahre dauern, denn Deutschland muß verschwinden. Die Schweiz wird am Friedensschluß keinen Teil haben, denn der Friede wird diktiert und nicht verhandelt werden.“

Dieser Geist des Uebermenschentums hat offenbar nicht nur den amerikanischen Präsidenten beseelt, als er kurzer Hand den Krieg und das Blutvergießen und das menschliche Elend verlängerte, ohne Erbarmen, sondern er sitzt auch in den Gemütern des amerikanischen Volkes. Ihnen erscheint es nun als ganz selbstverständlich, daß Amerika das Lichtschwert über alle Völker schwingen soll und daß von Amerika Leben und Verderben aller Völker abhängt. Diese Ideen ragen wahrlich bis in die Wolken und erinnern an eine Zeit, da ein Volk lebte, das einen Turm bis in den Himmel bauen wollte und darob zugrunde ging.

Die Mittelmächte wissen nun, woran sie sind. Von heute an ist der Krieg wirklich ein Vernichtungskrieg und für die Deutschen und Oesterreicher ein Krieg um Haus und Hof, Weib und Kind und um die Ehre, ja um die Existenz als Volk und Staat. Jeder weitere Versuch zum Frieden wird nun aufhören. Sie werden sich rüsten, den letzten Mann, den letzten Pfennig dran zu setzen und dann — das ist unsere feste Ueberzeugung — werden sie sich des Ansturmes auch erwehren. Amerika weiß ja nicht, welche ungeheuren Kräfte in diesen Völkern liegen, wenn es ums Leben geht. Die Erde muß nun weiter Blut trinken wie Wasser und auch wir Neutrale werden nun erst erfahren, was Not und Mangel heißt. Für diese Unterbindung unseres Lebens und unserer Wohlfahrt noch die amerikanische Hand zu küssen, wie es die welsche Presse tut, bringen wir wahrlich nicht über das Herz. Wir nennen das Kind beim richtigen Namen und wollen dafür auch die Verantwortung tragen.

**Ablehnung der Burian-Note durch Wilson.  
Eine Erklärung Lausings.**

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Berlin, 18. September.

Das Wolff-Bureau meldet aus Washington, 16. September: Reuter meldet: Der Staatssekretär des Aeußern veröffentlicht folgende Mitteilung:

„Vom Präsidenten bin ich ermächtigt, bekanntzugeben, daß folgendes die Antwort unserer Regierung auf die österreichisch-ungarische Note sein wird, welche eine nichtoffizielle Konferenz der kriegsführenden Mächte verlangt:“

„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß es nur eine Antwort gibt, die sie auf die Anregung der österreichisch-ungarischen Regierung geben kann.

Sie hat wiederholentlich mit voller Aufrichtigkeit die Bedingungen bekanntgegeben, auf welche hin die Vereinigten Staaten einen Frieden in Betracht ziehen werden und kann und wird keinen Konferenzvorschlag über einen Gegenstand in Erwägung ziehen, welchen betreffend sie ihre Stellung und ihre Absicht bereits erklärt hat.“

## Eine Friedenskundgebung im Wiener Gemeinderat.

Der Wiener Gemeinderat hat gestern durch eine Kundgebung der Friedensnote unserer gemeinsamen Regierung einmütig zugestimmt. Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung hielt der Bürgermeister, während die Versammelten sich von den Sätzen erhoben hatten, folgende Ansprache:

Die an alle kriegsführenden Mächte gerichtete Friedensnote unseres Ministers des Neuhern ist ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung, das in allen Schichten der Wiener Bevölkerung mit tiefer Genugtuung und innigem Danke begrüßt wird. Wir sind uns alle dessen bewußt, daß die Monarchie durch diesen Schritt ein Denkmal sittlicher Größe gesetzt hat, einen Markstein der Menschlichkeit im Meere der Verwüstung und des Hasses. Diese Stimme der Besinnung erschallt zu einer Zeit, da die blühendste Jugend Europas in dem männermordenden Kesen von vier Kriegsjahren in die Erde gebettet wurde und in allen Ländern Tausende dahinsiechen an den Opfern und Entbehrungen, die der Krieg mit sich bringt; und sie erhebt sich aus einem Lande, das wahrlich genug Beweise entschlossener Widerstandskraft und unübertrifflichen Heldennutes gegeben hat, (Aufe: Richtig!), aber darüber niemals vergessen hat, daß unser Geschlecht die ungeheure Verantwortung für das jammervolle Elend, in das bei der ziellosen Fortsetzung des Kampfes auch ferner Generationen gestürzt werden müssen, vor Gott und den Menschen zu tragen hat. (Zustimmung.)

Der Vorschlag unserer Regierung, daß sich Vertreter der kriegsführenden Mächte an einem neutralen Orte zu unverbindlichen Besprechungen in der Friedensfrage zusammensinden sollen, kann an den Völkern unserer Gegner nicht achtlos und ohne Eindruck vorübergehen; denn auch bei ihnen reift die Erkenntnis, daß die Dinge dieser Welt letzten Endes nicht durch Gewalt entschieden werden. (Sebhafte Zustimmung.) Wir sehnen den Tag herbei, an dem diese Erkenntnis von den Herzen aller Menschen Besitz ergriffen hat, den Tag, an dem die Greuel der gegenseitigen Vernichtung ihr Ende erreicht haben und die Völker, wiedererstandenen aus namenlosem Unglück, sich zusammensinden in einem Völkerbunde, der die Werkzeuge des Massenmordes für immer vergräbt. (Aufe: Sehr richtig!)

Auch der gewesene Minister des Neuhern Graf Czernin hat getreu den erhaltenen Intentionen Seiner Majestät, unseres vielgeliebten Kaisers, der seit seinem Regierungsantritt alles daran setzt, seinen Völkern den Frieden zu bringen, die hohen Ideen von der allgemeinen Abrüstung, dem Schiedsgerichte und dem Völkerbunde zum ersten Male in das Programm der Staatspolitik aufgenommen und es der ganzen Welt verkündet. Die derzeitige Aktion unserer Regierung ist geschöpft aus dem Wollen, Fühlen und Denken der Völker unseres Vaterlandes; darum begleiten wir sie dankbaren Herzens mit dem innigsten Wunsche: mögen die Völker der Erde sich besinnen und die Menschheit halb zurückkehren zur Liebe und Achtung vor sich selbst! (Beifall und Händeklatschen.) Sie haben, meine sehr geehrten Herren, durch Ihr Erheben von den Sätzen dieser Kundgebung des Wiener Gemeinderates einhellig zugestimmt, ich werde mir erlauben, sie der k. u. k. Regierung zu unterbreiten.

18. IX. 1918

## Burian und Hindenburg.

Was für jeden Kenner der reichsdeutschen Verhältnisse beim Vorschlage des Grafen Burian klar war, ist eingetreten. Mit seltener Einmütigkeit beweist die gesamte reichsdeutsche Presse aller Parteien die Wirksamkeit der Vorschläge des Grafen Burian. Die reichsdeutsche Regierung spricht sich in der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ durchaus wohlwollend aus. Aber auch Graf Hertling hat in mündlichen Unterredungen mit Parlamentariern keinen Zweifel darüber gelassen, wie schwer ihm der Weg zur Verständigung mit den übelwollenden Feinden erscheint.

Das ist das Fides-Kern: Die übelwollenden Feinde. Zu derselben Stunde, in der ein rasender britischer Dichter, wie Kipling, den Boycott aller Deutschen auf dem Erdenrund für die Zukunft fordert, können die Staatsmänner auf feindlicher Seite unmöglich geneigt sein, auf die Vorschläge des Grafen Burian wohlwollend einzugehen. Nun hat man am Ballhausplatz auch noch den Papst bemüht; aber auch das wird den Sinn unserer übelwollenden Feinde nicht ändern.

Wer mit offenen Sinnen jetzt durch die deutschen Lande fährt, der sieht mit schmerzlichen Gefühlen, wie eine schwächliche Staatskunst das Volk der Deutschen im Hinterlande in zwei Heerlager gespalten hat. Alle wirklich Deutschbewußten, die im Sinne Bismarcks das Deutsche Reich mit den Mitteln erhalten wollen, durch die es geschaffen wurde, stehen im Lager von Hindenburg und Ludendorff. Man darf mit vollem Rechte behaupten, daß die weit überwiegende Mehrheit aller wirklich Deutschen zu Hindenburg hält; selbst bis in die Reihen der linksliberalen Parteien, ja, selbst bis in die Sozialdemokratie hinein. Dafür sind Beweise zu erbringen. Der gesunde Sinn des deutschen Volkes erkennt in Hindenburg den Bannerträger unserer germanischen Ideale. Dafür haben natürlich die fremdrassigen Führer der roten und goldenen Internationale nicht das leiseste Verständnis. Sie sträuben sich mit Händen und Füßen gegen den „deutschen Frieden“.

Auf der einen Seite sieht man also alles zusammenrotten, was pazifistisch, undeutsch und international denkt. Diese Gruppe wird durch eine vielgelesene Händlerpresse unterstützt und arbeitet ganz im politischen Sinne des Alljudentums: Mein Feld ist die Welt. Die arischen Mittläufer sind jene Liberalen und verträumten Weltbürger, von denen schon der deutsche Denker Paul de Lagarde gesagt hat: „Im Hasse das bloße Wort liberal, weil ich noch keinen einzigen Liberalen kennen gelernt habe, der nicht der inkonsequenteste Mensch von der Welt gewesen wäre und jeder Tyrannie das Wort zu reden fähig, vorausgesetzt, daß er selbst der Tyrann ist.“

Dieser neueste Tyrann ist jene Demokratie, die nichts weiter als eine Judokratie für das Deutsche Reich bedeuten würde. Dafür kämpfen mit fanatischer Leidenschaft die alljüdischen Blätter, die Morgenluft wittern, dagegen sträuben sich mit eiserner Standsfestigkeit alle wirklich Deutschführenden im ganzen Reiche. Denn auch die süddeutschen Konservativen stehen da Schulter an Schulter mit den angeblich so reaktionären preussischen Junkern. Wenn man die alljüdische Presse hier in Wien liest, so kommt man wohl auf den gänzlich verkehrten Gedanken, die preussische Wahlreform habe wirklich jenes Kochen der Volksseele verursacht, von der im angenehmen „Berliner Tageblatt“ und im roten „Vorwärts“ täglich geschwefelt wird aus parteipolitischen Gründen. Nun wird jeder bestaunen müssen, der jetzt im Deutschen Reiche war, daß die preussische Wahlreform den Staatsbürgern völlig „schonuppe“ ist, wenn nur Hindenburg mit der Schwärze seines Schwertes der guten deutschen Friedenbrinat

So ist die Wahrheit und nicht anders. Alle jene Träume von Abrüstung und Völkervereinigung, in denen sich die alljüdische Presse aus parteipolitischen Gründen gefallt, sind Seitenblasen, die beim Gange eines Kindes zerplatzen. Die germanische Waffenfreude liegt im Blute des deutschen Volkes, sie ist durch alljüdische Hirne dem deutschen Volke nicht auszutreiben. Heute nicht und in hundert Jahren nicht. Blut ist ein ganz besonderer Saft.

Im fünften Kriegsjahre hat die Mühsarbeit der Un-  
deutschen im Hinterlande viel Unheil angerichtet, das muß zugegeben werden. Mit Recht hat Justizrat Claß kürzlich in einer flammenden Rede betont, wie wir die Franzosen um ihr glühendes Nationalgefühl beneiden können. Nordfrankreich ist in eine Wüste verwandelt, noch immer stehen Hindenburgs Heere unerlöschend auf gallischer Erde, aber die Pariser hoffen unentwegt auf den Siegl. Von dieser Seelengröße des französischen Volkes können wir Deutsche nur lernen. Ebenso ist es in England, ja selbst in Italien, von Dollarika gar nicht zu reden, wo die Tyrannis eines Wilson jeden Bürger hinter Schloß und Riegel setzt, der einen anderen Gedanken zu haben wagt, als die alleinseligmachende Demokratie des Mauntonismus. Überall in allen feindlichen Ländern eine Stärkung des Nationalgefühls, nur im Deutschen Reiche und in Oesterreich durch alljüdische Umtriebe eine Schwächung des Nationalgedankens. So sieht im fünften Jahre die Lage im Hinterlande aus.

Jede Zeit ist ein Rätsel, das sie nicht selber, sondern erst die Zukunft löst. Dieser un-deutsche Geist, der jetzt durch die Lande strömt, ist der gefährlichste Feind der germanischen Zukunft. Aber die Krankheit ist von führenden Geistern erkannt und die Bekämpfung dieser Seuche hat überall begonnen. Am vorbildlichen Nationalgefühl der Franzosen und Briten richtet sich das Selbstbewußtsein der Deutschen wieder auf, wenn auch die alljüdische Presse noch so verzweifelt arbeitet, um dem deutschen Nationalgefühl das Rückgrat zu brechen. In Oesterreich ist es ja zum größten Teile leider gelungen, aber im Deutschen Reiche wird es niemals gelingen. Und erzeugt Gegendrud. Je nationaler sich die alljüdische Presse gebärdet, um so enger schließen sich die Reihen der Deutschbewußten um Hindenburg. Die Rede des Kaiser Wilhelms an die Arbeiter bei Krupp ist mit stürmischem Jubel von den Nationalgesinnten begrüßt, von der alljüdischen Presse mit verdeckter Bosheit bekämpft worden. Es wohnen heute in Wahrheit zwei Völker im Bismarckreich: Die Deutschen und die Juden.

Aber wie die Deutschen im fünften Kriegsjahre immer noch eine eiserne Mauer im Feindeslande bilden, an der alle Siegeshoffnungen unserer Feinde zuschanden werden, so wird es auch im Hinterlande niemals der alljüdischen Mühsarbeit gelingen, den Bismarckgeist im deutschen Volke zu besiegen.

Die beste Gewähr eines dauernden Friedens ist Hindenburgs Schwert. Nicht Burians Vorschläge werden uns diesen so heißersehnten Frieden bringen, sondern die eiserne Mauer jener Tapferen, die unter Hindenburgs Führung die Feinde von der Nichtigkeit ihrer Hoffnungen bald überzeugen werden. Hindenburgs Schwert bringt uns den Frieden sicher und bestimmt; der Friede ist näher als wir glauben. Die Kohlennot im Lager der Feinde, die Aussichtslosigkeit, Hindenburg aus Frankreich zu verreiben, das sind die besten Unterlagen für Friedensverhandlungen. Der Friede kommt; aber nicht Burian bringt ihn, sondern Hindenburg.

Leut.

## Der Friedensvorschlag Lammasch, Frajnoi und Quidde.

Die „Ungarische Rundschau“ meldet aus Budapest, 17. d.: Der Wiener Redakteur des „Pesti Naplo“ veröffentlicht heute Meinungen über die Friedensansichten vom Herrenhausmitglied Professor Lammasch und gleichzeitig damit auch den Wortlaut jenes Friedenslaborats, welches, wie bereits gemeldet wurde, Dr. Lammasch gemeinsam mit dem ungarischen Bischof Doktor Frajnoi und Professor Dr. Quidde an den Generalsekretär der nordischen interparlamentarischen Kommission in Christiania gerichtet hat. In dieser Schrift heißt es: „Die Erfahrung der letzten Jahre hat aber auch gezeigt, mit welchen Schwierigkeiten die Diplomatie zu kämpfen hat, sofern sie überhaupt ernstlich auf die Einleitung von Friedensverhandlungen hinarbeitet. Insbesondere im Hinblick auf das durch die Vorgeschichte des Krieges begründete Misstrauen gegen die diplomatische Tätigkeit ist es begreiflich, daß jede der beiden Parteien jeden Schritt ihres Gegners in einem alles verzerrenden Spiegel erblickt. Das häßliche Schlagwort von der „Friedensoffensive“ bezeichnet diesen traurigen Geisteszustand, der eine Verständigung auf den bisher üblichen Wegen nahezu ausgeschlossen erscheinen läßt. Vielleicht würde die erste Annäherung, die approximative Erlundung der Minimalfriedensbedingungen der beiden Parteien, nicht amtlichen Persönlichkeiten, die gleichwohl über die Stimmungen ihrer Völker und ihrer Regierungen informiert und in der Lage sind, auf sie Einfluß zu üben, eher gelingen als zünftigen Diplomaten. Deshalb würde es sich empfehlen, die Arbeit, welche letztlich allerdings die Diplomatie zu verrichten haben wird, durch einen Gedankenaustausch zwischen Personen vorzubereiten, die geradezu die berufenen Vertreter der Leidenden Völker selbst sind, ohne mit einer amtlichen Verantwortung ihren Regierungen gegenüber belastet zu sein. Eine interparlamentarische Konferenz dieser Art würde jede Demütigung ausschließen.“

Diese Erwägungen sind es, die uns bestimmen, ausschließlich den Eingebungen des eigenen Gewissens folgend, an Sie, hochgeehrter Herr, eine Bitte zu richten. Wollen Sie bei uns nahestehenden Persönlichkeiten in den Parlamenten der Kriegsführenden Großmächte die Idee anregen, daß die Abgeordneten Häuser dieser Großmächte in geheimer Abstimmung etwa je drei Mitglieder

wählen möchten, um diese zu einer auf neutralem Boden ehestens abzuhalten- den interparlamentarischen Konferenz zu entsenden. Diese Konferenz wäre berufen, ohne Resolutionen zu formulieren und ohne Beschlüsse zu fassen, die grundlegenden Prinzipien eines allgemeinen Friedensschlusses und freier Aussprache zu diskutieren und dadurch zu erwidern, daß unter dem Eindruck der gegenseitigen Aussprache jede der Delegationen ihren Mandanten die dem Ziele entsprechende Vorschläge mitteilt. Wir wissen sehr wohl, daß eine Tätigkeit dieser Art nicht zu den regelrechten geschäftsordnungsmäßigen Funktionen der Parlamente gehöre. Aber außerordentliche Umstände und Zeiten erfordern außerordentliche Mittel. Gewiß würde es die Verständigung erleichtern, wenn auch Vertreter der führenden neutralen Staaten an jener Besprechung teilnehmen. Deshalb erlauben wir uns, auch dies Ihren Erwägungen anheimzustellen. Wir sind überzeugt, daß Beratungen der weisen und ehrwürdigsten Vertreter von großen Völkern eine Atmosphäre schaffen würden, in der der Starrkampf des Hasses sich endlich löst und die gegenwärtigen Schritte bereit wären, in der Arbeit zum Zustandekommen des zukünftigen Friedensbundes der Völker sich die Hände reichen.“

## Die Volksvertretung und das Friedensangebot.

Tagung des Abgeordnetenhauses am 1. und der Delegation am 15. Oktober.

Am 1. Oktober wird sich das Abgeordnetenhaus versammeln; so wurde es endgültig in einer Besprechung bestimmt, die Präsident Dr. Groß gestrichelt mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek hatte. Auch der Präsident der österreichischen Delegation Abg. Hausler ist in Wien eingetroffen und in einer Konferenz mit dem Minister des Innern Grafen Burian wurde beschlossen, daß die Delegation am 15. Oktober tagen solle. Zuvor sollen der Ausschuß für Neuheres und der Heeresrat Huß der Delegation ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Sowohl das Abgeordnetenhaus wie die Delegation werden im Zeichen des Friedensangebotes der Monarchie stehen und durch feierliche Kundgebungen diesen Schritt unterstützen. Abgeordnete aller Parteien billigen das Vorgehen des Grafen Burian, das zumindest geeignet erscheint, festzustellen, inwieweit die Friedensstimmung bei unseren Gegnern an Stärke zugenommen hat und bewirken muß, daß nunmehr die Erörterung der Friedensmöglichkeiten bei Freund und Feind mit allem Nachdruck einsetzt. Die Parlamentarier, die in den letzten Tagen Gelegenheit hatten, mit den leitenden Staatsmännern Fühlung zu nehmen, versichern, daß dieselben voller Zuversicht sind und der weiteren Entwicklung der Dinge hoffnungsvoll entgegensehen. Die Parteien wollen sich auch aktiv an der Werbetätigkeit für den Frieden beteiligen; durch Friedensversammlungen der Christlichsozialen und der deutschen Sozialdemokraten soll zum Ausdruck kommen, daß die Bevölkerung den Schritt des Grafen Burian billigt.

Unter solchen Umständen werden die Gegenstände, die auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses gestellt wurden, erst einige Tage später verhandelt werden. Die Tagesordnung lautet: Bericht des Budgetausschusses über den Schuldschein der Regierung an die Oesterreichisch-ungarische Bank über den Betrag von 854 Millionen Kronen, Bericht des Finanzausschusses über die Schaumwein-, Kohlen-, Weinsteuer und die Zuckerabgabe, Bericht des Unterrichts- und Schulinspektoren. Am 30. September wird der Finanzausschuß eine Sitzung abhalten, in der Finanzminister Freiherr v. Wimmer voraussichtlich das angekündigte Steuerprogramm entwickeln wird. Vier Tage vor dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses versammelt sich der Wiederherstellungsausschuß. Von der Beschleunigung des Wiederaufbaues Galiziens machen die Polen ihre endgültige Haltung zu den Steuerunterlagen abhängig.

18. IX. 1918

48

[Die Friedensnote und die Märkte.] Der Friedensvorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung hat auf alle Märkte einen starken Eindruck geübt. Besondere Beachtung fand in den finanziellen Kreisen die wesentliche Preiserhöhung, welche die österreichisch-ungarischen und deutschen Valuten sowohl in der Schweiz und in Holland wie auch in Schweden und Dänemark erzielt haben. Man erblickte in dieser kräftigen Bewegung einen Beweis von der Wirkung, welche die Friedensnote auf die Auffassung in den neutralen Staaten genommen hat. Der Wiener Platz konnte, nachdem sein Verkehr in den letzten drei Tagen unterbrochen gewesen war, erst heute Stellung zu dem Friedensvorschlag nehmen. Der Eindruck des wichtigen Ereignisses war ein nachhaltiger und die Bedeutung des Schrittes der Monarchie wurde andauernd gewürdigt. Die Wirkung der Friedensnote auf die Beurteilung trat namentlich auf dem Anlagemarkt in starker Weise hervor. Hier erfolgten große, mehrere Millionen Kronen umfassende Käufe des Publikums in sämtlichen Kategorien der österreichischen und ungarischen Staatswerte, insbesondere in Kriegsanleihen. Diese erzielten durchwegs wesentliche Preisbesserungen und zeigten in einigen Fällen Erhöhungen bis zu einem halben Prozent. Auf dem Aktienmarkt trat dagegen eine rückläufige Bewegung ein, da die Unsicherheit der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu großer Reserve veranlasste und daher hiesige und Budapester Abgaben einen stärkeren Einfluß auf die Preisbewegung übten. Die meisten Nullfusspapiere waren schließlich um ungefähr 20 K. niedriger, einige Schrankenwerte büßten bis 50 K. ein. Die Verkäufe waren aber hierbei auf keinem Gebiet bedeutend und stammten hauptsächlich aus den Kreisen des Marktes, während das Publikum vollkommene Reserve beobachtete. Der Verkehr trug daher trotz der verhältnismäßig namhaften Abschwächungen dauernd ein ruhiges Gepräge. Der Budapester Aktienmarkt tendierte gleichfalls matt und nahm hier Abgaben vor. Der Berliner Platz blieb reserviert und zeigte im allgemeinen nur geringere Preisveränderungen.

### Die Agence Havas für den Frieden durch Sieg und gegen Besprechungen.

Paris, 16. September.

Die Agence Havas meldet: Der österreichisch-ungarische Friedensvorschlag, der gegen Abend bekanntgeworden ist, hat in den politischen Kreisen, wo er als Ergebnis der von den Alliierten seit zwei Monaten erzielten militärischen Erfolge angesehen worden ist, keine große Ueberraschung hervorgerufen. Die Lage hat sich in der Tat in den letzten Zeiten bedeutend geändert, und von dem gegenwärtigen Vorschlag ist ein weiter Weg zur Rede des Kaisers über seine Auffassung von einem „preussischen Frieden“. Der allgemeine Eindruck ist der, daß die neue Friedensoffensive unter den jetzigen Umständen nicht zum Ziele führen kann.

Im Palais Bourbon, wo trotz der Sonntagsruhe einige Abgeordnete erschienen waren, erklärte man, daß die Kriegsziele Frankreichs und der Alliierten bekannt seien: Unversehrtheit des Vaterlandes, Weltgleichgewicht, Befreiung aller unterdrückten Völker und Wiedergutmachung der verursachten Schäden. Diese Ziele seien übrigens in der im Dezember 1916 dem Präsidenten Wilson vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg überreichten Note präzisiert worden. Durch alle Wechselfälle des Krieges hindurch, sagten die Abgeordneten, hat sich das Programm Frankreichs nicht geändert. Unsere Feinde, die heute schwach werden, halten einen Frieden durch Waffensieg nicht mehr für möglich. Wir sind anderer Ansicht. Frankreich und seine Verbündeten zweifeln nicht, daß ihre ruhmreichen Heere ihnen die Verwirklichung ihres Programms sichern werden, von dessen Aenderung keine Rede sein kann. Mögen unsere Feinde den Inhalt desselben annehmen, der Zusammentritt einer internationalen Konferenz ist nicht notwendig.

„Echo de Paris“ schreibt: Die Ablehnung, die Frankreich, die Vereinigten Staaten, England und die anderen Verbündeten erteilen werden, ist nicht zweifelhaft. Zweifelhaft aber ist, wie diese Ablehnung formuliert werden wird.

## Ein Aufruf Hindenburgs an das Heer.

(Zitierung der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 19. September.

Generalfeldmarschall Hindenburg hat an das Feldheer folgenden Erlaß gerichtet:

„Die österreichisch-ungarische Regierung hat an alle Kriegführenden einen Vorschlag zur Herbeiführung des Friedens, und zwar zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande unterbreitet. Die Kämpfe sollen dadurch nicht unterbrochen werden. Die Bereitschaft zu Friedensbesprechungen widerspricht nicht dem Geist, in dem wir den Kampf um unsere Heimat führen.

Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angetragen. Mehrfach hat seitdem die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft bekundet. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Spott und Hohn.

Die feindlichen Regierungen kennen nur den Vernichtungskampf. Wir führen nur einen Verteidigungskampf, und in diesem Sinne hat unser Verbündeter mit unserem Einverständnis einen neuerlichen Vorschlag zu unverbindlichen Friedensbesprechungen gemacht. Der Kampf soll dadurch aber nicht unterbrochen werden. Für das Heer gilt es also, weiter zu kämpfen.

Das deutsche Heer, das sich seit vier Kriegsjahren prachtwoll schlägt, wird weiter die Heimat schirmen und weiter die Unbesiegbarkeit dem Feinde beweisen. Und nur dadurch kann der feindliche Vernichtungswille gebrochen werden. Wir werden abwarten und sehen, ob die Feinde es mit uns ehrlich meinen und ob sie diesmal zu Friedensverhandlungen bereit sind, oder ob sie uns einen Frieden anbieten, den wir mit derart harten Bedingungen erkaufen müssen, der nur die Vernichtung unseres Volkes bedeutet.

19. IX. 1918

## Italienische Blätterstimmen.

Chiasso, 17. September.

Die Wiener Note wurde der italienischen Regierung vorgestern behündigt. Die Agenzia Stefani veröffentlicht sie, als wäre sie ihr aus Zürich gleich anderem Wiener Informationsstoff zugegangen. „Giornale d'Italia“ sagt, die Entente habe die Gefahr zu meiden, daß sie in Unterhaltungen verstrickt werde, die trotz ihrer Vertraulichkeit und Unverbindlichkeit nachteilige Wirkungen üben könnten. Die Entente werde die Wiener Vorschläge unbefangen prüfen. — Die „Tribuna“ hätte nichts gegen einen Gedankenaustausch über Friedenspräliminarien, zumal er irgendwann doch werde erfolgen müssen. — „Corriere della Sera“ nennt den Wiener Schritt eine Bazillenkultur, gegen welche das Blatt als wirksames Gegengift abermals eine schleunige Antwort der Ententerregierungen empfiehlt. — Ähnlich wendet sich „Secolo“ gegen die Wiener Note, welche er als propagandistisches Mittel angesehen und durch eine mehr an die feindlichen Völker als an deren Regierungen zu richtende Ententeäußerung beantwortet wissen will.

Während „Corriere della Sera“ die Italiener auf „Amerikas wachsende militärische Hilfe“ verweist und „Idea Nazionale“ den Italienern den unmittelbaren Kampf gegen Oesterreich-Ungarn empfiehlt, der ihnen durch einen militärischen Sieg die Erlangung dessen verheiße, was diplomatische Verhandlungen doch nicht eintragen würden, ist eine Korrespondenz an den „Corriere della Sera“ von der italienischen Front erwähnenswert, da sie dringend daran erinnert, daß das österreich-ungarische Heer nichts von seinen altbekannten Eigenschaften der Zähigkeit, Aktivität und Meisterhaft in der Defensive eingebüßt und neuerdings an Menschenkräften und Materialien an der italienischen Front stark zugenommen habe.

L.A. Mailand, 17. September.

Der römische Mitarbeiter der Turiner „Stampa“ sagt, daß im Mittelpunkt der kommenden parlamentarischen Beratungen zweifellos die durch das Friedensangebot der Mittelmächte entstandene internationale Lage stehen werde.

19. IX. 1918

## Clemenceaus Antwort auf die Note.

## Siegestaukel und wildeste Kriegshehe.

Paris, 18. September.

Die Agence Havas meldet: Bei Eröffnung der Sitzung Senats sollte Präsident Dubost den französischen und bündeten Armeen Dank, die in der Gemeinschaft des Erfolges, der Opfer und des Sieges verschmolzen sind, aus denen Friede der Welt gewonnen wird, und wies auf die Notwendigkeit hin, die Schliche Deutschlands zu verteilen, das der gerechten Bückigung, die es verdient, entgegen trachtet.

Clemenceau erklärte unter frenetischen Beifallsgelängen, die Regierung nehme ihrerseits die Ehre für sich in Anspruch, in dem Maße, als es Worte zu tun vermögen, der ungenügenden Dankbarkeit der dieses Namens würdigen Völker über den wunderbaren Soldaten des Vierverbandes Auszeichnung zu verleihen, durch deren Taten die Völker endlich Begegnung finden werden von den Schrecknissen im Sturm der Hölle und aus der Barbarei.

Während eines halben Jahrhunderts erlitt das friedliche Völkchen unwürdige Verletzungen seitens des Feindes, der es nicht verzieh, aus dem Schiffbruch das Bewußtsein des höchsten unverjährbaren Anspruchs auf Unabhängigkeit in Freiheit zu haben. Kein Tag verging ohne eine Kriegsgelänge, ohne irgendeine bewußte Brutalität der Tyrannei. Die ungenügende Faust, das trodene Pulver und das geschliffene Schwert waren die germanischen Friedensworte. Wir haben die furchtbaren langamen Stunden durchlebt unter den schlimmsten Bergewaltigungen und Zumutungen, die noch erdittigender wurden durch eine niedrige Heuchelei, die uns die Annahme eines freiwilligen Joches bewegen sollte, die uns vor dem allgemeinen Zusammenbruch bewahren könne. Der Augenblick ist endlich gekommen, in dem der angebliche Feind der Welt den Entschluß faßte, ein Ende zu machen mit dem ewigen Stolz der Völker, die es wagten, der ewigen Mißachtung der Herrscher den Dienst zu verweigern, der aus der Verwundung seiner Herde, auf die Unmöglichkeit einer Erhebung zu edlen Gefinnung bei den unabhängigen Völkern schloß (Beifall), und ohne stichhaltigen Grund, ja ohne den Schein eines Rechtmäßigen hat der traditionelle Angreifer sich auf unser Gebiet gewagt, um seine großen Verwüstungen wieder aufzunehmen.

Unsere Soldaten brachen auf zu dem großen Opfer, das das Wohl des heimischen Herdes forderte. Was sie waren, was sie geleistet haben, das wird die Geschichte sagen. Wir wissen es im voraus. Aber erst seit gestern beginnt das deutsche Volk Deutschland zu begreifen, was für Menschen sie vor sich hat. (Lebhafte Beifall.) Abernerweise hat es geglaubt, den Sieg würde alles vergessen lassen, unsere verwüsteten Felder, die durch Minen und Brände vernichteten Städte und Dörfer, die planmäßigen Blünderungen, raffinierte Mißhandlungen, alle Missethätigkeiten der Vergangenheit. (Es folgen Beschlüsse, die wegen Verstümmelung des Textes nicht zu lesen sind.)

Männer, Frauen und Kinder in die Sklaverei weggeführt — ist, was die Welt gesehen hat und was sie nicht vergessen kann. (Lebhafte Beifall.) Nein! Kein Sieg hätte so viel Verbrechen vergessen lassen können. Aber dann ist der angekündigte Tag gar nicht gekommen und die furchtbarste Rechnung von dem Volk hat sich aufgemacht und wird bezahlt werden.

Nach vier Jahren eines undenklichen Ruhmes hat ein — für uns — unerwarteter Glückswechsel den großen Aufbruch der Heere des Kaisers vor den Völkern des Weltbewußtseins herbeigeführt. Ja, der seit mehr als einem Jahrhundert von unserer Nationalhymne angekündigte Tag ist endlich gekommen. Die Söhne sind im Zuge, das von ihren Vätern begonnene gewaltige Werk zu vollenden. Frankreich ist nicht mehr allein bei dem Werke der Gerechtigkeit durch die Welt. Gemäß dem Worte unseres großen Denkers sind es alle Brüdervölker, die den letzten Sieg der gerechtesten Gerechtigkeit vollenden werden. (Lebhafte Beifall.)

Wer könnte auch nur im Traume eine glücklichere Zeit erlebt haben? (Beifall.) Die Bürger und die Soldaten, die Regierungen und die Volksvertretungen der Entente, alle waren bei ihrer Pflicht und werden dabei bleiben, bis sie vollendet ist. Alle sind würdig des Zieles, weil sie es zu ehren wissen werden. Und trotzdem würden wir in diesem Kreise, wo die Veteranen der Republik sitzen, uns selbst untreu werden, wenn wir vergäßen, daß der reinste Sieg diesen prächtigen Heiligtümern gebührt, die von der Geschichte die Adelsbriefe bestätigt finden werden, die sie sich selbst ausgestellt haben. Sie fordern in dieser Stunde nichts als das Recht, das großartige Werk zu vollenden, das sie für die Unsterblichkeit geweiht hat. Was wollen sie, was wollen Sie? Immer und immer wieder siegreich kämpfen bis zur Stunde, wo der Feind bezwungen wird, daß es keine möglichen Verhandlungen gibt zwischen dem Verbrechen und dem Rechte. Ich höre sagen, der Friede könne nicht durch eine militärische Entscheidung herbeigeführt werden. So hat der Deutsche nicht gesprochen, als er den Krieg mit seinen Schrecken entfesselte und als gestern noch seine Führer Völker wie Vieh verteilten. Die militärische Entscheidung Deutschlands hat uns verurteilt, sie zu verfolgen. Mag es denn sein, wie Deutschland es gewollt hat, wie Deutschland es getan hat. Wir suchen nur den Frieden. Wir wollen nur einen gerechten und dauerhaften

Frieden, damit diejenigen, die nach uns kommen, sicher seien vor den Schrecken der Vergangenheit. (Lebhafte Beifall.) Auf also, Kinder des Vaterlandes, vollendet die Befreiung der letzten Völker von der Wut unreiner Kräfte! Auf zum fleckenlosen Sieg! Ganz Frankreich, die ganze denkende Menschheit ist mit euch! (Stürmischer Beifall.)

19./IX. 1918

**Die amerikanische Antwort bereits abgegangen.**

Washington, 17. September.

Reuter meldet: Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreichisch-ungarische Note wurde der schwedischen Gesandtschaft diesen Nachmittag eingehändigt, um sie nach Wien zu übermitteln.

**Die Erklärung Lansing's eine Stunde nach Erhalt der Note abgegeben.**

Washington, 17. September.

Reuter meldet: Die Erklärung Lansing's wurde eine Stunde nach Empfang des österreichisch-ungarischen Vorschlags abgegeben. Die Schnelligkeit, womit die Rückäußerung erfolgte, zeigt, daß nicht der leiseste Zweifel darüber bestehen kann, was man für eine Antwort zu erwarten hat. Amtliche Kreise beschäftigen sich mit der Frage, welches der nächste Schritt in dem, was man allgemein als die großdeutsche Friedensoffensive auffaßt, sein werde.

### Amtliche Erklärung des Ministeriums des Aeußern über den Friedensvorschlag.

Wien, 19. September.

Heute wird folgende Erklärung des Ministeriums des Aeußern veröffentlicht:

Nach den aus dem Ausland bisher vorliegenden Meldungen kann die Ablehnung der von der österreichisch-ungarischen Regierung ausgegangenen Anregung, vertrauliche Vorbesprechungen über die Friedensfrage zu pflegen, kaum mehr zweifelhaft sein. Eine offizielle Antwort auf die Note des Grafen Burian liegt bisher allerdings nicht vor und kann daher in eine Erörterung der Gründe, welche die Ententeregierungen zu dieser Haltung bestimmt haben, im gegenwärtigen Augenblick noch nicht eingetreten werden.

Nur von seiten Mister Balfours liegt bisher eine ausführliche Behandlung unserer Anregung vor. Gerade seine Argumentation ist aber ein Beweis dafür, wie richtig der Vorschlag des Ministers des Aeußern die Situation erfaßt hatte und wie nur ein Eingehen auf dessen Gedankengänge die heute allseits herrschende Verwirrung der Geister zu meistern vermöchte. Wenn die Friedensfrage von Balfour — und das gleiche gilt für die hierüber im französischen und amerikanischen Senat geführten Debatten — unter dem Druck der großen Schlagworte und der aufgepeitschten Leidenschaften besprochen wird, dann kann sie allerdings keine gedeihlichen Fortschritte machen,

und muß speziell den Ausführungen Herrn Balfours entgegengesetzt werden, daß sie eine Reihe vor-  
 schneller Schlußfolgerungen über den Standpunkt der Mittelmächte zu den konkreten Friedensfragen enthalten, die er sich erspart hätte, wenn er hierüber im Sinne des Vorschlages des Grafen Burian in Besprechungen eingetreten wäre.

Erst dann, wenn er auf Grund dieser Erörterungen zu jenen Eindrücken gelangt wäre, die er jetzt diskussionslos voraussetzt, erst dann hätte er ein Recht gehabt, über die Absichten des Vierbundes so zu sprechen, wie er es getan hat. Wahrscheinlich hätte er aber Gelegenheit gehabt, sich bei derartigen Besprechungen vom Gegenteil zu überzeugen. Nur dann, wenn die Friedensfrage unter äußeren Verhältnissen beraten werden wird, die sie den Einflüssen der Leidenschaften entziehen, wird sie jene Fortschritte machen können, welche im Interesse der Menschheit liegen.

Der Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung bleibt aufrecht.

### Ein Erlaß an das Feldheer.

Die Oberste Heeresleitung hat, wie wir hören, aus Anlaß der Buriannote folgende Richtlinien zur Bekanntgabe an das Feldheer ausgegeben:

„Die österreichisch-ungarische Regierung hat allen Kriegsführenden vorgeschlagen, zur Herbeiführung des Friedens zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande Vertreter zu entsenden; die Kriegshandlung soll dadurch nicht unterbrochen werden.

Die Bereitschaft zum Frieden widerspricht nicht dem Geist, in dem wir den Kampf für unsere Heimat führen. Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser Oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angeboten. Mehrfach hat seitdem die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft bekundet. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Spott und Hohn. Die feindlichen Regierungen peitschten ihre Völker und Heere weiter auf zum Vernichtungskampf gegen Deutschland. So führten wir unseren Verteidigungskampf weiter. Unser Verbündeter hat nun einen neuen Vorschlag gemacht, in Besprechungen einzutreten; der Kampf soll dadurch aber nicht unterbrochen werden, für das Heer gilt es also weiterzukämpfen. Das deutsche Heer, das durch vier siegreiche Kriegsjahre kraftvoll die Heimat beschirmt, muß unsere Unbesiegbarkeit dem Feinde beweisen. Nur hierdurch tragen wir dazu bei, daß der feindliche Vernichtungswille gebrochen wird. Kämpfend haben wir abzuwarten, ob der Feind es ehrlich meint, wenn er diesmal zu Friedensverhandlungen bereit ist, oder ob er wieder den Frieden mit uns zurückweist oder wir ihn mit Bedingungen erkaufen sollen, die unseres Volkes Zukunft vernichten.“

19./IX. 1918

61

Eine türkische Mission in Wien. Heute nacht ist mit der Nordwestbahn die außerordentliche türkische Gesandtschaft, die dem Kaiser die Thronbesteigung des neuen Sultans Mehmed VI. notifizieren wird, aus Berlin hier angekommen und in der Hofburg abgestiegen. An der Spitze der Mission steht Prinz **Abdurrahim**, ein Sohn des früheren Sultans Abdul Hamid. Dann gehören der Mission an: der frühere Großvezier **Levfil Pascha**, Generaladjutant **Selki Pascha**, Major **Ismail Haffi Bey**, ein Schwiegersohn des jetzigen Sultans, der Adjutant des Prinzen **Abdul Rahim**, Hauptmann **Arif Nissen Bey** und als Sekretär der Beamte des türkischen Auswärtigen Amtes **Edhin Bey**. Der Führer der Mission Prinz **Abdurrahim** steht im 24. Lebensjahr. Er hat zwei Jahre lang in Berlin, wo er beim 2. Garde-Feldartillerieregiment diente, seine militärische Ausbildung genossen und auch beim Landratsamt **Militär** gearbeitet. Bei Kriegsbeginn stand er an der Palästinafront und war im heurigen Frühjahr Kommandeur einer Nahkampftruppe bei einer preussischen Infanteriedivision vor Verdun.

## Erklärungen des Grafen Burián.

Vertreter des Verbandes der deutschnationalen Parteien  
beim Minister des Aeußern.

Ueber Ersuchen des von Wien abwesenden Obmannes der deutschnationalen Verbandsleitung sprach gestern Abg. Dr. Urban mit den Abgeordneten Marahl und Reuntenfel beim Minister des Aeußern Grafen Burián vor, um die eheste Wiederaufnahme der Delegations-sitzungen und die Tagesfragen der äußeren Politik im Sinne der jüngsten Verbandsbeschlüsse zur Sprache zu bringen.

Bezüglich der Delegationen erklärte der Minister, daß er selbst auch das größte Interesse an der Wiederaufnahme der Arbeit in den Delegationen habe. Sie sollen in der ersten Hälfte des Oktober zusammentreten und neben den Sitzungen des Parlamentes tagen.

Ueber seinen jüngsten Vorschlag an die kriegsführenden Mächte teilte der Minister mit, daß er seit langem erwogen und keineswegs durch die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen in den letzten Wochen veranlaßt oder beeinflusst worden sei. Der Vorschlag sei die folgerichtige Fortsetzung der österreichisch-ungarischen Friedenspolitik und gründe sich auf die Ueberzeugung, daß trotz gegenteiliger Behauptungen und Kundgebungen alle Völker, die kriegsführenden wie die neutralen, den Frieden erstreben und daß besonders für die europäischen Völker eine Friedensverständigung besser sei als die Fortsetzung des Krieges. Der Minister habe den Schritt allein unternommen, selbstverständlich nicht ohne hievon vorher die Verbündeten in Kenntnis zu setzen und ihrer prinzipiellen Willigung sicher zu sein, allein deshalb, weil einerseits schon durch die Form des Antrages der Schein eines Friedensangebotes der Mittelmächte vermieden, andererseits weil der Antrag an alle kriegsführenden Mächte unmittelbar gerichtet werden sollte. Ein weiteres Aneinandervorbeireden der Staatsmänner sei nicht nur fruchtlos, sondern der Herbeiführung von Friedensmöglichkeiten eher abträglich. Mißdeutungen sehe er voraus; sie kämen aber angesichts des großen Zieles nicht in Betracht. Daß keine Lockerung des Treubündnisses der Mittelmächte bestehe, werde sich mit aller Deutlichkeit zeigen. Der Schritt Oesterreich-Ungarns sei ebenso loyal gegenüber den Bundesgenossen, wie ohne Hintergedanken gegenüber den feindlichen Mächten. Der Erfolg werde vielleicht nicht unmittelbar eintreten, die ihm zugrundeliegende loyale Absicht werde aber zweifellos die Ueberzeugung stärken, daß kein bei der Fortsetzung des Krieges noch möglicher Erfolg imstande sei, die schweren Opfer aufzuwiegen, welche das blutige Ringen der Völker noch auferlegen würde.

Der Minister sprach sich in diesem Zusammenhange über alle mit der Beendigung des Krieges in Verbindung stehenden Fragen ausführlich aus. Die erschienenen Ab-

geordneten hatten dabei Gelegenheit, die Auffassung der Verbandsleitung der deutschnationalen Parteien darzulegen.

Die Stimmung in Deutschland.

K. Berlin, 18. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Aus Balfours inoffizieller Erwiderung an Curian wird ersehen, daß für einen Verständigungswillen keinerlei Anzeichen vorhanden sind, wohl aber das Bemühen deutlich zutage tritt, Oesterreich seinen Bundesgenossen Deutschland als alleiniges Friedenshindernis hinzustellen, das alte Lied vom Keiltreiben. Die extremen Forderungen der Entente in der Frage Elsaß-Lothringens und der deutschen Kolonien werfen in trübes Licht auf die Aussichten des Friedensschrittes, und diejenigen, die diesen Schritt sogleich als versüßt bezeichnet hatten, glauben sich umsomehr durchaus im Rechte und meinen, ein paar Wochen später, wenn das Steckenbleiben der Offensive Ernüchterung gebracht hätte, wäre der rechte Moment gewesen. Man glaubt allgemein annehmen zu können, daß die einem Verständigungsfrieden geneigten Ententekreise gegen eine schroffe Ablehnung und Bekundung des Vernichtungswillens scharf Stellung nehmen würden. Aus dieser Erwägung heraus glaubt man mit außerordentlich diplomatischen Wendungen rechnen zu müssen, die solchem Frontmachen der gemäßigten Elemente von vornherein den Boden abgraben sollen. Aber von der Erkenntnis ausgehend, daß der Krieg nicht um der viel betonten Freiheits- und Friedensideale willen, sondern zur Verwirklichung von Eroberungs- und Vernichtungsplänen weitergeführt werden soll, erwartet man eine entschieden beträchtliche Stärkung der Friedensströmungen in den feindlichen Ländern. Insbesondere wird der Forderung Balfours, daß Belgien im selben Sinne von Deutschland Kriegsschädigung erwarten müsse, wie Deutschland sie von Rußland forderte, mit der Richtigstellung begegnet, daß Rußland an Deutschland keine Kriegsschädigung gezahlt, sondern es sich lediglich um den Saldo der gegenseitigen aus dem Kriege entstandenen privatrechtlichen Verpflichtungen handelte.

In allen Kreisen wird einmütig die Ansicht vertreten, daß mit einer durch definitive Ablehnung des Friedensgedankens bedingten Fortsetzung des großen Tötens eine Kräfteverdoppelung des deutschen Volkes einhergehen würde und müsse und daß der Krieg dann noch durch Jahre hin dauern würde, weil neuen Angriffsmitteln immer neue Abwehrmittel gegenübergestellt würden.

**Reuter-Kommentar zur Friedensnote.**

London, 18. Sept. Albert Thomas führte in der Besprechung der österreichischen Note im „Daily Chronicle“ aus, daß man die Friedensoffensive erwartet habe. Auf diplomatischem, wie auch auf militärischem Gebiet hat der Feind den Vorteil der Ueberraschung verloren. Das Manöver war für die Zentralmächte eine Notwendigkeit. Sie wollen aus der Burian-Linie ihre diplomatische Hindenburglinie machen. Die erste Antwort der alliierten Länder war einstimmig: Bleiben wir weiter fest, lassen wir uns durch wenig ernst gemeinte Appelle nicht verführen, die an den Friedenswunsch, der alle Völker belebt, gerichtet sind, selbst wenn diese Vorschläge einen praktischen Wert zu haben scheinen. Der Schreinach Friedenseroöffnungen durch Verhandlungen wird immer häufiger. Der von der österreichischen Regierung an die Welt gerichtete Appell wird nicht wirkungslos bleiben, doch es wird den alliierten Regierungen ein Leichtes sein, die öffentliche Meinung ihrer Länder völlig davor zu schützen. Zu diesem Zwecke müssen sie in erster Linie auf dem Felde der militärischen Operationen handeln, hierauf auf dem diplomatischen Gelände. Man muß klar auf die feindlichen Vorschläge antworten, indem sofort erklärt wird, daß sie uns unannehmbar erscheinen, denn sie schlagen ein geheimes Verfahren vor, das nicht zulässig ist. Für jede kommende Friedensbesprechung ist die Öffentlichkeit notwendig, ohne das kann sich kein Volksfrieden ergeben. Es ist ebenfalls wichtig, daß die Entente noch einmal mit eingehender Genauigkeit ihre Kriegsziele festlegt, welche die Bedingungen für einen gerechten Frieden sind. Oesterreich versucht, durch ein Manöver glauben zu machen, daß die Kriegsziele der Alliierten eine Aenderung erfahren haben und daß der Krieg schneller zu Ende gehen würde, wenn der Respekt vor seiner Integrität in Betrachtung gezogen würde. Oesterreich aber vergißt, daß sich seit der Note von 1917 große Ereignisse abgepielt haben.

**Stellungnahme der englischen Arbeiterdelegierten.**

London, 18. Sept. (Reuter.) Anlässlich der interalliierten Arbeiterkonferenz erklärte der Präsident gestern: Wir sind nicht hier, um irgend einen Frieden zu irgend welchem Preise zu schließen, sondern als Männer, die einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden wollen. Hinsichtlich der österreichischen Note erklärte der Präsident: Es ist unsere Pflicht, jeden zum Frieden führenden Weg zu prüfen. Kerenski wurde eingeladen, sich zu den Mitgliedern des Bureaus zu setzen. Henderson erklärte: Die russischen Delegierten seien nicht eingetroffen, Balfour habe jedoch schriftlich mitgeteilt, die Pässe seien bewilligt worden und es seien den Delegierten gestattet, mit dem nächsten Schiffe der Admiralität von Bergen abzureisen. Henderson verliest ein Telegramm der russischen Delegierten, das die Aufmerksamkeit auf die unbeschreiblichen Leiden des russischen Volkes unter dem Bolschewikiregime hinlenkt und den Westen bittet, eine Kommission nach Rußland zu senden, um eine Untersuchung über die Politik der Sovietregierung zu führen. Der Präsident antwortet, die Konferenz sei der Ansicht, daß eine Mission nach Rußland gehen solle.

**Die Entente und die Note Burians.**

SPT. Genf, 19. Sept. Die Ablehnung der österreichischen Note dürfte doch nicht so ganz ohne innere Schwierigkeiten vonstatten gehen, wie Clemenceau anzunehmen scheint. Die Mehrheitssozialisten entfalten eine ungemein rege Agitation, um eine genaue Prüfung der Einladung Burians zu erwirken. So weit dabei die Presse benützt wird, versucht die Zensur energisch entgegenzuwirken. Ein Artikel des „Populaire“, der verlangt, daß die Note beantwortet werde und die einzelnen Punkte einer solchen Antwort erwägt, wurde von der Zensur unterdrückt. Das Blatt der Mehrheitssozialisten läßt sich trotzdem nicht abhalten, zu wiederholen, daß die Stunde für den Frieden gekommen sei. Das Blatt, das, wie man weiß, etwa die politische Auffassung Haafes,

Ledebours und Liebknechts vertritt, schreibt wörtlich: Die Zentralmächte haben jeder Art offenen und maskierten Militarismus entsagt und haben sich zur Idee des Völkerbundes bekannt. Die Gelegenheit ist da, die Aufrichtigkeit der Zentralmächte auf die Probe zu stellen. Der „Populaire“ deutet wiederholt an, die Friedensfrage werde den ersten Programmpunkt des nahe bevorstehenden sozialistischen Parteikongresses bilden.

#### Eine Schweizerische Kundgebung.

Freiburg, 19. Sept. Anlässlich des österreichisch-ungarischen Friedensangebotes haben das Komitee des katholischen Institutes für einen Versöhnungsfrieden in Freiburg (Schweiz), das Initiativkomitee zugunsten eines dauernden Friedens in Genf und die Frauensliga für den Frieden in Freiburg (Schweiz) im Namen von 40,000 Unterschriften von Schweizern und Ausländern, die in einigen Tagen gesammelt wurden, folgende Kundgebung an die kriegsführenden Regierungen und Völker gerichtet:

„In Erwägung des Umstandes, daß eine kriegsführende Partei vorschlägt, in Friedensverhandlungen einzutreten, ohne auch nur einen Waffenstillstand zu verlangen,

daß die Zahl der Opfer an Toten, Verstümmelten und Verwundeten sich nach zehn Millionen zählt,

daß das Friedensbedürfnis sich mehr und mehr bei allen Völkern fühlbar macht, daß die Ziele, für die sowohl die eine wie die andere Gruppe der Kriegsführenden zu kämpfen vorgibt, die gleichen sind,

daß die Hoffnung auf einen Waffensieg die Quelle all des Leidens ist,

daß das künftige Glück und Gedeihen der Völker nur auf einem Verständigungsfrieden und auf gegenseitigen Konzessionen aufgebaut werden kann,

daß die Fortsetzung des Krieges die ganze Welt in einen Abgrund in moralischer und materieller Beziehung stürzt,

wenden wir uns in einem dringenden Appell an die Regierungen der Entente und bitten sie, die Note der österreichisch-ungarischen Regierung in Beratung zu ziehen und im Interesse der Menschheit in Diskussionen zu treten. Wer sich weigert, eine Verständigung herbeizuführen, ladet vor Gott und den Menschen die schrecklichsten Verantwortungen auf sich.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß das menschliche Gewissen in dieser Stunde erwachen wird, in der alle vor Freude und Erwartung gezittert haben und da die Welt die Lösung des größten Trauerspiels der Weltgeschichte erwartet.

Wir wenden uns auch an das Schweizer Volk: Gib das Zeichen dieses Erwachens! Es ist deine Pflicht! Zeige den verirrtten Völkern über den Haß hinweg den Weg zum Frieden, zum Heil! Biete den Kriegsführenden deine Vermittlung an.

### Die deutsche Antwort auf die österreichische Friedensnote.

Berlin, 20. September. Die heute durch den kaiserlichen Botschafter in Wien überreichte deutsche Antwort auf die Friedensnote der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete kaiserliche Botschafter beehrt sich, auf die sehr geschätzte Note des k. u. k. Ministeriums des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern vom 14. d. Mts. folgendes zu erwidern: Die Aufforderung der k. u. k. Regierung an alle kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen, unverbindlichen Aussprache in einem neutralen Lande über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses, entspricht dem Geiste der Friedensbereitschaft und Barmherzigkeit, den die verantwortlichen Staatsmänner des Verbundes und die berufenen Vertreter der verbündeten Völker immer wieder bekundet haben. Die Aufnahme, die frühere ähnliche Schritte bei unseren Gegnern fanden, ist nicht ermutigend. Die kaiserliche Regierung begleitet aber den neuen Versuch, die Welt dem von ihr ersehnten gesicherten und dauernden Frieden näherzubringen, mit dem aufrichtigen und ernsten Wunsche, daß die von tiefem Verantwortungsgesühl und edler Menschlichkeit eingegebenen Darlegungen der k. u. k. Regierung diesmal den erhofften Wiederhall finden mögen.

Im Namen der kaiserlichen Regierung hat der Unterzeichnete die Ehre, zu erklären, daß Deutschland bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.

## Italien für seine Raubpläne.

Rom, 19. September.

Die Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Note: Bisher hatte die italienische Regierung von der österreich-ungarischen Friedensnote nur Kenntnis durch den Text, der von den Telegraphen-Agenturen veröffentlicht worden ist. Wenn der vom Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau veröffentlichte Text genau ist, so muß die italienische Regierung darauf hinweisen, daß der österreich-ungarische Vorschlag dahingehend ein Trugbild von Friedensverhandlungen zu schaffen ohne wirklichen Inhalt und ohne jede Wahrscheinlichkeit für einen praktischen Ausgang. Die kürzlichen Erklärungen deutscher und österreich-ungarischer Staatsmänner, welche jede Gebietskonzeption ausschließen und die ungerechten Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest als endgültig festlegen wollen, machen jede nützliche Eröffnung von Friedensverhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten haben ihren lebhaften Wunsch nach einem gerechten Frieden genügend bekanntgegeben und gleichzeitig auch die wichtigsten Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut werden soll. Ueber diese Punkte sagt die österreich-ungarische Note kein Wort. Das Gleiche ist der Fall namentlich was direkt die italienischen Aspirationen betrifft. Sie sind der österreich-ungarischen Regierung wohl bekannt und von den Alliierten anerkannt worden. Sie können in der Vollendung der nationalen Einheit durch die Befreiung der italienischen Völker (!), die bis jetzt durch Oesterreich-Ungarn geknechtet wurden, und in der Verwirklichung der unumgänglichen Bedingungen für die Sicherheit Italiens zusammengefaßt werden. Ehe die österreich-ungarische Regierung selbst auch diese besonderen Ziele anerkennt sowie die anderen allgemeinen und besonderen Ziele, für welche alle Alliierten solidarisch kämpfen, wird Italien den Kampf nicht einstellen, der die Menschheit einer besseren und sicheren Grundlage für einen Dauerfrieden, der auf die Freiheit und die Gerechtigkeit gegründet ist, entgegenzuführen soll.

Lugano, 19. September.

Anknüpfend an die Erklärungen Lansing's und Balfours bezeichnen die führenden italienischen Blätter Erörterungen über den Frieden als gefährlich für die militärische Durchsetzbarkeit der Kriegsziele und die fernere Kriegsdisziplin der Völker.

Die Äußerung des „Avanti“ wurde von der Zensur unterdrückt.

„Osservatore Romano“ enthält bisher keine Äußerung zur Wiener Note, deren amtliche Uebermittlung an den Vatikan der „Italia“ zufolge bis gestern nachmittag nicht erfolgt sein soll.

Im Gegensatz zu den Blättern halten die römischen parlamentarischen Kreise mit ihrem Urteil über die österreich-ungarische Note zurück.

## Die Antwort des Papstes auf den Konferenzvorschlag.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

Lugano, 18. September.

In unterrichteten vatikanischen Kreisen besteht die Ueberzeugung, daß Papst Benedikt XV. die Note Oesterreich-Ungarns zur Kenntnis nehmen und mit einem Schreiben beantworten wird. Weitere öffentliche Kundgebungen des Apostolischen Stuhles dürften in unmittelbarem Anschluß an die Konferezeinladung Burians nicht zu erwarten sein.

20. IX. 1918

### Eine diplomatische Zentralstelle der Entente.

Amsterdam, 19. September. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus London schreibt die „Times“, es werde in Ententekreisen erwogen, für die diplomatischen Angelegenheiten eine ähnliche Einheitlichkeit zustande zu bringen wie für die militärischen und zu diesem Zweck eine diplomatische Zentralstelle, eine Art diplomatisches Versailles, zu errichten. Hierfür wäre es notwendig, eine bestimmte Friedenspolitik der Alliierten als Grundlage für die Diplomatie festzusetzen.

**Zustimmung der ukrainischen  
Regierung zum Friedensvorschlag.**

Berlin, 19. September. (Privattele-  
gramm.) Wie der „Nationalzeitung“ aus  
Kiew telegraphiert wird, hat die  
ukrainische Regierung in einem be-  
sonderen Ministerrat beschlossen, eine Note an  
die kriegführenden und neutralen Mächte zu  
richten, in der sie der österreichisch-  
ungarischen Friedensnote bel-  
pflichtet.

### Die Ukraine für den Konferenz- vorschlag.

Berlin, 19. September. (Privat.) Wie der „National-Zeitung“ aus Kiew telegraphiert wird, hat die ukrainische Regierung in einem besonderen Ministerrat beschlossen, eine Note an die kriegsführenden und neutralen Mächte zu richten, in der sie der österreichisch-ungarischen Friedensnote beipflichtet.

## Die Umtriebe in Rumänien.

Wien, 19. September.

Unter dem Titel „Umtriebe in Rumänien“ veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jene Erklärung, die ein Telegramm des Korrespondenzbureaus uns im Auszuge übermittelt hat. Der Wortlaut dieser Erklärung lautet:

Ueber die Lage und Stimmung in Rumänien erfahren wir folgendes:

Die neulich berichtete Äußerung des Ministerpräsidenten Marghiloman in der Kammer, daß die Verzögerung der Ratifikation des Bukarester Friedens nicht an den Mächten des Vierbundes liege, trifft vollkommen zu. In der Tat steht es nur in der Hand Rumäniens, die Vorbedingungen der Ratifikation zu erfüllen, die in gewissen einzelnen Verpflichtungen stehen, wie sie beim Friedensschluß vereinbart wurden. Sobald dies geschehen ist, ist kein Hindernis mehr gegeben. Es scheint jedoch, daß gewisse Kreise in Rumänien in der Hoffnung leben, durch Verschleppen der Ratifikation des Friedens um diesen selbst herumkommen zu können. In Jassy und dem nicht besetzten Teil des Landes, wo die Ententeinflüsse immer noch sehr groß sind, ist wohl auch unter dem Eindruck der übertriebenen und tendenziös ausgeschlachten Kriegsnachrichten der letzten Zeit, eine Stimmung in die Halme geschossen, die man vom Standpunkt einer ruhigen und friedlichen Entwicklung Rumäniens, wie sie das Programm der Regierung Marghiloman ist, nur bedauern kann. Die Agitation geht auf nichts weniger als auf erneuten Anschluß Rumäniens an die Entente und auf eine neue Kriegserklärung an die Mittelmächte. Wie im Sommer 1916 reizt eine schrillpropaganda die Massen auf und spiegelt dem Volk vor, die Stunde Rumäniens sei nun gekommen, um an der Seite der Entente alles Verlorene und noch mehr dazu wiederzugewinnen. Als die Seele der Bewegung ist die Königin anzusehen, die aus ihren ja bekannten Sympathien und Neigungen kein Hehl macht. Der König hält sich zwar äußerlich zurück, wie er es ja auch im Sommer 1916 getan hat; aber es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß er im gegebenen Falle wie damals dem Druck, und wahrscheinlich nicht ungern, weichen würde. Der Kronprinz dagegen kommt, wenigstens zurzeit, als Faktor der ententefreundlichen Bestrebungen nicht in Betracht, da er sich aus privaten Gründen gänzlich zurückgezogen hat und zurzeit nicht in Rumänien weilt.

Der Regierung Marghiloman erwächst angesichts dieser gefährlichen Treibereien eine schwere Verantwortung. Die Kammer ist auf der Plattform des Bukarester Friedens gewählt und hat sich mehrfach für das Regierungsprogramm ausgesprochen, das in der inneren Politik eine moralische Erneuerung des Landes, in der äußeren die Rückkehr zur Tradition des Königs Carol, das heißt zum Anschluß an die Mittelmächte, proklamierte. Die geschilderte Bewegung versucht im Gegenteil die Wiedereinsetzung der liberalen Parteiherrschaft, die den Brüdern Bratianu wieder die Allmacht der Korruption verleihen würde, und die Wiederaufnahme der phantastischen Großmachtpolitik, die Rumänien schon einmal an den Rand des Verderbens gebracht hat. Nur ein fester Zusammenschluß aller vernünftigen und durch die schlechten Erfahrungen gewichtigten Elemente und Parteien kann es verhindern, daß die Bewegung ihren Herd in der Moldau überschreitet, auf das besetzte Gebiet übergreift und Einfluß auf die leicht entzündbaren Massen gewinnt.

Die Mittelmächte, deren im Bukarester Frieden niedergelegte maßvolle Balkanpolitik durch die Agitation bedroht wird, haben rechtzeitig ihr Augenmerk auf die in Rumänien vor sich gehende Entwicklung gerichtet, so daß sie nicht überrascht werden können. Ihre Interessen sind völlig gleichgeartet: die Ruhe, die sich die österreichisch-ungarische Monarchie im Bukarester Frieden gegen den nach Eroberungen listernen südlichen Nachbarn hat sichern können, wird durch die nationalistische und ententefreundliche Bewegung in Rumänien ebenso sehr bedroht wie die Beseitigung des Uebergewichtes Bulgariens auf dem Balkan und die Rückgabe der Dobrudscha an Rumänien ausgesprochene Ziele derselben sind. Selbstverständlich steht auch Deutschland in der Ausgabe der Wahrung und Verteidigung des Bukarester Friedens vollkommen auf der Seite seiner Bundesgenossen. Es ist zu hoffen, daß die Regierung Marghiloman von sich aus imstande ist, den rumänischen Staat in der Richtung weiterzuführen, welche die klare Voraussetzung der Verhandlungen war, zu denen sich der Vierbund nach der völligen Niederlage Rumäniens in diesem Frühjahr bereit erklärte.

## Marghiloman für die Annäherung an die Mittelmächte.

Bukarest, 18. September.

In der Kammer erwiderte auf eine Anfrage des Abgeordneten Guza der Ministerpräsident, daß ein im „Steagul“ unter dem Titel „Das Europa von morgen“ erscheinender (gegen die „Independance“ gerichteter) Artikel die Ansichten der Regierung wiedergebe, die glaube, daß die rumänische Annäherung an die Mittelmächte nicht die Neutralität verleihe, sondern von der geographischen Lage Rumäniens angewungen sei. Der Ministerpräsident stellte in Abrede, daß rumänische Truppen in der Ukraine interveniert hätten.

20. IX. 1918

76

## Die italienischen Ansprüche und die Ablehnung der österreichisch-ungarischen Note.

### Kein Nachlassen der Forderungen.

Wien, 19. September.

Die nackte Eroberungsgier spricht aus der italienischen Note über den österreichisch-ungarischen Vorschlag. Italien will nicht nur die sogenannte Befreiung der Italiener, es will auch die Verwirklichung der Bedingungen für die Sicherheit Italiens. Das heißt: den Untergang der Monarchie. Denn wie sollte sich Italien sicher fühlen, solange Oesterreich noch eine Macht ist, solange wir nicht hilflos am Boden liegen, noch Kriegsschiffe und Häfen haben und solange der Tiroler Adler noch Fänge besitzt, die sich dem Feinde ins Fleisch schlagen. Weit entfernt sind wir schon von den Grundsätzen nationaler Politik, verankert ist die Lehre von der Rettung der Unerlösten. Sicherheit muß herrschen, und so wie jetzt in Amerika der Grundsatz austaucht, Deutschland müsse an die Kette gelegt werden, „Deutschland, Deutschland unter allen“, so will Italien jene Kette, die ihm nur eine Monarchie bietet, die, in allen Machtelebenten zerrüttet, keinen Ausgang zum Meere, keinen Weg nach Uebersee und auf den Balkan hat, ein blutender Stumpf, ein von Willkür zerschnittenes Gebilde ohne Lebensfähigkeit und ohne Hoffnung. Jeder kennt die Geschichte von dem Römer, der als Gesandter zu einem Besiegten kam, und als dieser Ausflüchte versuchte, einen Kreidekreis um ihn zog. Er erklärte ihm, er werde diesen Platz nicht verlassen, ehe er nicht die Bedingungen angenommen habe. Ähnlich hat ein englischer Gesandter gehandelt, der mit der Uhr in der Hand und mit Festsetzung der Minute einen italienischen Fürsten zwang, sich gegen Frankreich zu erklären. Aber immer war in diesen Fällen äußerste Hilfslosigkeit beim Gegner und gänzliche Unmöglichkeit, Widerstand zu leisten. Dieses Kraftmeiertum, dieses Brücken und Bröcken hatte den Hintergrund wirklicher Ueberlegenheit. Aber selbst bei der Aufhebung jeder Rücksicht wurde doch gesprochen, kam man doch zusammen, beriet man doch über die Gestalt des Friedens, und selbst ein Napoleon und ein Alexander, die glänzendsten Eroberer der Kriegsgeschichte, sind niemals soweit gegangen, dem Feinde mitzuteilen: Wir reden nicht mit euch, wir kümmern uns nicht darum, was ihr anbietet, wir wollen gar nicht wissen, was eure Unterhändler sagen, wir haben nur ein Geschäft: Gewalt und wieder Gewalt, Zerstörung und Vernichtung.

General Diaz ist kein Napoleon. Er hat Wien nicht erobert und ist nicht einmal bis Leoben gekommen, wie Bonaparte nach seinen ersten Erfolgen. Fast überall stehen unsere Truppen auf Feindesboden, sie haben die letzten Angriffe zurückgeschlagen und nichts von dem verloren, was sie nach dem Sturme von Tolmein gewonnen haben. Drei Jahre Kampf und noch kein Sieg, Hunderttausende gestorben und verkrüppelt, ist das wirklich die Grundlage für Forderungen eines Diktators? Nicht einmal politische Klarheit besteht über das, was die Politiker in Rom verlangen sollen. Während kein Fußbreit von Dalmatien ihnen gehört und nur das immerwährende Spielen mit dem Gefüge der Monarchie die Unsicherheit begünstigt, während an der Piave und an der Brenta sich die Schlacht entwickelt, zerbrechen sich die Herren in der Consulta den Kopf, ob sie wirklich die Südslaven als Verbündete annehmen und ob sie wie der König Mikrocchol ein Land verteilen sollen, ehe sie auch nur die Hoffnung haben, es zu besitzen. Seltsamerweise spürt gerade Sonnino diesen Widerspruch und der wildeste Kriegsbeher Mussolini fragt, offensichtlich von ihm beeinflusst, warum Italien auf Dalmatien und die Inseln verzichten muß zugunsten eines südslawischen Staates und warum es die Pflicht hat, großmütig zu sein, damit die eingewanderten Slowenen und Kroaten die Italiener von Triest und Fiume verdrängen und die wichtigen Häfen in slawische Hände kommen. England ist es, das gegen Sonnino arbeitet. Das Schweigen des Ministers, seine Zurückhaltung, die Gereiztheit der Zeitungen, die daran erinnern, daß der Vater von Barzilai die Slaven als Nach-

kommen der Amalekiter, als eine Gesellschaft voll Grausamkeit und Blutdurst bezeichnete, all das ist Zeugnis einer politischen Verwirrung, die wahrhaftig nicht geeignet erscheint zu dem Triumphgesang des Eroberers.

Aber die Kammer wird eröffnet. Karl I. pflegte zu sagen: Die Parlamente sind wie Katzen. In der Jugend ist mit ihnen auszukommen, im Alter werden sie boshaft und tückisch. Italien hat wie die meisten anderen Staaten ein altes Parlament. Die wirtschaftliche Lage bringt schwere Bedrückungen und ein Staat mit so geringem Volksvermögen gibt monatlich die Riesensumme von beinahe zwei Milliarden aus und hat eine Gesamtschuld von dreihundsechzig Milliarden. Wäre nicht die wirklich großzügige Hilfe von England und Amerika, die Entwertung des italienischen Geldes müßte zur Katastrophe werden. Der Kohlenmangel ist jedoch wie bei uns die herbste Klage und die Abgeordneten werden sicherlich darüber reden, daß viele Fabriken stillestehen, die Beleuchtung sich immer mehr verschlechtert und auch in den größten Städten nur einige Stunden in Kraft bleibt.

Das ist militärisch, politisch und wirtschaftlich der Zustand, in welchem Italien den Kopf der Monarchie verlangt. Der Feind steht im eigenen Land, der Druck vielfacher Steuern lastet auf dem Volke, die gärende Empörung der Arbeiterschaft ist nicht zu leugnen und dennoch diese Sprache! Sollten wir nicht ein wenig aus solchen Erscheinungen lernen? Man mag hundertmal sagen, die Italiener sind in Abhängigkeit, es ist dennoch auch der Wille, der ihnen das Ausharren erleichtert, ein innerer Trost, der unsinnig ist und dennoch zeigt, daß die Nerven intakt geblieben sind. Gerade die Festigkeit all dieser Neuerungen, die Wut des Machtwillens müssen beweisen, daß nur in der Standhaftigkeit die Rettung zu finden ist, daß sie uns ans Leben wollen um jeden Preis, daß sie aus uns ein Griechenland machen möchten im großen, ein Jammerbündel zusammengestückelter Tejen. Die moderne Psychologie hat ein Wort für die Auslösung von Empfindungen durch Reizmittel, sie nennt es: Abreagieren. Die Note des Grafen Burian hat die ganze Wucht des Eroberungswillens zum Abreagieren gebracht und wir sehen jetzt klar, daß nicht ein Funken wirklicher Verjährlichkeit die Politik der Herrschenden beseelt und daß die gewiß vorhandenen friedlichen Strömungen noch nicht die Macht haben, auf ihre Entschlüsse einzuwirken. Es liegt in unserem Wesen, nicht an Verzerrungen zu glauben, das Vernunftlose für möglich zu halten und dem Gefühle nachzugeben, jeder müsse dasselbe begreifen wie wir selber. Nun haben wir volle Klarheit. Italien wird mit den Tränen vieler Mütter seinen Uebermut bezahlen und den Frevel, den es an Wahrheit und an Menschlichkeit begangen hat. Jetzt spüren wir den ganzen Inhalt des Wortes Verteidigung und unsere Soldaten werden jetzt doppelt und dreifach wissen, daß sie für den Bestand, für Haus und Hof, für alles, was ihnen lieb und teuer ist, zu kämpfen haben. Die Entente macht eine Politik der Ueberspannung. Sie wird es vielleicht bereuen.

## Die amerikanische Antwort.

Heute vom schwedischen Gesandten überreicht.

Wien, 19. September.

Der königlich schwedische Gesandte in Wien hat heute im Auftrage seiner Regierung dem k. u. k. Ministerium des Aeußern den Text der Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. d. zur Kenntniss gebracht, welche der königlich schwedische Gesandte in Washington dem königlichen Ministerium des Auswärtigen in Stockholm übermittelt hat. Der Text dieser Antwort lautet wie folgt:

„Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Zuschrift vom 16. September zu bestätigen, mit welcher mir eine Note der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt wurde, die einen Vorschlag an die Regierungen aller kriegsführenden Staaten enthielt, dahingehend, diese mögen Delegierte zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses entsenden. Hierbei wurde auch vorgeschlagen, die Delegierten zu beauftragen, einander die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien zur Kenntniss zu bringen, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen sowie offene und freimüthige Aufklärungen über alle jene Punkte zu erbitten und zu erteilen, die einer Präzisierung bedürfen.

In Erwiderung hierauf beehre ich mich mitzuteilen, daß der Inhalt Ihrer Mitteilung dem Präsidenten vorgelegt worden ist, welcher mich beauftragt, Ihnen bekanntzugeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Anregung der österreichisch-ungarischen Regierung nur eine Antwort erteilen zu können glaubt. Sie hat wiederholt und mit vollstem Freimuth die Bedingungen festgestellt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würden; sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher sie ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat.

Lansing.“

## Ablehnung des Friedensvorschlages durch die italienische Regierung.

Rom, 19. September.

Die Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Note: Bisher hatte die italienische Regierung von der österreichisch-ungarischen Friedensnote nur Kenntniss durch den Text, der von den Telegraphenagenturen veröffentlicht worden ist. Wenn der vom Wiener l. l. Telegraphen-Korrespondenzbureau veröffentlichte Text genau ist, so muß die italienische Regierung darauf hinweisen, daß der österreichisch-ungarische Vorschlag dahingehet, ein Trugbild von Friedensverhandlungen zu schaffen ohne wirklichen Inhalt und ohne jede Wahrscheinlichkeit für einen praktischen Ausgang.

Die kürzlichen Erklärungen deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsmänner, welche jede Gebietskonzession ausschließen und die ungerechten Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest als endgültig festlegen wollen, machen jede nützliche Eröffnung von Friedensverhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten haben ihren lebhaften Wunsch nach einem gerechten Frieden genügend bekanntgegeben und gleichzeitig auch die wichtigsten Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut werden soll. Ueber diese Punkte sagt die österreichisch-ungarische Note kein Wort.

Das gleiche ist der Fall, namentlich was direkt die italienischen Aspirationen betrifft. Sie sind der österreichisch-ungarischen Regierung wohl bekannt und von den Alliierten anerkannt worden. Sie können in der Vollendung der nationalen Einheit durch die Befreiung der italienischen Völker, die hie und da durch Oesterreich-Ungarn geknechtet wurden, und in der Verwirklichung der unumgänglichen Bedingungen für die Sicherheit Italiens zusammengefaßt werden. Ehe die österreichisch-ungarische Regierung selbst auch diese besonderen Ziele anerkennt sowie die anderen allgemeinen und besonderen Ziele, für welche alle Alliierten solidarisch kämpfen, wird Italien den Kampf nicht einstellen, der die Menschheit einer besseren und sichereren Grundlage für einen Dauerfrieden, der auf die Freiheit und die Gerechtigkeit gegründet ist, entgegenzuführen soll.

## Italien und der Konferenzvorschlag.

Was Italien von Oesterreich-Ungarn fordert.

Rom, 19. September. Die Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Note: Bisher hatte die italienische Regierung von der österreichisch-ungarischen Friedensnote nur Kenntnis durch den Text, der von den Telegraphenagenturen veröffentlicht worden ist. Wenn der vom Wiener t. t. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau veröffentlichte Text genau ist, so muß die italienische Regierung darauf hinweisen, daß der österreichisch-ungarische Vorschlag dahinzelt, ein Trugbild von Friedensverhandlungen zu schaffen ohne wirklichen Inhalt und ohne jede Wahrscheinlichkeit für einen praktischen Ausgang. Die kürzlichen Erklärungen deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsmänner, welche jede Gebietskonzession ausschließen und die ungerechten Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest als endgültig festlegen wollen, machen jede nützliche Eröffnung von Friedensverhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinigten Staaten haben ihren lebhaften Wunsch nach einem gerechten Frieden genügend bekanntgegeben und gleichzeitig auch die wichtigsten Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut werden soll. Ueber diese Punkte sagt die österreichisch-ungarische Note kein Wort. Das gleiche ist der Fall namentlich was direkt die italienischen Aspirationen betrifft. Sie sind der österreichisch-ungarischen Regierung wohl bekannt und von den Alliierten anerkannt worden. Sie können in der Vollendung der nationalen Einheit durch die Befreiung der italienischen Völker, die bis jetzt durch Oesterreich-Ungarn geknechtet wurden, und in der Verwirklichung der unumgänglichen Bedingungen für die Sicherheit Italiens zusammengefaßt werden. Ehe die österreichisch-ungarische Regierung selbst auch diese besonderen Ziele anerkennt sowie die anderen allgemeinen und besonderen Ziele, für welche alle Alliierten solidarisch kämpfen, wird Italien den Kampf nicht einstellen, der die Menschheit einer besseren und sichereren Grundlage für einen Dauerfrieden, der auf die Freiheit und die Gerechtigkeit gegründet ist, entgegenzuführen soll.

## Unser Konferenzvorschlag bleibt aufrecht.

Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die Ablehnung seitens der Entente.

Amtlich wird verlautbart:

Wien, 19. September.

Nach den aus dem Auslande bisher vorliegenden Meldungen kann die Ablehnung der von der österreichisch-ungarischen Regierung ausgehenden Anregung, vertrauliche Vorbesprechungen über die Friedensfrage zu pflegen, kaum mehr zweifelhaft sein. Eine offizielle Antwort auf die Note des Grafen Burian liegt bisher allerdings nicht vor, und kann daher in eine Erörterung der Gründe, welche die Entente-regierungen zu dieser Haltung bestimmt haben, im gegenwärtigen Augenblick noch nicht eingetreten werden. Nur von Seite Mister Balfours liegt bisher eine ausführliche Behandlung unserer Anregung vor. Gerade seine Argumentation ist aber ein Beweis dafür, wie richtig der Vorschlag des Ministers des Aeußern die Situation erfaßt hatte und wie nur ein Eingehen auf dessen Gedankengänge die heute allseits herrschende Verwirrung der Geister zu meistern vermöchte. Wenn die Friedensfrage von Balfour — und das gleiche gilt für die hierüber im französischen und amerikanischen Senat geführten Debatten — unter dem Drucke der großen Schlagworte und der aufgepeitschten Leidenschaften besprochen wird, dann kann sie allerdings keine gedeihlichen Fortschritte machen und muß speziell den Ausführungen Herrn Balfours entgegengesetzt werden, daß sie eine Reihe vorchneller Schlusfolgerungen über den Stand

punkt der Mittelmächte zu den konkreten Friedensfragen enthalten, die er sich erspart hätte, wenn er hierüber im Sinne des Vorschlages des Grafen Burian in Besprechungen eingetreten wäre. Erst dann, wenn er auf Grund dieser Erörterungen zu jenen Eindrücken gelangt wäre, die er jetzt diskussionslos voraussetzt, erst dann hätte er ein Recht gehabt, über die Absichten des Vierbundes so zu sprechen, wie er es getan hat. Wahrscheinlich hätte er aber Gelegenheit gehabt, sich bei derartigen Besprechungen vom Gegenteil zu überzeugen. Nur dann, wenn die Friedensfrage unter äußeren Verhältnissen beraten werden wird, die sie den Einflüssen der Leidenschaften entziehen, wird sie jene Fortschritte machen können, welche im Interesse der Menschheit liegen.

Der Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung bleibt aufrecht.

20. IX. 1918

20  
81

## Wer soll über Krieg und Frieden entscheiden?

Von Universitätsprofessor Dr. Johann Ube (Graz)

Tausend Milliarden Ausgaben, um die raffinierte Vernichtungstechnik im Gang zu halten und das sinnlose Schlachten und Morden zu organisieren und in großem Stile durchzuführen, mit dem Endergebnis von zwölf Millionen hingemordeter Männer und neunzehn Millionen von Krüppeln — das ist die entsetzliche Bilanz am Schlusse des vierten Jahres des Weltkrieges! Wer soll nun all das unsägliche, den Völkern Europas zugefügte Leid, das diese trockenen Zahlen in sich bergen, verantworten? Zunächst wohl jene wenigen Männer, bei denen die Entscheidung über Krieg und Frieden lag. Lehten Grundes allerdings haben sämtliche Kulturstaaten der Welt, die kriegsführenden wie die neutralen, durch Versäumung der pflichtmäßigen sozialen Fürsorge und Vorsorge, die Vorbedingungen für den Weltkrieg geschaffen, so daß schließlich jeder einzelne Staatsbürger für den Weltkrieg kollektiv mitverantwortlich erscheint, wenn er auch für sich persönlich den Weltkrieg ablehnt.

Anknüpfend an die Antipathie, welche der einzelne Mann und die einzelne Frau aus dem Volke gegen den Weltkrieg hat, möchten wir die äußerst wichtige, praktische Frage aufwerfen: Wer soll künftighin über Krieg und Frieden entscheiden?

Wir sind der Ansicht — es kann aber auch sein, daß wir uns täuschen — daß heute, angesichts der Greuel des Weltkrieges, es überhaupt wohl kein gekröntes oder ungekröntes Haupt mehr gelüsten dürfte, das Recht der Entscheidung über Krieg oder Frieden für sich als Personalrecht zu beanspruchen. Man müßte es geradezu als ungeheure Annäherung erklären, wenn ein einzelner Mann, und wäre er noch so einflüchtig und noch so gerecht, künftighin noch sich herausnehmen wollte, über Leben und Tod von Millionen souverän zu entscheiden, zu entscheiden über den wirtschaftlichen Ruin von Millionen von Existenzen. Wenn wir vielmehr das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden künftighin für die Völker in Anspruch nehmen, so erscheint das eigentlich selbstverständlich. Wenn wir sagen: „für die Völker“, so meinen wir ebenso selbstverständlich sämtliche Staatsbürger, Männer und Frauen. Denn die Lasten und Leiden des Krieges treffen vor allem das Volk, das Blut und Leben und Vermögen einsehen soll, während gerade die sogenannten „verantwortlichen“ Männer den Krieg, zum mindesten den Weltkrieg, am wenigsten spüren. Wer die größten Lasten trägt, soll aber billigerweise auch diesen Lasten entsprechende Rechte besitzen. Die Zeiten, wo ein einzelner sagen konnte: „mein“ Heer, „meine“ Kriegsschiffe usw., sind hoffentlich ein für allemal vorüber! Nur dann, wenn die Völker, Männer und Frauen, wenn also die durch einen allfälligen Krieg unmittelbar Betroffenen, selbständig und unmittelbar über Krieg und Frieden entscheiden, scheint es uns möglich, die Welt für die Zukunft vor ähnlichen Katastrophen zu bewahren, wie die Völker sie heute im tiefsten Grunde gegen deren bessere Erkenntnis erleben müssen. Die Völker sollen solcher Ereignissen, deren Rechnung sie zu begleichen haben, aktiv und nicht passiv, untätig gegenüber stehen. Zu dieser Aktivität gehört unbedingt das verantwortungsschwere Recht, über Krieg und Frieden entscheiden zu können.

Hat einmal das Volk im Bewußtsein der eigenen Verantwortung dieses gute Recht für sich in Anspruch genommen, so sind Ueberraschungen und Uebereilungen von vornherein viel unwahrscheinlicher als bei dem heute noch vielfach geltenden System. Denn der Mann und die Frau aus dem Volke dürften es nicht unschwer einsehen, daß es vernünftiger ist, die von ihnen aufgebrauchten Steuergelder für soziale Einrichtungen zu bewilligen und auszugeben, für Einrichtungen, welche dem einzelnen Staatsbürger unmittelbar zugute kommen und von vornherein der Erhaltung des Friedens dienen, als Milliarden an die unfruchtbarbare, menschenunwürdige, barbarische Vernichtungstechnik zu vergeuden und Millionen von Söhnen des Volkes für das bestialische Handwerk des Menschenmordens jahrelang zu organisieren und zu drillen und so Millionen von Menschengehirnen der aufbauenden, volksbeglückenden Friedensarbeit zu entziehen. Die Völker der Welt werden also mit der Ausübung des Rechtes, über Krieg und Frieden selbst zu entscheiden, unschwer den Götzen des Militarismus und Marinismus das Haupt abschlagen und werden die Welt von vornherein vom Alpdruck der wahnsinnigen Kriegsrüstungen und fortwährenden Kriegsbereitschaft befreien.

Freilich setzt dies von uns für die Völker zeltamerte Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden eine weit- und tiefgehende staatsbürgerliche Erziehung und ein großes soziales Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl bei jedem einzelnen Staatsbürger voraus. Es wäre daher auch in allen Kulturstaaten der allergrößte Nachdruck zu legen auf diese Erziehung im Sinne sozialer Fürsorge- und Vorsorgearbeit. Derart sozial geschulte Staatsbürger werden es sich hundertmal vorher überlegen, ob sie im gegebenen Fall genügenden Anlaß sehen, einen Abwehrkrieg aus Notwehr zu unternehmen. Freilich wäre es immerhin möglich, daß einzelne Völker und Staaten durch kriegsheerische Umtriebe, namentlich durch systematische Verheugung der Presse, in einen Krieg hineingetrieben werden könnten. Wir haben es ja auch in diesem Weltkrieg erlebt, daß auch demokratisch regierte Völker durch ihre „verantwortlichen“ Führer, die sich in ihrer Rolle als „ungekrönte Potentaten“ gefallen, sich in den Krieg haben hineinziehen lassen. Kein System bewahrt eben vor Mißgriffen, auch das demokratische nicht, weil wir eben stets mit dem Faktor der menschlichen Freiheit rechnen müssen; daher kann auch kein System eine sichere Garantie bieten, daß Kriege für alle Zukunft ausgeschlossen seien. Aber das eine ist sicher: Je mehr jeder einzelne Staatsbürger von den unbeugsamen Forderungen des Sittengesetzes durchdrungen ist, desto sicherer ist die Garantie für die Vermeidung künftiger Kriege, weil sittlich orientierte Völker allfällige sich ergebende Streitigkeiten viel leichter durch die menschenwürdige Einrichtung der Schiedsgerichte im Rahmen eines Völkerbundes auszutragen bereit sein werden, als jene Völker, die sich über die klaren Forderungen des Dekaloges hinwegsetzen und so ganz folgerichtig Anhänger des Schwertglaubens und Machtanbeters werden und ihr Heil im heidnischen Sage

sehen: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!

Man mag denken, wie man will — die Formel, von der wir die Erlösung der Völker hoffen, ist bereits aufgestellt; sie lautet: „Gebet Gott, was Gottes ist, und gebt dem Kaiser (der Staatsautorität), was des Kaisers ist!“ Aber, ihr verantwortlichen Männer — ob Kaiser oder nicht Kaiser — gebt auch ihr dem Volke, was des Volkes ist! Und ihr Völker, ob monarchisch regiert oder nicht, nehmt euch, was ihr mit gutem Recht für euch nehmen könnt und sollt! Das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, und in dieser Hinsicht eure verantwortlichen Regierungen zu kontrollieren, und gemäß diesem Recht Geheimverträge als nichtig zu erklären — dieses gute Recht nehmt für euch, ihr Völker der Welt und verpflichtet, falls es zu einem Kriege kommen sollte, besonders die eifrigsten Agitatoren für einen Krieg, daß sie persönlich in die vordersten Reihen mit den Mordwaffen hinausziehen und so ihre innere und uneigennützigere Kriegsüberzeugung auf dem Schlachtfeld durch die Tat beweisen.

21./IX. 1918

**Die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson und seine Unhöflichkeit.**

**Der größte Teil seiner Friedensbedingungen von den Mittelmächten genehmigt.**

Wien, 21. September.

Der französische Sozialist Albert Thomas ist der Führer der Gruppe in der Kammer, die in der Friedensfrage sich am meisten für den Siegfrieden einsetzt. Dennoch hat er in seiner Rede in der Konferenz der Arbeiter in London die Form, wie der Präsident Wilson die Note des Grafen Burian beantwortet hat, getadelt und erklärt, es wäre gut, wenn die anderen Ententemächte eine ergänzende Antwort nach Wien schicken würden. Die Antwort des Präsidenten Wilson war unhöflich und hochmütig. Wenn es sich um den Frieden handelt, steht keiner so hoch, daß er nicht gezwungen wäre, die große Verantwortung für die Verweigerung einer bloßen Zusammenkunft näher zu begründen. Das Vergießen von Menschenblut bloß durch eine barsche Geste zu verlängern, ist die schwerste Sünde, die an der Menschheit begangen werden kann.

Präsident Wilson hatte um so mehr die Pflicht, auf den Vorschlag des Grafen Burian näher einzugehen, weil die österreichisch-ungarische Monarchie, aber auch Deutschland wiederholt erklärt haben, daß sie einen großen Teil der von ihm als Friedensbedingungen bezeichneten vierzehn Punkte und der späteren Zusammenfassung in vier Punkte angenommen haben. Wir erinnern an die Rede des Grafen Czernin, welche Präsident Wilson selbst als eine redliche bezeichnet hat.

**Die vierzehn Punkte.**

Der erste Punkt verlangt, daß alle Friedensverträge öffentlich seien und öffentlich zustandekommen und daß ferner keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden solle.

Diesen Punkt konnte die österreichisch-ungarische Monarchie uneingeschränkt billigen. Der Bündnisvertrag zwischen der Monarchie und Deutschland ist bekanntlich veröffentlicht worden, während die Bündnisverträge zwischen den Mächten der Entente bis zum heutigen Tage ein Geheimnis geblieben sind. Graf Burian hat allerdings vertrauliche Besprechungen verlangt. Aber in diesem Falle handelt es sich eben um Vorbesprechungen. Das Ziel der österreichisch-ungarischen Friedenspolitik ist sicherlich nicht, daß Geheimverträge den Krieg abschließen sollen.

Mit dem zweiten Punkte, welcher die volle Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere sowohl im Frieden wie im Kriege verlangt, ist die Monarchie vollkommen einverstanden. Eines der Kriegsziele, welche die Mittelmächte verfolgen, ist ja die Freiheit der Meere.

Der dritte Punkt fordert die Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken und die Gleichheit in den Handelsbeziehungen unter allen Nationen.

Die Monarchie ist bereit, auf diese Friedensbedingungen nicht bloß einzugehen, sondern sie auch zu unterstützen, da durch eine solche Bestimmung der uns angedrohte wirtschaftliche Krieg unmöglich sein würde.

Der vierte Punkt betrifft die Abrüstung. Graf Czernin hat ausdrücklich in seiner Rede erklärt, daß er diese Abrüstung nicht bloß billige, sondern für unentbehrlich halte.

Der fünfte Punkt behandelt die unparteiische Ordnung der kolonialen Forderungen. Die deutschen Staatsmänner haben erst vor einigen Wochen gesagt, daß sie eine solche Ordnung der kolonialen Fragen verlangen, die den Handelsbedürfnissen des betreffenden Staates entspricht.

Der sechste Punkt betrifft die Räumung des ganzen russischen Gebietes und eine solche Regelung der Rußland betreffenden Fragen, die das beste Zusammenleben der anderen Nationen der Welt sichert.

Staatssekretär Dr. Solf hat in seiner Rede gesagt, daß der Friede von Brest-Litovsk nur ein Rahmen sei, dessen Ausfüllung gegenwärtig noch nicht genau bestimmt werden könne. Ferner wurde von Deutschland wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen in Rußland beabsichtige.

Der siebente Punkt betrifft die Räumung von Belgien. Darüber liegen wiederholte Erklärungen von deutscher Seite vor, daß Belgien in seiner vollen Unabhängigkeit wieder hergestellt werden soll.

Der achte Punkt betrifft die Räumung des ganzen französischen Gebietes.

Deutschland hat erst in den letzten Tagen erklärt, daß es keine Annexionen in Frankreich beabsichtige, nur einen Verteidigungskrieg führe und nicht auf Eroberungen ausgehe.

Strittig sind daher nur die Punkte, welche sich beziehen auf Elsaß-Lothringen, auf die von Italienern bewohnten Gebiete von Oesterreich und Ungarn, ferner auf die Einmischung in unsere inneren Fragen, die die nationale Ordnung in Oesterreich und in Ungarn betreffen, und auf die Vereinigung sämtlicher von Polen bewohnten Gebietsteile mit Kongresspolen. Das sind die einzig strittigen Punkte. Die Forderung nach einem Völkerbunde wurde von Oesterreich-Ungarn nicht nur gebilligt, sondern auch empfohlen.

Das ist der wahre Sachverhalt. Da Oesterreich-Ungarn ebenso wie Deutschland, wie aus einer Rede des Grafen Hertling hervorgegangen ist, den größten Teil der von Wilson aufgestellten Friedensbedingungen genehmigt hat, so war das gegenwärtige Oberhaupt der Vereinigten Staaten um so mehr verpflichtet, im Verkehre mit großen Völkern wenigstens die Achtung zu bezeigen, die ein zivilisierter Mensch so großen geschichtlichen Schöpfungen und sich selber schuldig ist.

21./IX. 1918

## Die Antworten.

„Ich steh' allein auf weiter Flur“ — dieses wehmütige Lied kann Graf Burian nun voll berechtigt antinimen. Wie der vielele Wilsou „abzint“, das dürfte denn doch seinen europäischen Bewunderern in Wien und Umgegend zu denken geben; aber diese pazifistischen Deutinoier haben sich das Denken längst abgewöhnt, sie starren nur wie die hypnotisierten Hühner immer auf den einen Punkt: Verzichtsfrieden... Es muß auch solche Käuze geben. Vorläufig also ist ein großer Aufwand schmächtlich vertan. Alle Feinde winken ab, dafür ist eine *W i s s e n s m a n n* im vorläufig doch noch verbündeten Deutschen Reiche entstanden.

über, die sich Graf Burian kaum täuschen wird... Das war doch wohl kaum der Zweck der Übung? Unsere gewisse Presse fährt allerdings fort, diesen „diplomatischen Schritt“ als der Weisheit letzten Schluß zu preisen. Jedem Narren gefällt seine Kappe. Das gilt auch Wilsou, der folgendermaßen antworten läßt: In Erwiderung hierauf beehre ich mich mitzutteilen, daß der Inhalt Ihrer Mitteilung dem Präsidenten vorgelegt worden ist, welcher mich beauftragt, Ihnen bekanntzugeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Anregung der österreichisch-ungarischen Regierung nur eine Antwort erteilen zu können glaubt. Sie hat wiederholt und mit vollstem Freimut die Bedingungen festgesetzt, unter welchen die Vereinigten Staaten einen Friedensschluß in Erwägung ziehen würden; Sie kann und will sich mit keinem Konferenzvorschlag über eine Angelegenheit befassen, hinsichtlich welcher Sie Ihren Standpunkt und ihre Absichten so klar dargelegt hat. Lansing.“

Was Wilsou will, erläutert sein Schriftmacher, der milde Senator Lodge. Er erklärte in seiner Rede im Senat, es sei die Absicht Amerikas, Deutschland im buchstäblichen Sinne des Wortes an die Kette zu legen. Lodge beglückwünschte dann Wilsou zur Anerkennung der Tschechoslowaken als kriegsführende Partei und drang darauf, daß auch die Südslaven und Polen anerkannt werden. Bevor auf deutschem Boden ein vollständiger Sieg über Deutschland erzielt sei, würden Friedensverhandlungen mit dem Feinde bedeuten, daß der Krieg für die Verbündeten verloren sei und daß die größten Opfer vergebens gewesen seien. Es ist unsere Absicht, schon Lodge seine Rede, die Welt für alle freien, (?) die Gesetze verachtenden Völker (?) sicher zu machen, damit sie in Frieden unbedroht und ohne Angst leben können. Dafür kämpfen wir. Mehr können wir nicht verlangen und mit weniger werden wir uns niemals zufrieden geben.

In diesem Vornunstil bewegt sich auch die Antwort Italiens. Sie ist so frech, wie wir es von den welschen Verrätern erwarteten. Es wäre schade um den Platz, die ganze Note abzudrucken. Nur ein besonders schöner Satz: „Das gleiche ist der Fall, namentlich was direkt die Forderungen Italiens betrifft. Sie sind der österreichisch-ungarischen Regierung wohl bekannt und von den Verbündeten anerkannt worden. Sie können in der Vollendung der nationalen Einheit durch die Befreiung der italienischen Völker, die bis jetzt durch Oesterreich-Ungarn geknechtet wurden, und in der Vermittlung der unumgänglichen Bedingungen für die Sicherheit Italiens zusammengefaßt werden. Ehe die österreichisch-ungarische Regierung selbst auch diese besonderen Ziele anerkennt sowie die anderen allgemeinen und besonderen Ziele, für welche die Verbündeten solidarisch kämpfen, wird Italien den Kampf nicht einstellen, der die Menschheit einer besseren und sichereren Grundlage (?) für einen Dauerfrieden, der auf die Freiheit und die Gerechtigkeit (?) gegründet ist, entgegenführen soll.“

Wie heißt es doch im „Faust“: Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei auch etwas denken lassen.

Was mag sich Burian bei diesen Antworten denken? Er rühret, rühret nicht daran... Aber der Vorschlag bleibt aufrecht.“

Wenn man nur sonst aufrecht bliebe...

21/X. 1918

88

## Die friedensfeindliche Wühl- arbeit in Rumänien.

Bedenkliche Haltung des Königs und seiner Familie.  
(Von besonderer Seite.)

Bukarest, 18. September.

In den mittelmächtefreundlichen rumänischen Kreisen werden die Vorgänge in Jassy mit großem Ernst beurteilt. Das ziellose Treiben der Bratianu-Clique wird als höchst gefährlich betrachtet und man ist befremdet über die Duldsamkeit, welche die Regierung Marghilomans gegenüber Unternehmungen wie der Gründung der „Liga der rumänischen Ehre“ gezeigt hat. Noch gravierender erscheint der Fall der Amnestievorlage. Marghiloman hat seine Partei ersuchen müssen, die Vorlage ihrerseits als Initiativantrag im Parlament einzubringen, indem er mitteilte, daß der König es der Regierung unmöglich gemacht habe, sie selbst einzubringen, da er als Chef der Armee die Vorsanktion nicht erteilen könne. Die Amnestievorlage ist aber eine der Bedingungen des Friedens von Bukarest, und das Vorgehen des Königs wird daher von der Bevölkerung als eine Demonstration gegen den Frieden empfunden. In der konservativen Partei wird auch darüber Beschwerde geführt, daß der König der Partei die Verantwortung für den Frieden zuschiebt und sich auf ihre Kosten bei ihren Gegnern vollstümlich zu machen sucht. Die Konservativen brauchen gegenüber der Wühlarbeit der Liberalen, mit denen der Kreis um die königliche Familie nur zu offen sympathisiert, eine Unterstützung, die sie bei der allzu passiven Haltung der Mittelmächte bisher vermifft haben.

Bukarest, 20. September.

Der Senat nahm das vor einigen Tagen in der Kammer aus parlamentarischer Initiative hervorgegangene und von ihr angenommene Amnestiegesetz an.

## Unterstützung des österreich-ungarischen Friedensschrittes durch die Schweizer Katholiken.

Bern, 19. September.

Anlässlich der österreich-ungarischen Note haben das Komitee des katholischen Institutes für einen Versöhnungsfrieden in Freiburg (Schweiz), das Initiativkomitee zugunsten eines dauernden Friedens in Genf und die Frauenliga für den Frieden in Freiburg (Schweiz) 40.000 Unterschriften von Schweizern und Ausländern in einigen Tagen gesammelt und folgende Kundgebung an die kriegsführenden Regierungen und Völker gerichtet:

In Erwägung des Umstandes, daß eine kriegsführende Partei vorschlägt, in Friedensverhandlungen einzutreten, ohne einen Waffenstillstand zu verlangen, in Erwägung ferner, daß die Zahl der Opfer an Toten, Verstümmelten und Verwundeten 10 Millionen zählt, das Friedensbedürfnis sich mehr und mehr bei allen Völkern fühlbar macht, die Ziele, für die sowohl die eine wie die andere Gruppe der Kriegsführenden zu kämpfen vorgibt, die gleichen sind, in Erwägung schließlich, daß die Hoffnung auf einen Waffensieg die Quelle allen Leidens ist, das künftige Glück und Gedeihen der Völker nur auf einem Verständigungsfrieden und auf gegenseitigen Konzessionen aufgebaut werden kann, die Fortsetzung des Krieges die ganze Welt in einen Abgrund in moralischer und materieller Beziehung stürzt, wenden wir uns in einem dringenden Appell an die Regierungen der Entente und bitten sie, die Note der österreich-ungarischen Regierung in Beratung zu ziehen und im Interesse der Menschheit in Diskussionen einzutreten. Wer sich weigert, die Verständigung herbeizuführen, ladet vor Gott und den Menschen die schrecklichste Verantwortung auf sich. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß das menschliche Gewissen in dieser Stunde erwacht, in der alle vor Freude und Erwartung gezittert haben und da die Welt die Lösung des größten Trauerspieles der Weltgeschichte erwartet. Wir wenden uns auch an das Schweizer Volk: Gib ein Zeichen dieses Erwachens! Tue deine Pflicht! Zeige den verirrtten Völkern über den Haß hinweg den Weg zum Frieden, zum Heil! Biete den Kriegsführenden deine Vermittlung an!

Das Luzerner „Vaterland“ schreibt unter der Ueberschrift: „Eine Aufgabe der neutralen Presse aller Länder“:

Es ist die Pflicht der neutralen Presse, dem vollen Inhalt der edlen, auf dem Boden des internationalen Vertrauens sich aufbauenden Note der österreich-ungarischen Regierung und deren offiziellem Kommentar eine sorgfältige Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist die Aufgabe der Neutralen, das Friedenswort, das so glücklich in Angriff genommen ward, immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Diese Friedenswellen darf man nicht wieder sich glätten lassen. Es handelt sich um ein Wert, das hoch über jedem Verdacht der Parteinahme steht. Gerade die Stimmen der einigen Schweizer Presse können jetzt die Weltstimmen werden. Jetzt müssen die Neutralen mit beiden Händen den Glauben an den Idealismus und Heroismus überall heben und den Boden des internationalen Vertrauens schaffen helfen.

## Eine Friedenskundgebung Schweizer Bürger.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

Lörrach-Stetten i. d. Schweiz, 19. September.

Eine vom katholischen Volksverein nach Olten einberufene und von über tausend Schweizer Bürgern besuchte Volksversammlung nahm eine Entschliebung zugunsten des baldigen Abschlusses eines Verständigungsfriedens auf Grundlage der Note Benedikts XV. vom August 1917 an, mit dem Hinweis, daß damit das Völkermorden endlich eingestellt und mit dem Aufbau einer neuen christlich-sittlich organisierten Welt begonnen werden könne.

**Italienische Falschgesänge.**

Lugano, 20. September.

Die Note der Agenzia Stefani über die Stellungnahme der italienischen Regierung zu der Wiener Note wird in den meisten Zeitungen mit Zustimmungen ohne besonderen sachlichen Gehalt begleitet. „Giornale d'Italia“ triumphiert, daß Amerika und Italien so schneidig aufzutreten mußten. „Idea Nazionale“ erklärt den Wiener Versuch für kläglich gescheitert. „Secolo“ ist hingegen unsicher, ob es zu einer kollektiven Ententeantwort kommen werde, zumal ihm nur eine solche als wirkliche Vereitlung der „hinterhältigen Absichten Wiens“ erscheint. „Corriere della Sera“ mahnt nochmals eindringlich, die müden Geister und Körper des Volkes vor dem Einfluß der neuen Wiener Giftdosiz zu behüten, und andererseits bei den feindlichen Völkern nicht die Erkenntnis aufkommen oder fest werden zu lassen, daß die Entente ihre Vernichtung bezwecke. „Messaggero“ erwartet, daß man nach diesem Erlebnis in Wien bald dazu gelangen werde, sich einfach für besiegt zu erklären und sich von der Entente die Friedensbedingungen diktieren zu lassen (!).

Chiasso, 20. September.

Die italienischen kriegsheberischen Zeitungen einschließlich solcher, die Sonnino nahesteht, behaupten, daß die Kriegsziele Italiens denjenigen Nordamerikas entsprechen.

Eine Pariser Korrespondenz des „Corriere della Sera“ legt dar, daß in Paris eine kollektive Antwort auf die Wiener Note gewünscht werde. In London wurde dieser Tage öffentlich für Italien Geld gesammelt.

**Die Antwort Deutschlands auf die Friedensnote.**

Berlin, 20. September.

Die heute durch den kaiserlichen Botschafter in Wien überreichte deutsche Antwort auf die Friedensnote der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete kaiserliche Botschafter beehrt sich, auf die sehr geschätzte Note des k. u. k. Ministeriums des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Außern vom 14. d. folgendes zu erwidern:

Die Aufforderung der k. u. k. Regierung an alle kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen, unverbindlichen Aussprache in einem neutralen Lande über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses entspricht dem Geiste der Friedensbereitschaft und Verschönllichkeit, den die verantwortlichen Staatsmänner des Verbundes und die berufenen Vertreter der verbündeten Völker immer wieder bekundet haben. Die Aufnahme, die früher ähnliche Schritte bei unseren Gegnern fanden, ist nicht ermutigend. Die kaiserliche Regierung begleitet aber den neuen Versuch, die Welt dem von ihr ersehnten gesicherten und dauernden Frieden näher zu bringen, mit dem aufrichtigen und ernstesten Wunsche, daß die von tiefem Verantwortungsgefühl und edler Menschlichkeit eingegebenen Darlegungen der k. u. k. Regierung diesmal den erhofften Widerhall finden mögen.

Im Namen der kaiserlichen Regierung hat der Unterzeichnete die Ehre zu erklären, daß Deutschland bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.

**Zustimmung des ukrainischen Ministerrates zum  
Vorschlag des Grafen Burian.**

Wien, 20. September.

Wie wir erfahren, hat der ukrainische Ministerrat die Note des Grafen Burian sorgfältig geprüft, sie mit größter Sympathie aufgenommen und beschlossen, seinerseits an alle neutralen Mächte eine Note zu richten, welche die Zustimmung zu den Vorschlägen des Grafen Burian ausdrückt.

Es wurde auch angeregt, sich mit einer ähnlichen Note an die Ententemächte zu wenden, doch ist bis zur Stunde nicht bekannt, ob diesbezüglich auch schon ein Beschluß gefaßt ist.

Wien, 19. September.

Das Wolffsche Bureau meldet: Die Antwortnote der ukrainischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Friedensnote erklärt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den österreichisch-ungarischen Vorschlag unterstützen zu wollen.

**Die Antwort der ukrainischen Regierung  
auf die Friedensnote des Grafen Burian.**

U. B. Kiew, 21. September.

Dem österreich-ungarischen Gesandten in Kiew wurde folgende Note der ukrainischen Regierung zuge-  
stellt:

Mit dem Gefühl tiefster Befriedigung hat die ukrainische Regierung die Nachricht von der offiziellen Note Oesterreich-Ungarns vernommen, in der die Monarchie die Zeit des Friedens für gekommen erklärt und vorschlägt, Schritte zur Einleitung der Friedensverhandlungen zu unternehmen. Die Geschichte des vierjährigen grausamen Ringens zwischen den kulturellsten Völkern der ganzen Welt bietet den Beteiligten die Möglichkeit, sich die verschiedenartigsten Erlebnisse, von den größten Triumphen bis zu der großen nationalen Trauer in Erinnerung zu rufen. Der Weltbrand hat nicht nur unermessliche, durch die Arbeit mehrerer Generationen erworbene materielle Güter vernichtet, sondern, was viel ärger ist, die gesamte Menschheit verlor in diesem Krieg spurlos die gewaltigen kulturellen Errungenschaften der jahrhundertlangen Zivilisation. Die ukrainische Regierung ist davon überzeugt, daß die internationalen Zwistigkeiten viel eher im diplomatischen Wege durch das gemeinsame Einverständnis der Völker, als durch die Waffengewalt geschlichtet werden können. Indem sie den allgemeinen Frieden anstrebt, wird die Regierung der Ukraine mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Vorschlag unterstützen, einen Gedankenaustausch über die Bedingungen des zukünftigen Friedens, der von der ganzen Menschheit gefordert und dessen bedingungslose Unumgänglichkeit von allen zugegeben wird, in die Wege zu leiten."

### Frankreichs „Antwort“.

Der schweizerische Gesandte in Wien hat gestern dem Minister des Aeußern auf Grund einer Mitteilung seiner Regierung zur Kenntnis gebracht, daß der französische Minister des Aeußern mit einer an den schweizerischen Gesandten in Paris gerichteten Zuschrift vom 19. September den Empfang der Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 14. September bestätigt und hierin bemerkt hat, die französische Antwort auf die Eröffnungen des Grafen Burian sei in der am 17. September vor dem Senat gehaltenen Rede des französischen Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau enthalten, deren Text dem französischen „Journal Officiel“ vom 18. d. M. zu entnehmen sei.

Es wird nicht leicht, sich zu dieser Antwort zu äußern, welche nach ihrer Form von den bisher selbst im Verkehr zwischen Regierungen kriegsführender Staaten beobachteten Gepflogenheiten in verblüffender Weise abweicht.

## Der österreichisch-ungarische Friedensschritt und Deutschland.

Ein gelegentlicher deutscher Mitarbeiter schreibt uns:

Nach den Ausführungen der deutschen Presse kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die österreichisch-ungarische Regierung mit ihrer überraschenden Friedensnote selbständig vorgegangen ist und daß sie von Seiten des deutschen Bundesgenossen wohl sicherlich, wenn auch keinen Widerspruch, so doch keine uneingeschränkte Zustimmung hinter sich wußte. Nichtsdestoweniger durfte Oesterreich-Ungarn selbstverständlich auf eine bereitzwillige, freundschaftliche Prüfung und Unterstützung seines Vorgehens gerade auf der deutschen Seite rechnen, sobald es für richtig hielt, die Welt vor die vollendete Tatsache zu stellen. Denn wer die deutschen Stimmen der letzten Tage verfolgt, erkennt, daß es sich bei den auftauchenden Meinungsverschiedenheiten einzig um die Frage der taktischen Zweckmäßigkeit, nicht aber um die grundsätzliche Beurteilung der Friedensfrage handelt. Der Kernpunkt bleibt im Bewußtsein beider Völker unverrückbar der gleiche und wird von den Völkern wie von den leitenden Staatsmännern immer deutlicher erkannt und hervorgehoben. Die Welt ist zum Frieden reif, doch der Frieden kann weder geschlossen werden, noch Bestand besitzen, wenn er nicht auf der freien Verständigung aller Beteiligten beruht und wenn er nicht allen Beteiligten die Möglichkeit und Sicherheit der freien, selbständigen Entwicklung nach innen und nach außen gewährleistet.

So fest geschlossen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in dieser Ueberzeugung stehen, so bleibt daneben naturgemäß eine Verschiedenheit der Ansicht über die äußeren Formen der Bekundung des Friedenswillens möglich. Selbst wenn man die begangenen Irrtümer auf Seiten der Mittelmächte als noch so schwer beurteilt, kann man sich doch nicht der Tatsache verschließen, daß sie seit über zwei Jahren ebenso nachdrücklich den Friedensgedanken in den Vordergrund stellen, wie er von der Gegenseite bekämpft wird. Die Folgerung aus diesem Verhältnis war unzweifelhaft auf Seiten der Entente eine stets wachsende Siegesicherheit, die jeden Kriegslustigen gegenüber dem Friedenshungrigen befeuert wird. Eine zweite, viel weniger erkannte und dabei viel ernstere Gefahr liegt aber in folgendem: Weil man auf der Seite der Mittelmächte zur verständigen Einigung bereit ist, diese aber wegen der über großen Forderungen der Gegenpartei offenbar nicht zustande kommen kann, werden Deutschland und Oesterreich-Ungarn immer schärfere und größere Opfer zugemutet. Fast die gesamte Welt, einschließlich der Völker der Mittelmächte selbst, mit Ausnahme kleiner Kreise, kennt fast nur einen politischen Distussionsstoff: Auf was könnten und müßten die Mittelmächte verzichten, über was ließen sie mit sich reden, welche Reformen im Innern hätten sie einzuführen, sie, die bisher, im Ganzen gesprochen, die militärischen Sieger sind, um dem Gegner endlich die Möglichkeit zur Verständigung zu gewähren? Die ungeheure Bedeutung und Werbekraft der eminentistischen Schlagwortpolitik, die es nahezu fertig bringt, ein zum Urteil über die Mittelmächte berufenes Weltgewissen zu konstruieren, soll nicht verkannt werden. Immerhin müßte man an der Menschheit verzweifeln, wenn man annehmen wollte, daß der vom ersten Kriegstage an vorhandene Gegensatz zwischen Worten und Taten bei der Entente unter den rauschenden Bogen der Reden und Schriften völlig verborgen geblieben wäre. Wenn heute den Mittelmächten und insbesondere auch Deutschland von allen Seiten, sogar bei unparteiischen Neutralen und selbst im eigenen Lager unendlich mehr Opfer und Verzicht auf materiellem und moralischem Gebiet zugemutet werden als den Gegnern, so liegt dies letzten Endes nicht so sehr an der Ueberzeugung von der größeren Besserungsbedürftigkeit auf dieser Seite, sondern daran, daß man den Frieden allein durch Zumutungen an den Nachgiebigeren und Einsichtigeren zu fördern vermeint und daß alle Zumutungen an die fälschlich siegesbewußte, aber jedenfalls heutzutage gegenwärtig aussichtslos erscheinen.

So erlebt Deutschland das merkwürdige Schauspiel, daß die wildesten Pläne seiner Todfeinde auf Abtrennung von Landesteilen und auf tiefgreifende Erschütterung im geschichtlichen Gefüge seines inneren Aufbaues ihre Befürwortung bei teilweise durchaus wohlwollend gesinnten Neutralen und sogar bei den eigenen Landeskindern finden, die trotz genauer Kenntnis von den Fehlern und Schwächen auf der feindlichen Seite unablässig nur den ringenden Körper des deutschen Volkes auf die Notwendigkeit von operativen Eingriffen untersuchen. Gewiß ist mancherlei auf diese Weise erreicht worden. Wenn seit Jahren der deutsche Reichstag trotz aller seiner bekannten Schwächen wohl das einzige Parlament der Kriegführenden ist, das wirklich tätig ratend und entscheidend neben der Regierung steht, wenn z. B. die Antwort auf die österreichisch-ungarische Note allein in Deutschland nicht von einem in stiller Zurückgezogenheit wägenden demokratischen Autokraten, sondern nach vorheriger enger Fühlungnahme mit den maßgebenden Vertretern des Volkes beantwortet wird, so mag die angedeutete Verschärfung des Verantwortungsgefühls bei allen Deutschen daran ihren Anteil besitzen. Vielleicht würden wir auch plötzlich vom amerikanischen Repräsentantenhaus mehr hören, wenn die eigenartigen inneren Zustände der Vereinigten Staaten als Friedenshindernis gelten und unter entsprechender Beleuchtung stehen würden.

Es kann dem Tiefblickenden aber nicht entgehen, daß eine gewisse Grenze nahezu erreicht ist; das deutsche Volk wünscht den Frieden auf das sehnlichste, blickt jedoch mit einer gewissen Sorge auf alle Friedensbemühungen, die je nach Lage der Dinge nur dazu dienen können, den Kriegswillen der Gegenseite anzufeuern und damit für den Friedensschluß Deutschland immer größere und schließlich unmögliche Opfer aufzuerlegen. Die Gefahr rückt damit näher, daß die eigentliche Verständigung stets unwahrscheinlicher, der furchtbare Gedanke des Vernichtungskrieges immer greifbarer wird. Wenn auch nach deutscher Ueberzeugung der Vernichtungskrieg im Hinblick auf die ungeheure deutsche Volkskraft auch nach jahrelangem Versuch scheitern oder jedenfalls nach kurzer Frist zum neuen Verzweigungskampf führen würde, so wäre die jegliche Welt des Entlegens doch nur ein Kinderspiel gegen das, was, womöglich mit durch die Schuld wohlgemeinter falscher Friedensversuche, bevorstehen könnte.

Aus diesem ersten Bedenken heraus beurteilt die deutsche Presse, auch Blätter wie „Frankfurter Zeitung“ und „Vorwärts“, den Friedensschritt der Bundesgenossen, den man sonst so warm und freudig begrüßen möchte, mit so besorgter Zurückhaltung. — Früher er zu dem in Wien offenbar erwarteten Erfolg, die bisher ausdruckslosen „Zentren des Weltgewissens“ in den Ländern der Westmächte zur stärkern Lebensäußerung anzuregen, so wird niemand freudiger den Erfolg beglückwünschen als das deutsche Volk. Nur sollten eben nicht die entgegen gesetzten Stimmen der Meute, die in blinder Jagdmut ein todwundes Bild erliegen zu sehen hofft, neue Anfeuerung erhalten.

Was bisher aus den Lagern der Entente herüber schallt, läßt ein abschließendes Urteil nicht zu. Neben Aeußerungen, die die schlimmsten Befürchtungen rechtfertigen, stehen halbamtliche Kundgebungen, die sich immerhin von der früher üblichen Tonart unterscheiden. Auffällig ist vor allem, daß die erste französische und die erste amerikanische Auslassung sich auf einige allgemeine und wohl von jedem Verständigen anerkannte Grundsätze berufen, die ihrer Meinung nach eine einseitende Besprechung unnötig machen. Gerade diese Grundsätze aber, über deren allgemeine Berechtigung wenig Streit zu erwarten ist, erfordern allein schon für die Auslegung die Erledigung so vieler Vorfragen, daß der Hinweis auf diese allgemeinen Bedingungen gerade die Notwendigkeit einer Konferenz begründen sollte. Aber kommt es wirklich auf diese Logik an? Handelt es sich nicht doch nur um einen Schleier für den ungestillten Machtwillen, der den Machtwillen der Gegenseite neu beleben wird? Jedenfalls steht jeder, nicht zuletzt auch der Neutrale, vor der Frage, ob er es ehrlich mit den Friedensgedanken meint.

## Die Antwort Bulgariens auf die österreichisch-ungarische Note.

Sofia, 21. September.

Die Antwortnote der bulgarischen Regierung auf den österreichisch-ungarischen Vorschlag hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister! Die königliche Regierung hat mit lebhafter Befriedigung die Note vom 14. September aufgenommen, durch die Eure Excellenz alle kriegsführenden Staaten eingeladen haben, zu einem unmittelbaren Gedankenaustausch zu schreiten über die Mittel, dem Krieg ein Ende zu setzen und die Eintracht zwischen den in den gegenwärtigen Weltbrand verwickeltesten Völkern wiederherzustellen. Diese Anregung entspricht vollkommen ebenso sehr den Bestrebungen des bulgarischen Volkes wie den Ansichten seiner Regierung. Ich beile mich daher, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß Bulgarien bereit ist, Delegierte zu entsenden behufs Fühlungnahme mit den kriegsführenden Staaten und, wenn sich eine Möglichkeit bietet, behufs regelrechter Verhandlungen.

Bulgarien ist um so wichtiger, an Schritten teilzunehmen, die den Zweck verfolgen, die Völker einem Einvernehmen nahe-zubringen, das den Frieden herbeizuführen geeignet wäre, als es in diesem Kriege nur Ansprüche erhebt, deren Grundsatz schließlich allgemeine Zustimmung gefunden hat.

Treu dem demokratischen Ideal der Gerechtigkeit und der Freiheit, an das uns die Ueberlieferungen unserer Wie-dergeburt, der Geist unserer politischen Verfassung und alle Hilfsquellen unseres öffentlichen Lebens binden, streben wir weder nach Eroberung von fremden Volksstämmen bewohnter Provinzen, noch nach Herstellung einer Vorherrschaft über unsere Nachbarn. Unsere Kriegsziele fassen sich einzig und ausschließlich zusammen in der Festigung unserer Sicherheit und in der Verwirklichung der Einheit unseres Volkes in den ethnographischen Grenzen, die ihm die Geschichte angewiesen hat und die durch aus der Entscheidung der Großmächte geschlossene Abte in der Vergangenheit wiederholt sanktioniert worden sind. Diese Formel datiert nicht von heute. Jedesmal, wenn die Balkanfrage zur Sprache gekommen ist, sei es vor dem großen diplomatischen Schwurgerichtshof von Europa, sei es in den Beratungen der interessierten Völker selbst, hat sich Bul-garien unveränderlich auf den Boden der Nationalitäten gestellt. Heute wie gestern verlangen wir nichts darüber hinaus, was uns die tatsächliche Ausbreitung unseres Volksstammes verbürgt.

Indem wir die auf solche Weise formulierten Ansprüche unseres Volkes verfolgen, haben wir das Bewußtsein, nicht bloß an der Schaffung einer billigen und dauerhaften Ordnung im europäischen Orient mit-zuarbeiten, sondern auch unseren loyalen Beitrag zur Gründung jener Gesellschaft der Nationen zu leisten, nach der die Stimmen der zivilisierten Völker immer gebieterischer rufen.

In diesem Gedankengang glauben wir die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika geäußerte Ansicht über die Notwendigkeit, die Konflikte der Balkanstaaten nach dem Recht der Nationalität zu regeln, hervorheben zu müssen. Nachdem die Veroandamächte wiederholt öffentlich dem Gedanken des Präsi-denten Wilson zugestimmt haben, hat Bulgarien allen Grund zu schließen, daß die Regierungen dieser Mächte gegen seine An-sprüche keinerlei grundsätzlichen Einwände erheben können.

Indem wir also die Ueberzeugung Eurer Excellenz, daß zwischen den im Kriege befindlichen Staaten eine Annäherung möglich ist, teilen, hegen wir die Hoffnung, daß der Schritt der kaiserlichen und königlichen Regierung dazu dienen wird, das Ende des ungeheuren Krieges, der die Menschheit in Trauer versetzt, zu beschleunigen und die Organisation eines inter-nationalen Lebens zu fördern, das auf den edlen Grundsätzen beruht, deren Herauskunft die maßgebendsten Stimmen unter den großen Nationen gefordert haben und die triumphieren zu sehen, Bulgarien ganz besonders glücklich wäre.

**Die Antwort der ukrainischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note.**

Wien, 23. September.

Dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Kiew wurde folgende Note der ukrainischen Regierung zugestellt:

Mit dem Gefühl tiefster Befriedigung hat die ukrainische Regierung die Nachricht von der offiziellen Note Österreich-Ungarns vernommen, in der die Monarchie die Zeit des Friedens für gekommen erklärt und vorschlägt, Schritte zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu unternehmen. Die Geschichte des vierjährigen grausamen Kriegen zwischen den kulturelsten Völkern der ganzen Welt bietet den Beteiligten die Möglichkeit, sich die verschiedenartigsten Erlebnisse, von den größten Triumpfen bis zur größten Trauer, in Erinnerung zu rufen. Der Weltbrand hat nicht nur unermessliche, durch die Arbeit mehrerer Generationen erworbene materielle Güter vernichtet, sondern, was viel Ärgeres ist, die gesamte Menschheit verlor in diesem Krieg spurlos die gewaltigen kulturellen Errungenschaften der Jahrhunderte der zivilisierten Menschheit.

Die ukrainische Regierung ist davon überzeugt, daß die internationalen Zwistigkeiten viel eher auf diplomatischem Wege durch das gemeinsame Einverständnis der Völker als durch die Anwendung der Waffen Gewalt geschlichtet werden können. Zudem sie den allgemeinen Frieden anstrebt, wird die Regierung der Ukraine mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Vorschlag unterstützen, einen Gedankenaustausch über die Bedingungen des zukünftigen Friedens, der von der ganzen Menschheit gefordert und dessen bedingungslose Annahmefähigkeit von allen ausgehen wird, in die Wege zu leiten.

## Italien und der Friede.

Unser römischer A. v. F.-Korrespondent schreibt uns:

Die österreichische Friedens-Offensive hat in Italien allgemein und überall eine Aufnahme gefunden, wie sie die politischen Leiter der Zentralmächte gewiß nicht erwarteten. Schon die Reden Burians, Solfs, des Kaisers und des Vize-Kanzlers v. Payer, die natürlich hauptsächlich für das eigene Volk gehalten wurden, sich aber auch an die übrige Welt, namentlich an die Völker der Entente wandten, fanden hier wie in Frankreich und England Mißtrauen; man konnte die Worte der Männer, die vor einigen Monaten noch vom deutschen Waffensieg und von Vernichtung der Gegner, von schneidendem deutschen Schwert und von „Gottes Gericht über England und dessen Vasallen“ sprachen, jetzt nicht mehr ernst nehmen, nach den harten Schlägen, die die Zentralmächte im Süden und Westen erlitten haben.

Was die Rede v. Payers anbelangt, so wird allgemein anerkannt, daß es das erstmal ist, daß ein deutscher offizieller Redner aus dem Nebel zweideutiger Phrasen heraustritt, und der Welt und der Entente mitteilt, welchen Frieden die Zentralmächte heute (also nach den deutschen Mißerfolgen) zu schließen wünschen, was Deutschland unter einem „Kompensationsfrieden“ versteht: „Status quo ante“ im Westen und Süden, im Osten völlig freie Hand für Deutschland, das Unneutrale zu behalten, in Rußland nach freiem Ermessen schalten und walten zu können. Einen solchen Frieden kann und darf die Entente nie und nimmer schließen. Ein um die baltischen Provinzen, die Ukraine, Polen vergrößertes Deutschland, das überdies über Rußland befehlen könnte, wäre für die Zukunft eine stete Gefahr für den europäischen Frieden. Von Freiheit und Demokratie, von Selbstverwaltungsrecht der Völker wäre keine Rede mehr, wenn die deutschen Waffen die Uebermacht hätten.

Für Italien insbesondere wäre ein solcher Kompromißfrieden ganz undenkbar, ja, lebensgefährlich. Denn der Konflikt mit Oesterreich-Ungarn fände damit nicht sein Ende; seine Grenzen ständen wie bisher unter der fortwährenden Bedrohung durch den mächtigeren Nachbarn, der sich ohne Zweifel, nachdem er sich erholt haben wird, für den Kriegseintritt Italiens an der Seite der Entente rächen wird. (Das ist eines der beliebten, unbegründeten Argumente der Entente. Red.)

Und nun der Hauptschlag: der Vorschlag Oesterreichs an die Entente, in Friedenspräliminarien einzutreten. Obschon man sich allgemein auf einen solchen Schritt gefaßt gemacht hatte, hätte man ihn nicht so unmittelbar nach dem Redesturm erwartet. Aber einen tieferen Eindruck hat er nirgends gemacht: die politischen und die diplomatischen Kreise Italiens, wie das italienische Volk haben diesen neuen Vorschlag, der ja nichts Neues bringt, mit der größten Kälte aufgenommen. Schon mehrere Male haben die Zentralmächte solche unbestimmte, abstrakte Vorschläge gemacht: im Jahre 1916, dann um die Mitte des Jahres 1917 und zuletzt noch bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Es ist also natürlich, daß auch diesmal die öffentliche Meinung kalt blieb, daß sie sich von dieser Wiederholung des „Friedensangebotes“ nicht befriedigt erklären kann.

Man fragt sich allgemein: Werden diesmal konkrete Vorschläge folgen? Und handelt Oesterreich-Ungarn immer noch im Auftrage von Deutschland, oder geht es bei dieser Gelegenheit selbständig seinen Weg? In diesem Falle, sagt man sich allgemein, würde sich das österreichische Manöver hauptsächlich gegen Italien wenden, wie es ja jedem klar ist, der die Situation einigermaßen überblicken kann.

Eine weitere Betrachtung ist die: Von einem Friede-

den im gegenwärtigen Augenblick, da das Kriegsglück sich an die Waffen der Entente geheftet hat, da ihre Heere in stetem Wachsen sind, da die deutschen Heere die Initiative auf dem westlichen Kriegsschauplatz verloren haben und auf der ganzen Front im Rückzuge sind, hätten die Zentralmächte den ganzen Vorteil, auch wenn sie bereit wären, im Westen einige Konzessionen zu machen: denn, wie v. Payer vor einigen Tagen gesagt hat, im Osten behielte sich Deutschland völlig freie Hand. Je länger dagegen die Entente zuwartet, desto mehr wird sich die Lage zu ihren Gunsten verändern und zwar nicht nur auf den Kriegsschauplätzen, sondern auch moralisch und wirtschaftlich.

Daß dieser neue Schritt von der Ueberzeugung der schwindenden Widerstandskraft der Zentralmächte und von der Kriegsmüdigkeit ihrer Völker eingegeben wurde, bezweifelt niemand: allzuvielen deutlich sprechende Anzeichen sind dafür vorhanden.

Ueber die Antwort, die die Entente gemeinsam geben wird, sind die Meinungen ungeteilt: eine prompte, genaue, völlige Abweisung des Vorschlages. Und diesmal ist die Aufgabe der Regierungen dadurch ungemein erleichtert, daß sie die Völker hinter sich haben. Gerade jetzt fängt die Entente an, die Früchte so vieler blutiger Opfer, so vieler unsäglich Anstrengungen zur Befreiung ihres Habs und Guts, einer so heldenhaften Widerstandskraft zu ernten; in der Volksmeinung wäre es also zum mindesten verfrüht, jetzt schon in Bourparlaments einzutreten, die dahin führen würden, wohin v. Payer und seine Regierung zielen wollen. Die einzige wirksame Antwort solle also die sein: Alle Kräfte bis zum Neuesten anzuspannen, um den Gegner zu zermürben, um ihm den eigenen ungeteilten Willen zum Widerstand, zum Sieg, handgreiflich zu zeigen.

Auch für Italien hätte der Vorschlag keinen ungünstigeren Zeitpunkt finden können, als gegenwärtig. Nie stand der Begehr der Stimmung so hoch, wie gerade jetzt, selten hat sich der Offensivgeist der italienischen Truppen so stark und ohne Unterbruch betätigt, als in diesen letzten Wochen; es vergeht kaum ein Tag ohne irgend eine kleine, erfolgreiche Angriffsaktion, und die italienischen Divisionen an der französischen Front haben sich ebenso tapfer geschlagen, wie die französischen, englischen und amerikanischen. Und trotz den ungeheuren Schwierigkeiten in der Verproviantierung und in der Beschaffung des Rohmaterials ist heute das Land zum inneren Widerstand organisiert wie die Alliierten, wie die Feinde.

Und die Regierung? Wie steht es mit den angeblichen Gegensätzen zwischen Orlando und Sonnino? Bluff! Die ganze Zeitungspolemik, die der „Corriere della Sera“, ganz entgegen seiner Tradition, so leichtfertig und skrupellos erregt und weitergeführt hat, und die allzu lange gedauert hat, hat zu nichts anderem geführt, als höchstens zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ministern. Der letzte Ministerrat hat deutlich das völlige gute Einvernehmen zwischen allen Ministern gezeigt, und Orlando hat in der letzten Zeit keine Gelegenheit verpaßt, um seine Hochachtung und seine Freundschaft für Sonnino vor dem Volke zu bezeugen, und damit allem leichtsinnigen Gerede den Mund zu verstopfen.

Bleibt noch der Vatikan: Wie dieser antworten wird, ist natürlich noch ein Geheimnis. Aber in den katholischen Kreisen ist man überzeugt, daß der heilige Stuhl, durch die Erfahrung gewöhnt, mit einer diplomatischen Aktion zuwarten wird, bis sich auch die Ententemächte geäußert haben werden; inzwischen wird er sich darauf beschränken, sich auf seine früheren Schritte zu berufen.

So wird auch diesmal die „Friedensoffensive“ verpuffen, ohne irgend ein Resultat erzielt zu haben. Wohl wünschen auch die Italiener den Frieden, aber nur einen gerechten, auf demokratischer Basis gegründeten und die Bestrebungen der Völker nach Selbstbestimmungsrecht unterstützenden Frieden, nicht einen solchen, der auf der einen Seite Gebiets- und Machtzuwachs bringt, auf der andern Seite die Dinge läßt wie vor dem Krieg.

(Das charakteristische Stimmungsbild aus Italien läßt einen tiefen Blick in die Psyche unseres südlichen Nachbarn tun; man kann dabei den Eindruck nicht loswerden, daß mit zunehmenden Erfolgen der Hochmut der Entente wachse und zum mindesten dieselben üblen Erschwerungsformen zeige, wie der deutsche Imperialismus zur Blütezeit seiner Erfolge.)

Red.)

24./IX. 1918

108

# Friedenskundgebung.

Ansprache des Bürgermeisters Dr. Richard Weisskirchner in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 17. September 1918:

Die an alle kriegsführenden Mächte gerichtete Friedensnote unseres Ministers des Aeußern ist ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung, das in allen Schichten der Wiener Bevölkerung mit tiefer Genugtuung und innigem Danke begrüßt wird.

Wir sind uns alle dessen bewußt, daß die Monarchie durch diesen Schritt ein Deutmal sittlicher Größe gesetzt hat, einen Markstein der Menschlichkeit im Meere der Verwüstung und des Hasses.

Diese Stimme der Besinnung erschallt zu einer Zeit, da die blühendste Jugend Europas in dem mähmordenden Rase von vier Kriegsjahren in die Erde gebettet worden ist und in allen Ländern Tausende dahinstreben an den Opfern und Entbehrungen, die der Krieg mit sich bringt; und sie erhebt sich aus einem Lande, das wahrlich genug Beweise einschlossener Widerstandskraft und unübertrefflichen Heldennutes gegeben, aber darüber niemals vergessen hat, daß unser Geschlecht die ungeheuerere Verantwortung für das jammervolle Elend, in das bei der sinnlosen Fortsetzung des Kampfes auch fernere Generationen gestürzt werden müssen, vor Gott und den Menschen zu tragen hat.

Der Vorschlag unserer Regierung, daß sich Vertreter der kriegsführenden Mächte an einem neutralen Orte zu unverbindlichen Besprechungen in der Friedensfrage zusammenfinden sollen, kann an den Völkern unserer Gegner nicht achlos und ohne Eindruck vorübergehen; denn auch bei ihnen reißt die Erkenntnis, daß die Dinge in dieser Welt letzten Endes nicht durch Gewalt entschieden werden. Wir sehnen den Tag herbei, an dem diese Erkenntnis von den Herzen aller Menschen Besitz ergriffen hat, den Tag, an dem die Greuel der gegenseitigen Vernichtung ihr Ende erreicht haben und die Völker wiedererstande aus namenlosen Unglück sich zusammenfinden in einem Völkerbunde, der die Werkzeuge des Massenmordes für immer vergräbt.

Auch der gewesene Minister des Aeußern Graf Czernin hat getreu den erhabenen Intentionen Seiner Majestät unseres vielgeliebten Kaisers, der seit seinem Regierungsantritte alles daransetzt, seinen Völkern den Frieden zu bringen, die edlen Ideen von der allgemeinen Abrüstung, dem Schiedsgericht und dem Völkerbunde zum erstenmale in das Programm der Staatspolitik aufgenommen und es der ganzen Regierung ist ebenso geschöpft aus dem Willen, Fühlen und Denken der Völker unseres Vaterlandes.

Die derzeitige Aktion unserer Regierung ist ebenso geschöpft aus dem Willen, Fühlen und Denken der Völker der Erde sich bestimmen und möge die Menschheit bald zurückkehren zur Liebe und Achtung vor sich selbst!

## Graf Burian über den Friedensschritt der Monarchie.

Eine Fortsetzung soll zu geeigneter Zeit erfolgen.

Berlin, 22. September. Der Montagartikel des Chefredakteurs des „Berliner Tageblattes“, Theodor Wolf, enthält Mitteilungen, die ihm Minister des Aeußern Graf Burian über seine Note machte. Sie lauten:

Die Aufnahme, welche die Note gefunden hat, konnte mich nicht überraschen, denn ich habe kaum anderes erwartet. Ich habe natürlich nicht geglaubt, daß sich die Entente von heute auf morgen bereit erklären würde, in Friedensverhandlungen einzutreten. In einer Situation wie der gegenwärtigen, ist es von Zeit zu Zeit notwendig, mißgünstige Reagenzmittel die Dinge klar hervortreten zu lassen. Die Note war ein solches Reagenzmittel. Sehr beachtenswert ist doch zum Beispiel die außerordentliche Schnelligkeit, womit Präsident Wilson, der ja immer den Ehrgeiz hatte, der Weltrichter zu sein, antwortete. Das ist nur geschehen, weil er nicht wünschte, daß England und Frankreich ihm mit ihrer Antwort und ihren besonderen Wünschen dazwischentämen. Er hat einer Verabredung zwischen ihnen vorbeugen wollen, darum hat er sich so beeilt. Die Wirkung der Note in pazifistischen Kreisen ist zweifellos. Das beweist die nervöse Hast, womit Staatssekretär Balfour sogleich, zwei Stunden nachdem er die Note gelesen, seine Antwortrede hielt, und ebenso in der Rede des Ministerpräsidenten Clemenceau. Auf diese Reden mit anderen, ähnlichen Reden zu erwidern, hätte keinen Zweck. Mit löblichen Reden immer neue Verbitterung zu schaffen, ist nicht schwer. Es wäre das in direktem Widerspruch mit dem Vorschlage.

Ueber den Zeitpunkt bestand zwischen uns und Deutschland volles Einvernehmen. Die ganze Frage datiert ja nicht von heute und gestern. Es gab auch gewisse Verschiedenheiten in der Auffassung, aber den Zeitpunkt betrafen sie nicht mehr. Die deutschen Truppen im Westen haben die Hindenburg-Linie erreicht. Sie werden sie halten. Damit war eine Pause eingetreten. Das sind Augenblicke, die man, wenn man handeln will, benützen muß. Wer will sagen, wann sich der nächste geeignete Augenblick ergeben wird? Wir haben aber die Pflicht, mit allem Ernst zu handeln und nicht latentlos abzuwarten. Bei allem Vertrauen zu uns selbst und zu unserer militärischen Situation dürfen wir nichts unterlassen, was den Frieden näherbringen könnte. Die Abendung der Note war ein Schritt in diesem Sinne, aber es wird nötig sein, noch anderes zu tun. Bei Ihnen und ganz ebenso bei uns kann manches geschehen, was wenigstens zu einer Entspannung der Situation führen könnte.

Natürlich dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß die wahren großen Schwierigkeiten von territorialen Fragen herrühren. Wenn meinem Schritt auch der Erfolg verjagt war, den Weg zum Frieden schon jetzt zu eröffnen, so wird mich dies nicht hindern, den beschrittenen Pfad weiter zu verfolgen. Wir werden natürlich auch nicht gleich den nächsten Schritt tun, sondern erst nach einer gewissen Pause, jedesmal, wenn uns der Augenblick dazu geeignet erscheinen wird und stets in vollstem Einvernehmen mit unseren Verbündeten. Aber ich glaube, daß man nicht die Hände in dem Schoß legen und die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen darf.

## Die Friedensdemonstration unserer Monarchie.

Die türkische Antwort.

Konstantinopel, 24. September.

(Milli.) Die Antwort, die die kaiserlich türkische Regierung in Beantwortung der Note des Ministers des Aeußern Grafen Burian der österreichisch-ungarischen Regierung durch den türkischen Botschafter in Wien hat übermitteln lassen, hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete Botschafter der Türkei beehrt sich, die Note der k. u. k. Regierung vom 14. d. M. wie folgt zu erwidern:

Der von der k. u. k. Regierung an alle kriegsführenden Staaten gerichtete Vorschlag, in einem neutralen Lande einen vertraulichen und nicht obligatorischen Meinungsaustausch über die Grundsätze eines dauerhaften und ehrenvollen Friedens zu führen, entspricht vollkommen der Auffassung der kaiserlich ottomanischen Regierung, die sie einvernehmlich mit ihren Verbündeten wiederholt zu bekunden nicht ermangelt hat. Infolgedessen spricht die kaiserliche Regierung den Wunsch aus, daß dieser neuerliche, von der k. u. k. Regierung unternommene, von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Veröhnungsgeist eingegebene Schritt zur Vorbereitung des Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die Hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausche teilzunehmen.

## Die tschecho-slowakischen Ölflecken.

(Korrespondenz.)

Rußland gleicht heute einem schillernden Meer von schmutzigen Ölflecken; der Ausdruck politische Anarchie bezeichnet den Zustand des ehemaligen Zarenreiches ganz ungenügend; die große Petrograder Despotie ist in eine wirre Masse von lokal zersplitterten Soldatentyrannen zerfallen: was die Bolschewiki, die Sozialrevolutionäre und mehrere andere extreme Gruppen jetzt treiben, ist höchstens ästhetisch grotesk und politisch absurd, geschichtlich hat es kaum positive Bedeutung. Den eigentlichen militärischen Wanderstaatsgebilden der Tschecho-Slowaken dagegen können wir ein gewisses historisches Interesse und ein gutes Maß menschliche Sympathie nicht versagen. Es ist in der Tat eines der sonderbarsten Vorkommnisse in der Weltgeschichte, die Bildung dieser tschechoslowakischen Heereskomplexe mitten in dem sich zerlegenden russischen Reichsbassin und ihr Bestreben, aus dem ungeheuren Becken hinauszukommen, an irgend einen Rand, um von dort den Rückzug nach der Heimat oder überhaupt eine neue bürgerliche Existenz zu finden. Nur mit einem von Xenophon in seiner Anabasis geschilderten Unterfangen läßt sich dies moderne Massenabenteuer vergleichen, mit dem Rückzug, der um 400 v. Chr. ein griechisches Söldnerheer von rund 10,000 Mann auf eigene Faust aus der Nähe von Babylon durch Assyrien und das armenische Bergland bis nach Trapezunt an der Küste des Schwarzen Meeres bemerkte, und zwar wider den Willen und unter den Verfolgungssehnlichigkeiten der Perser. Nur ist das Unternehmen der Tschecho-Slowaken ein viel grandioseres, komplizierteres und gewagteres. Sie sind an Zahl etwa 70,000 Mann, aber sie sind in drei großen Gruppen über Rußland und Sibirien zerstreut und zwar so, daß ihre Zentren an der mittleren Wolga, in Westsibirien und in Ostsibirien sind. Etwa 4000 Meilen trennen diejenigen, die sich am tiefsten im Innern des Landes befinden, von dem Hafen und dem Meer ihrer Hoffnungen. Welche Strapazen bedeutet nur die Marschleistung an sich, die solche Distanzen bewältigt! Dann aber ist die Hungerrode der Gebiete, durch die sie ziehen müssen, und die Feindseligkeit der bolschewistischen Elemente eine beständige Gefahr für sie: Borräte mitführen können sie nicht, weil sie keine haben; Verkehrsmittel, die ihnen Nahrung oder Munition spendeten, gibts im russischen Osten nicht mehr: braucht es da nicht fast übermenschliche Energie, um nur an ein Gelingen der Anabasis zu glauben? Wahrscheinlich werden sich die meisten der Tschecho-Slowaken mit solchen Gedanken gar nicht plagen: die augenblickliche Lage verlangt von ihnen, daß sie sich ihrer Haut wehren und daß sie sich aus dem Bereich der Bolschewiki zu

freundlicheren Menschen entfernen: das ist einstweilen genug. Immerhin bedürfen sie zum Zusammenhalten einer Organisation und einer festen Führung, die an die Erreichbarkeit des gesteckten Zieles glaubt. Es mag uns wunderbarlich klingen; aber es ist eine der vielen Merkwürdigkeiten dieses Krieges, daß nicht ein General, sondern ein Schulmeister, der tschechische Professor Masaryk, die austroslawischen Truppen in Rußland organisiert und zu ihren militärischen Abzugsbewegungen stimuliert hat. Aber wie wenn das alles noch nicht kurios genug wäre, stellt sich uns bei der Betrachtung des Tschecho-Slowakenkrieges in Rußland die Frage in den Vordergrund: wie sind denn diese Leute überhaupt dort nach dem Uralgebiet und nach Sibirien gekommen? Diese tschechoslowakischen Korps sind nichts anderes als Zusammenballungen von slawischen Bestandteilen der österreichischen Armee, welche hauptsächlich zu Beginn des Weltkrieges in großen Massen desertierten und sich lieber der russischen Gefangenschaft anvertrauten, als der österreichischen Kriegsführung, die sie gegen ihre slawischen Vettern verwenden wollte. Solange nun der Zar regierte, hatten sich diese Tschecho-Slowaken kaum stark zu betragen. Als aber die Bolschewisten in Brest ihren Frieden mit den Zentralmächten schlossen, und das Problem der Gefangenenrückgabe reif wurde, da sahen sich die einstigen Ueberläufer vor ein höchst unangenehmes Dilemma gestellt. Wurden sie der österreichischen Regierung ausgeliefert, so wartete ihrer das Los standrechtlicher Erschießung. Blieben sie in Rußland, so riskierten sie im Meer der Revolution und der Anarchie als Fremde einzeln umzukommen. Die gemeinliche Not also schmiedete sie zusammen und im Bewußtsein, daß ihnen der Untergang sicher wäre, wenn sie sich auflösen würden, machen sie wenigstens den Versuch, sich aus der Mitte nach dem Rand des Reiches durchzuschlagen, wo die Schiffe der Feinde des Bolschewismus und der Zentralmächte sie retten können. Wenn auch nicht alle ans Ziel kommen, einem Kern mag es doch gelingen, und jeder darf hoffen, zu diesem Kern zu gehören. Das Tragische ihres Geschicks besteht darin, daß sie sich sagen müssen: eine Rückkehr in die Heimat, ein Wiedersehen mit den Ihrigen gebe es nie mehr. Denn wer will der österreichischen Regierung zumuten — es wäre denn der von einem siegreichen Feind diktierte Friede — einer solchen Armee von Ueberläufern die Amnestie zu gewähren? Wenn sie also die halbe Welt umwandert haben werden, werden sie keine andere Wahl haben, als an andern Fronten heimatlos für die Ziele der Entente Söldnerdienste zu leisten. Die politischen Leiter der Westmächte haben die Herausholung der tschechoslowakischen Reize aus dem russischen Staatskörper als Hauptzweck ihrer militärischen Maßnahmen im Osten ausgegeben: im Norden an der Murmanküste und bei Archangelsk, an den beiden Küsten des Kaspiischen Meeres und bei Wladiwostok haben sie ihre Magnete angelegt und suchen nun die verbündeten Slawenkörper an sich zu ziehen. Die aufrichtigsten, weil leidenschaftlichsten Feinde Lenins, die Franzosen, erklären zwar rund heraus, die Sammlung der Tschecho-Slowaken sei nur eine vorbereitete Operation: die Hauptsache sei die Zertrümmerung des Bolschewismus und die Aufrichtung einer neuen Ostfront gegen Deutschland. Wie seltsam unpraktisch, wie fanatisch verstiegen kommen einem angesichts dieser groben äußeren Vorgänge jene bolschewistischen Doktrinäre vor, die in Verkennung der greifbaren Tatsachen und Notwendigkeiten der Zeit, des Lebens und des menschlichen Wesens ihre papierne Geometrie weiter treiben und aus ihren Bureaus immerfort neue Zerstörungsbeschlüsse in das Wirrsal hinausfliegen lassen! Wie sollte es diesen Leuten gelingen, die Quadratur des sozialen Kreises zustande zu bringen, die russischen Bauern und Arbeiter auch nur eines kleinen Städtchens in ihr Normaluhrwerk hineinzuzwängen, wenn sie einem solchen bedenklichen Phänomen, wie das tschechoslowakische Uebersein eines ist, und der neuen Strategie der Entente ratlos gegenüberstehen. In Petersburg und Moskau hungert man zu Tode. Und trotzdem lebt Lenin noch! Und von einem so völlig erschöpften Volk sollte jetzt das Heil für andere kommen?

A. R.

### Die Antwort der Türkei auf den österreichisch-ungarischen Vorschlag.

Konstantinopel, 24. September.

Die Note, welche die türkische Regierung in Beantwortung der Note des Ministers des Aeußern Grafen Burian der österreichisch-ungarischen Regierung durch den türkischen Botschafter in Wien hat übermitteln lassen, hat folgenden Wortlaut:

„Der unterzeichnete Botschafter der Türkei beehrt sich, die Note der kaiserlichen und königlichen Regierung vom 14. d. wie folgt zu beantworten:

Der von der kaiserlichen und königlichen Regierung an alle kriegsführenden Staaten gerichtete Vorschlag, in einem neutralen Lande einen vertraulichen und nicht obligatorischen Meinungsaustausch über die Grundzüge eines dauerhaften und ehrenvollen Friedens zu führen, entspricht vollständig der Auffassung der kaiserlich-ottomanischen Regierung, die sie einvernehmlich mit ihren Verbündeten wiederholt zu bekunden nicht ermangelt hat. Infolgedessen spricht die kaiserliche Regierung den Wunsch aus, daß dieser neuerlich von der kaiserlichen und königlichen Regierung unternommene, von hohem

Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Versöhnungsgeist eingegebene Schritt zur Vorbereitung des Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Segnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die Hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.“

## Eine österreichische Propagandastelle.

Wien, am 24. September.

Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit die Forderung erhoben — u. a. im Parlament besonders nachdrücklich vom christlichsozialen Abgeordneten Regierungsrat Miklas —, die Regierung möge endlich der immer mehr sich fühlbar machenden feindlichen Propaganda mit größerer Tatkraft entgegenwirken. Es wurde versichert, daß in dieser Hinsicht bereits allerlei geplant und vorbereitet werde.

Nun wird heute einem Wiener Abendblatte aus Brünn gemeldet, daß, wie in dortigen politischen Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, der mährische Landtagsabgeordnete Leopold Freiherr v. Chlumecly zum Vorstände der zu schaffenden österreichischen Propagandastelle ausersehen sei. Frh. v. Chlumecly, Mitherausgeber der „Osterr. Rundschau“, hat sich durch seine zahlreichen Veröffentlichungen einen geachteten Namen als politischer Schriftsteller erworben. Er ist nicht nur ein Kenner Oesterreichs und seiner vielen Probleme, sondern auch selber ein glühender österreichischer Patriot, also einer, der gegebenenfalls die Wahrnehmung der österreichischen Interessen aus Pflichtgefühl und aus innerem Drange, sozusagen instinktiv besorgen und nicht bloß als ein übernommenes Geschäft betrachten wird. Manches läßt sich erlernen, manches kann ersetzt werden, nur nicht das vaterländische Empfinden, das allein befähigt, fallweise das Notwendige zu erkennen und das Richtige zu treffen. Frh. von Chlumecly kennt auch das Ausland, mit dem wir es hauptsächlich zu tun haben. Ob er alle übrigen Spezial Eigenschaften besitzt, die das Amt erfordert, für das er ausersehen sein soll, kann erst die Praxis lehren.

Jedenfalls ist es die höchste Zeit, daß wir auf dem Gebiete der Propaganda bald aus dem Stadium der Vorbereitungen herauskommen. Wir stellen uns vor, daß dem neuen Propagandachef ein bestimmender Einfluß sowohl auf unsere amtliche Berichterstattung für das Ausland, als noch mehr auf die aus dem Auslande eingeräumt wird. Mitunter hat es den Anschein, als wollte man es an den in Betracht kommenden Stellen darauf anlegen, die Pläne Northcliffes zu unterstützen. So wenn z. B. immer wieder gewissenhaft berichtet wird, was die Northcliffe-Blätter und ähnliche Pressorgane des feindlichen Auslandes oder feindliche Propagandaredner den Völkern der Mittelmächte nahelegen und als Mittel, zum Frieden zu gelangen, vorkaufeln. Gerade heute liegt ein Musterfall in einem aus London, 24. d. datierten Telegramm vor, welches mitteilt, was „Daily Chronicle“ über Erzbergers Völkerbundsstatutenentwurf sagt:

Wir unsererseits können einen Völkerbund nicht in Erwägung ziehen, in dem eine der beiden Nationen zugelassen würde, bis die ungeheuren Verbrechen, die sie gegen die Zivilisation begangen haben, gesühnt und abgeschworen worden sind. Nach den Orgien von Mord- und Vertrauensbrüchen, welche die Mittelmächte in den letzten fünf Jahren feierten, ist es völlig müßig anzunehmen, daß man das bloße Wort der Urheber dieser Verbrechen wie anderer Leute Wort ansehen könnte. Wir brauchen materielle Garantien

durch eine unzweideutige Vernichtung der Übeltäter und moralische Garantien, die sie nur dann bieten können, wenn die feindlichen Völker die Herrschaft ihrer verbrecherischen Militaristen beseitigt haben.

Welches österreichische Interesse gebietet es denn, aus den hunderttausend Zeitungsmeinungen der Welt gerade diese eine hervorzuholen und zu melden, welche Behauptungen das Londoner Blatt aufstellt und welche Ratschläge es den Völkern der Mittelmächte erteilt? Welches österreichische Interesse gebietet es denn, wenn schon, eine derartige Giftmischerei in so rührender „objektiver“ Aufmachung dem österreichischen Publikum vorzusetzen? Steter Tropfen höhlt den Stein. Und solche „Tropfen“ regnet es Tag für Tag. Ist dies nicht Unterstützung der Northcliffepropaganda? Es ist ein geringer Trost, wenn darauf verwiesen wird, daß derartige Meldungen meist aus der Berliner Vermittlerquelle übernommen werden. Gerade die reichsdeutsche Presse hat sich oft genug bitter über das ganz besondere Ungeschick der amtlichen Berichterstattung beklagt und nach unserer Erfahrung mit Recht. Hier täte ein gründlicher Systemwechsel not. Wir wollen die Wahrheit über das Ausland erfahren, aber man soll endlich damit aufhören, die Presse des eigenen Landes von Amts wegen zu einem fürchtbar wirksamen Werkzeug der feindlichen Offensive gegen unsere innere Front zu machen!

Auch auf die Handhabung der Zensur sollte der künftige Propagandachef insofern einen Einfluß auszuüben in die Lage kommen, daß man seine Ratschläge anhört, um in Einkunft wenigstens Mißgriffe zu vermeiden, die „zum Himmel schreien“. Da die Zensur hauptsächlich aus dem Gesichtspunkte der Wirkung von Mitteilungen und Äußerungen der Presse auf das Ausland gehandhabt wird, so wäre der Propagandachef der berufene Fachmann, der fallweise zu Räte zu ziehen wäre. Da er naturgemäß schon vermöge seines Amtes, wenn anders er dessen Aufgaben gewachsen ist, mit der Presse in regstem Verkehre stehen müßte, so würde er ganz automatisch zu einer Art zentralen Vermittler- und Ausgleichsstelle zwischen den staatlichen Bedürfnissen und den Wünschen der Presse werden.

Es ist ein verantwortungsvolles Amt, das der Propagandachef übernimmt. Er kann Oesterreich, wenn er seine Sache versteht, mehr nützen als zehn Minister und mehr als eine Armee, d. h. er kann Oesterreich das Blut ganzer Armeen ersparen. Wir suchen Oesterreichs Heil nicht in der Lage, wie England, als es zu seinem Sachwalter den Weltlügenmeister Northcliffe bestellte, sondern in der Wahrheit, in der österreichischen Wahrheit. Aber die Wahrheit muß wahrgenommen werden, damit sie nicht in der feindlichen Lügenflut extrinse.

25./IX. 1918

## Calaat Pascha über die Friedensbereitschaft des Vierbundes.

### Eine Rede in der Deutsch-türkischen Vereinigung.

Berlin, 23. September.

Die deutsch-türkische Vereinigung veranstaltet heute abend zu Ehren des Großwesirs Calaat Pascha im Marmorssaal des Hotels Splanade einen öffentlichen Empfangsabend, woran alle Spitzen der Reichsregierung und der verbündeten Vertretungen teilnahmen.

Dr. Jaesch begrüßte den Großwesir in einer politischen Rede, worauf Calaat Pascha mit folgender Ansprache erwiderte: „Meine Herren! Vor Gott und der zivilisierten Menschheit sind wir jederzeit in der Lage, beweisen zu können, daß wir diesen blutigen Krieg zur Verteidigung unserer Selbständigkeit und unserer Ehre führen. Auch Staaten haben das Recht und die Pflicht, welche der Bürger hat, für die Erhaltung ihrer Ehre und ihres Ansehens, ohne welche weder Menschen noch Staaten leben können, Sorge zu tragen. Dieses hohe Ziel vor Augen, haben wir stets den Frieden erstrebt. Der hohe Freund der Menschlichkeit und Zivilisation, der mächtige deutsche Kaiser, hat als erster die Hand zum Frieden gereicht. Unsere Feinde wiesen unseren Vorschlag zurück. So wie heute, glaubten sie auch damals, daß es eine Falle sei.“

„Meine Herren! Auf meiner Herreise hatte ich die Ehre, in Wien von Kaiser Karl empfangen zu werden. Ich sah auch

den Minister des Aeußern Grafen Burian und er sprach zu mir ernst und voll inniger Aufrichtigkeit über seine Gedanken für die Beendigung dieses völkervernichtenden Kampfes. Mein erlauchter Herrscher und geliebter Padischah hat seit jeher den Frieden für die gequälte Menschheit gewünscht, und auch der Zar der Bulgaren hat bei jedem meiner Besuche geäußert, daß auch er von den gleichen Wünschen beseelt sei. Wir wissen, daß auch unsere Völker diese Wünsche unserer Herrscher teilen. Unsere Gegner intrigieren und sie beeinflussen die öffentliche Meinung ihrer Völker und scheuen sich, in Besprechungen einzutreten, weil sie von der Rechtmäßigkeit ihrer Ziele nicht überzeugt sind. Wenn unsere Gegner die Ueberzeugung ihres Rechtes gehabt hätten, wären sie zur Besprechung gekommen und hätten versucht, die ganze Welt von der Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche zu überzeugen. Sie wagen es nicht und gestehen damit ihr Unrecht ein. Sie behaupten, für die Freiheit der kleinen Nationen und für die Befreiung der Welt zu kämpfen. Auch wir haben die Ueberzeugung, für diese Ziele den Kampf aufgenommen zu haben. Mögen sie kommen und für ihre Behauptungen Gründe vorbringen. Der ganzen Welt wollen wir Mitteilung von unseren Besprechungen machen, auf daß die Welt sich ihre Meinung bilde. Aber unsere Gegner kommen nicht und können nicht kommen, weil ihre Worte nicht ernst gemeint sind.

Viele Nationen seufzen unter dem Joch unserer Gegner, welche auch uns vernichten wollen und dazu immer neue Nationen gegen ihre Ueberzeugung zum Blutdienste gegen uns zwingen.

„Meine Herren! Der Feind kann uns nicht vernichten und wir werden unsere gerechte Sache bis zum guten Ende verteidigen. Unsere Kraft besteht in unserer Einheit. Die Besprechungen in Berlin haben die Stärke dieser Einheit bewiesen.“

„Meine Herren! Wir wollen mit ganzer Kraft und Standhaftigkeit den Kampf fortsetzen. Ich spreche nicht vom Frieden, weil dessen Erlangung nicht nur von dem Willen der einen Partei abhängig ist. Wir wollen unseren Gegnern zeigen, daß wir durch vorübergehende Mißerfolge nicht kleinmütig werden, ebenso wie große Erfolge nicht vermögen, uns übermütig zu machen. Von Gott erlebe ich Gesundheit für unsere verbündeten Herrscher sowie Kraft und Standhaftigkeit für unsere Völker.“

### Die Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschusse.

Wien, 24. September.

Der Reichskanzler hat in seiner heutigen Rede auch über Belgien gesprochen und gesagt: Als wir in Belgien einrückten, haben wir das geschriebene Recht verletzt. Aber es gibt, wie für den einzelnen, so auch für die Staaten ein anderes Recht, das ist das Recht der Selbstverteidigung und der Nothwehr. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß, wenn wir nicht rasch handelten, der Feind uns zuvorkommen und bei uns einrücken würde. Nachträglich haben wir das aus den belgischen Archiven ersehen, wie bedenklich es längst vor Ausbruch des Krieges um die belgische Neutralität bestellt war. Und hatten wir nicht vor unserem notgedrungenen Einmarsch Belgien die Friedenshand geboten und uns bei Zusage der Neutralität anheischig gemacht, für die durch unsere militärischen Maßregeln entstandenen Schäden aufzukommen? Wir haben das gleiche Angebot zum zweitenmal nach der Einnahme von Lüttich gemacht. Aber die belgische Regierung wollte nichts davon wissen und schloß sich dem Bunde unserer Feinde an.

Die Lage bezeichnete Graf Hertling als ernst, und er hat auch auf die tiefe Verstimmung im Volke hingewiesen. Der Reichskanzler und der Vertreter des Kriegsministeriums erklärten jedoch, daß es dem Feinde nicht gelingen werde, die neuen Stellungen zu durchbrechen.

25./IX. 1918

**Graf Hertling über den Ernst der Lage.****Erklärungen des Reichskanzlers, des Vizekanzlers, des Staatssekretärs für das Innere und der militärischen Vertreter.**

Wien, 24. September.

Graf Hertling war beinahe schonungslos aufrichtig in seiner heutigen Rede. Nicht bloß der Reichskanzler, General v. Wisberg, der an Stelle des nichterschiedenen Kriegsministers gesprochen hat, war fast grausam in seiner Wahrheitsliebe, ließ alles Licht auf die feindlichen Erfolge, die er groß nannte, fallen, unterbreitete dem Ausschusse eine genaue Liste der deutschen Mißerfolge, in der kein einziger fehlte, schilderte, wie die Ueberraschung der Franzosen und Engländer in der Angriffschlacht bei Reims nicht gelungen ist, wogegen die eigene Armee später von den Entente-Truppen überrascht werden konnte. Er hat auch nicht verborgen, daß Irrtümer bei der Veranschlagung der feindlichen Reserven begangen wurden und daß die Wirkung der Tanks nicht vorhergesehen wurde. Gewöhnlich werden solche Urteile in den Werken des Generalstabes nach dem Kriege, wenn die Ereignisse bereits in geschichtliche Ferne gerückt sind und die Wunden nicht mehr schmerzen, veröffentlicht. Ein Zergliedern der Feldzüge, die noch im vollen Gange sind, eine so freimütige Darstellung von allem, was nicht geglückt ist, von unrichtigen Zifferansätzen bei den Schätzungen der feindlichen Kräfte kann nur gegenüber einem Volke und einer Armee gewagt werden, deren Vertrauen in die Oberste Heeresleitung nicht zu erschüttern ist. Auf einen ähnlichen Ton war auch die Rede des Staatssekretärs v. Hinzpeter gestimmt. Der Hauptauschuß des deutschen Reichstages hat seit dem Beginne des Krieges noch keine solchen Erklärungen von amtlicher Seite gehört und wohl auch noch keine solchen Eindrücke gehabt. Der Reichskanzler hat in seiner Rede auf die tiefe Verstimmung des Volkes und dann wieder auf die Mißstimmung hingewiesen, vor Kleinmut gewarnt und zum Schlusse ein drittes Mal gesagt, die Lage ist ernst, aber zu tiefer Mißstimmung gibt sie keinen Anlaß.

Graf Hertling ist ein besonnener Mann und wird sich überlegt haben, ob er diese graue Farbe ansehen solle. Die Wahrheit ist er dem deutschen Volke schuldig; es war immer, auch in schwereren Krisen, mannhaft genug, sie zu ertragen. Aber wir hätten uns vorstellen können, daß sie in anderer Form mitgeteilt wird und nicht gerade so scharf und so unerbittlich, daß die ganze Zuversicht nötig ist, um dieses Verhalten bei der Ermütigung des Volkes ohne Schaden auszuhalten zu können. Ob hier die Nachwirkung der sich in der Politik des Deutschen Reiches kreuzenden Einflüsse mit ihren besonders im Frühjahr vor dem Beginne der Offensive lebhafteren Kämpfen fühlbar wird, das werden einst die Zeugnisse in den Archiven und in den Denkwürdigkeiten sicherer berichten, als wir es heute vermöchten. Auffallend ist, daß der große Ernst in den Reden von der Regierungsbank so scharf sich heraushebt, als würden die Worte, in denen er zum Ausdruck kommt, unterstrichen sein. Das klingt beinahe wie eine Polemik, wie die Antwort auf verborgene Meinungen, die der Staatsmann nicht mehr gelten lassen will und denen er den Hinweis auf die ernste Lage entgegenstellt. Mißstimmung und Verstimmung, das sind Warnungsrufe von der offenen Szene zum Hintergrund. Der Reichskanzler hat mit noch stärkerem Nachdrucke als früher das Bekenntnis zur Friedenspolitik, zum bloßen Verteidigungskriege abgelegt und den Eroberungsparteien in Deutschland ist er nie ferner gestanden als in den Erklärungen am heutigen Tage. Herr v. Bethmann Hollweg hat am Beginne des Krieges, an dem unergelichen vierten August, im Reichstage gesagt: Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon

belgisches Gebiet betreten; das widerspricht den Geboten des Völkerrechtes. Dieses Geständnis haben ihm die Konserverativen, die Alldeutschen und ein Teil der Nationalliberalen nie vergessen und stets vorgeworfen: schon aus diesem Grunde haben sie ihn gequält und verfolgt bis zu seinem Sturze. Der jetzige Reichskanzler, der weiß, was die Entente aus der Rede seines Vorgängers gemacht hat, und der die Umtriebe der Regierung des Königs Albert kennt, die Bloßstellung der Neutralität lange vor dem deutschen Einmarsche, hat dennoch heute bemerkt: Als wir in Belgien einrückten, haben wir das geschriebene Recht verlegt. Ein solches Wort kann nicht zufällig sein. Es ist, als wollte der Reichskanzler wieder eine der Streitfragen, die zwischen Deutschland und der Entente schweben, beseitigen und andeuten, daß in den Friedensverhandlungen auch dieses Unrecht in seinen Folgen auszutragen sein werde. Die Gutmachung hat schon Herr v. Bethmann Hollweg für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht genommen.

Aber der Reichskanzler hatte vielleicht noch einen anderen Beweggrund, den Ernst der Lage ins allgemeine Bewußtsein zu bringen. Er wollte von der Verstimmung des Volkes erzählen, um dort zu warnen, wo Uebertreibungen dem Frieden schädlich gewesen sind und die Widerstände auch jetzt nicht aufhören. Er wollte an den Ernst der Lage erinnern, um durch seinen Druck auf das preußische Herrenhaus das allgemeine Stimmrecht für den Landtag endlich durchzusetzen und die Gefahren zu verhüten, die sich aus einer weiteren Verschärfung der Klassengegenstände entwickeln könnten. Die ungeschminkte Wahrheit sollte die Friedenspolitik unterstützen, die auch der Vizekanzler Herr v. Payer durch die Erklärung, daß es rätlich sein werde, mit den Westmächten über manche Seiten des Vertrages von Brest-Litowsk zu unterhandeln, erleichtern wollte. Der Reichskanzler ist für die Abrüstung, für Schiedsgerichte und Völkerbund. Er hat nie so vorbehaltlos gesprochen wie heute.

Graf Hertling ist zu erfahren, um nicht zu wissen, daß Mitteilungen, aus denen hervorgeht, wie verstimmt und mißgestimmt das Deutsche Reich sei, daß Schlachten-schilderungen, welche die Siegesfreude der Feinde nur steigern können, den Frieden entfernen und schwerlich nähern. Er wollte jedoch den Parteien, die zu eingreifenden Änderungen in den obersten Stellen der Politik und zur Ernennung parlamentarischer Minister drängen, den Ernst der Lage vor Augen führen, um zu mäßigen. Vielleicht hat er große Schwierigkeiten zu überwinden. Er versichert, daß er nur mit dem Volke und für das Volk arbeiten wolle. Aber das Wort, das die Parteien der Mehrheit vielleicht schon heute von ihm erwarteten, hat er nicht ausgesprochen. Die Berufung des parlamentarischen Ministeriums hat er nicht angekündigt und auch nicht verheißen. Graf Hertling ist dort, wo Herr v. Bethmann Hollweg gewesen ist, als er fiel. Er hatte nicht das Herz, sich der Mehrheit ganz anzuschließen und mit den Konserverativen ganz zu brechen, und so war er bald allein. Die Volksfreiheit und die volkstümlichen Einrichtungen sollen das Mama sein, das auf der langen Wanderung durch die öde Wüste dieses Krieges erfrischt. Der Reichskanzler und der Vertreter des Kriegsministers haben mit voller Sicherheit erklärt, daß es den Feinden nicht gelingen werde, die jetzigen Stellungen der deutschen Armee zu durchbrechen. Wenn sich diese Hoffnungen erfüllen sollten, würde die militärische Entscheidung des Krieges unmöglich sein. Dann müßte der Friede kommen. Welche Hilfsquellen besitzt Deutschland, daß es durch eine volkstümliche Politik über Mißstimmungen und Verstimmungen rasch hinaus kann. Der Hauptauschuß verhielt sich kühl. Die Demokratie will durchbrechen.

**Der Kaiser gegen die Fremdländerei.** Der Kaiser hat an den Gesamtausschuß des deutschen Bundes zur Bekämpfung fremden und zur Förderung deutschen Wesens auf eine Eingabe ein vom Geh. Kabinettsrat v. Berg i. A. gezeichnetes Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Nach der Auffassung des Kaisers gehört die Vorliebe mancher Kreise unseres Volkes für fremdländisches Wesen zu den bedauerlichsten und beschämtesten Folgen unserer geschichtlichen Entwicklung aus der Zeit vor Gründung des Reichs. Unter dem Eindruck unserer einzigartigen Kriegsleistungen in Heimat und Heer, wie der ungeheuren Erfolge, die das Ergebnis von vier Kriegsjahren bilden, begrüßen Seine Majestät deshalb mit doppelter Freude alle Bestrebungen, die der Beseitigung dieser Schwäche dienen und die ein starkes, unserer Machtstellung entsprechendes nationales Selbstbewußtsein zu verbreiten bestimmt sind.“

## Die Wirkungen der Note Oesterreich-Ungarns in Rumänien.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

Bukarest, 24. September.

Der große Eindruck, den die Oesterreich-ungarische Note auf die rumänische Meinung und das rumänische Volk vom ersten Augenblick gemacht, hält auch trotz der ablehnenden Antwort einzelner führender Staatsmänner der Entente an. Wenn sich Bukarester sowohl als auch Jassyer Blätter nach dem Erscheinen der Note mit ihr vorwiegend getragen von dem Wunsche beschäftigten, daß sie von Erfolg begleitet sein möge, so dringt jetzt die Auffassung durch, daß auch die Ablehnung die große Bedeutung des Schrittes der Monarchie im wesentlichen nicht schmälere. Der Optimismus der ersten Tage findet seine Erklärung in der Auffassung, daß der rumänische Friede zu seiner vollen Bedeutung erst durch den Abschluß des Weltfriedens kommen könne. Das stark verbreitete unabhängige Jassyer Blatt „Arena“ faßt die Lage wie sie durch die Ablehnung geschaffen wurde, in die Worte zusammen, daß die Regierungen der Entente das Problem des Friedens in einige Reden Wilsons, Lloyd Georges und Clemenceaus legen, diese Tatsache müsse man sich merken, denn es handle sich bei den Feinden der Mittelmächte nicht um ein einheitliches Friedensprogramm. Jeder einzelne Staat der Entente habe ein Programm für sich. Alle zusammen stimmen aber nicht miteinander überein. Wenn auch heute diese Unterschiede die einheitliche Handlung nicht gefährden, so werde sich die Lage doch bald ändern und die Möglichkeit einer Verständigung auf gemeinsamer Grundlage erschweren. Die Ursache findet hiefür das Blatt darin, daß die Oesterreich-ungarische Note den von allen Völkern ersehnten Frieden in den Fluß der Ereignisse eingestellt habe. Es wird nicht lange dauern, bis er festere Formen annehmen wird. Denn die Note habe das Interesse der Völker für eine Politik geweckt, die auf Loyalität und vernünftiger Verständigung beruht. Der Gedankengang der meisten Blätter bewegt sich auf einer ähnlichen Linie. Die Jassyer „Opinia“ kennzeichnet die heutige Lage mit den Worten: Die Oesterreich-ungarische Note wird die Grundlage sein, auf der die Völker dem Gemebel ein Ende setzen werden, das gegen die demokratischen Grundsätze und Gefühle aufrecht erhalten wird. Wenn auch in den ersten Tagen die der Entente nahestehenden Blätter in schwachen Andeutungen versuchten, einen Zusammenhang zwischen der Note und der inneren Lage der Mittelmächte herzustellen, so ist heute hievon nichts mehr zu sehen. Das Blatt des Generals Averescu „Indreptarea“, das gerade eine unfreundliche Haltung gegen die Mittelmächte einnimmt, die ihren Grund vorwiegend in der Rolle hat, die sein Patron als Ministerpräsident zu Beginn der

Friedensverhandlungen spielte, gibt zu, daß es heute nicht den Mut hat, zu behaupten, daß die Note, deren Zweck lobenswert sei, nur mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Augenblicks verfaßt sein könnte.

Es gibt bekanntlich in Jassh starke entente-freundliche Strömungen, die sich allerdings nicht heute mit voller Freimütigkeit öffentlich äußern können. Der allgemeine Eindruck aber, den man aus der Beobachtung jener Jassyer Kreise und ihrer Bukarester Anhängerhaft gewinnt, ist, daß auch sie sich nicht der allmählichen Wirkung der Note entziehen können, eine Wirkung, die das Blatt der rumänischen Arbeitspartei „Tribuna“ (Jassh) auf die Sehnsucht des Volkes nach Frieden gründet.

## Die Türkei und die Friedensnote.

Der Wortlaut der zustimmenden türkischen Antwort.

— Die Entschlossenheit des Großveziers.

Konstantinopel, 24. September. (Milli.)

Die Note, welche die kaiserliche türkische Regierung in Beantwortung der Note des Ministers des Aeußern Grafen Burian der Oesterreich-ungarischen Regierung durch den türkischen Botschafter in Wien hat übermitteln lassen, hat folgenden Wortlaut:

„Der unterzeichnete Botschafter der Türkei beehrt sich, die Note der kaiserlichen und königlichen Regierung vom 14. d. wie folgt zu beantworten: Der von der kaiserlichen und königlichen Regierung an alle kriegsführenden Staaten gerichtete Vorschlag, in einem neutralen Lande einen vertraulichen und nicht obligatorischen Meinungsaustausch über die Grundsätze eines dauerhaften und ehrenvollen Friedens zu führen, entspricht vollständig der Auffassung der kaiserlich-ottomanischen Regierung, die sie eifernemlich mit ihren Verbündeten wiederholt zu bekunden nicht ermangelt hat. Infolgedessen spricht die kaiserliche Regierung den Wunsch aus, daß dieser neuerlich von der kaiserlichen und königlichen Regierung unternommene, von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Versöhnungsgeist eingeleitete Schritt zur Vorbereitung des Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die Hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.“

Berlin, 25. September.

Großvezier Talat Pascha sagte vor seiner gestern erfolgten Abreise nach Konstantinopel einem Vertreter der „Voss. Zig.“ in einer Unterredung, es gereiche ihm zur Genugung, mitteilen zu können, daß sich infolge der Besprechungen, die er in Wien, Berlin und im Hauptquartier mit allen maßgebenden Instanzen gepflogen habe, eine Verständigung habe erzielt lassen, die allen vier Bundesgenossen erspriesslich sein und zum Segen gereichen werde. Der Großvezier sagte dann: Auf die Frage, welche Aufgaben uns obliegen, wenn die Entente verstockt bleibt und sich jedem Versuch einer Friedensverhandlung beharrlich widersetzt, gibt es nur eine Antwort: Dann gilt für uns alle nur eines: Durchhalten in Not und Tod, die Zähne zusammengebissen und mit männlichem Ernst und Stolz bis zum letzten Blutstropfen, bis zum letzten Atemzug standhalten. Man unterschätzt unsere moralischen und sonstigen Reserven. Wir haben noch unbekannte Hilfsquellen, die wir dem Feinde entgegensetzen können. Werden wir gezwungen, die Verteidigung von Gut und Leben mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte weiterzuführen, so werden wir mannhaft und unerschrocken weiterkämpfen, bis der Feind einsieht, daß er uns nie und nimmermehr zu Boden werfen kann.“

26./IX. 1918

**Das Eintreffen der Wiener  
Friedensnote im Vatikan.**

Chiasso, 25. September.

"Osservatore Romano" meldet, gestern sei die  
österreich-ungarische Note nebst dem Geleitschreiben mit  
dem diplomatischen Kurier an den Vatikan gelangt.

**Talaat Pascha über seine Besprechungen in  
Wien, Berlin und im Hauptquartier.**

Berlin, 25. September.

Großwesir Talaat Pascha gewährte vor seiner gestern erfolgten Abreise nach Konstantinopel einem Vertreter der „Rossischen Zeitung“ eine Unterredung, in der er sagte, es gereiche ihm zur Genugtuung, mitteilen zu können, daß sich infolge der Besprechungen, die er in Wien, Berlin und im Hauptquartier mit allen maßgebenden Instanzen gepflogen habe, eine Verständigung habe erzielen lassen, die allen vier Bundesgenossen erprießlich sein und zum Segen gereichen werde. Der Großwesir sagte dann unter anderm: „Die eifertiger die einzelnen Staatsmänner der Entente ihr Nein auf die Note des Grafen Burian hinausposaunt haben, um so konsequenter hüllt sich die gesamte Gruppe unserer Gegner in gemeinsames Schweigen. Wäre es der Entente ehrlich um die Zivilisation zu tun, wie sie in all ihren Propagandareden und Schriften hoch und heilig beteuert, dann war jetzt der Moment gegeben, durch die Tat zu beweisen, daß es ihr ebenso ernst um den Frieden und die Ruhe der gepeinigten Menschheit zu tun ist, wie dem Grafen Burian und dem Grafen Hertling, dessen neue Rede ich bereits mit Genugtuung zur Kenntnis genommen habe. Auf die Frage, welche Aufgaben uns obliegen, wenn die Entente verstockt bleibt und sich jedem Versuch einer Friedensverhandlung beharrlich widersetzt, gibt es nur eine Antwort: Dann gilt für uns alle nur eines: Durchhalten in Not und Tod, die Zähne zusammenbeißen und mit männlichem Ernst und Stolz bis zum letzten Blutstropfen, bis zum letzten Atemzug standhalten. Man unterschätzt unsere moralischen und sonstigen Reserven. Wir haben noch unbekannte Hilfsquellen, die wir dem Feinde entgegensetzen können. Werden wir gezwungen, die Verteidigung von Gut und Leben mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte weiterzuführen, so werden wir mannhaft und unerschrocken weiterkämpfen, bis der Feind einsieht, daß er uns nie und nimmermehr zu Boden werfen kann.“

27./IX. 1918

**Die Beziehungen Bulgariens zur Entente vor dem Eintritt Bulgariens in den Krieg.**

Wien, 26. September.

Bulgarien für sich zu gewinnen, war das Bestreben der Entente, zumindest seitdem die Türkei sich an die Mittelmächte angeschlossen hatte. In die Monate Mai Juni 1915 fielen Anbieten der Entente an Bulgarien, um dieses zum Anschluß an die Entente zumindestens in der Form einer Kriegserklärung an die Türkei zu bewegen. Bulgarien sollte große Teile Mazedoniens erhalten, vorbehaltlich allerdings der Zustimmung Serbiens, die wieder von dem Gebietsgewinn abhängig gemacht wurde, den Serbien aus dem Krieg davontragen würde. Bulgarien verhandelte aber auch mit der Türkei. Ministerpräsident Radostawow machte darüber am 20. Juli Mitteilungen. Er sagte, immerwährende Neutralität liege nicht im Interesse Bulgariens, andererseits werde Bulgarien nicht in den Krieg eingreifen, wenn es nicht feste Versprechen bekomme. Es verhandelt amtlich mit der Entente, ferner mit der Türkei über die Eisenbahnen in Thrazien; sonst aber mit niemandem.

Am 15. Juni 1915 hatte Bulgarien sich an die Entente um nähere Angaben über die zu erwartenden Vorteile gewendet. Die Antwort erfolgte erst am 4. August. Aber schon Ende Juli wußten die englischen Blätter vom Zustandekommen eines bulgarisch-türkischen Übereinkommens zu berichten. Am 4. August kam die Antwort der Entente: sie machte die Abtretung von Teilen Mazedoniens und von Kavalla an Bulgarien nicht mehr vom zukünftigen serbischen Gebietszuwachs abhängig. Es war aber zu spät — die Verhandlungen Bulgariens mit der Türkei waren zu günstig verlaufen. Ende August kannte man bereits die Bedingungen des bulgarisch-türkischen Übereinkommens. Bulgarien erhielt von der Türkei einen Landstrich von 2000 Quadratkilometer im westlichen Thrazien, der begrenzt ist vom Linschasfluß bis zu seiner Mündung in die Maritza und von der Maritza selbst bis Dimotika, dann von einer 10 Kilometer östlich von der Maritza bis zur Küste verlaufenden Grenze; dieses Gebiet umfaßt Karagatsch, die Eisenbahn Adrianopel-Karagatsch wird dadurch bulgarisch.

Am 20. August 1915 trat Kriegsminister Fitschew, ein Exzentrist, zurück und wurde vom Obersten Schefow ersetzt. Am 6. September wurde der bulgarisch-türkische Vertrag unterzeichnet. Am 7. September schrieb die offiziöse „Narodni Prava“: „Unsere ehemaligen Verbündeten werden nun gar nicht in der Welt aufhören, das unglückliche Mazedonien zu knechten, solange die bulgarische Macht nicht zu Wort kommt.“ Am 14. machte die Entente ein neues Angebot. Am 17. September erschienen die Oppositionsführer, darunter Malinow, Danew, Gschow, bei König Ferdinand, verlangen die Einberufung der Sobranje und die Bildung eines Konzentrationsministeriums, damit verhängnisvolle Abenteuer vermieden werden. Am 21. September erteilte die all-

gemeine Mobilmachung, Bulgarien trat in die „bewaffnete Neutralität“ ein; erklärte aber, in einer amtlichen Erklärung vom 24. September, „die Beratungen und Verhandlungen mit den Vertretern beider kriegsführenden Gruppen fortzusetzen.“

Am 4. Oktober 1915 überreichte der russische Gesandte in Sofia ein Ultimatum, dem sich Frankreich und England sofort anschlossen. Das Ultimatum verlangt, daß Bulgarien binnen 24 Stunden die Beziehungen zu den Feinden der slawischen Sache und Rußlands abbricht und unverzüglich die Offiziere der Mittelmächte entfernt. Am 5. und 6. Oktober erklären die Ententemächte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die bulgarische Regierung verteilt an die Gemeinden eine Denkschrift über den Anschluß an die Zentralmächte, die betont, daß man Bulgarien ganz Mazedonien und noch wertvollere Kompensationen versprochen habe. Am 12. Oktober fordert König Ferdinand in einer Rundgebung an das bulgarische Volk zum Kampf gegen Serbien auf. Am 16. Oktober begann die Blockade der bulgarischen ägäischen Küste durch die Ententeschiffe und damit der Krieg zwischen Bulgarien und der Entente.

## Die Aussprache im Hauptauschuß.

In der fortgesetzten Aussprache im Hauptauschuß des Reichstages nahm der Reichskommissar für die besetzten Gebiete im Osten

### Reichskommissar v. Falkenhaußen

das Wort, um sich über die Verhältnisse im Baltikum auszusprechen. Der Ausbau der Landesvertretungen ist in Vorbereitung und die so ergänzten Landesvertretungen werden die Verträge mit Deutschland zu beraten haben. Gegen die Schulpolitik in Litauen hat sich von keiner Seite Widerstand erhoben. Wir werden fortfahren, die Verhältnisse im Osten zu ordnen. Der Verdacht, daß in Kurland der Großgrundbesitz bei der Abgabe des Drittels für die Siedelung für sich Vorteile herauszuschlagen könnte, ist unbegründet. Ein Verbot an die Litauer, im Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu treten, ist nicht ergangen.

### Abg. Ledebour (U. Soz.):

Auch wir sind mit der Einberufung des Ausschusses nicht zufrieden, wir hätten es lieber gesehen, wenn der Reichstag selbst zusammengesetzt wäre. Der Verlauf der Aussprache hat unseren Wunsch verstärkt. Die Parteien sind in einer Auseinandersetzung ihrer Anschauungen begriffen, auch die Konserwativen reden ja jetzt vom Verteidigungskrieg. Die Erklärung des Reichskanzlers erfüllt nicht einmal die bescheidenen Wünsche des Zentrums, die anderen Parteien des Mehrheitsblocks sind noch weniger zufrieden. Nur die Parteien der Rechten scheinen den Kanzler stützen zu wollen. Die Lage ist also völlig ungeklärt, und deshalb muß der Reichstag zusammenkommen. Wir stellen einen entsprechenden Antrag. Es ist höchste Zeit, an die Parlamentarisierung heranzugehen. Diese Forderung wurde schon 1908 und dann bei der Sabern-Angelegenheit erhoben. Auch das deutsche Volk muß das Selbstbestimmungsrecht bekommen. Immer mehr breitet sich die Ueberzeugung aus, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden muß. Der Reichskanzler freilich sträubt sich noch und macht nur bescheidene Zugeständnisse. Wann ist der Erlaß des Kriegeministers dem Reichskanzler bekannt geworden? Der Reichskanzler hätte sofort den Rücktritt des Kriegeministers erzwingen müssen. Wenn Graf Hertling seine Pflicht so wenig kennt, paßt er nicht auf seinen Platz. Auch der Berliner Polizeipräsident mußte abgesetzt werden wegen seines Uebergriffes beim Verbot des Abg. Haase in der Wahlversammlung des 1. Berliner Wahlkreises. Sichtlich Belgiens müssen wir volle Entschädigung gewähren. Es ist verwunderlich, daß der Reichskanzler die alten falschen Anschauungen über Belgien wieder aufgewärmt hat. Wir haben gar keine Veranlassung, die flämische Mehrheit gegen die wallonische Minderheit zu schützen. Das ist eine Angelegenheit der Flamen und Wallonen selbst. Die sogenannten Volksvertretungen in den Ostländern leben nur von der Gnade des deutschen Besatzungsheeres. Wenn Deutschland mit diesen Völkern in Freundschaft zu leben wünscht, so muß es ihnen auch die Freiheit gewähren, sich nach ihrem Belieben einzurichten. Aber das bürokratisch-militaristische System wirkt überall ruiniös. Was jetzt von den Mehrheitsparteien verlangt wird, haben wir viel weitergehend schon früher verlangt. Jetzt muß die Entwicklung der Dinge mit Riesenschritten vorwärts gehen, mit Halbheiten geht es nicht mehr.

### Abg. Dr. Seyda (Pol.):

Wir stehen der Regierung zurückhaltend gegenüber. Auch wir wünschen eine Demokratisierung, da das System auch unter Hertling das alte geblieben ist. Peinlich hat uns das Wort berührt, daß Deutschland in der Behandlung völkischer Minderheiten ein ruhiges Gewissen habe. Wir erinnern nur an das Enteignungsgesetz und an das Verbot für die Polen, Privatschulen zu unterhalten. Die Ukraine wäre besser bei Rußland geblieben. Grundfragen für einen dauernden Frieden sind im Osten nicht gelegt worden. Die geschaffenen staatlichen Gebilde haben keinen Bestand. Und wie hat man die Bevölkerung dieser Länder behandelt? Wie hat man das Selbstbestimmungsrecht praktisch ausgeübt? Die Landesvertretungen bestehen fast ausschließlich aus Großgrundbesitzern, soweit sie deutschgestimmt sind. Anders Gemisste sind ausgeschlossen. Auch die geplante Verbreiterung der Landesvertretungen schafft keine wirklichen Volksvertretungen. Die polnische Staatlichkeit ist nur Schein. Die polnische Frage ist eine internationale Frage von größter Bedeutung. Der Gedanke des Völkerbundes setzt voraus, daß alle Völker sich frei entwickeln können.

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Freitag vertagt. Im Anschluß an diese Aussprache im Auschuß fanden im Bundesratssaale des Reichstags wiederum vertrauliche Besprechungen zwischen den Mitgliedern des Hauptauschusses und Vertretern des Heeres- und Marineverwaltung statt.

### Wilson von gestern.

Es ist immer lehrreich, zu vernehmen, was andere Leute früher über Deutschland gedacht und gesagt haben, und es dem entgegenzuhalten, was sie heute denken und sagen. Verhältnismäßig am unbekanntesten ist die frühere Ansicht Wilsons über Deutschland, wie über Frankreich und — über Amerika! Hier sind einige Aeußerungen des Professors Wilson zusammengestellt. Die über Amerika sind einer Sammlung von Reden aus der Wahlzeit des Jahres 1912 entnommen, die unter dem Titel „Die neue Freiheit“ erschienen sind, während die übrigen in seinem Buche „Der Staat. Elemente praktischer und historischer Politik“ 1894 entnommen sind.

#### Wilson zur Geschichte Europas.

„Trotz der Beichtigkeit, mit der Napoleon zuerst Deutschland gerettet hatte, war es so besser zu besiegen, mußte er doch die Entdeckung machen, daß gerade er ein Nationalgefühl erweckt hatte, das ihn wieder hinauswerfen und stürzen sollte. Er hat Deutschland den unschätzbaren Dienst geleistet, es patriotisch zu machen.“ (S. 222.)

„Den letzten Antrieb zur Erreichung vollständiger nationaler Einigkeit brachte der deutsch-französische Krieg 1870/71. Die glänzenden Erfolge Preußens in diesem Kampfe, der im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt wurde, machte der kühlen Zurückhaltung der Mittelstaaten ihrem großen Nachbar im Norden gegenüber ein Ende.“ (S. 225.)

#### Wilson's Staatslehre.

„In der Politik darf man nichts Radikales unternehmen. Man kann in der Politik niemals dauernde Werte schaffen, wenn man nicht auf langsame und allmähliche Entwicklung, auf sorgfältige Anpassung und allmähliche Wandlung durch organisches Entstehen Rücksicht nimmt. Sprungweise erreicht man nichts. Und weiter: Ein jedes Volk, eine jede Nation muß sich streng an die Richtlinien ihrer eigenen Erfahrungen halten. Nationen können sich ebensowenig wie Individuen Erfahrungen anderer leihen.“ (S. 484.)

#### Wilson über Deutschland.

„In Preußen hat man sorgfältig auf historische und andere Eigentümlichkeiten Rücksicht genommen. Die preussischen Könige sind bestrebt gewesen, sich auf den Rat der wissenschaftlich gebildeten Fachmänner in der organischen Entwicklung des Regierungssystems zu verlassen.“ (S. 259.)

„Preußen ist erfolgreich bestrebt gewesen, eine größere Vollkommenheit in seiner Verwaltungsorganisation zu erreichen, als irgendein anderer Staat Europas. Sein Verwaltungssystem ist zum Vorbild einer zentralisierten Zivilverwaltung geworden.“ (S. 241.)

„Die Selbstverwaltung in Preußen ist gegen die beständige Einmischung der Zentralbehörden sehr viel besser geschützt als in Frankreich: Preußens Stadtverwaltung ist ein treffliches Beispiel rühriger Selbstverwaltung.“ (S. 255, 259.)

„Die Richter erfreuen sich einer Stellung von großer Unabhängigkeit.“ (S. 261.)

#### Wilson über Frankreich.

„Der bemerkenswerteste Zug in dem ganzen System der französischen Verwaltung ist die Bevormundung, unter der die Lokalbehörden und der einzelne Bürger selbst gehalten werden.“ (S. 214.)

„Die französische Verwaltung leidet in all

ihren Zweigen und in allen Dienststufen von den niedrigsten bis zu den höchsten unter tiefergehender Korruption.“ (S. 212.)

„Frankreich leidet unter der unerträglichsten aller Regierungsformen, unter einer von einer Massenversammlung geleiteten Regierung.“ (S. 208.)

„Die ungezügelte Willkür der französischen Kammer ist eine der Hauptgefahren für den Erfolg und sogar den Fortbestand der Republik.“ (S. 202.)

#### Wilson über Amerika.

„Seitdem ich mich mit Politik befaße, haben mir die Leute ihre Ansichten fast immer nur im geheimen mitgeteilt. Sie wissen, daß irgendwo eine Macht waltet, die so wachsam und weitreichend ist, daß es besser bleibt, abfällige Urteile nicht laut werden zu lassen.“ (S. 45.)

„Unter den sinkenden Schleiern beginnt man kleine Gruppen von Menschen wahrzunehmen, die die Regierung beherrschen, zugunsten ihres eigenen Vorteils und nicht zugunsten des Vorteils der Vereinigten Staaten.“ (S. 137.)

„Bei allen Wendepunkten der Geschichte unseres Landes haben unsaubere, um nicht zu sagen verderbte Einflüsse alles bestimmt: von dem Erlaß von Gesetzen bis zur Verwaltung des Gerichtsverfahrens.“ (S. 191.)

„Wir sind zu einer der schlechtest geleiteten und äußerem Zwang unterworfenen Regierungen der ganzen zivilisierten Welt gelangt.“ (S. 167.)

28. IX. 1918

## Die Völker der Entente und der Friede.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 27. September.

Die Diskussion über die Friedensmöglichkeiten und Friedenshindernisse geht weiter. Während die „Action Française“ schon jetzt gegen die Möglichkeit eines Waffenstillstandes Stellung nimmt, legen die Blätter der Linken das Hauptgewicht auf die Ergebnisse der Londoner Zusammenkunft. Leon Daudet schreibt: Ein Waffenstillstand mit der Beibehaltung einer Gebietsbesetzung wäre unter den gegenwärtigen Umständen eine gefährliche Falle. Er würde Deutschland gestatten, wieder aufzuatmen und neue Angriffe vorzubereiten. Die Alliierten haben die Befehls-einheit, sie halten den Sieg und werden ihn unter keinen Umständen fahren lassen. Demgegenüber stellt das „Journal des Debats“ fest, daß es jetzt darauf ankommt, wach-samer, aufmerksamer und überlegter zu sein als je. Man müsse sich mehr auf den Nachkrieg als auf den Krieg ver-legen und sich hüten, die Gegenwart unter dem Vorwand, Erfolge auszubenten, in Frage zu stellen. Die Erfolge würden sich rasch genug selbst ausbenten, sobald sie ge-sichert seien.

### Die Londoner Beschlüsse.

Als bestes Argument für die Stimmung der alliierten Völker veröffentlicht die „Humanité“ die vollständigen Texte der in London gefaßten Beschlüsse.

Dabei kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Kon-ferenz es als notwendig erachtet, daß die Entente-regierungen, welche sonst eine schwere und gefährliche Ver-antwortung übernehmen würden, von ihrer rein negativen Politik abstecken. Indem sie ihre Ziele mit denjenigen der Vereinigten Staaten im Einklang stehend erklären, werden sie den Arbeiterschaften der ganzen Welt die Ueberzeugung geben, daß, wenn sie entschlossen sind, diesen Kampf fort-zusetzen, es nicht ist, um dem Angriff der Zentralmächte zu antworten, sondern mit dem einzigen Entschluß, auf unerschütterlichen Grundlagen einen gerechten, dauernden und den Forderungen der internationalen Demokratie ent-sprechenden Frieden zu sichern. Zu diesem Zwecke erscheint die Beteiligung der Arbeiterorganisationen an den Friedensverhandlungen dem Kon-greß unerlässlich. Er hat zu diesem Zwecke folgende Be-schlüsse gefaßt:

1. Die Arbeiter müssen in den amtlichen Anordnungen jedes der kriegführenden Staaten, welche den Friedens-vertrag zu redigieren haben, werden, eine direkte und offiziell anerkannte Vertretung haben. 2. Ein Weltarbeiter-kongreß wird zur selben Zeit und am gleichen Orte ab-gehalten werden, wie die Konferenz, welche den Friedens-vertrag aufsetzen wird. Dieser Friede soll im Ein-klang mit den Wilsonschen Forderungen stehen. Der Kongreß erachtete es auch als notwendig, nochmals auf die internationale Sozialisten-konferenz zurückzukommen. Er tadelte die Ver-weigerung der Rasse an die rechtmäßig gewählten Vertreter der Arbeiterorganisationen. Er erklärte, daß die Fortsetzung dieser Politik für die sozialistische Arbeiter-bewegung einen Fehdehändehand bedeuten würde, den sie aufnehmen würde. Die Konferenz erklärte den Regierungen, daß die Geduld der organisierten Arbeiter-rasch abnimmt, infolge der fortwährenden Be-leidigungen, die ihnen zuteil werden.

Auch der „Pays“ fordert energisch die Beteiligung der Völker am künftigen Friedensschluß. Die Berufsdiplomaten haben allzu viele Beweise ihres gelehrten Unwissens, ihrer

Unfähigkeit, die Forderungen der Zeit zu verstehen, geliefert. Die militärischen Techniker ihrerseits sind einzig maßgebend, um die der Verteidigung oder auch dem Angriff bei künftigen Kriegen möglichen Grenzen festzulegen. Aber die Völker haben übereinstimmend diese Frieden, welche nur die geographische Ueberschreibung der gestrigen Schlachten und die Maßnahmen für künftige Angriffe bedeuten, satt. So wie der heutige Krieg ein Krieg der Völker ist, muß der künftige Friede ein Völkerfrieden sein und nicht einer der Regie-rungen. Was ist daran Erstaunliches, daß die Völker, welche sich schlagen, das Recht beanspruchen, in der Stunde des Friedens zu intervenieren?

## Der Economist.

### Die schwere Krise in Bulgarien und die Märkte.

Wien, 27. September.

Die Börsen standen heute unter dem Eindrucke der schweren Niederlage der bulgarischen Truppen. Die militärische Katastrophe wirkte in starker Weise auf die Stimmung ein, da über die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse Unsicherheit vorherrschte. Am schärfsten trat die verstimmende Wirkung an der Wiener Börse hervor, an welcher infolge der großen Käufe, die vor einigen Wochen durchgeführt worden waren, erhebliche spekulative Engagements sowohl im Publikum wie auch in den Marktkreisen unterhalten wurden. Der Verkehr zeigte namentlich bei Beginn eine große Erregung, da die Wahrnehmung, daß den Verkäufen keine entsprechende Nachfrage entgegenstand, im ersten Moment heinruhtigte. Das Ausgebot war daher bei Beginn des Verkehrs drängend und bewirkte starke Kursfälle, die in den leitenden Kulliswerten 50 bis 100 Kronen betrugten, in einigen türkischen Papieren bis 170 Kronen erreichten. Die Erregung dauerte aber nur wenige Minuten an und nach Erledigung der ersten Verkäufe gewann der Verkehr sofort wieder eine ruhigere Haltung zurück. Sie trat dann in einer leichten Erholung zutage, die allerdings in keinem Verhältnis zu den starken Rückgängen stand und nur 5 bis 10 Kronen umfaßte. Die kleine Besserung hatte auch nur kurzen Bestand, weil bald wieder neue Verkäufe auf den Markt gelangten, die man nunmehr zum Teile auch als eine technische Folge der wesentlichen Kurseinbußen ansah. Verstimmend wirkte auch die Haltung des Schrankens ein, in welchem der Verkehr in den meisten Papieren stockte, da den Verkäufen, obwohl sie keinen großen Umfang hatten, die entsprechende Aufnahme fehlte. Schrankenwerte blieben daher zum großen Teile ohne Abschluß, in jenen Papieren des Schrankens, in welchen ein Verkehr erfolgte, traten Preisrückgänge von 100 bis 150 Kronen ein. Auf die Marktlage nahmen auch Budapest Meldungen Einfluß, nach welchen an der dortigen Börse Minimalcourse festgesetzt worden sind. Man besorgte daher, daß die Aufnahmefähigkeit des Budapest Marktes eine geringere sein werde und daß sich die dortigen Verkäufer nach Wien wenden könnten. Der Rückgang setzte daher gegen Schluß der Börse von neuem ein und die tiefen Anfangsnotierungen wurden in der Kullisse in zahlreichen Fällen noch um 20 bis 30 Kronen unterboten. Die Geschäftstätigkeit war aber wesentlich ruhiger als in den erregten Anfangsstadien und der Aktienmarkt zeigte schließlich trotz der andauernd gedrückten Stimmung ein stilles Gepräge. Das führende Bankpapier, welches anfangs 52 Kronen eingebüßt hatte, zeigte schließlich einen Rückgang von 76 Kronen. Die leitende Transportaktie erfuhr einen Kursfall von 92 Kronen, österreichische Eisenindustrieaktien von 73 Kronen, ungarische Eisenindustrieaktien von 118 Kronen, Kanonenfabrikaktien von 120 Kronen, Tabakwerte, die zeitweilig im Mittelpunkt des Preisfalles standen, von 189 Kronen, türkische Transportaktien von 175 Kronen. Trotz dieser wesentlichen Entwertungen herrschte in finanziellen Kreisen ein ruhigeres Urteil über die innere Marktlage vor. Wenn man es auch nicht für unwahrscheinlich hielt, daß die heutigen starken Rückgänge zur Lösung weiterer schwächerer Positionen veranlassen könnten, so hob man doch hervor, daß sich eine wesentliche Erleichterung in den Marktverhältnissen vollzogen hat, die gegenüber weiteren Verkäufen eine gewisse Stütze bieten dürfte.

Bemerkenswert war die andauernd ruhige Haltung des Anlagemarktes. Dieser zeigte sich von den Vorgängen in Dividendenpapieren vollkommen unberührt und sowohl die österreichischen, wie auch die ungarischen Staatswerte behaupteten bei regelmäßigem Verkehre und etwas größeren Umsätzen den gebesserten Preisstand, den sie bei Beginn der Woche erzielt hatten. Die Haltung des Budapest Platzes wurde durch die Festsetzung der Minimalcourse bestimmt. Diese waren den Wiener Notierungen zum Teile angepaßt, immerhin aber etwas höher als die Wiener Preise. Der Verkehr des Budapest Platzes war ruhig. Allerdings versuchte sich die Budapest Spekulation durch Abgaben auf dem Wiener Markte zu entlasten. Eine stärkere Bewegung zeigte die Berliner Börse, doch war der deutsche Markt wesentlich ruhiger als der Wiener Platz, und die dortigen Rückgänge, die in einigen in letzterer Zeit bevorzugten Werten mehrere Prozente umfaßten, vollzogen sich bei stillem Verkehre. Erst als gegen Schluß des Marktes in Berlin die Nachricht bekannt wurde, daß Bulgarien um Waffenstillstand angeht, trat stärkeres Angebot hervor und einzelne Montanwerte und Petroleumaktien erlitten namhaftere Einbußen. Hervorzuheben ist, daß auch in Berlin die Anlagewerte verhältnismäßig behauptet blieben. Bulgarische Renten zeigten sowohl in Wien wie in Berlin Abschwächungen von ungefähr zwei Prozent.

### Der Verlauf des Budapest Marktes.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 27. September.

Die Börse hatte, wie bereits gemeldet, heute einen sehr bewegten Tag. Die Börsenmitglieder waren lange vor Eröffnung in großer Zahl erschienen und besprachen die außerpolitische Lage. Da infolge Ungewißheit der Lage panikartige Kursstürze befürchtet wurden, machte ein Teil der Börsenbesucher den Vorschlag, den Kassaverkehr für heute überhaupt zu sistieren.

Um halb 11 Uhr, dem Zeitpunkt des Börsenbeginnes, wurde eine Kundgebung des Börsenrates veröffentlicht, wonach die Eröffnung für einen später bekanntzugebenden Zeitpunkt verschoben wurde. Inzwischen traten die Mitglieder des Börsenrates, der Ausschuß der Mitglieder des Vereines der Effektenhändler und Vertreter der Geldinstitute zu einer Konferenz zusammen. Gegen den Plan einer Schließung der Börse wurde allgemein Stellung genommen. Man entschied sich für die Feststellung von Minimalkursen. Unter diesem limitierten Kurs durfte kein Geschäft abgeschlossen werden. Ein zu diesem Zweck gewähltes Komitee aus fünf Bankvertretern und fünf Agenten stellte die Kurse fest, worauf um halb 1 Uhr das Geschäft seinen Anfang nahm. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Verkehr bis 2 Uhr verlängert werde.

Die ersten Sätze fanden zu einem den Limitpreis um 10 bis 20 Kronen übersteigenden Kurs statt. Infolge des überwiegenden Angebotes und der spärlichen Nachfrage gingen die Kurse alsbald auf die Minimallinie zurück.

### Die Bewegung des Berliner Marktes.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 27. September.

Die kurz vor Börsenschluß bekanntgegebene bulgarische Friedenseröffnung bewirkte einen neuen Kursdruck, besonders auf den Montanmarkt und für Petroleumwerte.

## Das bulgarische Ereignis.

Die Folgerungen bei uns.

Wien, am 27. September.

Die Regierung Malinow hat, unterstützt von den Blockparteien, die Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen beschlossen. Da die Entschliebung nicht mit der allgemeinen Kriegsführung und der Stellungnahme der Bundesgenossen in Zusammenhang gebracht ist, würde die Ausführung dieses Planes das Ausscheiden Bulgariens aus dem Vierbunde bedeuten. Noch sind die Fäden zwischen den Verbündeten nicht abgerissen, noch handelt der bulgarische Oberkommandierende im Einverständnis mit der Obersten Seeresleitung der Verbündeten und noch schlagen sich Teile der bulgarischen Armee tapfer. Es mag ein Fünkchen Hoffnung noch glimmen, daß es gelinge, den plötzlich zusammengebrochenen Mut der bulgarischen Staatslenker, die durch das unerwartete Unglück umgerissen scheinen, wieder aufzurichten, ihnen zu zeigen, daß sie es nicht notwendig haben, sich auf Gnade und Ungnade dem Feinde zu ergeben, sondern daß die Bundesgenossen stark genug sind, den gegen Bulgarien geführten Schlag zu parieren und dem Lande Gelegenheit zu einer Sammlung seiner Kräfte zu geben, aber es kann damit nicht mehr sicher gerechnet werden. Und wenn auch die verantwortlichen Männer Bulgariens, die Schrecken der ersten Panik abschüttelnd, noch erkennen, daß ein Bulgarien, das ohne Waffen und ohne Bundesgenossen den Feind um Frieden bittet — und man wird in Sofia nicht vergessen dürfen, daß der unversöhnliche Serbe jetzt endlich von den Verbündeten die Bezahlung ihrer Schulden für die getreue serbische Gefolgschaft rückwärtslos begehren wird — daß ein solches Bulgarien weniger zu hoffen hat als eines, das nach Ueberwindung dieser Krise gemeinsam mit

Monarchie, wie sie das Staatsrecht definiert, sondern jenes Reich, das tief seit altersher in den Herzen der Völker wurzelt und Hunderttausende hieß, willig für die Zukunft des Habsburgerreichs ihr Blut vergießen, — Vergatterung für alle diejenigen, welche die Donaumonarchie bejahen und nicht einen Trümmern- und Nischenhaufen an ihre Stelle setzen wollen!

Diese Kräftesammlung bedeutet Verfassungsreform. Die Zeit ist versäumt worden, wo sich der Prozeß der Veränderung in sanften Linien vollzogen hätte. Es wäre bitter, folgendster Selbsttäuschung, wollte man wähen, heute noch mit dem das Auslangen finden zu können, was unter Clem-Martinic und zu Beginn der Regierung Seidler noch alle Nationen befriedigt hätte. Taub für alle Warnungen — auch an dieser Stelle wurden sie eindringlich erhoben — sind die Regierungen untätig geblieben und haben die staatszerzehrende Agitation immer stärker anwachsen lassen, bis auch die zuverlässigsten Volkskreise radikalisiert waren. Jetzt ist es spät, aber nicht zu spät, wenn die berufenen Männer die Bedeutungsschwere dieser Zeit erfassen und danach die Größe ihrer Entschlüsse einrichten. Die Deutschen Oesterreichs werden sich dabei vor Augen halten können, daß jede Leistung für Oesterreich in dieser Weltentfaltung auch ein Akt nationaler Treue für das verbündete Volk Deutschlands ist, denn es ist der Weg zur Vernichtung Deutschlands, den die Feinde sich durch die Zertrümmerung Oesterreichs bahnen wollen und den die erfolgreiche Zusammenfassung der österreichischen Kräfte vertrammet.

Jetzt tut aber noch eins not: Unsere Führer müssen zum Volke reden, nicht in spärlichen Versammlungsfundgebungen, sondern in einer großangelegten Aufklärungsarbeit, in der die Bevölkerung über die Bedeutung der Entscheidungen unterrichtet und zur Mitwirkung

an der geistigen Erneuerung des Staates herangezogen wird. Aus dem österreichischen Volke kann man wunderbare Kräfte schöpfen, wenn man es nur ruft. Jetzt gehören die Staatsmänner, die Minister, die Abgeordneten auf die Tribünen. Sagt dem Volke, um was es geht, ruft es an für Oesterreich, für seinen Kaiser, für die politische Errettung dessen, wofür mit den Waffen in der Hand so viele Kinder des Volkes freudig gestorben sind! Mobilisiert Oesterreich zu einer wirklichen Selbstbestimmung, in dem wir alles Gute aus ihm herausholen, das Trennende zurückzwingen und das Einigende voranstellen, um die innere Erneuerung der Staates zu erreichen. So werden wir unüberwindlich sein, wenn heute der Feind auch schon triumphieren möchte.

Aber es ist keine Zeit mehr zu versäumen.

seinen Bundesgenossen sich zu Verhandlungen be gibt, so bleibt doch für die Mittelmächte eine ernste Veränderung von unleugbarem Gewicht.

Es ist jetzt nicht Zeit zu Vorwürfen. Das bulgarische Volk, dessen Soldaten sich in vielen Kämpfen brav geschlagen haben, ist sicher am unschuldigsten an diesen Ereignissen. Der bulgarische Nationalstolz hatte von den Höhen seiner Triumphe schon die Erfüllung seiner kühnsten Träume nahe gesehen und da er sich nun mit einem Male aus dem Glanze ins Dunkel herabgestürzt und seine Hoffnungen schwinden sieht, ist es menschlich verständlich, daß die junge Nation aus dem Gleichgewicht geworfen wird. Da bedarf es großer, eisensfester Führer, um verhängnisvollen Fehlern zu entgehen. Hat Bulgarien diese Führer? Im Jahre 1913 wurden Danew und Ghenadiew das Unglück Bulgariens — hat jetzt nach fünf Jahren das Königreich stärkere Charaktere zu seiner Rettung bereit? Man kann darauf nicht alle seine Hoffnungen bauen. Die Vorsicht gebietet die Entschlüsse besser so zu nehmen, als ob wir Bulgarien heute schon verloren hätten. Militärisch sind diese Entschlüsse gegeben, außenpolitisch haben wir keine zu fassen — denn Oesterreich-Ungarn will den Frieden heute wie gestern und es bleibt unerschütterlich treu an der Seite seines deutschen Bundesgenossen — nach der inneren Front aber sind Taten notwendig, die dem Bögen und Schwanke ein Ende setzen und alle loyalen Kräfte ohne Unterschied der Nation und Partei um den Thron versammeln. Vergatterung für alle, die noch Oesterreich wollen — nicht jenes Oesterreich, wie es nur in den Buchstaben der Staatsgesetze ist, nicht jene Habsburger

## Ein Sonder Schritt Bulgariens.

Das Kabinett Malinow bietet Friedens-  
verhandlungen an.

Sofia, 28. September.

Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet:

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Erwägung der jüngsten Ereignisse und nach der gemeinsam mit allen zuständigen Faktoren erfolgten Erörterung der Lage hat die bulgarische Regierung, von dem Wunsche geleitet, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, den Generalissimus der Armee im Felde ermächtigt, dem Höchstkommandierenden der Entente Streitkräfte in Saloniki die Einstellung der Feindseligkeiten vorzuschlagen, um Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Waffenstillstandes und des Friedens anzubahnen. Die Mitglieder der bulgarischen Delegation sind gestern abend abgereist, um sich mit den Bevollmächtigten der Kriegführenden Entente Staaten in Verbindung zu setzen.

Die dem Regierungsblock angehörenden Parteien veröffentlichen folgende Note: „In Uebereinstimmung mit den Blockparteien hat die Regierung gestern am 25. September, 5 Uhr nachmittags, dem Gegner einen offiziellen Waffenstillstands- und Friedensvorschlag gemacht. Die Blockparteien appellieren an die Armee und die Bevölkerung, die militärische und die öffentliche Disziplin zu wahren, die so notwendig ist, um das in diesen entscheidungsschweren Augenblicken eingeleitete Friedenswerk glücklich zu Ende zu führen. Die Nationalversammlung ist für den 30. September einberufen worden.“

## Eine Wendung?

Köln, 27. September.

Ein Berliner Telegramm der „Kölner Zeitung“ meldet:

Die Festigung der militärischen und politischen Lage Bulgariens macht Fortschritte. Der bulgarische Oberbefehlshaber General Todorow handelt in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung der Verbündeten, von der er Weisungen erbat.

### Das bulgarische Angebot

Der Angriffs-Feldzug der Ententetruppen auf dem Balkan hat offenbar die Lage Bulgariens schwer erschüttert, so schwer, daß der verantwortliche Ministerpräsident sich zu einem folgenschweren Schritte entschlossen hat, von dem die Welt durch eine Meldung der Wolff-Agentur in Berlin unterrichtet worden ist. Malinow hat dem Führer der Ententetruppen das Angebot eines Waffenstillstandes gemacht. Nach der erwähnten Wolff-Meldung sei dieses Angebot erfolgt, ohne daß der König und die Kaiserleitung ihre Zustimmung dazu gegeben hätten. Wolff fügt bei, die Opposition gegen das Vorgehen Malinows mache sich mehr und mehr geltend. Uebrigens seien deutsche Truppen zur Entlastung der bulgarischen Armee schon unterwegs.

Es scheint sehr unwahrscheinlich, daß Malinow sich zu einem Schritte von solcher Tragweite entschlossen habe, ohne die Gewähr einer starken Rückendeckung. Ob er eine solche bei den jetzt regierenden Kreisen zu finden glaubt, die er vor die vollendete Tatsache gestellt hat, oder bei der großen Masse des Volkes, die nicht nur in Bulgarien, sondern überall nichts so sehr herbeisehnt, als das Ende des Mordens, bleibe dahingestellt.

Für die eingeweihten Kreise kommt das Angebot ja nicht überraschend. Trotz der verschiedenen offiziellen Dementi ist es ein ziemlich offenes Geheimnis, daß ein ehemaliger bulgarischer Minister schon seit geraumer Zeit in enger Fühlung mit den Alliierten steht. Er genießt unter den Alliierten, besonders in Paris und London, große Sympathien, die sich auf alte Traditionen stützen.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Offensive der Alliierten an der Saloniki-Front wurden den Bulgaren in der Pariser Presse sozusagen die letzten Ratschläge erteilt, in denen es hieß, daß, wenn Bulgarien seine nationalen Interessen wahren wolle, es sich jetzt endgültig entscheiden müsse. Beachtenswert ist auch eine Meldung aus Sofia vom 25. September, in der es hieß: „Seit gestern abend müssen die Lokale um 9 Uhr geschlossen werden. Der Aufenthalt auf der Straße ist nach 9 Uhr gleichfalls verboten. Seit Sonntag findet täglich ein Minister-rat unter der Teilnahme des königlichen Geheimkammerers Dobrowitsch statt. Gestern abend fand eine Audienz Malinows beim Zaren statt, die die Gerüchte über eine Regierungskrisis verschärft. Der Vertreter der Oppositionspartei verlangte in der gestrigen Sobranje-Aufklärung über die Lage. Es soll eine liberale-militärische Neuorientierung bevorstehen. Die letzten Entscheidungen liegen beim Zaren, von dem man sagt, daß er sein Programm schon in großen Zügen festgelegt habe. Die Zeitung „Korob“, Organ der bulgarischen Sozialisten, fordert das Volk und Heer zur Pflichterfüllung auf.“

## Haag als Standort der unverbindlichen Friedensbesprechungen.

### Eine österreichisch-ungarische Note an Holland.

Wien, 28. September.

Österreich-Ungarn hat der holländischen Regierung vorgeschlagen, sie möge gestatten, daß der Haag als Standort für die vorläufigen Friedensbesprechungen, wie sie unsere Note beantragt hat, gewählt werde. Holland hat geantwortet, daß die Königin Wilhelmina sich jederzeit glücklich fühlen würde, die Gastfreundschaft ihrer Residenz den Kriegführenden zur Verfügung zu stellen. Zu gleicher Zeit wird mitgeteilt, daß Holland sämtlichen Kriegführenden den österreichisch-ungarischen Vorschlag übermitteln werde. Die Monarchie zeigt durch diese Note, daß sie tatsächlich an ihrem Friedensschritte festhält und daß sie Wert darauf legt, auch den Neutralen durch diese Tat zu beweisen, daß es ihr ernst sei mit dem Streben, dem Kriege ein Ende zu machen. Zu gleicher Zeit ist dieser Schritt eine Freundlichkeit gegen Holland und ein Zeichen, daß unsere Beziehungen zu diesem Staate günstige sind. Denn es ist sicher, daß der Staat, in welchem die Friedenskonferenz stattfinden würde, in dieser Zeit sozusagen der Mittelpunkt der Welt wäre, den größten Zustrom hätte und auch politisch als unparteiisches Element Bedeutung erhielte. Holland ist im gewissen Maße und ohne die Verdienste der Schweiz, die so große sind, herabsehen zu wollen, wie vorausbestimmt zur Abhaltung der Friedenskonferenz. Es ist leicht von Deutschland, von Frankreich, von England und, wenn auch natürlich mit anderem Maßstabe gemessen, von Amerika zu erreichen, und vor allen Dingen: Haag ist schon seit beinahe dreißig Jahren das Zentrum aller Bestrebungen zur Sicherung des Friedens. Es klingt heute wie ein Märchen, wenn man sich erinnert, daß Jar Nikolaus es war, auf dessen Veranlassung der große Friedenspalast auf der Scheveninger Avonne errichtet wurde und daß Carnegie dreihunderttausend Pfund zu seiner Ausfüllung beigetragen hat. In diesem Friedenspalaste versammelten sich die Vertreter von sechzehn Staaten, die den Vertrag über die schiedsgerichtliche Erledigung der gegenseitigen Streitigkeiten miteinander schlossen. Es sind jedoch nur vier Fälle vor dieses Schiedsgericht gekommen. Eine Streitigkeit über einen religiösen Fonds in Kalifornien, dann die große Streitfrage wegen Venezuela, ferner eine Streitfrage über eine japanische Steuer und zuletzt ein Konflikt über die Unabhängigkeit eines arabischen Küstenstaates. Noch wichtiger war jedoch die Haager Konvention vom Jahre 1907, die von nicht weniger als dreiundvierzig Staaten unterzeichnet und in der vierzehn wichtige Erklärungen beschlossen wurden, deren Inhalt freilich in diesem Kriege stark abgenützt worden ist.

Dennoch bleibt die Bedeutung der Tatsache bestehen, daß eine Einigung der Mächte über so wichtige Angelegenheiten überhaupt hat stattfinden können. Schon damals war Holland die neutrale Macht, zu der alle Vertrauen hatten und auch während des Weltkrieges hat die Neutralität dieses Staates trotz aller Anfechtungen und Verletzungen sich über jeden Zweifel erhalten. Es ist noch in guter Erinnerung, wie plötzlich die Gerüchte von einer englischen Landung auftrachten, wie Holland gezwungen wurde, sich förmlich bis auf die Zähne zu waffnen, um die Drohungen abzuweisen. Holland hat Kolonien und bedarf der Einfuhr von Nahrungsmitteln. Dennoch hat es sich nicht dem Drucke der Entente vollständig unterworfen, auch nicht in dem großen Konflikte in der Frage der Durchfuhr von Riez nach Deutschland und es war die einzige unter den neutralen Mächten, die nicht duldete, daß bewaffnete Handelsschiffe in die Häfen einliefen. Alle Gewalttätigkeiten und alle Schmerzen des Hungerkrieges haben die Richtlinie der holländischen Politik nicht verändert, die in den Thronreden der Königin und in den Reden der Minister immer wieder betont wurde: Bewahrung der Neutralität und Erhaltung der Unabhängigkeit. Die österreichisch-ungarische Monarchie zeigt mit ihrem Antrage, wie hoch sie diese Grundsätze schätzt und wie sehr sie von der Unparteilichkeit und Ehrlichkeit der holländischen Friedensliebe überzeugt ist. Zugleich ist dieser erste praktische Schritt, der

die Friedensfrage mit Holland in eine gewisse innere Verbindung bringt, ein erneuter Beweis der Friedensliebe und bis in die Einzelheiten wird dargetan, daß die Monarchie ihren Friedensschritt und den Wunsch nach unverbindlichen Besprechungen aufrechterhält.

### Holländische Zustimmung zu dem österreichisch-ungarischen Vorschlag.

Haag, 28. September.

Das Korrespondenzbureau meldet: Der zeitweilige Geschäftsträger von Österreich-Ungarn hat am 25. d. im Auftrage seiner Regierung dem Minister für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt, daß Österreich-Ungarn es mit Anerkennung sehen würde, wenn die Residenzstadt der Königin für die Abhaltung von solchen Verhandlungen, wie sie in der von der k. u. k. Regierung an alle kriegführenden Regierungen gerichteten Note vom 14. d. vorgeschlagen wurden, zur Verfügung gestellt würde.

Auf diesen Schritt hat der Minister des Aeußern dem k. u. k. Geschäftsträger folgende Antwort gegeben: „Die niederländische Regierung hat sich bei der Handhabung der Neutralität nicht nur durch Erwägungen, die ausschließlich auf die eigenen Interessen des Landes gerichtet waren, leiten lassen, sondern es war ihr von Beginn an daran gelegen, ihre neutrale Haltung der Gastfreundschaft gegenüber den Kriegführenden dienlich zu machen. In Uebereinstimmung mit dieser durch die niederländische Regierung befolgten Haltung ist es ihr angenehm, zu erklären, daß die Königin sich jederzeit glücklich schätzen werde, die Gastfreundschaft ihrer Residenz für Zusammenkünfte zur Verfügung zu stellen, die beide kriegführenden Gruppen dort abzuhalten wünschen würden. Die Regierung hat, da sie der Ansicht war, daß sie die Regierungen der anderen kriegführenden Länder von dem durch Österreich-Ungarn gemachten Schritt und der darauf erteilten Antwort nicht in Unkenntnis lassen könne, den niederländischen diplomatischen Vertretern in diesen Ländern telegraphisch den Auftrag erteilt, den betreffenden Regierungen von beiden Mitteilung zu machen.“

## Der Standpunkt des Königs Ferdinand.

## Die Lage in Bulgarien.

Von Adolf Strauß.

Professor der Orientalischen Akademie in  
Budapest.

Budapest, 28. September.

Die Konsternation über die Vorgänge in Bulgarien ist vielfach dem Umstande zuzuschreiben, daß man bei uns die ethnische Konstruktion der bulgarischen Bevölkerung nicht genau kennt und nicht richtig beurteilt. Das bulgarische Volk setzt sich aus drei Bestandteilen zusammen, aus Slawen, aus turanischen und griechischen Elementen. Eine einheitliche Stimmung kann also unmöglich zustande kommen. Ich halte es für schwer möglich, daß sich die gegenwärtige Bewegung auf die ganze Nation erstreckt. Das Vorgehen der Armee ist das Ergebnis jener Agitation, welche die gegenwärtige Regierung in ihrer Oppositionszeit entfaltet hat. Die Majorität der gegenwärtigen Regierung ist zweifellos franzosenfreundlich. Sie hat gewiß im Innern eine Entwicklung herbeigeführt, die ihr eine Verbindung mit der Entente ermöglicht. Andererseits ist es sehr wahrscheinlich, daß die gegenwärtige Regierung der um sich greifenden Bewegung gegenüber ohnmächtig ist. Es ist jedenfalls sonderbar, daß in einem Lande, wo die Zensur ziemlich streng gehandhabt wird, ein halb-offiziöses Blatt wie die „Bojski Zvezdica“ (Militärblatt) in den letzten Tagen Nachrichten höchst verdächtigen Inhaltes publizieren durfte.

So viel ich weiß — und mein Urteil ist nicht auf bloße Vermutung gegründet — hat König Ferdinand auf die Friedensdémarche seiner Regierung keine Ingerenz genommen, noch war er hierzu imstande.

Ich hatte in der letzten Zeit mehrfach Gelegenheit, persönlich mit dem König von Bulgarien und dem Thronfolger Boris zu sprechen. Ich kenne ihren Standpunkt genau. Ihr Standpunkt drückt sich im Festhalten an der gemein-

samen Sache der Centralmächte aus. Der bulgarische König betrachtet die Einhaltung der Vertragspflichten seines Landes als eine Ehrensache.

Für den Kenner der Verhältnisse wirft sich angeichts der Lage die Frage auf, unter welcher Einwirkung das bulgarische Volk in einem Gegensatz zu jenem König gebracht wird, welchem es politisch, militärisch und kulturell so unendlich viel verdankt. Jeder Bulgare weiß, daß König Ferdinand das moderne Bulgarien aus eigenster Initiative aufgebaut und sein ganzes Leben diesem hohen Berufe geweiht hat. Ich bin der Ansicht, daß es die allgemeine Kriegsmüdigkeit des seit sieben Jahren in ununterbrochenem Kampfe stehenden Volkes, der Mangel an Lebensmitteln, Bekleidung und sonstigen Material, in erster Reihe aber die Machinationen der Entente gewesen sind, welche diese Entwicklung gezeitigt haben, jener Entente, die mit einer Reihe einflussreicher politischer Führer im steten Kontakt stand und diesen alle Mittel zur Verfügung stellte, um die Lage für sich auszunützen.

Zu den militärischen Gründen des Niederbruchs ist jedenfalls die Tatsache zu zählen, daß die bulgarischen Frontsoldaten infolge der verhältnismäßig geringen Bevölkerungszahl des Landes nicht ausgewechselt werden konnten, so daß sie schon seit sieben Jahren die Front nicht verlassen haben.

Die gegebenen Umstände zusammenschauend, möchte ich sagen, daß es mit Hilfe einer ausgiebigen militärischen Unterstützung seitens der Centralmächte gelingen könnte, das bulgarische Volk auf jenen Weg zurückzuführen, der allein im Interesse seiner zukünftigen Entwicklung liegt.

29./X. 1918

### Eine Botschaft des Königs Ferdinand an Kaiser Karl.

Wien, 28. September.

Wie verlautet, hat König Ferdinand von Bulgarien an Kaiser Karl eine Botschaft gerichtet, in welcher er Kaiser Karl seiner Bundestreue versichert.

### König Ferdinand und das Friedenssuchen Bulgariens.

#### Authentische Meldungen über die Lage des Königs.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 28. September.

Aus Sofia sind Herrn Professor Dr. Adolf Strauß, der schon in Friedenszeiten mit König Ferdinand von Bulgarien in Verbindung stand, folgende authentische Meldungen zugekommen:

König Ferdinand verharret auf seinem Bosten und tritt den Ereignissen in der Hoffnung auf die Hilfe der Centralmächte entgegen.

Der König hat die Friedensverhandlungen nicht gebilligt und auch von der Friedensdemarche seiner Regierung nichts gewußt.

Von maßgebender ungarischer Seite ist nach Sofia mitgeteilt worden, daß bereits ausreichende Hilfe auf dem Wege ist.

1./X. 1918

## Kaiser Wilhelm für die Parla- mentarisierung.

Handsreiben des Kaisers an den Reichskanzler.

Berlin, 30. September. Das Wolffsche Bureau meldet:

Se. Majestät der Kaiser hat an den Grafen von Hertling folgenden Erlaß gerichtet:

„Euer Exzellenz haben mir vorgetragen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Uebernahme des Reichskanzleramtes in ernster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung

der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Großes Hauptquartier, 30. September 1918.

Gez. Wilhelm I. R.

Graf von Hertling.“

Der Erlaß des deutschen Kaisers an den Grafen Hertling stellt ein bedeutames Ereignis in der inneren Geschichte des Deutschen Reiches dar. Es handelt sich bei der jetzigen Kanzlerkrise nicht bloß um einen Personen-, sondern um einen Systemwechsel. Kaiser Wilhelm erklärt, daß es sein Wille sei, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen sollen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Damit wird ein neuer Weg, der in Deutschland bisher nicht gegangen wurde, betreten. Das parlamentarische Prinzip, das im Deutschen Reiche keine Geltung hatte, beginnt sich durchzusetzen. Offenbar hat viel die Zusammenschließung der Mehrheitsparteien dazu beigetragen, daß sie sich auf eine gemeinsame Basis einigten und die Abschaffung des § 9 der Verfassung verlangen, nach welchem kein Bundesratsmitglied gleichzeitig Abgeordneter sein darf. In der ersten Stunde, die wir jetzt durchleben, soll eine Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes erfolgen, um die Widerstandskraft der Nation zu stärken und den Feinden zu beweisen, daß ganz Deutschland fest entschlossen ist, seinen Besitz und seine Existenz zu verteidigen. Wer das Erbe des Grafen Hertling übernehmen wird, steht bis zur Stunde noch dahin. Allein der Wille des deutschen Volkes, seine ihm gebührende Stellung in der Welt zu behaupten, muß sichtbar dadurch an den Tag treten, daß alle Schichten der Bevölkerung sich vereinigen, um darzutun, daß Deutschland das Schwert nicht gezogen hat, um Eroberungen zu machen, sondern um seine Lebensinteressen zu wahren. Der Erlaß Kaiser Wilhelms an den Grafen Hertling weist den Weg, der zu diesem Ziele führt, und wir stehen vor einer vollständigen Neugestaltung der inneren Verhältnisse im Deutschen Reiche.

1./X. 1918

**Der Abschluß des Waffenstillstandes.**  
Alle Bedingungen von den Bulgaren angenommen. Die Feindseligkeiten eingestellt.

Paris, 30. September.

Künftig wird gemeldet:

Der Waffenstillstand mit Bulgarien ist gestern abend in Saloniki von dem Oberbefehlshaber General Franchet d'Esperey und den bulgarischen Abgesandten, die alle vom Oberkommando gestellten Bedingungen annahmen, unterzeichnet worden.

Die Feindseligkeiten sind eingestellt. General Franchet d'Esperey hat die Weisung erhalten, unverzüglich an die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu schreiten.

1./X. 1918

**Vertagung der Sobranje auf Freitag.**

(Telegramm der Neuen Fidele Presse.)

Budapest, 30. September.

Die Sobranje hielt nur eine kurze Sitzung und vertagte sich sodann bis Freitag, an welchem Tage sie ihre Beschlüsse fassen wird.

## Die Ereignisse in Bulgarien.

**Die Eröffnung des Sobranje mit der Thronrede und Vertagung bis Freitag.**

Sofia, 30. September. (Meldung der Agence Telegraphique Bulgare.) Ministerpräsident Malinow eröffnete heute die außerordentliche Session des Sobranje mit folgender im Namen des Königs verlesenen Thronrede:

Meine Herren! Die allgemeine Lage des Landes und die besondere Sorge, deren es bedarf, um die zahlreichen Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, die heldenhaft ihre Pflicht erfüllt hat, haben im Mai dieses Jahres die Bildung der gegenwärtigen Regierung notwendig gemacht.

Meine Herren Deputierten! Meine von der öffentlichen Meinung designierte und von meinem Vertrauen getragene Regierung hat während des kurzen Zeitraumes, während dessen sie die Geschäfte des Landes führte, alles getan, was die Umstände ihr gestatteten, um die zahlreichen und schweren Probleme zu lösen, die die durch eine Reihe von Kriegsjahren geschaffene Lage ihr gestellt hat.

Meine Herren Deputierten! Von der größten Loyalität gegen unsere Verbündeten erfüllt, hatten ich und meine Regierung nichts anderes im Auge, als unsere Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen und ihm sowie unseren tapferen Truppen die Möglichkeit zu geben, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, entsprechend den schmerzlichen Opfern, die das Volk zur Erringung seiner Einheit auf sich genommen hat. In diesem Sinne wurde getan, was möglich war. Schließlich hat meine Regierung nach reiflicher Erwägung der Lage beschlossen, unseren zahlreichen Gegnern den Vorschlag zu machen, in Verhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes und eventuell eines Friedens einzutreten.

Meine Herren Deputierten! Die Regierung, die die geschaffene Lage und die Fülle der Fragen vor Augen hat, welche diese aufgeworfen hat und noch aufwerfen kann, hat beschlossen, die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ausschließt, daß die Nationalversammlung in dieser außerordentlichen Tagung sich mit anderen Angelegenheiten wird beschäftigen können, die durch die Notwendigkeiten der gewöhnlichen regelmäßigen Verwaltung sich aufdrängen würden.

Meine Herren! In der Ueberzeugung, daß Sie in Ihren Beratungen und Entschliessungen jene Geschicklichkeit, Weisheit und patriotische Gesinnung an den Tag legen werden, die der gegenwärtige Augenblick erfordert, flehe ich den Segen des Allmächtigen auf Ihre Arbeiten herab und erkläre die vierte außerordentliche Session der 17. ordentlichen Nationalversammlung für eröffnet. Es lebe Bulgarien! (Langanhaltender Beifall.)

Nach Verlesung der Thronrede folgte die übliche kurze gottesdienstliche Handlung, worauf

Ministerpräsident Malinow vorschlug, daß das Sobranje sich bis Freitag vertagen möge, damit er vor den Vertretern der Nation eine erschöpfende Darstellung über die allgemeine Lage und namentlich über die behufs des Abschlusses eines Waffenstillstandes und des Friedens eingeleiteten Verhandlungen geben könne. Die Versammlung nahm diesen Vorschlag an, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

### Beschlüsse der Bauernpartei.

Sofia, 1. Oktober. (Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.) Die parlamentarische Gruppe der Bauernpartei, deren beide gesonderten Fraktionen sich soeben von neuem vereinigt haben, hielt gestern eine Versammlung ab, die der Beratung über die Lage gewidmet war. Die Partei beschloß, mit allen ihren Kräften auf eine Konsolidierung der Front (?) und die Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande sowie darauf hinzuwirken, daß sich alle guten Patrioten um die Regierung scharen, wobei die Partei im Einvernehmen mit allen anderen politischen Gruppen, die die gleichen Anschauungen hegen, vorgehen wird.

**Bulgarien empfiehlt sich dem Wohlwollen der Entente.**

London, 30. September. (Privat.) Reuter meldet, daß Bulgarien bei Abschluß des Waffenstillstandes sich den gestellten Bedingungen unterworfen und dem Wohlwollen der Entente empfohlen habe.

### Kampf mit Deserturen vor Sofia.

Sofia, 30. September. Die gegen Sofia vordringenden Deserture sind von den Regierungstruppen bis Wladaja im Vitozdofile zurückgedrängt worden. Für die Hauptstadt besteht keine Gefahr.

### Die deutsch-österreichisch-ungarische Gegenbewegung.

Paris, 30. September. (Privat.) Das „Journal“ meldet: Während die Bulgaren zurückgehen und die alliierten Truppen in der Richtung Sofia vorrücken, bereiten die Deutschen, Österreicher und Ungarn eine Gegenbewegung vor und ziehen starke Streitkräfte zusammen. Man sagt, daß Generalfeldmarschall Mackensen wieder auf diesem Kriegsschauplatz erschienen ist. In einem Bewegungskrieg, der von schwachen Streitkräften auf einem ausgedehnten Gefechtsgebiet geführt wird, muß man mit allen Möglichkeiten rechnen. Nichts ist gefährlicher als der Gedanke, daß wir bis zur Donau nur einen militärischen Spaziergang zu machen brauchen.

## Einstellung der militärischen Operationen Bulgariens.

### Bericht des bulgarischen Generalstabes.

Sofia, 1. Oktober. (Amtlich.)

Gemäß den Bestimmungen des abgeschlossenen Waffenstillstandes sind die militärischen Operationen von heute an eingestellt.

### Die Bedingungen des Waffenstillstandes.

London, 1. Oktober.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist der bulgarische Waffenstillstand sofort in Kraft getreten und bleibt bis zum Abschlusse der Friedensverhandlungen in Kraft. Er ist rein militärischer Natur und wurde von einem französischen General und nicht von Diplomaten abgeschlossen. Unter seinen Bestimmungen befinden sich folgende: Sofortige Räumung der besetzten Teile Griechenlands und Serbiens; sofortige Demobilisierung der Armee und Uebergabe der Transportmittel aller Art von Schiffen und Eisenbahnen an die Alliierten. Die Alliierten werden die Aufsicht über die Waffen ausüben, die gesammelt und an verschiedenen Stellen des Landes aufgespeichert werden müssen. Die Alliierten erhalten freien Durchzug durch Bulgarien und werden Punkte von strategischer Bedeutung besetzen. In Bulgarien selbst wird die Besetzung durch englische, französische und italienische Truppen durchgeführt werden, während die griechischen Bezirke durch griechische und die serbischen durch serbische Truppen besetzt werden sollen.

Territoriale Aenderungen am Ende des Krieges wurden mit keinem Worte erwähnt. Man beschloß, alle diese Fragen bis zu den allgemeinen Friedensverhandlungen aufzuschieben, denn es wäre sehr verhängnisvoll, Streitfragen Einfluß auf die Führung des Krieges ausüben zu lassen. Durch Abschluß dieser Unterhandlungen hofft man auf dem Balkan einen dauernden Frieden zu sichern.

2./X. 1918

## Die Ursache der jüngsten Ereignisse in Bulgarien.

Ein Gespräch mit General Raidenow.  
Kriegsminister im Kabinett Radoslawow.  
(Telegrogramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 1. Oktober.

Der Kriegsminister im Kabinett Radoslawow, General Raidenow, der zum Kurgebrauch in Litra-Domnicz sich aufhält, hatte die Liebenswürdigkeit, Ihren Bericht erstatter zu empfangen, um ihm über die Ursachen, die zu den jüngsten Ereignissen geführt haben, und über die voraussichtliche Gestaltung der Dinge auf dem Balkan eine Unterredung zu gewähren.

Der General erklärte: „Die Ereignisse an der bulgarischen Front haben mich im ersten Augenblick auf das höchste überrascht. Ich war vor einem Jahre an der mazedonischen Front. Diese Front war von günstiger natürlicher Gestaltung und überaus stark befestigt. Es herrschte die einmütige Auffassung unter den Offizieren und der Mannschaft, daß diese Front gegen alle Angriffe des Feindes gehalten werden könne und daß ein Durchbruch unmöglich sei. Seither hat sich viel zgetragen, was im Endergebnis zum jetzigen Unglück geführt haben kann. Der Feind hat nicht bloß mit den Waffen gekämpft, sondern auch mit den Mitteln der Propaganda. Er ließ nichts unversucht, um die Stimmung der bulgarischen Truppen und des bulgarischen Volkes zu erschüttern.

Verschiedene Umstände begünstigten diese Tätigkeit des Feindes. Die bulgarischen Soldaten, deren Tapferkeit sich seit einem Jahrzehnt glänzend bewährt hat, sahen sich in den letzten Monaten einer ganzen Welt von Feinden gegenüber. Inzwischen haben sich die Feinde an der Front noch verstärkt. In der Propagandatätigkeit des Feindes wurde darauf hingewiesen, daß Bulgarien die Nordbroschschawrenthalten wurde. Auch die Tatsache machte einen schlechten Eindruck, daß die Türkei trotz des Vertrages vom Jahre 1915 die Maritimafrage wieder aufgerollt hat. Alle diese Umstände konnten nicht dazu beitragen, im Volke und im Heere eine ermutigende Wirkung auszuüben. Das Land steht seit dem Jahre 1912 nahezu ununterbrochen im Krieg, und es macht sich auch bei den Soldaten eine gewisse Kriegsmüdigkeit geltend. Schließlich darf die materielle Ueberlegenheit des Feindes an der mazedonischen Front nicht außer acht gelassen werden. Es scheint, daß der Feind in den letzten Monaten über eine bedeutende Ueberlegenheit an Truppen wie an Geschützen, Munition und an sonstiger technischer Ausrüstung verfügt hat.

Unter solchen Umständen konnte es nicht wundernehmen, wenn es gelang, die bulgarische Front einzudrücken. Trotz alledem sehe ich der Zukunft mit Zuversicht entgegen. Ich bin fest überzeugt, daß die Lage noch gerettet werden kann. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn im entsprechenden und ausreichenden Maße Truppen nach Bulgarien schicken. Dann wird es gelingen, die Lücke an der Front auszufüllen, eine einheitliche Front herzustellen und den Feind aus dem eroberten Territorium zu verdrängen. Wenn eine genügende Menge deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Mazedonien erscheint, wird die Zuversicht auf die eigene Kraft und auf die Kraft der Verbündeten im bulgarischen Volke wieder zurückkehren, und es wird rasch gelingen, die Krise zu überwinden. Die Nachricht, daß König Ferdinand den General Sawow telegraphisch einberufen habe, um ihm den Oberbefehl zu übertragen, würde mich, wenn sie den Tatsachen entspricht, in meinem Vertrauen auf eine glückliche Wendung der Dinge bestärken. General Sawow ist ein tüchtiger, jähiger Heerführer, dessen Feldherrntalent ich als sein Mitarbeiter im Balkankrieg kennen gelernt habe. Er wäre der geeignete Mann, um die Front wiederherzustellen.

2./X. 1918

**Parlamentarisierung in Deutschland.  
Ein Handschreiben Kaiser Wilhelms  
an den Reichskanzler.**

B. Berlin, 30. September. Das Wolffsche Bureau meldet:

Se. Majestät der Kaiser hat an den Grafen von Hertling folgenden Erlaß gerichtet:

Ihr Excellenz haben mir vorgebracht, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Übernahme des Reichskanzleramtes in ernster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk willkämmer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Wort damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gemollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Großes Hauptquartier, 30. September 1918.

Gez. Wilhelm I. R. Graf von Hertling.

# Die Gewaltherrschaft der Weltdemokratie.

Von Prof. Dr. Bruno Amendörffer.

Wenn es erst noch nötig gewesen wäre, den Beweis zu erbringen, daß Demokratie und Freiheit zwei Dinge sind, die miteinander nicht mehr zu tun haben als der Esel mit dem Lautenschlagen, so hat diesen Beweis der Venter der größten Demokratie der Erde, Herr Woodrow Wilson in einwandfreier Weise erbracht. Ich denke dabei nicht so sehr an die Tatsache, daß er das jüngste Friedensangebot des Grafen Burian abgelehnt hat, als an die begleitenden Umstände dieser Ablehnung. In jedem anderen Staate, gleichgültig, ob Monarchie oder Republik, hätte das Staatsoberhaupt auf ein Allenstück von solcher Wichtigkeit nicht mit derartiger Fügigkeit erwidern können, denn es hätte seine Ratgeber oder auch die Vertreter des Volkes befragen müssen. Dem Präsidenten des „freiesten Staates der Erde“ allein war es möglich, sozusagen postwendend und aus höchst eigener Entschliezung eine Frage zu erledigen, die Millionen bis ins tiefste erregte.

Aus dieser Tatsache ergibt sich nun aber, daß es im wesentlichen gleichgültig ist, ob das Staatsoberhaupt erblich oder gewählt, ob ein Staat die Form der Republik oder der Monarchie hat, ob man ihn endlich als Demokratie oder als „Obrigkeitsstaat“ bezeichnet. So lange der Präsident des amerikanischen „Freistaates“ der Präsident des großen amerikanischen „Freistaates“ im Amte ist, vollends zu Kriegszeiten, vereinigt er eine Macht in seinen Händen, der nicht einmal die des einstigen Zaren zu vergleichen ist. Man werde nicht ein, der große Unterschied sei der, daß in Amerika das Volk in freier Wahl dem einen Manne die Fülle der Macht übertragen habe. Damit wird nämlich offenbar der Kern der Sache nicht getroffen, denn es handelt sich darum, daß auch in der Republik, wie Figura zeigt, ein ganzes Volk dem schrankenlosen Willen eines Einzigen ausgeliefert werden kann. Daß das Volk sich selbst den Tyrannen erwählt hat, zeigt doch nur, daß es eben seine rechte Vorstellung von dem hat, was man gemeinhin unter politischer Freiheit versteht und daß

es geneigt ist, sich mit dem bloßen Scheine der Freiheit — gegenwärtig ist freilich auch der flöten gegangen — zu begnügen. Aber man braucht nicht erst Präsident von U. S. Amerika zu sein, um in demokratischen Formen, richtiger hinter demokratischen Kulissen, die Macht eines Gewaltherrschers auszuüben, es geht, wenn man näher zusieht, überall, wo demokratische Formen herrschen. Ich sage absichtlich demokratische Formen, denn es liegt im Wesen der Demokratie, daß sie notwendig immer nur Form ist und daß sie eigentlich gar kein Wesen besitzt. Da es undenkbar und undurchführbar ist, dem demokratischen Ideale, das darin bestünde, daß das Volk selbst, also das ganze Volk, herrscht, auch nur nennenswert nahe zu kommen, ist sie dazu verurteilt, immer nur ein Scheindasein zu führen. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Wenn aber jemand herrscht, muß er jemandem herrschen. Auf die Demokratie angewendet, heißt dies, das Volk beherrscht sich selbst, was offenbar Widerspruch ist. Man wird natürlich einwenden, so sei es nicht gemeint, es solle nur besagen, daß jeder Staatsbürger Einfluß auf die Regierung habe, sei es auch nur in der Weise, daß er durch die Abgabe seiner Wahlstimme bei der Uebertragung der ausübenden Gewalt an deren sichtbaren Träger mitwirke. Das klingt ja ganz nett. Aber ich frage, was hat nun joterer Staatsbürger davon, wenn durch seine Stimme dazu beigetragen wird, daß einer seiner Landsleute schrankenlos Macht über ihn, den Wähler, erhält. Er ist bestenfalls in der Lage des bekannten Kalbes, das die Genugtuung hat, seinen Metzger selbst gewählt zu haben, was ein alter Wessenspruch als Gipfel der Torheit bezeichnet, und doch ist dieses Verhältnis eigentlich das Wahrzeichen der Demokratie. Die Sache liegt eben so, daß ausnahmslos bei allen politischen Wahlen von einer freien Stimmenabgabe überhaupt — für die breite Masse, die entscheidet — keine Rede sein kann, sondern Suggestion, Ueberredung usw. entscheidet. Es ist aber für den, der auf die Sache steht und nicht auf den Schein, völlig belanglos, ob mein Wille auf diese oder auf jene Weise ausgeschaltet wird, und das Medium, das der suggestiven Kraft des Hypnotiseurs unterliegt, kann gewiß

nicht frei handeln. Es beruht eben, darüber sollte man sich doch endlich klar werden, alle politische Betätigung der Masse ausschließlich auf Beeinflussung und Leitung durch einige wenige, welche die eigentlichen Drahtzieher sind. Gelingt es ihnen, hübsch im Verborgenen zu bleiben oder gar noch in der Menge die Suggestion zu erwecken, daß sie aus freiem Willen handeln, dann ist das demokratische Ideal auf Erden verwirklicht. Man mag also die Sache drehen und wenden wie man will; der Gebrauch der durch die Gesetze verbürgten aktiven politischen Rechte beruht allüberall und immer zum guten Teile auf einer Täuschung, auf der nämlich, daß man sie nach eigenem Willen gebrauchen könne, während doch die meisten Menschen nur fremdem Willen dabei dienen. So ist offenbar, was Wilson in Amerika, Lloyd George in England, er und sein Anhang leben nur von der suggestiven Kraft, die sie auf die Masse wirken lassen. Dasselbe gilt von Clemenceau. Am deutlichsten aber wird dieses Verhältnis in der Demokratie im bolschewistischen Rußland, das seit mehr denn Jahresfrist nach der Pfeife der Herren Trotski und Lenin tanzt. Dies freilichlicher und menschenwürdiger zu finden, als dem Willen eines tüchtigen Herrschers, in dem alte Ueberlieferungen lebendig sind, zu gehorchen, ist doch lediglich Geschmacksache, denn der Täuschung, daß durch Volkswahl mit größerer Sicherheit der Tüchtigste die bekannte freie Bahn erobert, kann doch nur der leichteste Venter erliegen. Vielmehr entscheidet bei Volkswahl entweder die geschicktere Macho des Wahlwerbers oder aber der blinde Zufall, der bei erblichen Herrschern immerhin durch die erwähnte Ueberlieferung und durch Vererbung noch erträglich gemacht werden kann. Auch die Tatsache gibt zu denken, daß ganz regelmäßig die feurigen und leidenschaftlichsten Freiheitskämpfer bei näherer Betrachtung nahezu ausnahmslos Herrschernaturen, oft auch Herrschsüchtige im niedersten Sinne, sind. Sie meinen eben nur immer ihre Freiheit, wenn sie von ihr reden.

Nun leben wir derzeit aber mitten in einer Hochflut demokratischer Strömungen und Forderungen. Man beobachte einmal die Führer dieser Bewegungen: neun Zehntel von ihnen sind — abgesehen von dem einen Zehntel, harmloser, weltfremder Idealisten — Leute, die im Wege der Demokratie etwas werden, etwas erreichen wollen, die alle in mehr oder minder naiver Weise das Wort von der eben erwähnten freien Bahn für die Tüchtigen in erster Linie auf sich selbst angewendet wissen wollen. Wie es dann mit der Freiheit derer steht, die ihnen auf die Bahn geholfen haben, das beweist eben nichts besser, als die Gewaltherrschaft der Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Trotski, Lenin usw. Daß solche Männer für schrankenloses allgemeines Wahlrecht, für Weiberstimmrecht und für die Herabsetzung der Altersgrenze bei Erteilung der politischen Rechte sind, kann doch kaum wundernehmen, denn je größer der Kreis der beeinflussbaren, der suggestiblen Masse, desto mehr doch kaum wundernehmen, denn je größer der Kreis der beeinflussbaren, der suggestiblen Masse, desto mehr blüht ihr Weizen. Und welcher Teil der Menschheit wäre leichter zu beeinflussen als Weiber und Jugendliche? Freilich das Rezept ist so herzerhebend ein-

fach: man erteile womöglich schon den Volksschülern das Wahlrecht und die Freiheit wird immer größer, denn die Zahl der „Freien“ wächst ja ins Unendliche. Daß das Maß der Freiheit nichts mit der Masse der politisch Berechtigten zu tun hat, sondern lediglich davon abhängt, was der einzelne mit ihr anzufangen versteht, diese unangenehme Wahrheit vermag unsere landläufige Demokratie aus naheliegenden Gründen nicht zu begreifen. So geht es denn lustig allüberall auf Erden den Berg hinab zur schrankenlosen demokratischen Freiheit, die schließlich in den Sumpf führen muß. Dann, aber erst dann, dürfen wir auf Rettung hoffen, denn die betrogenen Völker werden sich mit Abscheu abwenden von einer Freiheit, die sich schließlich als unwürdigste Knechtschaft entpuppen muß.

**Die Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems und der Weltfriede**

Von Universitätsprofessor Dr. Johann Ude (Graz)

Bevor ich die gastliche Schweiz verlasse, fühle ich mich verpflichtet, zur Lösung der österreichischen Nationalitätenfrage Stellung zu nehmen. Ich möchte mit meiner Stellungnahme haben und drüben aufläuternd wirken und auch den Neutralen damit einen Dienst erweisen.

Von Seiten der Entente und deren Freunden in der Schweiz, wo immer ich mit ihnen in Berührung kam, wurde die Forderung erhoben: Oesterreich muß sofort durch Einführung des Föderativstaatsystems seine Nationalitäten befriedigen und muß so durch die Tat seine Friedensbereitschaft zeigen! Mit dieser Lösung der Nationalitätenfrage würde Oesterreich, so sagte man mir, einerseits Deutschland gegenüber eine größere Selbständigkeit erlangen und würde vor allem die Entente selbst entwarnen, die dann gar keinen Grund mehr hätte, gegen Oesterreich einzuschreiten.

Ich zweifle nicht, daß die Persönlichkeiten, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit hatte, es gut meinen mit Oesterreich; allein ich muß eigens hervorheben, daß die Entente wie die Neutralen vielfach ganz falsche Begriffe über unsere österreichischen nationalen Verhältnisse haben, wohl aus dem Grunde, weil sie ihre Orientierung hierüber aus der einseitigen, verzerrten, unrichtigen Berichterstattung eines Masaryk und Genossen beziehen, und weil unsere Regierung, bzw. die aufrichtigen Freunde einer gerechten Lösung unseres brennenden Nationalitätenproblems, es bisher leider versäumt haben, die Öffentlichkeit, namentlich im neutralen Ausland, zu orientieren. Ist es z. B. doch fast unmöglich, in der Schweiz, selbst in den größten Städten, eine österreichische Zeitung zu erhalten, während es von deutschen und französischen Zeitungen nur so wimmelt!

Den Forderungen der Entente liegt jedoch die nicht wozuleugnende Tatsache zugrunde, daß die Nationalitäten Oesterreich-Ungarns — über Ungarn namentlich hört man äußerst scharfe Neuerkündungen — nicht befriedigt sind, und daß namentlich die deutsche, speziell die „alldutsche“ Politik gegenüber den anderen Nationalitäten eine sehr ungerechte Machtpolitik war, und daß die Regierung selbst nie ein klares, fest umrissenes Programm verkündigt, bzw. ein solches je gehabt hat. Daher konnte die jeweilige Regierung dem berechtigten Wunsch aller ihrer Nationalitäten nach nationaler Gleichberechtigung und organischer Weiterentwicklung im Rahmen des Staatsganzen überhaupt nicht Rechnung tragen. Allerdings hat Oesterreich unter dem Druck der zwingenden Verhältnisse, namentlich im letzten Weltkriegsjahr, alles aufgeboten, um seiner Pflicht gegenüber seinen Nationen nachzukommen. Mit gutem Gewissen kann ich sagen, daß wir der praktischen Lösung des Problems gut Dreiviertel des Weges näher sind als noch im Frühjahr 1918. Große Schuld aber, daß wir noch nicht am günstigen Abschluß der Lösung stehen, trifft aber unbedingt die oft wie wild und exzessiv sich gebärdenden Führer der verschiedenen nationalen Parteien, deren jeder ohne Rücksicht auf das große Ganze eine kleinliche Maximalpolitik für die eigene Nation betreibt. Diese Führer der verschiedenen pan-nationalen Bestrebungen sind — im neutralen Ausland kommt einem das erst so recht zum Bewußtsein — durch ihre gegenseitige intransigente Haltung direkt mitschuld an der Verlängerung des international organisierten Völkermordens. Wir dürfen es nicht verlernen, und auch die Entente sollte, um gerechter zu urteilen, dies bedenken, daß die Haupt Schwierigkeit der Lösung unserer Frage in der Schaffung jenes politischen Rahmens liegt, innerhalb dessen den einzelnen Nationen ihr gutes Recht auf freie, national selbständige Entwicklung am besten gewährleistet und auch dem historisch Gewordenen und der auf diesen geschichtlichen Tatsachen beruhenden Mentalität der Völker — nicht der Heher! — Oesterreichs Rechnung getragen wird. Eine Katastrophopolitik werden auch gerecht denkende Ententisten niemals gutheißen oder unterstützen wollen. Es soll eine organische Entwicklung, es soll eine Evolution, nicht aber eine Revolution sein. Unter allen Umständen muß den einzelnen Nationen Oesterreichs, und selbstverständlich auch Ungarns, zum mindesten eine völlige nationale Autonomie in kultureller Hinsicht gegeben und die sozialwirtschaftliche Befriedigung aller Völker gewährleistet werden. Inwiefern nun ein Föderativstaat dem Wohl der einzelnen Nationen der Habsburger Doppelmonarchie am besten dient, das zu entscheiden und zu bestimmen ist die Sache der unvoreingenommenen Vertreter

der Nationen, bzw. der Nationen selbst im Einvernehmen mit der jetzigen Regierung. Die Regierung muß aber ohne irgendwelchen geheimen Vorbehalt unbedingt von vornherein bereit sein, das eine oder andere politische System einzuführen, auch wenn es wesentliche Veränderungen in der Verfassung mit sich bringt, wenn es nur zur friedlichen Verständigung der Völker führt und deren volle Entwicklung auch für die Zukunft sichert. Die Lösung des Nationalitätenproblems darf nicht als Machtfrage, sondern nur als Frage der Befriedigung gerechter Ansprüche auf eine allseitige, menschenwürdige Existenz aller aufgefaßt werden. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß es ohne Zweifel haben und drüben heute gibt, welche aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will, die Zerstörung, die Schwächung, die Vernichtung Oesterreichs wünschen und anstreben. Daß es nicht vom wahren Friedensstreben diktierte Gründe sind, durch welche die „Sendlinge“ verschiedener Nationen zu ihrer dunklen Wühlarbeit angespornt werden, liegt auf der Hand. Wollte die Entente unter andern heute die „nationalen Aspirationen“ Italiens auf Oesterreich befriedigen, so müßte die andern Staaten, die italienisch sprechende Volksteile umschließen, auf der Hut sein, ob Italien nicht morgen aus den gleichen Gründen auch weiterhin wird „erlösen“ wollen. Gerade am österreichischen Problem wird es sich unter andern zeigen, ob die Entente, die angeblich gegen den Imperialismus und Militarismus zu Felde zieht, durch ihre Haltung imperialistische und militaristische Ziele wirklich verpönt. Das, was die Entente, und noch vielmehr die Völker Oesterreich-Ungarns selbst mit vollem Recht von der österreichisch-ungarischen Regierung laut fordern können und müssen, ist, daß die Regierung die nationale Entwicklung der Völker in ihren Grundlinien als Endziel bereits klar voraus erfährt und eindeutig umschrieben programmatisch hinstellt. Unsere Regierung wird also gut daran tun, wenn sie endlich mit ihrem Programm der Lösung der nationalen Fragen herzhafte in die Öffentlichkeit tritt — sonst kann man ihr den Vorwurf der weiteren Kriegsverlängerung nicht ersparen. Die Vertreter der einzelnen Nationen werden aber ebenso gut daran tun, wenn sie nicht mit überspannten, augenblicklich nicht erfüllbaren Forderungen die friedliche Lösung unmöglich machen.

Es kam aber nicht oft genug betont werden: Je großzügiger die Regierung sich zeigt, desto besser. Je mehr sie gibt, desto mehr Vertrauen wird sie dafür erkaufen. Es läßt sich Oesterreich zweifellos ohne auch als Föderativstaat unter Habsburgs Führung denken. Nur dürfen die durch keinerlei Zugeständnisse zu befriedigenden nationalen Forderungen die Vertretung der Völker in die Hand nehmen. Völker aber, die in ihrer Gesamtheit, bzw. dem Großteil der Volksangehörigen nach absolut nicht mehr zu Oesterreich gehören wollen, soll man doch um alles in der Welt nicht in kurzfristiger Weise zwingen, einem Staatenbund anzugehören, den sie hassen. Mir ist jemand als friedlicher Nachbar lieber, als als unzufriedener böswilliger Hausgenosse. Die Haupt Sorge der Regierung aber, wie der mit ihr verhandelnden Vertreter der Nationen muß stets sein, jene sozial-wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen zu fassen, durch welche den einzelnen Volksangehörigen ermöglicht ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Daß ein solcher radikaler Umwandlungsprozeß nicht von heute auf morgen durchzuführen ist, das muß auch die Entente einsehen und namentlich England, das in Irland analoge, schwierige Verhältnisse hat, wie wir in Oesterreich. Die Grundstimmung aber für die Verhandlungen zur glücklichen Lösung dieses schwierigen Problems ist die gegenseitige Aufrichtigkeit, der Ausschluß jedweder geheimer Abmachungen zwischen einzelnen Interessentengruppen. Das größte Vertrauen aber, wie gesagt, wird sich die österreichische Regierung erwerben, wenn sie alsbald mit einem großzügigen sozial-wirtschaftlichen und kulturellen Programm in die Verhandlungen tritt. Man möge nie vergessen, daß der Zweck der Verhandlungen zur Lösung der nationalen Frage die wahre Befriedigung der mit den augenblicklichen Verhältnissen unbefriedigten Völker der Doppelmonarchie in ihren Beziehungen untereinander, sowie in ihren Beziehungen zu ihren Komnationalen in anderen Staaten ist, nicht aber die Rettung von Privilegien und der Machtstellung der Regierung gegenüber den Völkern; die Regierung muß in dieser Hinsicht mehr denn je die Dienerin des Völkerwohles sein. Das imperialistische Denken und Handeln muß endlich einem psychologisch-sozial orientierten Denken und Handeln weichen bei der Regierung sowohl wie bei den Volksvertretern. An die Stelle der bisher allein geltenden Macht muß die Moral treten. Hat man erst diese Einsicht gewonnen, so wird man

unschwer auch einsehen, daß man unseren Völkern, die noch lange nicht reif sind für die „Selbstbestimmung“, eine gründliche staatsbürgerliche Erziehung geben muß, eine Forderung, die im kulturellen Programm der Regierung volle Berücksichtigung zu finden hat. Und noch eines: Soll diese nationale Regenerierung Oesterreichs von vornherein kein frommer Wunsch bleiben, so brauchen wir dafür Geld, viel Geld. Daher die Alternative: Entweder ehrliche Lösung des nationalen Problems, dann aber hinweg mit den schrecklichen Rüstungslasten, allgemeine Abrüstung — oder Festhalten am Militarismus, dann aber von vornherein Banterotterklärung; von vornherein ehrliches Eingeständnis, daß man das nationale Problem nicht lösen könne, weil man es nicht lösen will. Was dem Gözen des Militarismus geopfert wird, wird dem wahren Wohl der Nationen entzogen. Hoffentlich hat die entsehlige Bilanz des Weltkrieges mit 1000 Milliarden Ausgaben, 12,000,000 Toten und 19,000,000 Krüppeln am Schluß des 4. Jahres diese Einsicht gezeitigt. Hoffentlich werden die kriegführenden Völker der Welt, die leider sämtlich imperialistisch und militaristisch zu denken begonnen haben, nach dieser Einsicht auch praktisch vorgehen und werden durch Abschaffung des militaristischen Systems die Konzentration aller Mittel, der geistigen und materiellen, für das wahre Wohl der Nationen als Hauptziel ihres Strebens verfolgen und werden so ein friedliches, wirtschaftlich und kulturelles Neben- und Miteinanderleben aller Völker für die Zukunft ermöglichen.

Oesterreichs Völker mit ihrem Kaiser Karl — die „Sendlinge“ und „Heher“ sind nicht Oesterreichs Repräsentanten — haben unserer Anschauung nach wahrlich Willen und Kraft genug, sich, allerdings nur unter selbstverständlicher Fühlungnahme mit den andern Völkern der Welt, die Möglichkeiten einer menschenwürdigen Existenz für alle Nationen zu schaffen, und zwar im Rahmen einer solchen politischen Verfassung, wie sie der österreichischen Eigenart am besten entspricht. Obschon ich kein Politiker bin, kann ich doch als Dolmetsch jener vielen, edelgedenkenden, weitausschauenden Politiker dienen, die in einem großen, starken, innerlich gefestigten Oesterreich einen gewichtigen Faktor für das politische Gleichgewicht Europas und so einen Garant für den Weltfrieden erblicken.

Die Lösung des Nationalitätenproblems in Oesterreich ist also einerseits eine Ursache zur Herbeiführung des Weltfriedens, wird aber andererseits in deren organischer Durchführung und Vollendung eine Frucht und Folge des Weltfriedens sein.

15. IX. 1918

**Die bisherigen Friedensanregungen.**

Vom 12. Dezember 1916 ist die gleichlautende Note datiert, in der die Mächte des Vierbundes — Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien — zum ersten Male mit dem Vorschlag

von Friedensverhandlungen hervorgetreten sind. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und auch Graf Tissa hatten zwar vorher schon in parlamentarischen Reden von Friedensmöglichkeiten gesprochen. Am obbezeichneten Tage aber geschah dieser erste offizielle Schritt bei den Regierungen der neutralen Staaten, „Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Aeußersten fortzusetzen, zugleich aber vom Wunsche befeelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten.“ Die Vorschläge der vier Mächte sollten in den Verhandlungen unterbreitet werden, und sie bildeten nach den Worten der Note „eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens“.

Die erste Ablehnung des Vorschlages brachte eine Rede Briands in der Sitzung der französischen Kammer vom 14. Dezember. Briand sagte: „Ich habe die Pflicht, mein Land vor einer möglichen Vergiftung zu bewahren.“ Er nannte die Note „unbestimmt und dunkel“, „einen Schrei, um die Neutralen und das deutsche Volk zu täuschen“, „ein Manöver, einen Versuch, um unter den Alliierten Uneinigkeit zu säen, die Gewissen zu verwirren und die Völker zu demoralisieren“. Am 27. Dezember erklärte sich der Nationalkongreß der sozialistischen Partei Frankreichs gegen den Vorschlag. In der russischen Duma hatte am 16. Dezember der neue Minister des Aeußern Pokrowsky den Vorschlag abgelehnt, zwei Tage vorher Sonnino in der italienischen Kammer das gleiche getan. Am 19. Dezember erklärte Lloyd George im Unterhause, die einzigen Bedingungen für Friedensverhandlungen seien „vollständige Wiederherstellung (restitution), volle Genugtuung (reparation) und wirksame Garantien“.

Am 22. Dezember 1916 unterbreiteten die amerikanischen Botschafter den kriegführenden Mächten ein Memorandum mit Vorschlägen des Präsidenten Wilson für einen Gedankenaustausch zur Herstellung des Friedens. Die Mächte des Vierbundes antworteten alle zwischen dem 26. und 29. Dezember mit ihrer Zustimmung zum baldigen Zusammentritte von Vertretern der Kriegführenden an einem Orte des neutralen Auslandes. Die Schweiz und die drei nordischen Königreiche schlossen sich Wilsons Schritt an. Am 30. Dezember erfolgte die Note der Ententemächte, worin der Vorschlag der Vierbundmächte vom 12. Dezember amtlich abgelehnt wird als ein „Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung“. Die Uebergabe dieser Note erfolgte am 5. Jänner 1917

durch die amerikanischen Botschafter mit einer Note des Staatssekretärs Lansing. Vom 11. Jänner datieren die Noten, in denen Graf Czernin und Reichskanzler Bethmann Hollweg gegenüber diesen Ablehnungen ihre Stellung umschreiben. Am 5. Jänner hatte schon Kaiser Wilhelm, am 7. Kaiser und König Karl in Urnee- und Flottenbefehlen sich über die Fortsetzung des Krieges trotz ihres aufrichtigen Friedenswillens geäußert. Die verschiedenen diplomatischen und parlamentarischen Erörterungen über den Vorschlag des Vierbundes und über Wilsons Note zogen sich aber noch bis zum 27. Jänner hin. Am 3. Februar erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, am 2. April trat der Kriegszustand ein, am 7. der Abbruch der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika.

Am 14. Juli 1917 wurde das von der Mehrheit des deutschen Reichstages beschlossene Friedensprogramm verlaublich. „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker.“ Deshalb werden „erzwungene Gebietserweiterungen, politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen“ als „unvereinbar“ erklärt mit einem solchen Frieden. „Schaffung internationaler Rechtsorganisationen“ soll vom Reichstag tatkräftig gefördert werden. Der neue Reichskanzler Dr. Michaelis sagte in seiner Antrittsrede am 19. Juli: „Wir müssen im Wege der Verständigung und des Ausgleiches die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren.“ Die Friedensresolution wurde mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17. Stimmenthaltungen angenommen.

Am 28. Juli 1918 empfing Graf Czernin Vertreter der Presse, denen er seine Auffassung über einen Verständigungsfrieden mitteilte. „Will die Entente — so sagte er — auf dieser deutlich genug umschriebenen Grundlage nicht in Verhandlungen mit uns eintreten, dann werden wir diesen Krieg weiterführen und werden kämpfen bis zum Aeußersten.“ Der Friedenswunsch habe festgezogene Grenzen.

Die einzelnen Ablehnungen dieser Anregungen durch die Entente braucht man nicht alle aufzuzählen. Lloyd George, Sir Edward Carson, Arthur Balfour, Lord Robert Cecil überboten einander an Heftigkeit der Ausdrücke.

Die Friedensbewegung hatte aber doch an Kraft, Umfang und Tiefe gewonnen. Am 18. August ließ Papst Benedikt XV. seine Friedensnote überreichen. Die erste ablehnende Antwort kam von Amerika. Der ganze Monat August ist ausgefüllt von den Bestrebungen, eine sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm zustande

# Fremden-Blatt

Schriftleitung: I., Schulstraße Nr. 14. Eingang Grünangergasse Nr. 2. — Haupt-Verwaltung: I., Schulstraße 14. — Aufnahmestellen für Bezugsanmeldungen und Inserate: I., Schulstraße 14 und XV., Neubaugürtel 21. — Inserate übernehmen auch alle bekannten in- und ausländischen Inseratenstellen.

Preis für Wien: Mit Zustellung ins Haus: Jährlich K 64.—; halbjährlich K 32.—; vierteljährlich K 16.—; monatlich K 8.40. Zum Abholen in der Verandstube: Jährlich K 56.80; halbjährlich K 28.40; vierteljährlich K 14.20; monatlich K 7.10.

Einzeln Nummern: Morgen-Ausgabe 20 h., Montagblatt 12 h., Abend-Ausgabe 6 h.

mit militärischer Beilage

## Die Vedette.

Bezugspreis für Österreich-Ungarn: Täglich einmalige Postverendung: Jährlich K 64.—; halbjährlich K 32.—; vierteljährlich K 16.—; monatlich K 8.40. Täglich zweimalige Postverendung: Jährlich K 72.—; halbjährlich K 36.—; vierteljährlich K 18.—; monatlich K 9.—. Bezugspreis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 20.—, für alle anderen Länder K 25.—. Bei den Postämtern: in Deutschland 14 Mk.; in der Schweiz 16 Frk.; Bulgarien 18 Frk.

Fernsprech-Nummern: Schriftleitung 222, 6222, Haupt-Verwaltung 2022, Verandstube 1022, Druckerei 2605.

Das „Fremden-Blatt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen einmal. „Die Vedette“ ist jeder Freitag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt“ beigegeben.

Nr. 251

Wien, Sonntag den 15. September 1918

72. Jahrg.

# Ein Schritt Oesterreich-Ungarns in der Friedenssache.

## Vorschlag einer vertraulichen, unverbindlichen Aussprache an neutralem Orte.

### Die amtliche Mitteilung.

Wien, 14. September.

Amlich wird verlautbart:

Eine objektive, gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller kriegsführenden Staaten läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß alle Völker, auf welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeisehnen. Trotz dieses natürlichen und begreiflichen Wunsches nach Frieden ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näherzubringen und die Klüfte, die die Kriegsführenden gegenwärtig noch voneinander trennt, zu überbrücken. Es müssen daher wirksamere Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verständigung zu überprüfen.

Der erste Schritt, den Oesterreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem gehofften Ende. Die Gründe hierfür lagen wohl in den damaligen Verhältnissen. Um die im steten Abnehmen begriffene Kriegsluft ihrer Völker anspruchsvoller zu halten, hatten die alliierten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den strengsten Mitteln unterdrückt, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der natürliche Uebergang von der wildesten Kriegshetze zur Versöhnlichkeit.

Es wäre aber verfehlt zu glauben, daß unser damaliger Friedensschritt denn doch ganz ergebnislos blieb; seine Früchte bestehen eben in jener nicht zu überschendenden Erscheinung, daß die Friedensfrage seither nicht mehr von der Tagesordnung geschwunden ist. Und wenn auch die vor dem Tribunal der Öffentlichkeit geführten einschlägigen Diskussionen gleichzeitig Beweise von dem nicht geringen Gegensatz sind, welcher die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennt, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, welche die Erörterung des Friedensproblems nicht mehr ausschließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Äußerungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens so viel konstatiert werden, daß der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten — bis auf einige gewiß nicht gering einschneidende Ausnahmen von vorblühenden Kriegshetern — allmählich doch durchzubringen beginnt.

Die I. und I. Regierung ist sich dessen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erschütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges verursacht wurden, die in Swanen gebrauchte Weltordnung nicht mit einem Schlag wieder

aufgerichtet werden können. Mühsam und langwierig ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch Haß und Erbitterung getrennten Völkern führt, doch ist es unsere Pflicht, diesen Weg, den Weg der Verhandlungen zu betreten. Und wenn es auch heute noch solche verantwortliche Faktoren gibt, die den Gegner militärisch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Siegfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute noch auseinander gehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein.

In diesem Bewußtsein und unentwegt bemüht, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um eine direkte Aussprache zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Der ernste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogener Staaten, die unzulängliche Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen, sowie die allgemein vorherrschende Atmosphäre scheinen der I. und I. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiete bisher gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblicke die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, alle kriegsführenden, Freund und Feind, auf einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen.

Zu diesem Behufe hat die I. und I. Regierung heute die Regierungen aller kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Landes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet.

Mit einer besonderen Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hiebei an das dem Frieden zugewandte Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt.

Das feste enge Einvernehmen, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die vorstehenden Oesterreich-Ungarns, an welche der Vorschlag in gleicher Weise ergeht, die in der Note enthaltenen Auffassungen teilen.

### Die österreichisch-ungarische Note.

Die österreichisch-ungarische Note, welche im Original in französischer Sprache abgefaßt ist, lautet in deutscher Uebersetzung:

„Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen vorläufigen Grundgedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfuhr, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte dieses Krieges.

Zum Unterschiede von den ersten zweieinhalb Kriegsjahren ist von diesem Augenblicke an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltdiskussion gestanden und hat sie seither in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht.

Der Reihe nach haben fast alle kriegsführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einheitliche und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie wenigstens bisher nicht geführt.

Inmerhin kann, unabhängig von all diesen Schwankungen, festgesetzt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringert hat, daß sich trotz des unzulänglichen Fortschreitens entschieden, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchen der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Uebereinkommensbereitschaft der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens manifestiert.

In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens unabweisbar wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der feineren Nuancen des Friedensvorschlages der Vierbündigen mit ihren Gegnern mit späteren Äußerungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren, wie auch von nicht verantwortlichen, aber politisch keineswegs einflusslosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck.

Während beispielsweise noch in der Antwort der Allierten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Verkürzung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und Hofgehende Umgestaltung des Deutschen Reichs und auf die Vernichtung des europäischen Vierbundes der Türkei hinzielen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraus-



Der Neue Abend  
No. 1918

Neuer.  
Verantwortung  
und für Verlegung  
des Blattes  
16113 17 S. 1604. 21420.  
Anzeigenannahme:  
Heinrich Schaef  
Wien, I., Wollzeile 11.  
Telephon: 109, 111.  
Druckmaschinen:  
„Wienerabend“, Wien.

# Neue Abend

12 Heller.  
Bezugspreis:  
für Oesterreich-Ungarn und  
Deutschland:  
monatlich . . . K 3-50  
vierteljährlich . K 10-50  
Leitung und Verlag:  
Wien, IX., Gailstrasse 9-10,  
Telephon: 12343 und 12344.

„Tu' deinen Mund auf für die Stummen und alle, die verlassen sind.“

Nr. 83.

Wien, Montag, 16. September 1918.

1. Jahrgang.

## Der Wiederhall der Friedensnote.

### Sonderbare Haltung der Berliner Presse.

Die Berliner Presse hat die österreichisch-ungarische Note leider nicht mit der Zustimmung aufgenommen, auf die zu rechnen wir allen Grund hatten. Es wäre darüber viel zu sagen. Für heute die Meldung unseres Berliner Berichterstatters:

Berlin. (Drahtbericht des „Neuen Abend“.)

Nach der gestrigen Zurückhaltung der Presse liegt heute eine Fülle von Meinungen zur Friedensnote des Grafen Burian vor. Ein Eingehen ins Einzelne auf diesen in seinen Unterschieden verwirrenden Chor würde kaum klärend wirken, da sich vielfach unter der Maske außenpolitischer Weitsicht kurzschichtiges innenpolitisches Parteigezänk verbergt. Insgesamt läßt sich die Lage dahin beurteilen, daß die Note kein geringes Aufsehen verursacht hat. Man hält aber weder den Zeitpunkt noch die Form, vor allem aber das isolierte Vorgehen der Donaumonarchie für ungünstig.

Die Linke, vor allem die Sozialdemokraten, steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland unter den obwaltenden Umständen, wie es auch über die Note denke, nachdem diese nun einmal besteht, sie mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen müsse.

In den weiter rechtsstehenden Parteien macht sich die Meinung bemerkbar, wenigstens nach innen hin von dieser Meinung etwas abzugeben, um an dem „Prestitige“-Verlust, den die erwartete Ablehnung mit sich bringen müßte, keinen wesentlichen Anteil zu haben. Daß die Rechtspreste einen entschieden ablehnenden Standpunkt einnimmt, war von vornherein nach den gestrigen Andeutungen nicht anders zu erwarten. Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien mit dem Kanzler haben vor allem den Zweck, auf die deutsche Antwort Einfluß zu gewinnen. Daß sie zustimmend lauten wird, ist selbstverständlich. P. L.

### Eine „österreichische Sonderaktion“.

Zur Beleuchtung der vorstehenden Charakteristik unseres Berliner Berichterstatters geben wir Auszüge aus den Berliner Sonntagsblättern. Sie sprechen alle von einer österreichisch-ungarischen Sonderaktion, obwohl doch — zweifellos mit Recht — in Wien hervorgehoben wurde, daß die Note im Einvernehmen mit Deutschland abgeschickt worden sei. Die heutige Äußerung der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ läßt keinen Zweifel darüber, daß Österreich-Ungarn die Note nach vorheriger Verständigung Deutschlands abgeschickt hat. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird heute auch bereits die Zustimmung der deutschen Regierung zu den beabsichtigten Verhandlungen ausgesprochen. Schließlich wurde unserem Berichterstatter an zuständiger Stelle in Berlin das deutsch-österreichische Einverständnis bestätigt. Unerfreulich ist daher, warum die Berliner Presse gegen Österreich-Ungarn sogar einen zum Teile sehr unfreundlichen Ton anschlägt. Hier einige Proben:

Das bürgerlich-fortschrittliche „Berliner Tageblatt“ sieht in der Note eine Überraschung. Man werde gut tun, keine großen Erwartungen an die neue Friedensnote zu knüpfen. Den Vorschlag an und für sich billigt das Blatt, denn es gäbe in der Tat, nachdem alle anderen Versuche gescheitert seien, kaum einen anderen Weg als den, den Graf Burian vorschlägt. Da es sich um eine ausgesprochene Sonderaktion Wiens handle, sei zu befürchten, daß der Note von gegnerischer Seite Gründe unterlegt werden würden, die die Feinde eher noch zu weiteren Kriegsanstrengungen veranlassen würden.

Auch die „Bosnische Zeitung“, der annexionistische Neigungen nicht ferne liegen, sieht in der Note eine Sonderhandlung, für die Wien allein die Verantwortung zu tragen habe. Es sei nicht das erste Mal, daß vom Wiener Kabinett Versuche ausgehen, auf besonderem Wege zum Frieden zu gelangen. Die Angelegenheit des Prinzen Sixtus und der Brief des Kaisers Karl an Poincaré seien in Deutschland noch unvergessen. Zum ersten Male liegt aber heute eine amtliche Sonderaktion vor, und es sei das erste Mal, daß eine der Mittelmächte getrennt von den Bundesgenossen handle. Die Teilnahme österreichisch-ungarischer Truppen an der Westfront lasse aber die Annahme eines Beschlusses des Bündnisses als hinfällig erscheinen. Die Note dürste kaum einen Erfolg haben. Die Note dürste kaum einen Erfolg haben. Die zu erwartende Abweisung dürste die Friedensaussichten eher verschlechtern als verbessern. Das Verfahren Burians sei weder neu noch eigenartig, wohl aber gefährlich. Kühnmann sei gestürzt worden, weil er sagte, er wisse keine Möglichkeit, den Krieg, der militärisch nicht beendet werden könne, auf andere Weise zu Ende zu bringen.

Die Monarchie habe durch ihre Teilnahme an der Politik von Prest-Litovsk und Bukarest der Erlangung des Weltfriedens mehr geschadet, als sie ihr durch alle Noten nützen könne.

Der „Balkanzeiger“ glaubt ebenfalls nicht an einen Erfolg der Note. Der Vernichtungswille der Gegner müsse mit den Waffen gebrochen werden.

### Alldeutsche Verdächtigungen.

Die kriegsbegehrliche „Tägliche Rundschau“ sagt: Die österreichisch-ungarische Regierung hat es für zweckmäßig erachtet, ausgerechnet in diesem Augenblick eine neue Einladung an die Ententemächte zu Friedensverhandlungen in Form einer offiziellen Note ergeben zu lassen. Alle Mißerfolge, die derartige Schritte der Zentralmächte von seiten der Entente bisher erfahren haben, erfahren zum Teile in den verletzlichen Formen, haben das österreichisch-ungarische Kabinett eines Besseren, wie es scheint, bisher nicht belehren können. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß dieser diplomatische Schritt Österreich-Ungarns der politischen Sache des Vierverbandes irgendwelchen Nutzen kaum bringen dürfte. Es ist schlechterdings unerfindlich, welche Motive die österreichisch-ungarische Regierung in diesem Augenblicke dazu vermocht haben, den Schritt des Prinzen Sixtus nunmehr amtlich zu wiederholen. Wir können und wollen nicht annehmen, daß in der Motivkette, die zu ihm führten, die austro-polnische Lösungsfrage eine Rolle gespielt hat.

Die berüchtigte „Deutsche Tageszeitung“ nimmt an, daß Wien ohne vorheriges Einverständnis und ohne Zustimmung der verbündeten Regierungen vorgegangen sei. Diesmal hätte man, wie Graf Serfling gesagt habe, den Feinden den Vortritt bei einer Friedensaktion lassen müssen. Von allen Friedensoffensiven sei die an der Front durch die Waffen die beste.

Die konservativ, preußisch-junkerliche „Kreuzzeitung“ befürchtet, daß nach den bisherigen Kundgebungen der feindlichen Regierungen leider auch die Note des Grafen Burian, die so manche andere Friedensankündigungen seitens der verbündeten Mittelmächte, wirkungslos und ergebnislos verfliegen, ja, daß sie vielleicht sogar zu einem entgegengesetzten Erfolg führen werde.

Die alldeutsch-schwerindustrielle „Deutsche Zeitung“ schreibt: Die bisherigen Erfolge unserer Friedensangebote ermutigen uns auch nicht, von dem Schritte des Grafen Burian eine Förderung des Friedensgedankens zu erhoffen. Das wird freilich die deutsche Regierung nicht hindern dürfen, die österreichisch-ungarische Note eingehend und wohlwollend zu prüfen.

### Die Meinung des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ sagt u. a.: Eine Diskussion über die Zeitgemäßheit des österreichischen Schrittes hätte jetzt gar keinen Sinn mehr. Nachdem er unternommen

worden ist, ohne daß die deutsche Regierung ihn gleich mitgemacht hat, bleibt dieser nur übrig, sich nachträglich ihm anzuschließen. Das ist das einzige Mittel, schädliche Wirkungen zu verhindern, die guten aber zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. In den weitesten Kreisen auch des deutschen Volkes wird der Schritt Österreich-Ungarns willkommen geheißen werden und manche Hoffnungen werden sich an ihn knüpfen. Da ist es notwendig, vor voreiligem Friedensoptimismus zu warnen. Durch Schuld von beiden Seiten sind die Friedenshindernisse hergehockt.

Frankfurt. (Drahtbericht des „Neuen Abend“.)

Die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ begrüßt den Friedensschritt der österreichisch-ungarischen Regierung, warnt aber vor allzu großen Hoffnungen und sagt, der Vorschlag Burians klinge nach der letzten Rede Lloyd Georges etwas paradox. Das Blatt sagt, der jetzige Zeitpunkt sei für diesen Schritt nicht geeignet und fürchtet, daß das Eintreffen des Vorschlages in der lichterloh brennenden Siegestimmung bei der Entente die Motive des Friedensschrittes einer sehr nachteiligen Deutung aussetzen und die auf der Feindeseite ohnedies vorhandenen Selbsttäuschungen von der Möglichkeit eines Siegesfriedens noch steigern werde. So sei zu befürchten, daß man das Gegenteil erreichen und auf lange Zeit hinaus den Weg zum Verständigungsfrieden verlegen werde.

### Die deutsche Regierung vorher verständigt

Berlin. (Drahtbericht des „Neuen Abend“.)

Von zuständiger Stelle erhalte ich auf eine Anfrage über die Auffassung der deutschen Reichsregierung zur Note des Grafen Burian folgende Mitteilung:

Die österreichisch-ungarische Regierung hat die deutsche Regierung vor Abschendung der Note von ihrer Absicht amtlich verständigt. Die deutsche Regierung verfolgt den österreichisch-ungarischen Schritt mit Sympathie und erwartet sein Ergebnis mit großem Interesse.

Der deutsche Standpunkt in der Friedensfrage, der in der Hauptsache mit dem österreichisch-ungarischen übereinstimmt, ist durch die Kanzlererklärungen vom 12. Juli festgelegt. P. L.

Die angeführte Kanzlererklärung gipfelt nach Aufstellung der bekannten Behauptung vom belgischen Faustpand in folgenden Sätzen:

Was wir wollen, das ist die Unversehrtheit unseres Territoriums, das ist die freie Luft für die Entwicklung unseres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das ist natürlich auch die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber im einzelnen festlegen läßt, das hängt von den künftigen Verhandlungen ab. Darüber kann ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben.

### Zustimmende halbamtliche deutsche Erklärung.

KB. Berlin, 15. September.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Wiederhall, den die gestern bekanntgemachte Note Österreich-Ungarns an die Regierungen aller Mächte in der deutschen Presse gefunden hat, ist ein neuer Beweis für die schon so oft belundete ernste Friedensbereitschaft unseres Volkes. Allenfalls tritt die Tatsache in die Erscheinung, daß der von

### Ein Friedensschriff Oesterreichs.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat zwecks Anbahnung unverbindlicher Vorbesprechungen zur baldigen Einleitung von Friedensverhandlungen am 14. d. an alle kriegsführenden Staaten eine Note gerichtet, die wir infolge unserer Erscheinungsweise leider erst heute bringen können, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes aber unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Die Note lautet in deutscher Uebersetzung:

„Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen veröhnlichen Gedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfuhr, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Krieges.“

Zum Unterschiede von den ersten zweieinhalb Kriegsjahren ist von diesem Augenblick an die Frage des Friedens im Mittelpunkte der europäischen, ja, der Weltöffentlichkeit gestanden und hat sie seither in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht.

Der Reihe nach haben fast alle kriegsführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einseitige, sondern stetige, die zum liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie wenigstens bisher nicht geführt.

Summe hin kann, unabhängig von all diesen Schwankungen, festgestellt werden, daß der Abstand der gegenseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringert hat, daß sich trotz des ungleichen Fortschreitens entschiedener, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchen der extremsten Positionen kriegerischer Ziele zeigt und eine gewisse Uebereinstimmung betreffs der wesentlichen Grundprinzipien des Friedens manifestiert.

In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachen des Friedens- und Verständigungswillens anzunehmen. Auch ein Vergleich der seinerzeitigen Aufnahme des Friedensvorschlages der Vierbündigen bei ihren Gegnern mit späteren Neuerungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren, wie auch von nicht verantwortlichen, aber politisch keineswegs einflusslosen Persönlichkeiten bestatigt diesen Eindruck.

Während beispielsweise noch in der Antwort der Verbündeten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und weitgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Besitzstandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätte, in manchen Erklärungen offizieller Stellen der Verbündeten modifiziert oder zum Teile fallen gelassen. So erkannte in einer vor etwa einem Jahre im englischen Unterhause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrücklich an, daß Oesterreich-Ungarn seine inneren Probleme selbst lösen müsse und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Verbündeten gehöre, Oesterreich-Ungarn zu zerteilen, das Osmanische Reich seine türkischen Provinzen zu verhaften und Deutschland im Innern zu reformieren. Als symptomatisch kann auch gelten, daß Mr. Balfour im Dezember 1917 kategorisch die Annahme zurückwies, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den linksrheinischen Gebieten Deutschlands engagiert.

Die Ermahnungen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verteidigungskampf um die Unversehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen.

Weit ausgesprochen als auf dem Gebiete der konkreten Kriegsziele ist die Annäherung der Auffassung jener Richtlinien gebieten, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll. Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinem Reden vom 12. Februar und vom 4. Juli d. J. Grundsätze formuliert, die bei seinen Verbündeten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende Anwendung auch auf Seiten der Vierbündigen keinem Einwande begegnen dürfte, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit der Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen nicht genügt, sondern daß es sich weiter darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden.

Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen kriegsführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verhängung gewaltig erstarkt ist, daß sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müßte Europa in eine Trümmerstätte verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestünde, hierdurch jene Entscheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in vier Jahren voll ungeheurer Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung anbahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine ernste Aussicht, durch die Fortführung der Diskussion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu diesem Ziel zu gelangen? Bessere Fragen haben wir nicht den Mut zu bejahen.

Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen. Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit, Rede und Gegenrede griffen nicht ineinander ein, die Sprecher sprachen aneinander vorbei. Andererseits war es die Dessenlichkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortschreitens raubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Vereinfachung angewendet, die mit der Wirkung auf große Versammlungen und auf die Massen rechnet. Damit vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung, erzeugt Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden, und erschwert den freimütigen einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, so wie sie stattgefunden hat und noch ehe die zuständigen Stellen der Gegenseite darauf erwidern können, zum Gegenstande einer leidenschaftlichen oder übertriebenen Besprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlaßt die Besorgnis, die Interessen der Kriegführung durch eine ungünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anschlagen hoher Töne und zum starren Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, welche die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre es als eine andere Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen und nur zwischen ihnen ermöglicht.

Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegenseitigen Auffassungen der einzelnen kriegsführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten zu einander als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann.

Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlaufe der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden und damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf Seite keines der kriegsführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegshandlungen erfüllen keine Ueberzeugung. Die Besprechungen gingen auch nur so weit, als sie von den Teilnehmern für ausföhrbar gehalten würden. Für die vertretenden Staaten können daraus keine Nachteile erwachsen. Weit entfernt zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein. Was das erstmal nicht gelingt, kann wiederholt werden und hat vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beigetragen.

Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbrüche bringen. Ströme von zurückgehaltener Menschlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegenläufige verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird.

Nach unserer Ueberzeugung sind alle kriegsführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt, nach so vielen Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen.

Die I. und II. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegsführenden Staaten vorschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Anstandes und zu einem nahen Zeitpunkt, worüber man noch Vereinbarungen zu treffen

hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekanntzugeben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen.

Die I. und II. Regierung beehrt sich, die Regierung von . . . . . durch die geneigte Vermittlung Euer Excellenz zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von . . . . . bringen zu wollen.“

Der von der österreichisch-ungarischen Regierung unternommene Schritt wurde mit der Bitte um Unterstützung zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von dem Schritte verständigt.

### Ein reichsdeutsches Urteil.

Berlin, 15. September. Der „Sokolanzeiger“ schreibt: Die Note des Grafen Burian, die abends hier eingetroffen ist, entspricht inhaltlich in vielen Stücken den Ausführungen, die Graf Hertling am 12. Juli im Hauptauschuß des Reichstages gemacht hat, in denen er erklärte, er stehe unverändert auf den Standpunkte der deutschen Antwort auf die Papstnote.

Diese Gedankengänge hat der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern sich in der Note zu eigen gemacht und seiner Aktion zugrunde gelegt. So weit ist auf die rückhaltlose Zustimmung in Deutschland und der beiden anderen Bundesgenossen zu rechnen.

Etwas anderes ist es freilich mit dem Erfolge, den man sich bei uns von dem neuesten Schritt unseres Bundesgenossen verspricht. Die bisherigen Mißerfolge aller solcher und ähnlicher Unternehmungen, denen leider der Fehler der Einseitigkeit anhaftete, ermutigen uns nicht zu optimistischen Betrachtungen über die Chancen der heute in alle Welt gehenden neuesten Anregung der Donaumonarchie.

Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung. Was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Hornesröde ins Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich unausgesagt auf diese Weise bekümmern lassen.

Für uns in Deutschland und wir möchten annehmen, auch bei unseren bulgarischen und türkischen Bundesgenossen liegt ein Anlaß zu optimistischer Auffassung zurzeit noch nicht vor, und zwar gerade angesichts der unzweideutigen Ablehnungen, die der Verhand noch in den allerletzten Tagen jedem Friedensgedanken gegenüber an den Tag gelegt hat.

Bis auf weiteres können wir uns nach den Erfahrungen, die wir mit unseren Friedensvorschlügen bisher gemacht haben, einer ausgesprochenen Skepsis nicht erwehren. Das kann uns natürlich nicht hindern, das weitere Schicksal dieser Note mit Interesse zu verfolgen und sie mit unseren aufrichtigsten Wünschen zu begleiten.

für Wien.

Abonnement für Wien  
zum Abholen in unseren Expeditionslokalen  
monatlich K 5.30.

Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus  
monatlich K 6.20, vierteljährig K 18.—,  
halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—.

Abonnement für Oesterreich-Ungarn:  
mit täglich einmaliger Postversendung  
monatlich K 6.50, vierteljährig K 19.—,  
halbjährig K 38.—, ganzjährig K 72.—.

Mit täglich zweimaliger Postversendung  
monatlich K 7.50, vierteljährig K 21.—,  
halbjährig K 42.—, ganzjährig K 84.—.

Nach allen Weltpostvereinskündern  
monatlich K 7.70, vierteljährig K 23.—.

Für die an Agenten, Ansträger oder Verschleissler bezahlten  
Beträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere  
Quittung vorlegen.

17. Jahr.

ie an Belgien.

floffenen Jahre an alle Kriegsführenden mit der  
Wahnung richtete, eine Verständigung zu  
suchen und wieder in brüderlicher Ein-  
tracht zu leben.

In der sicheren Ueberzeugung, der Heilige  
Vater ersehne es auch heute, daß die leidende  
Menschheit bald wieder der Seanungen  
des Friedens teilhaftig werde, hoffen wir  
auversichtlich, daß er unseren Schritt mit Sympa-  
thie begleiten und mit seinem auf der  
ganzen Erde anerkannten moralischen  
Einfluß unterstützen werde.

Von diesem Gedanken geleitet, bitte ich  
Eure Erzellen den zuliegenden Text der Note  
Seiner Heiligkeit unterbreiten zu wollen."

Zum Friedensvorschlag des  
Grafen Burian.

\* Wien, 16. September. Von unterrichteter  
Seite gehen uns folgende Mitteilungen zu:

In dem Schritt des Grafen Burian ist  
unbedingt ein Moment zu erblicken, das für  
die Entwicklung der Friedensfrage von för-  
dernder Bedeutung erscheint. Erfreulicherweise  
liegt bereits eine offiziöse Stimme vor, die sehr  
wertvoll ist. Die Norddeutsche Allge-  
meine Zeitung hat sich zu der Demarche  
des Grafen Burian in sehr sympathischer Weise  
geäußert. Nach den Ausführungen der Nord-  
deutschen Allgemeinen Zeitung hatte die deutsche  
Regierung von dem Schritt Oesterreich-Ungarns  
Kenntnis, und sie begleitet ihn mit vollem Ver-  
ständnis. Ein gewisser Skeptizismus hinsichtlich  
des unmittelbaren Erfolges kommt wohl in  
dieser offiziellen Auslassung zum Ausdruck,  
aber diesen Skeptizismus teilen auch wir. Der  
Erfolg muß übrigens nicht unmittelbar darin  
bestehen, daß auf die Anregung des Grafen  
Burian hin auch wirklich Vorbesprechungen ein-  
geleitet werden. Von politischem Wert ist schon  
die Tatsache, daß die Ententerregierungen ge-  
zwungen werden, vor ihren Völkern Farbe zu  
bekennen, ob sie das Risiko einer Ablehnung auf  
sich nehmen wollen. Ein Erfolg wird also  
jedenfalls zu gewärtigen sein, wenn er auch  
nur darin bestehen sollte, daß die Ententz-  
regierungen die Verantwortung für eine all-  
fällige Ablehnung übernehmen müssen.

Der Gesamteindruck, den die deutsche n  
Blätterstimmen gewähren, ist der, daß  
man den Schritt Oesterreich-Ungarns verstanden  
hat, wenn man auch die Chancen skeptisch be-  
urteilt. Die Einwendungen, die erhoben werden,  
sind dreierlei Art: Zunächst wird gesagt, das  
„neue Angebot“ dürfe nach den bisherigen  
Erfahrungen kaum auf Erfolg rechnen. Diese in  
einzelnen Zeitartikeln der deutschen Presse ver-

unft ist gut gewählt, weil auf dem  
Kriegsschauplatz das militärische Gleichgewicht  
nach den Erfolgen der Entente hergestellt ist.  
Keine der beiden Parteien läuft Gefahr, sich  
was zu vergeben, wenn sie in Besprechungen  
treten, haben sie sich doch schon zu Ab-  
machungen über die Frage der Internierten  
und den Austausch der Kriegsgefangenen zu-  
ammengefunden.

Das Berner Tagblatt schreibt unter dem  
Titel „Der Weg zum Frieden“ unter anderem:  
Die immer auch die Alliierten sich zur An-  
regung des Grafen Burian stellen werden, das  
Wort ist gesprochen worden und sein Klang  
leibt in der Menschheit. Graf Burian hat den  
Stein ins Rollen gebracht, der mit der Gewalt  
iner Lawina immer mehr anschwellen, schließlich  
die Jusque-au-Boutisten begraben wird, so-  
fern Vernunft und Menschlichkeit nicht leerer  
Bortschwall werden sollen.

Eine rumänische Stimme.

Ab Bukarest, 15. September. Die rumäni-  
schen Blätter begrüßen die österreichisch-unga-  
rische Note übereinstimmend als neuen Beweis  
der Friedensliebe, der Doppel-  
konardie und der persönlichen Gesinnung  
brer Politik.

Die Romania, das Blatt des bekannten  
umänischen Abgeordneten Stere, meint, es  
sei schwer, zu glauben, daß bei dem allgemeinen  
Wohlselbstbedürfnis der Völker irgendein Krieg-  
vorschlag der den Vorschlag Oesterreich-Ungarns  
überholen werde. Die Note habe nicht den  
Charakter eines Friedensvorschlages, sondern  
den der Anregung, die Möglichkeit von  
Friedensverhandlungen zu prüfen,  
die zu einem Verständigungsfrieden führen  
 könnten. Ein anderer Friede sei unmöglich. An  
einen Frieden durch militärischen Sieg glaube  
 heute niemand mehr.

Abweisende Haltung der französischen  
Presse.

Berlin, 16. September. (Priv.-Tel.)  
Bisher liegen aus dem Ausland nur wenige  
Stimmen über die Note vor. Der Pariser Kor-  
respondent der Valler Nachrichten dröhlet: Die  
gesamte französische Presse lehnt die Ein-  
ladung ab, irgendwelchen Verhandlungen  
beizutreten. Man weiß hier sowohl wie auch  
andwärts, daß die Welt den Frieden wünscht  
und daß sie den Frieden nötig hat, aber man  
ist hier der Ansicht, daß der Friede, den die  
Mittelmächte wünschen, nicht der ist, dessen die  
Welt bedarf. Die Entente ist überzeugt, daß  
demokratische Grundsätze die Welt  
regieren müssen und daß nur ein von ihr dik-  
tierter Friede der Welt endlich Ruhe verschaffen  
kann.

Neue

# Freie Presse.

Morgenblatt.

Wien, Dienstag, den 17. September

1918.

Abonnement für das Ausland:  
 Vierteljährig:  
 Bei uns (Kreuzband-Versendung): Deutsch-  
 land, Bulgarien K. 20, 4 Staaten des Welt-  
 postvereins K. 25.  
 Bei den Postämtern in Deutschland  
 M. 11.18, Schweiz Fr. 12.45, Belgien Fr. 15.25,  
 Italien L. 14.47, Skandinavien Fr. 15.90, Serbien  
 Fr. 13.50, Bulgarien Fr. 15.55, Russland R. 5.20.  
 Griechenland G. 2. Bohland, Böhmerland  
 & Böh. Athen od. K. 2. Seiten-Exp. in Tschech. K. 12.60,  
 Europ. Türkei (Ost. Postämter) K. 2.40, Arab.  
 Türkei K. 11.45, Aegypten K. 12.44, Däne-  
 mark K. 11.10, Schweden K. 11.10, Norwegen  
 Kr. 12.50, Finnland M. 12.10, Holland F. 9.—, Bei  
 den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom  
 Fr. 13.50, Frankreich: Hachette & Co., 111, Rue  
 Réaumur, Fr. 15.50; England: Saatchi & Saatchi,  
 25, Abchurch Lane, Fleet Street, E. C. 4; Siegel & Co., London  
 E. C. 1, 119, Leadenhall Street, Fld. St. 1 sh. 1; Nord-  
 amerika: G. Steiger, 35 Park Place, O. E. Steiner,  
 151-155 West 35th St., L. A. Rosswag, 37, Second  
 Avenue in New York, Doll. 4.15. Vertreter für das ge-  
 samte Ausland: Saatchi & Saatchi, Ges. m. b. H., Mainz  
 Für die an Agenten, Ausländer oder Verzeichnisse  
 beschlitten Postämter (siehe Seite 1) ersucht.

## Die Möglichkeiten des Friedens.

Von Graf Julius Andrássy.

K. u. k. Geheimrat, k. u. Minister a. D.

Budapest, 15. September.

Weite Kreise glaubten, ein Krieg unter den euro-  
 päischen Großmächten wäre bei der modernen Auffassung  
 unmöglich. Dieser Irrglauben wurde durch die Tatsachen  
 bereits entkräftet. Soviel hat sich jedoch als wahr erwiesen,  
 daß sich ein längerer Krieg nur dann führen läßt, wenn die  
 kriegsführende Nation davon überzeugt ist, daß sie für ein  
 heiliges Ziel blutet.

Ein Ludwig XIV., ein Friedrich II., ein Napoleon I.  
 brauchte nicht erst viel Vorwände für einen Krieg zu finden.  
 Die Aussicht, Eroberungen zu machen, Ruhm zu erwerben,  
 genügte vollkommen, um ihm die begeisterte Unterstützung  
 der Nation zu sichern. Heute steht es anders.

Wir Zentralmächte brauchen keine idealen Kriegsziele  
 zu fabrizieren. Der Krieg selbst bestätigte es, daß wir uns  
 schlagen müssen, weil man uns erwürgen will.

Ganz anders ist die Lage der Entente, namentlich  
 seitdem wir den Frieden angeboten haben und die Fort-  
 setzung des Krieges auf ihre freie Entscheidung zurückzu-  
 führen ist. Der Kriegswille läßt sich bei ihnen nur durch  
 solche Kriegsziele wach erhalten, welche jeden Geschmack zu  
 befriedigen vermögen.

Die englische Nation hat wohl auch in der Vergangen-  
 heit praktische Politik befolgt, allein auch früher schon ließen  
 es sich ihre Regierung angelegen sein, ihre realen Ziele in  
 eine gefällige Hülle zu kleiden. Als Großbritannien gegen  
 Philipp II. von Spanien, gegen Ludwig XIV. und gegen  
 Napoleon zur Verteidigung und zum Ausbau seiner eigenen  
 Macht einen zähen Kampf führte, vergaß es niemals zu be-  
 tonen, daß es die Freiheit und das Gleichgewicht Europas  
 verteidige. Diese Devise genügte vollkommen, um den größten  
 Kampf zu motivieren, um so mehr, als ein jeder dieser Kriege  
 die für die Entwicklung oder die Sicherung der eigenen  
 Kolonien unentbehrliche Ausdehnung oder wirtschaftliche  
 Vorteile oder die Festigung der Suprematie auf dem Meere  
 verhieß.

Heute wäre indes das alte Schlagwort nicht mehr ge-  
 nügend. Die moderne pazifistische Auffassung, die Schule  
 Cobdens und Brights ist so sehr verbreitet, daß der Krieg  
 gegen ihren entschiedenen Widerstand nicht erfolgreich fort-  
 gesetzt werden könnte. Gerade diejenige Partei, die bei  
 Kriegsausbruch am Ruder war, die liberale Partei, hat sich  
 am meisten gegen die Kriege und den Militarismus aus-  
 gesprochen. Der Staatsmann, der heute den Kriegsge danken  
 am energischsten vertritt, Lloyd-George, war ein Pazifist;  
 im Burenkrieg mußte ihn die Polizei vor der Wut der  
 Menge schützen, die ihn wegen seiner pazifistischen Äuße-  
 rungen prügeln wollte. Wie könnte ein solcher Staatsmann  
 seine Autorität bewahren, wenn er sich heute für einen Krieg  
 exponierte, der um bloße Machtziele geführt würde? Nur  
 ideale Kriegsziele konnten das moderne England in die  
 gleiche Schlachtlinie wie das historische England stellen: das  
 Schlagwort, daß dieser Krieg ein Kampf gegen das Kriegs-  
 prinzip, ein Kampf für den ewigen Frieden sei.

Ich weiß, daß man bei uns gewohnt ist, in diesen so  
 oft gebrauchten Schlagworten bloß Hypokrisie zu sehen. Das  
 internationale Porzellan  
 Staaten stehenden Staates.

Wenn die Entente unsere Initiative zurückweisen  
 würde, dann wird es ihr schwerer werden, bei der Welt den  
 Glauben zu erwecken, daß wir die institutionelle Sicherung  
 des Friedens nicht ernstlich wollen und es wird schwerer  
 sein als bisher, das Lager der Idealisten mit dem Kriegs-  
 gedanken zu versöhnen.

aber ist ein Irrtum. Weite Kreise glauben aufrichtig daran.  
 Eine Zerstörung dieses Glaubens würde eine der Quellen  
 der Fortsetzung des Krieges verstopfen. Es zeugt von der  
 Geschicklichkeit der führenden Kreise der Entente und von  
 unserer Unge schicklichkeit, daß das pazifistische Schlagwort  
 und Gefühl eines der belebenden Elemente jenes furchtbaren  
 Kampfes werden konnte, den sie gegen uns führen, obwohl  
 wir die Schande und Unerträglichkeit der gegenwärtigen  
 Zustände genau so fühlen wie sie.

Auch Amerika hätte man in keinen Krieg hineinzuziehen  
 können, der nicht seine unmittelbaren Interessen berührt. Man  
 hätte es nicht dazu bringen können, den einem politischen  
 Testament gleichwertigen Ratsschlag seines größten Sohnes  
 Washingtons aufzugeben, daß die politische Berührung mit  
 fremden Staaten so gering sein möge wie nur möglich, daß  
 es sein Schicksal nicht an das Schicksal eines Teiles von  
 Europa knüpfe, daß es seinen Frieden und Wohlstand nicht  
 im Interesse europäischer Ambitionen und Wettbewerbe, für  
 europäische Stimmungen und Leiden aufs Spiel setze, daß  
 es für das eine Volk nicht Antipathien, für das andere keine  
 leidenschaftliche Liebe empfinden möge, sondern daß es allen  
 gegenüber freundschaftliche Gefühle bekunde, daß es neutral  
 bleiben möge. Man hätte Amerika nicht dazu bringen können,  
 mit der Monroe doktrin zu brechen, die ein Jahrhundert hin-  
 durch das Grundgesetz der amerikanischen Politik war, wenn  
 zu den auf dem Spiele stehenden materiellen Interessen nicht  
 auch ein idealer Austausch hinzutrate.

Wilson mit seinen doktrinären Äußerungen und seinen  
 die Welt beglückenwollenden Grundsätzen konnte mit jenen  
 Milliardären, die vom Kriege leben, deren wirtschaftliches  
 Interesse durch die der Entente gewährten Anleihen und von  
 dort erhaltenen großen Bestellungen eben an die Entente ge-  
 knüpft ist, nur durch das Schlagwort in ein Lager geraten,  
 daß die Menschheit von dem verbrecherischen politischen  
 Geiste, von der militaristischen Auffassung der Deutschen  
 ein für allemal befreit werden müsse. Der Krieg ist nur  
 möglich, weil ganz dasselbe, was das Geschäft erheischt, auch  
 die der Eitelkeit und dem Idealismus entspringende Ueber-  
 zeugung gebietet, daß nämlich das junge amerikanische Volk  
 berufen sei, Europa bessere Sitten beizubringen, es von den  
 alten historischen Irrtümern zu erlösen und eine auf  
 Demokratie gebaute schönere Zukunft zu sichern.

Der Wert der von der Entente betonten idealen Ziele  
 liegt auch darin, daß sie besonders lebhafte Echo in Frank-  
 reich gefunden haben, in jenem Lande, das unter unseren  
 Gegnern im Kriege am meisten zu leiden hat, das meiste aufs  
 Spiel setzte und wo am leichtesten auch eine Revolution aus-  
 brechen könnte, die eine Fortsetzung der bisherigen Politik  
 unmöglich machte. Der französische Genius hat immer ge-  
 wünscht, daß neben den egoistischsten Motiven auch solche  
 ideale Motive stehen, die die „Grande Nation“ mit einer  
 besonderen Gloriole umgeben, die in ihr das Gefühl der  
 moralischen Ueberlegenheit gegenüber den anderen Nationen  
 erwecken. Der Franzose liebt es, stets im Namen der Mensch-  
 heit zu sprechen; auch wenn er im eigenen Interesse handelt,  
 macht er sich glauben, daß er andere erlöst und sich um die  
 Güter der Menschheit müht. Außer der berausenden  
 Wirkung des Ruhmes, außer der Hoffnung auf erwarteten  
 praktischen Gewinn braucht er noch den idealen Schwung, um  
 mit seinem Lobe und mit sich selbst zufrieden zu sein und  
 seine ganze ihm verliehene Kraft zu entsalten.

Balfours Antwort.

L. London, 16. September. (Wiedergabe des Reuterschen Bureaus.) Bei einem Frühstück, das das königliche Kolonialinstitut den Vertretern des britischen Reiches gab, hielt Balfour eine Rede, in der er auf die österreichisch-ungarische Note einging. Balfour führte aus: Man muß bei meinen Ausführungen bedenken, daß sie innerhalb zweier Stunden, nachdem ich die Note aus der Presse kennen gelernt habe, niedergeschrieben sind und daß ich keine Gelegenheit hatte, mit meinen Kollegen zu beraten. Was ich sage, muß daher ausschließlich als persönliche Äußerung eines Mitgliedes der Regierung angesehen werden.

Ich will gleich ausführen, daß ich mit der österreichischen Note in der Meinung übereinstimme, daß die ganze Zivilisation auf dem Spiel steht. Was schlägt der Feind vor, um den Zustand zu beenden? Nach meiner Ansicht folgendes: Keinen Waffenstillstand, sondern Anknüpfung von Besprechungen durch nicht verantwortliche Personen. Ich erkenne nicht, daß eine solche Besprechung unter gewissen Umständen ein kostbares Mittel sein könnte, um zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Aber besteht auch nur die geringste Aussicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nutzbringende Besprechungen angebahnt werden können? Ich kann das nicht einsehen, wie sehr ich persönlich diese Vorschläge günstig aufzunehmen wünsche. Während der ganzen vier Jahre haben die Deutschen weder durch ihre Regierung, noch durch irgend ein verantwortliches Mitglied der Regierung Vorschläge gemacht, die man als ein Friedensangebot bezeichnen kann. Soviel ich mich entsinne, kam niemals ein konkreter Vorschlag über die Bedingungen, unter denen die Deutschen Frieden schließen wollten. Sind die deutsche und die österreichische Regierung von der Überzeugung abgewichen, daß Ehrerbietung von den Rechten anderer Völker keineswegs mit ihren eigenen Rechten und legitimen Interessen unvereinbar ist? Das wäre die größte Annäherung dieser beiden Regierungen.

Stellen Sie sich die Besprechungen einmal vor, wie die Österreicher sie wünschen. Stellen Sie sich ein halbes Duzend Diplomaten in einem Zimmer beisammen vor. Ihre Gespräche würden darauf gerichtet sein, sich nicht bloßzustellen. Sie sind amtlich nicht verantwortlich. Stellen Sie sich vor, wie sie von Tag zu Tag das wechselnde Spiel auf dem Schlachtfelde ansehen werden. Es gibt noch einen wichtigeren Einwand gegen diese Besprechung. In einigen kleinen Fragen, die mit dem Frieden im Zusammenhang stehen, muß man seinen Trotz und seine Eigenliebe bezwingen. Es gibt sehr viele Fragen, über die ich Besprechungen für unschätzbar halte. Aber nähern wir uns dem Stadium, wo diese Frage entschieden werden kann? Ich fürchte, nein. Bevor wir in dieses Stadium eintreten, sind noch größere Fragen zu entscheiden und über diese größeren Fragen ist kein Irrtum möglich: Die abweichenden Haltungen der Regierungen sind nicht mißzuverstehen. Ihre Stellung ist mit völliger Deutlichkeit mitgeteilt worden. Was nützt es denn, in unverantwortliche Besprechungen einzutreten? Lassen Sie mich das an der gegenwärtigen Lage erläutern.

Bevor wir das österreichische Anerbieten über Besprechungen nichtverantwortlicher Personen erfahren, lasen wir die amtliche Erklärung des deutschen Vizekanzlers. Er hielt eine lange Rede, in der er sich vollkommen deutlich und unmißverständlich über verschiedene Fragen äußerte. Kannten die amtlichen Stellen in Wien und die Verfasser dieser Note die Rede des Vizekanzlers oder kannten sie sie nicht? Er ist Vizekanzler zum Teile deswegen, weil er ein Vertreter des Liberalismus ist und besonders weil man glaubt, daß er die Gunst der Reichstagsmehrheit besitzt. Deswegen spricht er nicht für die Extremisten, sondern für den liberalen Flügel der Regierung. Er ist vollkommen deutlich; nehmen Sie z. B. Belgien. Er gebraucht merkwürdige Worte, aber ich nehme an, daß er sagen wollte, Deutschland fühle, daß es wirklich die Unabhängigkeit Belgiens wiederherstellen müsse. Deutschland sagt nicht ausdrücklich, daß es irgend etwas tun müsse, um die Wohlfahrt Belgiens wieder herzustellen, oder daß es dem Lande, das es verwüstete, terrorisierte und beraubte, Entschädigung gebe. Aber es scheint, daß, wenn Belgien zustimmen will, gewisse Änderungen in seinen inneren Verhältnissen vorzunehmen, es seine Unabhängigkeit zurückhalten kann. Ich glaube, das ist die deutlichste Erklärung, die wir bis jetzt über diese Frage von irgend einem deutschen Regierungsvertreter gehört haben. Achten Sie darauf, daß sie ausdrücklich zurückweist, was wir für eine Selbstverständlichkeit halten, nämlich die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens, das unerhört behandelt worden ist. Deutsch-

land hat jetzt der Bolschewikeregierung 300 Millionen Pfund Entschädigung für die Verluste abgerungen, die es seiner Ansicht nach von Rußland erlitten hat. Nun möchte ich gerne wissen, was für ein Unrecht Rußland Deutschland getan hat, das mit dem deutschen Unrecht an Belgien verglichen werden könnte. Haben wir es ernst zu nehmen, daß Deutschland die 300 Millionen von Rußland nimmt und keinen Schilling Entschädigung an Belgien gibt? Wenn das die Meinung der deutschen Regierung ist, so kann keine Besprechung etwas nützen. Es ist ein deutlicher, klarer Unterschied der Anschauungen und eine Besprechung würde Schwierigkeiten dieser Art nur stärker hervortreten lassen, aber sie könnte sie nicht entfernen.

Dann scheint Deutschland auf der Rückgabe seiner Kolonien zu bestehen. Ich werde diese Frage nicht diskutieren, aber ich sage auch hier wieder ausdrücklich: Das ist eine Frage, in der ein Mißverständnis nicht obwalten kann und wobei die Deutschen auf der einen Seite stehen und wir auf der anderen. Ich halte es für unmöglich, daß irgendwelche Besprechungen eine so große Schwierigkeit überbrücken könnten, oder Deutschland die Macht über jene unglücklichen Bevölkerungen, die es mißbraucht hat, zurückgeben und Deutschland wieder die Kontrolle über jene Flottenstützpunkte geben könnte, die es nicht nur zum Kontrolleur der Verbindungslinien zwischen einem Teil des britischen Reiches machen würden, sondern auch zum Herrn der Linie des (ganzen?) Verkehrs. (Weisfall.) Wie soll das durch Besprechungen eine Einigung erzielt werden? Ich weiß es nicht.

Elfaß-Lothringen ist ein anderer Punkt. Deutschland erklärte in der letzten Woche ausdrücklich durch seinen Vizekanzler, daß es nicht beabsichtige, die Grenzen des Deutschen Reiches zu ändern oder deutsches Gebiet aufzugeben, in dem unter allen Umständen auch Elfaß-Lothringen einbegriffen wird. Wie kann eine Besprechung in diesem Falle Erfolg haben? Ich vermag es nicht zu sehen.

Dann nehmen Sie Deutschlands ungeheuerliche Ansprüche im Osten Europas. Der liberale deutsche Vizekanzler hat erklärt, daß das Schicksal Polens und das Schicksal derjenigen Völker, die der Ostgrenze Rußlands benachbart sind, so wie der Friede von Bukarest, der Rumänien in die Lage eines Vasallen bringt, in Kraft bleiben werden und daß Deutschland allein regeln werde, welcher Grad der Knechtschaft seinen östlichen Nachbarn auferlegt werden soll. Das ist endgültig und deutlich und ein Mißverständnis ist nicht möglich. Keine dialektische Gewandtheit wird Schwierigkeiten dieser Art mildern und bis diejenigen, die das Schicksal Deutschlands lenken, ob es das Hauptquartier, der Kaiser, der Kanzler, der Vizekanzler oder der Reichstag ist, bereit sind, aufrichtig zu sein oder wenigstens bereit zu einer Lösung sind, die in Übereinstimmung mit dem ist, was unsere Alliierten für die Sache der Gerechtigkeit, der Zivilisation, des Rechtes und des Friedens halten, sind bloße Besprechungen nutzlos. Die Völker der Entente länder wünschen ernstlich, ja sogar leidenschaftlich den Frieden, aber sie sind nicht so töricht, wie einige ihrer Kritiker bei den Mittelmächten anzunehmen scheinen. Sie wissen sehr wohl, daß, bis Deutschland bereit ist, die vorhandenen Probleme in einem Geiste anzusehen, der sehr verschieden ist von dem, der ihre Staatsmänner befeelt, Besprechungen nutzlos sein müssen.

Ich bin deswegen bis ich zu dem Schluß gezwungen, daß, wenn sie solche Vorschläge vorbringen, wie diese, sie es nicht tun, weil solche Vorschläge angenommen werden würden, und nicht, weil sie glauben, daß sie angenommen werden könnten, sondern weil sie glauben, diese Vorschläge könnten etwas dazu beitragen, den einen Alliierten von den anderen zu trennen oder irgend eine Meinungsverschiedenheit, die unter den Alliierten bestehen könnte, zu verschärfen und auf diese Weise das gemeinsame Bemühen um den Sieg, das sich jetzt an allen Fronten — in Frankreich, Italien, Mesopotamien wie in Rußland — zeigt, zu schwächen. Ich bin mit großem Widerstand, aber fast ohne Zweifel zu der Schlußfolgerung geneigt, daß dieser Vorschlag nicht der Versuch ist, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, sondern ein Versuch, um die Kräfte zu schwächen, die sich an der Front allzu stark für sie erwiesen, indem man auf jene ehrenhaften und doch irreführenden Gefühle zu wirken versucht, die nach ihrer Ansicht in allen Ländern bestehen und von denen sie glauben, daß sie eine Wirkung zu ihren Gunsten herbeiführen und ihren Absichten dienen sollen. Ihr Vorschlag kann den Frieden nicht bringen, und ich bin so gut wie sicher, daß er keine Uneinigkeit unter den Alliierten hervorrufen wird. Ich glaube, daß im vollsten Maße gegenseitiges Vertrauen herrscht. Alles, was dieses Land tun kann, ist geschehen und wird geschehen, um sich das gegenseitige Vertrauen zu erhalten. Wenn der Deutsche versucht, sich in Präsident Wilsons Farben zu kleiden oder eine Rolle zu spielen, von der er annimmt, daß sie Wilson gefällt, ist er sehr plump, weil er unaufrichtig ist. Wie er sich auch kleiden mag, die gepanzerte Faust kommt immer zum Vorschein und sicherlich sind diejenigen im Recht, die glauben, daß Verhandlungen niemals wirksam oder nutzbringend sein werden, bis diejenigen, die für die deutsche Politik verantwortlich sind, verstehen, daß durch bloßes Leihen oder geschickte Anwendung von Worten Wilsons durch ihre Politik im demselben Augenblick, wo sie überall den Lehren Wilsons zumider handeln, auch nicht der einfachste Bürger in den Ländern der Alliierten irre geführt werden kann.

Daher werden Sie nach dem, was ich sagte, halb zu dem Urteile kommen, daß es beinahe nicht zu glauben ist, daß dieser Vorschlag irgendwelche nützliche Folgen haben kann. Je mehr dieses Dokument im Zusammenhang mit der deutschen Handlungsweise und den deutschen Äußerungen betrachtet wird, desto mehr ist ersichtlich, daß dieser Plan keine andere Wirkung haben kann als Hoffnungen zu erregen, deren Verwirklichung un-

möglich ist, und er wird uns dem leidenschaftlich ersehnten ehrenvollen Frieden nicht nähern, der nicht nur den Seiden, die wir durchmachen, ein Erbe bereiten, sondern uns auch Bürgerschaften bringen soll, daß unsere Kinder nicht dieselben Seiden durchmachen. (Langanhaltender Weisfall.)

## Die Note der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Von Professor Dr. Lammatsch.

Offenbar in gewolltem Gegensatz zu den tönenden Redewendungen anderer ist die offizielle Note des Grafen Burian in nüchternen und trockenen Ausdrücken gehalten. In ihrer kurzen, geschäftsmännischen Fassung treten aber um so schärfer zwei Momente hervor: die Ausichtslosigkeit einer Entscheidung sowohl durch die Waffen als auch durch das Aneinandervorbereden der Staatsmänner in Parlamenten, Versammlungen und Interviews. Mit Recht weist darauf Graf Burian auf den allein aussichtsreichen Weg vertraulicher mündlicher Aussprache. Alle Bedenken, die die uns als Gegner gegenüberstehenden Mächte bisher gegen eine Aussprache von privaten Personen — meines Erachtens wohl mit Unrecht — hatten, schwinden vollständig gegenüber einer Besprechung amtlich beauftragter Vertreter. Daß die Zeit für eine solche reif, überreif ist, kann niemand leugnen, auch diejenigen nicht, die noch vor kurzem jede Friedensstimme mit dem Ruf: „Wir wollen Krieg und Sieg!“ niederzuschreiben suchten. In England hat General Smuts, bei uns hat Vizekanzler Bahrer in den Eingangsworten seiner Rede der Knock-out-Politik des Todesstoß gegeben. Wie Graf Burian sagt, von manchen der extremsten „konkreten Kriegsziele“ beginnt man auf beiden Seiten sich abzuwenden. Unter „konkreten Kriegszielen“ versteht unser Minister des Aeußern offenbar die territorialen Fragen, denn er fährt fort: „Weit ausgesprochenere als auf dem Gebiet der konkreten Kriegsziele ist die Annäherung der Auffassungen hinsichtlich jener Richtlinien gegeben, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll.“ Es wäre aber ein Irrtum, diese Probleme als rein abstrakte anzusehen und ihnen für die Erreichung des Friedens nur eine sekundäre Bedeutung beizumessen. Je besser durch die künftige Ordnung der Friede gesichert wird, je mehr die Gefahr eines plötzlichen Ueberfalles ausgeschlossen ist, desto leichter werden die einander gegenüberstehenden Staatengruppen schon jetzt auf jene „materiellen Sicherungen“ verzichten können, hinsichtlich deren die Einigung am schwersten zu erreichen ist. Darin liegt die besondere Wichtigkeit, die das Problem des Völkerbundes, das heißt eines Verbandes der Staaten zur Sicherung des Friedens durch ihre gegenseitige Verpflichtung zu ernstlichen Versuchen friedlicher Beilegung aller ihrer Konflikte unter gleichzeitiger Rüstungseinschränkung, nicht bloß für die Zukunft, sondern schon für die unmittelbare Gegenwart hat.

Wie jede Idee mißbraucht und mißdeutet werden kann, so auch die des Völkerbundes. Aber nicht nach ihrem möglichen Mißbrauch darf man sie beurteilen. Nach ihrem wesentlichen Zwecke vielmehr und nach der Intention derjenigen, die sie zuerst aufgestellt haben und mit aller Wärme des Gefühls und allem Scharfblick des Geistes vertreten, muß sie erfaßt werden. Dieses ihr Wesen ist, wie ich an dieser Orte („N. Wr. Tagblatt“ vom 3. September, gezeigt zu haben glaube und in einem demnächst erscheinenden

Schriftchen ausführlicher darlegen werde, das einer gegenseitigen Versicherungsgesellschaft der Staaten gegen plötzliche Ueberfälle, eine Versicherung, die heute diesem, morgen jenem zustatten kommen soll. Dieser Gedanke ist durchaus nicht, wie zu seiner Diskreditierung bei uns behauptet wird, amerikanischen Ursprungs. Soweit die Priorität von Ideen überhaupt festgestellt werden kann, war ihr erster Vertreter der Berliner Rechtsphilosoph Adolf Trendelenburg in einem unter dem Eindrucke der französischen Kriegserklärung 1870 veröffentlichten Schriftchen „Lücken im Völkerrecht“. Leider blieb sie bei uns unbeachtet und geriet in Vergessenheit, bis sie in Holland und Amerika wieder auflebte. Und nun sollten wir sie verleugnen, wir, das Volk Rants, auf dessen Spuren sie einher-schreitet?

Gewiß, mit denjenigen, die die Zentralmächte aus dem Völkerbunde ausschließen oder die uns durch Fortsetzung des Wirtschaftskrieges auch nach dem militärischen Friedensbeschlusse bestrafen wollen, ist keine Verständigung möglich. Aber diese beiden extremen Auffassungen werden auch bei unsern Gegnern von all denjenigen abgelehnt, mit denen überhaupt an eine Verständigung zu denken ist. Vor allem von Wilson. Erst am 31. Juli dieses Jahres hat Lloyd George im Tone klagernder Resignation erwähnt, daß Amerika sich noch immer nicht über die Beschlüsse der Versailler Wirtschaftskonferenz von 1916 geäußert habe. Und auch in England selbst tritt die Opposition der großen Volksmassen und der liberalen Partei gegen den Wirtschaftskrieg immer schärfer hervor, so daß Lloyd George bereits erklären mußte, daß keineswegs Zölle auf Lebensmittel in Aussicht genommen wären. Auch die Gegensätze zwischen den einzelnen Dominions werden immer deutlicher, wie sich aus den Reden des kanadischen Premieres Borden und jener des australischen Ministerpräsidenten Hughes ergibt. Völkerbund und Wirtschaftskrieg sind miteinander unvereinbar; der Völkerbund aber ist für England, mag ihn auch ein Imperialist wie Oberst Wedgwood eine scheußliche Medizin (nasty medicine) nennen, für das britische Reich das weit Wichtigere. Diese Erkenntnis bricht in immer weiteren Kreisen durch. Sind auch Zölle überhaupt sehr wohl mit einem Friedensverband der Staaten in Einklang zu bringen, so doch gewiß nicht solche, die je nach der Temperatur der politischen Beziehungen abgestuft sind, vollends nicht Strafzölle. Daß das Deutsche Reich und dessen Verbündete, wenn sie eintreten wollen, nicht ausgeschlossen werden können, ist wohl nahezu schon als Communis opinio bei unsern Gegnern zu bezeichnen. Freilich knüpfen sie diese Zulassung noch an die Bedingung gewisser innerer Reformen. Darüber wird sich reden lassen, da ihr Interesse daran doch nur ein sehr untergeordnetes sein kann.\*) Besonders bedeutsam ist eine Erklärung der englischen Gruppe der interparlamentarischen Union vom 22. Juli dieses Jahres. Diese Gruppe, der 181 Mitglieder des Unterhauses und 19 Peers angehören, verwahrt sich auf das allerentschiedenste dagegen, daß ihrem Eintreten für die Idee des Völkerbundes irgendwelche nationalistische Interessen untergeschoben würden. Sie richtet einen „Appell an die

\*) Diese Auffassung des Herrn Verfassers kann nicht ohne Einspruch bleiben, da eine Einmischung der Feinde in unsere innern Fragen schon aus Gründen der Gegenseitigkeit abzulehnen ist. (Anm. d. Red.)

**Sorgfältige Prüfung der Note durch die Verbündeten.**

London, 16. September.

Das Reutersche Bureau erfährt aus gut unterrichteten Kreisen, daß die österreichisch-ungarische Note von den Verbündeten eine sorgfältige Prüfung erfahren wird. Es dürften deshalb einige Tage vergehen, bevor eine Antwort erteilt werden kann. Inzwischen gibt man der Meinung Ausdruck, daß wenig von einer Konferenz zu erwarten sei, ehe nicht von seiten der Mittelmächte den einzelnen Punkten zugestimmt worden ist, zum Beispiel der Anerkennung der Notwendigkeit einer Entschädigung an Belgien und Serbien durch die Mittelmächte. Der offizielle Text der Note befindet sich noch nicht in Händen der englischen Regierung, da amtliche Telegramme auf einem Umweg einlaufen.

**Eine gemeinsame Antwort der Entente wahrscheinlich.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“)

Berlin, 17. September.

Der „Lokalanzeiger“ berichtet aus Rotterdam: Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß die Alliierten eine gemeinsame Note verfassen werden, durch welche sie die durch die österreichisch-ungarische Note und andere Friedensversuche geschaffene Lage aufklären wollen. Die Notwendigkeit der Abgabe einer solchen Erklärung wurde gestern in amerikanischen diplomatischen Kreisen erörtert. Man nahm dabei den Standpunkt ein, daß die österreichische Note unbestimmt sei, und daß ein Antrag, Besprechungen einzuleiten, in jedem Falle von Deutschland kommen müsse, weil Deutschland der Hauptfeind sei. Es wird weiter betont, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt sind, einen Frieden anzunehmen, der den Osten dem Westen opfern würde, und daß die Alliierten die Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk, die Räumung Serbiens, Rumäniens, Montenegros, Nordfrankreichs und Belgiens fordern müssen. In französischen diplomatischen Kreisen nehme man den Standpunkt ein, daß die österreichische Note eine Kriegslüge sei, zum Zweck, die Alliierten zu spalten. Der Erklärung Balfours werde, wie man glaubt, eine positive Äußerung aus Paris folgen. In den politischen Kreisen Londons meint man, so schließt der Mitarbeiter der „Daily News“, daß die Note, weil sie Deutschland nicht binde, wertlos sei und daß, wenn sie Deutschland binden solle, sie auch von Deutschland ausgehen müsse.

**Schroffe Ablehnung in der englischen Presse.**

London, 16. September.

„Daily Mail“ schreibt: Die österreichisch-ungarische Einladung an die Alliierten ist eine andere Form des alten deutschen Tricks. Wilson fertigte ihn schon im voraus in seinen ausgezeichneten Reden ab. Wie hören die Stimme des deutschen Kaisers in dieser österreichischen Note. Die militärischen Herrscher, unter denen Deutschland verblutet, befürchten, daß, wenn sie zumweichen oder dazu gezwungen werden, ihre Macht nach außen und innen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen wird. Sie werden besorgt durch die Schläge der Alliierten. Sie denken in Wahrheit nicht an die Menschlichkeit, sondern an die eigene Sicherheit. Die Haltung der Alliierten ist klar. Sie ändert sich nie. Wir fordern Entschädigung, Wiederherstellung und Bürgschaften, und für die neuen deutschen Schädigungen des französischen Gebietes fordern wir die Bestrafung der Schuldigen. Das ist unsere Mindestforderung. Wir erinnern die Feinde an Wilsons Worte: Ein Kompromiß ist unmöglich, eine halbe Entschädigung ist unerträglich.

Bezüglich des Angebotes Deutschlands gegenüber Belgien schreibt das Blatt: Hinter diesem Angebot der österreichischen Note steht Hindenburgs Wunsch, Zeit für die Reorganisation seiner erschütterten Truppen zu gewinnen. Er bietet den Belgiern nur einen neuen Leinwand an. Seit dem Brüssel Vertrag kann niemand dem deutschen Versprechen den geringsten Wert beimessen.

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Stellung, ferner für das Inland, Oesterreich und Feldpost, Morgen- und Abendblatt: Ganzjährig 12 Kronen, halb, 6 Kronen, viertel, 3 Kronen, monatl. 6.50 Kronen. Bloss Morgenblatt: Ganzjährig 8 Kronen, halbjährig 4.50 Kronen, viertel, 2.50 Kronen, monatlich 4.50 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährig 8 Kronen, halb, 4 Kronen, viertel, 2.50 Kronen, monatl. 2.60 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten. Für Wien auch durch Horn, Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 24 K., für alle übrigen Staaten 25 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

In Budapest, in der Administration des Pester Lloyd: Red. u. Verw. Annoncen-Bureau: J. Bökényi, B. Eckstein, Györi & Nagy, Jankó & Co., Gb. Lengyel, Ant. Kozel, Rudolf Kössler, Jak. Tenczer, Ludwig Hegy, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd. Einzelsammler in Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller. Redaktion und Administration: V., Maria Valeria-utca 12. — Manuskripte werden im keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

65. Jahrgang.

Budapest, Mittwoch, 18. September 1918

Nr. 218

# Die Friedensdemarche unserer Monarchie.

## Balfour über die Note des Grafen Burian.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Der britische Minister des Aeußern ist der erste Entente-Staatsmann in leitender Stellung, der zu dem österreichisch-ungarischen Schritt öffentlich Stellung nimmt. Herr Balfour will zwar vorläufig nur im eigenen Namen gesprochen haben, aber sein Einfluß in der englischen Regierung und in der Entente ist so groß, daß auch unverbindlich getane Äußerungen aus seinem Munde Anspruch auf erste Beachtung haben. Der erste Eindruck von Balfours Rede ist der, daß wir mit der Wirkung unserer Aktion nicht ganz unzufrieden zu sein brauchen. Schon daß Herr Balfour sich beeilt hat, dem Grafen Burian zu antworten, ist kein ungünstiges Zeichen. Selbst wenn er die Absicht haben sollte, im englischen Kabinet die Ablehnung unseres Vorschlages zu befürworten, muß er ihm doch stark verbundene Kraft zutrauen und es für rätlich finden, dem Ausreifen der Wirkungen zuzuwarten. Die Daily News, die in ihrer Weise immer für den Ausgleichsrieden eingetreten sind, behaupten, daß die englische Regierung formellen Besprechungen offenbar nicht grundsätzlich abgeneigt sei. Balfours Rede widerspricht dieser optimistischen Darstellung trotz ihres in manchen Punkten schroffen Tons durchaus nicht. An mehreren Stellen spricht er freimütig die Ansicht aus, daß auch er Besprechungen von der Art, wie sie Graf Burian vorschlägt, für möglich hält. Er würde sie unter gewissen Umständen als ein kostbares „Mittel“ schätzen, und sagt zum Schluß, es sei beinahe nicht zu glauben, daß der Vorschlag mißlingen könne. In diesem „beinahe“ steckt mehr Zustimmung zu unserem Vorschlage, als in der ganzen Kritik, die der immer gründliche Herr Balfour in seiner Rede vorbringt, an greifbaren Argumenten für seine Ablehnung enthalten ist. Ja noch mehr, gegen den Vorschlag selbst weiß Balfour überhaupt nichts einzuwenden. Wenn man seine Polemik näher betrachtet, findet man, daß er gegen ganz andere Dinge polemisiert, als gegen das, was das eigentliche Wesen der österreichisch-ungarischen Note ausmacht. Er würde im Grunde genommen ganz gern zu einer Konferenz gehen, wenn er wüßte, daß man ihm dort die Aufgabe, einen möglichst guten Frieden für England herbeizuführen, durch widerspruchsfreies Ja im vorhinein zu bewilligen, die Annahme seiner Forderungen möglichst leicht machen werde. Aber dieser Wunsch zeugt mehr für den starken Ehrgeiz des Diplomaten als gegen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer Konferenz.

Schon in seiner Rede macht sich Balfour die Sache zu leicht. Die Besprechung der Argumente müßte fruchtlos bleiben, weil die Gegensätze in den wichtigsten Fragen noch zu groß seien. Um dies zu beweisen, malt er diese Gegensätze in den schreiendsten Farben aus und behandelt sie unter dem einseitigen Gesichtspunkt, den wir aus allen öffentlichen englischen Ministerreden schon lange kennen. Aber damit gibt er ja gerade dem Grafen Burian recht, der in seiner Note überzeugend dargelegt hat, daß die Gegensätze wahrscheinlich bloß deshalb so groß sind, weil die kriegführenden Staatsmänner immer nur öffentlich darüber reden. Herr Balfour ist ein zu feiner Logiker, als daß er nicht einsehen sollte, wie er sich gerade dort, wo er am unverdächtigsten redet, eine Blöße und dem Grafen Burian das verklärte Recht gibt, seine Einladung zu wiederholen. Er fragt, ob der Verfasser der Note denn nicht von der Rede des Vizekanzlers v. Payer gehört habe. Es ist wirklich anzunehmen, daß Graf Burian die Rede des bedeutenden deutschen Staatsmannes gelesen, aufmerksam gelesen hat und daß er die rednerisch gut ausgebaute Empörung Balfours über die Sache nicht teilt. Da aber die österreichisch-ungarische Note in die Zeit nach dem Ausreten v. Payers fiel, so müßte Balfour verunmündigterweise daraus schließen, daß Burian sie ebenfalls als ein unübersteigliches Hindernis für seine Konferenz eingeschätzt hat, wie er in Balfours Rede ein solches erblicken werde. Er müßte sich sagen, daß wenn die deutschen und die englischen Forderungen einander auch nur einen Schritt näherstünden, als sich nach den öffentlichen Kundgebungen haben und drüben annehmen läßt, Burian es nicht nötig gehabt hätte, bloß eine Vorbesprechung, eine unverbindliche zumal anzuregen. Burians Vorschlag ist in unserer Presse durch Vergleiche erläutert worden, daß es sich da um einen Antrag zur Geschäftsordnung handle und der stärkste Einwand, den wir gegen Balfour richten, besteht eben darin, daß er, ohne es zu merken, sich bereits mitten in die meritorische Debatte gestellt

sieht. Wir brauchen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß man auch in England eines Tages den Wunsch verspüren werde, solche Debatten lieber in ein stilles Beratungszimmer zu verlegen, wo man nicht immer nach den heftigsten Worten den stärksten Beifall zu erwarten hat.

Auch die Völker der Entente, das gesteht Balfour ein, sind von leidenschaftlicher Friedenssehnsucht erfüllt. Er meint aber, daß sie trotzdem gern weiter kämpfen werden, um ihren Kindern das Leid künftiger Kriege zu ersparen. Sie werden jedoch, meinen wir, uns ohne weiteres glauben, daß auch wir uns den Dank der nach uns kommenden Generationen erwerben wollen. Aber der Weg dahin führt weder über Schlachtfelder, auf denen die letzten Kräfte verblühen, noch über das hartnäckig genährte gegenseitige Mißtrauen. Balfour ist auch diesmal leider der unedlen Versuchung nicht ausgewichen, uns der Unaufrichtigkeit zu zeihen. Er mag unsere Anregungen zurückweisen, aber er hat kein Recht, sie zu verdächtigen, und sollte so billige, so schlechte Argumente lieber den kleinen Geistern überlassen, die in der Norddeutschen Zeitung Unwesen treiben. Warum schilt er uns unaufrichtig? Weil die Mittelmächte nach seiner Meinung sich gleichzeitig mit unserem Vorschlage hätten zu einer Lösung bereit erklären müssen, die in Übereinstimmung steht mit dem, was die Entente für die Sache der Gerechtigkeit und Zivilisation hält. Das ist ein sonderbares Kriterium der Unaufrichtigkeit, denn um ihm zu genügen, müßten wir einfach in allen Fragen des Friedens von vornherein der Meinung der Gegner sein. Dann sollen wir unaufrichtig sein, weil Balfour in unserer Note den Versuch wittert, die Alliierten gegeneinander zu hegen. Das haben wir oft zu hören bekommen. Aber in keinem Zeitpunkt hätten wir eine Wiederholung weniger erwartet, als in der Stunde, da wir selbst, ohne Mißdeutungen zu scheuen, dem Friedenszweck zuliebe Feind und Freund auf eine Stufe stellten. Nun wird auch Herr Balfour in englischen Blättern, für deren Gesinnungsgenossenschaft er sich zu gut halten sollte, gelesen haben, daß Oesterreich-Ungarn nur scheinbar selbständig vorgehe, in Wirklichkeit aber der Beauftragte Deutschlands sei. Er braucht aber nur einen Blick in die deutsche Presse zu werfen, um sich zu überzeugen, daß gerade in diesem Zeitpunkte und bei dieser Gelegenheit solche Unterstellung sich besonders tödlich ausnimmt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Wenn Vorbesprechungen zustande kommen sollten, werde Deutschland sich ihnen nicht entziehen. Wir werden annehmen dürfen, daß damit Antwort und Entschließung der deutschen Regierung angekündigt sind. Dafür müssen wir ihr umso dankbarer sein, und ihre Haltung umso höher einschätzen, als das Kanzlerorgan zugleich als Grundton der deutschen Pressekommentare eine gewisse Skepsis gegen unseren Vorschlag feststellt. In Skepsis steht es in den deutschen Zeitungen in der Tat nicht und auch nicht an Einwendungen verschiedenster Art, die wir freilich nicht für berechtigt halten, die uns vielmehr in vielem ansehnlich erscheinen, die aber schließlich, von einer anderen Seite betrachtet, doch wahrhaftig nach allem anderen eher ausfallen, als nach einer Quittierung über bestellte und ausgelieferte Arbeit. Gerade dieser Wortwitz hat uns überrascht. Ob das Echo auf unsere Note aus dem Ententelager zurückkehrte, hätten wir geglaubt, uns eher darauf vorbereiten und dagegen rüsten zu müssen, daß die Entente die Gelegenheit mißbrauchen werde, um der Welt einzureden, daß wir im Begriffe ständen, von Deutschland wegzurücken, und über die Forderung unseres Bündnisses zu triumphieren. Das ist vorläufig, wenigstens so weit aus den bisherigen Äußerungen der Ententestaatsmänner zu ersehen ist, nicht geschehen. Um so weniger haben wir Anlaß, uns in eine Widerlegung der kritischen deutschen Presseäußerungen zu vertiefen. Aber schon um Herrn Balfour einen Beweis unserer Aufrichtigkeit zu geben, möchten wir wenigstens eine davon richtigstellen. Jene nämlich, daß unsere diplomatische Aktion der deutschen Regierung überraschend gekommen sei. Die verbündete deutsche Regierung hat selbstverständlich von unserer Absicht Kenntnis gehabt. Zwischen ihr und uns ist über die Aktion gesprochen worden, und gerade der Zeitpunkt unseres Vorgehens ist ihr nicht unrichtig gewußt erschienen. Darum bleibt es doch wahr, daß die Anregung zu einer Vorbesprechung über die Friedensmöglichkeiten von Oesterreich-Ungarn ausgeht. Die Entente wickelt sich nur an den Gedanken gewöhnen müssen, und sollte, wenn es ihr irgendwie um den Frieden zu tun ist, glauben lernen, daß die Monarchie durch das Verhältnis unbedingten Vertrauens zwischen den Viermächten in die Lage gesetzt ist, ihre Selbständigkeit dort zu wahren, wo die Hoffnung besteht, daß damit dem Frieden gedient werden könnte.

Bei einem Frühstück, das das königliche Kolonialinstitut den Vertretern der Presse des britischen Reiches gab, hielt Balfour eine Rede, in der er auf die österreichisch-ungarische Note einging. Balfour führte aus:

Man muß bei meinen Ausführungen bedenken, daß sie innerhalb zweier Stunden, nachdem ich die Note aus der Presse kennen gelernt habe, niedergeschrieben sind und daß ich keine Gelegenheit hatte, mich mit meinen Kollegen zu beraten. Was ich sage, muß daher ausschließlich als persönliche Äußerung eines Mitgliedes der Regierung angesehen werden.

Ich will gleich ausführen, daß ich mit der österreichisch-ungarischen Note in der Meinung übereinstimme, daß die ganze Zivilisation auf dem Spiele steht. Was schlägt der Feind vor, um den Zustand zu beenden? Nach meiner Ansicht folgendes: Keinen Waffenstillstand, sondern Anknüpfen von Besprechungen durch nichtverantwortliche Personen. Ich verkenne nicht, daß eine solche Besprechung unter gewissen Umständen ein kostbares Mittel sein könnte, um zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Aber besteht auch nur die geringste Aussicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nutzbringende Besprechungen angebahnt werden können? Ich kann das nicht einsehen, wie sehr ich persönlich diese Vorschläge glänzend aufzunehmen wünsche. Während der ganzen vier Jahre haben die Deutschen weder durch ihre Regierung noch durch irgendein verantwortliches Mitglied der Regierung Vorschläge gemacht, die man als ein Friedensangebot bezeichnen kann. Soviel ich mich erinnere, kam niemals ein konkreter Vorschlag über die Bedingungen, unter denen die Deutschen Frieden schließen wollten. Sind die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung von der Ueberzeugung abgewichen, daß Ehrerbietung vor den Rechten anderer Völker keineswegs mit ihren eigenen Rechten und legitimen Interessen unvereinbar ist? Das wäre die größte Annäherung dieser beiden Regierungen.

Stellen Sie sich die Besprechungen einmal vor, wie die Oesterreicher und Ungarn sie wünschen. Stellen Sie sich ein halbes Duzend Diplomaten in einem Zimmer beisammen vor. Ihre Gespräche würden darauf gerichtet sein, sich nicht bloß zu stellen. Sie sind amtlich nicht verantwortlich. Stellen Sie sich vor, wie sie von Tag zu Tag das wechselnde Spiel auf dem Schlachtfelde zusehen werden.

Es gibt noch einen wichtigeren Einwand gegen diese Besprechungen. In einigen kleinen Fragen, die mit dem Frieden im Zusammenhange stehen, muß man seinen Trotz und seine Eigenliebe bezwingen. Es gibt sehr viele Fragen, über die ich Besprechungen für unschätzbar halte. Aber nähern wir uns dem Stadium, wo diese Frage entschieden werden kann? Ich fürchte: nein. Bevor wir in dieses Stadium eintreten, sind noch größere Fragen zu entscheiden, und über diese größeren Fragen ist kein Irrtum möglich: die abweichenden Haltungen der Regierungen sind nicht mißzuverstehen. Ihre Stellung ist mit völliger Deutlichkeit mitgeteilt worden. Was nicht es dann, in unverantwortliche Besprechungen einzutreten? Lassen Sie mich das an der gegenwärtigen Lage erläutern.

Bevor wir das österreichisch-ungarische Anerbieten über Besprechungen nichtverantwortlicher Personen erfahren, lassen wir die amtliche Erklärung des deutschen Vizekanzlers. Er hielt eine lange Rede, in der er sich vollkommen deutlich und unmißverständlich über verschiedene Fragen äußerte.

Kannten die amtlichen Stellen in Wien und die Verfasser dieser Note die Rede des Vizekanzlers, oder kannten sie sie nicht? Er ist Vizekanzler deswegen, weil er ein Vertreter des Liberalismus ist, und besonders weil man glaubt, daß er die Gunst der Reichstagsmehrheit besitzt. Deshalb sprach er nicht für die Extremisten, sondern für den liberalen Flügel der Regierung. Er ist vollkommen deutlich. Nehmen Sie zum Beispiel Belgien. Er gebraucht merkwürdige Worte, aber ich nehme an, daß er sagen wollte, Deutschland fühle, daß es wirklich die Unabhängigkeit Belgiens wiederherstellen müsse. Deutschland sagt nicht ausdrücklich, daß es irgend etwas tun möchte, um die Wohlfahrt Belgiens wiederherzustellen, oder

London, 17. September.

## und Pinon.

### Frankreich und die Wiener Extratour.

Die Wiener Friedens-„Verlautbarung“ spricht von der „allgemein verständlichen Atmosphäre“ in den kriegsführenden Staaten und von dem Wunsch nach einem Verständigungsfrieden, der in allen jenen kriegsführenden Staaten „ohne Ausnahme ... gewaltig verstärkt“ sei.

Wo ist das friedliche Frankreich? Der heute allein herrschende französische Staatsmann, Clemenceau, hat soeben bei Eröffnung der Kammer eine Rede gehalten, auf deren Höhepunkt es heißt: „Die Soldaten der Zivilisation sind gerade jetzt dabei, die Barbarenhorden vor sich herzutreiben und siegreich zu zerstören. (Lebhafter Beifall.) Diese Arbeit wird fortgesetzt werden bis zur restlosen Vollendung des großen Werkes, für das das beste Franzosenblut vergossen ist. Unsere Soldaten werden uns diesen großen Tag schenken, der uns längst zukommt, den Tag der triumphierenden Befreiungen, wo wir die alten Ketten himmelschreiender Unterdrückung fallen sehen werden. Das Parlament der Republik hat uns die Mittel zum Siege geliefert.“

Diese Worte als Beweis für den verständlichen Sinn und den Verständigungswillen der französischen Regierung. Und die französische Volksvertretung? Clemenceaus Rede ist mit stürmischem Beifall auf allen Seiten des Hauses aufgenommen. Der Abgeordnete Simon ruft mit allgemeiner Zustimmung: „Diese Worte geben das einheitliche Gefühl des ganzen Volkes wieder.“ Der Maueranschlag von Clemenceaus beleidigender und prahlerischer Herausforderung wird mit Begeisterung und ohne Widerspruch beantragt und beschlossen. Holt — doch ein Widerspruch! Der „Kienthaler“ Raffin-Dugens stimmt gegen eine so „unnötige Geldausgabe.“ Ein einziger in einem Parlament von 600 Abgeordneten! Das ist die Verständlichkeit und die Verständigungsbereitschaft des französischen Volkes.

Vielleicht hat man im Walzerlande die Meinung, daß diese französischen Rodomontaden und Rüpelereien sich nur an den Deutschen wenden und daher an der schönen, blauen Donau als bedeutungslos übersehen werden können. Da sei daran erinnert, daß Clemenceau durch seine Presse das Masaryk-Programm dreifach hat unterstrichen und mit Wonne sich zueigen gemacht hat: dies Masaryk-Programm, das die tschechische Autonomie im österreichischen Staatsverbande als jämmerlichen Bettel höhnisch abweist und völlige Zertrümmerung des Kaiserreichs und den Sturz der Habsburger verlangt. Gnade vor den Augen Clemenceaus könnte Oesterreich nur dann finden, wenn es sich der Entente in die Arme wirft (die Wiener mögen die „Temps“-Nummern der letzten Wochen und Monate vorzulesen und lesen) und wenn es den französisch-ministeriellen Rathschlag vom 5. September befolgt. Da war nämlich der Hofrat Fraby, Metternichs Vertrauensmann, als Ideal österreichischer Politik hingestellt. Warum? Weil er 1813 den Vertrag von Ried mit Bayern hinter dem Rücken von Preußen vereinbarte. Daß dieser Vertrag gegen Frankreich gerichtet war, darauf kommt es Clemenceau nicht an. Die Hauptsache ist für sein verständliches und liebreiches Herz, daß Oesterreich irgendwo und irgendwie und irgendwann etwas gegen die deutsche Einigung und ohne und zum Schaden von Preußen unternommen hat. Weiter reicht sein Geschichtsforschereifer nicht, aber diese eine Entdeckung genügt auch seinem biederen „Verständigungs“ willen.

Und die französischen Volksmassen? In Wien scheint man der Ansicht zu sein, daß die französischen Bauern, Arbeiter, Kleinbürger den Frieden erzwingen könnten. Auch in Deutschland gibt es ja genug Politiker, die meinen, unsere zu Duzenden losgelassenen Friedensoffensiven könnten — wenn auch nicht auf die harten Präsidenten und Minister so doch auf die weiche Seele der Nationen drüben Eindruck machen und auf diese Weise die neuerdings so berühmt gewordenen „Gewissenszentren“ stärken, die angeblich lieber heute als morgen mit uns im Haag oder in Bern die Friedenspeife rauchen und den Schmollisbecher leeren wollen. Eins von diesen „Gewissenszentren“, Romain Rolland, hat inzwischen gezeigt, daß er eine Friedenspeife ist, die stark clemencistische Nebenluft hat. Die anderen „Gewissenszentren“ wollen mit Deutschland erst dann verhandeln, wenn es in eine kleine Portion Frikassie mit bolschewistischer Tunte verwandelt ist oder wenn alle Deutsche zu den Idealen der Haase, Cohn und Ströbel bekehrt und Abonnenten der Berner „Freien Zeitung“ geworden sind, die Herren Fernau, Mühlon usw. als Ehrenbürger des neuen deutschen Republikchens von Wilsons Gnaden feierlich auf die Präsidentensessel gehoben und den ausgezeichneten Verfasser des „l'accuse“ und des letzten Bandes des „Crime“ als Bevollmächtigten des deutschen Reichstaates nach Paris gesandt haben; was dann der Pariser Zweigstelle des Northcliffe-Amtes die Postanweisungskosten für die Befoldung dieser landflüchtigen Volksperräter und die gelegentlichen Unbequemlichkeiten mit den Behörden der neutralen Schweiz ersparen würde.

## Drahtzieher und Puppen.

Eines hat in England von Kriegsbeginn an stets glänzend geklappt: die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Da muß die Stimme der Wilhelmstraße und des Wallhausplatzes bescheiden schweigen, da ist jeder Vergleich ausgeschlossen. Balfour beweist mit seiner jüngsten Rede wieder, wie vorzüglich die britischen Minister das Instrument der öffentlichen Meinung zu spielen wissen. Er antwortet auf Burians Rede nicht, er redet geringschätzend an ihr vorbei, er spricht zum Deutschen Reich. Das ist das Karneval, dem man den Hals umdrehen muß. Vergebens bemüht sich Balfour, recht viel zu sagen, der andere hört von allem nur das Klein. Europa ist nach Balfours Anschauung für den Frieden noch nicht reif. Das heißt, aus dem Britischen ins Deutsche übersetzt, die öffentliche Meinung bei uns ist noch nicht so zermürbt, um alle Vorschläge Englands stillschweigend hinunterzuschlucken.

Ergröblich ist es nun, die krampfhaften Betrachtungen der gewissen Wiener Presse über die Rede Balfours zu lesen. Wie die Klaupe an der Nadel sich windet, so bemüht sich unsere Händlerpresse, aus jedem Worte Balfours, das nicht allzu schroff klingt, Baum für den Völkerverfrieden zu saugen. Es fehlt diesen Leuten jede Empfindung dafür, wie verlegend der hochschalende Ton Balfours für die Donaumonarchie ist. Diese Sorte hat sich so an das Friedenswünseln gewöhnt, sie steckt so tief in der Daulerergewohnheit, sie hält so unentwegt die offene Hand zur Versöhnung hin, daß alle Grobheiten der rücksichtslosen Gegner an der biden Haut dieser angenehmen Sorte wirkungslos abprallen. Man wankelt und bettelt, der Gegner spuckt dem Bettelnden ins Gesicht und ohreißt ihn rechts und links, aber der Bettelnde hält dies nur für den reichvollen Beginn kommender Liebslösungen...

Bei solcher Verschiedenheit der Auffassung ist allerdings eine Einigung sehr schwer. Balfour steht nach wie vor auf dem Standpunkt, nur eine völlige Niederwerfung der Kaiserreiche könne den Frieden bringen. Das ist der Kern seiner Rede, aus dem Phrasenschwulst herausgeschält. Die Deutschen müssen natürlich auf Elsaß-Lothringen verzichten, an eine Rückgabe der Polonien ist gar nicht zu denken, die Verträge von Vitanisch-Brest und von Bultarest sind ungültig, Belgien soll nicht bloß wiederhergestellt, sondern so reich entschädigt werden, daß die Engländer wirklich einen fetten Bissen schlucken, wenn Belgien von Deutschland bedingungslos für die britischen Wünsche freigegeben wird. Dabei betont der vielele Lord aber immer noch ängstlich, er rede nur für seine eigene höchst wertvolle Persönlichkeit. Um das zu bekräftigen, verbreitet der amtliche Draht von London aus die Preßstimmen, die natürlich noch weit stärker ausgefallen sind. Da tobt sich der britische Vernichtungshaf gehörig aus. Das alles aber will unsere Pazifistenpresse nicht sehen. Sie kopiert den berühmten Vogel mit dem langen Hals und wankelt unentwegt weiter im Stile ihres verehrten Herrn und Meisters Dammasch.

Von unseren allwissenden Blättern geht die rote Arbeiterzeitung am schroffsten gegen das Deutsche Reich vor. Täglich wird in diesem angenehmen Blatte behauptet, nur die verfluchte „Obrigkeitsregierung“ in den beiden Kaiserreichen sei schuld daran, daß wir immer noch nicht Frieden haben. Immer wieder ruft dieses Blatt, das sich leider immer noch der deutschen Sprache bedient, um undeutsche Gedanken zu verbreiten, den täglichen Hebräerspruch in die Welt hinaus: „Man bilde in Deutschland eine neue Regierung, (1) die, reiflos aus den berufenen Vertretern des deutschen Volkes zusammengesetzt, eine wahre Volksregierung wäre! Und diese Regierung zeige durch Wort und Tat, daß sie wegensverschieden ist von der bisherigen Obrigkeitensregierung. (2) Daß sie keine Verantwortung trägt und tragen will für all das, was ihre Vorgängerinnen getan. (3) Daß mit ihrer Einsetzung ein neuer Geist in Deutschland einzieht und ein neuer Abschnitt in Deutschlands Geschichte beginnt.“

Drahtzieher und Puppen — Lord Northcliffe und seine Leute lassen die Puppen bei uns tanzen, wie sie wollen. Was von der Stramerinsel her täglich seit Jahren vorgekauft wird, das vernehmen wir aus den Spalten unserer trefflich dressierten Wiedertäuerpresse: Um Englands Wohlgefallen zu erringen, müssen wir den Obrigkeitsstaat abschaffen, wir müssen unsere inneren Verhältnisse nach den Wünschen unserer Feinde einrichten, dann werden wir den Frieden haben, den England brauchen kann. Vor wenigen Wochen hat ein waderer sächsischer Minister offen erklärt, daß dieses Friedensgewinsel läppisch sei, denn es wirke nur Kriegsverlängernd. Auch der deutsche Reichskanzler Graf Hertling hat nachdrücklich gesagt, die Deutschen dürften kein neues Friedensangebot mehr machen, weil die Gegner jedes Entgegenkommen mit Dohn und Spott abgewiesen hätten. Deshalb müsse man es den übelwollenden Feinden überlassen, selbst den Zeitpunkt für neue Friedensverhandlungen zu wählen, so lange müssen sich die Deutschen in Einigkeit ihrer Haut wehren.

So klar und vernünftig, so einleuchtend und richtig diese Anschauungen auch sind, unsere Pazifisten als gehorsame Puppen an Lord Northcliffes Draht wollen den Frieden dadurch erzwingen, daß die öffentliche Meinung bei uns in gänzlicher Zermürbung willenlos

dem Diktate der Feinde folgt. Wir erlauben uns, dies immer noch für einen schweren Irrtum zu halten. Wir blicken nach Frankreich und England und sehen, wie dort trotz der ungeheuren Verluste, trotz aller fehlgeschlagenen Hoffnungen im fünften Kriegsjahre immer noch der Vernichtungswille herrschend ist. Aus jedem Worte Balfours spricht dieser haßdurchglühete Vernichtungswille, so vorsichtig er auch seinen Haß in böige Phrasen eintaucht. Deshalb stehen wir sowohl dem Plane des Grafen Buriann, als auch allen übertriebenen Hoffnungen unserer Pazifistenpresse mit der alten kühlen Zurückhaltung gegenüber. Auf diese Weise kommen wir bestimmt nicht zum Frieden. Hindenburgs Wauer wird so lange eben aushalten, bis die Kohlen- und bei unseren Feinden im Verein mit den zerstückelten Hoffnungen die gegnerischen Diplomaten an den Verhandlungstisch zwingt. Das wird unseres Erachtens noch vor Weihnachten der Fall sein. Weil wirkliche entscheidende Erfolge an der Westfront ausgeblieben sind, hilft man sich mit wahrerischen Lügen. Die amerikanischen Truppen, reichlich mit gutem Whisky versehen, zählen alle Gefangenen unter dem wohlthuenden Einflusse des stärkenden Getränkes doppelt. Ebenso die Anzahl der angeblich erbeuteten Geschütze. Über diese Lügen haben wirklich kurze Weine, sie fristen nur das armselige Dasein einer Eintagsfliege. Wenn bis Weihnachten die Hindenburgmauer immer noch hält, wenn die waderen Panzertuppen immer noch nicht in Berlin eingerückt sind, dann wird es endlich dämmern, dann werden die feindlichen Staatsmänner zu Verhandlungen bereit sein. Keine Stunde eher.

Deshalb heißt es ansharran mit eiserner Standhaftigkeit, eingedenk der Worte unseres Danti: Die Natur hat gewollt, daß der Mensch keiner anderen Glückseligkeit oder Vollkommenheit teilhaftig werde, als die er sich selbst durch eigene Vernunft verschafft hat. Und diese Vernunft sagt uns: Erst dann ist die Stunde zum Frieden reif, wenn die Feinde eingesehnen haben, daß sie die Hindenburgmauer niemals durchbrechen können. Bis dahin sind alle Friedenswünscheleien schädlich, bis dahin ist jede Friedenswünscheleien nutzlos. Über unsere Pazifistenpuppen tanzen munter weiter am Drahte des vielele Lord Northcliffe... Zent.

**Ein Demagog.**

**Samuel Gompers.**

Wohl kaum ein anderer Russer im Streite jenseits des „Großen Teiches“, nicht einmal Wilson oder Roosevelt, ist in den letzten Wochen und Tagen so häufig genannt worden und hat so viel von sich reden gemacht wie Samuel Gompers, der Präsident des Amerikanischen Arbeitsbundes. Obwohl nun Gompers im Lager unserer Feinde allerorts als Vertreter Amerikas gefeiert und bejubelt wird, ist er von Geburt gar kein Amerikaner. Im Jahre 1850 kam er in London zur Welt als Kind kleiner, bescheidener Leute. Frühzeitig begann er als Zigarrenarbeiter; aber entweder behagte ihm das Gewerbe oder die dürftige Umgebung nicht: der Boden brannte ihm unter den Füßen, und bald wanderte Sam nach Amerika aus. Mag sein, daß er in der Themsestadt auch nicht den rechten Anhängerkreis für seine anarchistischen Ideen fand. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß der junge Mann erst in Bande der unbegrenzten Möglichkeiten sein eigentliches Talent, das eines gänzlich skrupellosen, vor keinerlei Bedenken zurückweichenden politischen Agitators, zu voller Blüte und Entfaltung bringen konnte. Schon damals verstand er meisterhaft, den richtigen Zündstoff in die aufgewiegelten Massen zu schleudern

und sie für seine Ideen zu entflammen. Sobald er den feuerstehenden Mund aufstieß und mit den dünnen Armen zu rudern anhub, machte das unansehnliche Männlein mit den blitzenden Schweißperlen nicht nur seine Unansehnlichkeit vergessen, es schien von Wort zu Wort zu wachsen, zuletzt weit über sich selbst hinaus. Was Wunder dann, wenn Sam vielen Dankes nach und nach höchst unbequem ward, sie dies zersetzende Element gründlich zu hassen begannen und besonders die amerikanischen Großkapitalisten ihn am liebsten ein für allemal kaltgestellt hätten.

Diese Gelegenheit schien gekommen, als man die Anklage gegen ihn erhob, er wäre mitschuldig an einem Dynamitattentat; er habe sich indirekt daran beteiligt, das Gebäude der „Los Angeles Times“ in Kalifornien in die Luft zu sprengen, durch Hetzreden, bedenkenlose Agitation und einen wüsten Verleumdungsfeldzug. Zwei irische Arbeiter waren die ausführenden Organe gewesen. Schon triumphierten Gompers' Widersacher — er bekam gemeinsam mit andern eine schwere Kerkerstrafe. Doch seiner ganz besonderen Geschicklichkeit und hinreichenden Beredsamkeit gelang es, in einer zweiten Verhandlung seine Unschuld nachzuweisen. Sam Gompers ging frei aus.

Aus den sturmbewegten Gebieten des Anarchismus steuerte Gompers, nachdem sein alles verzehrender Feuereifer offenbar einen Dämpfer erhalten hatte, in das ruhigere Fahrwasser des Sozialismus hinüber, und hier gelang es ihm, noch viele Jahre vor dem Kriege als Antimilitarist und Pazifist den Glauben an seine „Sendung“ zu erwecken. Aber wenn auch Gompers gegen die Trustwirtschaft zu Felde zog, ein ehrlicher, aufrichtiger Sozialist ist er nie gewesen. Der Sozialismus diente ihm nur als wirksames Schlagwort und als Deckmantel für seine großen, ehrgeizigen Pläne. Raum hatte er sich einen gewaltigen Anhang gesichert und rasch zum Führer emporgeschwungen, als er einen Purzelbaum schlug. Von den Trustrittern und Industriemagnaten ließ er sich dazu bewegen, ohne weitere Bedenken gegen die Sozialisten vom Leder zu ziehen. Der Mann, der noch vor wenig Jahren anarchistischen Tendenzen gehuldigt hatte, versuchte jetzt mit dem gleichen Eifer, die amerikanischen Arbeiter den sozialistischen Ideen abspenstig

zu machen und für ein Bündnis mit den sie drangsalierenden Kapitalisten zu gewinnen. Der amerikanische Arbeitsbund mit Sam Gompers als Vizepräsidenten an der Spitze — der Präsident selbst zählte wenig — war zum Werkzeug auserkoren. Böse, schadenfrohe Zungen wollen wissen, daß bereits in jener Zeit Gompers an reichen Landgütern Gefallen fand, die er nach und nach zu erwerben trefflich verstanden hatte. Die wahren Sozialisten freilich verfolgten diese Dinge mit weniger Behagen, wußten sie doch allgemein, daß Sam ohne Heller und Pfennig aus England herübergekommen war. Uebrigens hatte er sich dessen oft und oft gerühmt.

Aber der Gipfel seines Ruhmes war noch nicht erklommen. Die günstigen Verhältnisse und zu guter Letzt seine eigene unermüdlige Tatkraft und Mühsüchlichkeit brachten ihn in die Höhe. Gompers gehört zu den Menschen, die dem Gegner einfach das Messer an die Kehle setzen, sobald sie ihn ihren Wünschen nicht durchaus gefügig finden. Dieses erfolgverheißende System wandte der syndikalistische Arbeiterführer keinem Geringeren denn Wilson gegenüber an. Es war drei Wochen vor den Wahlen von 1916. Gompers wußte nur zu gut, daß Wilsons Neuernennung zum Präsidenten letzten Endes von den Stimmen der Eisenbahner abhing. Gompers hielt den Zeitpunkt für gekommen, Wilson, dem Kongreß in Washington und den Eisenbahnmagnaten das Messer an die Kehle zu setzen: für eine Viertelmillion Eisenbahner, seine Anhänger, forderte er den Achtstundentag; sonst gäbe es Generalstreik. Was blieb Wilson, der um jeden Preis gewählt werden wollte, andres übrig, als sich der Forderung zu fügen. Nun aber kam der Meisterstreich, durch den sich Gompers vollends in den Sattel schwang und obendrein die glänzendste Gelegenheit fand, den übrigen anderthalb Millionen Eisenbahnern, die bis dahin nicht zu seiner Partei gehört hatten, seinen wahren Edelmut und sein großes Herz zu zeigen. Das war knapp nach den Wahlen, und Gompers wußte genau, daß die Kriegserklärung Amerikas an Berlin bevorstand — in der Tat erfolgte sie eine Woche später: Gompers erschien zum zweitenmal vor Wilson und drohte zum zweitenmal mit dem Generalstreik, falls nicht sämtliche Arbeiter, auch die nicht zu ihm gehörigen anderthalb Millionen,

des Vorteiles des Achtstundentages teilhaftig würden. Und wieder blieb dem Präsidenten nichts andres übrig, als vor Sam Gompers die Waffen zu strecken und nachzugeben; denn Gompers hätte ihm am Ende das ganze Kriegsprogramm über den Haufen rennen können.

Aber Wilson forderte eine Gegenleistung — der Arbeiterführer müsse sich mit allen seinen Kräften in den Dienst des Krieges stellen. Und wahrhaftig, Samuel Gompers hat seine Zusage treulich erfüllt, ja er erfüllt sie mit jedem Tage eifriger. Der Anarchist, Sozialist, Pazifist und Antimilitarist hat sich zu einem der blindwütigsten Patrioten und Kriegsbeher, zum fanatischen Imperialisten ohnegleichen wieder ganz bedenkenlos gewandelt. Sam Gompers ist bei allen seinen Taten bisher nur von persönlichem Ehrgeiz angetrieben worden, nie jedoch mehr als in seiner Handlungsweise während des Krieges. Kein Tag verstreicht, an dem er nicht aus Amerika nach allen Himmelsrichtungen kabela, an die führenden Staatsmänner, Diplomaten, Feldherren der Entente. Kein Tag verstreicht, an dem nicht dieser einstige Pazifist die dringende Forderung nach der gänzlichen Vernichtung und Auflösung der Zentralmächte, der Zertrümmerung des deutschen Thrones und der Verbannung Kaiser Wilhelms nach irgendeinem St. Helena in alle Welt hinausbrüllt. Kein Tag verstreicht, an dem Sam Gompers nicht alle Hebel in Bewegung setzt, daß alle Welt von Sam Gompers spreche. Nun ist es ihm in „Gottes eigenem Lande“ zu eng geworden, er mußte in die Alte Welt hinübersegeln, um sie mit seiner Gegenwart und seinen Donnerworten zu beglücken. So hat er sich in seinem englischen Mutterlande feiern lassen wie kein Zweiter. Lloyd George benötigt diesen Mann des Hasses für die Wahlen. Gompers soll den Boden für ihn ebenen helfen, soll die bereits zu reichlich vorhandene Friedensstimmung sozusagen in die Luft sprengen.

Entleidet man diesen Sam Gompers seines Glorienkleides als Kreuzfahrer, so gewahrt man hinter dem Phrasenvorhang der Humanität eine enttäuschend fadenförmige Menschlichkeit. Um nur einen Zug hervorzuheben: der große Mann mag von der Gleichberechtigung aller Völker und Nationen

im eigenen Staat nichts hören. Die Nigger, die Geächteten, bleiben für ihn samt und sonders Parias, Ausgestoßene. Der weiße Mann darf mit dem Schwarzen nichts, gar nichts zu schaffen haben. Der Schwarze bleibt für den Walterlöcher Gompers zeit seines Lebens nur der altgewohnte Grel — und im übrigen Kanonensfutter. Gompers ist trotz seiner achtundsiebzig Jahre und seiner grauen Haare, trotz seiner zahllosen Wandlungen im Grunde das geblieben, was er bereits in seiner Jugend war: der Demagog ohne Herz, der Opportunist ohne Gewissen, der Glaubenskinder ohne Seele. Warten wir ab, als was er sich bis zum Ende des Krieges noch entpuppen mag.

L. Leonhard.

## Die Antwort der Entente auf den Vorschlag des Grafen Burian.

Wien, 19. September.

Es kann nunmehr als Tatsache festgestellt werden, daß die Anregung des Grafen Burian von der Entente abgelehnt worden ist. Die amtliche Antwort Amerikas ist bereits in Wien eingelangt. Die amerikanische Regierung, die übrigens durch keine Verträge mit der Entente gebunden ist, hat eine ablehnende Antwort erteilt, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Ententestaaten in gleicher Weise vorgehen werden. Allerdings werden die Ententestaaten nicht dieselbe Motivierung gebrauchen, da ja bekanntlich die 14 Punkte Wilsons von der Entente nicht adoptiert wurden. Die Motivierung der Ententestaaten wird daher vermutlich anders formuliert sein.

Die in unserem heutigen Abendblatte publizierte offizielle Aeußerung kann als Fortsetzung des Schrittes des Grafen Burian betrachtet werden. Sie geht in keine Details einzelner Friedenspunkte ein, da sich ja Graf Burian mit sich selbst in Widerspruch setzen würde, falls er auf das Meritum der Friedensfrage eingehen würde. Graf Burian steht auf dem Standpunkt, eine öffentliche Diskussion könne dem Erfolg der Friedenssache nur abträglich sein. Die politische Stimmung ist derart erhitzt, daß eine öffentliche Erörterung der einzelnen Punkte nicht ersprießlich sein kann, daher vermieden werden mußte. Die Annahme des Vorschlages des Grafen Burian hätte es ermöglicht, im Verlaufe von Erörterungen in einem ruhigen Milieu zur Konstatierung zu gelangen, ob eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte erreichbar wäre. Dieser Gesichtspunkt wird in der heutigen Erklärung fortgesetzt, und es wird gleichzeitig festgestellt, daß die Entente sich über den Gedanken, von welchem unsere Anregung ausgeht, hinwegsetzt.

Was zunächst die Balfoursche Aeußerung betrifft, wüßten wir hätten unseren Vorschlag gar nicht ernst gemeint und unsere Anregung verfolge hauptsächlich den Zweck, unter den einzelnen Mitgliedern der Entente Unfrieden zu stiften, so wäre Mr. Balfour eines anderen belehrt worden, falls er auf unsere Anregung eingegangen wäre. Die Besprechungen, die dann in camera caritatis gepflogen worden wären, hätten ihm die Erkenntnis gebracht, daß es eine Reihe von wichtigen strittigen Fragen gibt, in denen eine wesentliche Annäherung erzielt werden könnte.

Etwas anderes ist es freilich, wenn in der bisherigen Manier Fragen vor dem großen Forum der Öffentlichkeit erörtert werden, wobei die Leidenschaften und die Erregung der Teile oder auch taktische Gründe einen hindernden Einfluß üben müssen.

Bezeichnend für die undemokratische Art, wie diese Anregung, deren Durchführung von so großer Bedeutung für die Menschheit wäre, von der Entente behandelt wird, ist die Tatsache, daß in keinem Staate die eigentlichen Volksvertretungen um ihre Willensmeinung befragt wurden. Nachträglich freilich wird die Zustimmung zu dem fait accompli der Ablehnung wahrscheinlich eingeholt werden.

Es wird uns schließlich von manchen Ententeblättern vorgeworfen, wir hätten mit unserem Vorschlag einen unfairen Akt begangen, da wir angeblich damit lediglich beabsichtigten, Mißtrauen zwischen den Ententestaaten zu erzeugen. Dabei scheuen sich dieselben Blätter nicht, vorzuschlagen, es möge zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland differenziert werden. Also das, was man uns suggeriert, wird von der Entente ganz offen als ihre Absicht erklärt. Auf jeden Fall bleibt der Vorschlag aufrecht und kann auch durch die Ablehnung der Gegner nicht als abgetan betrachtet werden. Wir sind vielmehr bereit, in jedem Zeitpunkte, sollte eine Aeußerung der Entente uns hiezu Anlaß geben, über die Sache zu sprechen.

### Amerikas Gile ein Zeichen des Mißtrauens gegen die Bundesgenossen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 18. September.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ behandelt die Frage, warum Amerika ohne erst mit seinen Verbündeten zu beraten, eine so brüske Antwort an die Oesterrei-

## Friedensfrage, Landes- verteidigung und Ernährung.

Ein vor kurzem gegründetes Wiener Blatt über-  
schreibt seinen heutigen Zeitaufsatz mit den Worten:  
„Kriegsverlängerer Durian.“ Der Konferenzvorschlag sei  
ein Friedensanbot, Friedensanbote selbst aber eine Kund-  
gebung der Schwäche, die Wirkung also eine Stärkung  
des Kriegswillens des Feindes. Es lohnt gar nicht die  
Mühe, diesen Gedankengang zu widerlegen. Der Gegner  
— das haben wir im Verlaufe des Krieges immer wieder  
erfahren müssen — kennt unsere Schwächen genau so  
wie wir die seinen und vielleicht sogar noch besser. Er  
weiß also, was er von der Lage zu halten hat, ob wir nun  
ein Friedensanbot stellen oder nicht. Die Wirkung eines  
Anbotes kann also nur die sein, daß sie die friedens-  
bereiten Massen in den feindlichen Ländern gegen ihre  
Regierungen und ihre Siegfriedler aufruft. In diesem  
Sinne hat die österreichisch-ungarische Note ihre Wirkung  
getan. In Frankreich laufen jetzt die Bürgerlich-Radi-  
kalen und die Sozialisten Sturm gegen die Kriegspolitik  
Clemenceaus, und was nicht weniger wichtig ist, auch in  
der neutralen Presse wird heute die Haltung  
der Entente fast übereinstimmend verurteilt. Das ist  
nicht zu unterschätzen, denn die Neutralen können eines  
Tages in der Friedensfrage eine wichtige Rolle  
spielen. Vier Jahre lang haben die neutralen  
Zeitungen auf die Seite der Entente geneigt,  
besonders aber die neutrale sozialistische Presse.  
Heute wird ein Aufsatz der „Berner Tagwacht“, des füh-  
renden sozialistischen Blattes der Schweiz, bekannt, der  
sich in einer vernichtenden Kritik der amtlichen franzö-  
sischen Politik ergeht und ihre imperialistischen Ziele mit  
ebenso scharfen Gründen wie flammender Entrüstung  
bloßlegt. Der moralische Gewinn des österreichisch-unga-  
rischen Friedensvorschlages beginnt durch diese Erschei-  
nungen offenbar zu werden. Der amtlichen Politik Öster-  
reich-Ungarns und den Parlamenten der beiden Staaten  
erwächst jetzt die Pflicht, in der eingeschlagenen Richtung  
folgerichtig zu bleiben, die Friedensfrage nicht einschläfen  
zu lassen und jedes nur denkbare Mittel zu ergreifen, um  
mit der Volkstimmung in den feindlichen und neutralen  
Ländern Fühlung zu behalten. So kann auch der Weg  
zu einer Besprechung der Parlamente geebnet werden,  
wie sie Lammasch in Verbindung mit neutralen  
Freunden herbeiführen will. Die ständige ehrliche  
Bekundung der Friedensbereitschaft ist das wich-  
tigste, wenn nicht das einzige Mittel geworden, den Krieg  
zu beenden. Er wird nie militärisch beendet werden, be-  
enden kann ihn nur die Erkenntnis, daß jeder Soldat,  
der noch den Tod findet, das Opfer eines Verbrechens ist.

Der Führer der deutschen Sozialdemokratie, der Ab-  
geordnete Scheidemann, hat gestern in einem Anssage  
die Meinung ausgesprochen, es bleibe jetzt, da der Ver-  
nichtungswille der feindlichen Regierungen offenkundig  
geworden sei, nichts anderes übrig, als die Landesver-  
teidigung mit allen Mitteln zu organisieren und zu ver-  
stärken. Es werden sich solche Stimmen vermutlich bald  
auch in Österreich erheben und man muß daher die Frage  
aufwerfen, welches denn heute das wichtigste Mittel der  
Landesverteidigung in Mitteleuropa und besonders in  
Österreich-Ungarn ist. Die Antwort liegt auf der Hand.  
Ein militärischer Zusammenbruch Österreich-Ungarns  
oder Deutschlands gilt wohl auch dem vorsichtigsten Be-  
trachter als ausgeschlossen. Unsere empfindliche Seite ist  
die Kriegswirtschaft und die Ernährungsfrage. Kann un-  
sere Kriegswirtschaft aufrechterhalten und die Bevölle-  
rung ernährt werden, so kann der Krieg weitergehen. Mit  
dem größten Ernst müssen daher die Ursachen der Hunger-  
unruhen in Salzburg geprüft werden, die gerade in den  
Monat September, den ippigen Erntemonat der Volks-  
schulbibel, fallen. Die Ernte des heurigen Jahres ist besser  
als die vorjährige. Im Vorjahre lebten wir aber in den  
letzten vier Monaten des Jahres, an den heutigen Ver-



## Die Hindernisse der Verständigung.

Von Prof. Dr. Benno Zwendörfer.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat das österreichisch-ungarische Friedensangebot, denn nichts anderes ist die Kundgebung des Grafen Burian, auf Seiten unserer Feinde völlige Ablehnung erfahren. Damit soll noch nicht gesagt sein, daß dieser Schritt vollständig vergeblich oder zwecklos gewesen sei. So gewiß er auf der Gegenseite von vornherein keine Aussicht hatte, bei den maßgebenden Stellen und bei den leitenden Politikern Verständnis zu finden, so gewiß wird er das eine Gute bewirken, daß in weiten Kreisen die Erkenntnis hämmert, nicht die Mittelmächte sind es, die den Fortgang des Krieges wünschen und die auf Vernichtung des Gegners ausgehen. Dies mag angesichts des Nachteiles, das den Feinden Gelegenheit geboten wird, sich mehr denn je, wenn auch mit Unrecht, als Sieger zu gebärden, wenig sein, immerhin ist es neben dem reinen außenpolitischen Mißerfolge ein kleiner Aufposten für die Stimmung im Innern.

Aber auch die Erkenntnis, daß die Hindernisse, die der Verständigung der feindlichen Mächte im Wege stehen, im wesentlichen nichts an ihrer Kraft verloren haben, ist an sich schon nicht wertlos. Es ist, wie Kaiser Wilhelm sagte: Zum Frieden schliessen gehören immer zwei; einer allein kann es nicht machen. Wie wenig Verständnis für diese einfache Lage der Dinge aber noch immer vorhanden ist oder auch wie sehr man sich in gewissen Kreisen gegen bessere Einsicht grundfälschlich und absichtlich verblödet, ergibt sich aus mannigfachen Äußerungen über Burians Fühler. Die bestechteste Argumentation, die sich namentlich in unserer linksliberalen und sozialdemokratischen Presse bis zum Ueberdruß breit macht, beruht auf der für das normal organisierte Hirn unbegreiflichen Auffassung, daß die Mittelmächte, insbesondere das Deutsche Reich, das je immer als Mittelmittel verhalten muß, sich den Gedankengängen der feindlichen Völker anpassen müssen. Weil es Herrn Wilson beliebt, alle Anstrengungsversuche der Mittelmächte schlechtweg für unausführlich zu erklären und weil sämtliche Verbandsstaatsmänner und sämtliche Heftblätter des Verbandes in daselbe Horn stoßen, müssen wir, so folgert man hier, uns bemühen, den Feinden unsere Aufrichtigkeit ganz unzweifelhaft klar zu machen, was nicht anders geschehen könne, als dadurch, daß wir auf deren Forderungen nahezu restlos eingehen. Wenn z. B. — so behauptet man in den demokratischen Lagern aller Schattierungen — der Verband findet, daß die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und von Bukarest Vergewaltigungen Rußlands und Rumaniens seien, so müßten wir diese eben nach den Wünschen des Verbandes „revidieren“, gleichgültig, ob die nächstbeteiligten Völker diese Friedensschlüsse ratifiziert haben oder nicht. Noch toller ist es, wenn es gar heißt, das deutsche Volk müsse seine Staatsform den Wünschen des Verbandes anpassen, obgleich doch eine solche Forderung kaum zu einem vollständig besiegten Feind gestellt werden kann, geschweige denn an Mächte, die einstweilen noch weit davon entfernt sind, sich als besiegt ansehen zu müssen. Wir müssen also das Mißtrauen der Feinde erst beseitigen, indem wir erklären, wir seien bereit, allen ihren Wünschen entgegenzukommen, das Mißtrauen, das aber kein Mißtrauen ist, sondern ein sonderbares Gemisch von Heuchelei und Ueberhebung, hinter dem nichts anderes lauert, als die Absicht, die Mittelmächte derart zu schwächen, daß sie unfähig werden, überhaupt noch in der äußeren Politik einen eigenen Willen zu haben. Daß dem so ist, hat auch gar nichts Verwunderliches an sich, denn dies war ja eben von vornherein die Absicht unserer Feinde. Nun, da die Aussichten der völligen Niederwerfung der Mittelmächte im ehrlichen Kampf, soweit überhaupt auf Seiten des Verbandes von einem solchen gesprochen werden kann, sich noch immer nicht mit wünschenswerter Deutlichkeit zeigen wollen, nun soll sie durch die innere Zerrung erreicht werden. Dieser Plan ist so durchsichtig, daß es ihm gegenüber um so fremdlicher erscheint, daß bei uns und einigermaßen auch im Deutschen Reiche immer unverschämter das Bestreben auftritt, die Regierungen auf die Bahn dieser sonderbaren Art der „Verständigung“ zu drängen. Ganz schamlos wird dabei mit offenbarster Verdrehung und unsauberster Lüge gearbeitet. So lesen wir in gewissen Blättern immer wieder die Behauptung, die Völker des Verbandes hätten ebenso wie wir die Sehnsucht nach dem Frieden, aber sie glaubten, von Deutschland sei ein Frieden, der dem Lebensbedürfnisse und dem Rechtsgefühl der Völker entspreche, nicht eher zu haben, als bis es besiegt sei und die Völker hätten eben in den Demokratien unserer Feinde mehr zu sagen als die Regierungen und als die Völker bei uns. Angesichts dieser Tatsachen ist es nun schwer möglich, eine verlogenerere Behauptung aufzustellen. Wären die des Friedens so sehr bedürftigen Völker des Verbandes wirklich mächtiger als ihre Regierungen, der Friede wäre in 24 Stunden geschlossen. Aber sie sind es eben nicht nur nicht, sondern sie werden unter dem Scheine der Demokratie — und Demokratie

ist immer und notwendig Schein — geknechtet, wie nie noch Völker geknechtet wurden. Man beachte noch nur, was unbefangene Neutrale uns berichten, man lese das ausgezeichnete Buch des schwedischen Sozialisten Steffen über die Hindernisse des Weltfriedens, dem aber seine sozialistische Ueberzeugung nicht die Fähigkeit genommen hat, die Dinge zu sehen wie sie sind; man versolge doch die Maßregeln, die im „freiesten Staate der Welt“, wo der „einzige Europäer“ Wilson mit schrankenloser Macht regiert, gegen alle verfügt werden, die nicht kriegsbegeistert sind; man halte sich vor Augen, daß dort selbst Ausländer zum Kriegsdienste gepreßt, daß alle nichtenglischen Sprachen verboten werden usw.; man findet hier sobald kein Ende. Dann begreift man erst die tiefe Niedertracht, die allen Argumentationen, wie die angeführte, zugrunde liegt. Ein besonders seiner Triid ist es, daß, was die demokratische Presse bei uns mit Vorliebe tut, zwar zugegeben wird, daß die Stimmung der Verbändevölker so weit und wenn sie kriegslustig ist, nur durch die insamen Lügen der leitenden Männer und Klüngel gemacht ist, daß man aber daraus die Folgerung zieht, man könne eben doch an dieser Stimmung, gleichviel wie sie entstanden sei, nicht wohl vorübergehen und müsse ihr Rechnung tragen. Also der Triumph der ungeheuerlichsten Lügen, die jemals menschliche Hirne ausgespeht haben, muß anerkannt werden und unser deutsches Volk soll laienlos zugeben, daß es gegen die Lüge machtlos sei! Wo bleibt hier, meine Herren Demokraten, die Moral, die höhere, politische Sittlichkeit, die Sie doch immer gepachtet haben? Aber noch mehr. Die letzte Rede Balfours, in der er seine persönliche Ansicht über Burians Friedensfühler zum Besten gibt, läßt erkennen, daß diejenige recht haben, die behaupten, es handle sich dem Verbands, insbesondere England, lediglich um eine Erweiterung der ohnehin schon für die ganze Menschheit bedrohlichen Macht Britanniens und um die rettungslose Schwächung des Deutschen Reiches. Der englische Minister spricht von dem ungeheuerlichen Machtzuwachs Deutschlands im Osten, der gar nicht vorhanden ist, denn die Errichtung Polens ist das gerade Gegenteil davon, eine nicht wieder gutzumachende Schwächung des Deutschen Reiches, und das bishigen Ostseegebiete, die noch dazu gar nicht ins Deutsche Reich einverleibt werden sollen, bedeutet rein gar nichts daneben und verschwindet der Ausdehnung seines Gebietes noch völlig neben den deutschen Besitzungen in Afrika, die nach Balfour unter keinen Umständen an Deutschland zurückgegeben werden können. Wohlgerne, unter solchen Umständen, also auch dann nicht, wenn Deutschland im Osten auf alles verzichtet und Belgien wiederherstellt. Nur das will der edle Lord allenfalls zugestehen, daß Deutschlands Bestand in Europa gewahrt wird. Aber unsere Herren Demokraten finden es auch ganz in der Ordnung, daß der Verband auch in unsere inneren Verhältnisse eingreifen und z. B. die nationalen Verhältnisse in Oesterreich nach ihrem Guldünken bestimmen will, wie die „Arbeiterzeitung“ in einer Besprechung der letzten Neuierungen des Ministers Epikhallen es tut. Darf man vielleicht fragen, was England dazu sagen würde, wenn man von ihm Reformen in Irland, Indien, Südafrika usw. forderte? Oder vielmehr, wir wissen längst, was es sagt, es antwortet mit einem höhnischen Lächeln.

Man mag nun die Sache drehen und wenden wie man will. Nicht das Mißtrauen gegen die „Obrigkeitsregierungen“ der Mittelmächte, nicht der Wunsch der Völker nach einem Frieden, der die Lebensbedingungen und das Rechtsbewußtsein der Völker befriedigt — was wissen die Völker als solche überhaupt von diesen Dingen! —, nur das Bewußtsein auf Seiten des Verbandes, daß sie verlässliche Helfer in den Mittelstaaten selbst besitzt, die Hoffnung auf die innere Zerrung in den verbündeten Ländern der Mittelmächte, sie bilden das wahre Hindernis der Verständigung. Wenn die Mittelmächte endlich der harten Not gehorchend — was Gott verhüte — den Wünschen des Verbandes willfährig werden müßten, wenn sie deren „Mißtrauen“ zu zerstreuen sich bemühten, dann geschähe es, nicht, weil dieses Mißtrauen überhaupt auch nur bestünde, denn es ist eitel Lüge, nicht, damit die demokratischen Segnungen endlich auch bei uns ihre heilsame Wirkung äußern, sondern, weil wir nicht die Kraft aufgebracht haben, den inneren Feind zu bannen. Nicht der Minister des Außern, der Minister des Innern hätte es in der Hand, die Grundlagen für eine Verständigung zu schaffen.

National = Zeitung 23.9.1918  
kein Vertrauen

als sämtliche Depeschen der Agence bulgare. Er fällt es auf, daß die Saloniki-Armee der Entente innerlich gefestigt ist, um einen solchen Angriff zu unternehmen. Das ist die Schlagendste Begründung gegen alle jene, die heute noch an den kriegsendenden deutschen U-Bootkrieg glauben. Jede Mine und Granate, dazu die gesamte Verpflegung des Heeres kommt ja über See; Griechenland bedarf der Zuschüsse und kann wahrlich nicht für den Kriegsansatz jener Heere sorgen. Das Mittelmeer ist am mühelosesten für Unterseeboote erreichbar, sie haben die dalmatinischen Häfen als Stützpunkte, sind nahe ihrer Basis, die Entfernungen sind gering, die Ziele reichlich. Und dennoch war und ist die Salonikiarmee stark genug, um ihre halbe Million Soldaten zu ernuern, zu verpflegen, mit Munition überreich zu dotieren und siegreiche Offensiven zu ermöglichen. Der Unterseebootkrieg, „dieser neue Wurm am Lebnsmark unserer Gegner“, wie Herrmann II. sich ausdrückte, hat daher offenbar hier nicht ausgiebig genagt. Man darf ferner aus der Tatsache der mazedonischen Ententeerfolge auch schließen, daß die Griechen nunmehr doch mit einigem Erfolg bei der Sache sind und daß Venizelos bedeutende Teile des Volkes in seiner Hand haben muß. In zweifellos befinden sich im Ententeheer viele griechische Truppen.

Natürlich sind jene Fronten nicht entscheidend. Wenn es eine militärische Entscheidung gibt, so kann sie bloß im Westen fallen. Dort wiederholen sich in den Ententecommuniqués die Worte „zäh“ und „ernüchtert“, die den Kundigen verraten, daß die eigenen Verluste furchtbar gewesen sind und außer Verhältnis mit den erreichten Vorteilen standen. Natürlich, wir haben ja erst 50 Kriegsmontate hinter uns, und wenn es nach dem Willen der Entente geht, so hindert nichts, daß diese Zahl noch ansehnlich vermehrt; was heute noch nicht erreicht werden kann, das wird eben im sechzigsten oder siebenzigsten Monat erreicht werden. Hauptsache ist, daß die Entente irgendwie verhandelt wird und daß sich die Gegner nicht von Angesicht zu Angesicht sehen. Auf der interalliierten Arbeiterkonferenz hat der amerikanische Genosse Compers, der so unendlich viel Opferleistung im Hinterland entwickelt, mit wahrer Leidenschaft für den Zerschmetterungsfrieden gesprochen und er will zu einer internationalen Konferenz nur die Deutsche zulassen, die sich „in direkter Revolte gegen ihre autokratische Regierung befinden“. Jene Genossen dürften aber kaum in der Lage sein, von den freundschaftlichen Erlaubnis Compers Gebrauch machen zu können, weil sie vermutlich in deutschen Kerker oder Gräben liegen. Die Amerikaner haben nur für die Verweigerung der Pässe an ihre verhandlungsbereiten Genossen gestimmt, daher alles in diesen Belieben ihrer eigenen Regierung gestellt und die bürgerliche Freiheit ebenso wie die Internationale aufgehoben — sonderbare Kämpfer gegen Autokratie. Es waren die Franzosen, die sich für Veränderungen aussprachen, dieselben Franzosen, denen der Krieg erklärt ward, deren Land mehr als vier Jahre die feindliche Invasion erträgt, deren Städte und Dörfer zerstört sind. Die Genossen der Union, die freiwillig in den Krieg trat, deren Verluste und Anstrengungen nicht von denen der Franzosen natürlich gar nicht zu trennen sind, sind nunmehr in die Hände der Feinde überfallen worden. Sie sind nunmehr in die Hände der Feinde überfallen worden. Sie sind nunmehr in die Hände der Feinde überfallen worden.

lich dürfte sich hinter Wilsons angeblichen Sätzen nur der Wunsch verbergen, die Ansicht der Völker selbst zu hören; die Parlamente von Berlin und Wien und Budapest sollten sprechen. Aber freilich wäre es belanglos, was sie sprechen, wenn sie in ihren Bändern nichts zu sagen haben und wenn sie nicht die wahren Inhaber der Regierungsgewalt sind. In dieser Hinsicht wird wohl hinter den Russen gearbeitet, und zwar um die abgesperrten, jeder Verbindung mit dem Weltempfinden beraubten Abgeordneten fest hinter der Stange zu halten. Die letzten Depeschen wollen wissen, daß Graf Hertlings Stellung wieder sehr stark sei, die deutschen Reichsboten seien befriedigt, weil zwischen ihm und Ludendorff nunmehr volle Übereinstimmung bestehe. Ist es denkbar, daß man in Deutschland noch immer so wenig erfährt, worauf es in Wahrheit ankommt? Nicht auf die Zustimmung des Hauptquartiers, sondern auf das Verhalten der übrigen Welt. Auf den unwiderleglichen Beweis, daß die gesamte Regierungsgewalt in die Hände des deutschen Volkes übergegangen ist. Keine unverantwortlichen Kreise sollen mehr entscheiden dürfen; es müßte eine Wahlreform in Preußen und in Deutschland durchgeführt werden, die es ermöglicht, unverzüglich die wahre Stimme des deutschen Volkes unverfälscht zu vernehmen. Eine verantwortliche Regierung hat sich zu bilden. Die Kriegsziele müssen solche des deutschen Volkes sein, und jeder Gedanke, daß irgendwo Menschen, Völker, Länder unter die deutsche Staatshoheit fallen, wenn es nicht deren in Freiheit bekundeter Wille ist, muß als unsittlich und verächtlich ausgeschieden. Selbstverständlich gilt das gleiche für die beiden Staaten der habsburgischen Monarchie. Nur dann kann jenes Vertrauen entstehen, das Wilson heute vernimmt, nur dann wird es möglich sein, ihn und die Einsichtigen und Menschlichen in den Ententevölkern zu stärken und sie so zu kräftigen, daß sie des Wahnsinns, der Rache und der Eroberungslust in ihren Staaten Herr werden; eine Aufgabe, die wahrlich nicht leicht zu lösen sein wird. Es wirkt fast grotesk, wenn man die verschiedenen Erörterungen über die innere Krise in Deutschland liest und wenn das Zentrum die Tugenden des ehrenwerten alten Grafen Hertling aufzählt. Heute gilt es, durchaus unkompromittierte Männer zu finden, die niemals auch im Gelegenheitsamerikanismus inmachten, neue Männer mit neuen Köpfen, keine Blüßigen des alten Systems und des alten Machtdeutschlands. Aber es scheint, daß die deutschen Defensivkräfte bereits genügt, um eine solche Wendung zu verzögern. Das bedeutet, daß das Vertrauen sich nicht einstellen kann, und eben auf jenes Vertrauen kommt alles an. Die Männer, die den kommenden Frieden unterzeichnen, müssen die Beauftragten ihrer Völker sein, sie dürfen nicht irgendwie Mithuldige der alten Aera gewesen sein, und gerade das viel betonte „Einverständnis mit Ludendorff“ genügt durchaus, um sie als untauglich zu erkennen.

Wilson kann nicht gemeint haben, daß er überhaupt keinen Frieden schließen wolle mit irgend einer deutschen und österreichischen Regierung; damit hätte er sich selbst ins Gesicht geschlagen und den Weltuntergang besiegelt. Wollte er nur sagen, daß die Regierungen der Mittelmächte andere sein müßten, nicht etwa bloß andere Männer, sondern ein anderes System und ein anderer Geist, so wird jedermann verstehen, was ihn zu seiner Forderung beweist. Die Regierungen haben kein Vertrauen zu einander; es gilt, ein solches zwischen den Völkern selbst zu schaffen.

### Kein Vertrauen.

# Immer härter und schärfer zeichnen die Ereignisse das Bild des sich unheimlich entwickelnden Weltkrieges. Die große Schlacht im Westen brennt weiter, ohne in den letzten Tagen den erwarteten bedeutendsten Erfolg gebracht zu haben. Die deutschen Berichte erwähnen die außerordentlich schweren und ergebnislosen Angriffe der Engländer und sie sind bemüht, die Siegfriedlinie und Hindenburglinie wie einen großen Hafen anzusehen, in dem das nunmehr glücklich geborgene deutsche Heer am Ende des großen Sturmes erwarten kann. Für die Uebersehenden der Entente, die womöglich schon in Kürze den Einzug in die Rheinprovinz erwarten, mag die Enttäuschung beträchtlich sein. Die Berichte der Entente sind sicherlich furchtbar, und schon deshalb darf man gewiß sein, daß die bedenkenlose und willkürliche Leidenschaftlichkeit Clemenceaus nicht die Gefühle aller Franzosen ausdrückt. Die Besonnenen unter den Entente-Anführern werden mit mehr Befähigkeit die feindliche Invasion ertragen, deren Städte und Dörfer zerstört sind. Die Genossen der Union, die freiwillig in den Krieg trat, deren Verluste und Anstrengungen nicht von denen der Franzosen natürlich gar nicht zu trennen sind, sind nunmehr in die Hände der Feinde überfallen worden. Sie sind nunmehr in die Hände der Feinde überfallen worden. Sie sind nunmehr in die Hände der Feinde überfallen worden.

Aus jenen Aenderungen an der Palästinafront und in Mazedonien lassen sich verschiedene Schlüsse ziehen. Zuerst jener, daß der Kampfwert der bulgarischen und türkischen Truppen zweifellos erheblich gesunken sein muß. Bei den furchtbaren und nicht wegzubementierenden Zuständen in jenen beklagten Ländern, die bitter für die Rache ihrer Väter büßen müssen, ist das weiter nicht so überraschend. Bulgarien hatte bis jetzt nur eine einzige Front, die durch starke Gebirge gestützt war. Wenn sie trotz dieser Umstände nicht durchbrochen ist, so erzählt dies mehr vom wahren Geiste der

Eine Meldung aus ententistischer Quelle will wissen, daß Wilson gesagt habe, er habe es für nötig gehalten, der neuen Friedenspropaganda ein rasches Ende zu bereiten; die Alliierten müßten einen vollständigen Sieg erringen. „Verhandlungen sind nicht abnehmbar. Wir könnten in solche nicht einwilligen, wenn Oesterreich nun käme und sagte, es stimme von mir formulierten 14 Grundsätzen zu. Immer bleibe die Tatsache bestehen, daß wir zu den Vorkriegsbedingungen kein Vertrauen haben können. Er kann gegebene Versprechungen immer wieder brechen“. Wir wollen hoffen, daß es sich hier um eine tendenziöse Wiedergabe handelt; dafür spricht auch der Umstand, daß jene Depesche bemerkt, Wilson hätte sich „ausführlich“ über die Friedensfrage geäußert, während sie nur jene wenigen angeführten Sätze wiedergibt. Bedeuteten sie tatsächlich Wilsons Ansicht, dann gäbe es für die Menschheit keine Rettung mehr, dann hätte die stumpfsinnigste Wackeltrommel und der offenste Militarismus die Herrschaft, neben welchem Unglück die Ungerechtigkeit der Verteilung der Weltmacht und die Vergewaltigung vieler Völker und Länder noch ein verhältnismäßig belangloser Uebelstand wäre. Aber vermut-

## Die Antwort Amerikas und die Demokratie.

Die brüske Antwort Amerikas hat in der Schweiz einen durchaus schlechten Eindruck gemacht. Wir meinen in der wirklich demokratischen Schweiz. Man ist vollständig verblüfft darüber, daß ein Staatsoberhaupt das Recht hat, von sich aus, ohne die Regierung oder sein Parlament zu befragen, den blutigsten Weltkrieg fortzusetzen, trotzdem der Gegner seine Bereitwilligkeit erklärt hat, zu unterhandeln. In der Schweiz ist damit der Nimbus der amerikanischen Demokratie von einem Tag zum andern wie Nebel zerstoßen. Auch der einfache Arbeiter oder Bauer findet, daß die Handlungsweise des Herrn Wilson eher einem Autokraten oder gar despotischen Regerkönig entspreche, als einem Staatsoberhaupt, das mit den Waffen in der Hand Völkern alter Kultur die Demokratie aufzwingen will. Sogar der deutsche Kaiser hätte in diesem Falle nicht gewagt, von sich aus, gleichsam aus dem Handgelenk, eine ihm zugekommene Friedensofferte abzulehnen, ohne gründlich darüber mit seinen verfassungsmäßigen Ratgebern zu konferieren. Im als undemokratisch verschrienen Deutschen Reiche wäre ein solch undemokratischer Regierungsakt einfach unmöglich gewesen.

Aber trotzdem tönt es aus den Blättern der Entente heraus: Es darf nicht Frieden werden, ehe Deutschland und Oesterreich demokratisch regierte Länder geworden sind!

Welche Art von Demokratie soll ihnen denn vorgeschrieben werden? Diejenige der Vereinigten Staaten von Amerika, wo der Präsident machen darf, was er will? Damit würde aber die autokratische Machtbefugnis des Kaisers ganz wesentlich vermehrt und das deutsche Reich würde einen Rückschritt zum Absolutismus tun. Begreift man es nun, warum wir allen jenen Phrasen so skeptisch gegenüberstehen, die als das Haupthindernis des Friedens die deutsche innere Politik bezeichnen und insbesondere den Mangel an demokratischem Geiste? Dieser Mangel ist in Amerika und — sagen wir es frei heraus — in Frankreich eher größer als im Reiche draußen. Das französische Volk hat im Vergleich zum schweizerischen nur ganz verschwindend geringen Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Und trotzdem gibt es Schweizer, die immer das Lob der französischen und amerikanischen Demokratie singen, die in unsern Augen ja nur Anfänge demokratischen Lebens darstellt, um die es sich gar nicht verlohnt, Millionen junger Menschen in den Tod zu senden. Daß in Preußen heute noch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht existiert, kann ja gewiß als ein Mangel an demokratischem Geiste angesehen werden. Aber unendlich mangelhafter ist die Demokratie Amerikas, die sich kaum von der Autokratie unterscheidet.

Und um dieser Dinge willen soll nun die Menschheit in Blut und Glend ersticken!

## Das Nein Wilsons.

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns:

Bei der Behandlung der österreichischen Anregung zu einer Aussprache über Verhandlungsmöglichkeiten hat das amerikanische Auftreten in verschiedener Beziehung sensationellen Eindruck gemacht. Zunächst die Promptheit und Kürze der Antwort, die erfolgt war, noch ehe sich der authentische Text der österreichischen Note in den Händen der amerikanischen Regierung befand. Die Schnelligkeit wirkte in diesem Fall ebenso unlogisch wie der Inhalt. Präsident Wilson spielt die erste Geige im Konzert der Entente und er glaubt sich natürlich berufen, stets den Ton anzugeben. Vielleicht befürchtete er, seine Verbündeten könnten im Sinne seiner Friedensvorschläge antworten, und es lag ihm offenbar nicht daran, diese Vorschläge als die vierzehn Nothelfer des Friedens aufmarschieren zu sehen. Aber gerade seine früheren Erklärungen, die er als Grund der apodiktischen Ablehnung des österreichischen Vorschlages angibt, bilden das stärkste Argument gegen ihren eigenen Urheber. Die logische Folgerung aus den Wilsonschen Friedensprogrammen wäre nämlich die gewesen, zu sagen: „Nachdem ich dargelegt habe, unter welchen Bedingungen ich in eine Erörterung über den Frieden eintreten würde, bin ich nunmehr bereit, diese Erklärung zur Grundlage weiterer Besprechungen über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu machen.“ Während also Wilson und sein Staatssekretär sich darauf berufen, daß nach den bereits erfolgten Äußerungen des Präsidenten eine Konferenz überflüssig sei, wäre diese Konferenz in Wirklichkeit nur das praktische Ergebnis der Vorschläge, die Präsident Wilson vorher gemacht hat. Daß er diese Anregungen, denen damals die

übrigen Mitglieder der Entente nicht zustimmten, weil sie sie für zu milde hielten, heute im Sinne seiner Alliierten revidiert hat, ist ein Beweis dafür, daß der amerikanische Präsident nicht mehr als Apostel eines in seinem Sinne gerechten Friedens, der keine Rachegefühle zurücklassen würde, angesehen zu werden wünscht. Damit ist Präsident Wilson zu der Haltung zurückgekehrt, die er vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg eingenommen hatte und für die er neuerdings die kurze Formel gefunden hat: „Gewalt, Gewalt, nichts als Gewalt.“ Man kann sich nicht gut vorstellen, daß dieser Grundsatz, bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, der Kultur und der allgemeinen Völkerverständigung dienlich sein wird. Er hat, im Gegenteil, eine verzweifelte Nehmlichkeit mit gewissen Geschäftsprinzipien, durch die sich Amerika lästiger Geschäftskonkurrenten zu entledigen sucht. Auch in Friedenszeiten ist ja der amerikanische Wettbewerb schon mit einem sehr geringen Aufwand von Schonung des Gegners aufgetreten.

Wer bis zu der jüngsten Äußerung des amerikanischen Präsidenten, der als Wortführer des Landes und seiner Regierung austritt, noch an das Vorhandensein gewisser doktrinäer Vorurteile und einer im Idealismus wurzelnden Verschrobtheit geglaubt hat, ist heute kaum noch in der Lage, diese Meinung aufrechtzuerhalten. Präsident Wilson glaubt nur noch an das amerikanische Kriegsglück und will sich scheinbar die Gelegenheit, als triumphierender Sieger gefeiert zu werden, nicht entgehen lassen, um so weniger, als er, falls dieser Zustand wirklich eintreten sollte, bei seinen Verbündeten eine ernsthafte Rivalität um die Siegespalme nicht mehr zu befürchten hätte. Ob dieser absolute Herrscherwille sich heute schon widerspruchslos durchsetzen kann, wird man aus den weiteren Folgen der österreichischen Note ersehen. Die französische und italienische Presse hat sich, fast ausnahmslos, mit lauter Entrüstung gegen die Gefahr eines unerwarteten Friedensausbruches gewendet. Die angesehenen politischen Blätter Altenglands sind weniger geräuschvoll, dafür aber sachlicher in die Erörterung des österreichischen Vorschlages eingetreten, als ihre westlichen Kollegen. Überall aber ist Präsident Wilson als weiser Berater der Ententeländer gefeiert worden, was bei der heute dominierenden Stellung des amerikanischen Dollars erklärlich ist. Trotzdem will man in England offenbar nicht mit einer kurzen Ablehnung der Note die unbequeme Zwischenfrage abtun, hat vielmehr die Absicht, den Völkern der Zentralstaaten in einer ausführlichen Antwort „nicht jede Hoffnung“ auf Frieden zu nehmen. So las man es gestern. Wird nun das brüske Nein des amerikanischen Präsidenten das letzte Wort bleiben oder wird Englands Absicht verwirklicht werden? Wie aber auch immer die Entscheidung ausfällt, so bleibt die Tatsache bestehen, daß Präsident Wilson sich durch die schroffe Abweisung des österreichischen Vorschlages in Widerspruch mit seinem eigenen Friedensprogramm gesetzt hat. Denn er hat seine ausführliche Erklärung zur Friedensfrage als die Grundlage bezeichnet, auf der Amerika in Besprechungen über die Möglichkeit eines Friedensschlusses eintreten würde, und es war ihm jetzt die Gelegenheit geboten, daß seine Friedensbedingungen besprochen würden. Präsident Wilson hat es nicht darauf antommen lassen, die von ihm aufgestellten Forderungen auf ihre praktische Ergiebigkeit hin zu erproben. Wenn Präsident Wilson seinerzeit erklärt hat, daß eine Besprechung über den Frieden nur im Rahmen der von ihm gezogenen Grenzen möglich sei, so bestand zwischen seinen Worten und der Anregung, die von der österreichisch-ungarischen Regierung ausgegangen ist, nicht nur keine Kluft, sondern ein direkter Zusammenhang. Er hat zuerst den Weg gezeigt, der für Friedensbesprechungen offen sein könnte, und Graf Burian hat vorgeschlagen, diesen Weg jetzt zu betreten. Diese Anregung wurde vom Präsidenten Wilson mit einem glatten Nein beantwortet. Damit ist bewiesen, daß der Mann, der schon vor Jahren die Macht gehabt hätte, dem furchtbaren Morden und der entsetzlichen Vernichtung unschätzbbarer Wirtschaftskräfte ein Ende zu machen, heute weniger denn je geneigt ist, Europa von der Weltkatastrophe, der es zu erliegen droht, zu befreien. Sind die Völker der Ententeländer mit der Auffassung des amerikanischen Präsidenten einverstanden? Denken die Millionen amerikanischen Arbeiter (deren Wortführer keineswegs der sich als Arbeitervertreter gebärdende anglo-amerikanische Multimillionär Compers ist) ebenso wie der Präsident der Vereinigten Staaten? Ist Wilson der Wortführer der großen Partei ernsthafter Friedensfreunde in England, Frankreich und Italien? Dürfen die Regierungen dieser Länder den österreichischen Vorschlag ablehnen, ohne ihre Völker befragt zu haben? So sicher es ist, daß die österreichisch-ungarische Regierung im Namen der Völker der Zentralstaaten sprechen durfte, so sicher ist es auch, daß das Nein des amerikanischen Präsidenten ohne Befragen des Volkes ausgesprochen wurde und daß die Ententeregierungen oder deren amtliche Organe über die österreichische Note ihr Verdict abgegeben hatten, noch bevor in den Parlamenten darüber verhandelt worden war. Darf in diesem Stadium des Krieges eine ernst zu nehmende Anregung, in Besprechungen über den Frieden einzutreten, von einzel-

nen Männern abgelehnt werden, während ganze Völker nach Frieden sehn? Die epigrammatische Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die von einer begeisterten englischen Zeitung als ein bewundernswertes „Phänomen“ gepriesen worden ist, erscheint uns als der kälteste Ausdruck einer geschäftsmäßigen Auffassung des Krieges, der während dieser ganzen vier Jahre zum erstenmal in einer so niederschmetternden Form in die Erscheinung getreten ist.

Was werden ihm die Nationen, die unter dem Joche des Krieges stöhnen, entgegenzusetzen haben?

National = Lev

### Der sinkende Halbmond.

Ein Sieg in jener umfassenden und vernichtenden Vollkommenheit, wie ihn zuerst im Weltkrieg Hindenburg bei Tannenberg errang, scheint General Allenby beschieden gewesen zu sein. Dieser erfolgreichste englische General kam heute melden, daß das 7. und 9. türkische Armeekorps nicht mehr existiert. Schon sind 25,000 Türken gefangen genommen, 260 Geschütze eingebracht. Diese Ziffern wären sogar für europäische Schlachtdimensionen schon sehr beträchtlich; für den Orientkrieg, wo der Transport eines jeden einzelnen Soldaten unendlich schwieriger ist, wo alles von weither gebracht werden muß und der Krieger eine Art von Seltenheitswert besitzt, ist die britische Beuteziffer geradezu ungeheuerlich. Um sie sich ins Europäische zu überlegen, müßte man sie mindestens verfachesachen. Es wird daher wohl an der Zeit sein, zu untersuchen, welche politischen Folgen aus der militärischen Katastrophe des Türkentums sich ergeben. Zuerst wird man sich fragen, ob der Zusammenbruch nicht bis nach Damaskus und Beirut sich erstrecken wird. Dort sind Mittelpunkte einerseits des Arabertums, andererseits des levantinischen Christentums, und die Libanonchristen dürften mit einiger Ungeduld den Anmarsch der britischen Heere erwarten. Der größte Teil des türkischen Besitzes harret der Liquidation; sie wird nicht so sehr durch den osmanischen Widerstand verzögert, als durch die Schwierigkeiten für Feldzüge in jenem wegearmen und fast baumlosen Gebiet, wo die einmarschierenden Heere genötigt sind, sich recht weit von ihrer Verpflegungsbasis zu entfernen. Aber es ist kaum zu bezweifeln, daß auch jene Hindernisse sich allmählich werden überwinden lassen.

England sucht sich in den Besitz jener wertvollen Länder zu setzen, und es scheint gewiß, daß es seine Anstrengungen nicht unternimmt, um sie nachher mit einer edlen Geste dem Völkerbunde zur Verfügung zu stellen. Der politische Plan besteht darin, eine Reihe von Protektoratsstaaten zu schaffen: in Arabien, wo es bereits einen Sultan des Hedschas gibt, dessen Reich besonders bei Briefmarkensammlern sich starker Beliebtheit erfreut, in Palästina, wohin das gesamte unerlöste Judentum mit Erwartung blickt, sich nach einem neuen Davidsreiche sehnd, und in Mesopotamien, wo England vielleicht seine Besitznahme unmittelbar wird durchführen wollen. Das Prinzip der Machterweiterung ist natürlich genau das gleiche, wie jenes, das Deutschland gegenüber den russischen Randvölkern laut dem Brest-Litovsk-Vertrage anwendet; aber die Welt ist viel weniger gegen die neue Ausübung des englischen Imperialismus empfindlich als gegen die Anstrengungen des Deutschen. Das sieht nach doppeltem Maß und Ungerechtigkeit aus. Aber es hat doch wohl tiefere Gründe. Die Welt hat zwei Dinge gesehen: daß die Araber, die Syrer, die Juden sich hartnäckig gegen die türkische Herrschaft wehrten und daß jene Länder auf tieffte verkommen waren. Man kann daher beobachten, daß sowohl Araber wie Syrer und Juden das Ende der türkischen Gewalt wie eine Erlösung betrachten, und man wird jene ehrliche Volksstimmung natürlich nicht mit dem Rufe irgendwelcher kommandierter und korumpierter Landesräte oder eines Hetmans auf eine Stufe stellen. An der geringen Eignung des Türken, der menschlich sehr wertvolle, staatsbürgerlich gar keine Eigenschaften besitzt, zum Führertum, zum Aufbau von Kultur und Wohlstand ist nach der schmerzlichen Erfahrung von Jahrhunderten nicht zu zweifeln; was der Islam an Talenten hatte, ist fast durchwegs arabischen Ursprungs gewesen, und es war einer jener folgenschweren Unglücksfälle

der Weltgeschichte, daß die Führung im Islam dem Arabertum entfiel und vom Osmanentum an sich gerissen wurde. Sowohl Araber wie Syrer und Juden wissen, daß sie ohne die materielle und kulturelle Hilfe Englands sich nicht werden entwickeln können, und es besteht daher bei diesen Völkern tatsächlich eine starke Sympathie für England. Mag sein, daß sich später eine extreme Richtung entwickeln wird, die nach vollständiger Selbständigkeit begehrt und die britische Aussicht und Ordnung als störend empfindet; entscheidend dürfte sie aber für die Entwicklung jener Völker vorerst kaum sein und jedenfalls liegt eine derartige verfrühte Selbständigkeit nicht in deren Interesse. Auf der andern Seite kann man in den russischen Randstaaten beobachten, wie das okkupierende Deutschland jene Gebiete ausschließlich als Versorgungszentren für sich selbst betrachtet, bedacht, alle Lebensmittel und Güter von dort abzutransportieren. Wir sagen dies nicht als Vorwurf gegen Deutschland; der Zwang des Hungerkrieges mag es dahin gebracht haben; aber die Tatsache bleibt dennoch bestehen, ganz gleichgültig, woraus sie entsteht. Deutschland hat keinem jener Völker die Freiheit gegeben, nirgends auf deren eigene Stimme gehört; in der Ukraine Regierungen ernannt und gestürzt, in Polen den Staatsrat verhindert, zusammenzutreten, weil er die „austro-polnische“ Lösung vorzieht, die Esten und Letten der Herrschaft der paar baltischen Barone und der künstlich herbeigekurufenen deutschen Einwanderer ausgeliefert. In Finnland soll Donnerstag ein Schwager des deutschen Kaisers zum König gekrönt werden, in demselben Finnland, dessen im freiesten Wahrecht entstandener Landtag ausschließlich republikanisch war. Wenn man die Verhältnisse zwischen den von Deutschland eroberten und den von England befreiten Ländern betrachtet, so wird man den ganzen Unterschied zwischen traditioneller Herrschaftskunst und klogiger Unerfahrenheit höchst unpolitischer Generäle und Junker erkennen.

Für das uralte Sultanat der Osmanen schlägt die Sterbestunde, und wenn die Zeiten nicht so übervoll wären an Geschehen, so wäre es nicht ohne Reiz, die große und schreckliche Geschichte der Türkenherrschaft zu verfolgen, die zu den schlimmsten Unglücksfällen der Geschichte gehört und die reichsten Länder veröden, die tüchtigsten Völker dahinsterven ließ, weder Bildung noch Arbeit förderte, Kultur, Wohlstand und Reichtum unterdrückte. Man mag es tragisch finden, daß die Katastrophe das Türkentum gerade jetzt ereilt, da es einen Versuch seiner inneren Erneuerung unternahm; aber man wird bemerken, daß jener Versuch des Komites für Einigkeit und Fortschritt mehr wie eine Parodie des Fortschrittes wirkte und vom Europa, dem er mit Siebenmeilenstiefeln nachlaufen wollte, nur den Chauvinismus, den Militarismus, den Annexionismus und eine strupallose Korruption übernahm. Das furchtbare „Zu spät“ klingt heute den Jungtürken entgegen, und Enver, der hoffte, der große Erneuerer seines Volkes zu werden, dürfte dessen Totengräber geworden sein. Der alte Abdul Hamid, einer der klügsten Diplomaten der alten Schule, verstand es, die Gegensätze der Mächtegruppen gegen einander auszuspielen und dadurch sein Reich zu behaupten; Envers Ehrgeiz und Ungeduld stürzten ihn und wechselten auch die Auslandspolitik des Reiches; es schloß sich einer der beiden Gruppen an und damit war das Schicksal des Türkentums besiegelt. Auch dann wäre das Sultanat verloren, wenn die deutschen Hoffnungen sich erfüllt hätten oder sich noch erfüllen würden; dann wäre die Türkei eben in die deutsche Hand gekommen, hätte von dort sich wirtschaftlich durchdringen lassen müssen. Die deutsch-türkischen Gegensätze, die besonders bei der Einnahme von Batu sichtbar wurden, das Deutschland den Soviets gegen Tribut belassen hatte, zeigen den großen Fehler, den die Jungtürken begangen haben. Statt sich streng neutral im Weltkrieg zu halten, bei dem sie alles verlieren und nichts gewinnen konnten, ließen sie sich durch deutsche Einflüsterungen und in törichter Ueberschätzung ihrer eigenen Kräfte verleiten, einzugreifen. Beispiellose Verehrung, Seuchen, die das dünn bevölkerte Land zur Wüste werden ließen, eine unbeschreibliche Hungersnot und Greuel jeder Art sind die Folgen jener Großmannsucht, an deren Ende die Vernichtung der alten Türkei steht. Es war die Schuld der Jungtürken, die traditionelle Türkenfreundlichkeit Englands, das der Türkei gegen Rußland bedurfte, zu vernichten und sich wie andere überberatene Meiststaaten in den Kampf der Großen zu stürzen, dem sie hätten fern bleiben können. So ward die beste Gelegenheit des Türkentums veräumt, durch eine gerade für sie vorteilhafte Neutralität einen Vorsprung an Zeit, Reichtum und Macht zu gewinnen, der ihm vielleicht seine Selbstbehauptung und Regeneration ermöglicht hätte.

Heute sieht die Türkei Arabien mit den heiligen Stätten des Islams für immer verloren, die Selbständigkeit des Arabertums, das nunmehr wieder das Khalifat besitzt, bedroht die religiöse und geistige Daseinsberechtigung des Sultanats, das fruchtbare, so schrecklich vernachlässigte Mesopotamien und Palästina sind unwiderbringlich verloren, und Babelhem — ein grausames Zeitdenkmal — prangt in einem Kriegsbericht... als eroberte Stadt. Die Eroberung der Engländer wird aber dort kaum Halt machen, und wohl auch das reiche Syrien ergreifen, wenn hier nicht die französisch-italienische Eiferucht ein Veto ertönt. Der armselige, den Russen im Kaukasus entrissene Besitz wird kaum dafür einen Ersatz bieten, er ist auch wohl bloß gestohlen und wird bald genug zurückgefordert werden. Ein Londoner Toryblatt spricht von der Möglichkeit eines Sonderfriedens mit der Türkei; wir glauben nicht daran; denn was könnte die Entente den Türken bieten? Sie wird Mesopotamien, Arabien, Palästina den Türken nicht herausgeben, Syrien gewinnen, Konstantinopel neutralisieren wollen, und was könnte zu solchem Anerbieten die Türken locken? So vernünftig es von ihrem Standpunkte aus wäre, zu retten, was sie nur irgend vermöchten, zu erkennen, daß das Spiel verloren ist, so wenig ist anzunehmen, daß die schuldigen Führer solcher Einsicht fähig wären. Auch hätten sie persönlich allerlei Gesundheitsförderungen zu befürchten. Es scheint daher, daß auch den Türken nicht erspart bleiben wird, den Becher des Leids bis zum Ende zu leeren. Der Halbmond sinkt, und in dem der Kultur neugewonnenen Morgenland wird dereinst die Sonne besserer Zeiten, des Friedens und des Fortschrittes aufgehen. Dies ist bisher eines der wenigen erfreulichen und nicht mehr zu erschütternden Ergebnisse des Weltkrieges.

06

Berlin

Dienstag, 24. September 1918



# Zeitung

1704

Veröffentlichung von Staats- und gelehrten Sachen

Druckweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## die Mehrheitsparteien.

Bestimmten Gründen, daß das von ihr veröffentlichte Programm gar nicht weit die drei Mehrheitsfraktionen vielleicht zeitliche Vorgehen der Sozialdemokratie

Daß die Beratungen, die notwendigerweise beginnen werden, zu einem Ausmaß die Möglichkeit einer weiteren gemein-

### des Hauptquartiers.

Telegraphen-Büros.

Hauptquartier, 24. September.

#### Kriegsschauplatz.

#### Kronprinz Rupprecht.

Die nördliche und nordöstliche von den erfolgreichen Unternehmungen von Moenbres wurden Teil abgewiesen. Die Artillerietätigkeit südlich von Arleug ge-

#### Gruppe Bochn.

angriffen nahmen wir südlich von östlich von Epeh Teile der in in Feindeshand verbliebenen und machten hierbei Gefangene. Es wurden abgewiesen. Zwischen der Somme lebte der Artillerie-

ang seinen 41. Luftflieger.

## Der Kanzler im Hauptauschuß.

Der Wortlaut der Rede.

In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages sind erschienen: Reichskanzler Graf v. Hertling, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Sinsge, sowie eine Reihe anderer Staatssekretäre, Minister und Bundesratsbevollmächtigte. Außer den Mitgliedern des Hauptauschusses wohnten zahlreiche Abgeordnete den Verhandlungen als Zuhörer bei.

Vorsitzender Abg. Ebert eröffnet die Sitzung und führt aus: Entgegen den Vermutungen, die Verhandlungen erst Ende Oktober wieder aufzunehmen, haben der Friedensschritt Österreich-Ungarns und andere Fragen die Berufung des Hauptauschusses zu einem früheren Zeitpunkt zweckmäßig erscheinen lassen. Nach den Vereinbarungen mit Vertretern der Regierung soll zuerst der Reichskanzler das Wort erhalten, sodann der Kriegsminister über die militärische Lage berichten, an dritter Stelle der Staatssekretär des Auswärtigen, endlich der Vizekanzler das Wort nehmen. An die Darlegungen der Regierung soll sich eine allgemeine Aussprache über die politische und militärische Lage anschließen; ob diese heute schon oder erst morgen beginnen wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Hierauf nahm der Reichskanzler Graf Hertling das Wort. Er führte aus:

Der Ausschuß ist zusammengesetzt, um in der ersten Lage, in der wir uns zurzeit befinden, von der Reichsleitung Auskunft über eine Reihe schwerwiegender Fragen zu erhalten und dieselben mit den Regierungsvertretern zu besprechen. Der Wunsch ist durchaus begreiflich, und wir werden ihm nach Möglichkeit entgegenkommen, zunächst möchte ich mir aber gestatten, einige allgemeine Bemerkungen voranzuschicken.

Meine Herren, wie Ihnen bekannt ist, hat sich weiter Kreise der Bevölkerung eine tiefgehende Verstimmung bemächtigt. Der letzte Grund dafür ist der Druck, welchen der fürchterliche, nun schon vier Jahre währende Krieg verursacht, alle die Verdienste und Entbehnungen, die zur Folge gehabt, die Opfer, die er allen Ständen, allen Familien und mehr oder minder jedem Einzelnen auferlegt. Ich denke nicht daran, diesen Druck durch Worte verringern zu wollen. Aber, meine Herren, wenn die Stimmung durch unsere gegenwärtige militärische Lage, durch die Ereignisse an der Westfront beeinflusst ist, so muß ich, ohne den zu erwartenden Mitteilungen des Vertreters des Kriegsministeriums vorgreifen zu wollen, mit allem Nachdruck erklären, daß sie weit über das berechtigte Maß hinaus geht.

Somit, meine Herren, unsere letzte großangelegte Offensive hat uns nicht den gehofften Erfolg gebracht, das muß ohne weiteres zugegeben werden. Die Heeresleitung hat sich veranlaßt gesehen, unsere weit vorgeschobenen Linien auf die sogenannte Siegfriedstellung zurückzunehmen. Die Lage ist ernst, aber wir haben keinen Grund, Klammern zu sein. Wir haben schon Schwereres durchzumachen gehabt. Denken Sie an den Sommer 1916, als die Verdun-Offensive scheiterte, an der Somme die heftigsten Kämpfe und im Osten die Massenanstürme Brusilows stattfanden, welche die bekannten ungünstigen Rückwirkungen an der österreichisch-italienischen Front nach sich zogen, und nun auch noch Rumänien in den Krieg eintrat. Damals haben wir den Mut nicht verloren, sondern den Feinden, die uns am Ende wähnten, gezeigt, was entschlossener Stegeswille vermag. Und wie steht es heute? Wir haben Frieden mit Rußland und mit Rumänien, und wenn auch die Verhältnisse in dem ehemaligen russischen Reich noch nicht geklärt sind, und die Zukunft unsicher erscheint, so ist doch für uns die frühere Bedrohung von zwei Seiten in Wegfall gekommen und ein beträchtlicher Teil unserer vormaligen Ostarmee kann jetzt im Westen verwendet werden. Die österreichisch-ungarische Armee hält weite Strecken italienischen Gebietes besetzt und behauptet dort tapfer ihre Stellungen, in Frankreich aber weisen unsere Truppen die von Franzosen, Engländern und Amerikanern unternommenen und durch moderne Kampfmittel aller Art unterstützten Vorstöße zurück; der alte Geist ist in ihnen lebendig, das haben die Ereignisse der lehtvergangenen Tage deutlich erkennen lassen. Die hartnäckigen Durchbruchversuche des Feindes werden scheitern, des Vaterlandes treue Söhne wehren ihm todesmüdig das Eindringen.

Und da sollten wir verzagt werden? Sollten wir vergessen, was früher geschehen ist, sollten wir da den Männern, die in den vergangenen Jahren uns von Sieg zu Sieg geführt haben, nicht mehr das alte rüchhaltlose Vertrauen entgegenbringen,

mistlich, vielleicht sogar mehr, als ein unparteiisch Denkender verstehen wird. Die tiefgehende Verstimmung hat andere Ursachen: Man hat den Deutschen Sieg und Eroberungen versprochen, hat ihnen das zerschmetterte Frankreich, das in die Knie gebrochene England und die vergeblich bluffende Union gezeigt. Die Unterseeboote zogen nach der amtlichen Berliner Legende und nach den Prophezeiungen der Heeresleitung einen Todeskreis um England; die Entente hatte keine Reserven, und die Amerikaner konnten nach Europa weder fliegen noch schwimmen, wie ein preussischer Minister in diesem Jahre im Landtage erklärte; sie waren Barnum-Soldaten, wie Hindenburg in seinem Interview höhnte. Die Deutschen sind tief verstimmt, nicht weil der Druck noch andauert, das tat er auch schon bisher, nicht weil sie glaubten, daß sie zerschmettert würden, denn das glauben sie nicht, sondern weil sie zu erkennen beginnen, daß sie den Sieg nicht erreichen können, und jener Sieg war Inhalt und Ziel ihrer Vorbereitung vor 1914 und aller Ereignisse seit 1914.

verteidigen, sondern seine eigene Schuld bekennen, muß andere Worte, andere Moral und einen andern Geist in sich aufbringen, muß, bevor er zum Völkerbunde einladet, erkennen lassen, daß er dessen Sinn und Sittlichkeit versteht. Wir sind durchaus der Ansicht, daß M. Clemenceau sich im Völkerbunde so ausnehmen würde wie der Tiger in einem belebten Dorfe, aber wir können nicht finden, daß Graf Hertling auch nur im Anhauche eines Wortes gezeigt hätte, daß er und seine Auftraggeber dort eine bessere Figur machen. Deshalb wird es ihm auch nicht gelingen sein, die tiefe Verstimmung zu beheben.

Was soll man dazu sagen, wenn der Herr Reichskanzler jetzt noch behauptet, vom ersten Tage an führte Deutschland einen Verteidigungskrieg? „In Frankreich liegt uns jeder Gedanke an Eroberungen ferne“, versichert er. Für den Augenblick gilt dies wohl; aber Kaiser Wilhelm und der Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg haben in zahlreichen zustimmenden Depeschen die Eingaben jener Verbände und Tischgesellschaften beantwortet, die das deutsche Protektorat über die belgische Kanalküste und Flandern und die Annexion des Erzbeckens von Brügge forderten. Und daß im Osten ebenfalls jeder Gedanke an Eroberungen Deutschlands fernliege, läßt sich heute, am Tage vor der finnischen Königswahl, inmitten der Einverleibung des Baltikums wahrlich nicht behaupten. Hunderte und Tausende von Reden, Depeschen und eindeutigen politischen Handlungen sämtlicher in Deutschland gebietender Kreise liegen vor, die alle Machterweiterung begehren: im Osten wie im Westen und in den Kolonien, bei den Feinden wie bei den Verbündeten und bei den Neutralen.

Ist dies heute anders, so wäre dies sicherlich ein bedeutender Fortschritt, dessen jedermann sich freuen wird; doch dies so hinzustellen, als wäre es nie gewesen, einfach zu leugnen, was die ganze Welt gehört und gesehen hat, das kann unmöglich das Vertrauen in die deutsche Regierung erhöhen, das „gerechte Urteil“ und die „Besonnenheit“ stärken, die der Kanzler mit Recht bei der Entente vermisst. Mit tiefem Schrecken liest man die Ausführungen, die der Kanzler dem Einmarsch in Belgien widmet, und man hat für einen Augenblick dabei das Gefühl, Deutschland wäre von der übrigen Welt durch unüberschreitbare Abgründe getrennt und man atme dort eine andere Luft, als sonst irgendwo Menschen. Diese Erklärung ist viel schlimmer, als seinerzeit der Einmarsch selbst, denn damals war die Kraft und die atemlose und besinnungsraubende Eile der großen Entscheidungen alle Gemüter. Heute aber noch nicht verstehen, was dies in Wahrheit war und die Welt sein mußte, heute in dem Zerreißen der eigenen Unterschrift und Verpflichtung gegen einen kleinen, wehrlosen und friedfertigen Neutralen eine bloße Notwehr zu sehen und sie noch weiterhin vor aller Welt zu verteidigen, das heißt wahrhaft, jedem Freunde der Völkerveröhnung die Hände fesseln. Wieder taucht die Legende von den belgischen Archiven auf, und „wie bedenklich es mit der belgischen Neutralität bestellt gewesen sei“. Aus den belgischen Archiven, so einseitig und tendenziös sie von der deutschen Regierung gebraucht wurden, geht klar hervor, daß Belgien niemals eine bindende Vereinbarung mit der Entente einging, obwohl es selbstverständlich nur sein gutes Recht gewesen wäre, sich für den Fall eines deutschen Angriffs zu schützen. Es geht aus ihnen vielmehr das allzu große Vertrauen der belgischen Regierung und deren weit mehr zu Deutschland neigende Orientierung hervor. Glaubt man denn wahrhaftig, wenn die belgische Regierung die Eintreibung gewollt hätte, so hätte sie in Paris, Berlin und London Gesandte gehabt, die immerzu von kriegerischen Absichten der Westmächte in Brüssel warnten? Und weshalb hätte die klerikale Regierung in Brüssel mehr mit dem kirchenfeindlichen Frankreich sympathisieren sollen, als mit dem autoritären Deutschland, wo das katholische Zentrum an der Macht teilnahm? Hat nicht Belgien sofort, als die Gefahr drohte, an sämtliche Garanten seiner Neutralität die Aufforderung gesendet, sie neuerdings zu bestätigen, und war es nicht nur eben Deutschland allein, das jene Erklärung verweigerte? Wie kann man heute noch sich auf den verlanaten Durchmarsch berufen, der für Belgien zugleich Christlosigkeit und Ruin gewesen wäre, da es sich zum Schlachtfeld gemacht hätte? Wie kann man dies mit dem ariechischen Abenteuer, so beschämend es auch für die Entente ist, gleichstellen? War Griechenland ein neutraler Staat wie Belgien? Waren seine Häfen nicht Sitze deutscher Unterseeboote und war es nicht ein offenes Geheimnis, daß das griechische Königsaar entschlossen war, später sich auf die deutsche Seite zu schlagen? Und welchen Zweck hat es, Wilson bei seinen vier Punkten zuzustimmen, wenn man zugleich vom „hergelaufenen Gesindel der Tschecho-Slowaken“ spricht? Welchen Zweck hat es, neuerdings die alte Mär von der englischen Einkreisung aufzuwärmen, nachdem alle Welt weiß, wie England sich stets um ein Abkommen mit Deutschland mühte, diesem den Anteil der vortunaisischen Kolonien zusprach und bemüht war, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern? Wie kann man noch immer mit den „Enthüllungen des Suchomlinoff-Prozesses“ Gläubige ansuchen wollen, wo es doch bewiesene Tatsache ist, daß der Zar dem deutschen Kaiser versprach, sich jeder feindseligen Handlung gegen Deutschland zu enthalten und den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu überweisen?

Wir haben niemals die Absicht vertreten, daß es unter den Großmächten garz Unschuldige gäbe, und wir glauben auch nicht, daß das ungeheure Schicksal dieses Krieges, der aus allgemeinem Haß und Mißtrauen entstanden ist, wie ein Zivilprozeß zu betrachten ist, bei dem es Schuldige und Schädensersatz gibt. Aber die Voraussetzung, um für eine ruhigere Auffassung Zustimmung zu finden und die Feinde zu besänftigen, besteht doch wahrlich nicht darin, daß man mit den alten Verdrehungen und längst widerlegten Beschuldigungen neuerdings auftritt, die Tatsachen auf den Kopf stellt und sich in einem Gewande blütenweißer Unschuld präsentiert, auf dem die Blutflecken doch stets wieder sichtbar werden. Wer heute das Vertrauen der Welt gewinnen und den Haß abtragen will, der muß nicht sich

# National = Z

## Tiefgehende Verstimmung.

# Im Hauptausschusse des deutschen Reichstages hat nunmehr das amtliche Deutschland gesprochen: in langer Rede der Reichskanzler, ferner Staatssekretär v. Hinzp, für das Kriegsministerium General v. Briesberg, für die Marine Kapitän Brüninghaus. Irgendeine überraschende und befremdende Wirkung geht leider nicht von den Reden aus. Der General v. Briesberg gibt zwar „eine wesentliche Milderung der gesamten Lage“ an der Westfront zu, versichert jedoch, daß auch „die Amerikaner uns nicht schrecken dürfen; wir werden auch mit ihnen fertig werden“. Er fügt hinzu, daß Deutschland nunmehr auch gegen die Tanks ausreichend gerüstet sei. Der Herr General empfiehlt beim Lesen der „feindlichen Heeresberichte jetzt große Vorsicht“. Denn sie bezwecken eine „Zermürbung unserer Stimmung“. Das wird man ohne weiteres glauben, aber man wird jedenfalls wohl tun, die gleiche „große Vorsicht“ gegenüber den offiziellen deutschen Meldungen anzuwenden; auch diese bringen „starke Uebertreibungen“ — nur eben in der Schilderung ihrer Abwehrrfolge, und auch sie sind dazu genötigt, denn sie wollen ja die Stimmung wieder befestigen. Daß dies eine Forderung der Notwendigkeit ist, geben sämtliche Redner zu; der Reichskanzler spricht von einer „tiefgehenden Verstimmung“, die er freilich nicht ausreichend erklärt. Kapitän Brüninghaus hält eine verspätete Anpreisungsrede für den Unterseebootkrieg, die gegenüber den vorliegenden Tatsachen kaum verständlich wirkt. Nach zwanzig Monaten unbeschränkter Anwendung dieser Kriegswaffe steht die Welt vor der Tatsache, daß sich die Ernährung in England und Frankreich erheblich verbessert hat, daß Riesenheere der Amerikaner über den Ozean kamen, daß in Mazedonien und in Bafästina mächtige Offensiven unternommen werden. All dies braucht Lomage und wieder Lomage, und man faßt es nicht, wie man trotz solchen vor aller Augen sich vollziehenden Wirklichkeiten noch ernsthaft behaupten kann: „Die Unterseeboote werden ihr Ziel erreichen, einen Frieden, der die Lebensbedingungen unseres Vaterlandes sicherstellt.“ Wir wollen hier weder untersuchen, was jene Lebensbedingungen sind, noch ob die Erreichung jenes Zieles wahrscheinlich sei, sondern nur das Eine feststellen: Die Unterseeboote haben dies nicht erreicht und werden es auch ebensowenig erreichen. Der Unterseebootkrieg, der den Welthaß vermehrte und die Union aus ihrer Neutralität trieb, hat den Krieg verlängert und — ganz objektiv gesprochen — Deutschlands Sieg verunmöglicht, und die offiziellen Redner sind, um ihren eigenen Fehler nicht eingestehen zu müssen und weiter als untrügliche Autoritäten erscheinen zu können, gezwungen, aus Schwarz Weiß zu machen.

Am meisten Interesse knüpfte sich an die Rede des Reichskanzlers. Er hätte es diesmal nicht gar so schwer gehabt, Sympathien für Deutschland zu werben. Die herausfordernde Ablehnung der Ententeführer auf die österreichische Friedensnote, das demagogische und unbefruchtete Toben Clemenceaus, die kalte, höhnische Erwerbssgier Balfours hätten ihm mühelose Gelegenheiten geboten, wenigstens rhetorische Erfolge beim eigenen Volke und bei den unabhängig Denkenden unter den Feinden und Neutralen zu erzielen. All diese rhetorischen Erfolge hätten uns zwar dem Frieden nicht genähert, hätten aber unseugbar Eindruck gemacht. Unendlich wertvoller wäre es freilich gewesen, wenn die deutschen Regierenden, statt nach der üblen Sitte aller Kriegführenden sich mit der fremden Schuld zu beschäftigen, ihre eigene eingestanden hätten; aber solche Rosen wachsen leider nicht am trockenen Strauche der Berliner Regierung. Graf Hertling hat wiederum weder innerlich befreiend noch äußerlich befestigend gesprochen, sondern eine Darstellung der Kriegsgeschichte und der Entwicklung gegeben, die jeden Freund Deutschlands und des Weltfriedens aufs tiefste bekümmern muß. Es ließe sich mühelos nachweisen, daß die Unrichtigkeit seiner Ausführungen nachweisen; aber es muß genügen, die wichtigsten seiner Irrtümer klarzustellen. Der Reichskanzler bemüht sich, den „letzten Grund für die tiefgehende Verstimmung“ des deutschen Volkes in dem „Hiesigen Druck des langen Krieges“ zu finden, meint aber, es ginge dies weit über das berechnete Maß hinaus, wenn die militärischen Ereignisse an jenem deutschen Stimmungsumschwung mitbeteiligt seien. Der Herr Reichskanzler tut den Deutschen Unrecht. Nur ein kleiner Teil der Intellektuellen hält eine vollkommene Niederlage Deutschlands für möglich; die große Menge des Volkes ist durchaus noch opti-

112

## Die Friedensdemarche unserer Monarchie.

### Die Entente und die Note des Grafen Burián.

Telegramm unseres Korrespondenten. —  
Berlin, 24. September.

Das nicht ganz Frankreich und ganz England der blutdürstigen Entente des alten Tigers und der höhnischen Kritik des Staatssekretärs Balfour an der Note des Grafen Burián zustimmt, hat für den Augenblick keine erhebliche Bedeutung. Ohne Wirkung ist die Note dennoch nicht geblieben. Die Bevölkerung der verbündeten Staaten muß jetzt in allen ihren Schichten auch dort, wo man bisher größeren Eifer im Ausdruck der Friedensbereitschaft verlangte, erkennen, daß alle Bemühungen nach dieser Richtung augenblicklich wenigstens vergeblich sind. Soll der Krieg beendet werden, so müssen die Mittelmächte siegen. In dieser Tatsache liegt die elementare Aufforderung, alle Kräfte zusammenzufassen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Je größer der Siegestaumel ist, in dem sich unsere Feinde augenblicklich befinden, desto näher ist der Tag der Ernüchterung für sie, desto tiefer wird die Einwirkung auf jene Massen in allen Ländern der Entente sein, die an den Leiden und Nöten des Krieges noch schwerer zu tragen haben als irgendein Teil der Bevölkerung der Mittelmächte. Der Unterseebootskrieg schreibt rüstig weiter. Daß die Augustziffer mit etwas mehr als 400.000 Tonnen absolut etwas niedriger als gewöhnlich ist, hängt damit zusammen, daß in Ähren Nächten die Operationen für die Unterseeboote beträchtlich erschwert waren. Immerhin bleibt die Ziffer der feindlichen Neubauten beträchtlich hinter dem versenkten Schiffsraum zurück. Was an der atlantischen Küste Amerikas von beobachtbar zugeschnittenen amerikanischen Zeilungsberichten gemeldet wird, gelangt sehr verspätet zu unserer Kenntnis. Aber wir wissen doch, daß es der Tapferkeit dieser kleinen Boote gelungen ist, zwei amerikanische Stelzen zu durchschneiden, daß sie vermoderten Hilfskreuzer aus weggenommenen Schiffen einzurichten, sie mit Mannschaften, Geschützen und drahtloser Telegraphie auszurüsten und einen erfolgreichen Kleinkrieg in abgelegenen Gegenden gegen die Fischerboote und Handelsfahrzeuge zu führen.

Die Westfront erstarbt immer mehr. Unter dem zuverlässigen Schutze der Siegfriedstellung leisten die deutschen Truppen zusammen mit ihren österreichisch-ungarischen Waffenbrüdern einen Widerstand, den zu überwinden der gesamten Entente unmöglich sein wird. Der Ernteausfall läßt uns behaglicheres Auskommen für das neue Kriegsjahr hoffen. Es erscheint nicht unmöglich, daß dazu noch solche Gebiete wertvolle Beiträge leisten werden, aus denen bisher nur Enttäuschendes zu berichten war. Es liegt also kein Grund vor, den Mut sinken zu lassen, am wenigstens vor der großsprecherischen Behandlung, die die Friedensnote des Grafen Burián von der Entente erfuhr, obwohl sie sicher eines der edelsten, allermenschlichsten Dokumente ist, über das die Geschichte der Menschheit zu berichten weiß. Sogar dem Journal des Débats, das sonst darauf hält, dem Onkel Sam so nahe als möglich zu bleiben, scheint das Gebraut Clemenceaus kein Meisterstück der Entente-diplomatie zu sein.

Die Mittelmächte werden ruhig abwarten können, ob und wie etwa eine Gesamtkundgebung der Entente, die noch immer nicht ganz abgeschlossen erscheint, ausfallen wird. Die Völker Deutschlands und Oesterreich-Ungarns können ohnedies keinen Zweifel mehr darüber haben, daß ihnen die Geschichte jetzt unerbitlich die Aufgabe auferlegt hat, sich im Kampfe gegen hunderttausende, raubgierige Feinde vollständig zu behaupten oder mit ihren Staaten unterzugehen. Es wäre töricht, wollte jemand noch an die Achtung der Engländer, Franzosen oder Amerikaner vor fremdem Volkstum glauben. Täglich werden in den Vereinigten Staaten Holländer und Schweden ins Meer gepreßt und an die Front geschickt, ohne alle Rücksicht auf Völkerrecht und Neutralität. Auch die diplomatischen Reklamationen gegen solches unerhörtes Verfahren bleiben fruchtlos. Gerade jetzt hat Amerika wiederum entdeckt, daß Holland in den heimischen Häfen noch 200.000 Tonnen Schiffsraum besitzt, der ungenützt bleibt. Nach Auffassung Wilsons, dieses Hortes der Freiheit der ganzen Menschheit, hat aber zurzeit kein Land das Recht, seine Flotte unbenützt zu lassen oder anders als für die Bedürfnisse der Entente zu verwenden. So geht das amerikanische Kabinett daran, die kleinen Niederlande zu weiterer Gefolgschaft zu zwingen. Unerträgliches Jochelotium wird über die ganze Welt ausgebreitet. Die Mittelmächte streiten also für die gesamte Menschheit, wenn sie sich gegen solche Gegner so lange zur Wehr setzen, bis diesen die Einsicht kommt, daß keinem Staate,

keinem Volke die Achtung verjagt werden darf, die unsere Feinde überreichlich für sich selber in Anspruch nehmen.

### Eine Ansprache des Großwesirs.

Berlin, 24. September.

Die Deutsch-türkische Vereinigung veranstaltete heute abend zu Ehren des Großwesirs Talaat Pascha im Marmorsaal des Hotels d'Esplanade einen öffentlichen Empfangsabend, an dem alle Stufen der Reichsregierung und der verbündeten Vertretungen teilnahmen. Die Gäste wurden von Dr. Schach, Professor Dr. Jaech und Direktor Dr. Alexander empfangen. Dr. Jaech begrüßte den Großwesir in einer politischen Rede, worauf Talaat Pascha mit folgender Ansprache erwiderte:

Meine Herren! Vor Gott und der zivilisierten Menschheit sind wir jederzeit in der Lage, beweisen zu können, daß wir diesen blutigen Krieg zur Verteidigung unserer Selbständigkeit und unserer Ehre führen. Auch die Staaten haben das Recht und die Pflicht, die der Bürger hat: für die Erhaltung ihrer Ehre und ihres Ansehens, ohne die weder Menschen noch Staaten leben können, Sorge zu tragen. Dieses Ziel vor Augen, haben wir stets den Frieden erstrebt. Der hohe Fremdbot der Menschlichkeit und Zivilisation, der mächtige Deutsche Kaiser, hat als erster die Hand zum Frieden gereicht. Unsere Feinde wägen vor unserem Vorschlage zurück. So wie heute, glaubten sie auch damals, daß es eine Falle sei.

Meine Herren! Auf meiner Herreise hatte ich die Ehre in Wien von Sr. Majestät Kaiser und König Karl empfangen zu werden. Ich sah auch den Minister des Äußern Grafen Burián und er sprach zu mir ernst und voll inniger Aufrichtigkeit über seine Gedanken für die Beendigung dieses völkervernichtenden Kampfes. Mein erlauchter Herrscher und geliebter Vadišah hat seit jeher den Frieden für die geduldeten Menschheit gewünscht, und auch der Kaiser der Bulgaren hat bei jedem meiner Besuche geäußert, daß auch er von den gleichen Wünschen befeelt sei. Wir wissen, daß auch unsere Völker diese Wünsche unserer Herrscher teilen.

Unsere Gegner intrigieren und beeinflussen die öffentliche Meinung ihrer Völker und scheuen sich, in Besprechungen einzutreten, weil sie von der Rechtmäßigkeit ihrer Ziele nicht überzeugt sind. Wenn unsere Gegner die Ueberzeugung ihres Rechtes gehabt hätten, wären sie zur Besprechung gekommen und hätten versucht, die ganze Welt von der Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche zu überzeugen. Sie wagen es nicht und gestehen damit ihr Unrecht ein. Sie behaupten, für die Freiheit der kleinen Nationen und für die Befreiung der Welt zu kämpfen. Auch wir haben die Ueberzeugung, für diese Ziele den Kampf aufgenommen zu haben. Mögen sie kommen und für ihre Behauptungen Gründe vorbringen. Der ganzen Welt wollen wir Mitteilung von unseren Besprechungen machen, auf daß die Welt sich ihre Meinung bilde. Aber unsere Gegner kommen nicht und können nicht kommen, weil ihre Worte nicht ernst gemeint sind.

### Die Antwort Englands.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Basel, 24. September.

Daily News melden: Lloyd George empfing vor Beantwortung der österreichisch-ungarischen Note die früheren Minister Asquith und Lord Grey zu einer Aussprache. Man rechnet mit einer Verzögerung der Beantwortung der Note durch das englische Kabinett. Die Note sollte heute überreicht werden. Sie wird dem Bernehmen nach auf die verschiedenen Punkte ausführlich eingehen. Der Text der Antwort wird nicht vor der Ueberreichung veröffentlicht werden.

### Eine Slawenkonferenz in Amerika.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Rotterdam, 24. September.

In einer Konferenz in Washington, die 14 Tage dauerte und von Vertretern der Tschechoslawen, Polen und Südslawen besucht war, wurde für die unterdrückten Nationalitäten in Oesterreich-Ungarn ein vollständiges Programm verfaßt und beschlossen, eine neue Zentralstelle der mitteleuropäischen kleinen Völkerguppen zu gründen zur Beschützung sämtlicher Nationalitäten, die ihren Beitritt erklären.

Nach Beendigung der Beratungen empfing Wilson Professor Masaryk, den Führer des tschechoslawischen Nationalrates, den Vertreter des polnischen Nationalausschusses Paderewski und den Vertreter des südslawischen Staates, die ihr Programm dem Präsidenten Wilson vorlegten und ihn versicherten, daß die unterdrückten Nationalitäten entschlossen seien, die amerikanischen Kriegsziele zu unterstützen. Das Programm fordert ein freies Böhmen, ein freies Polen und eine freie südslawische Nation.

# Hintze und Payer über die Ostfragen.

Kapitän z. S. Brüninghaus

fachte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen über die Lage des Seekriegs:

Man konnte über die Notwendigkeit des U-Boot-Krieges denken, wie man wollte — die Marine ist nach wie vor überzeugt, daß er das einzige Mittel war und ist, die Angelfischen zur Vernunft zu bringen —, aber, nachdem man sich entschlossen hatte, diese unsere stärkste Waffe unserem zähesten Gegner gegenüber zur Anwendung zu bringen, mußte und muß man konsequenterweise auch alles tun, um in unserem Volke den Glauben an die „Wirksamkeit dieser Waffe“ wachzuhalten. Die Marine allein kann das in den breiten Schichten nicht schaffen. Dazu bedarf sie der tatkräftigen Unterstützung der bewaffneten Vertreter des Volkes, die ganz anders in der Lage sind, auf die Sinnesart der Massen einzuwirken, als das seitens der Regierung geschehen kann.

Wenn die Arbeiter auf den Werften, in den Torpedowerkstätten, in all den tausenden Fabriken, die für den Bau der U-Boote tätig sind und die, das erkennt die Marine durchaus an, schon mit jähher Eingabe unter sehr schwierigen Verhältnissen arbeiten, sich erst einmal klar gemacht haben, wie viel in unserem Existenzkampf davon abhängt, daß jeder Einzelne durch erhöhte Tätigkeit durch gesteigerte Aufmerksamkeit an seinem Teil zur schnelleren Beendigung des Krieges beitragen kann, ich sollte meinen, da würden die U-Boote noch schneller als bisher fertig gestellt werden und wir damit unserem Endziel rascher näherkommen.

Ich möchte mir daher, meine Herren, gestatten, an Sie die dringende Bitte zu richten, uns nach der Richtung zu helfen, daß Sie in den Ihnen zugänglichen Kreisen tieferes Verständnis für unsere Unterseewaffe erwecken. Wenn der Arbeiter nicht nur mit den Händen, sondern auch mit seinem Kopf, mit seinen Gedanken, mit dem Herzen bei der Sache ist und weiß, daß jeder Hammerschlag, den er tut, zu seinem eigenen und zu seines Vaterlandes Besten notwendig ist, dann werden wir aus dem Heimatheer noch mehr herausziehen können.

Es kommt noch eins hinzu. Unsere Flotte, unsere prächtigen U-Boot-Befehlungen wissen zwar, wofür sie kämpfen, wissen, daß es ums Ganze geht, aber, der Gedanke, auch das Heimatheer hinter sich zu haben, mit dem Bewußtsein an den Feind zu gehen, daß das deutsche Volk Verständnis für den Angelfischen gegenüber ausstrahlende Tätigkeit der U-Boote hat, das meine Herren, wird den todesmutigen Männern ihre schwere Arbeit erleichtern, wird ihnen immer wieder Ansporn zu neuen Leistungen geben.

Meine Herren, nach der bei uns in der Marine herrschenden Auffassung stand England vor etwa Jahresfrist vor der Schicksalsfrage, ob es nach den wuchtigen Schlägen, die seinen Lebensnerv, den Frachtbaum, getroffen hatten, auf einer verständigen Grundlage Frieden schließen und damit dem Völkermorden und dem wahnwütigen Wüten der europäischen Kultur ein Ende setzen oder ob es sich bei der Weiterführung des Krieges ganz in die Abhängigkeit von Amerika begeben sollte.

Es ist nicht meines Amtes und auch nicht, den Gründen nachzugehen, aus denen sich England für den letzteren Weg entschied. Die Marine hat sich einfach mit der Tatsache abzufinden und lediglich ihre ganze Kraft darin zu setzen, den Krieg zu einem guten Ende zu bringen.

Der ernennte Wille zum Siege, das unerschütterliche Vertrauen auf die Waffe, haben unsere Flotte in der Seeschlacht vor dem Skagerrak, trotz ungeheurer zahlenmäßiger Ueberlegenheit des Gegners, den Erfolg über die bis dahin als unbesiegbare geltende englische Flotte gebracht.

Der Geist des 21. Mai 1918 ist weiter in unserer Flotte lebendig und wird, davon sind wir in der Marine überzeugt, auch den U-Boot-Krieg zum Ziele führen. Man hat sich in Deutschland in vielen Kreisen daran gewöhnt, das Ausmaß für die Wirkungen des U-Boot-Krieges lediglich in den täglichen oder monatlichen Versenkungsziffern zu erblicken. Das ist nicht richtig, man muß den U-Boot-Krieg in seinen Wirkungen als Ganzes betrachten und sich nicht etwa dadurch irremachen lassen, wenn einmal einige Tage oder auch ein Monat in ihrem Ergebnis aus dem Rahmen herausfällt. Lord Selbourne hat den U-Boot-Krieg vor kurzem im Oberhause, als er die Lords davon warnte, seine Gefahr zu unterschätzen, sehr zutreffend mit Meeresswellen verglichen, die Berg und Tal haben.

Steht das Heimatheer mit der ihm innewohnenden Leistungsfähigkeit geschlossen hinter unseren U-Booten, so werden sie ihr Ziel erreichen, einen Frieden, der die Lebensbedingungen unseres unversehrten Vaterlandes sichert. (Beifall.)

## Staatssekretär v. Hintze:

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht die jüngste Aufforderung Deserteurs-Ligatus zu einer Aussprache über den Frieden. Die Haltung der deutschen Regierung zum Frieden ist in verschiedenen Aufforderungen zur Kenntnis der ganzen Welt gebracht worden. Wir haben diese Friedensaufforderung, unsere Bereitschaft zum Frieden, die darin ausgesprochen ist, aufrecht erhalten trotz der zum Teil spöttlichen, zum Teil höhnerischen Wertungen, die wir von unseren Feinden daraufhin erfahren haben.

In dieser Bereitschaft zum Frieden waren wir mit unseren Verbündeten völlig einig. Indes ist es uns, nachdem diese Aufforderung unseren bisherigen Anregungen zuteil geworden waren, daß wir nicht noch einmal denselben Weg gehen sollten. Auch kam es uns vor, als ob der augenblickliche Zeitpunkt, indem der Feind in einer Kriegspolizei, einem Stagnationszustand sich befindet, nicht gerade der geeignetste wäre, unsererseits mit einer neuen Aufforderung zum Frieden hervorzutreten.

Indes die Aufforderung ist erfolgt. Sogleich nachdem die Aufforderung ergangen war, haben wir in Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen, der Türkei und Bulgarien, uns dazu ausgesprochen, daß wir dem Schritt der österreichischen Regierung mit größter Sympathie gegenüberstehen und daß wir unsererseits die ersten sein würden, an einer auf Grund dieser Anregung zustande gekommenen Aussprache der Kriegführenden uns zu beteiligen.

Ich gehe über zu den Staaten, mit denen wir im Frieden leben, die als Neutrale gelten. Zunächst der größte von ihnen, Großrußland. In Großrußland brodet der Kessel der Revolution weiter. Wir haben uns damit abzufinden und daran zu

denken, daß, wer noch immer in den Kessel der Revolution die Finger hineinsteckt, sich der Folgen bewußt sein mußte und bereit sein sollte, die Folgen zu tragen. Die Revolution wird in Rußland beeinflusst durch das Vorgehen unserer Feinde, der Entente und Amerika. Die Entente und Amerika haben im Norden von Rußland einen selbständigen Staat gegründet, den Kolastaat. Ebenso hat sie in Archangelsk eine neue Republik unter ihrer Agide gegründet, die Truppen, welche die Entente und Amerika dort augenblicklich instaliert haben, sollen die Zahl von 50 000 erreichen. Doch sind diese Zahlen, wie die Herren wissen, meistens recht unsicher.

Diese Unternehmungen unserer Feinde im Norden müssen von uns mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Sie richten sich auf den Umsturz der gegenwärtigen Regierung in Rußland und die Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland. Die bolschewistische Regierung hat sich gegen diese Unternehmungen unserer Feinde im Norden gewehrt. Wir haben unsererseits uns ebenfalls darauf eingerichtet, solchen Unternehmungen, falls sie uns bedrohlich werden, zu begegnen. Wir können sagen, daß jetzt im Murmangebiete und im Süden davon bis Borakol die Engländer, Amerikaner, zum Teil auch die Italiener bereits vorgezogen sind. In ihrem Solde stehen auch Note Gardisten, Russen. Daß sie weiter vordringen werden, ist nach dem langen Zeitraume, der vergangen ist, seitdem sie diesen südlichen Punkt erreicht haben, nicht recht anzunehmen. Das Klima und die Bodenverhältnisse stellen sich dem entgegen.

Das Programm der bolschewistischen Regierung gegenüber diesen Entente-Unternehmungen ist nicht ganz klar ausgesprochen. Sie hat sich dagegen verwahrt. Sie ist auch dagegen vorgegangen, aber den Kriegszustand hat sie nicht ausgesprochen.

Außerhalb dieser Unternehmungen unserer Feinde in Rußland haben sie in der Hauptstadt des russischen Reiches Putsch gegen die dortige Regierung angestellt. Diese Putsche sind, wie die Herren wissen, unter Mitwirkung der Vertreter der Entente und von Amerika vorgenommen worden. Sie sind demnach unterdrückt worden. Wir haben daran ein Symbol von dem, wessen die Entente in Rußland tätig und gewillt ist, zu unternehmen. Die bolschewistische Regierung scheint sich in letzter Zeit dieser Gefahren bewußt zu sein. Sie wappnet sich dagegen und behauptet, Erfolge dagegen aufzuweisen zu können.

Die Tschecho-Slowaken bedrohen die Bolschewisten von Osten. Der Name Tschecho-Slowaken ist heute nicht mehr das, was er im Zeitpunkt seines Entstehens bedeuten sollte. Nach den Nachrichten, die vorliegen, scheinen bei den Tschecho-Slowaken nur noch wenige Tscheken und Slowaken zu sein. Die meisten Angehörigen dieses Heeres sollen aus Sibirien und übergelassenen Russen bestehen. Der Zusammenhang in dieser Armee wird verschiedenartig geschildert. Die meisten Nachrichten laufen aber darauf hinaus, daß das tschecho-slowakische Heer mit der Zeit mehr und mehr undiszipliniert wird. Und daß noch und nach dem Beispiel vieler anderer Armeen im fernem Osten weiter nichts wie undisziplinierte Unternehmungen daraus entstehen. Die Tschecho-Slowaken haben im Augenblick den Ural und die Wolgagebiete zum Teil besetzt. Neuerdings hat die bolschewistische Regierung sie zurückgedrängt und die Regierung in Moskau gibt an, die wichtigsten Städte Kasan und Simbirsk wieder in ihre Hand gebracht zu haben.

Was Sibirien selbst angeht, so befindet sich eine bolschewistische Regierung in Irkutsk, eine, von welcher man nicht recht weiß, mit welchem Namen man sie benennen soll, in Omsk, die jedenfalls nicht bolschewistischer Richtung ist. Eine andere Regierung hat sich aufgetan in Wladivostok unter dem Schutze der dort gelandeten Japaner, Amerikaner und Engländer. Eine weitere Regierung besteht im Süden, in Chargin. Das war einstweilen von jeher, aber es ist eine Stadt, die russisch-sibirischen Eisenbahnverkehr hat und unter russischem Schutze stand. Diese verschiedenartigen Ortsnamen kennzeichnen nur die Staaten, wo überhaupt eine Regierung sich konstituiert hat. Die große Breite von Sibirien aber ist regellos und hat sozusagen keine Regierung über die Gemeindegrenzen hinaus.

Das ist das Wesen der augenblicklichen Organisation in Rußland und in Sibirien, daß man aus der großen Organisation sehr allmählich übergeht in die Kleinsten, und solange die Russen in diesen Kleinsten Gemeinden sich wohl befinden und das finden, was sie am staatlichen Leben brauchen, so lange sehe ich eigentlich noch nicht ein Ende dieser Prozesse, die sich in Rußland abspielen. Der Russe neigt nach Anlage nicht zu großen Zusammenschlüssen, sondern eher zu kleineren und kleinsten, wie zum Dorfe, wo er sich am wohlsten fühlt.

In Südrußland haben wir andere Prozesse des staatlichen Lebens entstehen sehen. Nördlich des Kaukasus hat der General Alexejew, bekanntlich seinerzeit der letzte Generalstabschef des zaristischen Rußland, eine Armee gegründet, die er die freiwillige Armee nennt. Sie soll etwa 100 000 Mann haben und gut bewaffnet sein, aber Mangel an Munition haben. Die Aktionsfähigkeit dieser Armee ist insoweit beschränkt. Ueber die Stellung von Alexejew zu den Problemen, die in Rußland vorgehen, wissen wir nur soviel, daß er darauf ausgeht, die gegenwärtige Regierung in Rußland zu stürzen und an ihrer Stelle einen Schein- ein Bild oder ein Wesen des alten Rußland zu setzen, je nach Möglichkeit. Ferner wissen wir, daß Alexejew Ententist ist, daß er für unsere Feinde sich geneigt gezeigt hat und für sie arbeitet und auch in diesem Sinne die Truppen leitet. Er befindet sich in einer recht abgeschlossenen Position, so daß er kaum noch Geld bekommen kann von den Feinden, da er von den Verkehrsvegen abgeschnitten ist.

Von den Don-Kosaken wurden unsere Angelegenheiten sachlich erledigt, wie wir ihre Angelegenheiten ebenfalls sachlich anerkannt hatten. Daran haben wir ein großes Interesse, daß in diesen Gebieten, soweit es möglich ist, Ordnung und Ruhe herrscht; denn im Norden, dem Don-Kosakengebiet, befindet sich das höchst wertvolle Donjezbecken mit den großen Kohlenflözen, von denen Südrußland im Frieden zu leben gewohnt war, seine Ausbeutung ist infolge von Unruhen fragwürdig. Wir haben aber ein Interesse daran, daß aus dem Donjezbecken soviel Kohlen herausgeholt werden, wie nur möglich.

Die Kuban-Kosaken sitzen südlich von Alexejew, was mit ihnen vorgeht, ist uns nicht genau bekannt; denn unsere Verbindungen nach diesen Ländern sind spärlich und gefährdet. Wir wissen nur soviel, daß sie Anspruch darauf machen, wiederum einen selbständigen Staat zu bilden, und daß sie mit Alexejew und den Don-Kosaken in Beziehung getreten sind. Die Astrachan-Kosaken, am Südufer der Wolga stehend, behaupten sich östlich von den Don-Kosaken, auch sie haben ein staatliches Gebilde für sich geformt und beanspruchen für dieses staatliche Gebilde die Unabhängigkeit. Am Nordwestufer des Kaspiischen Meeres finden wir wiederum einen neuen Staat, die Terek-Kosaken. Es scheint,

daß sich die Engländer ihrer angenommen haben und ihnen Geld zukommen lassen. Die Engländer und ihr Geld sollen von Bessien zu ihnen gelangt sein. Auch sollen im Nordkaukasus Werbebüros von englischer Seite eingerichtet worden sein und dort ein Unternehmen im Gange sein, eine Armee, die zugunsten Englands sich herzustellen. Das ist sehr schwierig für die Engländer. Wir brauchen diesen Punkt nicht so tragisch zu nehmen, denn auch ihre Verbindungen sind gestört, zum Teil jetzt infolge neuer Ereignisse unterbrochen und werden von ihnen nicht so leicht wieder hergestellt werden können. Um die Kuban- und Terek-Kosaken herum stehen noch bolschewistische Truppen im Kampf mit allen diesen kleinen Staatengebilden, die sich dort für unabhängig erklärt haben und einer Einigung noch nicht zustimmen.

Ich wiederhole: das Charakteristische an dieser Resolution in Rußland ist die Trennung der einzelnen in kleine Staaten bis zur Gemeinde herunter. Die nordkaukasische Bergvölker sind in ihrer Haltung ungewiß gewesen, sie sind auch nicht sehr von Bedeutung. Es mangelt ihnen an vielen Kulturzeugnissen, um sie zu einem Ganzen zusammenzuschmelzen. Man nimmt an, daß sie mit den Tataren in Dagestan und im südlichen Kaukasus zusammengehen. Sie scheinen sich namentlich dafür zu interessieren, ihre Weiden und ihre Länder gegenüber Einfällen vom Süden und Norden zu sichern und wollen im übrigen in Ruhe gelassen werden.

Wichtiger für uns ist die Krim. Sie hat eine eigene lokale Verwaltung eingerichtet. Diese Regierung hat eine Zeitlang ganz zur Zufriedenheit gearbeitet, bis sie von Norden aus durch die Entente der Zufuhr an Getreide bedrängt wurde. Die Krim selbst kann von sich aus nicht leben, sondern bedarf der Getreidezufuhr. Ihre Produkte sind Tabak und Obst. Neuerdings haben zwischen der Ukraine und der Krim wirtschaftliche Verhandlungen stattgefunden, die zu einem erproblichen Ausgang für beide geführt haben. Die Krim erhält nunmehr wiederum Zufuhren aus der Ukraine.

Die innere Lage Großrußlands scheint uns nach dem, was wir in den Zeitungen lesen, von dem Terror beherrscht zu werden und wir lesen jeden Tag die furchterlichsten Ausschreitungen, die in Großrußland begangen werden. Gewiß, zweifellos kommen Schredenstaten vor; aber daß sie in dem Umfang vor sich gehen sollten, wie es in den Zeitungen steht, ist erstens einmal nach dem, was man in Rußland sonst weiß, nicht sehr wahrscheinlich, zweitens haben wir uns mit den Zeitungsnachrichten nicht begnügt, sondern Anfragen gestellt und sind amtlich unterrichtet worden, daß die angegebenen Ziffern zum größten Teil stark übertrieben sind.

Die russische Regierung hat in letzter Zeit radikale Maßnahmen gegen den Terror versucht, in die Wirklichkeit zu übersehen. Es sind ja eine große Reihe von Gesetzen in Rußland erlassen, die zum Teil auch von uns in Rußland angelegten Werten schädlich werden. Auf dem Papier stehen die schärfsten Maßnahmen. Was die Ausführung angeht, so kann man wie immer in Rußland annehmen, daß sie weit hinter der Order zurückbleiben wird, auch schon bei der einfachsten Ueberlegung; ohne diesen Charakterzug der russischen Bevölkerung zu kennen, wird man sich so-er müssen, daß derartige einschneidende Maßnahmen, wie die russische Regierung sie angeht hat, unmöglich in so kurzer Zeit, wie sie sie besprochen hat, durchgeführt werden können.

Welches ist nun unser Standpunkt gegenüber der bolschewistischen Regierung? Wir haben staatsrechtlich kein Recht bei einem Reich, das sich selbständig konstituiert hat, mit dem wir erst de facto Beziehungen angeknüpft haben, mit dem wir ferner einen förmlichen Friedensvertrag abgeschlossen haben, wir haben kein Recht vom völkerrechtlichen Standpunkt aus in die inneren Verhältnisse eines solchen Reiches einzugreifen. Das ist der Rechtsstandpunkt. Andere Gründe sprechen dafür, die hier auszuführen zu weit führen würde, von einem solchen Unternehmen abzuraten. Wir haben den Frieden im Osten dank des Friedens von Brest-Litowka. Es ist unser Interesse, das Interesse des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten, an diesem Frieden festzuhalten, solange es nur möglich ist. Diese Möglichkeit liegt zum großen Teil bei uns, zum anderen Teil bei Faktoren, über die wir die Herrschaft nicht haben.

Unter Verhalten bezüglich dieser in Rußland nach unserer Meinung ungewöhnlichen Taten ist das Folgende: erstens wir enthalten uns des Eingriffs bei Maßnahmen gegen Russen und solche Ausländer, die unserem Schutze nicht unterstehen, und zweitens, wir treten mit allem Nachdruck, und ich füge hinzu, auch recht oft mit vielem Erfolg zugunsten von Deutschen und von solchen Fremden ein, die unsere Schutzgenossen geworden sind oder sind.

In jüngster Zeit hat der König von Spanien eine amtliche Anregung gegeben, die Zarenfamilie nach Spanien reisen zu lassen. Wir haben uns schon früher aus reinen Menschlichkeitsgründen für die zarische Familie und für andere Russen bei der bolschewistischen Regierung eingesetzt. Wir haben diesen Schritt des Königs von Spanien auf das Interessenteste aufgenommen. Wir haben uns bei der russischen Regierung dafür eingesetzt, wenn es unmöglich sein sollte, die Zarenfamilie, die Jarin und ihre Wöchter und den kranken Zarowitsch aus Rußland nach Spanien reisen zu lassen, ihnen dann wenigstens die Möglichkeit zu geben, nach der Krim zu gehen und sich dort in den früheren zarischen Schlössern niederzulassen. Dort haben sich schon eine Reihe von Großfürsten mit ihren Familien, Frauen und Kindern, instaliert und sied dort unter dem Schutze von geringen Kräften der deutschen dort stationierten Truppen.

Alle neuen Staatengebilde strecken uns die Hände entgegen, zum Teil, um uns Frieden und Freundschaft anzubieten, zum Teil, um unseren Schutz zu verlangen. Diese Handhaben wollten mit der Revolution in Rußland nichts zu tun haben und davon bewahrt bleiben. Wir haben teils aus Gründen, die uns den Frieden erstrebenswert erscheinen lassen, also aus eigenem Interesse, teils aus Mitleid und Sympathie für die neuen Staatengebilde, den Schutz übernommen. Wir haben dadurch Gebiete mit unseren Truppen schützen müssen, an die wir früher nicht gedacht haben. Wir sind doch immer wieder auf den Widerstand der bolschewistischen Verbände gestoßen. Diese Verbände standen zum Teil unter den Befehlen ihrer Regierung, zum Teil operierten sie selbständig, als Banden, Räuber und Briganten. Es war unsere Pflicht, ihnen entgegenzutreten. Es lag eine Kriegsnötwendigkeit vor, die uns gezwungen hat, in Rußland einzurücken. Es war nicht die Absicht der deutschen Truppen, dort russisches Gelände in Besitz zu nehmen, sondern die Völker riesen nach unserem Schutze, und wir wurden durch die Gewalt der Ereignisse, durch den Widerstand, den wir trafen, zu unserem Vorgehen gezwungen. Ich kann mir vorstellen, daß es uns lieber gewesen wäre, nicht so ausgedehnte

# Die Verhandlungen im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags setzte heute die Besprechung über die politische Lage fort. Die Teilnahme an den Verhandlungen ist heute nicht mehr so groß wie an den Vortagen, da ein Teil der nicht dem Ausschuss angehörenden Abgeordneten bereits wieder abgereist ist. Anwesend sind der Reichskanzler, der Vizekanzler, verschiedene Staatssekretäre und Minister. Nachdem nach Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler seine auf der ersten Seite mitgeteilten Erklärungen ab. Dann nahm das Wort

## Abg. Graf Westarp (kons.):

Ich gehe dem Kanzler, dessen Appell ich gerne zu folgen bereit bin, darin recht, daß Beschränkung und Kleinmut sich weit über das berechtigte Maß hinaus geltend machen, soweit die militärische und politische Lage in Frage kommen. Vorerst will ich die Gründe dieser Erscheinung besprechen, die in der inneren Politik liegen. Namens meiner Freunde muß ich vorweg darauf hinweisen, daß Art und Maß der Zwangswirtschaft in den Kreisen der Landwirte eine Verstimmung und geradezu Entfremdung hervorgerufen haben, über deren Größe man sich nicht zu täuschen darf. Wenn die Gewerkschaften in ihrer Eingabe die Regierung für die Ernährungsmissstände verantwortlich machen, so verschweigen sie, daß die Zwangswirtschaft nach dem Diktat der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geführt wird. Das hat zu unwürdiger Behandlung der Landwirte, zu dem schmerzlichen Mißstand der Durchführungen, der Verfrachtungen, der Maßregeln geführt, bei denen die Rücksicht auf die Notwendigkeiten und Bedingungen der Erzeugung vielfach unbeachtet blieb. Die sozialdemokratisch geleitete Verwaltung wirkt um so verbitternder, weil den landwirtschaftlichen Organen der Mund durch die Zensur verboten wird und weil sie mit Verhörungen schlimmster Art verbunden ist.

Von der gegenwärtigen Kommissionsführung, so gutes Material die Regierungsgremien an sich geliefert haben, kann ein guter Erfolg nicht erwartet werden. Wegen die Abrede hat der Vorsitzende vor der Einberufung des Ausschusses mich nicht gehört; ich hätte mich gegen die Einberufung im gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen und meine Freunde lehnen die Verantwortung für die Stellung und ihre Folgen ab. Schädlich ist sie besonders deshalb, weil sie von vornherein durch die Presse und nunmehr durch den veröffentlichten Fraktionsbeschluß der Sozialdemokraten unter das Zeichen einer Regierungskrise gestellt ist. Für eine solche, die noch innen und außen nur von verberlichem Eindrud sein kann, ist die Stunde nicht gegeben. Der Zweck dieses Vorgehens ist die Demokratisierung und Parlamentarisierung. Diese Dinge werden von unseren Feinden gewollt und betrieben, die sich davon die Schwächung unserer Kraft zu Kampf und Sieg und ferner eine Politik versprechen, die zu einem dem Feinde genehmen, Deutschlands Zukunft vernichtenden Frieden führt.

Auch wer diese Ansicht der Feinde nicht teilt, muß sich doch fragen, ob jetzt die Stunde ist, dem Kriegswillen und der Siegesgesinntheit der Feinde durch Erfüllung ihres Wunsch nach Nahrung zu geben. Ich bin der festen Überzeugung, daß jeder Fortschritt auf dem Wege zur Demokratisierung und jedes Streben danach nur Kriegsverlängernd wirkt. Im Anschluß an die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie in ihrem Fraktionsbeschluß sich zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt, werfe ich die Frage auf, wer die Sozialdemokratie zu diesem Eintritt aufgefordert hat, so daß das Recht zu haben glaubt, Bedingungen zu stellen. Wenn die anderen Parteien diese Frage im Ausschuss nicht zur Besprechung bringen, so kann ich meinerseits ihnen das Recht, sie nur hinter den Kulissen zu behandeln, nicht zuerkennen. Wird meine Frage nicht klar beantwortet, so muß ich annehmen, daß es sich bei der Sozialdemokratie nicht um die Bereitwilligkeit handelt, unter Bedingungen und eigenen Opfern an einer gemeinsamen Regierung teilzunehmen, sondern, daß sie es an der Zeit erachtet hat, gerade jetzt mit ihrer Forderung größter Einflusses auf die Staatsgeschäfte hervorzutreten.

Bezeichnend für diese Haltung ist der Ausdruck, den Herr Scheidemann nach dem Vorwärts in der Fraktion getan hat: „Mebrigens waren wir immer dann, wenn unsere militärische Situation am glänzendsten war, in heftigster Opposition“; wenn also das Vaterland in Not ist, dann blüht ihr Weizen. Bei uns ist es umgekehrt. Der Kernpunkt der sozialdemokratischen Forderung ist die Parlamentarisierung. Ihr soll die Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung dienen. Im November 1917 lehnte Graf Hertling diese Forderung ab, wußte der Verzicht darauf war ein Gegenstand der Vereinbarung und eine der Bedingungen, unter denen damals Zentrum und Nationalliberale diese Vereinbarung abschlossen. Die jetzige sozialdemokratische Forderung bedeutet also einen erneuten Bruch des Abkommens. Der Zweck der Maßnahmen ist die Regierungsgewalt den verbliebenen Parteien und dem Kaiser abzunehmen und sie auf ein Reichsministerium zu übertragen, welches lediglich Volkswirtschaftsamt des Reiches, aber nicht mehr seiner Mehrheitsparteien sein soll. Nicht zum Besten Auswahl der Minister, sondern um Machtverhältnisse zu ändern, ist es. Die Verbliebenen Regierungen haben meiner Ansicht nach die Pflicht, diese Beseitigung der Grundlagen unserer Verfassung zu verhindern.

Aus dem Ansprache, daß der Kanzler lediglich Vollzugsbeamter des Reichstages sein soll, ergibt sich auch der Kampf gegen die sogenannte militärische Nebenregierung und gegen die Oberste Heeresleitung; als Minister des Kaisers, der die Politik unter eigener Verantwortung zu führen hat, ist der Kanzler so berechtigt, wie verpflichtet, in diesem Kriege mit den Schriftführern engste Frühling zu halten und sich nicht allein nach den Vorschriften des Reichstages zu richten. Auch der Antrag von den Vorgesetzten des Reichstages zu richten. Auch der Antrag von den Vorgesetzten des Reichstages zu richten. Auch der Antrag von den Vorgesetzten des Reichstages zu richten.

Wir widerstreben der Parakontinentalität, wie sie in den westlichen Demokratien bis zum Kriege geherrscht hat, vor allem aber deshalb, weil man in weiten Kreisen nicht ohne Grund die tiefe Verunsicherung hat, daß die Vergrößerung des sozialdemokratischen Einflusses uns schließlich zu einem Frieden um jeden Preis bringen muß. Der Vizekanzler hat mit treffenden Worten davor gewarnt, daß wir uns durch die Drohung, die Feinde würden sonst nicht mit uns an den Verhandlungstisch sitzen, nicht in einer Position in die andere drängen lassen dürfen, um schließlich nicht mit ebenso leeren Taschen zur Endabrechnung zu kommen, wie sie mit vollen. Damit ist die Politik der schiefen Ebene gut

gekennzeichnet, auf der wir leider im Begriffe sind, unter dem sozialdemokratischen Einfluß Schritt für Schritt vorwärts zu gehen. Die Burian-Rote war aus diesem Grunde bedenklich. Der Herr Vizekanzler hat aber in Stuttgart gleichfalls nicht verstanden, diese Ebene zu betreten, als er mit einem neuen Friedensangebot unser Verzicht auf Sicherungen in Belgien und auf jede Kriegsschädigung weiter ging, als es der Reichskanzler bisher getan hatte. Meine Freunde und ich halten auch heute an unseren Auffassungen in diesen Fragen fest und leben in der politischen und militärischen Lage keinen Anlaß, sie weiter zurückzustellen.

Aus den Erfahrungen des Krieges haben wir gelernt, daß Belgien in Gefahr steht, nach diesem Kriege Besatz der Feinde und eine stete Bedrohung Deutschlands zu werden, wenn dieses nicht genügenden Einfluß behält, und daß Deutschlands Zukunft schwer bedroht ist, wenn es die Last des Krieges allein tragen soll. An dieser Erkenntnis kann die jeweilige Kriegslage nichts ändern. Der Vorwurf, daß wir deswegen den Krieg verlängern wollten und verlängerten, läßt alle Erfahrungen der letzten Zeit ganz außer Betracht. Sie haben gezeigt, nach meiner Überzeugung, durch unwiderleglichen historischen Beweis, daß kein Verzicht auf Belgien oder Kriegsschädigungen uns dem Frieden auch nur einen Schritt näher bringt, daß vielmehr jeder solcher Verzicht nur ermutigend auf die Feinde und deshalb Kriegsverlängernd wirkt. Wir wollen kämpfen, bis der Feind gezwungen ist, Deutschlands Lebensnotwendigkeiten anzuerkennen; tritt dieser Augenblick endlich ein, dann ist es Aufgabe der Politik, für diese Lebensnotwendigkeiten so viel zu erreichen, als die militärischen Erfolge irgend gestatten; vorzeitige Verzicht und Festlegungen können sie daran nur hindern.

Anscheinend hat auch der Herr Vizekanzler bei seinen Ausführungen nicht erkannt, daß die unsere Lage für die Friedensverhandlungen nicht verbessern, aber geglaubt, sie um der innerpolitischen Verhältnisse willen machen zu müssen. Diese Rücksichten wären nicht als richtig anzuerkennen; resignierte Verzicht heben nicht die Stimmung, sondern drücken Zuversicht und Willen zum Siege nieder.

Nun tritt aber schon ein, wovon der Herr Vizekanzler warnte; wir lassen uns von Position zu Position weiter drängen. In den sozialdemokratischen Forderungen und in den Stellen des Erzberger'schen Buches, die Herr Scheidemann zustimmend verlas, ist schon von Schuld und Sühne Deutschlands für Belgien die Rede; hier öffnet sich der Weg zu schwerer Belastung Deutschlands mit Kriegsschädigungen, die es selber übernehmen soll. Die andere Position, die nach den sozialdemokratischen Forderungen aufgegeben werden soll, ist alles, was der Drost-Sittowler und der Bulatiner Vertrag uns und unseren Verbündeten an Vorteilen gebracht hat. Die Formulierung der sozialdemokratischen Forderung 8, wonach der Drost Friede kein Hindernis für den allgemeinen Frieden war, steht so aus, als beruhe er bereits auf Kompromißverhandlungen mit den anderen Mehrheitsparteien. Sonst sagen die Sozialdemokraten deutlich, was sie wollen: Aufhebung der Drost-Sittowler Ermächtigungen, zum mindesten aber Unterbreitung derselben zur Genehmigung durch den allgemeinen Friedenskongress.

In der Ablehnung dieses Gedankens stimmen wir dem Herrn Vizekanzler entschieden zu und hätten manche Andeutungen, die ich heute schon nach etwas ändern, in seinen Ausführungen gern vernimmt. Deshalb erscheint uns, um möglichst vollendete Tatsachen zu schaffen, eine möglichst sofortige endgültige Regelung der Verhältnisse in den Randstaaten erwünscht. Auch hierin können wir im allgemeinen dem Vizekanzler zustimmen, dessen Ausführungen allerdings wohl unrichtig ausgelegt werden, wenn man meint, daß er den Gedanken einer Personalunion endgültig abgelehnt habe. Gewiß sollen nicht dynastische Interessen maßgebend sein, sondern der Wunsch der Bevölkerung und das Interesse des Deutschen Reiches. Dabei sprechen dieser Wunsch ebenso wie wichtige Erwägungen rein sachlicher Art allerdings für engen Anschluß an Preußen und wir bedauern, wenn die Besorgnis vor einseitiger Berücksichtigung dynastischer Interessen, die uns tatsächlich nicht in dem Maße begründet erscheint, wie es vielfach dargestellt wurde, sich sachgemäßer Regelung sich in den Weg stellen sollte.

Ueber die Abtretung des Drittels vom Großgrundbesitz in Ostland zu Anstaltungsmedien schien der Abg. Fischbeck gestern falsch berichtet zu sein, als er darin eigenmächtige Berücksichtigung materieller Interessen der Großgrundbesitzer erblicken wollte, im Gegenteil, es handelt sich um einen hochherzigen und weitblickenden Entschluß der Ritterschaft, die damit auf neue die politische Fähigkeit bewahrt hat, mit welcher sie Jahrhunderte hindurch das Deutschtum jenen Landesteilen erhalten hat. Bei der Durchführung des Beschlusses wird den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten Rechnung getragen werden müssen. Nach einigen Ausführungen über Polen, Finnland und die Ergänzungsverträge geht Redner darauf ein, daß es den Eindruck hervorgerufen muß, als liege auch in der elbschlesischen Frage die Festigkeit nach, wenn gerade jetzt die Autonomie Elb-Bothringens in den sozialdemokratischen Bedingungen gefordert wird. Der hochherzige Entschluß Wilsons, das Land den Franzosen als Morgengabe zu bringen, trifft übrigens merkwürdig gut mit dem wirtschaftlichen Interesse Amerikas zusammen, weil der Besitz der dortigen Kaligruben in der Hand des amerikanischen Kapitals Deutschlands Kalimonopol vernichten würde.

Auch die Behandlung die der Plan eines Völkerbundes vielfach erfährt, ist nicht frei von dem Bedenken, als ob wir dem Feinde, um mit ihm zu Verhandlungen zu gelangen, Zugeständnisse machen wollen, die dem Interesse Deutschlands nicht gerecht werden. Der Gedanke eines Bundes, der in der Zukunft die Schreden und Räte des Krieges ausschließt, ist wunderbar schön, und seine Verwirklichung des Schweißes der Edlen wert. Aber wenn der veröffentlichte Entwurf des Abg. Erzberger ein, vielleicht ungewolltes Verdienst hat, so ist es das, daß er die Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten aufweist, die diesem Gedanken vom deutschen Standpunkt aus bei formalistischer logischer Durchführung sich entgegenstellen. Herr Erzberger sängt den Bau mit dem Dache an, wenn er einen Bund schaffen will, der den bestehenden Zustand durch Mehrheitsbeschlüsse für alle Zeiten festlegen soll, bevor feststeht, wie dieser bestehende Zustand nach den Ergebnissen des jetzigen Weltkrieges sich gestaltet haben wird.

Derartige Bindungen, durch die aufsteigenden Völkern jede Änderung unmöglich gemacht werden soll, haben sich in der Geschichte noch immer als nicht haltbar erwiesen. Dazu kommt, daß der Erzberger'sche Entwurf den Organen eines Bundes, in dem unsere jetzigen Feinde die Mehrheit haben, die Beschlußfassung über Deutschlands Machtverhältnisse und über alle Streitfälle der verschiedensten Art und die Vollstreckungsbeschlüsse übertragen will; d. h. Deutschland denjenigen Mächten ausliefern, die

noch heute alles an seine Vernichtung setzen. So geht es von Position zu Position weiter; das ist es, was Kleinmut und die tiefe Sorge hervorrufen muß, daß wir auf der schiefen Ebene immer weiter bis zu dem Frieden um jeden Preis und jedenfalls zu Bedingungen gelangen, bei denen Deutschlands Lebensinteresse der Vernichtung preisgegeben ist. Ich weiß und hebe ausdrücklich hervor, daß der Friede um solchen Preis nicht in der Absicht liegt, auch nicht in derjenigen der Sozialdemokraten; aber ich halte die Befürchtung für begründet, daß die von mir geschilderte Politik der schiefen Ebene zu diesem Ergebnis führen muß.

Dem Worte des Kanzlers, „inzwischen gilt es, kaltblütig und zuversichtlich, einheitlich und selbstgeschloßen zusammenzutreten“, stimme ich aus vollem Herzen zu. So sehr ich mich verpflichtet fühle, um des Landes willen Sorgen und Bedenken Ausdruck zu geben, halte ich doch den Weg zur Einigkeit nicht für verschlossen. Ich wiederhole, einzelne streitige Kriegsziele stehen deshalb gar nicht zur Diskussion, weil kein noch so blinder Verzicht darauf bisher die Feinde dem Friedenswillen nähergebracht hat. Wir alle sind einig in der Ablehnung der Bedingungen, an denen sie festhalten, und entschlossen, darum bis zum siegreichen Ende zu kämpfen. Zur Einigkeit die Zuversicht und das Vertrauen! Die Ausführungen auch der militärischen Vertreter, in ihrer vollen und ungehinderten Offenheit haben uns sichere Grundlagen für solches Vertrauen gegeben. In Zeiten glänzender Siege ist es leicht, Vertrauen zum Heer und seinen Führern zu haben; bei militärischen Rückschlägen muß sich Treue und Festigkeit bewähren. Erfolgreich und planmäßig durchgeführte Rückschläge, wie derjenige der letzten Zeit, galten noch immer als stärkste Probe militärischer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des Heeres und seiner Führer.

Wir können uns darauf verlassen, wenn unsere Heerführer sagen, daß sie zuversichtlich erwarten, die Stellung halten zu können, und weil der Verteidigungskrieg weit in Feindesland geführt wird, wirkt er dauernd als Angriff. Dazu tun die U-Boote ihr Werk gegen England. Der Appell des Marinevertreters war wohl begründet. Die Arbeiter in den U-Boot-Werften, vor allem die unergleichlichen todesmutigen Besatzungen der U-Boote müssen wissen, wofür sie arbeiten und kämpfen, und daß die Heimat mit vollem Vertrauen hinter ihnen steht. Keine Pflicht scheint mir für die nächste Zeit für uns alle höher zu stehen, als die Aufrechterhaltung einmütiger Geschlossenheit und zuversichtlichen Vertrauens.

Vorsitzender Abg. Ebert wendet sich gegen den Vorwurf des Vorredners, als ob er verpflichtet gewesen wäre, sich vor Berufung des Hauptauschusses der Zustimmung aller Fraktionen zu versichern. Mir ist lediglich aufgetragen worden, mich mit dem Reichstag ins Benehmen zu setzen. Die Folgen der Einberufung kann ich tragen, um so mehr, als die große Mehrheit des Hauptauschusses und des Reichstages mit ihr einverstanden ist.

## Abg. Frhr. v. Gamp (D. Frakt.):

Man kann an die Zusammenberufung des Hauptauschusses für unnötig halten, ich schreibe mich dem Bedauern des Grafen Westarp über die vorzeitige Berufung an und bitte den Präsidenten des Reichstages, sich auch der Minderheiten anzunehmen. Ein Drittel des Reichstages ist bei Regelung seiner eigenen Angelegenheiten ausgeschaltet gewesen.

Wenn Graf Westarp die Beschwerden der Landwirtschaft auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückgeführt hat, so kann ich ihm darin nicht zustimmen. Die Bittotratie hat aus eigenem und aus dem Bedürfnis heraus manche der beklagten, die Landwirtschaft drückenden Vorschriften erlassen.

Der Redner äußert sich sodann über die Parlamentarisierung und fragt unter Bezugnahme auf eine Rede des Vizepräsidenten des Preuß. Staatsministerium vom Juli an, wie sich die Regierung zur Parlamentarisierung stelle. Die verfassungsmäßigen Rechte des Königs von Preußen können nur auf dem Wege der Gesetzgebung geändert werden. Diesen Weg zu beschreiten, halte ich jetzt für unmöglich. In keinem der kriegführenden Länder sind bisher die Volksrechte erweitert worden, dort sind lediglich Diktatoren entstanden, die die Persönlichkeitsrechte nicht achten. Die Beschwerden des Abg. Scheidemann sind doch nicht derart, daß man damit einen Sturm auf gegen die Regierung begründen könnte. Das Verbot einer Verammlung ist doch nicht gleich ein nationales Unglück.

Mit der Rede des Vizekanzlers, namentlich über die Ostfragen, bin ich einverstanden. Die Randstaaten sollen nicht in schwache Hände geraten, erst recht nicht in die Hände der Entente fallen. Hätten nicht Serbien und Montenegro unter dem Einfluß des russischen Geldes gestanden, dann wäre uns vielleicht der jetzige Krieg erspart geblieben. Die Randstaaten sollten in eine feste Verbindung mit Preußen gebracht werden. Preußen würde seine Interessen nicht denen des Reiches voranzustellen.

Die Ausichten auf das Zustandekommen der preussischen Wahlreform haben sich nach meinem Wissen gebessert. Wenn man aber dem Herrenhaus einen bestimmten Termin stellen wollte, so würde das die Verabschiedung nicht fördern.

Nach dem Reichsparteiler Freiherrn v. Gamp nahm der Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens v. Falkenhayn das Wort, um die in den östlichen Randgebieten betriebene Politik zu verteidigen. Ferner bestritt er, daß es staatsrechtlichen Staatsangehörigen verboten worden sei, mit Reichstagsabgeordneten sich in Verbindung zu setzen. Sodann forderte der Unabhängige Sozialist Ledebour den sofortigen Zusammentritt des Reichstages.

und Offiziere gewesen, aber Herr v. Payer war Parlamentarier, und zwar sogar einer von den radikalsten des Bürgertums. Nun sehe man, was an diesem grünen Holz geschieht. Er hatte in seiner Rede seinerzeit die Schuld Belgiens betont. Wäre er Alldentscher und offener Anhänger eines Machtfriedens, so ließe sich das ohne weiteres verstehen; aber er wollte doch offenbar für einen Versöhnungsfrieden wirken, und dennoch gebrauchte er jene Worte und vertrat er jene Anschauungen, mit denen auch die Gemäßigten der Entente nicht paktieren können und werden. Er hat auch den Brester-Frieden als etwas Endgültiges verteidigt. Das bedeutet: Wir nehmen dort, wo wir glauben, noch nehmen zu können. Nunmehr formuliert er jene Auffassung ganz unschuldig mit dem Satz: „Suche zu halten, was du hast.“ Wenn das die Tirpitz oder Reventlow sagen, so ist es nur selbstverständlich, ein Stück ihres Gedankensystems; aber wer dies vertritt, der muß dann auch wissen, daß er damit den Vernichtungskrieg und die Entscheidung durch die Gewalt predigt. Das will jedoch Herr v. Payer gar nicht, er glaubt allen Ernstes, sehr gemählig zu sein und eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Er bezieht nicht, was so offen vor aller Augen liegt: daß Deutschland nur dann sich behaupten und den Vernichtungswillen der Ententeimperialisten niederdrücken kann, wenn es ihren Völkern unwiderleglich beweist, daß es sich nun auf Gerechtigkeit und Freiheit beruft. Aber der Bizekanzler beruft sich auf die Kriegskarte. Was würde er sagen, wenn das die Entente gegenüber seinem türkischen Bundesgenossen tun würde oder bei weiterer Verschlechterung der Kriegslage des Bierbundes auch gegenüber dessen anderen Teilhabern? Der Bizekanzler glaubt sehr realpolitisch zu sein, wenn er sich „nicht durch eine Drohung aus einer Position in die andere drängen läßt“; denn sonst „würde er bei der Endabrechnung mit leeren Taschen erscheinen“. Du lieber Himmel, was haben denn die Finnen, Polen, Ukrainer, Letten, Balten und Russen in der Tasche des Herrn v. Payer zu suchen? Gott hat jene Völker sicherlich nicht dazu geschaffen, um sich dort zu befinden. Der Bizekanzler beteuert zwar, von Annexion dieser Länder könne sicherlich nicht gesprochen werden; aber hier geht es nicht um das Wort „Annexion“ und nicht darum, wie man die Abhängigkeit jener Länder „schiebt“. Er selbst sagt, Deutschland könne ihnen die Freiheit nicht gewähren, zu tun und zu lassen, was sie selbst wollen — und hier tut sich eine Kluft zwischen ihm und dem Empfänger der ganzen Welt auf. Der Bizekanzler hat auch einen Grund für seine Behauptungen: „Für Selbstständigkeit sind sie zu klein.“ Wahrhaftig? Sie sind nicht kleiner als Holland, die Schweiz, Dänemark, Griechenland; aber hier sehen wir wieder jene blutige und schändliche Irrlehre von der Lebensunfähigkeit kleiner Staaten, und der Bizekanzler sagt diesen Satz ganz munter, nachdem eben in derselben Stunde der Kanzler erklärte, er sei mit Wilsons Forderung nach dem Schutz der kleinen Nationen ganz einverstanden, Deutschland wolle und fordere eben dieses. So offenbar darf sich doch die Führung eines Staates nicht widersprechen; sie dürfte nicht so ideenlos und rein opportunistisch nur von dem Gedanken beherrscht sein, zu halten, was sie habe, um mit recht vollgepackten Taschen bei dem Friedenskongreß zu erscheinen. Wenn derart der Wortführer der deutschen Demokratie in der deutschen Regierung denkt, wie wäre es dann möglich, die Ententevölker zu überzeugen, daß die deutsche Demokratie ihnen die genügende Sicherheit für ein neues, Angriffe verabscheuendes Deutschland biete? Die Randstaaten dürfen nicht selbstständig sein, dafür sind sie zu klein! Welch eine Weltbetrachtung, und welch ein Abgrund zwischen jenen Worten und dem Weltgewissen, das die deutsche Propaganda nur unter Anführungszeichen höhnisch ausspricht!

Der Bizekanzler gibt zwar zu, daß die berichtigten Landesräte keine wahre Volksvertretung seien, dennoch beruft er sich darauf, daß sie einstimmig den Wunsch nach einer Personalunion des Baltikums mit Preußen ausgesprochen haben. Er ist noch nicht ganz sicher, in welcher Form die Randstaaten ausgebaut werden sollen; sicher ist aber, daß er entschlossen ist, sie nach Kräften für Deutschland nutzbar zu machen. Zuerst soll eine Konvention geschaffen werden, die alle Randgebiete militärisch Deutschland ausliefert, sie wirtschaftlich ihm unterwirft — später kann dort irgend eine Regierung geschaffen werden, denn dann ist es ganz gleichgültig, wer dort die Verantwortung übernimmt. In Wahrheit befinden sich jene Völker dann doch schon in Herrn v. Payers aeräumiger Tasche. Er hält sich daran, daß „der Brester Friede zwischen der Mehrzahl der beteiligten Staaten ordnungsgemäß geschlossen ward.“ Nicht einmal diese Behauptung ist richtig. Der Brester Friede wurde geschlossen zwischen einer russischen Partei, die trotz der deutschen Hilfe niemals im ganzen Lande anerkannt ward, und er ist auch selbst von den Völkern der Randstaaten niemals anerkannt worden. Kein Landesrat, der von den Okkupanten eingesetzt ward, kann als Vertragspartei gelten, kein Beschluß kann — solange deutsche Soldaten im Lande stehen — als Vertragswille gelten und Recht schaffen. Das alles ist Gewalt, nichts weiter, und wird nur genau solange ertragen, als jene Gewalt keiner stärkeren begegnet. Wer heute in Deutschland den Brester Frieden verteidigt, der muß sich darüber klar sein, daß Deutschland siegen und nicht bloß Paris und Calais besetzen, sondern auch England aushungern und mindestens zehn Millionen amerikanische Soldaten in einer unabsehbaren Reihe von Kriegsjahren töten oder gefangen nehmen muß. Man kann natürlich auf diesem Standpunkte stehen; aber man kann nicht, wie Herr v. Payer und die deutsche Regierung behaupten, man wolle einen Verständigungsfrieden und dabei das Selbstbestimmungsrecht der Ostvölker grob mißachten, ihre Freiheit durch Konventionen ihnen nehmen und erklären, jene Völker wollten ohnehin zu Deutschland. Wollten sie dies, so wäre dies umso mehr ein Grund für Deutschland, einen unwiderleglichen Beweis hierfür zu erbringen und sich zu verpflichten, bei Friedensschluß seine Truppen zurückzuziehen und jene Völker in Freiheit und unter allgemeiner Kontrolle über sich selbst entscheiden zu lassen. Daß Deutschland dies so hartnäckig verweigert, beweist uns die wahre Gesinnung der Ostvölker.

Politik ist: zu wissen, was man will, zu können, was man will, und nur das zu tun, wodurch man seinen Willen durchzusetzen vermag. Die leeren Taschen des Bizekanzlers wären, wenn er wahrhaftig Verständigungsfrieden will, Politik; seine vollen Taschen sind es nicht.

National = 5

## Payers leere Taschen.

# Die deutsche Redeflut schwillt immer drohender an. Nach dem Kanzler und den Vertretern von Heer und Marine noch Staatssekretär, Bizekanzler und dann der ganze Chor der unbeamteten Parteiführer des Hauptausschusses. Es ist nicht festzustellen, inwieweit die Wiedergabe durch den offiziellen Telegraphen eine vielleicht vorhandene Kraft aus jenen Reden entfernt hat; so wie sie vorliegen, ist ihr Eindruck recht wenig erhebend. Ganz abgesehen von dem, was gesprochen wurde, ist auch die persönliche Kraft der Redner erstaunlich gering; nirgends ist ein Satz, der auffällt, ein Wort, das im Gedächtnis haften bleibt, ein Gedanke, hinter dem ein Mensch von eigener Prägung zu stehen scheint. Wenn man nur vergleicht, wie da und wie dort gesprochen wird, wie die alte Gewohnheit des Parlamentarismus die Führer der Ententestaaten zu bedeutenden Rednern herangezogen hat, und wenn man daneben die schwerfällige und ungeschickte Plumpheit der deutschen Redner hält, so wird man finden, daß Deutschland bei einem solchen Vergleich nicht günstig abschneidet, auch wenn man den beiderseitigen Standpunkt ganz außer Diskussion stellt und nur die Form, nicht die Sache selbst prüft. Auch Hertling und Payer, wie die Abgeordneten des Hauptausschusses, sind lange im politischen Leben und seit Jahrzehnten gewählte Abgeordnete, aber ihrem Wirken haftete ebener der Fluch des Aufsteigertums an, sie schienen stets dazu verurteilt, bloße Statisten zu bleiben, während die Führung bei einer Schicht von dazu herangezögten Beamten lag, hinter denen die eigentlichen Regierer Deutschlands stehen — Leute, die nicht sprechen müssen und dennoch entscheiden. Der allgemeine Eindruck über das geistig und sachlich Ungenügende der Regierungserklärungen ist bei allen Parteien so un widersprochen — erstreckt sich nicht bloß auf die Entente, sondern auch über ganz Deutschland — daß man wohl empfindet: Dieses System hat ausgelebt und ist fallreif. Aber wo sieht man Nachfolger?

Die deutsche Sozialdemokratie meldet sich dafür an; sie hat ein Minimalprogramm fixiert, nach dessen Annahme sie bereit wäre, an der Regierung teilzunehmen. Diese Minimalforderungen sind von so verblüffender Bescheidenheit, daß sie für die Angehörigen eines jeden anderen Staates zu den blanken Selbstverständlichkeiten gehören; in Deutschland erwecken sie bei den nationalistischen Parteien und beim Zentrum volles Entsetzen. Es rächt sich bitter, daß es in Deutschland keine einzige Partei und keinen einzigen bürgerlichen Politiker gab, der nicht die Richtung vom 4. August mitgemacht hätte; so sind alle vor ihrem eigenen Volke und vor der übrigen Welt kompromittiert. Deutschland hatte den Krieg glänzend vorbereitet, nur vergaß das amtliche Deutschland, auch für eine leistungsfähige Opposition zu sorgen, die von Anfang an gegen die Kriegspolitik war. Wäre in Frankreich die Friedensgeneigtheit siegreich geworden, so hätte es seine Caillois und Malon, England seine Landsdowne, Grey und Asquith, Italien seine Partei Giolitti gehabt; Deutschland hat niemanden. Es besitzt eben keine wirkliche parlamentarische Geschichte, sondern bloß einen, seinem Staatsgebäude als Nebenpavillon angehängten Debattierklub, den Reichstag, und es war ganz und ausschließlich auf die Weltanschauung eingestellt, der Stärkere zu sein und zu siegen. Die ganze Ratlosigkeit Deutschlands erklärt sich jetzt ausschließlich daraus, daß heute die Regierenden und das Volk eingesehen haben, daß sie nicht siegen können, daß sie aber auf den Nichtsieg in keiner Weise eingerichtet sind; sie bewegen sich auf einem ihnen fremden Gebiet, sie sind daher genötigt, zu improvisieren, so wie England und die Union im Kriege zuerst improvisieren mußten. Es gilt jetzt, umzulernen und sich geistig vollkommen neu einzustellen, eine in Jahrhunderten herangebildete Weltanschauung zu verabschieden, und jedermann wird begreifen, daß dies nicht eben leicht ist. Nur drängt die Zeit, und je rascher Deutschland sich den neuen Notwendigkeiten anzupassen weiß, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß ihm und der Welt das Unglück eines Schwertfriedens erspart bleibt.

Nichts kann kennzeichnender sein für die Unbeholfenheit und Ratlosigkeit der amtlichen deutschen Politiker als die Ausführungen des Bizekanzlers. Beim Grafen Hertling vermag man dessen hohes Alter als Entschuldigung anzuführen, die Hünke, Briesberg und Brüninghaus sind ihr Lebtag Beamte



Reich-**Ungarns.**

1918

XXV. Jahrgang

**Bezugpreise**

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich . . . . . K 6.00  
vierteljährlich . . . . . 19.50  
halbjährlich . . . . . 39.—

für Oesterreich-Ungarn:

bei täglich zweimaliger Postver-  
sendung  
monatlich . . . . . K 7.40  
vierteljährlich . . . . . 22.—  
halbjährlich . . . . . 44.—

bei täglich einmaliger Postver-  
sendung

monatlich . . . . . K 6.70  
vierteljährlich . . . . . 20.—  
halbjährlich . . . . . 40.—

für Deutschland:

viertelj. Kreuzbandfend. K 28.—  
und durch die Postämter laut dort  
ausgelegter Postsetzungskarte.

Mitglieder des Postvereines:  
viertelj. Kreuzbandfend. K 28.—

Reichspost

# Thiers als Hochverrat deutsches Reichstages.

## Ein österreichischer Entwurf zum „Völkerbund“.

Von Universitätsprofessor Dr. Jonas Seibel.

Die „Reichspost“ konnte in Nummer 440 über einen deutschen und einen englischen Entwurf für den Aufbau der allgegenwärtig so lebhaft erörterten „Liga der Nationen“ berichten. Man muß ausdrücklich von einem deutschen und einem englischen Entwurf reden; denn es wäre ein Irrtum, wenn man die Vorschläge des Abgeordneten Matthias Erzberger auf der einen und die des „Fabian Committee“ auf der andern Seite für den deutschen oder den englischen Entwurf hielt. In beiden Lagern haben sich ja auch andere mit demselben Gegenstande beschäftigt. Es sei beispielsweise nur an die grundlegenden Arbeiten des Marburger Universitätsprofessors Walter Schöningh und des Viscount Bryce erinnert. Am wenigsten aber dürfen wir vergessen, daß längst auch ein österreichischer Entwurf existiert — wobei natürlich „österreichisch“ ebenso bloße Bezeichnung des Ursprungslandes ist wie oben „deutsch“ und „englisch“; denn offizielle, von der österreichischen, deutschen oder englischen Regierung den anderen Mächten zur Annahme vorgelegte oder vorzulegende Entwürfe gibt es nicht. Ich rede hier selbstverständlich von unserem großen Völkerrechtslehrer Hofrat Heinrich Lammasch. Wenn ich auf seine Arbeiten über den Völkerbund aufmerksam mache, so geschieht es nicht nur, weil Lammasch ein Österreicher ist, und noch dazu ein solcher, der aus seiner katholischen Weltanschauung niemals ein Hehl gemacht hat, sondern auch aus einem rein sachlichen Grunde. Die Idee vom Völkerbund ist für viele eine neue Idee, die ihnen vielleicht zuerst aus den Forderungen feindlicher Staatsmänner bekannt wurde und der sie darum nicht ohne ein gewisses Mißtrauen gegenüberstehen. Aber auch abgesehen davon, die Entwürfe, die gestern mitgeteilt wurden, sind eben Entwürfe, noch nicht völlig ausgereifte und abschließende Anträge. Nicht jeder Vorschlag, den sie enthalten, kann auf allgemeine Zustimmung rechnen. Da ist es nun gut, wenn die Deffentlichkeit bald daran erinnert wird, daß der Plan des Völkerbundes selbst stehe oder falle; daß auch andere Lösungen möglich sind; daß andererseits aber auch kein Grund vorliegt, die Frage, wie der Völkerbund eingerichtet werden soll, auf die lange Bank zu schieben. Es ist schon reichlich über sie nachgedacht worden, und wenn man nur die bereits vorhandenen Vorarbeiten gehörig beachtet, kann sie ehedem endgültig gelöst werden.

Hofrat Lammasch hat, um gelegentliche Neußerungen in kleineren Aufsätzen zu übergehen, während des Krieges dreimal zur Frage des Völkerbundes Stellung genommen. Ganz ausdrücklich in der jüngst im Neuen-Geist-Verlag in Leipzig erschienenen Schrift „Der Friedensverband der Staaten“, aber auch schon vor einem Jahre in dem vom norwegischen Nobel-Institut bei S. Nischbrug in Christiania herausgegebenen Buche „Das Völkerrecht nach dem Kriege“ und durch die „Apologetischen und kritischen Bemerkungen zu dem von dem niederländischen Komitee ausgearbeiteten Entwurf eines allgemeinen Vertrages über die friedliche Regelung internationaler Konflikte“, welche die „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“ im Haag bei Martinus Nijhoff verlegte. In der zuerst genannten Schrift bespricht Lammasch die Idee des Völkerbundes im allgemeinen, indem er sie in ihrer geschichtlichen Entwicklung verfolgt, zeigt, daß sie eben im jetzigen Zeitpunkt verwirklicht werden kann und muß, und die Bedenken und Einwendungen, die gegen sie vorgebracht zu werden pflegen, zurückweist. In der zweiten legt er — und das zengt gerade für seine tiefe Erfassung des Problems — die moralischen Voraussetzungen dar, unter denen allein das Völkerrecht nach dem Kriege und damit auch die Liga der Nationen die auf sie gesetzten Erwar-

tungen erfüllen können, insbesondere handelt er von der Vertragstreue im Völkerrecht, wobei er alle die beliebten Versuche, sie durch Vorbehalte und Klauseln einzuschränken, entschieden ablehnt. In der dritten Schrift endlich stellt er einen zur Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften fertigen Vertragsentwurf zur Diskussion, der den praktisch wichtigsten Teil der auf den Völkerbund abzielenden Abmachungen, nämlich die Einrichtungen zur friedlichen Schlichtung internationaler Differenzen, zum Gegenstand hat.

Die Vorschläge Lammasch haben das für sich, daß sie unmittelbar an die Vorarbeiten anknüpfen, die bei den Haager Konferenzen geleistet wurden; auch beherrscht er die schon recht bedeutende Literatur über den Gegenstand wie kaum ein zweiter. Und schließlich verfügt er, der selbst bereits wiederholt erfolgreich als Schiedsrichter bei internationalen Streitigkeiten fungiert hat, auch über praktische Erfahrungen auf diesem Gebiete. Im Unterschied zum Vorschlage Erzbergers hält Lammasch daran fest, daß es zwei Einrichtungen zur Schlichtung internationaler Differenzen geben müsse: ein Schiedsgericht und einen Verständigungsrat. Das Schiedsgericht entscheidet über alle Streitigkeiten rechtlicher Natur zwischen den vertragsschließenden Staaten. Als solche gelten: 1. alle diejenigen, welche die Auslegung und Anwendung von Grundsätzen des zwischen den Parteien geltenden Völkerrechts, insbesondere auch der zwischen ihnen abgeschlossenen Staatsverträge betreffen; 2. alle diejenigen, welche Bestand und Ausmaß von Schadenersatzansprüchen wegen Verletzung von vertragmäßigen oder sonstigen völkerrechtlichen Pflichten zwischen zweien oder mehreren der vertragsschließenden Mächte betreffen; 3. alle diejenigen, die durch besonderen Vertrag zwischen den Parteien vor ein Schiedsgericht gewiesen sind. Auch wenn nur einer der beiden Streitteile bereit ist, sich in das Verfahren vor dem Schiedsgerichtshof einzulassen, soll der andere Teil verpflichtet werden können, in das Verfahren einzutreten, 1. wenn die Streitfrage ihrer Art nach entsprechend der eben gegebenen Aufzählung in die Kompetenz des Schiedsgerichtshofes gehört und wenn sie außerdem zufolge eines nach Rechtskraft der Schiedsgerichtskonvention abgeschlossenen oder erneuerten Vertrages schiedsgerichtlich auszutragen ist; 2. wenn die Streitfrage Ansprüche aus Vertragsschulden betrifft, die eine der vertragsschließenden Mächte für ihre Angehörigen geltend macht, und nicht eine andere Art der Austragung ausdrücklich vereinbart wurde. Um Querstreiberien gegen die schiedsgerichtlichen Entscheidungen möglichst zu verhindern, macht Lammasch folgenden überaus praktischen und psychologisch durchaus begründeten Vorschlag: „Die vertragsschließenden Mächte verpflichten sich, bis zur vollständigen Ausführung des Schiedspruches oder doch wenigstens während des ersten Monats nach dessen Fällung als der kritischsten Zeit Kritiken desselben in Druckschriften und öffentlichen Versammlungen nicht zuzulassen. Artikel in parlamentarischen Körperschaften sind von der Veröffentlichung ausgeschlossen. Die vertragsschließenden Mächte verpflichten sich, Zuwiderhandeln zu bestrafen und die gegen das Verbot ausgegebenen inländischen und ausländischen Druckschriften zu unterdrücken.“ Eine solche Norm wäre für jene Fälle besonders wichtig, in denen die ökonomischen Interessen gewisser Kreise der Gesellschaft berührt sind, die natürlich stets alle Hebel in Bewegung setzen werden, um die öffentliche Meinung gegen eine ihnen unangünstige Entscheidung aufzubringen. Die Streitigkeiten rechtlicher Natur sind aber nun erfahrungsgemäß weder die einzigen noch die gefährlichsten, die den Frieden bedrohen. Unfreundliche Akte, die die Staaten gegeneinander sich zuschulden kommen lassen, ohne förmliche Rechtsverletzungen zu begehen, reine Prügelfragen u. dgl. geben viel häufiger den Anlaß oder doch den Vorwand für kriegerische Verwicklungen ab. Ueber solche Vorkommnisse kann aber nicht gut ein Gericht entscheiden, wie ja auch im Privatleben oft gerade die empfindlichsten Kränkungen und Zurück-

vollen Ruin und die Wiederkehr des Zusammenbruchs bringt. Er hatte versucht, seine fremde Abstammung durch die Uebertreibung der bulgarischen Eroberungsgier zu verdecken, und er hat heute seine Krone verspielt. Der Feind steht bereits auf dem Boden Bulgariens, der Herrschertraum in Mazedonien ist ausgeträumt, das bulgarische Mazedonien war eine Episode, und der Gernegroßtaut zwischen den drei Meeren ist mit einem Schlage versunken.

Das Mitleid, das man den Besiegten schuldig ist, wird niemand den Bulgaren verweigern; aber niemand wird auch verkennen, wie sie durch ihre eigene Schuld und Herrschsucht, durch die Eitelkeit ihres Zaren, der nicht mehr lange als einziger in der Welt sich noch dieses Titels erfreuen wird, sich selbst in ihre Katastrophe verstrickt haben. Hat Malinoff versucht, in letzter Stunde durch ein Angebot für sein Vaterland bessere Bedingungen zu erzielen, so hat er nur als Patriot und als Einzelmann gehandelt. Der verzweifelte Anruf der Bundestreue durch Wolff wird kaum irgendwo einen Denkenden überzeugen; hat ja doch dasselbe Bureau erst am Tage vorher als gültigen Grundsatz die Kanzlerworte verbreitet, daß Notwendigkeit entscheide und daß Not kein Gebot kenne. Nun denn, Bulgarien ist in Not, und zwar zweifellos in größerer Not als Deutschland im Juli 1914, als kein Staat es anzugreifen wünschte, nicht einmal das böse und annexionsistische Belgien. Deutschland wird sich natürlich nicht darüber täuschen, was eine bulgarische Kapitulation bedeutet, und die vertraulichen Aufklärungen der militärischen Vertreter im Hauptauschuß des deutschen Reichstages beschäftigen sich mit dem bulgarischen und türkischen Zusammenbruch. Woher noch Hilfe bringen? Deutschland ist selbst im Westen aufs äußerste in Anspruch genommen, die amerikanische Offensive in den Argonnen zeigt wieder die Kraft und den stürmischen Angriffswillen der jungen Soldaten der Union, und die Namen der von ihnen eroberten Orte und die Zahl der heimgebrachten Gefangenen passen nicht so recht in einen Barnumprospekt, als den die deutsche Heeresleitung die amerikanische Kriegsteilnahme ansah. Deutschland kann kaum Truppen in größerem Maße nach dem Balkan senden, und im Osten hat es abgezogen, was es nur konnte. Rumänien noch mehr von Kräften entblößen dürfte schwierig sein; denn man ist dort nicht ganz so entzückt von dem Bukarester Frieden, wie man in den Reden der mittelmöglichen Staatsmänner lesen konnte. Mag sein, daß man die Hilfe der Oesterreicher anrufen wird; aber ganz abgesehen davon, daß diese ihre eigene Front gegen Italien nicht werden schwächen wollen, dürfte der Kampfeifer dieser Verstärkungen nicht größer sein als jener der Bulgaren. Möglich, daß ein kurzer Ausschub des Verbündnisses für Bulgarien sich noch erzielen läßt; an der Endentscheidung wird nichts zu ändern sein.

Man erwäge, was dies bei weiterer Kriegsführung bedeutet. Fast über Nacht ist neuerdings eine serbische und rumänische Front zu schaffen. Der Donauweg ist unterbrochen, damit ist der ganze Versorgungsplan für Deutschland und Oesterreich, der auf den rumänischen Zuführen beruht, zerrissen; zu den fleischlosen Wochsen, die bereits existieren, kommen die brotlosen. Es wird für die Heeresleitung der Mittelmächte notwendig, viele Hunderttausende von Pampstruppen, Artillerie und Munition nach dem Südosten zu senden; dies alles bei Wagenmangel, Kohlennot und einer Anspannung ihrer Kräfte, die jedes Stück Blei nach Frankreich senden muß. Inmitten der größten inneren Verwirrung steht die Doppelmonarchie plötzlich vor einer neuen Umklammerung. Zugegeben, all dies ist noch nicht da; es mag wohl auch noch Monate dauern, bis es ganz in Erscheinung tritt; aber es liegt in der Richtung des Geschehens und ist ebenso sicher voraussehen, wie daß ein mit voller Dampfkraft auf freier Strecke fahrender Eisenbahnzug auch die späteren Stationen erreichen wird. In Bulgarien gibt man das Spiel bereits für verloren und beweist damit einer gewissen, freilich recht spät aufgewachten Sinn für Realpolitik. Gegen die Kapitulation sind bloß jene, deren persönliches Schicksal durch das Eingeständnis der Niederlage bedroht ist: der deut-

sche König und die Generale, Jüglinge des deutschen Generalstabes, die Bulgarien zum Kriege an der Seite der Mittelmächte trieben und verloren sind, wenn Bulgarien zur Entente abschwenken muß. Ob ihre Kraft für den Augenblick in Sofia ausreicht, wird von dem Geiste der dortigen Garnison abhängen; doch all dies bedeutet natürlich auf die Dauer nichts. Die Bulgaren haben in sechs Kriegsjahren ihr Land ruiniert, die Mehrzahl ihrer Männer sind tot oder Krüppel oder in fremder Gefangenschaft; es gibt keine Reserven mehr in dem unglücklichen Lande, und es hat bitter erfahren müssen, wohin Angriffskriege und Eroberungslust führen. Schon die Ernennung Malinoffs, die in Berlin mit solchem Mißtrauen begrüßt wurde, war ein Versuch, mit der Entente sich wieder zu verständigen; heute gilt dies natürlich noch mehr als früher. Die Entente kann den Sonderfrieden mit Bulgarien haben wenn sie will, und damit öffnet sich ihr die Möglichkeit, daß die Türkei vollständig zu isolieren, sondern Konstantinopel auf dem Landwege anzugreifen. Die Türken, die soeben eine wahrhaft vernichtende Niederlage erlitten haben, müssen bedingungslos die Waffen strecken, wenn Bulgarien kapituliert Abgeschnitten vom Landwege mit ihren Verbündeten, haben sie nirgends mehr Hoffnung auf Rettung.

Wahrscheinlich war Malinoffs Gedanke, auf Kosten der Türkei seinem Lande eine Gebietserweiterung zu sichern. Adrianopel und das bulgarische Thracien sollten die Grenzen seines Landes heißen. Die Entente steht vermutlich vor wichtigen Entscheidungen, die zweifellos das Ende des Weltkrieges beschleunigen werden. Wir sind bereits inmitten der Liquidation des Weltkrieges, und diese Wendung, eingeleitet am 17. Juli, ist so überraschend gekommen, daß wir uns dessen noch gar nicht voll bewußt geworden sind. Die Entente hat nunmehr die Wahrheit der so oft aufgestellten, aber bisher noch nie durchgeführten Kriegsformel begriffen, daß es notwendig ist, zuerst die schwächeren Bundesgenossen Deutschlands zu treffen; aber sie ist stark genug, diese Unternehmungen auch mit schweren und unermüdlichen Stößen gegen die deutsche Macht zu verbinden. So ist Deutschland außerstande die Lächer zu stopfen, die immer neu aufgerissen werden. Wird Bulgarien aus der Kette des Vierbundes gerissen, dann ist die Türkei wehrlos, und dann trifft der nächste Schlag mit ganzer Wucht die Staaten Kaiser Karls. Aber sehr vermutlich würde das Beispiel des ersten im Vierbunde geschlossenen Sonderfriedens dort geradezu alarmierend wirken, und die Ereignisse würden dann sich überstürzen. Die Kette würde auseinanderfallen, und es wäre vergebliches Bemühen, sie wieder zusammenzufügen. Soweit Menschen voraussehen können, muß man sagen, daß das große Spiel der deutschen Generale verloren ist.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß Deutschland nicht noch die Kraft zu langem und hartem Widerstande in sich hat und daß der offene Annexionsismus und Vernichtungswille seiner Feinde es nicht noch zu überraschenden Leistungen auszuweitschen vermögen. Aber der erste Sonderfriede im Vierbunde würde jedermann den Ausgang verdeutlichen. Nach Bulgarien käme die Türkei, nach der Türkei Oesterreich-Ungarn, und durch hoffnungsloses Beharren würde das allein geliebte Deutschland den ganzen Haß und die Wildheit seiner Feinde verspüren müssen. Man mag den Geist der Deutschland beherrschenden Kreise noch so wenig lieben, man wird doch nur mit tiefstem Kummer eine solche Entwicklung herbeikommen sehen und wünschen, daß in letzter Stunde das deutsche Volk in sich die Kräfte findet, durch ein Begreifen seiner Lage und durch raschen Entschluß das ihm und der Zukunft drohende Unheil zu beschwören. Das Schicksal des deutschen Bulgarenzaren wird vielleicht die Finnen vor ähnlichen dynastischen Versuchen bewahren und die Wölfer erkennen lassen, wie Eitelkeit, Starrsinn und Ruhmlust eines allerhöchsten Herrn sein Volk verderben können. Schon das bloße Kapitulationsangebot beleuchtet den Stand der Dinge mit der Helle eines Scheinwerfers. Die Alliierten haben siegreich den Boden Bulgariens betreten. Das ist so etwas wie ein Ende, und es ist für Deutschland wie eine Mahnung in letzter Stunde.

## Kapituliert Bulgarien?

# Aus Sofia kommt keine direkte Nachricht mehr, aber es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Stoß des Generals Franchet d'Espèry Bulgarien ins Herz getroffen hat. Die Wichtigkeit dieses Ereignisses steht kaum sehr zurück hinter dem zweiten Franzosensteg an der Marne. Bulgarien wurde nicht bloß besetzt; es scheint kampfunfähig geworden zu sein, und zwar vermutlich wegen der unerträglich gewordenen Kriegsmüdigkeit seiner Truppen. Eine rein militärische Niederlage ließe sich vielleicht noch ändern; aber neuen Kriegesgeist dem bulgarischen Volke einzulösen, das erscheint unmöglich. Eine Wolffmeldung teilt mit, der Ministerpräsident Malinoff habe ein Verhandlungsangebot an den Entente-Kommandanten gerichtet, und zwar ohne Wissen des Königs und der bulgarischen Heeresleitung. In den bundestreuen Kreisen des Landes habe dies große Erregung hervorgerufen. In Sofia mache sich bereits eine Gegenbewegung gegen Malinoff geltend. Und tröstend fügt die Berliner Denkschrift hinzu, daß „militärische Maßnahmen zur kräftigen Unterstützung der bulgarischen Front im Gange sind“. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden diese Maßnahmen zu spät kommen. Man kann es ja vom deutschen militärischen Standpunkt aus verstehen, wenn man dort die äußersten Anstrengungen unternimmt, um das in Kraftlosigkeit sterbende Bulgarien noch weiter hinter den Vierbundwagen zu zerrren; aber der König und die paar Generale, die so ziemlich das Einzige sind, was man in Bulgarien noch deutschfreundlich nennen kann, scheinen ausgespielt zu haben. Das Volk kann nicht mehr, das Heer will nicht mehr; dies ist die große Wahrheit dieser Tage. Deshalb scheint Herr Malinoff, der ja von Anfang an als ententefreundlich galt, verflucht zu haben, die Rolle eines bulgarischen Benizelos zu spielen, und auch er wird sich stärker erweisen als der Koburger, der Bulgarien nach sechs Kriegsjahren den

## Die weltpolitische Bedeutung der Ereignisse in Palästina.

Dr. A. B. Durch den überwältigenden Sieg der britischen Streitkräfte in Palästina wurde im Orient eine Lage geschaffen, die geeignet ist, auf die politische Gestaltung der Dinge in Vorderasien und dadurch mittelbar auch in Südosteuropa die einschneidendsten Folgen zu haben. In drei Tagen haben die Engländer in den gegenwärtigen Schlachten fast so viel Boden gewonnen, wie in der gesamten Herbst- und Winterkampagne 1917/18 den Türken abgenommen werden konnte, und haben nebenbei die ganze vierte türkische Armee in Stücke zerissen. Der Sandschak Jerusalem, die ganze Giva Nablus, ein Teil vom Wilajet Beirut (große Strichs des Bezirks Akko und Teile vom Wilajet Damaskus in der Umgebung des Genezarethsees) befinden sich heute in englischer Hand. Es sind somit an die 450.000 Einwohner unter englische Oberhoheit gelangt, eine Zahl, die bei der geringen Dichtigkeit der Bevölkerung in Syrien und Palästina als recht hoch anzuschlagen ist. Von ganz besonderer Bedeutung erweist sich noch, daß das zerschnittene Gebiet alle in Palästina bisher gebauten Eisenbahnlinien in einer Länge von über 300 Kilometern restlos umfaßt. Wie erinnerlich, besaß Palästina bis zum Ausbruch des Krieges nur die beiden Linien Jaffa-Jerusalem und Haifa-Beisan, Richtung Damaskus, als einzige moderne Verkehrswege. Im Verlaufe der kriegerischen Ereignisse in Palästina wurde von der türkischen Heeresleitung unter Führung deutscher Ingenieure eine Anzahl neuer strategischer Linien erbaut, so die Linie, die von Akko abzweigend, über Dschenin nach Samaria und Sichem einerseits, nach Tul-Keram, Antipatris-Ramleh-Richtung Beerseba andererseits verläuft, ferner im Ostjordanland eine Zweiglinie der Hebschasbahn nach Es-Salt usw. Ihrerseits haben die Engländer im Süden Palästinas vom Suezkanal herauf eine Linie angelegt, die über El-Arisch-Gaza-Linich nach Ramleh-Richtung Jerusalem geht, und so die Verbindung zwischen Ägypten und Palästina hergestellt, die dann im Mai dieses Jahres durch die Eröffnung der mächtigen Kanalbrücke bei Kantara endgültig abgeschlossen wurde. Sämtliche erwähnten Bahnen befinden sich nun in den Händen der britischen Truppen, einschließlich der Brücken über den Jordan und den Jarmuk, die den Weg nach Damaskus offenlegen. Von der Ausdehnung und dem strategischen Wert des eroberten Gebietes und von den in Judäa befindlichen größten palästinischen Städten und Siedlungsmaen, halten die Engländer nunmehr die wichtigen Städte und Flecken Nablus, Samaria, Tul-Keram, Cäsarea, Dschenin, das gesamte ausgedehnte Tal Jesreel — wohl das fruchtbarste Gebiet des ganzen Landes — in ihrer Hand; ferner in Untergaliläa die der gesamten Christenheit heilige Vaterstadt Jesu, Nazareth.

Es sei noch erwähnt, daß das bisher von den Engländern in Palästina okkupierte Gebiet über zwei große Häfen verfügt (Jaffa und Haifa), deren letzterer zwischen der wunderschönen, an Riviera-landschaften erinnernden Bucht von Akko und

dem Karmel gelegen, alle Voraussetzungen eines natürlichen, vorzüglichen Seehafens erfüllt. Das ephraimitische Gebirge, ein an manchen Stellen 1000 M. hoch ansteigender Bergrücken, ist von zahlreichen Delbaum- und Feigenbaum-Hainen bedeckt, besitzt vorzügliche Quellen, zählt eine ganze Reihe blühender Dörfer und Flecken, die nur darauf warten, unter einer modernen gesunden Verwaltung einen ungeahnten Aufschwung zu nehmen. Ueberhaupt braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß der Wechsel der herrschenden Macht in Palästina für das Land und seine Bevölkerung eine Erlösung und Befreiung von unsagbarer Not und wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Elend, bedeutet, und für die weitere Entwicklung des an der Völkerstraße und der Hauptverkehrsader befindlichen Landes von entscheidender Bedeutung ist.

Es ist vorauszusehen, daß die weiteren militärischen Operationen sich nunmehr ohne große Verzögerungen in der Richtung über Nordgaliläa nach Beirut und dem Libanongebiet einerseits und nach Ostjordanland-Damaskus andererseits bewegen werden. Galiläa ist durch die Schuld der türkischen Verwaltung heute trotz seiner natürlichen Schönheit und seines Bodenreichtums ein verwahrlohtes Land. Keine einzige gute Straße durchquert diesen bedeutenden Teil Palästinas, keine einzige Eisenbahnlinie ermöglicht eine einigermaßen gesicherte Bewegungsfreiheit nach irgend einer Himmelsrichtung. Abgeschnitten von den großen Verkehrsstraßen zwischen Haifa und Damaskus, fern von jeder bedeutenderen strategischen Deckung, können die nunmehr über das Hügel- und Galiläa zurückflutenden türkischen Truppenmassen nicht einmal die Vorteile des Geländes ausnützen, da auch die Verproviantierung größerer Menschenmengen infolge der eben geschilderten Verkehrsverhältnisse und der durch jahrelange Requisitionen eingerissenen Armut ein Ding der Unmöglichkeit ist. Es steht daher mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß die Fortschritte der englischen Truppen in kürzester Zeit über Galiläa hinaus nach dem eigentlichen Syrien übergreifen werden. Wir stehen somit vor einer Reihe von wichtigen militärischen Ereignissen, die durchaus nicht als sekundär gewertet werden dürfen, weil sie darauf hinausgehen, die Verbindung zwischen dem in Mesopotamien operierenden anglo-indischen Heere und den unter General Allenby kämpfenden Truppen in Syrien herzustellen. Die halbe asiatische Türkei, somit die halbe Türkei überhaupt wäre dann der Herrschaft des Sultans entrisen. Man begreift leicht, welchen Rückschlag die Erfüllung dieses Zieles auf die Kriegführung und die allgemeine Politik in Europa haben kann.

Vom höheren Standpunkte der Kultur und der freien Entwicklung der Menschheit gesehen, ist die Befreiung solch großer Gebiete von der türkischen Herrschaft, möge man mit seinen Sympathien stehen wo man will, nur zu begrüßen. Seit einem halben Jahrtausend schmachtet das einst so fruchtbare, auf höchster Höhe menschlicher Kultur stehende Vorderasien unter dem Druck einer ebenso verlotterten wie unfähigen Verwaltung, die einerseits die betreffenden Gebiete einer schamlosen Ausbeutung einzelner Beamten überlieferte und andererseits die in der Bevölkerung vorhandenen Triebkräfte nach normaler Entwicklung nicht nur nicht aufkommen ließ, sondern bewußt mit allen Mitteln orientalischer Reaktion unterdrückte. Syrien und Palästina sanken zu minderwertigen Grenzprovinzen herab, denen von Seiten der Zentralbehörde nicht das geringste Interesse entgegengebracht wurde. Aber erst der Weltkrieg hat diesen Ländern und ihren Bevölkerungen den Todesstoß versetzt. Rücksichtsloser als die alten persischen Satrapen, gewalttätiger als die asiatischen Barbarenhorden haben die türkischen Militärkommandanten mit ihrer Soldateska darin gehaust. Die Hunderttausende niedergemetzelter Armenier und Syrer, die bedrängten mohammedanischen Araber, die trotz ihrem Nutzen für die Entwicklung des Landes blutig verfolgten jüdischen Siedler in Palästina sind die traurigen Merkmale einer in ihren letzten Zügen sich befindenden Gewaltherrschaft gewesen. Allen die-

sen bedeutet die Befreiung Mesopotamiens und Palästinas von der überlebten türkischen Herrschaft die Eröffnung des Weges zu gesunder, wirtschaftlicher Entwicklung. Sie bedeutet ferner den Beginn der Stabilisierung der bis anhin äußerst unsicheren und daher gefährlichen Zustände im nahen Orient. Palästina vollends soll, nach dem Willen des darauf wartenden jüdischen Volkes und dem zustimmenden Beschluß Großbritanniens und seiner Verbündeten ein nationales Zentrum für das Volk der Bibel werden, auf dem die Juden wiederum zu eigenem politischen und kulturellen Leben erwachen sollen. Auf diese Weise wird an der Schwelle Asiens ein Zustand dauernder Ordnung und Ruhe geschaffen werden, die Entwicklung der arabischen Volksmassen wird sich nach dem Beispiel der mit europäischer Kultur durchtränkten jüdischen Kolonisten vollziehen. Auf den Trümmern des biblischen Ruinenfeldes wird ein neues, gesundes, frisch pulstendes Volksleben beginnen, welches seine Grundlagen in der Fruchtbarkeit des Landes, der Arbeitswilligkeit der neuen Einwanderer, dem freien, friedlichen Verkehr zwischen den hinzukommenden Kolonisten und der von alters her in Palästina befindlichen, zum großen Teil aus Juden abstammenden, heute mit dem allgemeinen Namen „Araber“ gekennzeichneten Bevölkerung haben wird. Freilich wird dadurch die Türkei um einen großen Teil ihres Länderbesitzes verürzt. Aber gerade die in Betracht kommenden Provinzen waren nie eigentlich türkisch und haben noch heute nirgends auch nur eine einzige größere türkische Siedlung aufzuweisen. Die von den arabischen Randprovinzen untrennbare Türkei wird dann in den ihr übrig bleibenden, mehr oder weniger rein türkischen Gebieten eine Selbstaufrichtung und Umwandlung durchmachen und den kommenden Generationen beweisen müssen, ob sie eine Kulturnation zu werden imstande ist.

*Lehrman sagt*

## Der türkische Krieg.

Unter den Folgen des Ostfriedens sind diejenigen, welche die Türkei betreffen, auch für uns von besonders hervorragender Bedeutung. Das Osmanenreich bildet die große Brücke zwischen Europa und Asien. Es verteidigt im Weltkrieg die älteste weltpolitische Position. Heute gibt es zwei weltpolitische Richtungen, zwei weltpolitische Möglichkeiten: die maritime und die kontinentale. In der maritimen Weltpolitik ist Englands Machtstellung noch unerschütterter, wenn auch der Tauchboottkrieg langsam, aber sicher an ihrer Erschütterung arbeitet, indem er die englische Handelsflotte mehr und mehr verringert, während die Handelsflotten Amerikas und Japans wachsen. Ueber die Zukunft der kontinentalen Weltpolitik wird im Weltkrieg die Entscheidung fallen, je nachdem die Türkei gestärkt oder geschwächt aus ihm hervorgeht. Eine starke, von den Hemmnissen der Vorkriegszeit befreite Türkei wird im Bündnis mit den Mittelmächten eine europäisch-asiatische Weltmacht bilden, die politisch und wirtschaftlich ebensoviel Anziehungskraft für die nachbarlichen kleineren Völker, wie Abwehrkraft gegenüber den anderen Weltverbänden besitzen wird.

Der Friede im Osten hat der Türkei die glückliche Lösung einer der schwierigsten Fragen gebracht. Ihr geschichtlicher Kampf mit Rußland ist für immer beendet. Dabei hat sie vor allem ihre Grenze gegen den Kaukasus zu wieder richtigstellen können. Was sie durch den Krieg von 1878 an Rußland verloren hatte, ist ihr wiedergegeben worden. Mit überwältigender Mehrheit hat sich die Volksabstimmung in den Bezirken von Karas, Ardahan und Batum für den Anschluß an die Türkei ausgesprochen, und vor wenigen Tagen ist der Erlass veröffentlicht worden, welcher die Angliederung dieser Gebiete bekannt gibt, die als integrierender Bestandteil der Türkei erklärt werden. Gleichzeitig hat die Türkei auch ihr Verhältnis zur Ukraine geregelt; der türkisch-ukrainische Friedensvertrag ist soeben ratifiziert worden. Und auch die Fragen, die zwischen Großrußland und der Türkei bestanden, sind in einer beide Teile befriedigenden Weise geregelt. Rußland hat eingewilligt, daß auch im Kaukasus das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Grundlage der politischen Neugestaltung bilde, und die Türkei hat diese Neugestaltung unterstützt und eine Verständigung zustandegebracht, die ebensoviel Einsicht wie guten Willen erforderte. Es haben sich im Kaukasus drei verbündete Republiken, die tartarische, die georgische und die armenische, gebildet, und dieser Republikenbund wird mit der Türkei nicht bloß in Frieden und Freundschaft leben, sondern auch in engere politisch-wirtschaftliche Beziehungen zu ihr treten. Dabei haben namentlich die Armenier, deren Hauptstadt Erivan ist, Loyalitätserklärungen gegenüber der Türkei abgegeben. Die Haltung der Armenier in Rußland hat früher für die Türkei eine beständige Bedrohung bedeutet. Das Einverständnis mit der armenischen Republik wird künftighin auch die Loyalität der Armenier in der Türkei verbürgen. Noch sind die Zustände im Kaukasus nicht völlig konsolidiert. Die Reste von Barentruppen, verstärkt durch armenische Verschwörer und jüngst durch eine englische Abteilung, halten sich noch in Baku. Aber es ist nur die Frage einer kurzen Zeit, daß dieser letzte Widerstand

gebrochen wird. England ist nicht imstande, ihn auf die Dauer zu nähren. Sobald aber die Türkei die Hände im Kaukasus frei hat, wird sie von ihrer Freiheit auch Gebrauch machen können, um Persien zu unterstützen, das sich allein gegen das englische Eindringen nicht zu wehren vermag. Von der persischen Seite aus wird vielleicht der Kampf gegen England zuerst aufgenommen werden.

In diesem Kampf hat England seine maritime Machtstellung bisher mit Erfolg ausnützen können. Es braucht Zeit, um ihm gegenüber allmählich die Landmachtstellung zur Geltung zu bringen. Die Herrschaft über den Suezkanal und das arabisch-persische Meerengebiet hat es England ermöglicht, sowohl in Palästina wie in Mesopotamien vorzudringen, nachdem sein Versuch, nach Konstantinopel zu gelangen, zum kläglichsten Ausgang geführt hat. Hier ist die Türkei weniger glücklich gewesen.

Inzwischen aber hat die Türkei im Rücken der ägyptischen Stellung Englands bereits einen Kleinkrieg organisiert, der zu den merkwürdigsten Erscheinungen des Weltkrieges gehört. Er ist zeitweise mit schönen Erfolgen gegen die Westgrenze Ägyptens geführt worden; das Hauptgewicht lag aber dabei zunächst auf der Bekämpfung der Italiener in Tripolis. Nur ab und zu konnte die türkische Heeresleitung bei dem Mangel regelmäßiger Verbindungen Nachrichten über die Kämpfe gegen die Italiener geben. Im „Nieuwe Rotterdamse Courant“ ist kürzlich eine neutrale Darstellung der Verhältnisse in Tripolis erschienen. Wie es den Türken gelungen ist, nach und nach dorthin eine Streitmacht von einigen tausend Mann zu bringen und sie mit Artillerie und aller Art Kriegsmaterial, ja auch mit Sanitätsmaterial und Ambulanzen zu versehen, ist natürlich so wie für was auch für den neutralen Berichterstatter ein Geheimnis. Daß Tauchboote mitgewirkt haben, um diese Streitmacht mit Vorräten zu versehen, darf wohl mit dem Berichterstatter des holländischen Blattes angenommen werden. Interessant ist die Mitteilung, daß im Frühjahr der türkische Prinz Osman Fuad, ein Neffe des Sultans, seinem militärischen Rang nach Generalstabshauptmann, in Tripolis gelandet ist. Gemeinsam mit den Eingeborenen, vor allem mit den Senussi, haben die türkischen Streitkräfte ganz Tripolitaniens von den Italienern gesäubert, die sich unter zunehmenden Schwierigkeiten nur noch in fünf befestigten Hafensplätzen — Tripolis, Honis, Masrata, Benghasi und Derna — halten, aber nicht imstande sind, gegenüber den U-Booten eine geregelte Verbindung mit Italien zu erhalten und wiederholt zusehen müssen, wie landende italienische Schiffe von den Eingeborenen angegriffen werden, welche die Ladung und die Besatzung in das Hinterland schleppen. Die Absetzung des Gouverneurs von Tripolis hat erst jüngst die Unzufriedenheit der italienischen Regierung mit den dortigen Zuständen bezeugt.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Engländer gegenüber den Vorgängen in Tripolis. Die Senussi hatten anfänglich eher Lust gezeigt, sich gegen die Engländer in Ägypten zu wenden, als die Italiener zu bekämpfen. Das erklärt sich sehr einfach daraus, daß es den Senussen oft an Lebensmitteln fehlt, die sie sich in Ägypten am ehesten beschaffen konnten. Um die ägyptische Grenze zu sichern, haben sich die Engländer deshalb weniger auf die Truppen verlassen, die sie in Ägypten stehen haben, als vielmehr darauf, daß die Senussen sich bereitwillig gegen die Italiener wenden würden, wenn die Engländer ihnen die Verproviantierung von Ägypten aus ermöglichen würden. So hat England sich von einer Gefahr auf Kosten seiner Bundesgenossen befreit. Nicht nur die Italiener, sondern auch die Franzosen im Hinterland von Tripolis haben darunter gelitten. Die türkische Agentur Milli hat soeben einen Bericht des türkischen Kriegspressequartiers über einen Vorstoß veröffentlicht, den ein Häuptling namens Koussin im vorigen Jahr von Tripolitaniens aus mit schönen Erfolgen gegen die Franzosen unternommen hat. Ohne die Bedeutung dieses Kleinkrieges zu überschätzen, muß man doch feststellen, daß der sichtliche Einfluß, den die Türkei in Nordafrika, trotz der englischen Seebeherrschung, noch immer übt, ein wichtiger politischer Faktor ist.

# PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Bureau: J. Blookner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Jausus & Co., Geb. Leopold, Ant. Herzl, Rudolf Mosse, Jul. Tauszer, Ludwig Hopy, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: E. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anordnungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.

Redaktion und Administration: V. Márta Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Einjährig 12 Kronen, halb. 6 Kronen, viertel. 3 Kronen, monatl. 0.50 Kronen.   
 Das Morgenblatt: Ganzjährig 52 Kronen, halbjährig 26 Kronen, viertel. 13 Kronen, monatl. 4.50 Kronen.   
 Das Abendblatt: Ganzjährig 50 Kronen, halb. 25 Kronen, viertel. 12.50 Kronen, monatl. 2.00 Kronen.   
 Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind Vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten.   
 Für Wien auch durch Herrn. Goldschmidt.   
 Für das Ausland mit direkter Kronenabrechnung vierteljährig: Für Deutschland 1 K., für alle übrigen Staaten 2 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

35. Jahrgang.

Budapest, Samstag, 28. September 1918

Nr. 227

## Ein Sonderschritt Bulgariens.

### Waffenstillstands- und Friedensangebot der bulgarischen Regierung.

Sophia, 26. September.

Die bulgarische Telegraphenagentur meldet:   
 Ähnlich wird mitgeteilt:

Auf Grund der Erwägung der jüngsten Ereignisse und nach der gemeinsam mit allen zuständigen Faktoren erfolgten Erörterung der Lage hat die bulgarische Regierung, von dem Wortsch geleitet, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, den Generalissimus der Armee im Felde ermächtigt, dem Höchstkommmandierenden der Entente Streitkräfte in Saloniki die Einstellung der Feindseligkeiten vorzuschlagen, um Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Waffenstillstandes und des Friedens anzubahnen.

Die Mitglieder der bulgarischen Delegation sind gestern abend abgereist, um sich mit dem Bevollmächtigten der kriegführenden Ententestaaten in Verbindung zu setzen.

Sophia, 26. September.

Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet:   
 Die dem Regierungsblok angehörenden Parteien veröffentlichen folgende Note:

In Übereinstimmung mit den Blockparteien hat die Regierung gestern, am 25. September, 5 Uhr nachmittags dem Gegner einen offiziellen Waffenstillstands- und Friedensvorschlag gemacht. Die Blockparteien appellieren an die Armee und die Bevölkerung, die militärische und die öffentliche Disziplin zu wahren, die so notwendig ist, um das in diesen entscheidungsschweren Augenblicken eingeleitete Friedenswerk glücklich zu Ende zu führen. Die Nationalversammlung ist für den 30. September einberufen worden.

#### Die Auffassung in Wiener diplomatischen Kreisen.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In welcher Stimmung hat die österreichisch-ungarische Öffentlichkeit die Meldungen über die Vorgänge auf den Balkankriegsschauplätzen vernommen. Die Bevölkerung, durch den vierjährigen Krieg zu schneller Anpassung an jeweils wechselnde Erscheinungen an den großen Fronten erzogen, hatte vom ersten Augenblick an die richtige Empfindung, daß das Mißgeschick der bulgarischen Armee nicht leicht genommen werden dürfe. Eine Bevölkerung, die so wunderbare Proben militärischer und moralischer Widerstandskraft lieferte, hat das Recht, die Wahrheit zu hören und Schönfärbereien abzulehnen. Deshalb ist ihr die arge Wendung in der militärischen Lage auf dem Balkan nicht verhehlt, und von den maßgebenden Faktoren ist der Ernst der neugeschaffenen Tatsachen ohne Versuch einer Abchwächung zugegeben worden und die aufrichtige Informierung der Öffentlichkeit hat in dem ersten Augenblick stattgefunden, als man zur Ueberzeugung gelangt war, daß auf dem makedonisch-bulgarischen Kriegsschauplatz keine vorübergehende Schlappe, sondern eine ausgesprochen ungünstige Wendung eingetreten sei, der nicht im Handumdrehen und mit leichter Mühe begegnet werden kann.

Die Tatsache, daß die leitenden Stellen sich in vollem Vertrauen mit der Öffentlichkeit ins Einvernehmen gefeiert haben, rechtfertigt ihre Forderung, daß die Bevölkerung auch die Mitteilungen über die in Betracht

kommenden beruhigenden Momente mit der Zuversicht entgegennehme, da sie derselben Wahrheitsliebe entstammen, die Ungünstiges nicht zu verschweigen oder zu färben versucht hat. Die Lage ist ernst, aber ganz bestimmt nicht hoffnungslos, und die Öffentlichkeit wird sich selbst den größten Dienst erweisen, wenn sie die Verfälscher und Verbreiter wilder Gerüchte gebührend in die Schranken weist und sich von ihnen in einem mannhaften und ruhigen Urteil nicht beirren läßt. Die militärischen Machtmittel Oesterreich-Ungarns und seines deutschen Verbündeten sind ausreichend, um auch der heutigen Situation mit voller Aussicht auf genügende Wirksamkeit zu begegnen und es zu verhindern, daß vom Balkan her die durch die Erfolge der bisherigen Kriegführung gewonnene Position ernstlich erschüttert werde. Die Mitteilungen von unrichtigster militärischer Seite, die der Öffentlichkeit heute vorgelegt werden, werden sie des Näheren davon überzeugen, daß kein Anlaß vorliegt, eine gewiß schwierige Situation durch Uebertreibungen und Kopflofigkeit noch weiter zu erschweren.

Ehe wir der Öffentlichkeit mitteilen, was zur Stunde an bestimmten und noch unbestimmten Nachrichten über die Situation in Sophia vorliegt, möchten wir noch ein Wort über Bulgarien und das harte Schicksal sagen, das über das bulgarische Volk hereingebrochen ist, ein Wort, das uns gegenüber den Bundesgenossen geziemt und als von der politischen Sittlichkeit geboten erscheint. Das bulgarische Volk hat sich in diesem größten aller Kriege an unsere Seite gestellt und sein Heer hat auch in diesem Kriege Proben großer Tapferkeit, heißer Vaterlandsliebe und militärischer Leistungsfähigkeit geliefert. Die Geschichte scheint diesem tüchtigen Volk eine harte Schule der Prüfungen durch jähen Wechsel von Glück und Unglück vorherbestimmt zu haben. Von der Höhe des im ersten Balkankriege errungenen stolzen Triumphes stürzte Bulgarien, von seinem durch die Entente aufgehetzten Bundesgenossen verräterisch überfallen, in den Abgrund der Demütigungen, die nach dem zweiten Balkankrieg der Buzarester Friede ihm aufzwang. Der Weltkrieg eröffnete den Bulgaren die Möglichkeit nicht nur der Wiederaufrichtung, sondern der endlichen und dauernden Gewinnung der ihnen gebührenden geschichtlichen Rolle in Südosteuropa, die Aussicht auf die seit Jahrzehnten angestrebte nationale Einigung. Sollen all die stolzen Träume vergeblich gewesen, soll Bulgarien in seiner nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeschleudert, soll es wiederum der Willkür unbarmherziger Feinde ausgeliefert werden? Und soll es — das Schlimmste von allem — selbst die Hand bieten, um in so tiefes Elend gestürzt zu werden, soll es in einer Stunde militärischen Unglücks und seelischer Verzweiflung mit eigener Hand sein Verbammungsurteil unterzeichnen? Die Antwort steht in erster Linie dem bulgarischen Volke und seinen Führern zu. Wir selbst aber vermögen in die'm Augenblick dem Bundesgenossen unser Mitgefühl nicht zu versagen, und dieses Mitgefühl ist aufrichtig, denn es stammt von Freunden, die es nicht bei billigen Gefühlen und leeren Worten bewenden lassen, sondern ihr Bestes aufbieten wollen, um, selbst im Kampfe um ihr Dasein stehend, dem Bundesgenossen wirksame Hilfe zu bringen. Wir wollen uns nicht mit der Abscheulichkeit befassen, die dem ins Unglück geratenen Bundesgenossen sogleich Steine nachwirft und, noch ehe über seine Beweggründe volle Klarheit gewonnen ist, mit richterlicher Empörung von ihm sich abkehren.

Ueber die Vorgänge in Sophia kann folgendes mitgeteilt werden:

Das Bild, das sich aus den bisher vorliegenden Nachrichten ergibt, macht es wahrscheinlich, daß die bulgarische Regierung unter dem ersten Eindruck der Meldungen von der Front und erschreckt durch Unruhen im Lande, die bis dahin keinen größeren Umfang angenommen hatten, zu jähen Entschließungen sich fortziehen ließ, ohne sich die Zeit zu ruhiger Ueberlegung und richtiger Einschätzung der militärischen Situation zu gönnen. Die politische Wendung trat vorgestern am späten Nachmittag ein und gelangte in dem Entschluß der Regierung zum Ausdruck, eine Delegation nach Saloniki zu entsenden, die mit dem dortigen Höchstkommmandierenden der

Ententetruppen über einen Waffenstillstand und weiteren über die Anbahnung eines Friedens verhandeln sollte. Die näheren Umstände, wie es zu dieser Wendung kam, sind zurzeit noch nicht bekannt; und es fehlt auch noch eine klare und zuverlässige Uebersicht über die Wirkungen des Schrittes in der bulgarischen Öffentlichkeit. Es bestehen gewisse Anzeichen dafür, daß gegen den Entschluß des Kabinetts, der allerdings, wie die bulgarische amtliche Mitteilung hervorhebt, im Einvernehmen mit den maßgebenden Faktoren gefaßt wurde, gewisse Widerstände in den bulgarischen politischen Kreisen auftraten. Inwieweit sie sich geltend zu machen vermöchten oder vermögen werden, ist noch nicht zu übersehen. Mittlerweile ist jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Delegation sich bereits auf dem Wege nach Saloniki befindet und daß die anders lautenden Berliner Meldungen durch die hiehergelangten Nachrichten bereits überholt erscheinen. Man wird demnach eine optimistische Erwartung, als ob die gegen die Politik des Kabinetts geltend gemachten Einflüsse eine Aenderung des eingeschlagenen Kurses bewirken könnten, besser aus der Beurteilung der Lage ausschalten. Diese Einflüsse würden sich am ehesten in der Nationalversammlung, die für den 30. d. M. einberufen ist, bemerkbar zu machen haben. Das Kabinett Malinow verfügt bekanntlich über keine beträchtliche Majorität, und die Entscheidung ist von wenigen Stimmen abhängig. Es ist aber, wie gesagt, besser, eine günstige Ueberraschung von dieser Seite eher nicht ins Auge zu fassen.

Nicht die politische Situation in Sophia, sondern die Betrachtung der militärischen Möglichkeiten ist es, der wir uns in dieser Stunde mit voller Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Entscheidend für unser Urteil muß die Tatsache sein, daß die militärischen maßgebenden Persönlichkeiten der Monarchie und Deutschlands die Möglichkeit ganz und gar gegeben erachten, die militärischen Folgen der Ereignisse in Makedonien zu paralysieren, an Stelle der bulgarischen Armee, die für den weiteren Verlauf des Krieges als Kampffaktor wohl auscheiden muß, die bisher der bulgarischen Armee auf dem Balkan zugewiesene Rolle zu übernehmen und solcherart eine Situation zu schaffen, die uns die Verbindungen mit der Türkei sichert und die von uns besetzten und für unsere Nahrungsmittelzuschüsse wichtigen Gebiete auch weiterhin in unserer Hand beläßt.

Was in Makedonien geschehen ist und geschehen kann, kann keinen entscheidenden Einfluß auf den weiteren Gang des Weltkrieges und auf unsere Aussichten üben, durch Standhaftigkeit an den Fronten und in der Heimat den uns bisher verlagten ehrenvollen Frieden zu gewinnen. Nichts könnte der Stimmung, die wir heute nötiger als je brauchen, um dem Ansturm unserer Feinde zu begegnen und dem Schicksal, das sie uns zugebracht haben, zu entgehen, mehr Abbruch tun, als wenn die Bevölkerung sich durch Flaumacher zu kopfhängerischen Gedanken über Rückwirkungen der bulgarischen Lage auf die Türkei oder gar auf die österreichisch-ungarische Monarchie verleiten ließe. In gewaltiger Weite dehnt sich der Horizont des Weltkrieges. Lassen wir uns durch die in einem Wetterwinkel aufsteigenden Wolken die klare Uebersicht und die ruhige Fassung nicht rauben. Die neuen Anstürme der Italiener sind bisher an der Tapferkeit unserer unvergleichlichen Truppen zuschanden geworden, und im Westen ist die Rückwärtsbewegung der deutschen Armee zum Stillstand gelangt. Die Monarchie ist friedfertig, und überall in der Welt, wo man sich nach Beendigung des sinnlos gewordenen Völkergemebels sehnt, hat ihr jüngster Friedensschritt die tiefsten Sympathien ausgelöst. Noch konnten die Kriegsheer in den Ententeländern die österreichisch-ungarischen Friedensbemühungen durchkreuzen. In einer kraftvollen Aktion auf dem Balkan könnte die Friedensnote des Grafen Burián eine wertvolle Ergänzung und Unterstützung finden. Die Aufgabe, die in den nächsten Wochen vor uns liegt, besteht darin, der Entente zu beweisen, daß auch der militärische Zwischenfall auf dem Balkan den Zusammenbruch der Mittelmächte nicht herbeiführen kann.

28/IX. 1918

# Neues Wiener Tagblatt

demokratisches Organ.

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postverendung:  
 Monatlich ..... 7 K — h  
 Vierteljährig ..... 20 K — a  
 Halbjährig ..... 40 K — h  
 Ganzjährig ..... 80 K — h  
 Mit täglich zweimaliger Postverendung:  
 Monatlich ..... 8 K — h  
 Vierteljährig ..... 25 K — h  
 Halbjährig ..... 48 K — h  
 Ganzjährig ..... 92 K — h  
 Für das Ausland:  
 Mit täglich einmaliger Postverendung:  
 für Deutschland vierteljährig 20 K  
 für die andern Länder des Westpostvereines 28 K.  
 Bei den Postämtern vierteljährig:  
 in Deutschland Mark 12.50, Österreich Kr. 16.50, Bulgarien Kr. 18.—  
 Inserate übernehmen alle renommirten in- und ausländ. Annoncenbüreau.

Samstag, den 28. September 1918.

52. Jahrgang.

## Umsiedlung verhandelt Entente. und Friedensangebot.

den bundestreuen Kreisen Bulgariens hat dieses Vorgehen Malinows große Erregung hervorgerufen. Militärische Maßnahmen zur kraftvollen Unterstützung der bulgarischen Front sind im Gange. Eine Gegenbewegung gegen den Ministerpräsidenten Malinow macht sich, nach den letzten Nachrichten aus Sofia zu urteilen, bereits geltend.

### Der Rückzug der Bulgaren.

Sofia, 27. September. (Amtlich.) Bericht des bulgarischen Generalstabes über die Operationen vom 26. September:

Westlich vom Wardar setzen unsere Einheiten ihre Bewegung nach Norden planmäßig fort. Westlich von Beles wurde ein heftiger feindlicher Angriff abgeschlagen. Englische Bataillone rückten nach Artillerievorbereitung gegen unsere Stellungen auf der Bissola Eschuta nördlich vom Doiransee vor, wurden aber durch Feuer zerstreut.

### Einmarsch der Engländer in

## Schicksalsstunde.

Die bulgarische Regierung hat den Feind um einen Waffenstillstand und um die Aufnahme von Friedensverhandlungen gebeten. Es ist also vollzogene Tatsache, was gestern nur als mögliche Folge der Ereignisse auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz erschien. Gleichzeitig aber erfährt die Welt, daß eine militärische Gegenbewegung im Zuge ist und daß der Oberkommandierende der bulgarischen Streitkräfte sich an die verbündeten Mittelmächte um Weisungen gewendet hat. Große Ueberraschungen sind also nicht ausgeschlossen, die Lage in Bulgarien kann sich über Nacht wenden. Aber getreu dem Grundsatz: das Beste hoffen, auf das Schlimmste gefaßt sein, muß man alle, auch die ungünstigsten Nachrichten ins Auge fassen.

In der Stunde der Entscheidung, da Bulgarien vor drei Jahren zum Kriege an der Seite der Mittelmächte sich entschloß, wurde ihm der Weg, den es zu gehen hatte, durch die Ereignisse selbst gewiesen; es hat dann so manchen Anteil gehabt an der kriegerischen Umgestaltung des Balkans und durfte die Früchte gemeinsamer Anstrengung ernten. Seit den Siegen über die Serben und Rumänen war Bulgarien am Weltkrieg eigentlich nur mehr passiv beteiligt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß während dieser langen Zeit, da die Waffen der Bulgaren ruhten, die Widerstandskraft des Heeres abnahm, sein kriegerischer Geist erlosch. Man hat trotz der Gemeinshaft und der nahen Verbindung mit den Bulgaren über die Vorgänge im Innern des Landes nicht viel mehr erfahren, als die kargen Nachrichten aus amtlichen Quellen, und auch heute noch bleibt vieles dunkel und rätselhaft, was sich in den letzten Tagen ereignet hat. Ist diese scharfe Wendung in der Politik der bulgarischen Regierung lediglich eine Folge der Ermüdung eines Volkes, das, des ewigen Krieges satt, die Waffen von sich wirft? Oder spielen in diesem Drama auch politische Erwägungen, Einflüsterungen der Feinde und die Macht ihrer Werbung eine Rolle? Dies ist das Wahrscheinlichere angesichts der Gegenaktion, die sich sofort aus den Reihen des Heeres erhob.

Wie dem auch sei, wichtiger als solche Betrachtungen ist heute die Frage, welche Folgen der Schritt der bulgarischen Regierung haben, welche Bedeutung er für uns und unsere Bundesgenossen gewinnen kann. Rein militärisch betrachtet, hatte Bulgarien vor allem die Aufgabe, sich seiner eigenen Haut zu wehren; mit dem heutigen Tage entsteht im Südosten der Monarchie, sofern nicht die militärische Gegenbewegung in Bulgarien von Erfolg sein sollte, zweifellos eine neue Lage, die neue Entschlüsse und Vorkehrungen fordern müßte. Die Nachrichten aus Berlin lassen erkennen, daß das Notwendigste bereits geschehen oder eben im Zuge ist, so daß wir vor Ueberraschungen gefest sein dürften. Aber damit sind die Folgen des Ereignisses nicht erschöpft. Weit mehr als bisher wendet sich der Blick der Zukunft zu und der Frage nach den Schicksalen unsres Reiches. Es wäre menschlich begreiflich, wenn die Wendung auf dem Balkan, die übrigens noch keineswegs endgültig ist, die allgemeine Sehnsucht nach dem Frieden erhöhen und die Geister der Ueberzeugung gefügig machen würde, daß nicht das wechselvolle Glück der Waffen, sondern nur eine Verständigung die Pein dieses Krieges beenden könne. Aber diese verständliche Empfindung hat nichts gemein mit jener Spekula-

## Fremden-Blatt

mit militärischer Kollege

## Die Pedette.

Bezugspreis für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: jährlich K 64.—; halbjährlich K 32.—; vierteljährlich K 18.—; monatlich K 5.40. Täglich zweimalige Postversendung: jährlich K 72.—; halbjährlich K 36.—; vierteljährlich K 18.—; monatlich K 6.—. Bezugspreis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 20.—, für alle anderen Länder K 25.—. Bei den Postämtern: in Deutschland 18 Mk.; in der Schweiz 18 Frk.; Bulgarien 18 Frk.

Fernsprech-Zimmern: Schriftleitung 289, 6832, Haupt-Verwaltung 3063, Versandstelle 1024, Druckerei 3063.

Das „Fremden-Blatt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen einmal. Die „Pedette“ ist jeder Freitag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt“ beigegeben.

Wien, Samstag den 28. September 1918

72. Jahrg.

## Suchen Bulgariens.

## des Kabinetts Malinow.

Agentur meldet:

der jüngsten Ereignisse und nach der gemeinsam mit allen bulgarische Regierung, von dem Wunsche geistigster der Armee im Feldeermächtigt, die Kräfte in Saloniki die Feindseligkeiten

## und des Friedens

und sind gestern abends abgereist, um sich mit den Bevollmächtigten zu setzen.

## Regierungsparteien.

Agentur meldet:

Parteien veröffentlichen folgende Note: In Uebereinstimmung mit dem Vorschlag vom 5. September, 5 Uhr nachmittags, dem Gegner die öffentliche Disziplin zu wahren, die so notwendig ist, um das Friedenswerk glücklich zu Ende zu führen.

10. September einberufen worden.

## Uebereinstimmung mit der Heeresleitung

hündeten.

Agentur der „Bölnischen Zeitung“ meldet:

und politischen Lage Bulgariens

General Doborow handelt in Uebereinstimmung mit den Verbündeten, von der er Weisungen

Als Symptom ist bezeichnend, daß die bulgarische Friedensdelegation, die nach der erwähnten Presse-notiz angeblich schon Mittwoch abends abgereist sein sollte, bis gestern Donnerstag mittags Sofia noch nicht verlassen hatte.

Wien, 28. September.

Der Weg nach dem Orient wird uns nicht verlegt werden. Diese Tatsache muß angesichts der Ereignisse in Bulgarien stark betont werden, denn die vielfachen Erörterungen, welche sich an die Niederlage der bulgarischen Armee knüpften, konnten einen Zweifel darüber entstehen lassen, ob die Bahn nach der Türkei frei bleiben werde. Dies vorausgeschickt, können die Vorgänge in Sofia mit dem notwendigen kalten Blut besprochen werden. Das Kabinett Malinow hat unter dem Eindruck der unglücklichen Kämpfe in Mazedonien und von Ruhestörungen im Innern wohl nicht in ruhiger Ueberlegung gehandelt und den Entschluß gefaßt, eine Kommission zu entsenden, um den Oberkommandanten der Salonikarmee um einen Waffenstillstand zu ersuchen.

Schon jetzt zeigen sich in Sofia Widerstände gegen diesen Schritt der bulgarischen Regierung, ein Schritt, der wohl vom Ministerium in Uebereinstimmung mit dem König und der bulgarischen Heeresleitung gemacht wurde. Die gegenteilige Berliner Meldung entspricht nicht den Tatsachen und auch die aus derselben Quelle stammende Mitteilung, daß die bulgarische Kommission, die über den Waffenstillstand verhandeln soll, noch nicht abgegangen sei, ist von den Ereignissen überholt. Allein in Sofia macht sich ein Widerstand gegen das Vorgehen der Regierung bemerkbar und wir werden erst nach dem Zusammentritt des Sobranje, der am 30. September erfolgen wird, klar sehen können, wie sich eigentlich die bulgarische Volksvertretung zu dieser Tat der Regierung stellen wird. Das Kabinett Malinow verfügt nur über eine Majorität von wenigen Stimmen und es wird sich ja zeigen müssen, ob das bulgarische Parlament den Schritt der Regierung billigt. Wir wollen uns nicht optimistischen Erwartungen hingeben, wir wollen nüchtern und kühl den weiteren Verlauf der Dinge abwarten. Es wird ja dann klar werden, wie stark der Widerstand in Bulgarien gegen den so rasch gefaßten Entschluß der Regierung sein wird.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben schon vor längerer Zeit die notwendigen militärischen Maßregeln getroffen, um mit eigenen Kräften die Südostfront halten zu können. Mag auch ein großer Teil der bulgarischen Armee augenblicklich als Kampffaktor ausscheiden, so ist doch dafür gesorgt, daß den Salonikarmeen Halt geboten werden wird. Wir haben keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen, ohne daß geleugnet werden soll, daß die Niederlage der im Kampf so tapfer bewährten bulgarischen Armee ein höchst unliebsames Ereignis ist. Aber die militärische Entscheidung des Weltkrieges kann dadurch nicht herbeigeführt werden. Die Südostfront wird aufrecht bleiben und auch die Ernährungsverhältnisse der Monarchie können nicht von den bedauerlichen Vorgängen in Mazedonien in ungünstiger Weise beeinflusst werden. Der Weg nach Konstantinopel bleibt offen. Dafür haben Deutschland und wir gesorgt. Wir können aber nicht umhin, unserem lebhaften Mitgefühl für die bulgarische Nation Ausdruck zu geben, die ein zweites Mal nach großen, heroisch erkämpften Erfolgen von schweren Rückschlägen betroffen wurde. Im Jahre 1913 folgte den glänzenden Siegen der bulgarischen Armee ein furchtbarer Rückschlag. So auch heute. Doch diesmal steht Bulgarien nicht allein im Kampfe, es kann auf die tatkräftigste Hilfe der Mittelmächte rechnen. In so aufgeregten Zeiten, wie die, die wir jetzt durchleben, ist es natürlich, daß die übertriebensten Gerüchte verbreitet werden und es mag nur das eine der Kuriosität halber verzeichnet werden, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei ähnliche Schritte unternehmen werden, wie Bulgarien getan hat, Gerüchte, deren Abnehmlichkeit nicht erst betont zu werden braucht. In engster Waffenbrüderschaft führen wir mit Deutschland den Verteidigungskrieg und die Türkei ist vom gleichen Geiste besetzt. Gewiß ist es beklagenswert, daß die bulgarische Armee, die so hervorragende Taten vollbracht hatte, unerwartet und plötzlich eine so schwere Niederlage erlitt. Allein das Kriegsglück wechselt und nichts wäre schädlicher und verhängnisvoller, als sich durch unvorhergesehene Zwischenfälle aus der Fassung bringen zu lassen. Die Regierung Malinow hat übereilt gehandelt, aber wir wollen ihrem Beispiel nicht folgen. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen werden den Platz einnehmen, den bulgarische Sol-

# Arbeiter = Zeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ersch. um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wien, Samstag, 28. September 1918.

XXX. Jahrgang.

## in Bulgarien.

### Erklärungen des deutschen Staatssekretärs.

Berlin, 27. September. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages gab Staatssekretär des Auswärtigen v. Sünze folgende Erklärung ab:

Aus den militärischen Nachrichten der letzten Tage ist Ihnen bekannt, daß die Bulgaren zwischen Wardar und Cerna in ernste Schwierigkeiten geraten sind. Im weiteren Verlauf der Ereignisse sind auch die bulgarischen Nachbararmeen in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Meldungen von der Front sind von der bulgarischen Regierung des Ministerpräsidenten Malinow offenbar zu ungünstig ausgelegt worden. Gestern vormittag ist in Sofia eine Pressenotiz erschienen, wonach Bulgarien dem Oberkommandierenden der Ententekräfte in Saloniki die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufnahme von Friedensverhandlungen vorschlägt. Die bulgarische Delegation, bestehend aus dem Finanzminister Liaptschew, dem Generalmajor Sulow und dem Gesandten Radew, sollte angeblich bereits Mittwochabend nach Saloniki abgereist sein.

Aus den bisher vorliegenden unvollständigen Nachrichten läßt sich noch nicht mit Sicherheit erkennen, ob die bulgarische Regierung tatsächlich, wie sie zu behaupten scheint, im Einverständnis mit der bulgarischen Heeresleitung, dem bulgarischen Parlament und dem König gehandelt hat, oder ob sie mehr oder weniger auf eigene Faust vorgegangen ist. Das Sobranje soll erst am 30. d. zusammentreten.

Verschiedene Anzeichen lassen die Möglichkeit offen, daß Herr Malinow von der weiteren Entwicklung der Dinge desavouiert werden könnte. In ganzen Lande macht sich eine starke Strömung gegen den Schritt des Ministerpräsidenten Malinow bemerkbar. Wichtige Parteien des Parlaments und einflußreiche Kreise des Volkes wollen von einem Sonderwaffenstillstand und der Friedensbitte nichts wissen. Als Symptom ist bezeichnend, daß die bulgarische Friedensdelegation, die nach der erwähnten Pressenotiz angeblich schon Mittwochabend abgereist sein sollte, bis gestern Donnerstagmittag in Sofia noch nicht verlassen hatte. Eine Gegenaktion der bundestreuen Elemente scheint bevorzustehen.

Auf die ersten beunruhigenden Nachrichten von der mazedonischen Front hat die deutsche Oberste Heeresleitung sofort aus den verfügbaren Reserven starke Kräfte zur Unterstützung der Bundesgenossen nach Bulgarien geworfen. Zum Teil sind diese Verstärkungen bereits eingetroffen, zum Teil werden sie in den nächsten Tagen zur Stelle sein. Auch die österreichisch-ungarische Heeresleitung hat sehr namhafte Kräfte in Marsch gesetzt. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Verbände würden nach dem Urteil der militärischen Sachverständigen durchaus genügen, um die militärische Lage wiederherzustellen. Trotz mancher hoffnungsvoller Momente ist die Lage aber heute noch zweifellos als ernst zu bezeichnen. Schon in wenigen Tagen werde man indessen klarer sehen. Ein Anlaß, das Spiel Bulgariens heute schon verloren zu geben, liegt weder für Bulgarien noch für uns vor. Die politische Leitung wird selbstverständlich den Hauptausschuß des Reichstages über die weitere Entwicklung sorgfältigst unterrichtet halten.

### Keine Debatte!

Der Vorsitzende des Ausschusses Abgeordneter Gertz führte sodann aus: Die eben gehörten Mitteilungen sind sehr erster Natur. Es ist zu begreifen, daß sich die große Öffentlichkeit den Vorgängen in Bulgarien mit Interesse zuwendet. Dennoch möchte ich empfehlen, im gegenwärtigen Augenblick nicht in eine Besprechung der Vorgänge in Bulgarien einzutreten, da die Lage noch zu ungeklärt ist.

Der Vorschlag des Vorsitzenden fand die einstimmige Zustimmung des Ausschusses, der sich sodann mit den Fragen der Verpflegung der Armee beschäftigte. Hierauf vertagte sich der Ausschuß bis Montag.

## Bulgarien kapituliert.

Die bulgarische Regierung hat kapituliert. Unter dem Eindruck der Niederlage an der mazedonischen Front hat sie die Entente um Waffenstillstand und Sonderfrieden gebeten. Die Salonikiarmee der Entente, von der ein deutscher Staatsmann einst spottend sagte, sie sei Deutschlands größtes Konzentrationslager, hat durch einen überraschend schnellen Sieg einen unleugbar großen politischen Erfolg errungen.

Die bulgarische Staatskunst hat schon seit den Achtzigerjahren immer zwischen den rivalisierenden Großmächten geschwankt, immer bald bei der einen, bald bei der anderen Mächtegruppe ihre Stütze gesucht, immer die Gegensätze zwischen den Großmächten für Bulgariens nationale Zwecke auszunützen verstanden. Ein verlässlicher Bundesgenosse der einen oder der anderen Mächtegruppe ist Bulgarien nie gewesen. Im Jahre 1908 hat es an der Seite Oesterreich-Ungarns sein Geschäft gemacht: die Annexion Bosniens durch die Monarchie fiel mit der Annexion der Orientbahnen durch Bulgarien zusammen. Aber gleich darauf wendete sich Bulgarien wieder auf die andere Seite: nun schloß es mit Serbien und Griechenland den Balkanbund, der der Türkei den Krieg erklärte, die Bulgaren verpflichtete, Serbien gegen Oesterreich-Ungarn mit Waffenhilfe beizustehen und den Zaren zum Schiedsrichter zwischen den Balkanstaaten einsetzte. Aber nach dem Siege über die Türkei geriet Bulgarien sofort wieder mit seinen Bundesgenossen in Kampf, es lehnte den Schiedspruch des Zaren ab und suchte Oesterreich-Ungarns Hilfe; die diplomatische Unterstützung, die die Monarchie ihm damals leistete, hat den Gegensatz Oesterreich-Ungarns zu Serbien verschärft und unsere alte Freundschaft mit Rumänien zerrissen. Trotzdem schwankte Bulgarien am Beginn des Weltkrieges lange zwischen den beiden Kriegsparteien; erst nach den großen Siegen der Mittelmächte über Rußland schlug es sich auf die Seite Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, um sich an Serbien zu rächen und Mazedonien zu gewinnen. Nach den Siegen über Serbien und dann über Rumänien wuchsen seine Forderungen ins Ungemessene: nun wollte es nicht nur die bulgarischen, sondern auch die serbischen und die griechischen Gebiete Mazedoniens annectieren, nicht nur den kleinen Teil der Dobrudscha, den Rumänien ihm im Balkankrieg geraubt hat, sondern die ganze Dobrudscha erobern, ja sogar den ganzen Osten Serbiens mit der Hauptstadt Nisch und mit dem erzeulichen Timokgebiet erwerben. Lang forderte Bulgarien, daß Serbien überhaupt nicht wiederhergestellt, daß es zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien geteilt werde! Und aus allen diesen weitgreifenden imperialistischen Plänen mit einemmal der jähe Sturz! Eine Katastrophe an der Front — und abermals wendet sich Bulgarien auf die andere Seite und sucht seine Rettung, indem es seine Sache von den Mittelmächten trennt. Sollen wir darum über Treubruch klagen? Wir haben, als wir das Bündnis mit Bulgarien schlossen, wissen müssen, daß es ihm nur so lange treu sein wird, als es sein Interesse in ihm am besten gewahrt glaubt. Herr Malinow denkt eben, wie die Imperialisten aller Länder denken: daß jeder Staat Verträge, die ihn binden, brechen dürfe, wenn sein Interesse es heischt, und jeder Vertrag zum wertlosen Felsen Papier werde, wenn er dem Lebensinteresse des Staates widerstreitet. Moralisch ist das nicht; aber welcher Staat in der Welt hätte das Recht, die Moral gegen diese Magime zu verfechten?

Freilich, es scheint, daß es in Bulgarien nicht wenige gibt, die den Abfall von den Mittelmächten nicht billigen. Aus Berlin wird berichtet, daß die Regierung Malinow eigenmächtig gehandelt habe und daß eine Gegenbewegung in der bulgarischen Gesellschaft im Gange sei. In der Tat ist es ja nicht unwahrscheinlich, daß viele im Lande den Sonderfrieden fürchten. Die Entente, in der jetzt, da sie im Siege ist, die Imperialisten offensichtlich die Oberhand gewinnen, wird dem isolierten kleinen Lande kein gnädiger Sieger sein; mancher Bulgare, der gestern noch die stolzesten imperialistischen Hoffnungen hegte, seit Serbiens Fall die unbestrittene Vorherrschaft Bulgariens auf der Balkanhalbinsel geträumt hat,

Wochenblatt o. Gener.  
für Wien.

Begabungsbedingungen:  
Wien: Mit Aufstellung ins Haus:  
Wöchentlich 1 Krone,  
monatl. K 4.20, vierteljähr. K 12.60.  
Zum Abholen in den Filialen, in allen  
Lokal-Verkäufen und Verschleißstellen:  
Monatlich K 4.20.

Provinz und Ungarn:  
Monatl. K 4.60, vierteljähr. K 13.80  
bei freier Aufstellung durch die Post.  
Deutschland: Vierteljähr. K 20.—  
Für alle anderen dem Weltpostverein  
angehör. Länder: Vierteljähr. K 25.—

Abonnements werden angenommen  
in der Administration, V. Rechte  
Wienzeile 97, und in den Filialen  
I. Schulterstraße 13, Telefon 9191  
II. Beamanitzgasse 80, Tel. 40228  
X. Wilsandplatz 5, Telefon 58244  
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126  
XVI. Klausgasse 34, Telefon 84146  
XVII. Badnergasse 22, Telefon 17175  
XXI. Angererstraße 14.

Für die an fremde Ausländer oder  
Verschleißer bezahlten Beträge leisten  
wir keine Garantie.  
Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

drehen. Man darf annehmen, daß er diesmal sich verrechnet hat. In seiner Absehung oder Abdankung würde an sich schon eine Genugtuung für die Entente liegen, zu der Bulgarien um so eher bereit sein dürfte, als der Zar sich dort nach wie vor einer geringen Beliebtheit erfreut. Man wird in Sofia lieber auf ihn, als auf das serbische Makedonien und die rumänische Dobrußa verzichten. Aber wahrscheinlich besteht die Absicht, den Wagen vollständig umzureißen und sich aktiv oder mindestens passiv zur anderen Kriegspartei zu schlagen. Damit öffnet sich für Bulgarien die Aussicht auf einen Pardon seitens der Entente; es hat die Möglichkeit, sehr viel von der Türkei zu erhalten und dazu noch einiges von seinen Ansprüchen gegen Rumänien, Serbien und England durchzusetzen. Die Vorteile für die Entente dabei offenkundig. Ihr Vormarsch würde stetig und unendlich rascher vor sich gehen; die Straße in kurze als große Verkehrsstraße unter den Mächten gesperrt sein, der Marsch nach Konstantinopel wäre fast unaufhaltsam und zu Weihnachten könnte schon in der Hagia Sofia die Siegesmesse gelesen werden. Ein Einmarsch in Rumänien gehört durchaus ins Bereich des Möglichen, damit besteht auch ein Weg zur Ukraine, in das zweite Vorpferungsgebiet der Mittelmächte. All dies ist freilich noch recht weitaufwendig, benötigt Zeit, Verstärkungen und Organisation; doch schon als bloße Drohung ist es für die Mittelmächte eine wahrhaft katastrophale Erschwerung ihrer ohnehin so gefährdeten Lage. Sie müssen versuchen, den Weg nach Konstantinopel zu verlegen, die Bulgaren als Kriegspartei für sich zu behalten oder schlimmstenfalls die von Hingebereits angekündigte Aktion der Bundestreuen als einen für sie vorteilhaften Bürgerkrieg zu entkesseln, sollen ferner Truppen nach Rumänien werfen, und den Donauweg sich sichern, müssen ihre Besatzungen in der Ukraine verstärken und neuerdings in Serbien eine Front schaffen. All dies in einem Augenblick, in dem im Westen eine Offensive der andern folgt und überall die Hindenburgstellung angegriffen wird. Dazu kommt, daß jene Wendung der Kriegslage eine außerordentliche Ermunterung für alle deutschfeindlichen Parteien Russlands mit sich bringt und daß der Bolschewismus als schlimmste Tyrannei eine kleine bemannete Schar über das russische Volk, das jene blutigen Despoten der Soviets verabscheut, loszusagen von selbst in Mord, Verbrechen und Ekel sich aufregt. Auch Deutschland gibt die Bolschewistik bereits auf; plötzlich veröffentlicht Wolff entrüstete Berichte über ihre Schreckensherrschaft. Die Schwierigkeiten, Aufgaben und Bedrohungen wachsen für Deutschland ins Endlose, und zwar genau in der selben Zeit und im gleichen Verhältnisse, in dem seine eigenen Kräfte täglich abnehmen.

So steht die Lage, und die wahren Freunde Deutschlands können nichts Besseres tun, als dies in voller Klarheit anzuerkennen. Wer die Reden der Regierenden und Abgeordneten und die Aufsätze auch in den Zeitungen der Unken aufmerksam verfolgt, der hat leider nicht den Eindruck, als ob in Deutschland die ganze Wahrheit auch nur geahnt würde. Es wirkt fast gespenstisch unwirklich, wenn man darüber spricht, ob und wie Graf Hertling sich halten könne und daß der Brestler Friede bewahrt werden müsse und wenn man sich über die Schuld Belgiens am Kriege unterhält und sich über die Forderungen der Scheidemannsleute entsezt. Augenblicklich wird in Deutschland des langen und breiten — über die Zusammenkunft des preußischen Herrenhauses debattiert! Siebzehn Millionen Menschen leben in einem brennenden Hause und bemerken es nicht, sind drauf und dran, durch ihre ahnungslose Langsamkeit ihre eigene Zukunft zu verspielen. Nie sah die Welt ein ähnliches Schauspiel. Als ob es irgendwelche Zweifel noch geben könnte, daß dieser Krieg nicht enden kann, ohne ein von Grund aus anderes Deutschland zu schaffen! Als ob es denkbar wäre, dieses Volk, das Uebermenschliches ist und trug, noch in jahrelange Kämpfe gegen die frischen Kräfte einer ganzen Welt zu hehen! Als ob irgend einer der Leute, die jetzt für und zu Deutschland gesprochen haben, auch nur in einem einzigen Satze sich so ausgedrückt hätten, daß jemand in der ganzen nichtdeutschen Welt die Empfindung gehabt hätte: Dieser Mensch gehört in unsere Zeit und spricht eine Sprache, die wir verstehen; ihm können wir vertrauen! Als ob schließlich nicht alles darauf ankäme, dieses Vertrauen zu er-

obern, dem deutschen Volke die allzu schwere Zunge zu lösen! Was Deutschland nunmehr bedroht, ist nicht etwa nur eine Niederlage, es ist mehr. Es kann durch seine Ahnungslosigkeit bewirken, daß es jedes Vertrauen auch bei den Veröhnlichsten seiner Feinde verliert und dort jene entmutigt, die ehrlich an einen Völkerverbund mit einem erneuerten Deutschland glauben. Hält Deutschland das blutige Spiel noch aufrecht, wartet es mit stumpfer Ratlosigkeit, bis einer seiner Bundesgenossen nach dem andern gebodigt wird, und von ihm abfällt, dann wird sich am Ende die ganze Rachgier und der wildeste Zorn seiner Feinde gegen Deutschland wenden. Heute steht es noch Rückschlägen noch äußerlich stark da, kann sich darauf berufen, daß es seinen Feinden noch unerheblichen Schaden zufügen kann, und, was wichtiger ist als solche militärisch-machtpolitische Erwägungen, es kann ungezwungen durch eine große Zahl Abgeordneten und Volk den Wall von Mißtrauen durchbrechen, das Gewebe von offiziellen Einstellungen, von Junkerherrschaft und Generalswirtschaft zerreißen und damit auch die ganze Welt von Haß und Gewalt befreien.

Es mag tausendmal wahr sein, daß hinter den Regierungen der europäischen Entente der nachste Anexionismus steht, dies ändert an der Tatsache nichts, daß nur das vollständige, überzeugte und unwiderstehliche Bekenntnis des deutschen Volkes zur Demokratie jene Anexionisten zu entwurzeln vermag. Mag es den Stolz der Deutschen auch schwer verletzen, wichtiger ist für ein Volk, zu leben und seine Zukunft zu retten. Wie von selbst wendet sich der Blick zu Wilson. Er hat proklamiert, daß der Friede nicht abhängig sei von der Macht desjenigen Verbandes, der sich als der Stärkere erweisen wird, er hat anerkannt, daß man Konzessionen machen und Opfer bringen müsse, und er hat in unvergänglichen Worten jene Ziele eines Friedens der Selbstbestimmung und der Gerechtigkeit festgelegt. Wenn heute Deutschland endlich die Amerikaner, über deren militärische Kraft es sich täuschte, auch als moralische Kraft, besser beurteilen wollte, wenn es sich als freies Volk zu einem anderen freien Volke wendete, das von ihm nichts zu fordern hat und keine Ursache hat, es zu hassen, wenn es sich an die idealen amerikanischen Kräfte und an den lebhaften Sinn für Ritterlichkeit wendete, wenn es wagte, nachdem es durch seine eigene innere Befreiung das wahre und eigentliche Kriegsziel der Union erfüllt hätte, Wilson zum Schiedsrichter anzurufen und sein Schicksal in dessen Hände zu legen, wenn es das Gift jener Verleumdungen aus seinem geheimen Körper ausschiede, mit denen man vor ihm den wahren Charakter der Union entstellte, so würde es mit einem gewaltigen Schlage einen unendlich besseren Bundesgenossen gewonnen haben als Bulgarien: den befriedigten Stolz der Amerikaner und deren Sinn für fair play. Was Deutschland heute tun könnte und sollte, das wird es dereinst, wenn nicht alle Zeichen trügen, tun müssen; aber dann wird die entfesselte Wildheit Wilson weiter von seinen Zielen abgetrieben haben, dann werden jene Kurzsichtigen, die Lodge und Roosevelt führen, die nur den Augenblick sehen und die Brutalität eines Gewaltfriedens fordern. Deutschland muß Vertrauen erobern und selbst vertrauen; nur dann kann es an diesem größten Wendepunkte seiner Geschichte den rechten Weg einschlagen.

Denn es ist nicht wahr und ist eine unzulässige Schönfärberei, wenn sogar die „Frkf. Ztg.“ behauptet, die „Lage gäbe heute für Deutschland nicht mehr Grund zur Besorgnis, als es diese 50 Kriegsmomente hindurch gegeben hat.“ Hatte Deutschland schon früher jeden Monat die Ankunft von 300,000 Amerikanern und ganzer Serien von Tanks und Flugzeugen zu erwarten? Hatte es jemals eine Viertelmillion Gefangener in wenigen Monaten verloren, Seucher im Lande, großende Unzufriedenheit in und hinter der Front, Bundesgenossen, die abfallen oder geahmt sind? Nein, die Lage ist ernster als je für Deutschland, und sie wird verzweifelt, wenn es nicht den Mut findet, durch eine gewaltige Erneuerung sich zu befreien und den Fetisch des von ihm angebeteten Schwertes zu zerbrechen. Deutschland hat seine größte und letzte Karte im Weltkriegsspiel noch nicht auf den Tisch geworfen: die deutsche Freiheit und die Wiedergeburt des deutschen Volkes. Der Weg der Rettung führt zu Wilson.

## In Wilsons Hände!

# Der Bierbund existiert nicht mehr; der Traum von Mitteleuropa ist ausgeträumt, und das Erwachen daraus, das der arme Staatssekretär Hingeb den Abgeordneten des deutschen Hauptausschusses in recht ratlosen und verwirrten Worten vermitteln mußte, wird nicht der einzige holde Traum sein, aus dem ein allzu lange und allzu schwer getäuschtes Volk in diesen Tagen gerissen werden wird. Der Sieg an der bulgarischen Front scheint alle Erwartungen der Entente zu übertreffen; ihre Kommentare wollen das Publikum auf eine Stockung des Vormarsches vorbereiten; sie verweisen auf das weglöse, gebirgige Terrain, die mangelnden Nachschublinien, und trotzdem geht es vorwärts, und besonders bei den Serben scheint die endlich befriedigte Sehnsucht, ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden, zu befreien, die Leistungsfähigkeit ins Unwahrscheinliche zu steigern. Deutschland kündigt an, es hätte eiligst Verstärkungen geschickt, aber es scheint nicht, als ob deren Eintreffen von den Bulgaren selbst noch gewünscht würde; sie befürchten vermutlich, ihr Zweck wäre, sie weiter in den Krieg an der Seite des Bierbundes hineinzu-zwingen und daher kämen die Bundesgenossen von gestern als Feinde von heute ins Land.

Es wird schon sein, daß Zar Ferdinand, der Ueberschlaue, der stets zwei Eisen in einem von ihm angezündeten Feuer halten möchte, versucht, plötzlich zu schwanken, sich der Entente empfehlend in Erinnerung zu bringen und auf einmal als Urenkel Louis Philipps in sich das Blut der Orleans entdeckt. Aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß sein Plan mißglücken wird und die Entente jedenfalls mit ihm selbst nicht wird unterhandeln wollen. Viel eher als ihm kann sie anderen Führern Bulgariens Zugeständnisse gewähren; denn er hat sie zu sehr getäuscht, und er ist mit der Blutschuld am zweiten Balkankriege beladen. Dieser entstand unter den Auspizien des Ballplatzes, der den Schiedspruch des Zaren fürchtete und hoffte, Bulgarien würde die Verschmetterung Serbiens erreichen. Es wird viel zu wenig beachtet, daß eben aus den maßlosen bulgarischen Ansprüchen jener geistige und politische Zustand Serbiens entstand, der den Weltkrieg vorbereiten half. Damals hatte Zar Ferdinand zwar scheinbar den Schiedspruch des großen russischen Zaren angenommen, doch im selben Augenblick und ohne Vorwissen von Regierung und Parlament seinen Feldherren befohlen, die Serben und Griechen überraschend und ohne Kriegserklärung zu überfallen. Er wollte stets wittern, wo der Stärkere sei, hatte unglücklichlicherweise stets die schlechte Witterung, und versuchte dann, bedenkenlos sich zu

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Wien, am 29. September 1918.  
 Verlag: Pester Lloyd, Dr. Julius & Co., Gen. Leopold, Ant. Hezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Högler, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: H. Dukas, Hochfoiger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd.  
 Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.  
 Redaktion und Administration: V. Maria Valdrin-Alca 12. — Manuskripte werden im keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Ganzjährig 72 Kronen, halb, 36 Kronen, viertel, 18 Kronen, monatlich 6,50 Kronen.  
 Bloss Morgenblatt: Ganzjährig 52 Kronen, halbjährig 26 Kronen, viertel, 13 Kronen, monatlich 4,50 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährig 80 Kronen, halb, 40 Kronen, viertel, 20 Kronen, monatlich 2,50 Kronen.  
 Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten.  
 Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt.  
 Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 24 K, für alle übrigen Staaten 28 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

65. Jahrgang.

Budapest, Sonntag, 29. September 1918

Nr. 228

# Der Sonderschritt Bulgariens.

Budapest, 28. September.

Lauernde Blicke sind heute auf den Bund der Mittelmächte gerichtet. Der Gedanke, daß das Bündnis, das gegen eine übermächtige Welt von Feinden den Boden Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches siegreich gesichert hat, am Ende nicht allen Prüfungen des Dauerkrieges gewachsen sein könne, gehört zu den Lieblingsillusionen der Kriegspolitiker in der Entente. Naheinander haben die Westmächte ihre Taktik auf eine Sprengung des Bündnisses der Zentralmächte zugespitzt; bald mit Schmeicheln, bald mit Drohungen wurde in den wechselvollen Phasen des großen Krieges auf die Monarchie einzuwirken versucht, um den triumphierenden Sieg, der auf den Schlachtfeldern nicht zu erzielen war, durch die Ränke einer Diplomatie herbeizuführen, die, nach dem eigenen Innern urteilend, überall nur eigennützige Interessen und schlimme Leidenschaften wirksam sieht, aber an die edlen Instinkte wechselseitiger Treue, an das lebendige Dasein von tief in Geschichte und Geographie verankerten gemeinschaftlichen Zielen von Staaten und Völkern nicht denkt. Der Propagandafeldzug gegen das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland begleitet seit Jahren die militärischen Feldzüge. Auch in den jüngsten Tagen, da die Katastrophe der bulgarischen Armee bekannt wurde, und die Regierung Malinow sich brüskel entschloß, die Gnade der schlimmsten Feinde Bulgariens anzurufen, wurde sofort, offen und versteckt, im Lager unserer Feinde Wunsch und Hoffnung ausgesprochen, daß die Zerlegung auch in den Kern des großen zentral-europäischen Bündnisses eindringen werde. Die raschen Verfügungen, die die verbündeten Heeresleitungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands getroffen haben, setzten der Legende, daß nun die Stunde des Triumphes für die Entente nahe, ein rasches Ziel. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen eilen auf den Balkan, um dort dem Andrängen der Ententestreitkräfte, die von einer Durchschneidung der Verbindungen zwischen Mitteleuropa und der Türkei träumen, einen unerschütterlichen Damm entgegenzusetzen. Neuerlich erprobt sich das unabweisliche, keinen Augenblick zögernde Solidaritätsgefühl, das die Zentralmächte über alle Schwierigkeiten und Gefahren des Krieges hinweggeführt hat. Die Absonderung der bulgarischen Regierung gehört zu den schmerzhaftesten Erfahrungen, die der Krieg uns gebracht hat, sie wird jedoch militärisch überstanden werden und politisch ohne Spuren an dem festgefügten Bau des Bündnisses der Mittelmächte vorübergehen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland standen in den schwersten Tagen des Krieges allein, sie waren stark durch ihre innere Kraft und durch die wechselseitige Bündnistreue. Miteinander werden sie auch durch die gegenwärtigen ernstesten Stunden hindurchschreiten. Sie haben keine ausschweifenden Kriegsziele, sie wollen nichts als ihr Leben und die Möglichkeiten künftiger unabhängiger Entfaltung wahren, als selbständige Mächte wollen sie in den Völkerbund eintreten, den die Besten unter allen Nationen erschaffen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben keine Geheimverträge wie jene, die aus den russischen Geheimarchiven von den Bolschewiken ans Licht gezogen worden sind. Die Mittelmächte sind nicht in den Krieg gezogen, um Abenteuer einer Eroberungspolitik nachzujagen; sie brauchen nicht, wie die Entente, von Zeit zu Zeit verwickelte Abmachungen über die Beuteanteile, die sich jeder von dem Kriegsgeschäft verspricht. Wechselseitige Verteidigung ist das Ziel und der Inhalt des Bündnisses vom Anfang an gewesen; der Krieg hat daran nichts geändert. Wenn der Augenblick kommt, den die Mittelmächte durch offenerherzige, veröhnliche Angebote wiederholt näherbringen wollten, daß die kriegsführenden Mächte, des zwecklosen Ringens müde, bedacht auf die Zukunft der europäischen Kultur, sich um den Friedensstisch versammeln, werden Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit derselben Aufrichtigkeit einander Ehre, Bestand und innere Selbständigkeit garantieren, mit der sie im Pulverdampfe ihre Kräfte vereinigt haben, um eines dem anderen diese höchsten Güter der Staaten und Nationen gegen die feindlichen Angriffe sichern zu helfen. Die Ententeführer werden vergeblich auf den Augenblick warten, da sie bei dem einen oder dem anderen der engverbündeten Mittelmächte Gleichgültigkeit gegen Lebensfragen, die aus der besonderen Natur jedes der beiden Verbündeten fließen, wahrnehmen werden. Die Absicht der feindlichen Staatsmänner, die an dem Vernichtungsgedanken festhalten, ist, Oesterreich-Ungarn sowohl wie das Deutsche Reich zu Staatswesen minderen Rechtes herabzudrücken, in Mitteleuropa einen Zustand zu schaffen, wie er durch Jahrzehnte in der Türkei bestanden hat, in deren innere Fragen sich alle Welt einmischen zu dürfen glaubte. Die bequemen Zei-

ten, da Europa die querelles allemandes kannte, sollen wiederkehren; man will querelles austriennes-hongroises, man will die Ohnmacht der Monarchie, man will, daß diese Großmacht innerlich morsch werde und bleibe, weil jedermann sich unter dem Titel von schönen Redensarten das Recht soll herausnehmen können, Inspektion und Kontrolle über das innere Leben in den beiden Staaten der Monarchie zu üben. Nicht darum haben alle Völker Oesterreichs und Ungarns ihre besten Söhne auf den Schlachtfeldern hingegeben, damit die Monarchie aus dem Kriege als ein innerlich schwaches Staatengefüge hervorgehe, auf dessen Boden Ränke fremder, um ihre eigenen Interessen ringender Kräfte ihr Spiel treiben. Daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland bleiben, was sie vor dem Kriege waren, daß sie, ungebrochen an Souveränität, auch fürderhin im Rate der Völker mitsprechen, dafür haben die verbündeten Armeen gekämpft, dafür werden beide Mächte einstehen, wenn der Tag kommt, an dem die Ergebnisse des Krieges in neuen europäischen Verträgen festgelegt werden. Die Entente hofft, den Druck ihrer angeammelten Kriegsmittel so weit steigern zu können, daß sie das Bündnis der Mittelmächte in einem Augenblick der Müdigkeit überwältigt, daß im Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland der Ruf „Retie sich, wer kann“ Kraft gewinnt, wie anscheinend gleichgültig im Schoße der bulgarischen Regierung. Gleichgültigkeit gegen lebenswichtige Interessen des einen Verbündeten wird jedoch unter den beiden Mittelmächten nie Macht gewinnen. Bei den Friedensverhandlungen werden — daran kann nicht gezweifelt werden — Oesterreich-Ungarn und Deutschland einander wechselseitig Garantie für alles bieten, wofür ihre Soldaten gemeinsam ihr Blut vergossen haben. Was jedem der beiden Verbündeten Lebensfrage ist, das wird auch am Friedensstische gemeinsam und untrennbar verfochten werden. Ein Riß im Bündnis, der der Entente einen leichten Sieg über beide Mittelmächte ermöglicht, ein Verhalten, das sich fremd den vitalen Forderungen des Verbündeten gegenüberstellt, widerspricht der inneren Seele dieses jahrzehntelangen Freundschaftsbundes.

Im Westen stürmen die Heere der Entente gegen die deutschen Linien, auf dem Balkan ist unseren Feinden ein Hauptschlag geglückt. Ein ernster Augenblick ist da, der die volle moralische Kraft der Gesamtheit, unbeugsame sittliche Energie und Vaterlandsliebe jedes einzelnen erfordert. Unsere Feinde haben uns vor einigen Monaten das Beispiel gegeben, wie Nationen mannhaft den Widrigkeiten des schweren Krieges widerstehen. Die gewaltigen Schläge, die die deutsche Heere den Engländern und Franzosen versetzt, sind von den Ententevölkern mit anerkennenswerter Kaltblütigkeit ertragen worden. Die Ueberwindung der Krise gelang unseren Feinden, nicht bloß auf dem Schlachtfelde, sondern auch im Hinterland. Wollen wir, die militärisch nie besiegt worden sind, an kühler Standhaftigkeit, an männlicher Entschlossenheit hinter unseren Gegnern zurückstehen? Graf Stefan Tisa hat die Nation heute ermahnt, ihre sittliche Kraft zu bewahren. Je stärker wir uns zeigen, je härter wir den Prüfungen ins Auge blicken, die uns etwa noch bevorstehen mögen, je energischer wir uns durch alle Widrigkeiten durchkämpfen, desto rascher werden wir zu dem ehrenvollen Frieden kommen, um den wir seit Jahren streiten. Innere Festigkeit der Nation, unbeugsame Widerstandsfähigkeit gegen den Zermürbungswillen unserer Feinde ist der eine Pfeiler, die Unzerbrechlichkeit und Lauterkeit des Bündnisses zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reich ist der andere Pfeiler unserer Hoffnung. Wir werden ungebrochen bis an das Ende des Ringens ansharren.

### Keine wesentliche Aenderung der Lage.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —  
Wien, 28. September.

In der bulgarischen Situation ist seit gestern eine wesentliche Veränderung nicht zu verzeichnen.

Zunehmend scheinen die hierher eingelangten Nachrichten zu der Annahme zu berechtigen, daß eine leichte Besserung der Lage eingetreten ist. Die Opposition gegen das Vorgehen des Kabinetts Malinow ist im Wachsen begriffen und die radoslawistische Gruppe beginnt mit größerem Mut für ihre Auffassung einzutreten.

Eine genaue Uebersicht über die Situation ist jedoch in diesem Augenblick nicht möglich und mit einem endgültigen Urteil muß gewiß noch zurückgehalten werden.

### Ententemeldung über den Abschluß des Waffenstillstandes.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —  
Saaag, 28. September.

Nach einer anscheinend authentischen Information aus englischer Quelle ist der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente bereits abgeschlossen worden.

### Die serbische Königsfamilie in Saloniki.

(Telegramm des Pester Lloyd).  
Zürich, 28. September.

Secolo meldet aus Korfu: Der serbische König, der Kronprinz und der Kriegsminister sind nach Saloniki abgereist.

### „Im Einvernehmen mit allen Faktoren.“

Eine bulgarische Erklärung.  
Sophia, 28. September.

(B. L. A.) Entgegen den vom deutschen Funkdienst in Nauau verbreiteten Behauptungen, daß Ministerpräsident Malinow den gemeldeten Schritt auf eigene Faust unternommen habe, wird an zuständiger Stelle formell erklärt, daß der Ministerpräsident seinen Entschluß, ein Friedensangebot zu machen, in vollem Einvernehmen mit den zuständigen Faktoren des Landes gefaßt habe.

### Begnädigung der verurteilten bulgarischen Entente-Freunde.

Sophia, 28. September.

(B. L. A.) Ueber Vorschlag des Ministerrates hat der König einen Erlass unterzeichnet, womit der Führer der Bauernpartei Stamboliski, sowie der Führer der Stambulowisten, der frühere Minister Genadiew sowie ihre, nach dem Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg ins Gefängnis gesetzten und verurteilten Freunde begnadigt und wieder in den Genuß ihrer bürgerlichen und politischen Rechte gesetzt werden, wobei ihnen namentlich das Recht zugestanden wird, ihr Abgeordnetenmandat auszuüben.

### Ungeklärte Lage in Bulgarien.

(Telegramm des Pester Lloyd).  
Berlin, 28. September.

Wie wir hören, hat die Entente den Antrag des bulgarischen Ministerpräsidenten auf Bewilligung eines Waffenstillstandes in ablehnendem Sinne beantwortet. Auf diese Mitteilung beschränkt sich so ziemlich dasjenige, was bis heute vormittag an den hiesigen unterrichteten Stellen weiterhin über die Vorgänge in Bulgarien bekanntgeworden ist.

Die Nachrichtenagenturen der Entente wissen selbstverständlich eine Fülle von Einzelheiten von der Welt auszubreiten, die den Eindruck erwecken sollen, als stehe man in Bulgarien bereits vor vollendeten Tatsachen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieser Messungen gegenüber das größte Mißtrauen am Platze sei. Ein Teil von ihnen hat sich bereits innerhalb vierundzwanzig Stunden als zweckbewußte Fälschungen herausgestellt, was um so schärfer hervorgehoben werden muß, als sie durchaus nicht immer London oder Paris als ihren Ursprungsort bezeichnen.

Hervorhebung verdient insbesondere, daß die Haltung des Zaren Ferdinand selbstverständlich auch in diesen kritischen Tagen absolut einwandfrei ist und daß er nach wie vor durchaus auf dem Boden der Bündnistreue steht.

Die Beauftragten des Ministerpräsidenten Malinow, die nach Saloniki abreisen sollten, um die Verhandlungen mit der Entente einzuleiten, waren bis gestern vormittag nicht aus der bulgarischen Hauptstadt abgegangen, oder sie wären zum mindesten, wenn sie versucht hätten, die feindlichen Linien zu passieren, unverrichteter Sache wieder nach Sophia zurückgekehrt. Es scheint, daß die militärischen Befehlshaber der feindlichen Front Schwierigkeiten gemacht haben. Nur der amerikanische Geschäftsträger, der bekanntlich die noch fortbestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und den Vereinigten Staaten bis zur Gegenwart aufrechterhielt, soll nach Saloniki durchgelassen worden sein.

Einle Aure-nördlich Ardenn-nördlich Sechant-Bouconville. Mit besonderer Kraft stürmte auch der Amerikaner gegen den Ostrand des Argonner Waldes und gegen die Front zwischen Argonnen und der Maas an. Sein Ansturm ist völlig gescheitert. Beiderseits des Aire-Tales entriffen wir dem Feinde Apremont und den Wald von Montrebeau und warfen hier den Amerikaner mehr als 1 Kilometer zurück.

Wir schossen gestern 45 feindliche Flugzeuge ab.  
Der Erste Generalquartiermeister  
Ludendorff.



Die Zukunft des Landes ist Deine Zukunft. Geht das Land in Trümmer, reißt es Dich mit. Zeichne Kriegsanklage — Du tust es für Dich.

## Hertlings Abschied bewilligt.

Handschreiben des Kaisers.

Berlin, 20. September.

Der Kaiser hat an den Reichskanzler Grafen von Hertling den folgenden Erlaß gerichtet:

Eure Ergeltung haben mir vorgetragen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Übernahme des Reichskanzleramtes in erster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleibt Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange Maßnahmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.

Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Großes Hauptquartier, den 30. September 1918.

Kaiser Wilhelm I. R.

Gegenüber Dr. Graf von Hertling.

\*

Wie wir erfahren, ist Staatssekretär v. Hinzbe beauftragt worden, mit den Parteiführern als Vertrauensmann der Krone zu verhandeln.

\*

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute nachmittag um 1/2 3 Uhr unter sehr starker Beteiligung der Abgeordneten zusammen. Gleich nach Eröffnung der Sitzung gab der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer den kaiserlichen Erlaß an den Grafen Hertling bekannt.

(Siehe auch 4. Seite.)

## 21 000 Tonnen versenkt.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

(Amtlich.) Berlin, 20. September.

Im Sperrgebiet um England versenken unsere U-Boote 21 000 B.-R.-T.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Selbstbestimmung und Bündnis.

Von

Alexander Redlich.

Zwei Rundgebungen österreichisch-ungarischer Staatsmänner zeigen, daß man in der Donaumonarchie entschlossen zu sein scheint, den Ereignissen auf der Balkan-Halbinsel nicht nur mit militärischen, sondern auch mit politischen Mitteln zu begegnen. Es handelt sich um die Äußerungen, die der Minister des Äußeren Graf Burian und der österreichische Ministerpräsident von Hussarek in Unterredungen mit den Führern parlamentarischer Parteien getan haben. Die politische Basis für die geplanten Maßnahmen ist, wie aus der Darlegung des Grafen Burian hervorgeht, das „unbedingte Festhalten Oesterreich-Ungarns an dem Bündnis mit Deutschland“. Die von der Wiener Presse warm unterstützte Feststellung des Ministers, für den Kenner der österreichisch-ungarischen Politik eine Selbstverständlichkeit, ist dennoch von hohem Wert in einem Augenblick, wo feindlich Gesinnte und Kleingläubige nur zu bereit sind, aus den Vorkommnissen in Bulgarien voreilig verallgemeinernde Schlüsse auf die nächste Zukunft des Vierbundes zu ziehen. Diesen Stimmen hat Graf Burian schnell und kräftig geantwortet.

Das Bündnis der beiden Mittelmächte bleibt unverändert bestehen. Aber seine Grundlagen auf österreichisch-ungarischer Seite sollen, wenn wir die beiden Wiener Rundgebungen richtig auffassen, erheblich geändert werden. Graf Burian hat davon gesprochen, daß die außerordentliche politische Situation „gewisse Umwandlungen im Innern im Sinne des Föderalismus“ notwendig erscheinen lasse. Und Herr von Hussarek soll den Parteiführern nahegelegt haben, sich an der Bildung eines Koalitionsministeriums zu beteiligen. Beide Äußerungen deuten, in Zusammenhang gebracht, darauf hin, daß an eine Aenderung des Kurzes in der österreichischen und ungarischen Nationalitätenpolitik gedacht ist. Der Bündnisgedanke ist in der Doppelmonarchie bisher programmatisch nur von den Deutschen in Oesterreich und den Magyaren in Ungarn getragen worden. Die Bündnispolitik der galizischen Polen war schon vor dem Kriege durch ihre kritische Auffassung der preussischen Polenpolitik getrübt. Die Anhänger der austro-polnischen Lösung allerdings haben sich in der letzten Zeit der Hoffnung hingegeben, durch die Vereinigung von Galizien mit Kongreß-Polen in der politischen Nation eine neue feste Stütze des Bündnisses mit Deutschland zu erwerben. Beweise für die Wichtigkeit dieser Auffassung sind bisher allerdings nicht erbracht worden, es sei denn, daß man die Drohungen der galizischen Polen für den gegenteiligen Fall als indirekte Beweise gelten lassen will. Aber selbst wenn man ohne weiteres bereit ist, die wirklichen Anhänger der austro-polnischen Lösung als künftige Anhänger des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses zu betrachten, so gilt auch diese vermeintliche Sicherheit nur für eine Minderzahl der polnischen Nation. Schon in Galizien besteht eine starke Gegenströmung gegen die austro-polnische Lösung, die in der keineswegs unbeträchtlichen allpolnischen Bewegung gipfelt, sich aber keineswegs in ihr erschöpft. In Kongreß-Polen vollends kann man höchstens von einer kleinen Minderheit austro-polnischer Parteigänger sprechen. Handelt es sich hier doch nur um einen Teil der sogenannten Aktivist, die selbst wiederum den Passivisten gegenüber eine Minderheit darstellen.

Wenn die Reformen, die jetzt in Oesterreich und Ungarn geplant sind, dem Bestreben entspringen, dem politischen Willen der nichtdeutschen und nichtmagyarischen Nationen zu besserer Geltung zu verhelfen, so müßte man zunächst den Plan der austro-polnischen Lösung beiseite setzen, denn er berücksichtigt nicht die Wünsche einer nationalen Mehrheit, sondern zweifellos nur die einer Minderheit, entspricht also nicht jenen Grundsätzen des nationalen Selbstbestimmungsrechts, die gerade von österreichisch-ungarischer Seite mehrfach und mit Wärme befürwortet worden sind. Gerade im Zusammenhang mit der Ankündigung einer neuen Nationalitätenpolitik ist deshalb die Äußerung des Grafen Burian auffällig, daß die Berliner Verhandlungen über Polen einen günstigen Verlauf im Sinne der austro-polnischen Lösung nehmen. Wir

nicht in den von den Mittelmächten in Brest-Litowsk begangenen Fehler verfallen, als sich diese gierig und heißhungrig auf die volle Schüssel stürzten. Das Militärische dürfte geordnet werden: die Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials, die Uebergabe der Bahnen und Häfen, und der Zwang für die Deutschen und Oesterreicher, das Land schleunigst zu verlassen oder dort als Feinde behandelt zu werden.

Wir haben die unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser Wendung, insoweit sie wirtschaftlicher und militärischer Natur sind, schon anzudeuten versucht; sie sind für die Mittelmächte niederschmetternd. Der Weg zur Türkei scheint bedroht; diese muß den Vormarsch gegen Konstantinopel erwarten und scheint zur raschen Kapitulation gezwungen. Rumänien wird den Vertrag von Bukarest zerreißen, wenn die Alliierten das von den Russen im Stich gelassene Land wieder betreten können. Der Weg nach Serbien, in weiterer Linie auch nach Ungarn öffnet sich wieder. Die Hetmannsherrschaft des Herrn Storopadski dürfte kaum noch nach Monaten zählen, und die Armee, die er jetzt schaffen will, sein Schicksal nicht zu ändern vermögen. Durch die Ukraine hat die Entente die Möglichkeit, wieder auf Rußland stärker zu wirken, es zugleich von Norden, Süden und Osten zu umfassen. Die Verbindung zwischen den Bolschewiki und Deutschland ist damit erschwert, die Versorgung Deutschlands und Oesterreichs aber, wenn die Zufuhren aus Bulgarien, Rumänien und der Ukraine fehlen, wo die gesamte Ernte des Abtransportes harzt, unmöglich geworden. Die Donaumonarchie ist in einem Augenblicke aufs schwerste bedroht, in welchem ihre Widerstandskraft am geringsten ist. Dies ereignet sich in den gleichen Tagen, wo in Flandern bereits die Hindenburglinie erreicht oder überschritten ist. Zu all diesem kommt aber noch die moralische Zerstörung. Der Entschluß Bulgariens bedeutet für das deutsche Volk eine unwiderlegliche Ankündigung, daß der Krieg von Männern, die Einblick in die Machtverhältnisse besitzen müssen, wie der Bulgaren, verloren gegeben wird; jene bulgarischen Politiker, die wegen ihrer Ententefreundlichkeit eingesperrt wurden, sind amnestiert und werden vermutlich bald in die Regierung eintreten: vom Kerker zur Ministerbank. Das schärfste Dementi gegen Beruhigungen und Durchhaltgeschwätz sind die Unterhändler in Saloniki. Dabei ist es klar, daß dieses Beispiel auf die zerrütteten Gemüter der Türken und Oesterreicher verlockend wirken muß, besonders wenn die Entente kug genug ist, durch Entgegenkommen gegen Bulgarien den Regierungen von Wien und Budapest zu zeigen, daß sie keine Zerschmetterungen plane. Wie immer man die Wendung ansieht, man sieht, daß die Lage der Mittelmächte einen weiteren Widerstand aussichtslos erscheinen läßt, mag auch die deutsche Front augenblicklich noch nicht durchbrochen sein. Auch hier ist übrigens deutlich bemerkbar, daß die Kriegsmoral der Soldaten Wilhelms des Zweiten gesunken sein muß; es wäre auch unsäglich, falls dies anders wäre. Stellungen, die unannehmbar schienen, wie jene in Flandern, wo früher Monate und Jahre lang um einzelne Grabenstücke gerungen ward, durch furchtbare Schlächtereien unvergeßlich gewordene Ortschaften und Stellungen, wie Raschendaale, Zillebeede, der Houthousterwald, Ghevelel sind in wenigen Stunden von den Engländern, Belgiern und Amerikanern genommen worden. Das bedeutet, daß auch der deutsche Soldat die Aussichtslosigkeit des weiteren Widerstandes zu erkennen beginnt, den Ermunterungen seiner Anreiter nicht mehr glaubt und weiß, daß er vergeblich geopfert wird, weil seine ratlos gewordenen Führer für sich selbst, für ihr System, für ihren Krieg zittern.

Wer will, mag dies beklagen, aber es hat jedenfalls keinen Sinn und dient niemandem, wenn man die offenbaren Tatsachen krampfhaft nicht erkennen will. Die ganze Unwiderstehlichkeit der katastrophalen Wendung für die Mittelmächte ist am deutlichsten an dem Verhalten ihrer unentgeltlichen oder entgeltlichen Propagandisten in den neutralen Ländern zu erkennen, und wäre der Fall nicht so bitterernst, und das Mitgefühl an dem Unglück großer und unfähig schwerkprüfter Völker nicht so aufrichtig, so könnte man über die grotesken Erscheinungen lachen, in denen sich der überstürzte Rückzug der verschiedenen

neutralen Kriegslage-Spezialisten und ihrer leitartiklen Gesinnungsgenossen vollzieht. Plötzlich sind sie verschwunden, die uns stets die Notwendigkeit des Unterseebootkrieges und dessen sichere Wirksamkeit, die Ohnmacht der Union, die Unwirksamkeit der „moralischen Redensarten“, die ewig überlegene Weisheit der obersten Heeresleitung prophezeiten. Es ist wahrlich nicht Schadenfreude, wenn man heute den überstürzten Rückzug jener Menschen feststellt, sondern ernste Anklage: Denn ihre Worte wurden den Deutschen und Oesterreichern immer vorgehalten, mit jenen gefälligen Entstellungen angeblicher Unparteilichkeit wurden die armen Deutschen und Oesterreicher betrogen; sie und ihre Zeitungen sind Mitschuldige an der Kriegsverlängerung und an dem Unheil, das jenen droht, als deren Freunde sie sich aufstellten. Freund ist stets derjenige, der uns die Wahrheit nicht vorenthält, mag sie auch noch so bitter sein, und jene Wahrheit ist heute dieselbe, wie sie es hier unter den widerlichen Verdächtigungen jener wirklichen Deutscheinde ausgesprochen ward: daß man nicht gegen die Welt und gegen sein Jahrhundert zu siegen vermag, daß eine Reihe unverantwortlicher und im engsten Kastengeist aufgewachsener Personen Deutschland immer weiter ins Verderben mit sich reißt, und daß nur eine vollkommene Demokratisierung und eine innerliche Erneuerung Deutschlands vielleicht noch zu helfen vermag.

Heute muß man leider hier „vielleicht“ sagen: vor einiger Zeit durfte man dies noch mit Gewisheit behaupten. Indessen hat der bereits erreichte Erfolg und die Sicherheit des kommenden Endsieges natürlich Nachgier, Brutelust und alle häßlichen Ausartungen des Machttriebes bei der Entente nicht verringern können. In Frankreich kam nach den relativ gemäßigteren Briand und Viviani Clemenceau, der in Saloniki zu seinem 78. Geburtstag ein weltgeschichtliches Angebinde erhält, in England kam für den vielverleumdeten Gren, nach dem man heute in Deutschland vergeblich sich sehnen wird, Lloyd George, und wenn nicht Deutschland in letzter Stunde begreift, daß es keinen Augenblick zu zögern hat, dann wird auch Wilsons Einfluß durch die Lodge und Roosevelt abgeloßt. Die letzte Rede Wilsons beweist, daß er zwar gegen die mittelmächtlichen Regierungen unerbittlich ist, aber sicher nicht beabsichtigt, den Imperialismus der europäischen Entente allzu sehr zu unterstützen. Indessen hält sich Graf Hertling im Hauptquartier auf, und man bemüht sich, den Deutschen vorzureden, es sei ja gar nicht notwendig, daß der alte Herr gehe, man solle doch ihn selbst für die Parlamentarisierung sorgen lassen; die Nationalliberalen fordern in einem Aufruf die Angliederung Litauens und des Baltikums, und die preußische Regierung wird im Bundesrat dagegen stimmen, daß Mitglieder der Regierung auch Abgeordnete sein dürfen. Die bloße Vorstellung, daß man den Grafen Hertling noch als Kanzler belassen könnte und daß man über solche Dinge, wie die oben erwähnten jetzt überhaupt spricht, beweist, daß vollkommene Ratlosigkeit und Weisfremdheit noch immer gebieten, während ganz Deutschland bereits ein vulkanischer Boden geworden ist.

Heute geht es schon um ganz andere Dinge als um den armen alten Grafen Hertling und um den Paragraphen 9 der Verfassung, heute ist eine vollkommene innere Erneuerung, die Uebernahme der gesamten Regierungsgewalt durch das Volk erforderlich, und es besteht die dringendste Notwendigkeit, daß neue und durchaus unkompromittierte Männer, die weder mit Brest noch mit belgischen Schuldbeweisen etwas zu tun haben, für Deutschland sprechen dürfen. Ein jeder Tag, den sie später kommen, verschlechtert die Lage des deutschen Volkes, und dabei weiß schon jeder Mann, daß sie kommen werden, weil sie kommen müssen. Jetzt ist nicht die Stunde für Kleinlichkeiten, für Schachern und Abmarkten an Volksrechten, für Schiebungen, die den Eindruck der deutschen Erneuerung vortäuschen sollen, sondern es ist die Stunde der großen Aufrichtigkeit, der Abkehr von einem unglücklichen System gekommen, das die Arbeit eines großen, fleißigen und vielbegabten Volkes prahlerisch und brutal vergeudet hat. Wer heute sich noch mit Beschönigungen und Lügen hilft, schadet den Deutschen in ihrer schwersten Zeit und er bedroht die Welt

mit der Gefahr eines ruchlosen Gemalffriedens, der Haß und Rache verewigen wird. Die Deutschen und Oesterreicher müssen endlich sehen, ob auch das, was sie zu sehen bekommen, nur Trümmer sind; noch haben sie vielleicht die Möglichkeit der Rettung, der Versöhnung, des Aufbaues. Wenn sie blind bleiben wollen, vernichten sie ihre eigene und die Zukunft der Welt.

In letzter Stunde kommt die Meldung von der Demission Hertlings und Hinzes . . . Ein Anfang, noch nicht mehr, doch immerhin — beginnen die Augen sich zu öffnen?

## Die blind bleiben wollen.

♣ Nachdem die deutschen Regierenden und ihre Zeitungen versichert haben, der Zar Ferdinand sei bundestreu, er habe dies soeben in einer Depesche an Kaiser Karl beteuert, das Waffenstillstandsangebot Malinoffs sei entweder ein Anfall unbegreiflicher Schwäche oder Verrat, die bulgarischen Unterhändler seien überhaupt nicht abgereift, es wimmle von deutschen und österreichischen Verstärkungen, die nach Bulgarien verschickt würden und Sofia empfangen sie jubelnd, nachdem das Aeußerste an Beschönigungen, Entstellungen und Lügen über jene unglücklichen Völker ausgeschüttet wird, kommt die kurze, und man kann sagen, bereits entscheidende Nachricht, daß die bulgarischen Unterhändler in Saloniki eingetroffen sind und gestern ihre Waffenstillstandsverhandlungen begonnen haben. Das ist, die Prophezeiung kann ruhig gewagt werden, schon der Friede Bulgariens mit der Entente. Das bedeutet — da hier eine wirkliche Neutralität durch die Kriegsnotwendigkeiten unmöglich ist, auch den Uebertritt Bulgariens zur Entente. Ein Zurück läßt sich nicht mehr recht vorstellen; denn selbstverständlich ist jede Spur von Vertrauen zwischen den ehemaligen Verbündeten unmöglich geworden; der längst schon zermürbte Kampfwille der durch einen sechsjährigen Krieg aufgelösten Bulgaren könnte nicht mehr angefaßt werden, und es ist auch zudem unwahrscheinlich, daß nicht über gewisse Grundzüge bereits von den Unterhändlern, die sich schon lange genug in der Schweiz gesprochen hatten, eine Einigung erzielt wurde. Wer weitere Beweise will, der kann sie aus den Leitworten der Pariser Bresse finden. Nirgends wird die Absehung des Zaren gefordert, und es wird ferner versichert, daß man die legitimen Ansprüche der bulgarischen Rasse nicht anzutasten wünsche; es scheint, daß die Amerikaner hierbei eine gewisse vermittelnde Tätigkeit ausgeübt haben, die ihrer diplomatischen Fähigkeit das beste Zeugnis ausstellt. Wie die einzelnen Bedingungen jenes Waffenstillstandes sein werden, ist heute, da sich das Schicksal unseres ganzen Erdballs verändert, eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Vermutlich werden die Ententerregierungen weitfichtig genug sein, nichts Endgültiges festzusetzen,

**ost.**

reich-Ungarns.

1918

XXV. Jahrgang

# der Verbands-

## draf Hertling im Hauptquartier.

schrecken zu lassen, die jetzt einen so herrlichen moralischen Erfolg zu verzeichnen hat. Denn der Gedanke wäre unerträglich, daß alle Völker einander bloß deshalb weiter zerfleischen müßten, weil man in London, Paris und Rom mit Wilson über die Kriegsziele nicht einig zu werden vermag.

### Neutrale Vorarbeit für den Völkerbund.

Kopenhagen, 28. September.

„Politiken“ zufolge sind die Ausschüsse, die bei früheren nordischen Ministerkonferenzen eingesetzt worden sind, um die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten bei und nach Kriegsende wahrzunehmen, diese Tage in Kopenhagen zusammengetreten, um die bereits eingeleitete Tätigkeit fortzusetzen. Diese besteht in der Erörterung verschiedener Vorschläge zur völkerrechtlichen Organisation zwecks Förderung der friedlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten.

### Keine Friedensmission des Schweizer Gesandten in Washington.

Bern, 28. September.

Zu den hier umlaufenden Gerüchten, wonach der gegenwärtig in der Schweiz weilende schweizerische Gesandte in Washington Dr. Sulzer mit seiner Reise nach der Schweiz auch eine konsidentielle Friedensmission von Seite der Vereinigten Staaten übernommen hätte, meldet der „Bund“, er sei von Doktor Sulzer zu der Erklärung ermächtigt, daß kein wahres Wort daran sei und daß er weder direkt noch indirekt von irgend jemand einen solchen Auftrag erhalten habe, noch in dieser Richtung irgendwie tätig sei. Die Reise des Gesandten nach der Heimat sei lediglich zum Zwecke der Fühlungnahme mit dem Lande und zur Aussprache mit den Bundesbehörden über die Weitergestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Republiken erfolgt.

## Die Antwort des Verbandes an Bulgarien.

Die Verbandsmächte haben den Kniefall des Kabinetts Malinow mit einem Fußtritt beantwortet. Die Bitte um Waffenstillstand wird kurzerhand abgelehnt, wie dies schon seitens des Generals Franchet d'Esperey geschah und die Friedensbitte mit Forderungen beantwortet, deren Annahme der bedingungslosen Waffenstreckung Bulgariens gleichkäme. Die vom Reuterbureau in allgemeinen Umrissen angegebenen Bedingungen des Verbandes fordern die Demobilisierung des bulgarischen Heeres oder dessen Eingreifen an der Seite des Verbandes, Räumung aller besetzten Gebiete, Sicherung der Operationen der Salonikarmee gegen ein Eingreifen der Mittelmächte durch Maßnahmen auf bulgarischem Gebiet und demgegenüber nicht die geringste Zusicherung auch nur bezüglich eines kleinen Teiles jener territorialen und nationalen Ansprüche, für die Bulgarien seit Jahren kämpft und blutet. Damit hat Malinow die Antwort erhalten, die er voraussehen konnte und die er auch verdient hat. Bulgarien aber, das sich von dieser Regierung einen Augenblick lang auf die Knie niederziehen ließ, wird sich jetzt wohl mit verdoppeltem Nachdruck sagen, daß es die jetzige Krise nur durch harte Entschlossenheit, niemals aber durch Schwäche und durch den Versuch, sich den Feind gnädig zu stimmen, überwinden kann. Daß Bulgarien heute von den Verbandsmächten weniger denn je zu erwarten hat, war von vorneherein klar. Denn was ist Bulgarien heute dem Verband? Was bedeutet ein friedensbereites Bulgarien, das eben eine schwere Niederlage erlitten hat, den Machthabern in London und Paris, deren Selbstgefühl gerade jetzt durch die Erfolge an der Westfront und im Orient ins Maßlose gesteigert sind? Die Verbandsmächte sehen heute in

### Der Schritt Malinows übereilt.

Zürich, 29. September.

Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet aus Sofia: vorragende diplomatische Kreise bezeichnen den Schritt Malinows als übereilt und lären, ein dringendes Ansuchen an die Verbände um Waffenhilfe wäre für die Interessen Bulgariens besser gewesen. Nach dem Blatte die Stellung Malinows nicht mehr fest.

## Bulgarischer Bericht vom 29. September.

Sofia, 29. September. (Amtlich.)

### Generalstabsbericht über die Operationen vom 29. September:

Westlich vom Bardar sehen unsere Heere ihre Bewegungen plangemäß fortzusetzen. Die Kämpfe bei Bardar und Struma sind nachhuten mit schwachen feindlichen Kräften. Im Strumatal erfolgreiche Trouillengefechte.

### u. t. Truppen in Sofia eingelangt.

Sofia, 29. September. (Priv.)

Oesterreich-ungarische Truppen sind in Sofia eingetroffen.

### se feindlichen Meldungen über die Vorrückung in Mazedonien.

London, 29. September.

Englischer Bericht aus Saloniki: Griechische Truppen stoßen ostwärts entlang der Belasitza vor. Engländer und griechische Truppen bewegen sich in der Richtung auf Petritsch entlang dem Strumitatal. Wir erwarten einige Geschütze von verschiedenen Kalibern.

Serbischer Bericht vom 27. September: Die Serben erreichten am 26. d. Radowista und kamen ziemlich weit über Boc hinaus. Am selben Tag drangen sie in es ein und nahmen viele Truppen gefangen, die die Stellung verteidigten. Sodann setzten sie sofort den Vorstoß nach Zstip fort. Es wurde eine riesige Zahl Geisener, meist Deutsche, gemacht und eine riesige Menge Kriegsmaterial erbeutet.

Griechischer Heeresbericht vom 26. September: Die Griechen mit den Briten zusammen vorgehenden griechischen Truppen haben den Beles-Flüden erreicht und sich der Gegend bemächtigt, die nach dem Gebiet nördlich vom Bosporus führt.

Italienischer Bericht: Am 25. nahmen unsere Truppen in völliger Zusammenarbeit mit den Alliierten in Vornarsch bis zu der kürzlich besetzten Linie Brindisi-Brianco wieder auf. Der Feind leistet hartnäckigen Widerstand, auf den Dithängen der Dragicea der Babberge, aber er wurde mit großem Ungestüm angegriffen, geschlagen und zerstreut. Unsere Kolonnen gehen die feindlichen Nachhuten zurück und besetzten folgenden Tage Krusevo. Am 27. hatten wir trotz Gelände-schwierigkeiten das ganze Gebirgsmassiv erreicht, das sich zwischen Cerna und dem Volskatal erhebt. Am 28. erreichten die Straße Monastir-Ricevo (Arcevo). Am 29. erreichten die Truppen ihren Zweck gegen andere Ziele unermüdet fort.



1. X. 1918

## Eine Unterredung mit dem bulgarischen Generalissimus.

Von unserem Sofioter Korrespondenten.

Wien, 30. September.

Vor drei Wochen verließ der bulgarische Generalissimus Schekow Sofia, um sich einer schweren Ohrenoperation in Wien zu unterziehen. Die ihn begleitenden bulgarischen Ärzte sprachen sich über den Zustand des Generals während der Fahrt mir gegenüber — ich befand mich zufällig im selben Zuge — sehr pessimistisch aus. Dank der Kunst österreichischer Ärzte verlief der Eingriff glücklich und heute konnte der Generalissimus, das herrliche Wetter benützend, zum erstenmal das Sanatorium verlassen, um mit Frau und Kindern eine Spazierfahrt zu unternehmen. Nach seiner Rückkehr hatte er, trotzdem die frische Luft auf ihn sehr ermüdend gewirkt, die Freundlichkeit, mich zu empfangen. Den Kopf verbunden, mit eingefallenem, scharf geschnittenem Gesicht, das deutliche Spuren nicht nur der erlittenen körperlichen Schmerzen trägt, sondern viel mehr noch durch die seelischen Leiden, welche die letzten Ereignisse verursachten, gezeichnet ist, lud mich der Feldherr ein, Platz zu nehmen. „Zum Unglück“ — sagte er — „bin ich ein kranker Mann und kann nicht dort sein, wo ich jetzt so gern wäre und sein müßte. Es ist plötzlich etwas geschehen, was ich nicht erwartet hätte; ein tiefer Kummer erfüllt mich, weil ich nicht die wirkliche Lage genau kenne; denn in den letzten drei Tagen habe ich über Anordnung der Ärzte keine Zeitung erhalten dürfen, und die Ungewißheit lastet furchtbar auf mir. In kleinen Dosen geben mir meine Freunde die Ereignisse ein, die sich in meinem schwer geprüften Vaterlande zutragen.“

Jedenfalls ist der Erfolg der Entente auf dem Balkan, neben der glänzenden Ausrüstung unserer Gegner und Einflüssen, die, von der Entente genährt, aus dem Hinterlande gekommen sein müssen, die Folge unserer Schwäche. Wären wir stark genug gewesen, so hätten wir den wuchtigen Anprall der Entente auch aufgehalten; aber der Krieg bringt neben erfreulichem Plus bedauerlicherweise manchmal auch ein unvermeidliches Minus: leider haben dieses Minus gerade wir aufzuweisen.

Die Regierung hat einen Vorschlag zum Waffenstillstand gemacht, und wiewohl mir die wirkliche Lage nicht genügend bekannt ist, und man vielleicht eine oder die andere unangenehme Nachricht aus Rücksicht auf meinen Zustand vor mir noch verbirgt, muß ich erklären, daß die Regierung des Herrn Malinow entweder so handeln mußte, wie sie tat, weil die Ereignisse an der Front sie dazu gezwungen haben, oder aber — und letzteres glaube ich viel eher — einen übereilten Schritt getan hat. Denn nach dem Durchbruch unseres Zentrums sind die beiden Flügel unverfehrt geblieben, und wir erwarten, daß wir von unseren Bundesgenossen mit genügend starken Kräften unterstützt werden, nicht nur, damit wir den Vormarsch unserer Feinde aufhalten, sondern, um ihnen einen Schlag beizubringen, der die Lage ganz zu unseren Gunsten ändert. Nach alledem, was geschehen ist, kann ich sagen: entweder ergibt der Schritt der Regierung, daß die Entente annehmbare, ehrenhafte Bedingungen stellt oder aber, daß die Bedingungen schwere, erniedrigende und daher mit der Würde Bulgariens unvereinbar sind. Ich nehme das letztere als fast bestimmt an, weil wir nicht erwarten können, in einem Augenblick, da wir unsere Schwäche gezeigt haben, irgendwelche Rücksichten zu finden. Keinesfalls kann ich mich mit dem von der Regierung

1./X. 1918

**Die Frage nach dem kommenden Kanzler.**

Berlin, 30. September.

In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich vielfach mit der Frage, wer der kommende Reichskanzler sein werde. Eine Reihe von Namen wird genannt, darunter der gewesene Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, der Staatssekretär für Kolonien Dr. Solf, der Präsident des Reichstages Fehrenbach, der Gesandte in Kopenhagen Graf Brodorsff-Kaukau und der Vizekanzler v. Payer. Doch beruhen alle diese Namensnennungen vorläufig auf Kombinationen, da erst nach völliger Einigung der Parteien auf ein Programm die Ernennung des Reichskanzlers erfolgen dürfte. Als Grundlage für die Verhandlungen zwischen dem Vertrauensmann der Krone und den Parteien werden die vor kurzem veröffentlichten Programme der Nationalliberalen und der Sozialdemokraten angesehen.

Die „Bosfische Zeitung“ nennt als Vertrauensmann der Krone, welcher dem kaiserlichen Erlaß zufolge mit den Reichstagsparteien verhandeln solle, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hinzp. Das Blatt erzählt, daß das Rücktrittsgesuch v. Hinzps nicht genehmigt worden sei, sondern daß der Staatssekretär dem Kaiser sein Amt zur Verfügung gestellt habe für den Fall, daß im Interesse der parlamentarischen Lage weitere persönliche Veränderungen wünschenswert würden.

Dem gleichen Blatte zufolge wünschen die Mehrheitsparteien, daß als Reichskanzler und als Staatssekretär des Auswärtigen Berufsdiplomaten eingesetzt würden, die eine programmatische Übereinstimmung mit den Reichstagsparteien erzielen.

**Die Aufnahme der Demission im Hauptausschuß.**

Berlin, 30. September.

Der Hauptausschuß des Reichstages ist heute nachmittag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm zunächst der Präsident des Reichstages Fehrenbach Stellung zu einer heutigen Meldung des „Berliner Tageblatt“, wonach er vor der Abreise des Reichskanzlers in das Hauptquartier diesem im Auftrage der Mehrheitsparteien Auerthaus mitgeteilt habe. Diese Meldung, erklärte der Präsident, berührt meine Stellung als Präsident. Ich fungiere nicht als Vertreter der Mehrheitsparteien, sondern als solcher des Reichstages und habe an den Besprechungen der Mehrheitsparteien mich nicht beteiligt. Entsprechend einer Einladung des Reichskanzlers habe ich diesen vor seiner Abreise besucht.

Hierauf nahm der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer das Wort und verlas den kaiserlichen Erlaß an den Reichskanzler. Sodann führte der Vizekanzler aus: Für diesen Erlaß, durch den der Kaiser dem ernstlichen Willen Ausdruck gibt, daß dem Wunsche des nun schon seit Jahren so gewaltiges leistenden und ertragenden deutschen Volkes nach einer verstärkten Mitwirkung bei der Leitung der Geschäfte des Deutschen Reiches weitgehend Rechnung getragen werde, gebührt ihm unser aufrichtiger Dank. Im Auftrag des Herrn Reichskanzlers werden wir noch heute in Beratungen mit den Führern der einzelnen Parteien über den besten Weg, zu diesem Ziele zu gelangen, eintreten und haben die sichere Hoffnung, daß es uns gelingen wird, in kürzester Frist diese für die Zukunft unseres Vaterlandes höchst bedeutungsvolle Entwicklung zu einer unjere Einigkeit und Kraft stärkenden Lösung zu bringen.

Die Verlesung des Erlasses wurde mit Bravourun angenommen. Der Vorsitzende Abg. Ebert schlug nun vor, nach diesen Mitteilungen sich zu vertagen.

Gegenüber erhoben die unabhängigen Sozialdemokraten Ledebour und Cohn Einspruch, da ein Grund, sich jetzt zu vertagen, nicht vorliege. Nicht ein unkontrollierbares Kollegium solle über die Bildung der neuen Regierung beschluß fassen, sondern die Vollversammlung des Reichstages.

Der Präsident des Reichstages Fehrenbach verwies demgegenüber auf seine Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher er sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß der Reichstag einberufen werden solle, jedenfalls dann, wenn die gegenwärtige Regierungstruppe ihren Abschluß gefunden habe. Jetzt den Reichstag einzuberufen, halte er nicht für zweckmäßig.

Der Vorschlag des Präsidenten wurde nach wiederholtem Einspruch der unabhängigen Sozialdemokraten schließlich angenommen und die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt.

**Der Beginn der Herbsttagung.**

Wien, 30. September.

Nach zweimonatiger Pause tritt morgen das Abgeordnetenhaus wieder zusammen. Ursprünglich war der Verlauf der Herbstsession anders gedacht. Die Bedeckung des Zweimilliarden-Defizits im Staatshaushalte war die Hauptaufgabe der Regierung. Mitte September sollte eine eigene Steuer-session beginnen, um die bereits eingebrachten Steuervorlagen zu erledigen. Als aus dieser Anregung nichts wurde, sollte die Herbstsession selbst zu einer Steuer-session umgewandelt werden. Die Ereignisse in Bulgarien, die von Ungarn forcierte bosnisch-herzegowinische Frage, die vom Auswärtigen Amte ausgegangene Friedensanregung, die militärischen Ereignisse haben die Steuerpläne wieder etwas in den Hintergrund gedrängt. Das Abgeordnetenhaus tritt im Zeichen der auswärtigen Ereignisse zusammen. Aus der Programmrede, die Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek für den Beginn der morgigen Sitzung angekündigt hat, wird der Passus über die auswärtige Lage, den der Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Burian verlesen wird, mit dem lebhaftesten Interesse erwartet. Die meisten dringlichen Anfragen, die von den Parteien in der morgigen Sitzung eingebracht werden, dürften sich auf die auswärtigen Ereignisse und auf die südslawische Frage beziehen. Dazu kommen Anregungen zu Friedens-undgebungen, die ebenfalls von einigen Parteien geplant sind. Es war bisher üblich, daß das Abgeordnetenhaus am Beginne eines Sessionabschnittes eine große politische Debatte abführt. Die heutige Obmännerkonferenz hat beschlossen, diesmal zwei politische Debatten abzuhalten. Eine über die Erklärungen des Ministerpräsidenten, die andere über die dringlichen Anfragen der Parteien.

Das Bild der Parteien hat sich seit dem Sommer wenig verändert. Das Ministerium Hussarek hat von den im

daß die Schaffung eines solchen Gesetzes eine Un-  
 leit darstelle. Justizminister Dr. v. Schauer gab  
 daß die Regierung mit der Anregung in der Zentral-  
 sionskommission durchaus nichts zu tun habe und ihr  
 nen fernstehe.

## Fremdenb

### Die Rede Wilsons über den Völkerbund.

R. London, 30. September. (Wiedergabe des Reuterschen Bureaus.) In seiner bereits im Auszuge veröffentlichten Rede führte Präsident Wilson noch aus: Der Völkerbund kann nicht jetzt geformt werden. Wenn er jetzt geformt würde, würde er nur ein neues, auf die gegen den gemeinsamen Feind assoziierten Nationen beschränktes Bündnis sein. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß er nach Friedensschluß geformt werden könnte. Es ist notwendig, den Frieden zu garantieren, und der Friede kann nicht als nachträglicher Einfall (as afterthought) garantiert werden. Die Ursache, warum ich wieder in klaren Worten darüber spreche, warum er garantiert werden muß, ist, daß es Teilnehmer an dem Frieden geben wird, deren Versprechungen sich als unzuverlässig herausgestellt haben, und daß deshalb im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen selbst Mittel gefunden werden müssen, um diese Quelle der Unsicherheit zu entfernen. Es wäre töricht, die Garantie einer späteren freiwilligen Aktion einer Regierung zu überlassen, die, wie wir gesehen haben, Rußland zerstört und Rumänien besetzt hat. Aber diese allgemeinen Worte geben noch kein Bild von der ganzen Sache. Es sind noch einige von diesen Einzelheiten, und ich spreche davon mit umso größerem Vertrauen, weil ich bestimmt erklären kann, daß sie die Auffassung der Regierung über ihre eigene Pflicht mit Bezug auf den Frieden darstellen.

Keine Sonderbündnisse, kein wirtschaftlicher Boykott.

1. Die unparteiliche Gerechtigkeit, die zugestanden wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerechtfertigt sein wünschen und jenen, denen gegenüber wir nicht gerechtfertigt zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstrafungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

2. Kein besonderes, abgesondertes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgend eines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt.

3. In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es kein Band, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben.

4. Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen, selbstlichen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung wirtschaftlichen Boykotts in irgendeiner Form oder Ausschließung, ausgenommen die Machtvollkommenheit, die dem Völkerbunde erteilt wird, wirtschaftliche Strafen durch Ausschluß von den Weltmärkten zu verhängen, und diese wiederum als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

5. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollständig der übrigen Welt mitgeteilt werden.

Die besondern Bündnisse und die wirtschaftlichen Privilegien und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen gewesen, die Kriege heraufbeschworen haben. Ein Friede, der dies nicht in bestimmten Ausdrücken ausschließt, würde unaufrichtig und ungewiß sein. Das Vertrauen, mit dem ich für unser Volk über diese Dinge spreche, entspricht nicht nur den Traditionen und den wohlbekanntesten Grundsätzen internationaler Gerechtigkeit, zu denen wir uns immer bekannt haben und denen wir immer gefolgt sind. In demselben Maße, in dem ich sage, die Vereinigten Staaten schließen keine besondern Verträge oder Abkommen mit einzelnen Nationen, bin ich auch bereit zu sagen, daß die Vereinigten Staaten willens sind, ihren vollen Anteil an der Verantwortlichkeit für die Einhaltung der gemeinsamen Abmachungen und Verträge, auf denen der Friede in der Zukunft beruhen muß, zu übernehmen. Wir lesen noch immer Washingtons unfehlbare Warnung vor umgarnenden Verträgen mit vollem Verständnis und mit der Absicht, sie zu befolgen. Aber nur besondere und umgrenzte Bündnisse umgarnen, und wir anerkennen und akzeptieren die Pflicht des neuen Tages, an dem uns gestaltet wird, auf das allgemeine Bündnis zu hoffen, das Verwicklungen und die Erhaltung gemeinsamer Rechte klären wird. Ich gab eine Analyse der internationalen Lage, die durch den Krieg erzeugt wurde, nicht weil ich bezweifle, ob die Führer der großen Nationen und Völker, mit denen wir assoziiert sind, derselben Ansicht sind und ähnliche Zwecke verfolgen, sondern weil die Atmosphäre alle Augenblicke von Nebeln, grundlosen Zweifeln und böswilligen Verdrehungen verdunkelt wird und weil es notwendig ist, immer wieder dem unverantwortlichen Gerede über Friedensintrigen entgegenzutreten, das die Moral schwächt.

Wie ich bereits gesagt habe, haben weder ich noch irgendjemand anderer von der Regierung dem Kriegsproblem seine Form gegeben. Ich bin nur mit der Einsicht, die mir zur Verfügung steht, auf sie eingegangen, aber ich bin gerne darauf eingegangen mit einer Entschlossenheit, die in dem Maße wärmer und vertrauensvoller geworden ist, in dem die Kriegsfragen immer klarer geworden sind. Es ist jetzt klar, daß es sich um Fragen handelt, die niemand entstellen kann, wenn er es nicht absichtlich tut. Ich muß für sie kämpfen, und zwar so für sie kämpfen, wie die Zeit und die Umstände sie mir und der ganzen Welt erlauben. Unsere Begeisterung für sie wird immer unwiderstehlicher. Sie stoßen in immer lebendigeren, immer weniger mißverständlichen Umrisen da, und die Mächte, die für sie kämpfen, schließen sich enger und enger aneinander und organisieren ihre Millionen in mehr und mehr unbestimmter Macht in dem Maße, in dem wir die Gedankenwelt und die Absichten der Völker, die daran beteiligt sind, immer deutlicher werden. Es ist eine Eigentümlichkeit dieses großen Krieges, daß die Gedanken der Menschenmenge, die, wie man annimmt, von den Staatsmännern geformt und geleitet werden, während die Staatsmänner nach Definitionen ihrer Ziele zu suchen und manchmal ihren Standpunkt zu verändern scheinen, immer klarer und sicherer darüber werden, wofür sie kämpfen. Die nationalen Ziele sind mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Das gemeinsame Ziel einer erleuchteten Menschheit hat ihren Platz eingenommen. Die Maßstäbe einfacher Männer sind immer einfacher, ehlicher und einheitlicher als die Maßstäbe der von Sophistik angekränkelten Staatsmänner, die noch immer der Meinung sind, daß sie der Mächte Spiel spielen und es mit hohem Einsätze spielen. Das ist es, warum ich sage, daß dies

ein Volkstriebe und nicht ein Krieg der Staatsmänner

ist. Die Staatsmänner müssen dem geklären, allgemeinen Empfinden folgen oder sie werden zerstückelt werden. Ich glaube, daß das die Bedeutung der Tatsache ist, daß Versammlungen und Vereinigungen verschiedener Art, die aus einfachen Arbeitenden bestanden, verlangt haben, daß die Leiter ihrer Regierungen ihnen deutlich und genau erklären sollen, wo sie mit diesem Kriege eigentlich hinaus wollen und wie sie sich die eigentlichen Punkte des schließlichen Friedensabkommens denken. Sie sind mit dem, was ihnen gesagt wurde, noch nicht zufrieden. Vielleicht haben die Staatsmänner dieses veränderte Aussehen der ganzen Welt, der Politik der Nationen noch immer nicht richtig erkannt. Aber ich will gerne immer wieder versuchen, zu antworten, in der Hoffnung, es kann klarer zu machen, daß die allgemeinen Gedanken darauf gerichtet sind, diejenigen zu beschreiben, die in Reich und Arm kämpfen und die vielleicht vor allem anderen das Recht auf eine Antwort haben, deren Bedeutung niemand ohne Entschuldigung mißverstehen kann, wenn er die Sprache, in der sie erteilt wird, versteht oder jemandem aufzwecken kann, der sie nicht in seiner eigenen Sprache überseht. Ich glaube, daß die Leiter der Regierungen, mit denen wir assoziiert sind, wenn sie ihnen die Gelegenheiten darbietet, ebenso deutlich sprechen werden, wie ich zu sprechen versucht habe. Ich hoffe, daß sie frei heraus sagen werden, ob sie glauben, daß ich in meiner Auslegung des Problems, um das es geht, irre oder in meinen Ansichten über die Mittel, durch die eine befriedigende Lösung erreicht werden kann. Eine Einheitsfront von Willen und Entschluß ist in diesem Kriege ebenso unbedingt notwendig, wie das einheitliche Kommando auf dem Schlachtfelde notwendig war, und mit einer vollständigen Einheitlichkeit von Absicht und Entschluß wird auch die Sicherheit eines vollständigen Sieges kommen. Es kann auf keine andere Weise erreicht werden. Die Friedensoffensiven (Peace drives) können nur dann mit Erfolg neutralisiert und zum Schweigen gebracht werden, wenn man zeigt, daß jeder Sieg gegen Deutschland die assoziierten Nationen und Völker jener Art von Frieden näher bringt, die allen Völkern Sicherheit und Beruhigung bringen wird, und die Widerstand eines solchen Kampfes für immer unmöglich machen wird. Deutschland spricht fortwährend von Bedingungen, die es annehmen bereit ist, und findet immer wieder, daß die Welt keine Friedensbedingungen will. Sie will den endgiltigen Triumph der Gerechtigkeit und ein ehliches Vorgehen.

1. X. 1918

alles waren Veranlassungen für eine weitere Schwächung der Position des Kanzlers. Mit der Krise mußte gerechnet werden, seitdem Graf Hertling am Tage nach Dr. Kühlmanns Rede den Staatssekretär in einer Rede im Reichstage hatte fallen und die Ernennung des Herrn v. S i n b e zum Staatssekretär hatte geschehen lassen. Aus den letzten Reden des Grafen Hertling und des Dr. von B a y e r, die ebenso in frischer Erinnerung sind wie die jüngsten militärischen und politischen Ereignisse, hoben die Mehrheitsparteien den Schluß gezogen, daß mit den beiden Staatsmännern an der Spitze der Reichsgeschäfte nicht jene Veränderungen zu erzielen sind, die sie anstreben.

## Waffenstillstand zwischen der Entente und Bulgarien.

Entgegen den Wünschen der Politiker der M i t t e r t e n hat der Oberbefehlshaber in Saloniki der Bitte der Regierung Malinow entsprochen und schon am Sonntag abend den Bulgaren den erbetenen Waffenstillstand bewilligt. Zwischen Politik und Militär in der Entente ist dadurch ein bemerkenswerter Widerspruch offenbar geworden. Der einfache Menschenverstand hätte doch erwarten müssen, daß der plötzlich begonnene Siegeslauf der Salonikiarmee ohne Unterbrechung und ohne Rücksicht auf die Bitte der Bulgaren fortgesetzt werde. Die öffentliche Meinung Englands hat sich zwar sofort mit den Friedensverhandlungen, aber nicht mit dem Waffenstillstand einverstanden erklärt, und die französische Presse verriet sogar erhebliche Lust vor der Möglichkeit, die rasch errungenen Erfolge gewissermaßen leichtfertig aus der Hand zu geben.

Ein Blick auf die Karte hilft, die unvermutete Nachgiebigkeit der Entente in einer so wichtigen Frage, wie es die Gewährung eines Waffenstillstandes für den geschlagenen Feind ist, einfach zu erklären: Die Salonikiarmee ist auf ihrer Jagd hinter den zurückweichenden bulgarischen Truppen in die Weite und Breite allzu sehr von ihrer Basis abgekommen. Die 150,000 Mann der Salonikiarmee haben es zwar zuwege gebracht, am Ausgangspunkt ihrer Offensive die Bulgaren zu schlagen, aber mit dem nach rechts und links fächerförmig erfolgenden Vorwärtstürmen ging ihr der Atem aus zu einer vollständigen Erledigung ihrer Aufgabe. Je mehr sie sich von ihrem Ausgangspunkt entfernte, um so dünner wurden ihre Reihen, und obendrein mußte sie zu dem, was man Clappendienst nennt und was in diesem Kriege mit seinen gewaltigen Materialschlachten von besonderer Bedeutung ist, für die Sicherung des Nach-

schubes Kräfte zurücklassen. Darum schlug der Generalissimo von Saloniki ein. Er hatte die Waffenpause fast nötiger als sein verängstigter Gegner. Unter welchen politischen und militärischen Bedingungen die Unterhändler des Herrn Malinow den Waffenstillstand erhielten, wie lange er dauert, welche Forderungen für seine Gewährung zu erfüllen sind, ist zur Stunde noch nicht bekannt; aber auch für Herrn Malinows Politik war die rasche Bereitwilligkeit des feindlichen Generals eine Errungenschaft, denn sie ermöglichte ihm, knapp vor Zusammentritt des Sobranjes eine sogenannte „vollendete Tatsache“ zu schaffen.

Mit dieser Waffe in den Händen hofft Malinow in Sobranje, das gestern nachmittag in Sofia zusammentrat, die Opposition zu besiegen. Ob es ihm gelingt, wird sich bald zeigen, aber im Grunde wenig oder gar nichts an den Verhandlungen ändern. Ein namhafter Teil der bulgarischen Armee ist nicht willens, Herrn Malinow Gefolgschaft zu leisten, und bekundet seine Gegnerschaft gegen den unwillkommenen Friedensschritt dadurch, daß er die große Zahl jener bulgarischen Soldaten, die auf ihrer Flucht von der Front nach Sofia streben, mit Waffengewalt aufhält und zersprengt und sie auf diese Weise hindert, ihre seit längerem von feindlicher und Hinterlandspionage zerfetzte Befinnung der Hauptstadt des Landes einzulösen.

Für die Mittelmächte ist die Aufgabe klar vorgezeichnet. Sie werden der Entente nicht den Gefallen erweisen, in dem Schritte des Herrn Malinow, wie dies bereits aus allen Zentren der M i t t e r t e n zu uns herüberläut, eine Katastrophe zu erblicken. Der Sondertritt Bulgariens ist eine schmerzliche Sache, aber militärisch nicht irreparabel. Die erste und oberste Aufgabe der Zentralmächte ist, die militärische Lage im verbündeten Osten fest in die Hand zu nehmen, unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten sicherzustellen sowie den Verkehr mit der Türkei zu Lande und zu Wasser freizuhalten. In den Kreisen des Armeekommandos ist man der Zuversicht voll, daß dies gelingen werde.

## Die Bundestreue des Königs Ferdinand. Depeschen des Königs an Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm.

Berlin, 30. September. Den Blättern zufolge hat König Ferdinand von Bulgarien an Kaiser Wilhelm ein Telegramm gerichtet, in welchem er ihn in der gleichen Weise wie in seinem Telegramm an Kaiser Karl seiner Bundestreue versichert.

## Die Stimmung im bulgarischen Heere.

Budapest, 30. September. (Privattelegramm.) Heute um 1/4 Uhr nachmittags ist der Balkanzug in Budapest eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Mitglieder der Budapest bulgarischen Kolonie eingefunden, die begierig waren, neue Nachrichten aus ihrer Heimat zu erhalten. Ein Mitarbeiter des „Magyar Hirlap“ hatte Gelegenheit, mit einem bulgarischen Reisenden, der aus Sofia eingetroffen war, eine Unterredung zu führen. Der Bekessende hatte vor seiner Abreise mit sehr maßgebenden bulgarischen Persönlichkeiten Unterredungen über die militärische und politische Lage. In Sofia, sagte er, herrscht allgemeine Ruhe. Es ist nicht abzuleugnen, daß es gewisse Unruhestörungen gab, doch waren diese nicht von ernstem Charakter und konnten alsbald beigelegt werden, als Militär die Stadt durchzog. Der Durchbruch der Front, mit dem sich die Engländer so sehr brüsten, ist eigentlich die Folge des Verhaltens einiger bulgarischer Regimenter. Zum Glück blieben jedoch diese Regimenter vollständig isoliert denn das Gros des bulgarischen Heeres hält an dem Bündnis mit den Zentralmächten fest. Dieser Geist durchdringt das bulgarische Heer, das von der momentanen militärischen Niederlage nicht betroffen wird. Unsere Kampfbereitschaft und die Tapferkeit unserer Soldaten wird am besten durch die gestern eingetroffene Nachricht bewiesen, wonach die bulgarischen Truppen von den Ententetruppen die mazedonische Stadt Beles zurückerobert und ungefähr 11,000 Gefangene gemacht haben. In ganz Bulgarien sieht man mit größtem Interesse der heutigen Sitzung des Sobranje entgegen. In der bulgarischen Hauptstadt wird mit Gewißheit angenommen, daß die Nationalversammlung für die Fortsetzung des Krieges an der Seite der Verbündeten Stellung nehmen wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Ministerpräsident Malinow nach dem Beschlusse des Sobranje demissionieren wird.

## Die Ursachen der bulgarischen Niederlage.

Berlin, 30. September. (Privattelegramm.) Ueber die Lage in Bulgarien ist insoweit eine Klärung eingetreten, als man sagen kann, die bulgarische Niederlage ist im wesentlichen nicht auf Gründe militärischer Natur zurückzuführen. Wie bereits gemeldet wurde, sind an dem Versagen größerer Teile des sonst kühnen Heeres die schweren innerpolitischen Parteikämpfe schuld. Bolschewikische Ideen haben sich aus dem Volke auch auf

Fortsetzung des Romans „Glücksprinzessin“ von G. G. K. Veragin! auf Seite 18 vom 1. Oktober.

## Feuilleton.

### An der Wiege der europäischen Kultur.

Von Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Bauer.

Europa, das sind die Germanen. Natürlich schallt es mir entgegen: Nationale Unmässigkeit, Rassenhass, Rassenhass! Und ich gebe gern zu, daß in diesem Satz eine Uebertreibung liegt. Ist das aber nicht bei allen blankgeschliffenen, glitzernden Behauptungen allgemein menschlichen Gepräges der Fall? Vor allem also eine Feststellung. Am Aufbau des Franzosentums haben Franken, Burgunder und Westgoten redlich mitgearbeitet, suebisches und westgotisches Blut rollt in den Spaniern, ostgotisches und langobardisches in den Italienern, Rusland, Nordfrankreich, Sizilien hat die Spuren der Normannen nicht verwischen können. Und die Angelsachsen in England! Ich will den Keiten und Slawen und Ahrnern, und wie sie alle heißen mögen, beileibe keinen Abbruch tun, können sie sich aber mit den Germanen messen in der Freigebigkeit an Blut und Kraft, die sie so oft nutzlos, scheinbar nutzlos vergeudet, die sie so oft in wahren Uebermut hingegessen haben? Europa, das sind die Germanen... Na was bedeutet denn eigentlich „Europa“? Und ich erwidere mit einer weiteren Uebertreibung: Europa bedeutet uns die Mensch-

10. I. 1918

## Das Waffenstillstandsabkommen von Saloniki.

Wien, am 30. September.

Im Gegensatz zu den ersten aus Paris und London gekommenen amtlichen Nachrichten über eine Ablehnung des Ansuchens Bulgariens um einen Waffenstillstand wird heute aus Paris gemeldet, daß in Saloniki zwischen dem Oberbefehlshaber der Verbandsarmee in Mazedonien General Franquet d'Esperey und den Abgesandten Malinows ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde. Die bulgarischen Abgesandten hätten alle von General d'Esperey gestellten Bedingungen angenommen, welcher Art aber diese Bedingungen sind, wird nicht angegeben. Die Bedingungen eines Friedensschlusses, die eine Londoner Neuter-Meldung vom 28. September verbreitet hat, und aus denen sich auch auf die Waffenstillstandsbedingungen schließen ließe, waren für die Bulgaren vernichtend. Ob den Abmachungen von Saloniki ähnliche Forderungen des Verbandes zugrunde liegen, ist unbekannt, vorläufig aber auch nebensächlich. In Sofia, nicht in Saloniki liegt heute die Entscheidung über die weitere Gestaltung der Lage auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz. Ein wichtiges Symptom ist, daß sich das Sobranje nach Anhörung Malinows ohne Beschlußfassung auf vier Tage vertagt hat. Das zeigt, daß auch die Anhänger Malinows schwanken und die weitere militärische Entwicklung abwarten wollen. Daß andererseits der feindliche Oberkommandant in Mazedonien jetzt entgegen der ersten Meldung dem Abschluß eines Waffenstillstandes zugestimmt hat, ist ein Beweis, daß die Salonikiarmee selbst einen solchen derzeit dringend benötigt.

Die Lage an der mazedonischen und albanischen Front bietet zurzeit beiläufig folgendes Bild: Im Raum östlich des Doiransees wußten die bulgarischen Truppen mit anerkannter Fähigkeit ihre Stellungen zu behaupten und vermochten dem anstürmenden Gegner nicht bloß Gefangene, sondern auch Geschütze zu entreißen. Die Operationen der feindlichen Salonikiarmee auf dem östlichen Flügel haben daher keineswegs irgendwelche erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, ausgenommen im Tale der Dregalnica, aus dem übrigens keine fahrbare Kommunikation über das Gebirge in das Strumatal und damit nach Sofia führt. Die Armee des Generals Franquet d'Esperey war nicht in der Lage, das scharfe Tempo des rücksichtslosen Vordringens weiter einzuhalten. Im Ostteil der mazedonischen Front, mit Ausnahme des kleinen Geländestreifens bei Strumitza, konnten die bulgarischen Truppen vor der alten bulgarischen Grenze dem Gegner Halt gebieten. Auch im Raume östlich des Bardar waren bulgarische Truppen in der Lage, nördlich von Stip geführte kräftige Angriffe der feindlichen Truppen erfolgreich abzuweisen und die Zugänge auf die Hochfläche von Kumanovo sowie zur Straße Kumanovo—Küstendil dem Gegner streitig zu machen. Die Besetzung des seitab im Tale gelegenen Stoplje (Uesküb) durch serbische Truppen, die in Gewaltmärschen vorgebracht sind, ist aus politischen Motiven erfolgt und von keiner militärischen Bedeutung. Die bulgarischen Nachhuten haben sich außerhalb der Stadt in günstig gelegenen Verteidigungsabschnitten festgesetzt, so daß alle von Stoplje strahlenförmig auseinander laufenden Kommunikationen für die nächste Zeit ausreichend gesichert erscheinen. Jene Teile der feindlichen Truppen, die seinerzeit über Prilep vorgebracht waren, haben die Offensivtätigkeit nicht weiter fortgesetzt.

Ein Vergleich der ursprünglichen Front der feindlichen Salonikiarmee mit der Ausdehnung der jetzigen Front, die von Struma—Strumitza über Kocana—Tjula nördlich Stip nach Uesküb und dann weiter über Krusevo herunter zum Prespasee reicht, ergibt nun, daß die neue Front etwa zweieinhalbmal so lang ist als die frühere. Hieraus ergibt sich die Schlussfolgerung, daß die Kräfte der Armee d'Esperey nicht mehr ausreichen können, um die ursprünglich an verschiedenen Stellen angesezte Offensive nach allen diesen Richtungen fortzusetzen. Hierzu kommt noch, daß die feindliche Armee wohl an ihrer alten Front, die an der mazedonisch-griechischen Grenze verlaufen war, sehr gute Nachschub-einrichtungen besaß, in ihrer heutigen Front aber nur eine einzige Eisenbahn, die Bardarbahn, von bekanntlich geringer Leistungsfähigkeit und dann die Straße über Prilep nach Veles hinaus zur Verfügung hat. Außerdem stehen ihr natürlich in Mazedonien nicht Transportmittel in jenem Ausmaße zur Verfügung wie etwa den Armeen im Westen. In den südlichen, flacheren Teilen Mazedoniens konnten die großen Lastauto-Kolonnen von englischer und französischer Konstruktion bei geringen Steigungen und auf kürzere Entfernungen zwischen Saloniki und der Grenze hinreichen, heute vermögen sie aber keineswegs den Nachschubdienst ununterbrochen aufrecht erhalten. Der Zustand, wie er schon Samstag von englischer Seite offen gekennzeichnet worden war, um die Öffentlichkeit der Entente vorzubereiten, ist nunmehr eingetreten, das bisherige Tempo des Vormarsches wird nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Weiters ist an operativen Momenten noch folgendes hervorzuheben: Der erste Durchbruch ist im Raume nordwestlich von Bobena, in der Nize Marina erfolgt, dann folgte der Stoß im Raume nördlich von Bobena, woran sich zuerst eine Schwänkung der Front gegen Nordwest und später eine plötzliche Umkehr derselben nach Norden und Nordosten schloß. Ein Zusammenhalten der Kräfte war unter diesen Umständen

durch panikartige Ausstreuungen verursachte wirtschaftliche Schäden sind verhängnisvoll, und die auf solche Weise verlorenen Werte erhalten wir niemals zurück. Ich bitte die Herren, in das Publikum das Bewußtsein zu übertragen, daß, wie immer die Kriegslage ist, sie keinen unmittelbaren Einfluß auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat, denn die Sicherheit unserer wirtschaftlichen Lage und unserer Werte liegt in deren innerem Wert."

## Ruhig Blut in Oesterreich.

Berlin, 30. September.

Der „Lokalanzeiger“ bezeichnet die Tatsache als hervorhebenswert, daß die österreichische Presse in diesen Tagen ihre Nerven behalten hat. Ohne die neuen Gefahren zu verkennen, die den Mittelmächten plötzlich in ihrer Ostflanke erwachsen seien, vertraue die öffentliche Meinung der Donaumonarchie doch durchwegs auf die beruhigenden Erklärungen der maßgebenden Regierungsstellen insbesondere nach der Richtung hin, daß alle militärischen Vorkehrungen getroffen seien, die die Stunde erfordere.

# Die Programmrede des Ministerpräsidenten.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses war nur von kurzer Dauer. Nach der Rede des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek, die wir an anderer Stelle des Blattes besprechen, schloß der Präsident auf Grund der am Vortage in der Obmännertkonferenz getroffenen Vereinbarung die Sitzung, um den Parteien Gelegenheit zu geben, auf Grund dieser Rede die Stellungnahme zur Regierung zu beraten und über die im Hause einzuschlagende Taktik zu beschließen. In einer neuerlichen Obmännertkonferenz, die kurz nach Schluß der Hausjitzung stattfand, wurde beschlossen, zuerst eine Debatte über jenen Teil der Ausführungen des Ministerpräsidenten zu eröffnen, der die außenpolitischen Fragen behandelt, und unter einem auch die Besprechung jener Anträge der Parteien, die die Friedensfrage betreffen, zu verhandeln. Hiefür wurden dreißig Redestunden in Aussicht genommen, jedenfalls viel zu viel, da erfahrungsgemäß nach kurzer Zeit, sobald die Führer der großen Verbände einmal gesprochen haben, die Debatte verflucht und die Interesselosigkeit im Hause eine allgemeine wird.

Die Debatte dürfte nach den aufgestellten Berechnungen die ganze Woche in Anspruch nehmen. In der kommenden Woche wird eine große politische Debatte über den innerpolitischen Teil der Rede Hussareks abgehalten werden. Man rechnet ferner damit, daß inzwischen noch dringliche Anfragen über die Ernährungs politik der Regierung eingebracht werden und daß sich an die beiden politischen Debatten noch eine Ernährungsdebatte anschließen wird, um den Parteien Gelegenheit zu geben, ihre zahlreich vorhandenen Wünsche und Beschwerden gerade auf diesem Gebiete zu äußern. Diese Debatten bedeuten eine nicht unwesentliche Verzögerung in der Erledigung der Steuervorlagen, da das Abgeordnetenhause nach diesem Programm erst in der zweiten Hälfte Oktober in die Beratung der Steuervorlagen eingehen könne.

In Fortsetzung seiner Programmrede führte Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses weiters aus:

## Die Steuervorlagen.

Unter den Aufgaben der Gesetzgebung, die an das hohe Haus herantreten, stehen im künftigen Sessionsabschnitte finanzielle in erster Linie. Der oberste Grundsatz einer ordentlichen finanziellen Gebarung, daß die laufenden dauernden Ausgaben einschließlich des Aufwandes für den Schuldendienst durch dauernde Einnahmen gedeckt werden müssen, besteht für die Kriegszeit mindestens ebenso wie im Frieden.

Schon die vorige Regierung hat dem durch die Einbringung einer Reihe von Steuerentwürfen Rechnung getragen, die zum Teile bald seit Jahresfrist dem Hause vorliegen. Unhängig sind — abgesehen von den zwar im Abgeordnetenhause, aber noch nicht im Herrenhause erledigten Gesetzentwürfen über die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern und über die Effektenumsatzsteuer — die Gesetzesvorlagen über die Erhöhung von direkten Steuern — der Erwerb- und der Grundsteuer — über eine Wänderung und Erhöhung der Weinsteuern, Schaumweinsteuern, Zuckerversteuerung und die Einführung einer Kohlensteuer. Ich kann nicht dringlich genug bitten, diesen Vorlagen auch möglichst bald zur Gesetzgebung zu verhelfen. Jeder Tag, der verzögert wird, würde dem Staate den Zufluß von Mitteln vorenthalten, deren Beschaffung auf dem Wege des Schuldenmachens einer geordneten Wirtschaft nicht entsprechen würde.

Abg. Hillebrand: Deswegen hat man das Haus monatlang ausgeschaltet!

Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek: Ich nicht! Im übrigen hat aber der Herr Finanzminister schon in seinen Darlegungen anlässlich der Einbringung des Staatsvoranschlags für das Jahr 1918/19 auseinandergesetzt, daß diese in Verhandlung stehenden Steuermahnahmen nicht genügen. Zur Deckung des Defizits hat der Finanzminister schon damals neue Vorlagen für den Herbst angefordert. Sie werden dem Hause in Kürze zukommen. (Fortgesetzte Zwischenrufe bei den Tschechen.)

Sie werden eine Warenumsatzsteuer, verbunden mit einer Zugssteuer, sodann Vorschläge wegen Reform der Eisenbahnverkehrssteuern und eine Reihe von kleinen Gebührenerhöhungen und Gebührenerformen enthalten. Sodann wird eine Erhöhung der Biersteuer und — falls der Finanzausschuß nicht schon gegenwärtig einen Initiativantrag in Verhandlung nehmen sollte — eine Erhöhung der Branntweinsteuer beantragt werden. Ferner stellt sich schon zur Ausgleichung der ungeheuer erhöhten Produktionskosten eine Erhöhung des Saatzpreises, die in Ungarn bereits mit 1. September in Wirksamkeit getreten ist, als unumgänglich heraus.

Weiters wird der Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes eingebracht werden, der die Möglichkeit staatlicher Beteiligungen anlässlich der Preisfestsetzung bei staatlich bewirtschafteten Waren betreffen soll. Der zukunftsreiche Gedanke einer Beteiligung der staatlichen Gemeinschaft an den Ergebnissen solcher Unternehmungen, die unter besonderem staatlichen Schutze tätig sind, kann zunächst in jenen Erwerbszweigen verwirklicht werden, in denen die Bewirtschaftung der Waren schon heute unter staatlicher Ingerenz erfolgt. Mit Recht ist aber anlässlich der Fälle, in denen schon bisher solche Beteiligungen administrativ eingeführt wurden, gesagt worden, daß eine Mitwirkung der Volkswirtschaft in solchen Fällen am Platze wäre. Die Regierung will nun diesem Verlangen in einem Gesetze, das die ständige Mitwirkung eines Parlamentsausschusses vorsieht, zur Anerkennung verhelfen.

Endlich wird der Entwurf einer fortlaufenden Vermögenssteuer vorgelegt werden; ihre Bedeutung geht über die Defizitdeckung im laufenden Verwaltungsjahre erheblich hinaus. Sie soll als solche nur eine Ergänzungsteuer unserer Einkommensteuer werden, zugleich aber soll sie etwas nachholen, was uns fehlt, indem sie die Grundlage für Maßnahmen schafft, die das Vermögen zum Maßstabe nehmen müssen. Die Regierung plant eine solche schon in unmittelbarer Verbindung mit der laufenden Vermögenssteuer zu beantragen.

Es stehen also dem Reichsrate auf finanziellem Gebiete schon in aller nächster Zeit große Aufgaben bevor. Ich richte an das hohe Haus den dringenden Appell, in der Durchführung dieser Aufgaben alles, was politisch trennt, möglichst zurücktreten zu lassen, es handelt sich um Interessen nicht mehr allein des Staates, als der obersten Organisation der von dieser Volkswirtschaft repräsentierten Gemeinschaft, sondern um solche eines jeden einzelnen Staatsbürgers, um Interessen der Bevölkerung selbst, die unter einer ungeordneten Finanzwirtschaft leidet. Nur die Regelung derselben wird uns den Weg eröffnen, jene großen Aufgaben weiter zu verfolgen, welche unausgesetzt und gebieterisch die Ausnahme in das Arbeitsprogramm des Reichsrates erheischen. Ich brauche sie wohl nicht im Einzelnen aufzuzählen. Die Sorge für die besonnene Fortführung der sozialen Gesetzgebung, für den gerade in unseren harten Zeiten schwer bebrängten Mittelstand, für die Angestellten des Staates und für andere öffentliche Funktionäre sind ja jedem von uns ans Herz gewachsen. Eröffnen Sie durch die Verabschiedung der Finanzvorlagen den Weg zu erfolgreichen Taten auf diesen Gebieten.

Die lange Dauer des Krieges und die sich immer verschärfenden Schwierigkeiten der Produktion haben naturgemäß auch

## unsere Ernährungsfrage

beeinflusst. Die letzten Wochen des abgelaufenen Wirtschaftsjahres haben der Bevölkerung harte Entbehrungen auferlegt. Nun stehen wir am Beginne eines neuen Wirtschaftsjahres und von der Ernte erhoffen wir eine Besserung und Erleichterung der Ernährungsfrage. (Zwischenrufe.) Erfreulicherweise ist die Getreideernte im allgemeinen eine gute und namentlich in Gerste und Hafer besser ausgefallen als im vergangenen Jahre. Die frühzeitige und mit allen Mitteln beschleunigte Ausbringung und Ausbreitung des erntefähigen Getreides ermöglicht es, schon im August allmählich wieder die volle Brotquote auszugeben. Hingegen konnte die Mehlernte bisher nicht auf die alte Höhe gebracht werden, ein solcher Schritt kann insoweit nicht verantwortet werden, als ein zuverlässiger Ueberblick über die uns für das ganze Wirtschaftsjahr zur Verfügung stehende Getreidemenge nicht gewonnen werden kann. Die Sicherung unserer Mehlerzeugung hängt von zwei Faktoren ab: Von der Ausbringung im eigenen Lande und von den auswärtigen Zuschüben. In beiden Richtungen ist die Lage derzeit noch nicht vollständig geklärt. Die Regierung hat sich nach reiflicher Erwägung für die Beibehaltung des im Zwange der Verhältnisse begründeten Wirtschaftssystems auch in diesem Wirtschaftsjahre entschieden. Alle Mittel wurden angewendet, um im Rahmen dieses Systems die Ausbringung zu einer möglichst vollständigen zu gestalten. Je besser die Ausbringung sein wird, umso näher rückt die Möglichkeit, die Mehlernte wieder auf den normalen Stand zu bringen. Im allgemeinen kann ich sagen, daß die Ergebnisse der Ausbringung bisher keine ungünstigen sind, obwohl in einzelnen Kronländern (Rufe links: In welchen?) das Ergebnis hinter den berechtigten Erwartungen bis jetzt zurückbleibt. Wenn nun auch in bestimmten Gebieten das Zurückbleiben der Ergebnisse in

## Die Erklärungen des Freiherrn v. Hussarek.

Der österreichische Ministerpräsident hat gestern unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses das Wort ergriffen, um in einer ausführlichen Rede die wichtigsten Fragen des Augenblicks und der Zukunft zu besprechen. Wie wollen gleich bemerken, daß die Ausführungen des Freiherrn v. Hussarek über die südslawischen Fragen Anspruch erheben können, von jedem Österreicher gebilligt zu werden. In der Tat hat Freiherr v. Hussarek mit dem nötigen Nachdruck sich gegen jene Lösung der südslawischen Frage ausgesprochen, die vielleicht vorübergehend den Interessen Ungarns entsprechend scheitern könnte, die aber weder vom rein österreichischen Standpunkte, noch von dem der Gesamtmonarchie annehmbar ist. Wenn der österreichische Ministerpräsident weiters sich dahin ausdrückte, daß eine Vereinigung Bosniens und der Herzegowina und auch Dalmatiens mit Kroatien kein gangbarer Weg für die Vereinigung des südslawischen Problems sei, so hat er damit einer Meinung Ausdruck gegeben, die von berufenen und erfahrenen Kennern der südslawischen Verhältnisse geteilt wird. Freiherr v. Hussarek hat in unzweideutiger Weise den Gedanken abgelehnt, daß Bosnien und Herzegowina an Ungarn angegliedert werden können, da dadurch österreichische Interessen schwer geschädigt würden. Er hat aber auch betont, daß nur durch das Zusammenwirken und Einbernehmen der Bosnier und die Herzegowina bewohnenden Völker und durch deren Selbstbestimmung ein günstiger Weg erwachsen könne.

So klar und deutlich der Ministerpräsident über die Stellung der österreichischen Regierung zur südslawischen Frage sprach, so wenig präzise waren seine Worte über die Absichten, welche die Regierung bei ihren Versuchen, das große österreichische Problem, die Nationalitätenfrage, zu lösen, teilten. Wir wissen bloß, daß Freiherr v. Hussarek das Prinzip der nationalen Autonomie als die Basis für die Neugestaltung Österreichs annimmt. Wie dieser Grundsatz durchgeführt werden soll, ob namentlich die Kronländer aufrecht bleiben sollen, darüber gibt er keine Aufklärung. Er stellt bloß allgemeine Thesen von unanfechtbarer Wahrheit auf, und jedermann wird ihm gewiß zustimmen, wenn er sagt, daß jedem Volk das größtmögliche Maß gleicher Betätigung zu gewähren sei, ohne die gleiche Möglichkeit für irgend ein anderes Volk zu beeinträchtigen. Auch daß bei Fragen der nationalen Autonomie die Sicherung des Gemeinsamen festgehalten werden muß, ist ein Grundsatz, der nur gebilligt werden kann. Allein, wie gesagt, Freiherr v. Hussarek hat gestern nicht den Weg gezeigt, auf dem die Theorie in die Praxis verwandelt werden könnte. Allerdings hat der Ministerpräsident selbst erklärt, daß das letzte Wort der nationalen Autonomie bei uns noch lange nicht gesprochen ist. Es soll und muß gesprochen werden aus der gemeinsamen Energie, aus dem Einbernehmen aller beteiligten Völker. „Bald“, hat Freiherr v. Hussarek gesagt. Dies klingt wie eine Ankündigung, und vielleicht werden wir dann erfahren, wie der österreichische Ministerpräsident sich die Verwirklichung des Gedankens der nationalen Autonomie vorstellt.

und rumänischem Boden stehen.  
Die „Tribune“ erklärt das Angebot für eine verräterische und wohlbelannte bulgarische Methode. Keine zweideutige Komödie in Sofia Wunden schlanen, verräterischen Nachahmer Deutschlands darzustellen, daß er für sein verbrecherisches Ab-

## Die bulgarische Niederlage.

✱ Auf allen Kriegsschauplätzen hat der Generalissimus des Verbandes die gleichzeitige Offensiv- und Defensivstrategie verstanden. Während ihm in Frankreich der heisersehnte Durchbruch durch die deutschen Linien trotz eines unübersehbaren Aufgebots von Soldaten und Maschinen bisher verfehlt geblieben ist und angesichts des zähen Widerstandes unserer tapfern Soldaten verlagert bleibt, hat er an andern Stellen große Erfolge erringen können. Der zusammengefaßten erdrückenden Überlegenheit der Kriegsmaschinen zu Lande und zu Wasser und der englischen Überzahl ist der rechte Flügel der türkischen Armee in Palästina erlegen. Seine Niederlage hat auch den Rückzug der westlich und östlich des Jordans kämpfenden Kräfte notwendig gemacht, sie hat aber den Kriegswillen der türkischen Bundesgenossen nicht erschüttern können; südlich Damaskus erwarten sie den nachfolgenden Gegner, um mit Hilfe heranrückender Verstärkungen den Kampf kräftig wieder aufzunehmen. Ähnliche Ursachen haben auch auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz den Erfolg der taktischen Offensiv- und Defensivstrategie für den Verband erzwingen, aber der taktischen Niederlage des bulgarischen Heeres folgte hier ein moralischer Zusammenbruch eines großen Teils des Heeres und des Volkes und vor allem des führenden Staatmannes. Unter dem Eindruck der Niederlage erkrankte Malinow eine Abordnung nach Salonik, um einen Waffenstillstand nachzusuchen, als Einleitung für Friedensverhandlungen. Damit gestand er den Niederlagen ein. Der Waffenstillstand ist geschlossen, unter welchen Bedingungen, ist zurzeit noch nicht bekannt. Daß er von dem Führer der Verbandsarmee nur unter den schwersten Bedingungen gewährt werden würde, ist zweifellos. Ob er von den verbandsgenösslichen Teilen des Volkes und der Regierung angeht, der in immer stärkeren Massen heraneilenden deutschen und österreichisch-ungarischen Divisionen gegen den Willen der blindstrebenden Massen aufrecht erhalten und durchgeführt werden kann, ist nicht vorherzusehen, und kann sich erst in den nächsten Tagen entscheiden. Der Wille der zusammengetretenen Obrigkeit wird darüber bestimmen.

Auf die politischen Gründe dieses partiellen Zusammenbruchs soll hier nicht eingegangen werden, es sei aber auf die militärische Seite kurz eingegangen. Für jeden, der das bulgarische Volk, sein bisher vorzügliches Soldatenmaterial, sein gut ausgebildetes Heer und seine tapfern, tüchtigen Führer kennt, wäre der Gedanke eines solchen Zusammenbruchs noch vor Jahresfrist unfassbar gewesen. Es müssen also Ursachen gewesen sein, die in dieser Zeitspanne mächtig geworden sind. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß der Verband es verstanden hat, auch hier — genau wie in Frankreich und Palästina — unauffällig eine erdrückende Überlegenheit an Menschen und Material bei Salonik für den Angriff bereitzustellen. Für die Panzertruppen, die Bomben-, Jagd- und Schlachtfleger, für Artilleriematerial, für Gas- und Rebellmunition verfügte sie für dort, wie hier, über die Werkstätten fast der ganzen Welt. Zur Auffüllung der Heere auf eine starke Überlegenheit zogen sie dort die Amerikaner, hier die Griechen und Serben heran, die unter Leitung französischer Lehrer an Feldverwendungsfähigkeit einen hohen Grad erreicht haben. Diese Massen konnten von ihrem Führer zum Stoß an entscheidender Stelle zusammengezogen werden, indes die viel schwächeren bulgarischen Kräfte auf einer sehr langen Front sich zerplüßten. So kam es, daß der französische Führer mit gewaltiger Überlegenheit an Kräften und Mitteln an der Stelle der Front einbrechen konnte, die ihm den ungehinderten Einmarsch seines gewaltigen Kriegsgütergestaltens und der Verteidigung wenig Unterstützung bot. Eine derartige Häufung modernster Kampfmittel kam den bulgarischen Soldaten unerwartet und war ihnen völlig ungewohnt. In ihren früheren, mit hervorragender Tapferkeit durchgeführten Kriegen und auch in den ersten Jahren des Weltkrieges hatten sie keine Erfahrungen in deren Abwehr gewinnen können. Seit langer Zeit aber war überdies an der Saloniker Front ein Stillstand in der Kampfaktivität eingetreten, der fast einer Ruhe gleichkam, und vielleicht zu der Annahme geführt hat, daß es hier zu größeren Gefechten nicht mehr kommen würde. Dazu tritt, daß es der Natur des bulgarischen Soldaten mehr liegt, in wuchtigem Angriff den Gegner anzugreifen und zu werfen, als in zähem, geduldigem Ausharren Wochen und Monate hindurch die Bange des Schützengrabens zu überwinden. Hinzu kam ferner, daß gerade jetzt ein großer Teil der Soldaten in die Heimat beurlaubt und die Gefechtsstärke der Bataillone verhältnismäßig schwach war. Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um rein militärisch eine schwere moralische Erschütterung der Truppe hervorzurufen, welche die persönliche Tapferkeit des einzelnen Soldaten nicht zur Geltung kommen ließ. Wenn dann auch die untere Führung den ungewohnten Kampfmaßnahmen gegenüber nicht sofort Gegenmittel zu finden und der Truppe einzulösen weiß, ist ein Niederbruch kaum zu vermeiden. Ob nicht auch bei der obern Führung infolge der langen Ruhepause und der durch die Verbandspresse absichtlich betonten geringeren Wichtigkeit des Saloniker Unternehmens eine Unterabstimmung der vorliegenden feindlichen Kräfte eingetreten war, läßt sich noch nicht erkennen. Jedenfalls hat es sich jetzt als eines der stärksten Kriegselemente erwiesen, vielleicht sogar in einem, selbst den Verband überraschenden Umfange, wenn ihr nicht die politische Demoralisation im Volk und Heer durch ihre Agenten, durch ihre Anhänger in der Regierung und durch den zweifellos als Vermittler tätigen amerikanischen Gesandten in vollem Umfange bekannt gewesen ist. Diese innerpolitische Demoralisation ist wahrscheinlich von noch erheblicherer Wirkung bei der Niederlage des Heeres gewesen als die militärische. Man muß das bulgarische Volk selbst längere Zeit beobachtet und mit ihm gelebt haben, um seine starke Hingabe an die Politik zu kennen und zu wissen, welchen ungeheuren Einfluß sie — selbst in den entlegensten Gebirgsdörfern und im täglichen Leben — spielt. Nur dann ist es verständlich, daß politische Strömungen und Einflüsse in einem derartig starken Maße auf die militärischen Eigenschaften des Heeres einwirken konnten. Stolz auf sein Land und Volk und Empfindlichkeit sind weitere hervorragende Charakterzüge des Bulgaren, besonders dann, wenn er seine Leistungen nicht hinreichend gewürdigt glaubt. Es ist ganz zweifellos ein schwerer Mißgriff der Diplomatie gewesen, dem bulgarischen Volk die von ihm sehrwichtig erstrebte Herrschaft über die Dobrußja vorzuenthalten. Sie gab den letzten Anlaß, daß die aus kleinen Mißgriffen aller Art im Lande entstandene Unzufriedenheit sich so sehr verstärkte, daß die dem Verband zuneigenden Elemente sie zum Sturz Radostawows benutzen konnten, nachdem sie auch schon während seiner Ministerpräsidentenschaft durch stetes Schüren der Unzufriedenheit die Unruhe im Volk lebendig gehalten hatten. Mit Malinow als Ministerpräsident erhielten sie volle Freiheit des Handelns. Die Frage der Dobrußja wurde zum Groß gegen die Verbündeten gesteigert. Eine schlechte Ernte und Mangel aller Art traten hinzu, um die Verwirrung und Unzufriedenheit aufs höchste zu steigern. Bei dem starken Familienzusammenhang und der engen Verbindung zwischen Heer und Heimat, sowie der, wie gesagt, starken Vorliebe jedes Bulgaren für die Politik konnte es nicht ausbleiben, daß sich diese Unruhe, die Parteikämpfe, die Verwirrung der Gemüter und die Sorgen um das tägliche Brot auch auf das Heer übertrugen. Mißstimmung und Niedergedrücktsein waren auch hier das Ergebnis. Dazu kam, daß auch bolschewistische Gedanken im Volk und Heer Eingang und Boden gefunden hatten, und es ist selbstverständlich, daß der Verband es meisterhaft verstand, aus allen diesen Dingen sofort Nutzen zu ziehen. In Malinow selbst, in Liaptschew und in General Lukow, der — wenigstens in früheren Jahren — aus seiner durch seinen Ausbildungsangang verständlichen Hinneigung zu Frankreich und Italien nie ein Hehl machte, fanden sie die besten Helfer, die auch im Heer eine Wühlerei in ihrem Sinne mit allen Mitteln förderten.

Zwistigkeiten, Eifersucht, Mangel an gegenseitigem Vertrauen im engen kameradschaftlichen Zusammenleben der Truppe führen unfehlbar zur Zerrüttung und — das Beispiel des bulgarischen Heeres beweist es — zur Niederlage und schließlich zum Niederbruch von Heer und Volk. Vielleicht über diese erschütternden Vorgänge beim Bundesgenossen auch eine besänftigende Wirkung auf unsere eignen innerpolitischen Kämpfe wenigstens bisweilen, als man sie vom Heere fernzuhalten sucht, um jede, auch die geringste schädigende Wirkung seiner kraftvollen Entgeltigkeit zu vermeiden.

Waffenstillstands- und Friedensbedingungen des Verbandes sind heute noch nicht bekannt, vielleicht bleiben die letzteren ganz in der Schwebe, um das Volk ganz vorgehalten zu können, nachdem man es jetzt vorläufig aus der Zahl der Gegner gestrichen hat. Das eine ist aber sicher: der Traum eines Großbulgariens, des vorherrschenden Volkes auf dem Balkan, der Traum und die Sehnsucht seit Jahrzehnten wäre dann ausgeträumt. Nicht nur seine Eroberungen der Dobrußja und Mazedoniens würden ihm wieder verlorengehen, Serbien, Montenegro, Griechenland und Rumänien würden ihre Entschädigungen auf bulgarischem Gebiet suchen und mit Einverständnis des Verbandes finden. Eine derartige Bestätigung, die das Volk jetzt in der Not auf sich nehmen müßte, kann es aber nach seiner ganzen Charakteranlage auf die Dauer nicht ertragen. Bei der ersten günstig erscheinenden Gelegenheit würde es die ihm genommenen und die ethnographisch zu ihm gehörenden Gebiete wieder zu gewinnen suchen. Der Balkan bliebe nach wie vor die Quelle europäischer Unruhen. Was aber schon vorher, bis zum Friedensschluß, der Verband Bulgariens auferlegen und an Hilfsmitteln aus ihm herausziehen würde, läßt sich kaum vorhersehen; sicher ist aber, daß man es nur aufs äußerste geschehen läßt und ausgeraubt zum Frieden kommen lassen würde. Zunächst wird er Bulgarien als Ausgangsraum für die Weiterführung der Operationen gegen die drei andern Mächte der bisherigen Verbündeten benutzen wollen. Eine sofortige Befähigung der militärischen Lage der Mittelmächte erscheint jetzt aber nicht mehr drohend, da durch das Vorgehen des Verbandsheeres strategisch wichtige Punkte nicht unmittelbar bedroht und ausreichende deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen zu ihrem Schutz bereits herangezogen sind. Ob sie auch imstande sind, die Gegner wieder aus dem eroberten Gelände zurückzudrängen, müssen die nächsten Tage zeigen. Nur die an Ort und Stelle befindlichen Führer vermögen darüber zu entscheiden.

## Die angebliche Unterwerfung Bulgariens.

Reuter und Havas verbreiten die Nachricht von der bedingungslosen Übergabe Bulgariens. Ein Waffenstillstand soll abgeschlossen sein. Dennoch wird man diese Meldungen durchaus mit Vorsicht aufnehmen müssen. Die Unterhändler in Salonik mögen alles zugestanden haben, was der Verband gefordert hat; es bleibt die Frage, wie man sich in Sofia dazu stellen wird. Die Forderungen des Verbandes sind zu entscheidend für Bulgarien; allen nationalen Träumen wird mit ihnen ein Ziel gesetzt. Zudem hat die Ankunft der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in Sofia den Kreisen das Maßgrat gestärkt, die mit Malinows Vorgehen nicht einverstanden gewesen sind und den bisherigen Kurs weiter steuern wollen. Eine Meldung der Neuen Freien Presse spricht von der Bildung eines Koalitionsministeriums mit dem früheren Mitarbeiter Radostawows Peshew an der Spitze. Auch von einer Neugestaltung der Armee unter dem tatkräftigen General Michael Samow ist die Rede. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß eine Spaltung des Volkes und eine Art Bürgerkrieg die Folge des Malinow'schen Unternehmens sind und die Unterhändler in Salonik vorläufig nur Arbeit auf dem Papier geleistet haben, wie der Verband vielleicht nur einen Scheinfolg davongetragen hat. Reuters Wissenschaft über die angebliche Unterwerfung Bulgariens lautet:

Amsterdam, 1. Okt. (Telegr.) In Paris und London ist gestern amtlich verkündigt worden, daß Bulgarien sämtliche Forderungen des Verbandes bedingungslos angenommen habe, worauf die Feindseligkeiten in Mazedonien eingestellt worden seien. — Das Reutersche Bureau teilt dazu mit:

Der Waffenstillstand bleibt in Kraft, bis der Friede geschlossen ist. Es ist ein militärisches Abkommen, von dem französischen General und nicht von Diplomaten unterzeichnet. Zu den Bedingungen gehören: sofortige Räumung der besetzten Gebiete von Griechenland und Serbien, sofortige Demobilisierung des Heeres und Übergabe sämtlicher Verkehrsmittel, Dampfer und Eisenbahnen, an den Verband. Dem letztern wird die Verfügung über alle im Lande vorhandenen Vorräte an Waffen und Kriegsgüter eingeräumt, ferner freier Durchzug durch das Land mit dem Recht, Punkte von strategischer Bedeutung zu besetzen. Zu diesem Zweck sind in Bulgarien selbst britische, französische oder italienische, in den serbischen und griechischen Gebietsteilen serbische Truppen auszuweisen. Das Abkommen berührt die Gebietsfrage nicht, die der allgemeinen Regelung vorbehalten bleibt, bei der man, wie Reuter schreibt, dem Balkan einen dauernden Frieden zu verschaffen wünsche.

Das Journal des Débats bemerkt zu der amtlichen französischen Note über den Waffenstillstand:

Alles eröffnet uns die Hoffnung, daß der größte Teil des serbischen Gebiets vom Feinde geläubert werden wird. Auf Grund des Waffenstillstands haben die Bulgaren die von ihnen besetzten Gebiete zu räumen. Die schwache österreichische Besatzung wird mit Vernichtung bedroht.

Bonar Law äußerte sich in einer längeren Rede, die der Kriegslage im allgemeinen galt, über die Wendung in Bulgarien wie folgt:

Serbiens Stunde hat geschlagen; es ist gerächt! Heute ist das Abkommen unterzeichnet worden, wonach die Feindseligkeiten zwischen Bulgarien und dem Verbandsheer um 12 Uhr mittags beendet sind. Bei den in aller Eile geführten Unterhandlungen bestand zwischen der britischen Regierung und ihren Verbündeten ein völliges Einverständnis. Das Abkommen verschafft uns die Herrschaft über die Eisenbahnen, mithin die Gewalt über Bulgarien. Es bedeutet, daß die Verbindung zwischen Deutschland und dem Orient nach dieser Richtung abgebrochen ist, und daß die deutschen Träume von der deutschen Vorherrschaft im Osten verfliegen sind.

Es wird noch berichtet, daß der amerikanische Generalkonsul in Sofia die bulgarischen Unterhändler nach Salonik begleitet und den dortigen Unterhandlungen als Zuhörer beigewohnt hat. Daß dies möglich war, ergibt sich daraus, daß die diplomatischen Beziehungen Bulgariens zu Amerika auch nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg ebensowenig abgebrochen wurden, wie eine Kriegserklärung erfolgte. — Der frühere Schriftleiter für auswärtige Politik an der Times, Sir Valentine Chirol, der sich in diesem Blatt von Zeit zu Zeit mit geschäftigen Ratschlägen vernehmen läßt, weist auf diesem Wege darauf hin, daß der Verband den König Ferdinand streng behandeln müsse.

Zürich, 30. Sept. (Telegr.) Havas meldet amtlich: Der von Bulgarien verlangte Waffenstillstand ist bewilligt worden, nachdem die bulgarischen Bevollmächtigten alle Bedingungen angenommen hatten, die General Franchet d'Espèrey ihnen im Namen der Regierungen des Verbandes gestellt hatte.

## Die Bedingungen des Waffenstillstandes.

Zürich, 30. Sept. (Telegr.) Von amtlicher Seite des Verbandes wird mitgeteilt: Bulgarien hat die Waffen gestreckt. Der Vertrag ist in Salonik unterzeichnet worden. Der griechische Ministerpräsident Venizelos hat den Vertrag mitunterzeichnet. Die Hauptbedingungen lauten: Die von den Bulgaren besetzten griechischen und serbischen Provinzen werden Griechenland und Serbien zurückerstattet. Die Besetzung erfolgt sofort. Sofia wird dem Verbandstruppen übergeben. Alle bulgarischen Eisenbahnlinien werden von dem Verband besetzt. Bulgarien muß vollständig demobilisieren.

## Prinz oder Programm?

Von  
Georg Bernhard.

Im Reichstag feilscht man noch immer um einen Kanzler. Deutschland aber braucht einen Mann mit einem Programm. Die Streitfragen der inneren Politik dürfen als erledigt gelten. Der neueste Erlass des Kaisers gibt dem Reichstag jede Möglichkeit, den Parlamentarismus in Deutschland zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Es würde ein Kunststück sein, wenn über die Zwirnsfäden eines Verfassungsartikels der entgültige parlamentarische Ausbau der Reichsverfassung stolperte. Innerpolitisch kann also kein neuer Mann alte Zustände wieder aufleben lassen. Umsomehr wird man in den Vordergrund der Erwägungen die Hauptaufgabe stellen dürfen: der neue Kanzler soll den Frieden bringen. Es darf aber nur jemand die Nachfolge Hertlings antreten, der die Politik treibt, die zum Frieden führen kann.

Die schönsten Reden, die warmherzigsten Friedensangebote, das offenste Bekenntnis zum Völkerbund bringt nicht den Frieden. Wer es noch bezweifelt, nehme sich die Rede Balfours vor, die er am 30. September in der Guild Hall gehalten hat. Balfour hat dort ausdrücklich betont, daß der Völkerbund allein gar keine Bürgschaften bietet. Die innere Einrichtung des Völkerbundes und seine Vorbereitung sind ihm politisch wichtiger. Herr Balfour sagte: „Wenn sie versuchen wollen, einen internationalen Apparat zur Sicherung des Friedens ins Leben zu rufen, so müssen sie die Karte Europas und der Welt so ordnen, daß große Gelegenheiten für Kriege sie nicht stören.“ Damit sagt Balfour den Engländern genau daselbe, was an dieser Stelle dauernd dem deutschen Volke zugerufen worden ist: Macht eine Politik, die Europa ordnet! Aber natürlich will Balfour Europa anders ordnen, als es das deutsche Interesse erheißt. Er führt das in seiner Rede im einzelnen aus. Die kleinen Völker längs der Ostsee sollen von Rußland abgetrennt und selbständig gemacht werden. Das Unrecht eines „Jahrhunderts“ soll an Polen wieder gutgemacht werden. Die Nationalitäten Oesterreichs und Ungarns sollen befreit werden. Die Türkei wird zerstückt, und Frankreich erhält Elsass-Lothringen. Dieses Programm bedeutet die dauernde Sicherung der englischen Vorherrschaft auf dem Kontinent.

So wird der Friede aussehen, den die Mittelmächte erhalten, wenn sie sich mit England an den Verhandlungstisch setzen, ohne das Ihrige getan zu haben, um den Völkerbund in europäischem Interesse vorzubereiten. Jedes politische Programm, das uns den Frieden bringen soll, muß daher die Einigung Europas als Ziel der deutschen Politik am Friedenstisch vorsehen. Bisher ist Deutschland nach dieser Richtung ganz untätig gewesen. Noch ist Zeit, die zukünftige Ordnung vorzubereiten. Und wenn wir es tausendmal versäumt haben, jetzt endlich müssen wir dazu schreiten, die Fühlung mit den russischen Völkern und mit Frankreich herzustellen. Den bulgarischen Waffenstillstandsuntersündern ist bedeutet worden, der Weg zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes führe durch den englischen Frontabschnitt. Deutlicher konnte nicht ausgesprochen werden, daß England sich das politische Diktat über Europa vorbehält. Durch die englische Front führt der Weg nicht bloß zur Schmach Deutschlands, sondern zur Knebelung Europas. Der Weg zur Freiheit Europas führt an der englischen Front vorbei.

Bisher ist die Illusion aus Deutschland noch nicht geschwunden, daß mit Reden und Anerbieten der Frieden zu erreichen sei. Balfour zeigt uns, wie dieser Friede aussehen wird. England arbeitet eben bereits wieder, während Deutschland träumt. Deutschland muß erwachen. Und das Zeichen seines Erwachens muß das Programm sein, auf Grund dessen der neue Kanzler Politik treiben wird. Von diesem Programm hängt nicht bloß Deutschlands, sondern Europas Zukunft ab.

Uns soll jeder Mann als Reichskanzler recht sein, der das Programm der europäischen Einigung auf seine Fahne geschrieben hat, und der bereit ist, die Schritte zu tun, die zu diesem Ziele führen. Ob er ein Prinz oder ein Sozialdemokrat ist, soll uns nicht kümmern. Aber auch wenn er ein Prinz ist, so verlangen wir von ihm ein Programm. Und was wir bisher von den politischen Auffassungen des vor einem Teil der Parteien als Kanzler in Aussicht genommenen Prinzen Max von Baden kennen, läßt uns vorläufig

# Zeitung

704

## gelehrten Sachen

8 Mark bei täglicher zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich Bestellgebühr. Anzeigen Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag. Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. in SW 68, Kochstr. 22-24 und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech Zentrale. Illstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Parlamentarismus und Politik.

Von  
Julius Eiban.

Der Uebergang zur parlamentarischen Regierungsform, den andere Länder unter günstigeren äußeren Verhältnissen und ohne die Hemmungen bundesstaatlicher Einrichtungen im Verlauf einer langjährigen Entwicklung durchgemacht, muß bei uns mit einer gewissen Pflöchlichkeit gefunden werden. Wir freuen uns der Tat, und wir müssen es begreifen, wenn die praktische Durchführung des prinzipiellen Entschlusses nicht sogleich mit derjenigen Gradlinigkeit erfolgt, die an sich wünschenswert ist.

Ueber das Ziel sind alle beteiligten Faktoren einig. Es gilt, die innere Front zu stärken und zu bekunden, daß Deutschland durch die Parlamentarisierung seinen Entschluß zur nationalen Selbstbehauptung zum Ausdruck bringt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, wie der Zweck der Zusammenfassung aller Volksträfte am vollkommensten erreicht werden kann. An sich liegt der Gedanke des Zusammenschlusses aller Parteien zu einem großen Koalitionskabinetts nahe, und in den feindlichen Ländern ist dieser Gedanke mehr oder weniger zur Durchführung gelangt. Die Folge davon ist eben, daß eine tragfähige Opposition, die dem Kriegstaumel zu wehren vermöchte, in diesen Ländern nicht besteht.

Bei uns gibt es heute keine Richtung mehr, die der englischen Knot-Out-Politik und dem französischen Jusqu'au-boutismus entspricht. Und man kann wohl sagen, daß der Gedanke des Verständigungsfriedens heute bei uns Allgemeingut geworden ist. Trotzdem gibt es noch zwischen den Konservativen auf der einen Seite und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite so tief greifende Unterschiede über die Grundfragen der äußeren Politik, daß es schwer sein würde, eine mehr als negative Einigung zu erzielen. Gerade weil bei uns der Parlamentarismus gänzlich neu und unerprobt ist, scheint es vielen notwendig, zunächst einmal eine ganz scharfe Abgrenzung herbeizuführen und das Prinzip stark herauszuarbeiten. Man glaubt das ohne Nachteil für die Geschlossenheit der Front tun zu können, weil man ohne weiteres annimmt, daß die rechtsstehenden Gruppen der Sache der nationalen Verteidigung keine Schwierigkeit irgendwelcher Art machen werden, auch wenn sie sich persönlich und sachlich zurückgesetzt fühlen.

Unter diesen Umständen ist die Idee des großen Ministeriums von Westarp bis Begien nach wie vor als wenig aussichtsreich zu betrachten. Der Vizekanzler v. Payer hat das bereits aus den ersten Besprechungen mit den Parteiführern erkannt und hat sich darauf beschränkt, die Mehrheitsgruppierung, aus der das neue Kabinetts hervorgehen soll, durch Heranziehung der Nationalliberalen möglichst tragfähig zu gestalten. Schon das ist mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden, weil sachliche und persönliche Gegensätze auf dem Kompromißwege auszugleichen sind, ohne daß die prinzipielle Klarheit verloren geht. Trotzdem sind offenbar die Bemühungen noch nicht aufgegeben worden, auch noch die Konservativen in die neue Kombination aufzunehmen. Es scheint, daß mit diesen Bestrebungen das Eintreffen des badischen Thronfolgers in Berlin zusammenhängt. Man glaubt wohl, daß dieser höchst sympathische, hochkultivierte, geistig regsame Prinz, der von einem Teil der Linken wegen seines vollstümlichen Wesens und seiner dem Ideal der Völkerveröhnung aufrichtig ergebenen Gesinnung als ein halber Gesinnungsgenosse betrachtet wird, durch seine Ueberredungsgabe die starken sachlichen und persönlichen Hemmungen überwinden werde. Das Gelingen solcher Bemühungen scheint von vornherein so unwahrscheinlich, daß es eigentlich überflüssig sein sollte, die Frage zu prüfen, ob die bisherige Laufbahn des Prinzen Max die sachlichen Voraussetzungen geschaffen hat, die eine persönliche Initiative in der äußeren und inneren Politik ermöglicht. Mit einer bloßen Repräsentationsfigur, und sei sie von noch so hohem persönlichen und geistigen Rang, kann die nötige Einheitlichkeit und Entschlußkraft der Zeitung nicht herbeigeführt werden, von der unter Umständen das Geschick des Reiches abhängen kann. Ganz abgesehen von der Frage, was es für den badischen Bundesstaat bedeutet, wenn sich sein künftiger Herrscher auf einen Platz stellt, von dem ein Mann, der ihn aus eigener Erfahrung kannte, einst erklärt hat, daß er eine Rhinoceroshaut erfordere. Man kann es verstehen, daß in dem Badener Land, als vor einigen Monaten die Frage der Berufung des badischen Thronfolgers zum ersten Male auftauchte, das konstitutionelle Bedenken gegenüber dem künftigen Großherzog die Freude überwog, dem Reiche

918.

172

österreichisch-ungarische Regierung, daß sie bereit ist, die Beziehungen der Nationen zum Reich auf Grundlage der Freiheit und Selbstregierung aller Völker neu zu gestalten. Zu diesem Zweck wird die Regierung den gesetzgebenden Körperschaften vorschlagend die Konstituierung besonderer Nationalvertretungen der einzelnen Nationen vorschlagen. Jede dieser Nationalvertretungen, aus den auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählten Abgeordneten dieser Nation zusammengesetzt, soll einerseits die Verfassung und die Verwaltungsorganisation des zu schaffenden Gemeinwesens ihrer Nation ausarbeiten, andererseits mit den anderen Nationen des Reiches vereinbaren, welche Angelegenheiten den Nationen gemeinsam bleiben sollen und wie die Gesetzgebung über die gemeinsamen Angelegenheiten und die Verwaltung dieser Angelegenheiten geordnet werden sollen. Die Regierung erklärt, daß sie jeder solchen Regelung zustimmen werde, über die sich die Nationalvertretungen der einzelnen Nationen miteinander einigen.

#### Auftrag über die Reise Tisza nach Bosnien.

Die Abgeordneten Dr. Koroschec, Staneek und Genossen richteten an den Ministerpräsidenten folgende Anfragen:

1. Reiste Graf Tisza nach Kroatien, Dalmatien und Bosnien als Homo Regius oder wenigstens mit Vorwissen der österreichischen Regierung? Was für Instruktionen bekam er mit?
2. Wenn die Regierung Tisza desavouiert, wie erklärt sie, daß k. k. und k. u. k. Beamte in Zara, in Sarajevo sowie daß dem Grafen Tisza während der ganzen Reise der gesamte offizielle Apparat zu Diensten standen? Wer verantwortet in diesem Falle, daß unlegitimiert Fremdlinge offizielle Institutionen mißbrauchen?
3. Hat die Regierung ausdrücklich oder vielleicht wenigstens durch passives Zusehen Ungarn eine Zustimmung oder Ermächtigung zum magyarischen Angliederungsplan gegeben? Welches ist ihr Programm, betreffend Bosnien und der Herzegovina?
4. Findet es die Regierung mit der offiziellen Mission Tiszas vereinbar, respektive war es auf offiziellem Boden angezeigt, daß sich Tisza so anmaßend benahm und beratige Äußerungen über das österreichische Parlament und die Regelung der Grenzen Serbiens abgab? Findet die Regierung, daß durch Verwendung solcher Leute, wie es Tisza ist, und überdies mit einem derartigen Benehmen das Ansehen der Monarchie und Dynastie im Süden gefährdet wird?

#### Die Note des Freiherrn v. Burian.

Die Abgeordneten Dr. Petruszewicz, Ritter v. Bassilko und Genossen stellen einen Antrag, betreffend die letzte Friedensnote des Grafen Burian. „Es wird beantragt, die Regierung werde aufzufordern, dahin zu wirken, daß künftighin alle vom Ministerium des Äußern beabsichtigten, die Friedensaktion betreffenden Schritte erst nach Anhörung der Meinung des Reichsrates, beziehungsweise der Delegationen unternommen werden.“

#### Anfragen über die Angliederung Ogalizien an Polen.

Die Abgeordneten Dr. Petruszewicz, Dr. Eugen Lewicki, Dr. Leo Saczynski und Ritter v. Bassilko stellen einen Antrag, betreffend die vom gegenwärtigen Minister des Äußern und der Regierung mit Energie betriebene Aktion mit dem Ziele der Auslieferung Ogalizien an das Königreich Polen. Die Regierung wird aufgefordert folgende Aufklärungen zu erteilen:

1. Verlassen die Zeitungsberichte über die Haltung der k. k. Regierung in Sachen der zukünftigen staatsrechtlichen Stellung Ogalizien auf Wahrheit, und wenn ja, womit kann es die Regierung verantworten, daß sie es wagt, eine Politik zu unterstützen, welche die Auslieferung von dreieinhalb Millionen Ukrainern an ihre Erbfeinde zum Zweck hat?
2. Was gedenkt die Regierung zu tun, damit der vom Minister des Äußern geführten Aktion für die Auslieferung von ganz Ogalizien an das Königreich Polen, welche Aktion die schlimmsten Folgen im Osten der Monarchie hervorzurufen geeignet ist, ein Ende bereitet werde.

#### Anträge zur Wiederherstellung des polnischen Reiches.

Die Abgeordneten Daszynski, Glombinski, Tertil stellen einen Antrag, betreffend die Friedensaktion, welcher besagt: 1. Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Wir anerkennen das Recht eines jeden Volkes, über seine staatliche Form selbst zu bestimmen, und streben einen Weltfrieden an auf Grund der Befreiung aller Völker, um einem jeden Volke die volle staatliche Unabhängigkeit zu verwirklichen und zu sichern; wir verwerfen entschieden jede geheime Diplomatie, die über das Schicksal der Völker ohne deren Wissen und Einwilligung entscheiden will. Wir bekämpfen den Militarismus und Imperialismus eines jeden Volkes und geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Weltkrieg mit der Schaffung eines Bundes freier Völker und der Bildung eines internationalen Schiedsgerichtes enden soll.

Diese Grundlagen des Völkerfriedens können nur auf einem internationalen Friedenskongresse unter entschiedener Mitwirkung der Vertreter aller Völker geschaffen werden. Der Friede kann nur dann dauerhaft sein, wenn den Gebieten der weltgeschichtlichen Gerechtigkeit entsprochen wird, das ist wenn die Unabhängigkeit sämtlicher gegenwärtig beherrschten Völker in vollem Umfang wieder hergestellt werden wird.

- II. Von diesen Grundgedanken geleitet, erklären wir Vertreter des polnischen Volkes in Österreich: 1. Wir erachten die Teilung Polens als einen an dem polnischen Volke verübten Gewaltakt, wir verlangen die Wiederherstellung des unabhängigen, aus sämtlichen polnischen Teilen zusammengesetzten polnischen Staates, somit mit eigener Meeresküste und aus den vorwiegend von polnischem Bevölkerungsbahnen Gebieten, insbesondere Schlesien. 2. Wir verwahren uns dagegen, daß die polnische Frage als eine innerpolitische Angelegenheit irgendeiner der Teilungsmächte betrachtet und behandelt werde, wir verwerfen jede einseitige Lösung der polnischen Frage und verlangen die Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes an dem Friedensweltkongresse, welcher die polnische Frage zu lösen hat. III. Unsere Freiheit anstreben, frei von jeder Abhängigkeit, über ein anderes Volk zu herrschen, unterstützen wir das Streben eines jeden Volkes zur Erreichung seiner vollen Unabhängigkeit.

#### Zusammenetzung österreichischer und ungarischer Parlamentarier zur Feststellung der Friedensbedingungen.

Abg. Dr. Döner stellt folgenden Antrag: Die k. u. k. Regierung wird aufgefordert, den k. u. k. Minister des Äußern zu veranlassen, er möge Vertreter des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhaus zusammenrufen, um hierüber gemeinsam die Friedensbedingungen zu beraten und insbesondere die 14 Punkte der Note Wilsons auf Erfüllbarkeit einer eingehenden Beratung zu unterziehen.

#### Gegen die Konfiskation des Friedensantrages der Sozialdemokraten.

Abg. Seik verweist darauf, daß die Jenur von dem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten den Punkt 6 und 6 unterdrückt habe. Das Abgeordnetenhaus stehe demnach vor der in der Geschichte aller Parlamente unerhörten Tatsache, daß es über einen Gegenstand verhandeln soll, den das Volk nicht kenne. Die Unterdrückung stelle entweder einen ungläubigen Übergriff der Staatsanwaltschaft dar oder, wenn der Zensur bei der Regierung vorher angefragt haben und diese Unterdrückung über Weisung verfügt haben sollte, liege darin eine getragene verbrecherische Dummheit der Regierung. Das Abgeordnetenhaus habe die Pflicht, sofort gegen diese Anmaßung Stellung zu nehmen und das Notwendige zu verfügen.

Redner stellt folgende formale Anträge: Die in Verhandlung stehenden Anträge sofort, soweit sie nicht schon in Druck vorliegen, in Druck zu legen und die Regierung anzuweisen, das Zensurverbot über diese Vorlagen der parlamentarischen Aktion sofort aufzuheben.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Seik angenommen.

#### Die Friedensdebatte.

Abg. Staneek beginnt seine Rede in czechischer Sprache, 1 Uhr; die Sitzung dauert fort.

#### Lärmereien während der Rede des Abgeordneten Staneek.

Abg. Staneek (Czechischer Verband), der als erster Redner in der Debatte das Wort ergriff, führte unter anderem aus: Der Höhepunkt des schrecklichen Krieges sei bereits überschritten. Der von den Czecho-Slowaken vorausgesehene Ausfall sei bereits unabwendbar. Die Weltgeschichte führe diejenigen dem Verderben zu, die es verdient haben. Alle Völker, die den Frieden- und Freiheitsliebe kein leeres Schall sei, haben sich vereinigt, um den sie bedrohenden deutschen Geist, der in der deutschen Autokratie und im deutschen Militarismus seine Blüte zeigt, abzuwehren und für alle Zeiten unschädlich zu machen. Es war vorauszu sehen, wo der endgültige Sieg sein wird und sein muß. Als die Czechen bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk verlangten, daß man sie zuziehe, sei ihnen von den Deutschen mit dem Aufhängen gedroht worden. Jetzt müsse man es sich doch gefallen lassen, daß die czechischen Vertreter an den Friedensverhandlungen teilnehmen, und zwar nicht die österreichischen Czechen, sondern die Vertreter der czechoslowakischen Brigaden, mit denen man jetzt über die böhmischen Fragen verhandeln müsse. Es ist das allseitige Verdienst dieser Delegationen, daß Frankreich nicht mehr von den deutschen Truppen ausgeraubt und daß Paris, das Herz von Frankreich, und Calais nicht den Deutschen als Beute zugesallen sind.

Abg. Teufel: Diese Rede ist die größte Schurkerei, die in Österreich möglich ist.

Abg. Dr. v. Langenhan: Gemeine Vaterlandsverräter!

Abg. Teufel: Die czechoslowakischen Legionen sind eine Kamerade!

Abg. Dr. v. Langenhan: Gemeine Vaterlandsverräter seid ihr! Es ist unerhört, daß man so im österreichischen Parlament sprechen darf.

Diese Zwischenrufe lösten bei den um den Abg. Staneek dicht versammelten Czechen lebhafteste Proteste aus, die alsbald in eine wilde Schimpferei gegen die Deutschen ausarteten. Dabei kam sich besonders die Abgeordneten Lijh, Doktor Soukup und Svehl hervor. Die Abg. Teufel und Dr. v. Langenhan, die auf der Schriftführertribüne unterhalb der Rednertribüne saßen, rufen dem Abg. Staneek und den Czechen fortwährend zu: „Schurkerei! Schurkerei seid ihr!“

Auf czechischer Seite fallen unangelegentlich beschimpfende Zwischenrufe, die von deutscher Seite erwidert werden. Das Geschrei und der Lärm nehmen immer mehr zu. Der Anführer der czechischen Abgeordneten auf der linken Seite der Ministerbank wird immer dichter, und es hat den Anschein, als ob sich die Czechen auf die auf der Schriftführertribüne stehenden deutschen Abgeordneten stürzen wollten.

Auf der rechten Seite der Ministerbank sitzen die Minister Paul und Ritter v. Madenski im Gespräch. Plötzlich ergreift Abgeordneter Dr. Soukup (czechischer Sozialdemokrat) die Aktentasche des Ministers Paul und schleudert sie über die Köpfe der beiden Minister hinweg im Bogen gegen den Abgeordneten Teufel, ohne ihn jedoch zu treffen.

Auf deutscher Seite meubelt man sich mit scharfen Entwürfsworten gegen dieses Vorgehen. Der Lärm wird jedoch immer heftiger.

Da ergreift Abg. Lijh einen auf der Ministerbank stehenden Metallständer, auf dem Bleistifte und Federstiele liegen, und wirft ihn abermals gegen die deutschen Abgeordneten. Er verfehlt jedoch sein Ziel. Der Ständer fällt zu Boden und streift den Minister Paul an der Hand.

Der Lärm nimmt die Dimensionen eines Getöses an. Die beiden Minister verlassen ihre Sitze und begeben sich aus dem Saal. Von allen Seiten drängen die Abgeordneten aufeinander ein unter einem Hagel von gegenseitigen Zwischenrufen. Es dauert eine geraume Weile, bis der Lärm etwas abnimmt, und erst als die deutschen Abgeordneten auf Eruchen des Präsidenten Groß die Schriftführertribüne verlassen, tritt allmählich wieder Ruhe ein.

Präsident Dr. Groß erklärt, er müsse seinem tiefsten Bedauern über die Vorgänge, die sich soeben abgespielt haben, Ausdruck geben. Er bedaure, daß ihm keine anderen Disziplinarmittel zur Verfügung stehen, um Ordnung zu schaffen.

#### Erregung unter den deutschen Abgeordneten.

Von deutscher Seite wurde sehr mißfällig bemerkt, daß kein Vertreter der Regierung den Ausführungen Staneeks im Hause entgegengetreten ist. Die Abgeordneten Teufel und Freiherr v. Pang telephonierten sofort nach diesen Vorfällen dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek und forderten ihn auf, im Hause zu erscheinen, um die Ausfälle Staneeks gegen das Deutsche Reich und gegen die Kriegführung der Mittelmächte entschieden zurückzuweisen. Wahrscheinlich wird sich der Leitungsausschuß des Verbandes der deutschnationalen Parteien noch im Laufe des heutigen Tages mit der Rede des Obmannes des Czechischen Verbandes beschäftigen.

Von den Abgeordneten Teufel, Hummer und Freiherrn v. Pang geht die Anregung aus, sämtliche deutsche Parteien zu einer gemeinsamen Versammlung einzuladen, um dort einen Antrag einzubringen, daß die deutschen Abgeordneten sich als Nationalversammlung konstituieren, und zwar mit Berufung darauf, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch die gestrige Rede Hussareks zum Programm der österreichischen Regierung gemacht wurde und mit Berufung auf die heutigen Ereignisse im Hause. Eine Abordnung der deutschen Abgeordneten hat sich zu Freiherrn v. Hussarek begeben, um von ihm die schärfste Zurückweisung der Ausführungen Staneeks zu verlangen.

Der Obmann des Deutschnationalen Verbandes Abgeordneter Dr. Waldner hat die Antragsteller darauf verwiesen, den Antrag im Verbandsrat einzubringen.

#### Abgeordnetenhaus.

(85. Sitzung.) Beginn der Sitzung 11 Uhr.

#### Die Friedensanträge.

Es wird zur Verhandlung des ersten Punktes der Tagesordnung geschritten: Debatte über die Regierungserklärung, verbunden mit der ersten Lesung der die Friedensfrage betreffenden Anträge.

Die eingebrachten Friedensanträge gelangen zur Berlesung. Antrag der Abgeordneten Dr. Glombinski, Staneek, Dr. Koroschec und Genossen, in welchem beantragt wird, die Regierung möge dem Parlament eine erschöpfende wahrheitsgetreue Darstellung des Standes der Friedensfrage, insbesondere betreffend ihren Standpunkt zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und zu deren entscheidender Beteiligung am Friedenskongreß sowie genaue Aufklärungen über die militärische, wirtschaftliche und politische Lage geben.

Die Abgeordneten Dr. Adler, Seik, Seliger und Genossen stellen einen Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, den Regierungen aller kriegsführenden Staaten Verhandlungen über den allgemeinen Frieden auf folgender Grundlage vorzuschlagen:

1. Errichtung eines Völkerbundes, der die internationale Abrüstung durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Völkern der Entscheidung obligatorischer internationaler Schiedsgerichte unterwirft und jenem Staate, der das Völkerrecht verletzt oder die Freiheit seiner Nachbarvölker bedroht, die vereinigte Macht des gesamten Völkerbundes entgegenstellt.
2. Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges, gegenseitige Anerkennung der gleichen Behandlung aller Staaten im wirtschaftlichen Verkehr, internationale Vereinbarungen über den Arbeiterschutz gemäß den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz von Bern und Leeds.
3. keine Annexionen, Wiederherstellung Serbiens, Montenegro und Belgiens;
4. keine Kontributionen, Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten kleinen Länder mit Hilfe eines internationalen Fonds, zu dem alle kriegsführenden Großmächte Beiträge zu leisten haben;
5. Österreich-Ungarn erklärt sich damit einverstanden, daß die Österragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker neu geregelt werden und daß die Friedensverträge von Brest-Litowsk und von Bukarest im Sinne der von einem allgemeinen Staatenkongreß, zu dem auch die russische Sowjetrepublik eingeladen ist, abzuschließenden Vereinbarungen abgeändert werden. Das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen, polnischen, litauischen, lettischen und estnischen Volkes soll unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Was insbesondere Polen betrifft, erklärt Österreich-Ungarn, daß es die staatliche Zukunft des polnischen Volkes nicht einseitig durch Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich regeln will. Es will es vielmehr dem polnischen Volke selbst überlassen, durch eine nach Würdigung einzubringende, bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht zu wählende Konstituante selbst seine staatliche Ordnung zu bestimmen.
6. Im Interesse des Friedens hat sich Österreich-Ungarn schon im Jahre 1915 bereit erklärt, Italien territoriale Zugeständnisse zu machen. In seiner Friedensnote vom 1. August 1917 hat der Kaiser seine Ueberzeugung ausgedrückt, daß der Friede nur dadurch ermöglicht werde, daß Österreich-Ungarn und Italien die territorialen Streitfragen, die zwischen ihnen bestehen, in verständlichem Geiste erörtern, indem sie nach Maßgabe der Möglichkeit und Billigkeit den Wünschen der Völker Rechnung tragen und ihr Sonderinteresse dem Gesamtwohl der menschlichen Gerechtigkeit unterordnen. Dieser Auffassung entsprechend, erklärt sich Österreich-Ungarn bereit, über die Lösung der territorialen Streitfragen im Süden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des italienischen und des südslawischen Volkes zu verhandeln.
7. Die Regelung der Beziehungen zwischen den Nationen Österreich-Ungarns ist Sache dieser Nationen selbst. In Ermüdung aber, daß die feindlichen Völker bestreben, die Unzufriedenheit vieler Nationen Österreich-Ungarns mit ihrer gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung werde in kommenden Zeiten den Frieden Europas gefährden, erklärt die